

## EGP-01 Delegation zum Congress der European Green Party (EGP)

Gremium: Bundesvorstand  
Beschlussdatum: 16.09.2024  
Tagesordnungspunkt: T Formalia

### Antragstext

- 1 Zum Kongress (Congress) der Europäischen Grünen Partei (EGP) hat BÜNDNIS 90/DIE
- 2 GRÜNEN insgesamt sechs Delegiertenplätze zu besetzen.
- 3 Im Beschluss „Wahl EGP-Delegierte“ vom 1.06.24 hat der Länderrat die Delegierten
- 4 für den Bundesvorstand, die BAG Europa, die GRÜNE Jugend und die
- 5 Bundestagsfraktion bestätigt. Es wurde zudem beschlossen, dass die Delegierten
- 6 der Deutschen Gruppe im Europaparlament nach der Konstituierung des neuen
- 7 Europaparlaments bestimmt und bei der BDK im November bestätigt werden.
- 8 Wir schlagen entsprechend dem Vorschlag der Deutschen Gruppe im Europaparlament
- 9 der BDK vor, folgende Personen zu delegieren. Eine Vorstellung der benannten
- 10 Personen findet nicht statt. Die BDK bestätigt die Vorschläge in einer
- 11 öffentlichen Abstimmung über den Antrag.
- 12 Ein\*e Delegierte\*r der deutschen Gruppe im Europaparlament:
- 13 Michael Bloss
- 14 Drei Ersatzdelegierte der deutschen Gruppe im Europaparlament:
- 15 Anna Cavazzini, Daniel Freund, Terry Reintke

## H-01 Haushaltsabschluss 2023 und Haushalt 2025

Gremium: Bundesvorstand  
Beschlussdatum: 30.09.2024  
Tagesordnungspunkt: H Haushalt

### Antragstext

- 1 [HIER](#) findet ihr:
- 2 - Den Haushaltsabschluss für 2023
- 3 - Die Rücklagenentwicklung und Bilanz für 2023
- 4 - Den Haushalt für 2025
- 5 - Den Bericht zur Rechnungsprüfung im Geschäftsjahr 2023

## S-31 Mehr Diskurs wagen bei der Behandlung von Anträgen und Änderungsanträgen

Antragsteller\*in: Hans Schmidt (KV Bad Tölz-Wolfratshausen)  
Tagesordnungspunkt: S Satzung, Statute und Ordnungen (wird aufgrund der aktuellen politischen Lage nicht mehr behandelt)

### Antragstext

- 1 Der Ablauf der Diskussion von Anträgen und Änderungsanträgen wird, zusätzlich zu
- 2 §4 der Geschäftsordnung („... Bei Bedarf kann die Anzahl der Gegenreden auf
- 3 Vorschlag des Präsidiums oder auf Antrag aus der Bundesversammlung erhöht
- 4 werden.“), wie folgt festgelegt:
- 5 1) 2 min Vorstellung des Antrags durch die Antragstellenden
- 6 2) 2 min Gegenrede, falls Bedarf
- 7 3) 1 min Stellungnahme der Antragstellenden zur Gegenrede, falls die
- 8 Antragstellenden dem
- 9 Präsidium die Notwendigkeit einer Entgegnung zur Gegenrede anzeigen
- 10 4) 1 min Stellungnahme der Person, die die Gegenrede gehalten hat
- 11 5) Abstimmung

### Begründung

Die bisher übliche und vor allem mit Zeitknappheit begründete Vorgehensweise (2 min Antragstellende, 2 min Gegenrede, Abstimmung), wird von vielen Mitgliedern als unbefriedigend empfunden, weil keine Möglichkeit besteht, auf die Gegenrede zu reagieren. So bleiben Ungereimtheiten, falsche Themensetzung oder auch Falschaussagen unkommentiert und die Bekanntheit und rhetorische Geschicklichkeit der Gegenrede-Person dominiert das Abstimmungsverhalten. Dies ist einer guten Diskurskultur in unserer Partei abträglich.

Deshalb soll die Möglichkeit geschaffen werden, mit einem jeweils einminütigen Beitrag von beiden Seiten den Delegierten ein umfassenderes Bild über den abzustimmenden Antrag / ÄA zu geben. Dies kostet zusätzliche zwei Minuten pro Antrag, was im Hinblick auf unser Demokratieverständnis gerechtfertigt sein sollte.

### weitere Antragsteller\*innen

Detlef Wilske (KV Berlin-Lichtenberg); Sabine Hebbelmann (KV Odenwald-Kraichgau); Andreas Kleist (KV Coburg-Land); Sigrid Pomaska-Brand (KV Märkischer Kreis); Ralf Henze (KV Odenwald-Kraichgau); Michael Mirbach (KV Grafschaft Bentheim); Karl-Wilhelm Koch (KV Vulkaneifel); Mario Hüttenhofer (KV Konstanz); Kathrin Weber (KV Bielefeld); Matthias Henneberger (KV Wunsiedel); Finn Schwarz (KV Tübingen); Klemens Griesehop (KV Berlin-Pankow); Matthias Striebich (KV Forchheim); Gabriele Raasch (KV Ludwigslust-Parchim); Jens Pommer (KV Düsseldorf); Lene Greve (KV Hamburg-Altona); Horst Bäuml (KV Bad Dürkheim); Bernadette Eisenbart (KV Vogelsberg); Robert Riße (KV Vogelsberg); sowie 45 weitere Antragsteller\*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.

## TO-01-NEU-3/1 Alternativvorschlag zur Tagesordnung

Antragsteller\*in: Jürgen Blümer, Mario Hüttenhofer, Shirin Kreße und Tobias Balke  
Tagesordnungspunkt: T Formalia

### Antragstext

- 1 Freitag
- 2 Beginn 16.30 Uhr
- 3 TOP 1 Formalia
- 4 TOP 2 Aktuelle Lage mit dem Dringlichkeitsantrag „Verantwortung in dieser Zeit“.
- 5 Ende ca. 23.30
- 6 Samstag
- 7 Beginn 09.30 Uhr
- 8 TOP 3 Für Verlauf und Ergebnisse dieser BDK unmittelbar relevante S-Anträge
- 9 (S-05, S-06, S-08, S-11, S-16, S-19, S-20, S-28 und S-31)
- 10 TOP 4 Dringlichkeitsanträge und bestgerankte V-Anträge, Teil 1 (bis ca. 20.00
- 11 Uhr)
- 12 TOP 5 Wahl Bundesvorstand
- 13 TOP 6 Wahl Antragskommission
- 14 TOP 7 Haushalt
- 15 TOP 8 Wahl Rechnungsprüfungskommission
- 16 Ende offen
- 17 Sonntag
- 18 Beginn 09.30 Uhr
- 19 TOP 9 Aufbruch ins Wahljahr mit dem Dringlichkeitsantrag zur personellen
- 20 Wahlkampfaufstellung
- 21 (bis ca. 11.30 Uhr)
- 22 TOP 10 bestgerankte V-Anträge, zweiter Teil
- 23 Ende ca. 14.00 Uhr

### Begründung

Liebe Leute,

die Forderung des Bundesvorstands: „Die Tagungszeit muss für wichtige inhaltliche Debatten genutzt werden, was eine Änderung der Tagesordnung erforderlich macht.“ hat unsere volle Zustimmung und ebenso seine Feststellungen „Die Zahl und inhaltliche Qualität der Anträge und Änderungsanträge zu den gerankten VR-Anträgen deutet auf einen großen Debattenbedarf“ und „die Notwendigkeit einer Prioritätensetzung bei dieser BDK“. Wir unterstützen sein Ziel „mehr Zeit für inhaltliche Debatten und notwendige Abstimmungen“ zu gewinnen, auch seinen Vorschlag, den Schwerpunkt dieser BDK auf die „Positionierung der Partei im anstehenden Wahlkampf“ zu setzen. Aber genau für diese Forderung, dieses Ziel und diese Schwerpunktsetzung muss der Zeitplan dringend

überarbeitet und weiterentwickelt werden! Hierfür wollen wir Euch diese Globalalternative vorschlagen.

Unsere große gemeinsame Aufgabe auf dieser BDK ist es, allen zu zeigen:

Wir Grünen entschließen uns auch und grade dann, wenn die Zeit drängt und es wirklich darauf ankommt, in Sachfragen aus sachlichen Gründen und nicht hektisch, sondern gut überlegt. Wir lassen uns von niemandem zu Kurzschlüssen verleiten, sondern nehmen uns gemeinsam die Zeit zum Sichten und Prüfen. Wir beweisen das dann unseren Freund\*innen genauso wie unseren Gegner\*innen durch die überragende Qualität unserer Beschlüsse.

Und genau das können wir auf dieser BDK leisten: wir behandeln im zeitlichen Mittelpunkt der BDK erst die zugelassenen Dringlichkeitsanträge – noch kann niemand wissen, wie viele das sein werden – und gleich anschließend beginnen wir mit den besten, am meisten gerankten Sachanträgen. Wir nehmen uns dafür genügend Debattenzeit und behandeln Anträge und Antragsgruppen ruhig und konzentriert. Wir wollen die volle Aufmerksamkeit der Medien und der Öffentlichkeit für diejenigen Anträge, denen wir die stärksten Signale unserer Entschlossenheit und Kampfbereitschaft zutrauen, daher legen den Dringlichkeits-Leitantrag in die Generaldebatte am Freitag und den Dringlichkeitsantrag zur personellen Wahlkampfaufstellung in die „Aufbruch ins Wahljahr“-Debatte am Sonntagvormittag. Die weiteren anerkannt dringlichen Anträge formen wir in den Mittagsstunden des Samstags zu Beschlüssen. Gleich im Anschluss nehmen wir uns diejenigen Anträge vor, die potentiell besonders wertvolle Bausteine und Weichenstellungen für das nächste Bundestagswahlprogramm sind, und setzen dies dann am Sonntagmittag fort. Dabei ist es ebenso naheliegend wie wünschenswert, dass wir uns auch mit den Anträgen ab dem Ranking-Platz elf befassen. Die Rekordzahl von 105 V-Anträgen, ihre teilweise in monatelanger, intensiver Arbeit ganzer BAGen entstandenen Texte und die lebhafte Beteiligung am Ranking zeigen ja deutlich, wie sehr die aktiven Grünen klärende Beschlussfassungen in vielen Politikfeldern wünschen und verlangen. Es wird uns also freuen und stärken, wenn wir unsere Wahlprogrammarbeit mit BDK-Beschlüssen zu mehr als bloß zehn Ranking-Gruppen fundamentieren. Auf diese Sachanträge wollen wir unsere volle Aufmerksamkeit wenden und eben dadurch auch die volle Aufmerksamkeit und Konzentration der berichtenden und kommentierenden Journalist\*innen für unsere an Argumenten und Fakten reichen Antragsdebatten. Die richten sich natürlich an die vielen gespannt zuhörenden Mitglieder und Sympathisant\*innen. Das Beschlossene wird dann viele generell an grüner Politik interessierte Menschen – deutschlandweit und weltweit - interessieren.

Für diese inhaltlichen Debatten schafft unser Alternativvorschlag volle zehn bis elf Stunden Zeit – Zeit, die wir wirklich brauchen!

Dafür wollen wir alles Weitere zeitsparend und in guter Ordnung durchführen:

Am Freitag sprechen zu uns, sobald wir mit den „Formalia“ durch sind, als erstes unsere Frontleute, die sich aus Bundesvorstand und Bundestagsfraktion verabschieden und wir danken ihnen. Anschließend widmen wir uns am Freitagnachmittag und Freitagabend der politischen Lage überhaupt. Das wird vor allem eine gemeinsame, kämpferische Auswertung dieser Legislaturperiode, ausführlich und mit vielen Redeplätzen auch für unsere Minister\*innen und Fraktionsvorsitzenden. Da können wir auch Anlauf für den unmittelbar bevorstehenden Bundestagswahlkampf nehmen und zwar mit dem Dringlichkeits-Leitantrag als Startrampe. - Das Bundestagswahlprogramm und die Kernbotschaften unserer Wahlkampagne werden wir dann demnächst auf der Bundestagswahl-BDK beraten und entscheiden. -

Am Samstagmorgen beraten und entscheiden wir als erstes zu denjenigen Satzungsanträge, deren Antragstellende uns eine Stärkung des neuen Bundesvorstandes versprechen, zu über S-31, der uns eine Stärkung der BDK-Debattenqualität verspricht. Drei Stunden dafür sind angemessen. Allen anderen S-Antragstellenden müssen wir notgedrungen ihren Verzicht für diese BDK zumuten. Die zusätzlichen mindestens 20 BDK-Minuten (im Durchschnitt) wären diesmal leider nicht zu schaffen. - Antragstellende zu „Amt und Mandat“ (S-05, S-08, S-11, S-19 und S-28) werden freundlich gebeten, sich auf einen gemeinsamen Antrag mit ein bis zwei eingebetteten Entscheidungsalternativen zu einigen.

Am Samstagabend kommen die Wahlen des nächsten Bundesvorstands und der nächsten Antragskommission. Deren Mitglieder sollten komplexe Zusammenhänge schnell "auf den Punkt" bringen können und Kandidierende für diese Gremien sollten uns daher zeigen, dass sie kurz und kernig sprechen können. Deswegen lassen sich diese Wahlen zügig durchführen.

Den medial undankbaren späten Samstagabend weisen wir einem uns selbst durchaus (es ist ja wichtig, dass wir unsere knappen finanziellen Ressourcen gut geplant einsetzen), aber sonst nur wenige Journalist\*innen und Sympathisant\*innen ernsthaft interessierenden Thema zu, nämlich unseren eigenen Parteifinzen und deren Kontrolle. - Wir bitten Bundesschatzmeister, Bundesschatzmeisterin und die zur Rechnungsprüfung Kandidierenden freundlich, auch diese späten Abendstunden als Zeichen unserer Wertschätzung ihrer Arbeit annehmen zu wollen.

- Der 17. November liegt zwischen Allerseelen und Ewigkeitssonntag. Da wäre es passend, den Sonntag mit der Erinnerung an Antje Vollmer, Wolfgang Wieland und alle kürzlich verstorbenen Mitglieder zu beginnen und dies im Rahmen einer ökumenischen Andacht für alle, die kommen wollen. -

Wir besprechen dann am Sonntag unseren „Aufbruch ins Wahljahr“ und besonders den demnächst vorliegenden Dringlichkeitsantrag zur personellen Wahlkampfaufstellung. Das kann zügig geschehen. Sämtliche real für diese ehrenvolle Aufgaben in Frage kommenden sind nahezu allen aktiven, sich gut informierenden Grünen schon gut bekannt. Unsere Kandidierenden brauchen also keine Lobreden, weit ausholende Vorträge oder inszenierte Talkrunden. - Bei der Nominierung für das Kanzler\*innenamt wird die Regierungs-Bewährung ein Hauptargument im Wahlkampf sein. Die grossen Erträge ihrer sehr guten und zu Teil ausgezeichneten Leistungen werden leider für die meisten Minister\*innen erst in kommenden Jahren völlig klar werden. Gegenwärtig können wir für die Mehrzahl der Wahlberechtigten nur für eines unserer Ressorts durchschlagende Teilerfolge glaubhaft und werbewirksam darlegen. Politisch Erfahrene wissen bereits, dass auf dieser BDK eigentlich nur eine einzige Person nominierbar ist. - Zur Kernkompetenz eines Spitzenkandidierenden und auch eines Wahlkampfkoordinierenden Menschen wird es diesmal gehören, in aufgeheizter Atmosphäre auch komplexe Zusammenhänge schnell "auf den Punkt" bringen zu können, also kurz und kernig zu sprechen. - Auf eindeutig konsensual zu treffende, klare Entscheidungen sollte auch nicht mehr der knappen BDK-Zeit verwendet werden, als protokollarisch geboten.

Dann sind alle Personen gewählt und gewürdigt und unser Kopf ist wieder ganz frei für inhaltliche Debatten, mit denen wir den BDK-Sonntag beschliessen.

- Falls sich während der BDK zusätzlicher, hier noch nicht eingeplanter Zeitbedarf ergibt, so können ja die Beispiele der BDK Karlsruhe und Leipzig helfen: die haben sich Sonntagssitzungen bis 15.00 bzw. 16.00 Uhr genehmigt (vgl. <https://antraege.gruene.de/49bdk/vorschlag-zur-tagesordnung-47349> , [https://antraege.gruene.de/43bdk/Vorschlag\\_zur\\_Tagesordnung-11834](https://antraege.gruene.de/43bdk/Vorschlag_zur_Tagesordnung-11834) ). -

herzliche bündnisgrüne Grüße,

Jürgen Blümer, Mario Hüttenhofer, Shirin Kreße und Tobias Balke

## V-01 Wir gestalten die vielfältige Migrationsgesellschaft

Gremium: Diversitätsrat  
Beschlussdatum: 13.09.2024  
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

### Antragstext

Ob über Klimaschutz, Migration oder Diversität: In unserem Land wird derzeit viel diskutiert. Der Rückschluss, dass wir in einer zutiefst polarisierten Gesellschaft leben, ist aber dennoch nicht folgerichtig. Denn unsere Demokratie ist auf ständige Aushandlung und gemeinsame Verständigung angewiesen; sie sind Ausdruck einer lebendigen und vielfältigen Gesellschaft. Die Mehrheit der in Deutschland lebenden Menschen befürworten eine plurale, liberale Gesellschaft und erkennen an, dass wir eine Migrationsgesellschaft sind. Das haben nicht zuletzt die Demonstrationen gegen rechtsextreme Kräfte, wie die AfD, und für den Schutz unserer Demokratie gezeigt.

Unser Land ist vielfältiger denn je. Diese Vielfalt ist eine zentrale Stärke unserer Gesellschaft. Immer mehr Menschen mit unterschiedlichen Perspektiven und Erfahrungen tragen aktiv zu den Aushandlungsprozessen bei, wie wir als Gemeinschaft zusammenleben wollen. Migrant\*innen und ihre Nachkommen haben maßgeblich zum Aufbau und zur Weiterentwicklung unseres Landes beigetragen. Sie sind ein integraler Bestandteil unserer Gesellschaft und spielen eine Schlüsselrolle in der Gestaltung unserer gemeinsamen Zukunft.

Eine stetig voranschreitende und gelingende Integration und Teilhabe führt aber auch zu der Entstehung neuer Konflikte in unserer Gesellschaft. Denn die zunehmende Vielfalt und Teilhabe führt zu einer zunehmenden Gegenwehr derer, die die Vielfalt unserer Gesellschaft infrage stellen. Rechtsextreme und reaktionäre Akteur\*innen versuchen, unsere Gesellschaft in scheinbar unvereinbare Lager zu spalten und Menschen gegeneinander auszuspielen. Ihre aggressive Rhetorik findet sowohl in Deutschland als auch in Europa zunehmend Zustimmung, was sich im Aufstieg rechtspopulistischer und rechtsextremer Parteien zeigt.

Die Aufgabe aller demokratischen Parteien muss es sein, dem Rechtsruck eine klare Absage zu erteilen und stattdessen die Aushandlungsprozesse zur Gestaltung unseres Zusammenlebens konstruktiv zu fördern. Einer Aneignung reaktionärer Rhetorik und einer Verschiebung des gesellschaftlichen Diskurses nach rechts müssen wir uns gemeinsam entgegenstellen. Denn gerade in Krisenzeiten brauchen wir Zusammenhalt und eine Gesellschaft, die allen Bürger\*innen gleiche Rechte und Möglichkeiten sichert und den Wohlstand gerecht verteilt.

Solange wie beispielsweise Menschen mit Migrationsgeschichte auf dem Wohnungsmarkt diskriminiert, Menschen mit Behinderung der Zugang zu vielen Lebensbereichen verwehrt wird, queere Familienformen nicht anerkannt werden und Kinder aus armutsbetroffenen Familien nicht denselben Zugang zu Bildung haben, ist das Versprechen der liberalen und gleichberechtigten Gesellschaft nicht erfüllt.

Reaktionäre Kräfte bezeichnen das Eintreten für Vielfalt und Gleichberechtigung oft als "Kulturkampf". Gleichzeitig bemängeln einige Linke, dass es sich dabei

40 um Einzelinteressen handle und die grundlegende ökonomische Verteilungsfrage in  
41 den Hintergrund rücken würde. Doch für uns bedeutet der Einsatz für  
42 Gleichberechtigung und Vielfalt immer auch den Einsatz für soziale Gerechtigkeit  
43 und eine Politik, die Ressourcen gerecht verteilt. Denn als feministische Partei  
44 wissen wir, dass die Frage der Verteilung von Ressourcen eng mit der Frage der  
45 Diskriminierungsfreiheit verknüpft ist. Dort, wo es keine gerechte Verteilung  
46 von Ressourcen gibt, wird es keine gerechte Gesellschaft geben. Und dort, wo es  
47 keine Diskriminierungsfreiheit gibt, wird es keine gerechte Verteilung von  
48 Ressourcen geben. Menschen mit Migrationsgeschichte, queere Menschen, Frauen,  
49 Menschen mit geringem sozio-ökonomischen Status und behinderte Menschen sind  
50 häufig die Ersten, die die Folgen ungleicher Verteilung und systemischer  
51 Diskriminierung zu spüren bekommen. Ihre Erfahrungen und Perspektiven müssen  
52 daher zentral in den politischen Diskurs einfließen, um wirklich alle  
53 einzubeziehen.

54 Wir wissen, dass unser Land stärker ist, wenn wir in unserer Vielfalt  
55 zusammenhalten. Wir wissen, dass unsere Gesellschaft stärker ist, wenn wir uns  
56 in gegenseitigem Respekt vor unseren unterschiedlichen Erfahrungen, Perspektiven  
57 und Lebensrealitäten begegnen. Das zu leben, kann herausfordernd sein. Doch  
58 Konflikte, die konstruktiv ausgetragen werden, sind der Motor des  
59 gesellschaftlichen Fortschritts. Das Zusammenbringen unterschiedlicher  
60 Perspektiven führt dazu, dass mehr produktive und kreative Energie freigesetzt  
61 wird; es führt dazu, dass wir als Gesellschaft bessere Antworten auf die Krisen  
62 unserer Zeit finden. Aufgabe der Politik ist es, den Rahmen für eine  
63 konstruktive Debattenkultur zu schaffen.

64 Zur Bundestagswahl gilt es mehr denn je, unsere vielfältige und demokratische  
65 Migrationsgesellschaft zu verteidigen. Dafür braucht es eine Vision, die nicht  
66 spaltet, sondern Probleme konstruktiv und gemeinsam löst. Dabei werden wir von  
67 folgenden Grundsätzen geleitet:

68 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen für eine gerechte Gesellschaft - der Kampf für die  
69 gleichberechtigte Teilhabe, Freiheit, Feminismus, Vielfalt und Gerechtigkeit  
70 sind Teil unserer DNA. Wir wollen, dass alle Menschen den gleichen Zugang zu  
71 Ressourcen und Teilhabe haben. Wir stehen für eine Politik, die soziale  
72 Gerechtigkeit in den Mittelpunkt ihres Handelns stellt.

73 Vielfalts- und Antidiskriminierungspolitik sind Voraussetzungen für eine  
74 gleichberechtigte Gesellschaft. Wir stehen für eine Politik, die den Menschen in  
75 seiner Vielfalt in den Mittelpunkt rückt, gleichberechtigte Teilhabe garantiert  
76 und unterschiedliche Interessen und Erfahrungen einbezieht. Für uns ist das kein  
77 „Nice-to-have“ oder das Erfüllen von Einzelinteressen, sondern eine zentrale  
78 Frage unserer Demokratie. Denn dort, wo Menschen ausgeschlossen werden, wenden  
79 sie sich ab; dabei kann unsere Gesellschaft nur dann stark sein, wenn Menschen  
80 an ihrer Gestaltung mitwirken. Wir verstehen Antidiskriminierungspolitik als  
81 Politik, die Fortschritt für alle Menschen in diesem Land bringt.

82 Wir gestalten eine Integrationspolitik, die Perspektiven schafft und Ankommen in  
83 einer vielfältigen Migrationsgesellschaft als wechselseitigen Prozess mit dem  
84 Ziel, gleiche Zugänge und Teilhabechancen in allen Bereichen des Lebens zu  
85 schaffen, versteht. Dieser Prozess stellt sowohl eine Herausforderung für die  
86 dar, die neu zu uns kommen, als auch für alle, die schon länger hier leben.  
87 Diesen Herausforderungen stellen wir uns und erarbeiten Antworten auf die



88 drängenden Fragen unserer Zeit. Wir wollen, dass Deutschland zu einem stabilen  
89 und gut funktionierenden Einwanderungsland wird, Menschen zusammenkommen und wir  
90 als Gesellschaft einen gemeinsamen Weg einschlagen. Anstatt zu spalten und  
91 Gruppen gegeneinander auszuspielen, führen wir unterschiedliche Perspektiven und  
92 Erfahrungen zusammen, nehmen sie ernst und sehen die Chancen, die mit der  
93 Förderung einer vielfältigen Gesellschaft einhergehen. Dabei stellen wir uns  
94 einer Verschiebung des Sagbaren sowie pauschalisierenden und diskriminierenden  
95 Aussagen entschieden entgegen. Denn sie verhindern den demokratischen Diskurs  
96 und verschärfen unsere gesellschaftlichen Konflikte. So schaffen wir Vertrauen  
97 in unsere Integrationspolitik.

98 Wir schaffen den Rahmen für die konstruktive Austragung gesellschaftlicher  
99 Konflikte. Wir wollen, dass alle Menschen in unserem Land gesehen und gehört  
100 werden. Demokratie lebt vom Dialog und dem Wettstreit um die besten Ideen. Nicht  
101 selten sind diese Konflikte anstrengend und verlangen uns als Gesellschaft viel  
102 ab. Doch im gemeinsamen Ringen setzen wir die Maßstäbe für unser Zusammenleben  
103 neu und erweitern als Gesellschaft unsere Perspektive. Wir nehmen uns dieser  
104 Konflikte an. Grundlage dafür sind immer die Prinzipien des Grundgesetzes sowie  
105 die Rechte und Pflichten, die sich daraus ergeben.

106 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen für eine Politik, die die Vielfalt unserer  
107 Gesellschaft stärkt und die Freiheit aller verteidigt. Wir gestalten die Zukunft  
108 Deutschlands als eine gerechte, offene und vielfältige Migrationsgesellschaft.  
109 Die Debatten der letzten Monate, wie beispielsweise um das  
110 Selbstbestimmungsgesetz, Asylrechtsverschärfungen und Abschiebungen, haben viele  
111 Menschen aus marginalisierten Gruppen vor den Kopf gestoßen. Hier wollen wir  
112 wieder Vertrauen zurückgewinnen. Als BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist es unsere  
113 Aufgabe, dem Rollback von Teilen unserer Gesellschaft entschieden  
114 entgegenzutreten.

## V-02 Der Grüne Kompass - gemeinsam die Richtung bestimmen, die Zukunft gestalten

Gremium: Kreisverband Hildesheim  
Beschlussdatum: 04.09.2024  
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

### Antragstext

- 1 Liebe Freund\*innen,
- 2 die jüngsten Wahlergebnisse, insbesondere das enttäuschende Abschneiden bei der  
3 Europawahl, aber auch der letzten Landtagswahlen, haben deutlich gemacht, dass  
4 unsere Demokratie mehr denn je in Gefahr ist. Sie zeigen aber auch, dass unsere  
5 Strategie und Ausrichtung auf Bundesebene nicht mehr für eine starke grüne  
6 Partei stehen, die fest für ihre Themen und Stärken einsteht, die in Zeiten von  
7 multiplen Krisen die Menschen und ihre Sorgen, aber auch Hoffnungen im Blick  
8 hat. Es wirkt als hätten wir eine klare Richtung verloren.
- 9 Die Wahlergebnisse kommen und kamen nicht überraschend. Standen wir vor einigen  
10 Jahren noch für eine starke Klima- und Umweltpolitik und innovative und  
11 zukunftsgerichtete Lösungen, die vor allem auch Kinder, Familien und junge  
12 Menschen im Blick haben, ringen wir um Lösungen, die uns mindestens  
13 Bauchschmerzen bereiten, aber im schlimmsten Fall konträr zu unseren politischen  
14 Grundwerten stehen.
- 15 Wir Grünen sind vielfältig in unseren Meinungen, aber unsere Grundwerte einen  
16 uns noch immer: Achtung der Grund- und Menschenrechte, Klima- und Umweltschutz,  
17 Gleichberechtigung und Feminismus und eine stark sozial ausgerichtete Politik.  
18 Bei all dem behalten wir selbstverständlich die Sicherheitsinteressen, egal ob  
19 sozialer oder außenpolitischer Natur, fest im Blick – und das  
20 generationenübergreifend. Doch angesichts unserer aktuellen Bundespolitik fragen  
21 sich die Menschen zu Recht, wo wir stehen. Und viele Mitglieder fragen sich das  
22 auch. Wie viel muten wir uns noch zu? Ist das noch unsere Partei?
- 23 Unsere Mitglieder an der Basis, die Engagierten in der Kommunalpolitik und die  
24 Orts- und Kreisverbände haben diesen Kurs lange unterstützt. Aber ein „Weiter  
25 so!“ kann es nicht geben. Ohne klares Profil und auch mal eine harte Kante zu  
26 zeigen, verlieren wir nicht nur die Wähler\*innen, sondern langsam, aber sicher  
27 auch uns selbst als Grüne.
- 28 Wir sprechen uns daher für die folgenden Punkte aus:
- 29 Gegenseitige Verantwortung: Die Orts- und Kreisverbände sowie alle Engagierten  
30 an der Basis haben in den letzten Jahren unter erheblichem Druck ihre Aufgaben  
31 erfüllt und die Strategie der Bundesebene unterstützt. Jetzt fordern wir eine  
32 umgekehrte Verantwortung: Der Bundesvorstand und die Bundestagsfraktion müssen  
33 sich verstärkt an den Bedürfnissen und Rückmeldungen der Basis orientieren und  
34 die Expertise und Anliegen der Kreisverbände ernst nehmen.
- 35 Förderung einer konstruktiven Vision: Es reicht nicht aus, lediglich Krisen zu  
36 verwalten. Die Bundesebene muss eine positive und zukunftsgerichtete Vision  
37 entwickeln, die zeigt, wie wir als Grüne das Land nachhaltig und gerecht  
38 gestalten wollen. Diese Vision muss auf den Kernanliegen unserer Partei basieren

39 – Klima- und Umweltschutz, soziale Gerechtigkeit und die Verteidigung der  
40 Demokratie – und darf nicht durch kurzfristige Kompromisse verwässert werden.  
41 Dabei gilt es insbesondere auch junge Menschen in den Blick zu nehmen und aktiv  
42 mit ihnen eine lebenswerte Zukunft zu erarbeiten und wieder ein positives  
43 Narrativ zu gestalten.

44 Stärkung der kommunalen Ebene: Es ist unerlässlich, dass die Bundesebene die  
45 kommunalen Strukturen nicht nur als Ausführungsorgane betrachtet, sondern als  
46 gleichberechtigte Partner einbindet. Die Basis muss stärker in strategische  
47 Entscheidungen einbezogen werden und unsere Strukturen vor Ort (Orts- und  
48 Kreisverbände) erhalten die Unterstützung, die sie benötigen, um vor Ort  
49 erfolgreich grüne Politik ermöglichen zu können.

50 Um die oben genannten Punkte zu adressieren, schlagen wir folgende Maßnahmen  
51 vor:

52 Echte Basisbeteiligung: Der Bundesvorstand nimmt seine Ämter und die  
53 Kreisverbände ernst und stellt einen echten Austausch mit der kommunalen Ebene  
54 und den Mitgliedern sicher. Die Sorgen und Vorschläge der Basis haben in die  
55 Bundespolitik einzufließen. Dies sollte nicht nur symbolisch, sondern mit  
56 konkreten Handlungsmöglichkeiten verbunden sein. Basis ist und bleibt Boss.

57 Entwicklung einer gemeinsamen Vision: Die Bundesebene konzentriert sich darauf,  
58 Politik entlang unserer Grundprinzipien zu machen, statt anderen Parteien  
59 hinterherzulaufen oder gar in den Populismus miteinzusteigen. Dafür ist eine  
60 langfristige und zukunftsfähige Vision für das Land nötig, die auf unseren  
61 grünen Grundwerten basiert und Stärke und Sicherheit vermittelt, aber auch die  
62 Vielfalt unserer Gesellschaft würdigt. Diese Vision sollte im Zentrum unserer  
63 politischen Kommunikation stehen und durch konkrete Initiativen und Programme  
64 unterstützt werden.

65 Die Jugend fest im Blick: Die Bundesebene wirkt darauf hin, die Sorgen, Ängste  
66 und Bedürfnisse der jungen Menschen endlich ernst zu nehmen. Sie sind die  
67 Zukunft unserer Partei, aber auch unseres Landes. Nicht erst seit Corona, haben  
68 Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene, aber auch Familien, das Nachsehen im  
69 politischen Alltag. Wir setzen uns für stärkere Mitbestimmungsstrukturen und  
70 eine Politik ein, die ihre Bedürfnisse gezielt in den Fokus nimmt.

71 Förderung einer zielgerichteten Politikkommunikation: Die Bundesebene wirkt  
72 darauf hin, dass unsere Politik sowohl bei den eigenen Mitgliedern als auch bei  
73 den Wähler\*innen verständlich und klar kommuniziert ankommt. Die beste Politik  
74 nützt nichts, wenn niemand davon erfährt. Falschinformationen müssen gezielt  
75 bekämpft werden und dürfen von uns nicht unwidersprochen bleiben.

76 Verbindliche Unterstützungsmechanismen: Die Bundesebene etabliert verbindliche  
77 Mechanismen zur Unterstützung der Kreisverbände, insbesondere in  
78 Wahlkampfzeiten. Dazu gehören finanzielle Mittel, strategische Beratung und  
79 praktische Ressourcen wie Schulungen und Materialien. Vor allem die typischen  
80 Wahlkampfprobleme wie die Nichtnachbestellbarkeit von Materialien und das  
81 Ausbleiben oder falsches Ausspielen von Social-Media-Werbung darf sich nicht  
82 erneut wiederholen. Ebenfalls braucht es mehr Unterstützung und Förderung für  
83 Politik im ländlichen Raum.

84 Wir rufen die Bundesdelegiertenkonferenz dazu auf, die oben genannten  
85 Forderungen und Vorschläge zu unterstützen. Es ist an der Zeit, dass die

- 86 Bundesebene ihrer Verantwortung gegenüber der Basis gerecht wird und sich  
87 stärker an deren Bedürfnissen und Vorschlägen orientiert. Nur durch eine enge  
88 Zusammenarbeit, gegenseitige Unterstützung und eine klare Strategie können wir  
89 als Partei erfolgreich sein und unsere Vision für eine nachhaltige, gerechte und  
90 demokratische Zukunft verwirklichen.
- 91 Die Bundesdelegiertenkonferenz möge beschließen, dass die oben genannten  
92 Forderungen in die weitere Arbeit des Bundesvorstands und der Bundestagsfraktion  
93 von Bündnis 90/Die Grünen einfließen und dass entsprechende Maßnahmen zur  
94 Stärkung der Zusammenarbeit zwischen der Bundesebene und der Basis ergriffen  
95 werden.

## Begründung

Dieser Antrag zielt darauf ab, unsere Partei als eine kraftvolle, einheitliche Bewegung zu stärken, die ihre Basis ernst nimmt und auf die Stimmen und Bedürfnisse ihrer Mitglieder hört. Die Engagierten vor Ort haben in den letzten Jahren viel geleistet und es ist an der Zeit, dass ihre Beiträge angemessen gewürdigt werden. Eine starke, verantwortungsbewusste Zusammenarbeit zwischen allen Ebenen der Partei in Verbindung mit einer klaren strategischen und thematischen Ausrichtung ist der Schlüssel zu unserem gemeinsamen Erfolg.

## V-03 Klare Positionierung zur Umsetzung der EU-Richtlinie 2024/1203 über den strafrechtlichen Schutz der Umwelt

Gremium: KV Bremen-Nord  
Beschlussdatum: 21.08.2024  
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

### Antragstext

- 1 Am 26. März 2024 beschloss der Rat der Europäischen Union das weltweit stärkste
- 2 Umweltstrafrecht. Deutschland stimmte als einziges Land nicht dafür und unsere
- 3 Parteien und Medien schweigen seitdem fast ausnahmslos.
- 4 Die Mitgliedstaaten sind dazu verpflichtet, die Rechts- und
- 5 Verwaltungsvorschriften bis zum 21. Mai 2026 in Kraft zu setzen, welche
- 6 erforderlich sind, um diese Richtlinie umzusetzen.
- 7 Im Sinne eines, dem Ziel der Richtlinie dienenden verantwortungsvollen
- 8 Vorgehens, übernehmen die Mitglieder von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in der aktuellen
- 9 Bundesregierung sowie der Bundestagsfraktion eine Vorreiterrolle für eine
- 10 Stärkung des Schutzes von Natur und Umwelt. Daher ergreifen die genannten
- 11 Personen, insbesondere die darunter befindlichen Fachexpert\*innen noch in dieser
- 12 Legislaturperiode die Initiative und erarbeiten eine Position, das deutsche
- 13 Umweltstrafrecht anzupassen und in nationales Recht umzusetzen.
- 14 Die erarbeitete Position wird in Abstimmung mit den Koalitionspartner\*innen im
- 15 Gesetzgebungsprozess auf den Weg gebracht. So wird eine Minimalumsetzung
- 16 vermieden, die weiterhin die verantwortungslose Schädigung und Ausbeutung von
- 17 Natur und Umwelt für rein profitorientierte Interessen ermöglicht.

### Begründung

### Verstärkter Rechtsrahmen

Die EU-Richtlinie 2024/1203 hat erhebliches Potenzial, die Umwelt in der EU zu schützen und das Umweltstrafrecht der EU auch über ihre Grenzen hinaus zu einem Kompass für den Umgang mit unseren natürlichen Lebensgrundlagen und lebensnotwendigen Ökosystemen zu machen.

Am 20. Mai 2024 ist das neue EU-Umweltstrafrecht in Kraft getreten, das neben deutlich verbesserten Regeln zur Zusammenarbeit und Strafverfolgung 20 (statt bisher 9) Tatbestände auflistet.

Nach dem neuen EU-Umweltstrafrecht stellen bestimmte Handlungen nach Artikel 3 Absatz 3 eine qualifizierte Straftat dar, wenn diese

1. ein Ökosystem von beträchtlicher Größe oder ökologischem Wert, einen Lebensraum innerhalb eines geschützten Gebietes oder die Luft-, Boden- oder Wasserqualität zerstört oder
2. entweder irreversibel oder dauerhaft großflächig und erheblich schädigt.

Für diese qualifizierten Straftaten sollen natürliche Personen mit Freiheitsstrafen im Höchstmaß von mindestens fünf, acht oder zehn Jahren sanktioniert werden. (Art.5)

Rechtswidrig wird durch das neue EU-Umweltstrafrecht eine Handlung auch dann, wenn sie auf Grundlage einer behördlichen Genehmigung erfolgt, die gegen materielles Recht verstößt.

Unternehmen sollen für die schwersten Straftaten Geldstrafen bzw. Geldbußen von mindestens 5 % des weltweiten Gesamtumsatzes oder alternativ 40 Mio. € auferlegt werden. (Art.7 Abs.3).

Der gesamte Text der EU-Richtlinie 2024/1203 ist nachzulesen unter [https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=OJ:L\\_202401203](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=OJ:L_202401203)

## Dringender Handlungsbedarf

Das EU-Umweltstrafrecht ist geeignet, einen Rahmen zu schaffen, in dem wir alle, über Meinungsgrenzen hinweg, unserer Verantwortung gerecht werden können.

Die Umsetzungsfrist fällt etwa zur Hälfte in die Zeit des Bundestagswahlkampfes 2025 sowie in die ersten Monate der Folgeregierung. Die Gefahr der Bagatellisierung dieser nicht geringen Aufgabe ist groß und die Dringlichkeit der konsequenten Umsetzung des neuen EU-Umweltstrafrechts in Deutschland ist hoch.

Um die drohende Verschleppung und Reduktion der Umsetzung auf ein Mindestmaß zu vermeiden, muss unsere Partei jetzt das Schweigen brechen, eine klare Position beziehen und den Diskurs in die Öffentlichkeit tragen, um der grünen Klima- und Umweltpolitik – eines ihrer Kernthemen – Rechnung zu tragen.

V-04 Krieg in der Ukraine: Unsere grüne Kernkompetenz „Zivile Konflikttransformation“ ist jetzt gefragt

Antragsteller\*in: Thomas Mohr (KV München)

Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

## Antragstext

1 Nach mehr als zweieinhalb Jahren Krieg in der Ukraine:

### 2 Unsere Kernkompetenz „Zivile 3 Konflikttransformation“ ist jetzt gefragt

- 4 1. Bündnis 90/Die Grünen sind die Partei in Deutschland, die sich am  
5 längsten, intensivsten und kompetentesten mit dem Thema zivile,  
6 gewaltfreie Konflikttransformation befasst hat. Deshalb wurde zum Beispiel  
7 während der ersten grünen Regierungsbeteiligung auf Bundesebene die  
8 Struktur und staatliche Förderung der zivilen Konfliktbearbeitung deutlich  
9 ausgebaut: Zentrum Internationale Friedenseinsätze, Ziviler Friedensdienst,  
10 Stiftung Friedensforschung. Zurecht dürfen wir sagen, dass Zivile  
11 Konflikttransformation eine unserer grünen Kernkompetenzen ist.
- 12 2. In der langen Geschichte unserer Partei mussten wir uns immer wieder mit  
13 dem Spannungsverhältnis zwischen unserem ursprünglichen Ideal der  
14 Gewaltfreiheit und dem aktuell realpolitisch Machbaren auseinandersetzen.  
15 In schmerzhaften Debatten haben wir miteinander um den bestmöglichen Weg  
16 in konkreten Entscheidungssituationen gerungen. Diese Debattenkultur – oft  
17 stellvertretend für die Gesellschaft – dieses Abwägen des Möglichen bei  
18 gleichzeitigem Respekt vor pazifistischen Grundüberzeugungen und vor der  
19 Haltung des „Von deutschem Boden soll nie wieder Krieg ausgehen“ war über  
20 lange Zeit ein Markenzeichen der grünen Partei.
- 21 3. In diesem innerparteilichen Debattieren wurden uns Menschenrechte und  
22 menschliche Sicherheit, das Völkerrecht und die Stärkung der Vereinten  
23 Nationen zu wesentlichen Orientierungspunkten. Den Einsatz für eine Kultur  
24 der Gewaltfreiheit verstehen wir inzwischen als eine Querschnittsaufgabe,  
25 die weit mehr als den Bereich der Außenpolitik umfasst. Frieden ist einer  
26 unserer fünf Grundwerte. Politik für Gewaltfreiheit bleibt weiterhin eine  
27 der entscheidenden Leitlinien unserer Politik. Wir treten konsequent ein  
28 für die Stärke des Rechts statt dem Recht des Stärkeren! Wir wissen aber,  
29 dass Demokratie und Menschenrechte in den seltensten Fällen durch  
30 Militäreinsätze und Krieg gefördert werden, sondern vor allem durch das  
31 überzeugende und ansteckende eigene Beispiel. In unserem Streben nach  
32 einer Welt ohne Atomwaffen werden wir nicht nachlassen. Unser Ziel bleibt,  
33 durch eine Politik für Gewaltfreiheit mittel- und langfristig die

34 politische Institution des Krieges zu überwinden (siehe: Grundsatzprogramm  
35 2020, Abs. 51).

36 4. Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine stellt einen eindeutigen Bruch  
37 des Völkerrechts dar. Deshalb haben wir – in Kooperation mit der EU –  
38 Sanktionen gegen Russland verhängt. Und wir unterstützen – im Rahmen der  
39 NATO – die Ukraine durch Waffenlieferungen, damit sie ihr  
40 Selbstverteidigungsrecht überhaupt in Anspruch nehmen kann. Nach mehr als  
41 zweieinhalb Jahren Krieg und gigantischen Zerstörungen müssen wir aber  
42 konstatieren, dass der Kriegsverlauf festgefahren ist und sich ein Patt  
43 eingestellt hat. Es gelingt der Ukraine nicht mehr, mit militärischen  
44 Mitteln entscheidende Fortschritte zu erreichen. Perspektivloses Leiden  
45 und Sterben ist zur Realität geworden. Die Situation ist reif für andere  
46 Wege zur Beendigung dieses schrecklichen Krieges.

47 5. Die Charta der Vereinten Nationen räumt ein Selbstverteidigungsrecht ein,  
48 „bis der Sicherheitsrat die zur Wahrung des Weltfriedens und der  
49 internationalen Sicherheit erforderlichen Maßnahmen getroffen hat.“ (UN-  
50 Charta, Art. 51) Bekanntlich ist es bisher weder der Ukraine und Russland  
51 noch den Vetomächten im UN-Sicherheitsrat gelungen, sich auf eine für alle  
52 Beteiligten völkerrechtlich akzeptable Beendigung des Ukrainekriegs, die  
53 zu einer Konfliktlösung und einem Friedensvertrag führen könnte, zu  
54 einigen. Bündnis 90/Die Grünen haben sich wiederholt in Programmen und  
55 Beschlüssen darauf festgelegt, dass im Falle solcher Blockaden des UN-  
56 Sicherheitsrates, die UN-Generalversammlung über friedenserzwingende  
57 Maßnahmen mit qualifizierter Mehrheit beschließen soll (siehe:  
58 Grundsatzprogramm 2020, Abs. 374). Die UN-Generalversammlung hat sich  
59 bereits mehrfach mit dem Ukrainekrieg befasst. Für Aktionen außerhalb der  
60 friedlichen Mittel, wie sie von den westlichen Staaten in Form von  
61 Sanktionen und Aufrüstung praktiziert werden, gab es in der  
62 Generalversammlung allerdings keine Mehrheit. Vielmehr hat die  
63 Generalversammlung am 23.02.2023 die Mitgliedsstaaten und die  
64 internationalen Organisationen aufgefordert, ihre Unterstützung für die  
65 diplomatischen Bemühungen um einen umfassenden, gerechten und dauerhaften  
66 Frieden in der Ukraine zu verdoppeln (siehe: [IPPNW: Waffenstillstand und](#)  
67 [Frieden für die Ukraine](#)).

68 6. Bündnis 90/Die Grünen setzen sich dafür ein, die internationale  
69 Zusammenarbeit Deutschlands postkolonial und antirassistisch auszurichten  
70 (siehe: Grundsatzprogramm 2020, Abs. 404). Deshalb ist es uns besonders  
71 wichtig, auf die Stimmen aus dem sogenannten „Globalen Süden“ zu hören.  
72 Brasilien, Mexico, Indien, Indonesien, die Afrikanische Union und andere  
73 Staaten haben Ideen und Initiativen für ein Ende des Krieges eingebracht.  
74 Diese Ansätze wollen wir fördern und unterstützen. Denn wir wissen: In  
75 dieser hocheskalierten Situation braucht es hilfreiche Dritte, die das  
76 Vertrauen beider Kriegsparteien gewinnen können. Nur unter aktiver  
77 Beteiligung des Globalen Südens kann realistischerweise ein  
78 Waffenstillstand ermöglicht und ein Friedensprozess eingeleitet werden. So  
79 wird auch eine wünschenswerte Fortsetzung der Friedenskonferenz in der  
80 Schweiz vermutlich in einem nicht-europäischen Land stattfinden müssen,



81 das nicht nur von der Ukraine, sondern auch von Russland als Vermittler  
82 akzeptiert wird.

83 7. Die Suche nach Waffenstillstand und Frieden verstehen wir als  
84 ergebnisoffenen Prozess. Ein solcher Verhandlungsprozess kann aber nur  
85 dann nachhaltige Ergebnisse erzielen, wenn alle Beteiligten und  
86 Betroffenen gleichberechtigt an den Gesprächen mitwirken können. Auch hier  
87 muss sich der Ansatz der feministischen Außenpolitik in der Praxis  
88 bewähren und Frauen und marginalisierte Gruppen als Mitwirkende in den  
89 Verhandlungsprozess integrieren. Uns ist klar, dass Dritte, die als  
90 Vermittelnde in einem Krieg wirksam werden wollen, nicht mit einem  
91 fertigen Endergebnis Verhandlungen einleiten können. Wer als Mediator\*in  
92 bereits vor Beginn einen Kompromiss als mögliches Endresultat der  
93 Gespräche in den Raum stellt, wird in der Regel von mindestens einer der  
94 Parteien nicht mehr als neutraler, allparteilicher Vermittler  
95 akzeptiert. Vielmehr geht es zunächst darum, kleine Schritte  
96 herauszufinden, die für beide Seiten hinnehmbar sind. Dass dies auch  
97 bezüglich des Angriffs Russlands auf die Ukraine ein realpolitisch  
98 gangbarer Weg ist, zeigen die immer wieder erfolgreich abgewickelten  
99 Gefangenenaustausche zwischen der Ukraine und Russland.

100 8. Vor diesem Hintergrund erhält auch der sehr offen formulierte chinesische  
101 „12-Punkte-Plan zur politischen Beilegung der Ukraine-Krise“ seine  
102 Bedeutung. China hat sich zuletzt außenpolitisch – unabhängig von seinem  
103 Umgang mit Menschenrechten im Inneren – mehrfach als erfolgreicher  
104 Vermittler in aktuellen Konflikten profiliert (Iran und Saudi Arabien,  
105 Fatah und Hamas). China ist allerdings ein zunehmend wichtigerer  
106 Verbündeter Russlands und kann deshalb aus westlicher Sicht schwerlich als  
107 neutraler Vermittler gelten. Wenn auf westlicher Seite eine Bereitschaft  
108 zur Einleitung von im Rahmen des Völkerrechts grundsätzlich  
109 ergebnisoffenen Verhandlungen zur Beendigung des russischen Angriffskriegs  
110 besteht, könnte China aber in Kombination mit den USA auf die aktiven  
111 Kriegsparteien – Russland und die Ukraine – in Richtung eines Kriegsendes  
112 einwirken. China und die USA könnten ihre spezifischen Kompetenzen  
113 gemeinsam mit anderen Staaten in eine größere Vermittlungs- bzw.  
114 Kontaktgruppe einbringen. In diesem Fall könnten sich die nahen  
115 Beziehungen zwischen China und Russland einerseits und zwischen den USA  
116 und der Ukraine andererseits als Chance für das lang erhoffte Ende von  
117 Leid, Tod und Zerstörung in der Ukraine erweisen.

118 9. Wir wissen, wie wichtig es für einen Vertrauensaufbau ist, nicht  
119 reflexhaft die andere Seite zu rügen, sondern selbstkritisch das eigene  
120 Verhalten in den Blick zu nehmen. Wir prangern jeden völkerrechtswidrigen  
121 Angriff eines Landes auf ein anderes an. Deshalb betonen wir an dieser  
122 Stelle ausdrücklich, dass der völkerrechtswidrige Angriffskrieg Russlands  
123 gegen die Ukraine nicht der einzige seiner Art in den letzten Jahrzehnten  
124 ist. Wir erinnern beispielhaft an den von der US-Regierung unter G.W. Bush  
125 geführten völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen den Irak 2003, den die  
126 damalige rot-grüne Bundesregierung aus guten Gründen abgelehnt hat. Der  
127 Angriff der USA und ihrer „Koalition der Willigen“ auf den Irak erfolgte  
128 trotz fehlenden UN-Mandats. Die von den USA dem UN-Sicherheitsrat vor dem  
129 Angriff vorgelegten angeblichen Beweise für eine Existenz von

Massenvernichtungswaffen im Irak erwiesen sich im Nachhinein als Lüge. Unsere Zustimmung im Jahr 1999 zum – ebenfalls ohne Mandat des UN-Sicherheitsrats erfolgten – Angriff der NATO auf Serbien, um einem befürchteten Völkermord im Kosovo zuvorzukommen, war für uns eine „statthafte Ausnahme, aber kein Präzedenzfall“ (Grundsatzprogramm 2002, S. 164). Wir müssen jedoch einräumen, dass Russland diesen NATO-Angriff auf Serbien damals sehr wohl als Bruch des Völkerrechts eingeordnet hat und ihn heute für seine Argumentation im Hinblick auf den eigenen Angriffskrieg gegen die Ukraine benutzt.

10. Die größte Herausforderung für die menschliche Sicherheit in unserer Zeit ist und bleibt die Klimakrise. Entweder die Menschen lernen, sich als Menschheit zu begreifen und solidarisch zu organisieren oder die Gattung Mensch wird auf diesem Planeten keine große Zukunft haben. Ein Jahrhundert der Konfrontation und der Aufrüstung kann sich die Menschheit nicht leisten. Angesichts der Bedrohungen für das menschliche Leben auf der Erde muss unser Jahrhundert zu einem Jahrhundert wachsender Kooperation werden. Nur gemeinsam können die Erderwärmung gestoppt und ihre Folgen abgemildert werden. Dafür werden auch die Reform und die Stärkung der globalen Institutionen, insbesondere der UN-Institutionen notwendig sein. Der Beginn eines ernsthaften Gesprächsprozesses aller direkt und indirekt Beteiligten des Ukrainekriegs in Richtung Waffenstillstand und Friedensverhandlungen wäre ein weltweites Hoffnungszeichen. Eine gemeinsame Konfliktlösung stellt eine große Ermutigung dar, um die für das Überleben der Menschheit als Ganzes wirklich wichtigen Aufgaben zusammen engagiert anzugehen. Statt einer gefährlichen Aufrüstungsspirale können so wieder Abrüstungsverhandlungen in Gang kommen. Dann können die Ressourcen, die momentan für Militär und Rüstung eingeplant werden, für echte menschliche Sicherheit verwendet werden. Bündnis 90/Die Grünen sind überzeugt, dass wir – als einzelne Menschen und als gesamte Menschheit – über die Fähigkeit der konstruktiven Konflikttransformation verfügen. Wenn wir gleichwertig und fair zusammenarbeiten, sind wir in der Lage, die aktuellen Krisen und Konflikte zu meistern. Dafür setzen wir uns ein! Dieses wichtige Zeichen der Hoffnung und Ermutigung wollen wir von diesem Parteitag aussenden.

## Begründung

Wir dürfen die Menschen in der Ukraine nicht alleine lassen. Sie brauchen dringend Frieden! Wir dürfen das Friedensthema nicht anderen Parteien in Deutschland überlassen. Unsere Kernkompetenz "Zivile Konflikttransformation" ist jetzt dringend notwendig! Weiteres dazu siehe: [gewaltfrei grün e.V.](https://www.gewaltfrei-gruen.de/)

## weitere Antragsteller\*innen

Karl-Wilhelm Koch (KV Vulkaneifel); Reiner Hennig (KV Nürnberg-Stadt); Eberhard Müller (KV Ortenau); Stefan Muck (KV Landsberg-Lech); Enrico Calzia (KV Ulm); Martin Pilgram (KV Starnberg); Christopher Stark (KV München); Nicole Lauterwald (KV Frankfurt); Wolf-Christian Bleek (KV Starnberg); Catherine

Lodge (KV München); Kerstin Täubner-Benicke (KV Starnberg); Anja Kiemle (KV Starnberg); Erich Hinderer (KV Main-Spessart); Friedemann Gillert (KV Barnim); Michael Mirbach (KV Grafschaft Bentheim); Elmar Rachle (KV Schweinfurt); Berti Furtner-Loleit (KV München); Dorothea Martin (KV Barnim); Peter Meiwald (KV Ammerland); sowie 38 weitere Antragsteller\*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.

## V-05 Schwere gesundheitliche Probleme bei Legehennen und Masthühnern - Qualzuchten auch in der Landwirtschaft beenden

Gremium: BAG Tierschutzpolitik

Beschlussdatum: 07.09.2024

Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

### Antragstext

Die untragbaren Zustände der agrarindustriellen Tierhaltung sind weitreichend bekannt. Ebenso untragbar, aber im Vergleich eher unbekannt, sind ihre Qualzuchten. Weil wir mit Heimtieren direkt umgehen, sind uns dort eher Tiere bekannt, denen bereits aufgrund ihrer gewünschten Zuchtmerkmale häufig kein Leben ohne Schmerzen, Leiden oder Schäden möglich ist. Im Agrarbereich ist dieses Tierleid weniger sichtbar oder wird sogar als „Leistung“ verbrämt, dient aber der Optimierung des Geschäftsmodells – mit der Folge, dass auch andere Betriebe nachziehen müssen. Wie bei Kühen und Schweinen werden das Staatsziel Tierschutz sowie das Tierschutzgesetz durch die in der agrarindustriellen Landwirtschaft eingesetzten Legehennen und die schnell wachsenden Masthybriden ad absurdum geführt, die einseitig auf eine hohe Legeleistung und ein Maximum an Fleischansatz gezüchtet wurden. Die so selektierte Zucht führt zu genetisch bedingten Imbalancen und daraus folgenden Gesundheitsstörungen, die aktuell mangels tiergestützter Indikatoren während regulärer Kontrollen zudem kaum erfasst werden. Auch Puten und andere Vögel sind betroffen.

#### Legehennen:

Eines der größten Tierschutzprobleme in der Legehennenhaltung sind Brustbeinschäden. Bis zu 97 Prozent der Hennen einer Herde können von Frakturen und bis zu 83 Prozent der Hennen von Deformationen betroffen sein.[1] In nahezu allen Erzeugerbetrieben der konventionellen, aber auch der ökologischen Eierzeugung werden ausschließlich sogenannte spezialisierte Legehybride eingesetzt, die auf eine Legeleistung von bis zu 330 Eiern/Jahr gezüchtet wurden. Der dafür benötigte Nährstoffbedarf, z. B. von Kalzium, kann nicht allein über die Nahrungsaufnahme kompensiert werden, was sich in Folge dessen auf die Knochenstruktur auswirkt. Durch die hoch schmerzhaften Brustbeinbrüche, oft sogar Mehrfachbrüche, und weiteren schmerzhaften Erkrankungen wie Salpingitis (Eileiterentzündung), Kloakenprolaps (Vorfall der Kloake), Peritonitis (Bauchfellentzündung) und Osteoporose (Knochenschwund) mit ausgeprägten Gangstörungen, werden die Tiere meist nach einer Legeperiode, in einem Alter von nur etwas über einem Jahr, geschlachtet.[2]

#### Masthühner:

Bei Masthühnern können die Gefäße und das Bindegewebe nicht mit dem schnellen Muskelwachstum mithalten. Ihnen ist zudem das natürliche Sättigungsgefühl abgezüchtet worden. Sie nehmen pro Tag durchschnittlich etwa 70 Gramm Körpergewicht zu und erreichen im Alter von etwa einem Monat ein Schlachtgewicht von bis zu mehreren Kilogramm. Auf den Menschen übertragen bedeutet diese Wachstumsgeschwindigkeit, dass ein dreijähriges Kind bereits das Körpergewicht eines Erwachsenen hätte.[3] Auch die schlechten Haltungsbedingungen der

39 Elterntiere und die auf das Nötigste begrenzte Fütterung um Verfettung zu  
40 vermeiden, d. h. permanenter Hunger und ein strapaziertes Immunsystem, werden  
41 den Nachkommen in Form von Infektionen über Darm und beschädigter Ei-Cutikula  
42 mitgegeben. In guter Praxis wird dem mit Probiotika begegnet. Meist erfolgt  
43 jedoch ein Dauereinsatz von Antibiotika, da auch die genetisch bedingte zu  
44 schnelle Gewichtszunahme der Tiere schmerzhaftes Erkrankungen verursacht:  
45 Ausgeprägte Gangstörungen, Absterben des Oberschenkelknochenkopfes und andere  
46 Gelenkentzündungen. Außerdem sind Masthühner und -puten durch  
47 Fußballentzündungen und Entzündungen der Fersenhöcker betroffen, verursacht  
48 durch schlechtes Management mit zu feuchter Einstreu, welche während eines  
49 Durchgangs nicht gewechselt wird. Durch all diese Faktoren stirbt ein Teil der  
50 Tiere vorzeitig, meist an plötzlichem Herztod. Atemwegsinfekte sind häufig.[4,5]

51 Die Folgen sind schwere Leiden und Schmerzen, die ein artgemäßes Verhalten nicht  
52 zulassen. Dies verstößt neben dem „Qualzuchtparagraphen“ auch gegen Paragraph 2  
53 des Tierschutzgesetzes, nachdem ein Tier angemessen ernährt, gepflegt und  
54 verhaltensgerecht untergebracht werden muss sowie die Bewegung nicht derart  
55 eingeschränkt werden darf, dass Schmerzen, Schäden oder Leiden erfolgen. Dies  
56 ist in der konventionellen Tierhaltung regelmäßig der Fall. Selbst unter Bio-  
57 Haltungsbedingungen wäre die Gesundheit dieser Zuchten deutlich schlechter als  
58 von langsamer wachsenden Rassen für Bio-Freilandhaltung.[6,7] Auch langsamer  
59 wachsende Masthybride weisen Qualzuchtmerkmale auf. Die Qualzucht und -haltung  
60 funktioniert oftmals nur unter permanentem, prophylaktisch und metaphylaktisch  
61 erfolgreichem Einsatz von Antibiotika [6,7,8] mit entsprechender Auswirkung auf  
62 die Ernährungssicherheit und Gesundheitsrisiken auch von uns Menschen durch  
63 multiresistente Keime.[8]

64 Dass die Nutzung der gängigen Hybriden wie z. B. Ross 308 oder Cobb 700 nicht  
65 schon längst als Qualzuchten im Sinne des Tierschutzgesetzes beendet wurde,  
66 zeigt, dass die gegenwärtigen Regelungen unzureichend sind.

67 Die bestehenden Regelungen werden einerseits aufgrund des im Tierschutzbereich  
68 besonders häufigen Vollzugsdefizits kaum durchgesetzt, andererseits bestehen  
69 systematische Lücken im Tierschutzgesetz, im Tierzuchtgesetz und in den  
70 tierschutzrechtlichen Verordnungen. Wir setzen uns für eine Harmonisierung  
71 zwischen EU-Tierzucht recht und dem für alle Tiere geltenden, nationalen  
72 Tierschutzgesetz ein. Ebenso wie das Staatsziel Tierschutz sind die Forderungen  
73 für die Behebung des Defizits der Qualzuchten im Bereich der landwirtschaftlich  
74 genutzten Tiere zwei Jahrzehnte alt. Aber trotz eines Beschlusses des  
75 Bundesrates[9] und zahlreicher anderer Vorstöße[10,11] und Rechtsgutachten[12]  
76 wurden entsprechende Initiativen nie fertiggestellt.

77 Der Koalitionsvertrag besagt, bestehende Lücken in der  
78 Nutztierhaltungsverordnung zu schließen und das Tierschutzgesetz zu verbessern –  
79 unter anderem dadurch „Qualzucht“ zu konkretisieren. Diese Änderungen[vgl.13]  
80 sind notwendig, denn Qualzuchten sind bereits seit Jahrzehnten verboten –  
81 eigentlich. Aber jede\*r, der die Bilder von beispielsweise Hühnern oder Puten  
82 aus industrieller Tierhaltung kennt oder weiß, wie schnellwachsende Masthühner  
83 aussehen, sieht, dass das Tierschutzgesetz in der Praxis kaum eine Wirkung hat.  
84 Grundlegende Gutachten[13] sind veraltet oder betreffen hauptsächlich Heimtiere.  
85 Außerdem gibt es keine brauchbare Liste, die definiert, was bei welcher Tierart  
86 als Qualzucht-Merkmal gezählt werden muss. Erschwerend kommt hinzu, dass im  
87 Einzelfall bewiesen werden muss, dass Schmerzen, Leiden oder Schäden ursächlich

88 und nachweislich auf die Zucht zurückzuführen sind – und nicht  
89 „Produktionskrankheiten“ oder Folgen der gängigen „Qualhaltung“ sind.

90 Der 'Qualzuchtparagraph 11b des Tierschutzgesetzes soll bei gezüchteten Tieren  
91 Schmerzen, Leiden oder Gesundheits- oder Verhaltensstörungen verhindern. Eine  
92 Differenzierung zwischen "Heim"- und "Nutztieren" ist nicht vorgesehen. Die  
93 Liste der Merkmale einer Qualzucht muss um solche erweitert werden, die die  
94 physiologische Kompensationsfähigkeit des Stoffwechsels der landwirtschaftlich  
95 genutzten Tiere überfordern.

96 Diese Erweiterung muss mit einer zeitnahen Aktualisierung des veralteten  
97 „Qualzuchtgutachtens“[13] oder entsprechenden zeitgemäßen und nachhaltigen  
98 Alternativen verbunden werden und auch im Agrarbereich gehaltene Tiere  
99 inkludieren, um einen effizienten Vollzug zu ermöglichen.

100 Durch eine Übergangsfrist darf bereits aktuell rechtswidriges Handeln nicht zu  
101 Lasten der Tiere künftig legalisiert werden. Das Tierzuchtgesetz und die  
102 Allgemeine Verwaltungsvorschrift (AVV) zur Durchführung des Tierschutzgesetzes  
103 müssen in diesem Sinne nachgeführt werden. Zusätzlich wäre die Erarbeitung einer  
104 AVV Tierschutzüberwachung, analog der AVV Rahmenüberwachung in der  
105 Lebensmittelüberwachung, wichtig, um eine bundesweit harmonisierte Durchführung  
106 der amtlichen Überwachung im Tierschutz zu gewährleisten.

107 Generell dürfen sich aus der Zucht keine Belastungen für die Tiere ergeben,  
108 insbesondere wenn in der Folge Schmerzen, Leiden, Schäden oder Angst beim Tier  
109 selbst oder bei dessen Nachkommen nach objektiven Verhältnissen ernsthaft  
110 möglich erscheinen. Bei Masthühnern, Puten und anderen Vögeln muss die maximale  
111 tägliche Gewichtszunahme auf eine Prozent- oder Gewichtsgrenze begrenzt werden,  
112 die Schmerzen, Leiden oder Schäden vermeidet. Dies schafft Rechtssicherheit und  
113 entlastet Veterinär\*innen und Gerichte von für den Vollzug aufwendigen  
114 Einzelfallentscheidungen über erkrankte Einzeltiere.

115 Neben des Verbots der Haltung mit Ausnahme von Bestandshaltungen, sollten in  
116 Anlehnung an den Paragraphen 8 des österreichischen Tierschutzgesetzes und in  
117 Abstimmung mit der EU-Ebene ebenfalls die Vermittlung, die Weitergabe, der  
118 Erwerb, der Import und darüber hinaus der Handel mit Tieren, die zuchtbedingte  
119 Defekte aufweisen, verhindert werden. Das Verbot muss auch den Import von  
120 Produkten umfassen, die von qualgezüchteten Tieren stammen. Gleichzeitig mit  
121 einer Aktualisierung der gesetzlichen Regelungen wollen wir sicherstellen, dass  
122 in den Ländern und Kommunen ein ausreichender Vollzug ermöglicht und  
123 durchgeführt wird.

124 Wir begrüßen, dass der Lebensmitteleinzelhandel in den Niederlanden und Dänemark  
125 in einem ersten Schritt den Ausstieg zumindest von den schnellstwachsenden  
126 Masthühnern vollzieht. Wir wollen diesen Weg über eine Regulierung auf EU-Ebene  
127 unterstützen und weiterführen, beispielsweise über eine Integration der  
128 Verhinderung von Qualzuchten in der Landwirtschaft in die EU Tierzucht-  
129 Verordnung 1012/2016.

130 Anstatt auf die Anpassung an industrielle Tierhaltung müssen sich die Forschung  
131 und auch alle Zuchtbemühungen auf gesunde Zuchtlinien fokussieren, die den  
132 Tieren die Möglichkeit zum Ausleben des artgemäßen Verhaltensspektrums gewähren.  
133 Geringere Besatzdichten dürfen nicht durch größere Qualzuchten ausgeglichen  
134 werden. Auch die Eltern- und Zuchttiere müssen ihrer Art und ihren Bedürfnissen

- entsprechend gehalten werden. Wirtschaftliche Interessen dürfen nicht als vernünftiger Grund für das Zufügen von Schmerzen, Leiden oder Schäden an Tieren gelten. Dieser beim Töten von männlichen Küken vom Bundesverwaltungsgericht festgelegte Grundsatz muss im Tierschutzgesetz übernommen werden, u. a. damit Gerichte und Veterinärämter vermehrt sicherstellen, dass dem Anspruch des Staatsziels Tierschutz im Grundgesetz genügt wird.[12]
- [1] FLI-Broschüre "Brustbeinschäden bei Legehennen - aktueller Stand des Wissens", 19.7.2022.
- [2] Dänische Studie zu Legehennen „Painful fractures: Large eggs push small hens to the breaking point“ (2021): <https://healthsciences.ku.dk/newsfaculty-news/2021/09/painful-fractures-large-eggs-push-small-hens-to-the-breaking-point/>
- [3] Bülte, Jens / Felde, Barbara / Maisack, Christoph (Hrsg.) (2022): Reform des Tierschutzrechts. Die Verwirklichung des Staatsziels Tierschutz de lege lata. <https://www.nomos-elibrary.de/10.5771/9783748928478/reform-des-tierschutzrechts>
- [4] Rösler, Beatrice (2016): Untersuchungen von konventionell gehaltenen Ross 308 Masthühnern in einer angereicherten Haltungsumwelt unter dem Aspekt der Tiergesundheit. Diss. Univ. München. [https://edoc.ub.uni-muenchen.de/19995/1/Roesler\\_Beatrice.pdf](https://edoc.ub.uni-muenchen.de/19995/1/Roesler_Beatrice.pdf)
- [5] Knowles TG, Kestin SC, Haslam SM, Brown SN, Green LE, Butterworth A, et al. (2008): Leg Disorders in Broiler Chickens: Prevalence, Risk Factors and Prevention. PLoS ONE 3(2): e1545. <https://doi.org/10.1371/journal.pone.0001545>
- [6] Balluch, Martin (2021): Qualzucht- und Qualhaltungsaspekte bei Geflügel, in: Neussel, Walter (Hrsg.): Verantwortbare Landwirtschaft statt Qualzucht und Qualhaltung, S. 73 ff.
- [7] Gregori, Linda (2021): Qualzucht und Qualhaltung bei landwirtschaftlich genutzten Tieren, in: Neussel, Walter (Hrsg.): Verantwortbare Landwirtschaft statt Qualzucht und Qualhaltung, S. 47 ff.
- [8] Ebner, Rupert (2021): Antibiotika für Nutztiere: sinnvolle Therapie und Missbrauch, in: Neussel, Walter (Hrsg.): Verantwortbare Landwirtschaft statt Qualzucht und Qualhaltung, S. 167 ff. [https://www.oekom.de/\\_files\\_media/titel/leseproben/9783962383039.pdf](https://www.oekom.de/_files_media/titel/leseproben/9783962383039.pdf)
- [9] BR-Drs. 36/03, Entschließung des Bundesrates zur Qualzucht. <https://www.bundesrat.de/bv.html?id=0036-03>
- [10] Beschluss der Agrarministerkonferenz: Anwendung des §11b Tierschutzgesetz auf die Zucht landwirtschaftlicher Nutztiere, 20.3.2015.
- [11] Bundestierärztekammer: „Resolution, Zuchtziele in der Nutztierzucht unter Tierschutzaspekten“, 18.4.2016.
- [12] Cirsovius, Thomas: Rechtsgutachten Tierschutzrechtliche Vorgaben im Zusammenhang mit der Milchviehzucht (erstellt im Auftrag der Tierärztekammer Berlin), 25.5.2021.
- [13] BMEL: „Gutachten zur Auslegung von Paragraph 11b des Tierschutzgesetzes“, 26.10.2005. <https://www.bmel.de/DE/themen/tiere/tierschutz/gutachten-paragraf11b.html>

## Begründung

Immer mehr Hühner, Puten und Enten sind betroffen: In den vergangenen Jahrzehnten ist der Pro-Kopf-Konsum von Geflügelfleisch in Deutschland gestiegen. Während im Jahr 1991 pro Person etwa 7,3 Kilogramm Geflügelfleisch konsumiert wurden, lag der Pro-Kopf-Verbrauch im Jahr 2022 bereits bei 12,7 Kilogramm. Damit hat sich der Pro-Kopf-Verbrauch fast verdoppelt. Im gleichen Zeitraum ist der Pro-Kopf-Verbrauch von Fleisch insgesamt jedoch um knapp zwölf Kilogramm zurückgegangen.[A] Auch der Verbrauch von Eiern steigt – aktuell sind es 230 Eier pro Kopf und Jahr, insbesondere über verarbeitete Produkte und überwiegend aus dem niedrigsten Standard der „Bodenhaltung“ stammend. [B] Gerade Geflügelfleisch wird als typisches Billigfleisch vermarktet und liegt pro Kilo preislich unter Früchten oder Gemüse. Die Last dieser Entwicklung tragen die leidensfähigen Lebewesen mit einem im Freiland reichen Repertoire an Verhaltensweisen, dessen Ausleben neben der Haltung auch allein durch die Qualzuchtmerkmale verhindert wird.

Durch die Kombination von Qualzucht und dem steigenden Konsum dieser Arten ist es dringender denn je, dieses Problem anzugehen.

[A] <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/186634/umfrage/pro-kopf-verbrauch-von-gefluegelfleisch-seit-2001/>

[B] <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/208591/umfrage/eier-nahrungsverbrauch-pro-kopf-seit-2004/>



**V-06** Tiere sind keine Sachen! Demokratiedefizit angehen, Interessenvertretung von Tieren in der Demokratie stärken

Gremium: BAG Tierschutzpolitik

Beschlussdatum: 07.09.2024

Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

## Antragstext

Tiere sind in unserer Gesellschaft aufgrund ihrer faktischen Wert- und Rechtlosigkeit und des bestehenden Vollzugsdefizits schweren strukturellen Missständen[1] ausgesetzt. Dies liegt auch an ihrer ungenügenden politischen und rechtlichen Vertretung.[2] Wie für andere vulnerable und marginalisierte Gruppen unserer Gesellschaft existiert ein Demokratiedefizit[3], wenn Nicht-Betroffene über Betroffene entscheiden, die selbst nicht wählen können, wie z. B. auch für Kinder, zukünftige Generationen oder Einwohner\*innen ohne deutsche Staatsbürgerschaft. Um diesem Demokratiedefizit für Tiere zu begegnen, brauchen wir:

- Eine Stärkung und ein besseres Ineinandergreifen existierender Strukturen, durch die Tierschutz bisher institutionalisiert wird, wie Tierschutzbeauftragte und politische Beteiligung von Tierschutzorganisationen.
- Einen Paradigmenwechsel der rechtlichen Stellung von Tieren.
- Die Schaffung neuer Mechanismen und Gesetze, die den aktuellen Stand wissenschaftlicher Erkenntnisse über andere Lebewesen einbezieht, um ihre Perspektiven innerhalb unseres Kommunikationssystems besser hörbar zu machen und in politischen Entscheidungsprozessen zu berücksichtigen.

Erst in diesem Frühjahr haben nach Auswertung der aktuellen Studienlage namhafte Wissenschaftler\*innen mit der "New York Declaration on Animal Consciousness"[4] eben dies angemahnt: Wenn unsere Entscheidungen Tiere betreffen, ist es unverantwortlich, die neuesten Erkenntnisse zu ignorieren. Daher fordern wir eine zeitgemäße Politik für Tiere und eine progressive Lösungssuche, wie sie besser in unserer Demokratie repräsentiert werden können.

Über folgende Wege kann die politische und rechtliche Repräsentation von Tieren erarbeitet werden:

- Expert\*innenkommission oder Enquête-Kommission sowie ein Bürger\*innenrat[5] zur politischen und rechtlichen Repräsentation von Tieren
- Förderung des Dialogs zwischen Wissenschaft, Politik und Öffentlichkeit, Schaffung von Diskussionsräumen
- Förderung von innovativen Projekten in Kultur und Forschung

Möglicher Inhalt:

34 Bereits existierende Mechanismen der Repräsentation und ihre Lücken:

35 Das Tierschutzgesetz und die verschiedenen Verordnungen beziehen im Moment zu  
36 wenig die Interessen der Tiere selbst ein. Darin bedarf es zur Zeit nur eines  
37 "vernünftigen Grundes", der durch die vorherrschende gesellschaftliche Meinung  
38 darüber bestimmt wird, was als akzeptabel gilt und was nicht, um einem Tier  
39 Schmerzen, Leiden, Schäden zuzufügen. Wirtschaftliche Gründe sollen jedoch nicht  
40 als vernünftiger Grund gelten.

41 Die Tierschutzbeauftragten auf Landes- und Bundesebene können über die  
42 Beratungsfunktion hinaus ihrer Aufklärungs- und Kontrollfunktion viel besser  
43 gerecht werden, wenn sie früher und besser eingebunden werden. Durch Auskunfts-  
44 und Akteneinsichtsrechte, Beanstandungs- und Klagerechte, eigene Medienarbeit  
45 für die Aufklärungsfunktion, ausreichend Fachpersonal und finanzielle Mittel.  
46 Ihre fachliche und dienstliche Unabhängigkeit und Weisungsfreiheit muss  
47 gesetzlich abgesichert sein.

48 Tierschutzbeiräte auf Landes- und Bundesebene wie die Bundestierschutzkommission  
49 haben großes Potenzial, werden jedoch im Moment von Multistakeholderism[6] und  
50 Tierschutzwashing bestimmt. Sie müssen um ihrer Kontrollfunktion gerecht zu  
51 werden mit Expert\*innen aus dem Tierschutzbereich besetzt und öffentlich und  
52 transparent in Prozesse der Exekutive und Legislative eingebunden werden.  
53 Akteur\*innen aus der Landwirtschaft usw. können für den Austausch hinzugeladen  
54 werden.[7]

55 Besserer interdisziplinärer Austausch und Unterstützung der Veterinärämter durch  
56 mehr Expertise für Tierschutz bei Polizei und Verwaltung sowie  
57 Schwerpunktdezernate für Tierschutzrecht in den Staatsanwaltschaften und  
58 Gutachterstellen. Um das personell und fachlich zu gewährleisten, braucht es  
59 verstärkt Tierschutzrecht in der Jurist\*innenausbildung und  
60 verwaltungswissenschaftliches und juristisches Wissen für Veterinäre,  
61 gegebenenfalls Tierschutz-Masterstudiengänge. Auch das Konzept der  
62 Tieranwält\*innen[8] sollte diskutiert werden, d. h. Anwält\*innen, die in  
63 behördlichen und gerichtlichen Verfahren stellvertretend für die Tiere  
64 ausschließlich deren Interessen durchsetzen.

65 Das Verbandsklagerecht auf der Landes- und Bundesebene ist ein zusätzliches, gut  
66 unterstützendes Mittel der Interessenvertretung von Tieren und der Umsetzung des  
67 Staatsziels Tierschutz, so wie es sich auch beim Umweltschutz etabliert hat.  
68 Nötige Verbesserungen wie u. a. die finanzielle Unterstützung der Verbände bei  
69 der Durchführung oder Schadensersatz für Verbände bei Verletzung von  
70 Tierschutzrecht müssen hier dringend diskutiert werden.

71 Bildung in Schulen und Hochschulen über die komplexen Fähigkeiten und Interessen  
72 von Tieren trägt maßgeblich zur Umsetzung des Tierschutzes und einer Entlastung  
73 der Veterinärämter bei. Das Gleiche gilt für die Weiterbildung relevanter  
74 Berufsgruppen.

75 Die Tierärzt\*innenausbildung und die Verbesserung der Strukturen der  
76 tiermedizinischen Versorgung einschließlich der Wildtierversorgung sind ein  
77 weiterer wichtiger Aspekt.

78 In den Parlamenten gibt es häufig tierschutzpolitische Zuständigkeiten in den  
79 Fraktionen. Doch ist dies oft nicht ihr einziges Fachgebiet, außerdem sind sie  
80 ihren Parteien und Fraktionen verpflichtet. Es ist daher zweifelhaft, ob Tiere

81 damit politisch ausreichend repräsentiert sind. Unabhängige  
82 Tierrepräsentant\*innen könnten ein Weg sein, wobei die Frage zu lösen wäre, wie  
83 sie gewählt oder besetzt werden.[9] Jede politische Entscheidung, die Tiere  
84 tangiert, sollte auch aus Tierperspektive bewertet werden. Nicht-staatliche  
85 Repräsentant\*innen müssten anerkannt und besser eingebunden werden. In British  
86 Columbia, Kanada, werden bereits Microboards umgesetzt, um Menschen mit  
87 bestimmten Behinderungen besser zu repräsentieren.

88 Auf Ebene der Bundesregierung ist der Tierschutz bislang dem Bundesministerium  
89 für Ernährung und Landwirtschaft zugeordnet, das bringt naturgemäß große  
90 Interessenskonflikte mit sich. Um sie zu vermeiden, muss der Tierschutz einem  
91 neutraleren Ministerium oder einer eigenständigen Struktur zugeordnet werden,  
92 unter Nennung des Begriffs "Tiere". Auch die australischen Grünen und die  
93 australische Labor Partei vertreten diese Position.[10]

94 Obwohl alles global verbunden ist, besteht im Moment eine große Lücke, den  
95 Tierschutz ebenso international zu denken. Nötig wären:

96 Auf der EU-Ebene: Ein/e EU-Kommissar\*in oder eine explizite politische  
97 Tierschutzzuständigkeit in der EU-Kommission mit einem entsprechenden Ausschuss  
98 für Tierschutz im EU-Parlament.[11] Während ein Drittel der EU-Gelder in  
99 Agrarsubventionen fließen, sollten EU-[12] und auch Bundesfördermittel  
100 Tierschutzprojekte nachhaltig absichern.

101 Auf der globalen Ebene: Tierschutz als Nachhaltigkeitsziel, also als weiteres  
102 Sustainable Development Goal (SDG)[13], wie in unserem aktuellen EU-Wahlprogramm  
103 beschlossen, ein UN-Tierschutzprogramm und eine UN-Tierschutz-Konvention[14]  
104 ("Welttierschutzgesetz")[15], damit die Tierschutzstandards weltweit endlich  
105 Schritt für Schritt angehoben werden. Ein globaler Ideenaustausch, die  
106 Überprüfung von Best Practices auf ihre Übertragbarkeit in vorhandene Strukturen  
107 bzw. ihre Anpassung und eine bessere internationale Zusammenarbeit sind eine  
108 wichtige Voraussetzung dafür.

109 Weitere existierende Konzepte:

110 Im Bereich der politischen Repräsentation müssen die politische Theorie[16] und  
111 Konzepte wie Multispecies oder Interspecies Democracy[17], Zoodemocracy[18] oder  
112 Bruno Latours "Parlament der Dinge"[19] weitergedacht und auf Praxistauglichkeit  
113 überprüft werden, z. B. durch Machbarkeitsstudien oder Pilotprojekte. Das  
114 Projekt Organismendemokratie[20] z. B. führt seit 2018 an verschiedenen  
115 deutschen und internationalen Orten Parlamente durch, in denen die vorkommenden  
116 Spezies durch Menschen vertreten und Beschlüsse umgesetzt werden. Dabei werden  
117 demokratische Prinzipien und wohldurchdachte Strukturen, wie auch fundiertes  
118 Fachwissen angewandt.

119 Im rechtlichen Bereich brauchen Tiere einen Paradigmenwechsel der  
120 Schutzkategorie. Für Tiere gibt es bisher keinen besseren Status, als dass sie  
121 "keine Sachen" sind (das sind sie faktisch aber doch, denn man kann sie kaufen  
122 und besitzen) und "auf sie sind die für Sachen geltenden Vorschriften  
123 entsprechend anzuwenden, soweit nicht etwas anderes bestimmt ist".[21] Diese  
124 rechtliche Lücke zu schließen beschäftigt Wissenschaft und Justiz weltweit. Die  
125 Vielzahl existierender und neu hinzukommender Konzepte, wie der Schutzstatus von  
126 Tieren sinnvoll rechtlich abgebildet werden kann, muss interdisziplinär und in  
127 internationaler Kooperation zu einem praxistauglichen gemeinsamen Konzept

weiterentwickelt werden. Beispiele solcher Konzepte sind: Rechte der Natur[22], Legal Animalhood[23], Tiere als Rechtssubjekte[24], tierliche Persönlichkeit[25], eine Zuerkennung der Verletzeneigenschaft eines Tieres an anerkannte Tierschutzorganisationen, die es vertreten, tierliches Existenzminimum mit einer Liste objektiver Interessen und tierspezifische Grundrechte[26]. Sie bilden tierspezifische Bedürfnisse und Kommunikationsformen ab und sind nicht gleichzusetzen mit menschlichen Grundrechten, die menschliche Bedürfnisse abbilden. Auch müsste es ein passendes Konzept sein, das nicht nur herkömmliche Annahmen zu Empfindungs- und Wahrnehmungsfähigkeit, Leidensfähigkeit oder gar Bewusstsein einbezieht, denn der Kenntnisstand der Biologie verändert sich ständig.

Wir wissen viel zu wenig über die Wahrnehmung anderer Lebewesen und verstehen ihre Kommunikationsformen nicht. Der erkenntnistheoretische Anthropozentrismus muss überwunden, tierliches Wissen und tierliche Sprachen als wertvoll angesehen und in den rechtlichen und politischen Aushandlungen berücksichtigt werden.

[1] <https://tierschutz-skandale.de/>

[2] Smith, Kimberly K.: Governing Animals: Animal Welfare and the Liberal State, New York, 2012, Oxford University Press.

Cochrane, Alasdair: Should Animals Have Political Rights?, in: Polity, 2020.

Cooke, Steve: Perpetual Strangers: Animals and the Cosmopolitan Right, in: Political Studies, 2014, 62:4 S.930-944. <https://theconversation.com/non-human-democracy-our-political-vocabulary-has-no-room-for-animals-51401>

[3] Ahlhaus, Svenja. 2014 „Tiere im Parlament? Für ein neues Verständnis politischer Repräsentation.“, in: Mittelweg 36 23, Nr. 5: 59–73. <https://www.eurozine.com/tiere-im-parlament/>

Ahlhaus, Svenja/ Niesen, Peter (Hrsg.): Animal Politics. A New Research Agenda in Political Theory, in: Historical Social Research/Historische Sozialforschung 40, 2015. <https://www.wiso.uni-hamburg.de/fachbereich-sowi/professuren/niesen/archiv/ahlhaus-niesen-what-is-animal-politics-intro.pdf>

[4] “The New York Declaration on Animal Consciousness” April 2024 <https://sites.google.com/nyu.edu/nydeclaration/declaration>

[5] <https://praefaktisch.de/002e/politische-repraesentation-des-volkes-und-der-tiere/#more-3833>

[6] <https://www.tni.org/files/publication-downloads/multistakeholderism-workshop-report-tni.pdf>

[7] Von Gall, P. und Abad, S.A.M.: Ein Ausschuss für Tiere? Potentiale und Grenzen von Tierschutzbeiräten. Studie im Auftrag des Deutschen Tierschutzbundes, Berlin, 2024.

[8] <https://tierimfocus.ch/tieranwaltschaft>

<https://www.tierimrecht.org/de/recht/lexikon-tierschutzrecht/Tieranwalt/>

Bolliger, Gieri/ Goetschel, Antoine F.: Wahrnehmung tierlicher Interessen im Straf- und Verwaltungsverfahren: (unter besonderer Berücksichtigung der Situation des Tierschutzrechtsvollzugs im Kanton Zürich), in: Schriften zum Tier

- 171 im Recht, Band 3, Zürich/ Basel/ Genf, 2011 (Erstveröffentlichung 2001),  
172 Schulthess Verlag.
- 173 [9] Ahlhaus, Svenja. 2014 „Tiere im Parlament? Für ein neues Verständnis  
174 politischer Repräsentation.“, in: Mittelweg 36 23, Nr. 5: 59–73.  
175 <https://www.eurozine.com/tiere-im-parlament/>
- 176 [10]  
177 [https://www.parliament.nsw.gov.au/lcdocs/inquiries/2853/Report%20no.%2048%20-](https://www.parliament.nsw.gov.au/lcdocs/inquiries/2853/Report%20no.%2048%20-%20Standing%20Committee%20on%20State%20Development%20-%20Animal%20welfare%20policy%20in%20NSW%20-%20First%20report.pdf)  
178 [%20Standing%20Committee%20on%20State%20Development%20-](https://www.parliament.nsw.gov.au/lcdocs/inquiries/2853/Report%20no.%2048%20-%20Standing%20Committee%20on%20State%20Development%20-%20Animal%20welfare%20policy%20in%20NSW%20-%20First%20report.pdf)  
179 [%20Animal%20welfare%20policy%20in%20NSW%20-%20First%20report.pdf](https://www.parliament.nsw.gov.au/lcdocs/inquiries/2853/Report%20no.%2048%20-%20Standing%20Committee%20on%20State%20Development%20-%20Animal%20welfare%20policy%20in%20NSW%20-%20First%20report.pdf)
- 180 Goodfellow, Jed: Regulatory Capture and the Welfare of Farm Animals in  
181 Australia, in: Cao, Deborah/ White, Steven (Hrsg.): Animal Law and Welfare –  
182 International Perspectives, (Ius Gentium: Comparative Perspectives on Law and  
183 Justice, Band 53), Februar 2016, Springer.
- 184 [11] Europawahlprogramm von B90/ Die Grünen 2024 S.37
- 185 [12] Europawahlprogramm von B90/ Die Grünen 2024 S.37
- 186 [13] Europawahlprogramm von B90/ Die Grünen 2024 S.37
- 187 [https://globalgoalsproject.eu/globalgoals2020/wp-](https://globalgoalsproject.eu/globalgoals2020/wp-content/uploads/2020/06/GlobalGoals2020_Visseren-Hamakers.pdf)  
188 [content/uploads/2020/06/GlobalGoals2020\\_Visseren-Hamakers.pdf](https://globalgoalsproject.eu/globalgoals2020/wp-content/uploads/2020/06/GlobalGoals2020_Visseren-Hamakers.pdf)
- 189 [14] <https://www.uncahp.org/>  
190 <https://www.globalanimallaw.org/de/aktuelles/2020/06/uncahp-video>  
191 <https://www.globalanimallaw.org/de/index.html>
- 192 [15] Siehe auch bereits die Vorschläge u.a. einer Universal Declaration of  
193 Animals Rights, International Convention for the Protection of Animals,  
194 Universal Declaration on Animal Welfare (seit den 70er Jahren)
- 195 [16] <https://www.demokratiere.org/autoren>
- 196 Cochrane, Alasdair: An Introduction to Animals and Political Theory. 2010,  
197 Palgrave MacMillan; [https://www.sheffield.ac.uk/politics/people/academic-](https://www.sheffield.ac.uk/politics/people/academic-staff/alsadair-cochrane)  
198 [staff/alsadair-cochrane](https://www.sheffield.ac.uk/politics/people/academic-staff/alsadair-cochrane)
- 199 Cochrane, Alasdair: Animal Rights Without Liberation - Applied Ethics and Human  
200 Obligations. 2012, Columbia University Press.
- 201 Cochrane, Alasdair: Sentientist Politics: A Theory of Global Inter-Species  
202 Justice. Oxford, 2018, Oxford University Press.
- 203 Cooke, Steve: Imagined Utopias: Animal Rights and the Moral Imagination, in:  
204 Journal of Political Philosophy, 2017, 25:4, S.e1-18.
- 205 Cooke, Steve/ Cochrane, Alasdair: "Humane Intervention": the international  
206 protection of animal rights, in: Global Ethics, 2016, 12:1, S.106-121.
- 207 Ladwig, Bernd: Politische Philosophie der Tierrechte, Berlin, 2020, Suhrkamp.
- 208 Niesen, Peter: "Erst Ethik, dann Politik, oder: Politik statt Ethik? Zur  
209 Grundlegung der Tierrechte im political turn." TIERethik 12, 2, 2020, 7–28.

- 210 Niesen, Peter: "Menschen und Tiere - ein politisches Verhältnis", in Elke Diehl  
211 & Jens Tuider (Hg.), Haben Tiere Rechte?, Berlin: Bundeszentrale für politische  
212 Bildung 2019, 379-383.
- 213 [17] Meijer, Eva: When Animals Speak: Toward an Interspecies Democracy, New  
214 York, 2019, New York University Press.
- 215 Gagnon, Jean-Paul [https://theconversation.com/non-human-democracy-our-political-](https://theconversation.com/non-human-democracy-our-political-vocabulary-has-no-room-for-animals-51401)  
216 [vocabulary-has-no-room-for-animals-51401](https://theconversation.com/non-human-democracy-our-political-vocabulary-has-no-room-for-animals-51401)
- 217 [18] <https://www.animalsindemocracy.org/register-fabric-zoodemocracy>
- 218 [19] [https://www.deutschlandfunk.de/klimawandel-parlament-der-dinge-rechte-](https://www.deutschlandfunk.de/klimawandel-parlament-der-dinge-rechte-natur-100.html)  
219 [natur-100.html](https://www.deutschlandfunk.de/klimawandel-parlament-der-dinge-rechte-natur-100.html)
- 220 [20] <https://organismendemokratie.org/wo/>
- 221 [21] [https://gruene-eimsbuettel.de/home/news-volltext/das-verdinglichte-tierdas-](https://gruene-eimsbuettel.de/home/news-volltext/das-verdinglichte-tierdas-tier-im-zivilrecht-gastbeitrag-von-anna-gallina/)  
222 [tier-im-zivilrecht-gastbeitrag-von-anna-gallina/](https://gruene-eimsbuettel.de/home/news-volltext/das-verdinglichte-tierdas-tier-im-zivilrecht-gastbeitrag-von-anna-gallina/)
- 223 [22] Tănăsescu, Mihnea/ Macpherson, Elizabeth/ Jefferson, David/ Torres Ventura,  
224 Julia: Rights of nature and rivers in Ecuador's Constitutional Court, in: The  
225 International Journal of Human Rights, Februar 2024.
- 226 [https://ecojurisprudence.org/initiatives/draft-directive-european-parliament-](https://ecojurisprudence.org/initiatives/draft-directive-european-parliament-and-eu-council-for-rights-of-nature/)  
227 [and-eu-council-for-rights-of-nature/](https://ecojurisprudence.org/initiatives/draft-directive-european-parliament-and-eu-council-for-rights-of-nature/)
- 228 [23] Pérez Castelló, Pablo: A Strategic Proposal for Legally Protecting Wild  
229 Animals, in: Journal of International Wildlife Law & Policy, 2022, 5:2, S.103-  
230 134. <https://www.crimejusticejournal.com/article/view/2598>
- 231 [24] Raspé, Carolin: Die tierliche Person. Vorschlag einer auf der Analyse der  
232 Tier-Mensch-Beziehung in Gesellschaft, Ethik und Recht basierenden  
233 Neupositionierung des Tieres im deutschen Rechtssystem, Schriften zur  
234 Rechtstheorie (RT), Band 263, 2013.
- 235 [25] Blattner, Charlotte/ Gerritsen, Vanessa: Animal Personality im  
236 Tierschutzrecht, in: Internationale Gesellschaft für Nutztierhaltung IGN  
237 (Hrsg.), Nutztierhaltung im Fokus, Animal Personality – Persönlichkeit bei  
238 Nutztieren, Herbst 2018, S. 46-51.
- 239 [26] <https://www.elaintenvuoro.fi/english/>
- 240 Cooke, Steve: Animal Kingdoms: on habitat rights for wild animals, in:  
241 Environmental Values, 2017, 26:1, S.53-72.
- 242 Stucki, Saskia: Grundrechte für Tiere. Eine Kritik des geltenden  
243 Tierschutzrechts und rechtstheoretische Grundlegung von Tierrechten im Rahmen  
244 einer Neupositionierung des Tieres als Rechtssubjekt, in: Fundamenta Juridica,  
245 2016.
- 246 Stucki, Saskia: One Rights: Human and Animal Rights in the Anthropocene,  
247 SpringerBriefs in Law, Cham, 2023, Springer International Publishing.
- 248 <https://individualrightsinitiative.org/aktivitaeten/>

## Begründung

Es gibt eine breite interdisziplinäre Diskussion zu diesem Thema in der Wissenschaft, die wir in die Praxis tragen wollen.

## V-07 Krisenfest und gerecht: Mit Suffizienz zu einer nachhaltigen Wirtschaft

Gremium: KV-Rheinisch-Bergischer Kreis  
Beschlussdatum: 31.08.2024  
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

### Antragstext

- 1 Die Bundesdelegiertenkonferenz beschließt:
- 2 Eine nachhaltige Wirtschaft der Zukunft erfordert ein Umdenken. Globale
- 3 Ressourcenausbeutung und ungerechte Verteilung von Gütern befördern die Krisen
- 4 der Gegenwart: Klimakatastrophe, Hungerkrise, Fluchtbewegungen, Armut und
- 5 gesellschaftliche Spaltung haben ihren Ursprung in einer Wirtschaft, die
- 6 Menschen und Ressourcen ausbeutet.
- 7 Suffizienz ist der nachhaltige Weg aus diesen Krisen hin zu einer starken,
- 8 resilienten Wirtschaft der Zukunft! Suffizienz bedeutet, bewusst weniger zu
- 9 konsumieren, um die Umwelt zu schützen und soziale Ungerechtigkeiten zu
- 10 verringern. Suffizienz ist begleitet durch Effizienz: innovative technologische
- 11 Verbesserungen zur langfristigen Ressourcenvermeidung, umfasst aber auch ein
- 12 weiterreichendes Umdenken zur gerechteren Verteilung von begrenzten Gütern.
- 13 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erkennen an:
- 14 • Suffizienz ist eine notwendige Strategie für die nachhaltige Wirtschaft der
- 15 Zukunft.
- 16 • Suffizienz ist ein Garant für ein gutes Leben in der Zukunft – für alle.
- 17 • Suffizienz schont Ressourcen und Menschen, sorgt für gerechtere
- 18 Arbeitsbedingungen und eine resilientere, krisenfeste Wirtschaft.
- 19 Eine zukunftstaugliche Wirtschaft ist mit erheblich gestiegenen
- 20 Konsumbedürfnissen nicht zu vereinbaren. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich daher
- 21 aktiv für nachhaltige Kommunikationsstrategien ein, die gesellschaftliches
- 22 Miteinander stärken. Wir stärken soziale Gerechtigkeit und kommunizieren
- 23 offensiv, dass “Genug” für Menschen in schlechten finanziellen Verhältnissen
- 24 nicht der Weg in die Armut, sondern finanzielle Stabilität und Absicherung
- 25 bedeutet.
- 26 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern:
- 27 • Die Auseinandersetzung mit einem Wirtschaftsmodell, das auf langfristige
- 28 Stabilität, Krisenfestigkeit und Gerechtigkeit aufbaut und durch Suffizienz
- 29 nicht nur kurzfristig, sondern in der Zukunft Wohlstand sicherstellen kann.
- 30 • Die Erarbeitung von Strategien zur Einführung einer umfassenden
- 31 Kreislaufwirtschaft.
- 32 • Die Erarbeitung von Strategien zur sozialen Absicherung einkommensschwacher
- 33 Menschen.
- 34 • Gesetzliche Standards, die Effizienz und technische Verbesserungen fördern und
- 35 Suffizienz ermöglichen.



- 36 • Förderung für nachhaltige Innovationen, die eine suffiziente Wirtschaft  
37 vorantreiben.
- 38 Langfristig muss der Weg zu einer suffizienten Wirtschaft durch einen  
39 kulturellen Wandel begleitet sein. Diesen Weg möchten BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
40 mutig vorangehen und der politische Motor einer zukunftsgerichteten, innovativen  
41 und gerechten Transformation sein.

## Begründung

### Begründung:

Im März 2024 hat der Sachverständigenrat für Umweltfragen (SRU) ein [68-seitiges Thesenpapier](#) erarbeitet. In diesem Thesenpapier wird Suffizienz als notwendig gebotenes Mittel für eine gerechte, zukunftsfähige Wirtschaft vorgestellt. Die wissenschaftlichen Erkenntnisse dieses unabhängigen Gremiums, das unter anderem das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz berät, erklären eine suffiziente Wirtschaft als erforderlich, erfolgreich und erreichbar.

Die Wissenschaft ist in diesem Fall grüner als die meisten aktuellen Ideen und thematischen Fokussierungen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Daher wünschen wir uns Eure Zustimmung für diesen Antrag, denn es wäre schade, wenn unsere Utopien nicht so weit reichen würden wie das wissenschaftlich Mögliche und Gebotene.

## V-08 Bundesberggesetz (BBergG)

Gremium: Kreisverband Aurich-Norden  
Beschlussdatum: 25.09.2024  
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

### Antragstext

Die BDK möge Beschließen, dass sich die Bundestagsfraktion Im Rahmen der Reformierung des Bundesberggesetzes (BBergG) für folgende Änderungen einsetzt:

- § 30 Satz 3 BBergG muss wie folgt geändert werden:
  - Die Feldesabgabe beträgt im ersten Jahr nach der Erteilung fünftausend Euro je angefangenem Quadratkilometer und erhöht sich für jedes folgende Jahr um weitere fünftausend Euro bis zum Höchstbetrag von fünfzigtausend Euro je angefangenem Quadratkilometer. Auf die Feldesabgabe sind die im Erlaubnisfeld in dem jeweiligen Jahr für die Aufsuchung gemachten Aufwendungen anzurechnen.
- § 31 Satz 2 BBergG muss wie folgt geändert werden:
  - Die Förderabgabe beträgt dreißig v. H. des Marktwertes, der für im Geltungsbereich dieses Gesetzes gewonnene Bodenschätze dieser Art innerhalb des Erhebungszeitraums durchschnittlich erzielt wird. Für Bodenschätze, die keinen Marktwert haben, stellt die zuständige Behörde nach Anhörung sachverständiger Stellen den für die Förderabgabe zugrunde zu legenden Wert fest.
- im § 170a BBergG muss in Anwendung des Artikels 229 § 6 BGBEG die Verjährungsfrist gemäß § 197 BGB unter Ausschluss des § 198 BGB festgeschrieben werden.

### Begründung

Es ist klima- und wirtschaftspolitisch nicht zukunftsorientiert, dass für die Nutzung von Grundstücken zum Zwecke des Bergbaues deutlich weniger Abgaben verlangt werden, als Landwirte an Pacht für Agrarflächen bezahlen müssen. Im Rahmen der Wertschätzung von Natur und Umwelt ist eine deutliche Erhöhung der Feldesabgabe erforderlich.

Die Bodenschätze gehören dem Volk, vertreten durch Bund und Länder, daher ist eine stärkere Beteiligung an den Profiten durch die Förderung der Bodenschätze dringend geboten. Die in Summe und Umfang zum Teil enormen Auswirkungen von Bergschäden machen es erforderlich eine Verjährungsfrist von 30 Jahren ohne Einschränkung festzusetzen damit Ansprüche auf Entschädigung von Bürger:innen gegen den bergrechtlichen Unternehmer gesichert sind.

Quellen:

[Bundesberggesetz \(BBergG\)](#)

[Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuche](#)

[Bürgerliches Gesetzbuch](#)

[Pachtpreis 2020 - Pachtentgelt Deutschland \(Euro/ha\)](#)

## V-10 Vertrauen in den Rechtsstaat stärken - Schluss mit Vollzugsdefizit und rechtsfreiem Raum im Tierschutz!

Gremium: BAG Tierschutzpolitik  
Beschlussdatum: 07.09.2024  
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

### Antragstext

Als Teil der Ampelregierung bringen wir aktuell ein neues Tierschutzgesetz auf den Weg. Wir haben in Deutschland, einem der reichsten Industrieländer der Welt, ein Tierschutzgesetz, welches jedes Einzeltier schützt. Trotzdem leiden und sterben in diesem Land, mit einem Netz aus Veterinärämtern und Staatsanwaltschaften, viele Tiere durch rechtswidrige Haltungsbedingungen und andere Misshandlungen.

Der Alltag sind Kontrollfrequenzen für Tierschutzkontrollen in landwirtschaftlichen Betrieben von im Bundesdurchschnitt 17 Jahren [1] und eine Nichtverfolgungsquote von mehr als 94% bei Tierschutzverstößen [2]. Ermittlungen werden gar nicht erst aufgenommen, es folgen kaum Anklagen, kaum Verurteilungen, Freiheitsstrafen werden aufgrund von Tierschutzdelikten so gut wie nie verhängt, die meisten Strafverfahren eingestellt [3]. In Bayern wird durchschnittlich sogar nur alle 48 Jahre kontrolliert [4]. Hier stirbt jedes fünfte Schwein und Rind vor der Schlachtung [5]. Ein bestimmter Prozentsatz an toten Tieren wird einfach als Kollateralschaden betrachtet [6]. Ständig neue verdeckte Aufnahmen zeigen einen grausamen Umgang mit Tieren [7]. Leider keine Einzelfälle, sondern strukturelle Missstände.

In unserem Land wird das Tierschutzrecht von den zuständigen Veterinärbehörden und Staatsanwaltschaften nicht ausreichend durchgesetzt. Dieses Vollzugsdefizit hat mehrere Ursachen, unter anderem die faktische Wert- und Wehrlosigkeit von Tieren und deren mangelnde Vertretung.

Eine Abwärtsspirale ist die Folge: Nichtverfolgung suggeriert Legalität. Sind Verstöße erst einmal eingewöhnt und toleriert, werden sie als betriebswirtschaftliche Notwendigkeit gerechtfertigt. Anzeigen sind wirkungslos. Das Vertrauen in den Rechtsstaat schwindet. Im Strafrecht kann hier von institutionalisierter Agrarkriminalität [8] oder Wirtschaftskriminalität gesprochen werden, die zur Wettbewerbsverzerrung führt [9].

Wir wollen aus der Abwärts- eine Aufwärtsspirale machen. Aus dem 'race to the bottom' muss ein 'race to the top' werden, bei dem hohe Tierschutzstandards eingehalten werden und kein Wettbewerbsnachteil für gute landwirtschaftliche Tierhalter\*innen mehr sind.

Der nächste Schritt ist daher folgerichtig, das jahrzehntelang bestehende Vollzugsdefizit anzupacken [10, 11], um den Neuerungen im Tierschutzgesetz zum Erfolg zu verhelfen. Gemeinsam setzen wir uns auf der Bundes- und Länderebene dafür ein

36 und werden daher:

- 37 1. verbindliche Mindestkontrollfrequenzen für die tierschutzrechtliche  
38 Überwachung von landwirtschaftlichen Tierhaltungen bundesweit vorgeben.
- 39 2. die Mittel- und Personalausstattung der Veterinärämter in den Landkreisen  
40 und kreisfreien Städten der Länder verbessern - angemessen für die an sie  
41 übertragenen Aufgaben und zweckgebunden für den Tierschutz.
- 42 3. unabhängige, vertrauliche Anlaufstellen für Amtstierärzt\*innen schaffen  
43 mit - auch anonymer - psychologischer und juristischer Beratung und dem  
44 Angebot der Supervision.
- 45 4. die Justiz und juristische Ausbildung im Tierschutz stärken indem wir  
46 • ein Mitwirkungs- und Verbandsklagerecht im gesamten Bundesgebiet  
47 einführen,  
48 • anerkannten Tierschutzorganisationen in Stellvertretung die  
49 Verletzteneigenschaft des Tieres zuerkennen, damit diese  
50 Klageerzwingungsverfahren betreiben können,  
51 • ein Schwerpunktdezernat für Tierschutzrecht in jeder Staatsanwaltschaft,  
52 jedem Amts- und Verwaltungsgericht einrichten,  
53 • Tierschutz als Pflichtbestandteil in die Jurist\*innenausbildungsgesetze  
54 der Länder aufnehmen,  
55 • unabhängige Gutachter\*innenstellen in den Ländern schaffen.
- 56 5. die Tierschutzgesetzgebung evaluieren, an aktuelle wissenschaftliche  
57 Erkenntnisse anpassen und laufend verbessern, unter anderem indem wir:  
58 • die Tierschutzstraftatbestände in das Strafgesetzbuch überführen,  
59 • das Mindeststrafmaß für Tierschutz-Grundstraftatbestände auf 5 Jahre  
60 anheben,  
61 • landwirtschaftliche Tierhaltungen erlaubnispflichtig machen,  
62 • verwaltungsakzessorische Straftatbestände einführen,
- 63 6. interdisziplinäre Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen für  
64 Amtstierärzt\*innen, amtliche Tierärzt\*innen, Staatsanwäl\*innen, Polizei

65 und Verwaltung, sowie eine Fortbildungsverpflichtung für Richter\*innen  
66 einführen.

67 7. Agrarkriminalität unter Wirtschaftsgesichtspunkten konsequent verfolgen  
68 und dazu unabhängige, kompetente und wirksame Tierschutzkontrollen  
69 gewährleisten:

70 • interdisziplinäre Sondereinheiten für die Kontrolle von Großbetrieben in  
71 den Ländern einführen (ähnlich der Kontrollbehörde für  
72 Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen (KBLV) in Bayern),

73 • die Gewerbeaufsicht einbinden, um Gewinnabschöpfung als Mittel gegen  
74 illegal erwirtschaftete Gewinne aus Tierschutzdelikten einzuziehen,

75 • Inhaber\*innen und Leitungspersonal landwirtschaftlicher Betriebe  
76 sanktionieren (nicht nur ausführende Mitarbeiter\*innen).

77 8. ein bundesweites Register zur Überwachung von Tierhaltungs- und  
78 Betreuungsuntersagungen und -verboten einführen, um diese landes- und  
79 bundesweit zu vollziehen.

80 9. eine bundesweit abrufbare Betriebskontrolldatenbank schaffen, die es der  
81 amtlichen Kontrolle ermöglicht, risikobasierte Tierschutzkontrollen in  
82 landwirtschaftlichen Tierhaltungen durchzuführen. Die Erfassung tier- und  
83 altersgruppenbezogene Mortalitäten, Schlachttier- und  
84 Fleischuntersuchungsbefunde wie auch Ergebnisse betriebsbezogener  
85 Falltieruntersuchungen sind dafür nötig. Diese Daten sind der amtlichen  
86 Kontrolle wie auch den bestandsbetreuenden Tierärzt\*innen zugänglich zu  
87 machen und sollen als Grundlage für ein evidenzbasiertes, bundesweites  
88 Tierschutz-Monitoring dienen.

89 10. mehr unabhängige Tierschutzforschung öffentlich finanzieren.

90 Über die den Vollzug stärkenden Maßnahmen hinaus bedarf es weiterer Maßnahmen  
91 der besseren Interessenvertretung von Tieren und der Institutionalisierung von  
92 Tierschutz, um die strukturellen Missstände angehen zu können. Darunter die  
93 Dauereinrichtung von unabhängigen, hauptamtlichen Landestierschutzbeauftragten  
94 in allen Bundesländern, die praktische Umsetzung der breiten interdisziplinären  
95 Diskussion in der Wissenschaft zu politischen und rechtlichen  
96 Repräsentationsformen von Tieren und einem Paradigmenwechsel der rechtlichen  
97 Schutzkategorie.

98 [1] „Fünf Prozent dürfen zugrunde gehen“, Interview mit Elisa Hoven und Johanna  
99 Hahn, Zeit Nr. 28/2022; [https://www.zeit.de/2022/28/tierquaelerei-nutztiere-](https://www.zeit.de/2022/28/tierquaelerei-nutztiere-haltung-kriminalitaet)  
100 [haltung-kriminalitaet](https://www.zeit.de/2022/28/tierquaelerei-nutztiere-haltung-kriminalitaet)

101 [2] Bülte, J.; Dihlmann, A.-L.: Reform des Tierschutzkriminalstrafrechts zur  
102 effektiven Bekämpfung von Tierquälerei, in der Reihe „Das Recht der Tiere und  
103 der Landwirtschaft“, Reform des Tierschutzrechts: die Verwirklichung des  
104 Staatsziels Tierschutz de lege lata, Band 12, 2022, S. 23-80, Nomos Verlag,  
105 <https://madoc.bib.uni-mannheim.de/64050/1/9783748928478-23.pdf>

106 [3] Hahn, Johanna/ Hoven, Elisa (Hrsg.): Strafrechtliche Verfolgung von  
107 Tierschutzkriminalität in der Landwirtschaft. Eine empirische Untersuchung, in:

- 108 Das Recht der Tiere und der Landwirtschaft Bd. 13, Baden-Baden, 2022.  
109 [https://www.nomos-elibrary.de/10.5771/9783748934943/strafrechtliche-verfolgung-](https://www.nomos-elibrary.de/10.5771/9783748934943/strafrechtliche-verfolgung-von-tierschutzkriminalitaet-in-der-landwirtschaft?page=1)  
110 [von-tierschutzkriminalitaet-in-der-landwirtschaft?page=1](https://www.nomos-elibrary.de/10.5771/9783748934943/strafrechtliche-verfolgung-von-tierschutzkriminalitaet-in-der-landwirtschaft?page=1)
- 111 [4] Bundestagsdrucksache 19/3195, 03.07.2018, Vollzug von Tier- und  
112 Verbraucherschutzrecht; <https://dserver.bundestag.de/btd/19/031/1903195.pdf>
- 113 [5] „20 Prozent der Kühe und Schweine verenden vor Schlachtung“, 4. Juni 2022,  
114 Zeit online, Quelle: dpa Bayern, [https://www.zeit.de/news/2022-06/04/20-prozent-](https://www.zeit.de/news/2022-06/04/20-prozent-der-kuehe-und-schweine-verenden-vor-schlachtung)  
115 [der-kuehe-und-schweine-verenden-vor-schlachtung](https://www.zeit.de/news/2022-06/04/20-prozent-der-kuehe-und-schweine-verenden-vor-schlachtung)
- 116 [6] Zu den Produktionskennzahlen der Ferkelerzeugung gehört eine sieben  
117 prozentige Mortalität bei Sauen und Saugferkelverluste von 15 Prozent. Siehe:  
118 Deblitz, C, Verhaagh M, Efken J (2023) Steckbriefe zur Tierhaltung in  
119 Deutschland: Ferkelerzeugung und Schweinemast. Braunschweig: Thünen-Institut für  
120 Betriebswirtschaft, [https://www.thuenen.de/media/ti-](https://www.thuenen.de/media/ti-themenfelder/Nutztierhaltung_und_Aquakultur/Haltungsverfahren_in_Deutschland/Schweinehaltung/Steckbrief_Schweine_2023.pdf)  
121 [themenfelder/Nutztierhaltung\\_und\\_Aquakultur/Haltungsverfahren\\_in\\_Deutschland/Sch-](https://www.thuenen.de/media/ti-themenfelder/Nutztierhaltung_und_Aquakultur/Haltungsverfahren_in_Deutschland/Schweinehaltung/Steckbrief_Schweine_2023.pdf)  
122 [weinehaltung/Steckbrief\\_Schweine\\_2023.pdf](https://www.thuenen.de/media/ti-themenfelder/Nutztierhaltung_und_Aquakultur/Haltungsverfahren_in_Deutschland/Schweinehaltung/Steckbrief_Schweine_2023.pdf)
- 123 [7] Tierschutz-Skandale, Karte der Tierquälerei in Deutschland, Aninova e.V.,  
124 <https://tierschutz-skandale.de/>
- 125 [8] Bülte, Jens: Zur faktischen Straflosigkeit institutionalisierter  
126 Agrarkriminalität, [https://www.jura.uni-](https://www.jura.uni-mannheim.de/media/Lehrstuehle/jura/Buelte/Dokumente/Veroeffentlichungen/Buelte_-_Zur_faktischen_Straflosigkeit_institutionalisierter_Agrarkriminalitaet_GA_2018_-_35-56.pdf)  
127 [mannheim.de/media/Lehrstuehle/jura/Buelte/Dokumente/Veroeffentlichungen/Buelte\\_-](https://www.jura.uni-mannheim.de/media/Lehrstuehle/jura/Buelte/Dokumente/Veroeffentlichungen/Buelte_-_Zur_faktischen_Straflosigkeit_institutionalisierter_Agrarkriminalitaet_GA_2018_-_35-56.pdf)  
128 [Zur\\_faktischen\\_Straflosigkeit\\_institutionalisierter\\_Agrarkriminalitaet\\_GA\\_2018\\_-](https://www.jura.uni-mannheim.de/media/Lehrstuehle/jura/Buelte/Dokumente/Veroeffentlichungen/Buelte_-_Zur_faktischen_Straflosigkeit_institutionalisierter_Agrarkriminalitaet_GA_2018_-_35-56.pdf)  
129 [\\_35-56.pdf](https://www.jura.uni-mannheim.de/media/Lehrstuehle/jura/Buelte/Dokumente/Veroeffentlichungen/Buelte_-_Zur_faktischen_Straflosigkeit_institutionalisierter_Agrarkriminalitaet_GA_2018_-_35-56.pdf)
- 130 [9] Bülte, Jens: Legalität und Realität bei der Verfolgung von  
131 Agrarkriminalität, in: Beisel, Horst/Verrel, Torsten/Laue, Christian/Meier,  
132 Bernd-Dieter/Hartmann, Arthur/Hermann, Dieter (Hrsg.): Die  
133 Kriminalwissenschaften als Teil der Humanwissenschaften: Festschrift für Dieter  
134 Dölling zum 70. Geburtstag, Baden-Baden, 2023, S.91 – 103.
- 135 [10] Positionspapier Vollzugsdefizite im Tierschutz 27.01.2021, BÜNDNIS 90/DIE  
136 GRÜNEN, BAG Tierschutzpolitik; [https://gruene-bag-](https://gruene-bag-tierschutzpolitik.de/userspace/NW/bag_tierschutzpolitik/Dokumente/Beschluesse/20-21_01_Vollzugsdefizite.pdf)  
137 [tierschutzpolitik.de/userspace/NW/bag\\_tierschutzpolitik/Dokumente/Beschluesse/20-](https://gruene-bag-tierschutzpolitik.de/userspace/NW/bag_tierschutzpolitik/Dokumente/Beschluesse/20-21_01_Vollzugsdefizite.pdf)  
138 [21\\_01\\_Vollzugsdefizite.pdf](https://gruene-bag-tierschutzpolitik.de/userspace/NW/bag_tierschutzpolitik/Dokumente/Beschluesse/20-21_01_Vollzugsdefizite.pdf)
- 139 [11] Anhang zum Positionspapier „Vollzugsdefizite im Tierschutz“ 27.01.2021,  
140 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, BAG Tierschutzpolitik; [https://gruene-bag-](https://gruene-bag-tierschutzpolitik.de/userspace/NW/bag_tierschutzpolitik/Dokumente/Beschluesse/20-21_01_Vollzugsdefizite_Anhang.pdf)  
141 [tierschutzpolitik.de/userspace/NW/bag\\_tierschutzpolitik/Dokumente/Beschluesse/20-](https://gruene-bag-tierschutzpolitik.de/userspace/NW/bag_tierschutzpolitik/Dokumente/Beschluesse/20-21_01_Vollzugsdefizite_Anhang.pdf)  
142 [21\\_01\\_Vollzugsdefizite\\_Anhang.pdf](https://gruene-bag-tierschutzpolitik.de/userspace/NW/bag_tierschutzpolitik/Dokumente/Beschluesse/20-21_01_Vollzugsdefizite_Anhang.pdf)

## Begründung

Die Situation im Tierschutzvollzug ist seit Jahrzehnten prekär. Mit einer Stärkung haben wir die Chance, die von uns auf den Weg gebrachten tierschutzrechtlichen Verbesserungen in die Tat umzusetzen.

Die BAG Tierschutzpolitik hat ein Positionspapier „Vollzugsdefizite im Tierschutz“ mit ausführlichem Anhang erstellt: [https://gruene-bag-tierschutzpolitik.de/userspace/NW/bag\\_tierschutzpolitik/Dokumente/Beschluesse/20-21\\_01\\_Vollzugsdefizite.pdf](https://gruene-bag-tierschutzpolitik.de/userspace/NW/bag_tierschutzpolitik/Dokumente/Beschluesse/20-21_01_Vollzugsdefizite.pdf)

& [https://gruene-bag-tierschutzpolitik.de/userspace/NW/bag\\_tierschutzpolitik/Dokumente/Beschluesse/20-21\\_01\\_Vollzugsdefizite\\_Anhang.pdf](https://gruene-bag-tierschutzpolitik.de/userspace/NW/bag_tierschutzpolitik/Dokumente/Beschluesse/20-21_01_Vollzugsdefizite_Anhang.pdf)

## V-11 Rechtliche Änderung beim Einwurf von Flyern in Briefkästen „ohne Werbung“

Gremium: KV Tübingen  
Beschlussdatum: 25.06.2024  
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

### Antragstext

- 1 Die BDK von Bündnis90/Die Grünen fordert die Bundestagsfraktion auf, im
- 2 Bundestag möglichst vor der Bundestagswahl 2025 zu erreichen, dass in Zukunft
- 3 Wahlwerbung in einem angemessenen zeitlichen Abstand vor der Wahl auch dann
- 4 eingeworfen werden darf, wenn auf dem Briefkasten der Erhalt von Werbung
- 5 ausgeschlossen wird. Dies soll gelten, sofern politische Werbung auf Briefkästen
- 6 nicht explizit abgelehnt wird.

### Begründung

#### Rechtliche Lage:

Gesetze und Verordnungen machen keine Aussage darüber, ob Wahlwerbung der Parteien in Briefkästen eingeworfen werden darf, die „keine Werbung“ Aufkleber haben. Das Richterrecht sieht so aus: Nach einem Beschluss des Berliner Kammergerichts (KG Berlin NJW 2002, 379 ff.), gegen das keine Verfassungsbeschwerde zugelassen wurde (BVerfG NJW 2002, 2938 f.), bestätigt den Anspruch, dass keine Wahlwerbung eingeworfen werden darf, wenn Werbung auf Briefkästen explizit abgelehnt wird. Der wissenschaftliche Dienst hat die Meinung vertreten, dass der Bundestag eine Duldungspflicht für Wahlwerbung zu Wahlkampfzeiten einführen könnte (WD 3 - 3000 - 106/16). Eine Initiative im Bundestag von 2021 wurde dort nicht entschieden.

#### Notwendigkeit:

Es ist dringend notwendig, dass Wahlwerbung in Briefkästen zugelassen wird. Denn

1. Wahlwerbung ist ein zentraler Bestandteil der Wahlvorbereitung und damit als wichtiger Teil der Demokratie anzusehen.
2. Die direkte Ansprache aller Wahlberechtigten ist wesentlich dafür, eine hohe Wahlbeteiligung, also eine hohe Partizipation an der Demokratie zu erreichen.
3. Die Praxis ignoriert das Richterrecht weitgehend. Viele Parteien und Listen werfen ihre Flyer auch in Briefkästen mit Aufklebern, und es gibt so gut wie keine Beschwerden.
4. Parteien, die sich an die Regelung halten, erreichen entweder weniger Leute, oder sie haben erheblich höhere Kosten, wenn sie Verteildienst beauftragen. Persönlich adressierte Werbung ist ja weiterhin nicht ausgeschlossen.
5. Parteien, die sich an die Regelung halten, sind auch deswegen benachteiligt, weil ihnen aus der Bevölkerung vorgeworfen wird, dass sie es ja nicht einmal schaffen, alle Haushalte mit Informationsmaterial zu versorgen.
6. Kaum jemand in der Bevölkerung weiß, dass sie mit dem „keine Werbung“ Aufkleber auch Wahlwerbung ausschließen. Deswegen gibt es bei Verstoß auch praktisch keine



Beschwerden. Die Bevölkerung akzeptiert den Verstoß gegen das Richterrecht und wird wider Willen nicht informiert.

7. Die Tatsache, dass der Bundestag die Rechtssituation seit langem nicht rechtlich verbessert hat, lässt darauf schließen, dass auch der Bundestag den weit verbreiteten Verstoß akzeptiert.
8. Innerhalb von Bündnis 90/Die Grünen führt die Situation zu langen Diskussionen, Unmut und diversen Wegen, das Recht zu umgehen. Das wird aus mehreren Kreisverbänden berichtet.

Als eine Partei des Rechtsstaats sollten wir dafür sorgen, dass dieser Missstand bis zur Bundestagswahl 2025 beseitigt wird. Deswegen dieser Antrag.

Unterstützt wird der Antrag u.a. von:

- KV Konstanz
- KV Sigmaringen
- KV Rems-Murr
- KV Böblingen
- KV Wangen

## V-12 Einführung einer klimagerechten EU-Umsatzsteuer

Gremium: KV Charlottenburg-Wilmersdorf  
Beschlussdatum: 24.09.2024  
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

### Antragstext

- 1 Als EU müssen wir bis 2050 klimaneutral sein, als Land sogar
- 2 bis 2045.
- 3 Eine EU-Umsatzsteuer auf besonders klimaschädliche Produkte unter
- 4 Berücksichtigung der Maslowschen Bedürfnispyramide trägt zur Lösung wesentlicher
- 5 Herausforderungen gleichzeitig bei: Ein weiterer Schritt in Richtung EU-
- 6 Integration, Stärkung der Haushaltseinnahmen durch zusätzliche direkte
- 7 Steuereinnahmen und eine Sanktionierung von besonders klimaschädlichem
- 8 Einkaufsverhalten.
- 9 Die Klimakrise kann vor allem dann entschärft werden, wenn alle beteiligten
- 10 Akteure in ihren sozioökonomischen Rollen eingebunden werden, im Rahmen einer
- 11 europäischen, gemeinschaftlichen Anstrengung.
- 12 Die Transformation der Industrie bzw. der Wirtschaft geht angebotsseitig voran,
- 13 benötigt aber noch viel Zeit. Ökonomie besteht jedoch aus Angebot und Nachfrage.
- 14 Unsere modernen, westlichen Märkte sind sogenannte Käufer- oder Nachfragemärkte,
- 15 die insbesondere dadurch geprägt sind, dass es ein sehr großes und vielfältiges
- 16 Produktangebot für viele Bedürfnisse gibt, aus dem die Bürger\*innen idealerweise
- 17 informiert und souverän auswählen können.
- 18 Eine klimagerechte EU-Umsatzsteuer zielt auf die Nachfrage besonders
- 19 wohlhabender Bürger\*Innen innerhalb des EU-Binnenmarkts. Alle Produkte haben
- 20 einen klimarelevanten oder CO<sub>2</sub>-äquivalenten Fußabdruck. Zu den sehr Schädlichen
- 21 gehören z. B. Privatjets, Super-Sportwagen, Yachten und weitere.
- 22 Eine wissenschaftlich fundierte Berechnung eines „Climate- / Klima-Scores“ und
- 23 entsprechende Kennzeichnung (analog zum Nutri-Score) würde die systematische
- 24 Kategorisierung von klimaschädlichen Produkten erheblich vereinfachen. Eine
- 25 klimagerechte EU-Umsatzsteuer sollte auf als besonders klimaschädlich
- 26 kategorisierte Produktgruppen erhoben werden.
- 27 Physiologische, Sicherheits- und soziale Grundbedürfnisse der
- 28 Mehrheitsbevölkerung sollten dabei priorisiert werden über die teilweise sehr
- 29 klimaschädliche Erfüllung von Individualbedürfnissen und
- 30 Selbstverwirklichungsbedürfnissen einer sehr wohlhabenden, kleinen Minderheit.
- 31 Neben der steuerlichen Berücksichtigung von „Climate- / Klima-Score“
- 32 gekennzeichneten Produkten ermöglicht solch ein „Score“ auch eine
- 33 aussagekräftige klimarelevante Produktinformation, welche Bürger\*Innen in den
- 34 verschiedenen Rollen als staatliche Einkäufer, Unternehmenseinkäufer, Investoren
- 35 oder Konsumenten beim Einkauf berücksichtigen können.

- 36 Die zwei eng miteinander verbundenen Kernforderungen dieses Antrags mit dem Ziel  
37 der Diskussion und ggf. Aufnahme in das Wahlprogramm für die nächste  
38 Bundestagswahl bestehen aus
- 39 1. Einführung einer klimagerechten EU-Umsatzsteuer
  - 40 2. Einführung eines EU-„Climate-/Klima-Scores“ auf allen Endprodukten und  
41 Zwischenprodukten

## V-13 Grüne machen sich auf! Noch mehr Vielfalt wagen!

Gremium: Kreisverband Unna  
Beschlussdatum: 22.08.2024  
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

### Antragstext

- 1 Die Grünen besetzen mindestens jeden fünften Listenplatz bei Wahlen ab
- 2 Landesebene mit Menschen, die mindestens sieben Jahre in einem Beruf gearbeitet
- 3 haben, der nicht mit einer politischen Partei in Verbindung steht (dies schließt
- 4 Mandate, Fraktionen, Stiftung etc. mit ein).

### Begründung

Die Grüne Frauenquote hat mehr Vielfalt in den Bundestag und andere Parlamente in Deutschland gebracht. Über vielfaltspolitische Sprecherin und Diversitätsrat fördert Grün die deutlichere Repräsentanz von Migrant\*innen und Minderheiten. Trotz dieser Anstrengungen lässt die erreichte Vielfalt noch zu wünschen übrig. Die Barrieren für Neueinsteiger\*innen, in Landtage oder in den Bundestag gewählt zu werden, sind auch bei Grün schwer überwindlich. Parlamentarier\*innen rekrutieren sich fast nur noch aus Menschen, die ihre Berufs- und meist auch Berufungserfahrung nur im Kontext von Parteien gesammelt haben.

Grüne Frische, Bezahlung der Mitarbeiter\*innen, Ausbildungsprogramme in der parteinahen Stiftung oder in geschlossenen Parteiangeboten haben einen starken Apparat geschaffen. Das notwendige Netzwerk birgt aber auch Gefahren. Notwendige regionale, fachliche, flügelsymmetrische Aushandlungen erschweren einen Listenzugang inzwischen schon ein Jahr vor den Wahlen. Betriebsrät\*innen, Selbstständige, Verantwortungsträger\*innen in Wirtschaft, Verwaltung, Wissenschaften oder in Verbänden und Selbsthilfegruppen haben dafür keine Zeit.

Der dramatische Einbruch der Grünen bei Jungwähler\*innen ist bedenkenswert, angesichts der Hochquote von frischen Grünen-Jugend-Aktivist\*innen in Parlamenten und Parteispitze. Eine besonders korrekte Grüne Glockensprache mag innerparteilich ihren Reiz haben, schränkt aber die Zuhörer\*innenschaft für Grüne Ideen ein.

Ähnliche Prozesse laufen in allen Parteien ab. Scholz, Merz, Lindner sind Apparatekinder. Gefahren durch Quereinsteiger\*innen werden in allen Parteien verhindert oder domestiziert. Die Entsorgungskultur der traditionellen Parteien bietet aber sorgenbefreiende Umstiegsmöglichkeiten in Wirtschaft und Verbände. Selbige haben auch traditionelle Mandatsquoten. Bauernverband, Handwerkerschaft, Gewerkschaften, Konzerne mischen auf den Listen listig mit.

Menschen, die sich in Wissenschaft, Kultur, Sport, Bewegung, Wirtschaft einen Namen gemacht haben, finden sich kaum noch auf den Partei-Listen. Barbara Lochbihler, Sven Giegold, Sarah Wiener, Frank Bsirske, Uwe Schneidewind ... brachten frischen Wind in Grünen Trott nach innen und zeigten anziehende Vielfalt für neue Wählerschaften und Mitglieder. Bei der Europaliste wurde eine Fachwelt-unterstützte China-Expertinnicht gewählt.

Die Zeiten von Halbzeit-Rotationen sind erfreulicherweise vorbei. Zwei bis drei Legislaturperioden - und bei Sonderwichtigkeit auch mehr - haben gute Begründungen. Organische Dynamik braucht aber auch bei Mandatsverlusten Erneuerung: Wissens- und erfahrungsergänzend. Unter den relevanten ersten 20 Listenplätzen zur Europawahl ist auf Platz 6 ein Bauer der Einzige, der mit seinen Händen jenseits der

Tastatur gearbeitet hat. Wenn Kontakte zu Arbeiter\*innen schwer zu finden sind, könnten über eine „Arbeiterkind-Quote“ vielleicht wichtige Erfahrungen eingeworben werden. Die aktuelle Herausforderung ist die Hereinforderung oder besser Hereinlockung breiterer Lebenserfahrung.

Dazu können alle Kandidat\*innen ausdrücklich ermuntert werden, in ihren Bewerbungen auch Berufserfahrungen jenseits des Grünen Tellerrands vorzustellen.

Nach jeweils fünf Wahlgängen sollten die jeweils erreichten Vielfaltsquoten in Bezug auf Geschlecht, Herkunft, Alter, Berufe, Lokalbezug (Berlin, Metropole, Großstadt, Stadt, Dorf), Ehrenamtserfahrungen ... evaluiert werden.

Ein erweitertes Vielfalts-Förderprogramm kann inhaltlich und personell auf Bundes- und Länderebene entwickelt werden, ergänzt um ein Ausstiegs- und Umstiegsqualifizierungshilfsprogramme für auswechselwillige Parlamentarier\*innen.

Bärbel Höhn als Afrika-Hilfe-Mobilmacherin, Michael Vesper als Olympionike, Klaus Müller als Verbraucher- und Energieagent, Sabine Brauer als Politik-Trainerin, Barbara Steffen als Krankenkassen-Managerin ...: Es gibt Beispiele für Rotationen in Rollen vorwärts. Grüne Personalentwicklung sollte Rotationswege ermunternd fördern. Kommunen brauchen Fachverstand, Verbände netzfähiges Führungspotential, Nachwuchse in allen Parlamentsebenen brauchen Coaches. Selbstbewusste, selbstgewählte Rollenwechsel sind attraktiver als Abwahl oder Abgang durch Krankheit. „Politik qualifiziert!“ war mehrsinniger Wahlspruch der Politik-Management-Bewegung.

Es wird Stimmen geben, die fürchten, dass das ehrliche Benennen solcher Probleme Grün angreifbarer macht. Wenn wir Grünen selbstbewusst Türen öffnen und uns wandelwillig und -fähig zeigen, gewinnen wir neue Glaubwürdigkeit. Wann, wenn nicht jetzt, können wir uns neu aufmachen?

„Du hast uns gerade noch gefehlt!“ war vor Jahren eine Grüne Mitgliederwerbekampagne. Grün-NRW hatte dazu ein viel-getragenes Grünes Puzzleteil als Sticker entworfen. Ein trefflicher Grüner Aufmacher für heute bis übermorgen.

**V-14** Maßnahmen zum Hochwasserschutz: "Überragendes öffentliches Interesse" gesetzlich verankern und Finanzmittel bereit stellen

Gremium: KV Ahrweiler  
Beschlussdatum: 20.09.2024  
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

## Antragstext

- 1 Drei Jahre nach der Flutkatastrophe im Ahrtal zeigt sich, dass die Prozesse zum
- 2 Bau von Regen-Rückhaltebecken und anderen Schutzmaßnahmen sehr langwierig sind.
- 3 Aktuelle Schätzungen gehen davon aus, dass ein wirksamer Schutz daher erst in
- 4 rund 40 Jahren umgesetzt sein kann. Da die Gefährdung durch Starkregen aufgrund
- 5 des Klimawandels vor allem in den Mittelgebirgsregionen steigt, dürfen wir
- 6 diesen Realisierungszeitraum nicht als gegeben hinnehmen.
- 7 Die langwierigen Genehmigungsprozesse tragen wesentlich zu dem langen Zeitraum
- 8 bei. Daher beantragen wir, dass BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sich im Rahmen der
- 9 Anpassung an die Folgen des Klimawandels auf allen Ebenen dafür einsetzt, für
- 10 bauliche Maßnahmen zum Starkregen- und Hochwasserschutz gesetzlich ein
- 11 "überragendes öffentliches Interesse" festzustellen.
- 12 Der Bund muss zudem entsprechende finanzielle Mittel bereit stellen, um die
- 13 Behörden mit dem benötigten Fachpersonal für die Planungen und Genehmigungen
- 14 auszustatten.

## Begründung

Regen-Rückhaltebecken können gerade in den Mittelgebirgsregionen ein wirkungsvolles Mittel zum Schutz der Bevölkerung vor Hochwasser sein. Der langwierige Planungs- und Genehmigungsprozess kann deutlich verkürzt werden, wenn für Maßnahmen zum Hochwasserschutz gesetzlich ein "überragendes öffentliches Interesse" festgestellt würde.

Dieses Mittel entfaltet bei der Genehmigung von Windkraft- und PV-Anlagen derzeit seine Wirkung. Derartige Effekte sollten wir auch zum Schutz der Bevölkerung nutzen, denn die Häufigkeit von Hochwasser- und Starkregenereignissen in Deutschland wird mit dem fortschreitenden Klimawandel und steigenden Temperaturen zunehmen. Daher ist Eile geboten beim Bau von Schutzeinrichtungen. Wir müssen zur Umsetzung der Schutzmaßnahmen vom üblichen Vorgehen abweichen und zeitnah Vorsorge für kommende Unwetter leisten, statt lediglich teuer wieder aufzubauen.

Damit für die Anpassung von Flächennutzungsplänen und der Bauleitplanung in den Kreisverwaltungen und Landesbehörden ausreichend Fachpersonal zur Verfügung steht, müssen darüber hinaus zusätzliche Mittel für die entsprechenden Fachkräfte zur Verfügung gestellt werden.

Eine detaillierte Ausarbeitung zu den Maßnahmen, die der Kreisverband Ahrweiler konkret fordert, steht zum Download zur Verfügung unter <https://gruene-aw.de/permanent/Position-AG-Hochwasser.pdf>

## V-19 Für eine gesunde, klima- und tiergerechte Ernährung

Gremium: BAG Tierschutzpolitik  
Beschlussdatum: 07.09.2024  
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

### Antragstext

Eine pflanzenbetonte Ernährung ist in der Regel gesünder, umwelt- und klimaschonender und eine Voraussetzung für mehr Tierschutz. Werden pflanzliche Lebensmittel ökologisch erzeugt, kann damit ein wichtiger Beitrag für die Förderung der Biodiversität erreicht werden. Bündnis 90/ Die Grünen setzt sich daher für eine gesunde, klima- und tiergerechte Ernährung ein. Grundsätzlich gilt in Deutschland für Lebensmittel, die dem Bereich der Grundnahrungsmittel zugeordnet werden, der ermäßigte Mehrwertsteuersatz von sieben Prozent. Dies regelt § 12 des Umsatzsteuergesetzes. Anlage 2 zu § 12 enthält eine Liste von Produkten, die dem ermäßigten Steuersatz unterliegen. Hierzu gehören bspw. Zucker, Mehl, Kartoffeln, Gewürze, Gemüse und Obst, Tee und Kaffeebohnen oder -pulver, Nüsse, tierische Milch und tierische Milchprodukte wie Käse, Quark, Butter sowie Fleisch, Fisch, rohe Eier und Honig. Dabei wollen wir folgendes umsetzen:

1. Pflanzliche Grundnahrungsmittel wie Gemüse, Obst, Hülsenfrüchte, Nüsse und Saaten, die notwendig für unsere Gesundheit sind, befreien wir von der Mehrwertsteuer.
2. Für Fleisch und andere tierische Produkte schaffen wir wegen ihrer hohen klimaschädlichen Emissionen die bisher reduzierte Mehrwertsteuer von sieben Prozent ab und wenden den Regelsatz von 19 Prozent an.
3. Pflanzliche und gering verarbeitete Alternativprodukte, die ein Äquivalent zu einem tierischen Lebensmittel der Grundnahrungsmittel darstellen, besteuern wir nur noch mit dem ermäßigten Steuersatz von sieben Prozent.
4. Wir unterstützen die Erforschung, Entwicklung, Zulassung, Skalierung und Integration moderner Fermentationsverfahren und Zellkultivierung in landwirtschaftliche Wertschöpfungsketten, zur Entwicklung nachhaltigerer Lebensmittel.
5. In allen Kantinen des Bundes, seiner Behörden und Einrichtungen sowie bei Co-finanzierten Einrichtungen geben wir künftig bei der Vergabe die Empfehlungen der Deutschen Gesellschaft für Ernährung (DGE) verbindlich vor und lassen eine DGE-Zertifizierung durchführen. Zudem wird ein Stufenplan für einen steigenden Bioanteil festgelegt. An allen Verpflegungstagen soll jeweils mindestens eine vollwertige pflanzliche (vegane) Alternative angeboten werden.
6. Wir führen eine mengenbezogene Verbrauchssteuer auf Fleisch und andere tierische Produkte ein, die sich an den Empfehlungen des Bürgerrates

- 36 „Ernährung im Wandel“ orientiert [1]. Sie wird ausschließlich für eine  
37 Verbesserung und Reduzierung der Tierbestände eingesetzt.
- 38 7. Diese Ziele werden wir auch in die Ernährungsstrategie des Bundes  
39 aufnehmen. Der Bund setzt sich dafür ein und setzt Anreize, dass sie auch  
40 auf Landes- und kommunaler Ebene umgesetzt werden.
- 41 8. Wir sorgen dafür, dass pflanzliche Gerichte oben auf der Speisekarte  
42 stehen und das günstigste Gericht pflanzlich ist.
- 43 [1] <https://dserver.bundestag.de/btd/20/103/2010300.pdf>

## Begründung

Wer sich vegetarisch oder vegan ernährt, auf laktose- oder glutenfreie Produkte setzt, bekommt Grundnahrungsmittel wie Pflanzendrinks oder -joghurt sowie Fleischalternativprodukte nicht zum ermäßigten Steuersatz. Diese Lebensmittel wurden vom Gesetzgeber nicht in die Liste der Grundnahrungsmittel aufgenommen und unterliegen damit als verarbeitete Produkte noch immer dem regulären Steuersatz in Höhe von 19 Prozent.

Im Alltag weniger Fleisch, Käse und Butter zu essen, gehört laut der Deutschen Umwelthilfe zu den einfachsten und wirkungsvollsten Klimaschutz-Maßnahmen, die man als Individuum leisten kann [2]. Die 2024 veröffentlichte Ernährungsstrategie der Bundesregierung sieht eine Stärkung der pflanzenbetonten Ernährung vor [3]. Die Produktion tierischer Lebensmittel belastet die Umwelt wesentlich stärker als die von pflanzlichen Lebensmitteln: Beispielsweise lassen sich 66 Prozent der ernährungsbedingten Treibhausgasemissionen und 61 Prozent der Flächeninanspruchnahme auf tierische Lebensmittel zurückführen – größtenteils zum Zwecke des Futtermittelanbaus. Und um eine Kalorie Rindfleisch zu erzeugen, verbrauchen wir sechs bis 21 pflanzliche Kalorien. Insofern ist die höhere Besteuerung unfair den Verbraucher\*innen gegenüber, deren Speiseplan sich aus pflanzlichen Grundnahrungsmitteln zusammensetzt. Gute Rahmenbedingungen dafür, sich möglichst klimabewusst oder gesund zu ernähren, schafft das derzeitige Besteuerungssystem für Grundnahrungsmittel jedenfalls nicht. Das wollen wir ändern! Wir schaffen die Rahmenbedingungen dafür, dass jede\*r selbst und gut entscheiden kann, sich gesund, klima- und tiergerecht zu ernähren.

Um eine stärker pflanzenbetonte, gesunde und umweltgerechte Ernährung zu fördern, wurde u. a. vom Bürgerrat Ernährung und von Verbraucherzentralen gefordert, die Mehrwertsteuer auf pflanzliche Grundnahrungsmittel abzuschaffen. „Im Sinne der Ernährungssicherung bietet die Abschaffung der Mehrwertsteuer auf Obst, Gemüse und Hülsenfrüchte ebenfalls Vorteile, denn auf einer begrenzten Fläche können mehr pflanzliche als tierische Kalorien erzeugt werden“, so Selvihan Benda, Referatsleiterin für Lebensmittel & Ernährung bei der Verbraucherzentrale Schleswig-Holstein [4]. Die Null-Prozent-Besteuerung bestimmter pflanzlicher Grundnahrungsmittel wäre zudem eine Entlastung für Verbraucher\*innen bei hohen Lebensmittelpreisen und würde zur erwünschten gesünderen Ernährung der Bevölkerung beitragen [5]. Auch Landwirtschaftsminister Cem Özdemir hat diesen Vorschlag bereits ins Spiel gebracht [6].

Die Deutsche Gesellschaft für Ernährung (DGE) hat bei ihrer Überarbeitung der Ernährungsempfehlung für Deutschland im März 2024 neben den Gesundheitsaspekten auch die Umweltbelange berücksichtigt [7]. Hinsichtlich der Verzehrmenge von Fleisch kommt sie zum gleichen Ergebnis wie die sogenannte EAT-LANCET-Kommission, die mit der „Planetary Health Diet“ eine gesunde und klimafreundliche globale Ernährungsleitlinie entwickelt hat. Die DGE empfiehlt, sowohl aus gesundheitlicher als auch aus ökologischer Perspektive maximal 300 g Fleisch und Wurst pro Woche zu verzehren – also weniger als ein Drittel der derzeitigen Durchschnittsmenge. Zudem hat die DGE aktuell ihre Bewertung einer



rein veganen Ernährung geändert: Sie betont, dass bei sorgfältiger Gestaltung eine vegane Ernährung für Erwachsene gesundheitsfördernd sein kann. Lediglich Vitamin B12 müsse substituiert werden.

Wir fordern daher, § 12 des Umsatzsteuergesetzes den aktuellen Erkenntnissen anzupassen und als Maßnahme zu nutzen, einen Anreiz für Verbraucher\*innen zu schaffen, um sich kostengünstiger, gesund und nachhaltig zu ernähren.

Um das krasse Missverhältnis bei der Besteuerung zwischen Fleisch und tierischen Produkten und pflanzlichen Alternativen zu beenden, ist es erforderlich, pflanzliche Alternativen vom bisherigen Steuersatz von 19 Prozent auf 7 Prozent herabzusetzen. Eine großangelegte Studie des Bundesumweltamts zeigt den Unterschied der Umweltrelevanz an einem Beispiel deutlich auf: Für die Produktion eines Kilos Fleischersatz auf Pflanzenbasis werden 2,8 Kilogramm Treibhausgase ausgestoßen [8]. Für Schweinefleisch liegt der Wert bei 4,1, für Geflügel bei 4,3 und für Rindfleisch sogar bei 30,5 Kilogramm. Derzeit ist zellkultiviertes Fleisch noch in der Entwicklungsphase. Es ist damit zu rechnen, dass angesichts des wachsenden Bedarfs für das im Labor entwickelte Original aus tierischen Zellen die Entwicklung sich beschleunigen wird. Deshalb sollte die Entwicklung auch in den Hochschulen vorangetrieben werden. Dazu sollen Projektgelder zur Verfügung gestellt werden.

Was die gesunde und umweltgerechte Ernährung in Kantinen des Bundes, seiner Behörden und Einrichtungen anbelangt, so fordern wir, dass diese auf wissenschaftliche Bewertung erfolgt. Zuständig dafür ist die Deutsche Gesellschaft für Ernährung (DGE). Deshalb müssen bei allen Vergaben die jeweils aktuellen Empfehlungen der DGE verbindlich vorgegeben werden. Um sicherzustellen, dass dies der Fall ist, muss eine DGE-Zertifizierung durchgeführt werden [9].

Um die Umsetzung zu einer umwelt- und tiergerechten Ernährung für alle Bürger\*innen zu erreichen, soll sich der Bund dafür einsetzen, dass die Länder und Kommunen vor Ort sich im Rahmen ihrer Ernährungsstrategien dafür engagieren.

[2] [https://www.umweltrat.de/SharedDocs/Downloads/DE/02\\_Sondergutachten/2020\\_2024/20-23\\_05\\_SG\\_Umweltfreundliches\\_Verhalten.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=19](https://www.umweltrat.de/SharedDocs/Downloads/DE/02_Sondergutachten/2020_2024/20-23_05_SG_Umweltfreundliches_Verhalten.pdf?__blob=publicationFile&v=19)

[3] [https://www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/DE/\\_Ernaehrung/ernaehrungsstrategie-kab-inett.%20pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=8](https://www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/DE/_Ernaehrung/ernaehrungsstrategie-kab-inett.%20pdf?__blob=publicationFile&v=8)

[4] <https://www.verbraucherzentrale.sh/pressemitteilungen/lebensmittel/mehrwertsteuer-bei-lebensmitteln-so-sieht-es-in-deutschland-aus-72810>

[5] <https://www.umweltbundesamt.de/fuer-klima-umwelt-tierische-produkte-hoher#ist-die-ubaforderung-nach-abschaffung-der-mehrwertsteuervergunstigung-fur-fleisch-neu>

[6] <https://www1.wdr.de/nachrichten/oezdemir-lebensmittel-mehrwertsteuer-entlastung-gesundheit-100.html>

[7] <https://www.dge.de/wissenschaft/stellungnahmen-und-fachinformationen/positionen/neubewertung-der-position-zu-veganer-ernaehrung/>

[8] <https://www.geo.de/wissen/ernaehrung/23091-rtkl-umweltamt-studie-fleisch-aus-soja-insekten-oder-dem-reagenzglas-die>

[9] <https://www.dge.de/gemeinschaftsgastronomie/zertifizierung/caterer/>

## V-20 Engagement für Demokratie ist gemeinnützig

Antragsteller\*in: Sabine Hebbelmann (KV Odenwald-Kraichgau)  
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

### Antragstext

- 1 Die Gemeinnützigkeit mit ihren Steuervorteilen ist wichtig für die finanzielle
- 2 Unabhängigkeit und freie Betätigung von Vereinen und
- 3 Nichtregierungsorganisationen.
- 4 Für eine lebendige Demokratie braucht es politische Willensbildung und eine
- 5 aktive Zivilgesellschaft, denn Politik ist nicht nur Sache der Parteien.
- 6 Die teils unsichere Rechtslage nach dem sogenannten Attac-Urteil hat die
- 7 kritische Zivilgesellschaft geschwächt. Bündnis 90 / Die Grünen setzt sich dafür
- 8 ein, dass die im Koalitionsvertrag in Aussicht gestellte Reform des
- 9 Gemeinnützigkeitsrechts die finanzielle Unabhängigkeit und freie Betätigung von
- 10 Vereinen und Nichtregierungsorganisationen stärkt und dass sie zügig umgesetzt
- 11 wird.
- 12 Die Förderung von Modellflug und Schießsport ist gemeinnützig,
- 13 zivilgesellschaftliches Engagement für die Demokratie sollte es auch sein.

### Begründung

Der Bundesfinanzhof hatte im Februar 2019 mit Blick auf das Anti-Globalisierungsnetzwerk Attac geurteilt, dass Tätigkeiten, die darauf abzielen, politische Entscheidungen und die öffentliche Meinung zu beeinflussen, nicht gemeinnützig seien und daher keinen Anspruch auf Steuervorteile hätten. Kurze Zeit nach dem Urteil gegen Attac wurde auch der Kampagnenorganisation Campact die Gemeinnützigkeit entzogen.

Seither hemmen die teilweise unklaren gesetzlichen Vorgaben die politische Betätigung von Nichtregierungsorganisationen. Die verengte Definition des Satzungszwecks "Politische Bildung" (Volksbildung) schränkt das politische Engagement gemeinnütziger zivilgesellschaftlicher Organisationen stark ein. Die AfD nutzt die Situation aus und zeigt Vereine beim Finanzamt an, die sich kritisch mit der Politik der Partei auseinandersetzen.

Gemeinnützige Vereine fürchten, ihre Gemeinnützigkeit zu verlieren. Sie müssen sich immer fragen, ob und wie sie sich demokratisch engagieren dürfen, und halten sich im Zweifel lieber zurück. Dadurch werden die Demokratie und der Kampf gegen Rechtsextremismus geschwächt.

Auf eine Reform des Gemeinnützigkeitsrechts dringt auch die Allianz "Rechtssicherheit für politische Willensbildung", in der über 200 zivilgesellschaftliche Organisationen ein breites Meinungsspektrum abdecken.

Die Regierungsparteien hatten sich im Koalitionsvertrag darauf verständigt, das Gemeinnützigkeitsrecht zu reformieren und die Zwecke der Gemeinnützigkeit zu erweitern und zu konkretisieren.

## **weitere Antragsteller\*innen**

Detlef Wilske (KV Berlin-Lichtenberg); Ralf Henze (KV Odenwald-Kraichgau); Kathrin Weber (KV Bielefeld); Klemens Griesehop (KV Berlin-Pankow); Thomas Wolff (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Nicole Lauterwald (KV Frankfurt); Matthias Striebich (KV Forchheim); Michael Mirbach (KV Grafschaft Bentheim); Ali Demirhan (KV Herzogtum Lauenburg); Anna Katharina Boertz (KV Celle); Nina Nakonetzki (KV Emsland); Marius Meyer (KV Cloppenburg); Ulrich Gundert (KV Reutlingen); Jens Polster (KV Celle); Christopher Stark (KV München); Andreas Müller (KV Essen); Peter Meiwald (KV Ammerland); Reiner Hennig (KV Nürnberg-Stadt); Uta Lentföhr-Rathjen (KV Neumünster); sowie 42 weitere Antragsteller\*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.

## V-21 Klärung der deutschen UNO-Menschenrechtsverletzungen in der geltenden Prostitutionsgesetzgebung

Antragsteller\*in: Sylvia Dorn (KV Ortenau)

Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

### Antragstext

1 Im September 2023 wurde im EU-Parlament eine Entschließung zur Regulierung der  
2 Prostitution innerhalb Europas mehrheitlich angenommen. Darin wird den Staaten  
3 empfohlen, den Sexkauf zu verbieten, die in der Prostitution arbeitenden Frauen  
4 zu entkriminalisieren und Ausstiegshilfen und Berufsausbildungsmöglichkeiten,  
5 auch mit finanzieller EU-Hilfe, zur Verfügung zu stellen. Im Mai 2024 erfolgte  
6 ein UNO-Sonderbericht zur Gewalt an Mädchen und Frauen in der Prostitution, der  
7 u. a. feststellte, dass Deutschland mit seiner Prostitutionsgesetzgebung die  
8 Menschenrechte der Frauen verletzt, ihre Gleichstellung verhindert und der  
9 Deutschland als Zuhälterstaat bezeichnet.

10 Deutschland hat entgegen der UNO-Menschenrechte die Prostitution liberalisiert,  
11 als sozialversicherungsfähige, sogenannte sexuelle Dienstleistung anerkannt und  
12 damit einen wachsenden Prostitutionsmarkt ausgelöst. Dieser wird heute zum  
13 größten Teil von Migrant\*innen aus wirtschaftlich schwachen oder in Krieg  
14 befindlichen Ländern bedient. Nur etwa 10 % spielt sich im Hellfeld (gemeldete  
15 Prostituierte) ab, der übrige Markt wird vom Menschenhandel des Dunkelfelds  
16 gesteuert.

17 Daher fordern wir unseren grünen Parteivorstand und die Bundestagsfraktion auf,  
18 eine für das nächste Bundestagswahlprogramm öffentliche und differenzierte  
19 Haltung zum Thema Prostitution zu erarbeiten. Sie soll begründet und  
20 faktenbasiert Stellung nehmen zu Gleichstellungs- und Menschenrechtsfragen in  
21 der realen Praxis der Prostitutionsausübung durch alle Akteure in Deutschland  
22 und die Verfassungskonformität ihrer Position vor dem deutschen Grundgesetz  
23 sowie vor dem Hintergrund der EU-Entschließung und der UNO-Menschenrechte  
24 darstellen. Diese Position soll in einer Arbeitsgruppe grüner, in das Thema  
25 vertieft eingestiegener Mitglieder unter Hinzuziehung wissenschaftlicher  
26 Expert\*innen erarbeitet werden.

27 (Die Evaluation des Prostituiertenschutzgesetzes 2017, die erst 2025  
28 abgeschlossen sein soll und sich nur auf dieses Gesetz bezieht, kann auf solche  
29 Grundsatzfragen, die das Prostitutionsgesetz von 2002 betreffen, keine Antwort  
30 geben.)

## Begründung

Hintergrund der Menschenrechtsfrage ist die Tatsache, dass Männer beim Geschlechtsverkehr die rote Linie der körperlichen Unversehrtheit des anderen Menschen überschreiten und in den Körper eines anderen Menschen (meist Frauen) eindringen, seine inneren Organe in Mitleidenschaft ziehen und damit den psychisch-körperlichen Schutzraum der persönlichen Intimität verletzen. Der Verzicht auf körperliche und psychische Unversehrtheit beim Geschlechtsakt darf auf Seiten der Frauen aufgrund ihrer Menschenwürde und der Unteilbarkeit und Unveräußerlichkeit der Menschenrechte nur in der Freiheit gemeinsamen sexuellen Verlangens und gemeinsamer Verantwortung für die sexuelle Interaktion, aber keinesfalls gegen Bezahlung erfolgen. Dies wird in der EU-Resolution und im UNO-Sonderbericht auf vielen Seiten sachlich begründet. Aufgrund der Menschenrechte muss es daher für UNO-Mitgliedsstaaten Ziel sein, Frauen vor Prostitution zu schützen.

Auch wir Grüne führen in unserer Bundessatzung in Artikel 1 der Präambel die UNO-Menschenrechte als den Hauptorientierungspunkt unserer politischen Arbeit an, verlangen die Veröffentlichung von Menschenrechtsverletzungen und versprechen, uns für ihre Beseitigung einzusetzen.

Deutschland hat aufgrund des Prostitutionsgesetzes von 2002 die Prostitution als einen besonders boomenden Wirtschaftszweig entwickelt, der seine wachsende Nachfrage durch Freier schon seit Jahren nur mit besonders vulnerablen Frauen aus den Armenvierteln Europas und der Welt befriedigen kann. Zu einem großen Teil werden diese Frauen mit unwahren Versprechungen oder durch Druck aus Familienclans nach Deutschland gebracht, von Zuhältern in ihrem sexuellen Selbstbestimmungswillen durch Vergewaltigungen gebrochen und als Menschen schwer traumatisiert. Es ist für die Frauen äußerst schwer, diesem Prostitutionsmilieu mit seiner Anbindung an die organisierte Kriminalität des Menschenhandels wieder zu entkommen. In der Gesamt-EU sind 51% der Opfer des Menschenhandels zum Zwecke der sexuellen Ausbeutung. In Deutschland sind es nach einer Hellfeldstudie (2021) des Kriminologischen Instituts Niedersachsen (KFN)\* 87 % im Bereich der sexuellen Ausbeutung. Die Opfer sind zu 95 % Frauen, die Beschuldigten zu 100 % Männer. In 42 % der Strafverfahren fand das KFN allein aufgrund der gesichteten Gerichtsakten Hinweise darauf, dass das Aussageverhalten der Geschädigten von Einschüchterung geprägt war. Nur in 15 % der Verfahren seit 2016 kam es zu einer Verurteilung. In keinem einzigen Fall kam es zur Wiedergutmachung des Schadens. Die Studie verweist auf den wissenschaftlichen Konsens, dass mindestens 90 % aller Menschenhandelsdelikte im Dunkelfeld verbleiben. (\*KFN e.V.:Evaluierung der Strafvorschriften zur Bekämpfung des Menschenhandels (§§232 bis 233a StGB).2021)

In Deutschland werden Schülerinnen und junge Frauen durch sogenannte Loverboys in den regulären Betrieb von Bordellen eingeschleust. Durch die aktuelle deutsche Gesetzgebung, die Prostitution zu einer käuflichen, sexuellen Dienstleistung erklärt, ist all diesen Verbrechen kaum beizukommen und die Täter bleiben weitgehend unbehelligt.

Der Menschenhandel zur sexuellen Ausbeutung schädigt seine Opfer wegen seines Einbruchs in die Intimität eines Menschen besonders schwer. Der Schutz der sexuellen Selbstbestimmung ist daher höher einzustufen als der Schutz der persönlichen Freiheit, über seine Arbeitskraft zu verfügen.

## weitere Antragsteller\*innen

Kerstin Celina (KV Würzburg-Land); Petra Thomsen (KV Frankfurt); Maya Wulz (KV Böblingen); Margot Isele (KV Karlsruhe); Sebastian Hakan Deckwarth (KV Frankfurt); Antje Matthäus (KV Böblingen); Marian Wulz (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Clemens Niederberger (KV Böblingen); Sibylle De Mott (KV Böblingen); Ursula Mayr (KV Karlsruhe); Jessica Hecht (KV Würzburg-Land); René Goosmann (KV Böblingen); Tatjana Splett (KV Würzburg-Land); Eva-Maria Merkel (KV Karlsruhe); David Spelman-

Kranich (KV Karlsruhe-Land); Stefan Bomsdorf (KV Karlsruhe); Miriam Sonnenbichler (KV Karlsruhe); Claudia Eser-Schuberth (KV Aichach-Friedberg); Petra Sander (KV Karlsruhe); sowie 30 weitere Antragsteller\*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.

## V-23 Regelmäßige Veröffentlichung über die Höhe der zurückgeholten Gelder aus Steuerbetrug, Geldwäsche und sonstiger Finanzkriminalität

Gremium: KV Siegen - Wittgenstein  
Beschlussdatum: 13.04.2024  
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

### Antragstext

- 1 Die BDK möge beschließen, den Parteivorstand von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bzw. die
- 2 Bundestagsfraktion zu beauftragen, ein Format zur regelmäßigen Veröffentlichung
- 3 der Erfolge über die eingetriebenen Gelder aus der Finanzkriminalität zu
- 4 etablieren.

### Begründung

Die Bekämpfung von Steuerhinterziehung, Clankriminalität und illegalen Geldflüssen ist von zentraler Bedeutung für die Integrität unseres Finanzsystems und den Erhalt des Vertrauens der Bürger in den Rechtsstaat. Diese Formen der illegalen Finanzpraktiken führen nicht nur zu erheblichen finanziellen Verlusten für den Staat, sondern untergraben auch das Vertrauen der Bürger in die Gerechtigkeit und den fairen Wettbewerb.

Ein regelmäßiger Bericht über die eingetriebenen Gelder aus diesen Bereichen würde dazu beitragen, die Transparenz und Rechenschaftspflicht des Finanzministeriums zu stärken. Die Veröffentlichung konkreter Zahlen und Statistiken über die Höhe der eingetriebenen Gelder ermöglicht es der Öffentlichkeit, den Erfolg der Maßnahmen zur Bekämpfung von Steuerhinterziehung, Clankriminalität und illegalen Geldflüssen zu verfolgen und zu bewerten.

Darüber hinaus würde ein regelmäßiger Bericht auch einen Anreiz für das Finanzministerium schaffen, seine Bemühungen zur Bekämpfung dieser illegalen Praktiken zu verstärken. Die regelmäßige Veröffentlichung von Zahlen würde die Verantwortlichen dazu anhalten, wirksame Strategien zu entwickeln und umzusetzen.

Ein weiterer wichtiger Aspekt eines solchen Berichts wäre die Möglichkeit, Trends und Entwicklungen in Bezug auf Steuerhinterziehung, Clankriminalität und illegale Geldflüsse zu erkennen. Durch die Analyse der Daten könnten neue Ansätze und Maßnahmen entwickelt werden, um diesen illegalen Praktiken effektiver entgegenzuwirken und Präventionsstrategien zu verbessern.

Hier eine Einschätzung des Bundesfinanzministeriums zum Thema Geldwäsche:

Nach Schätzungen aus der Wissenschaft beträgt das jährliche Geldwäschevolumen in Deutschland rund 100 Milliarden Euro im Jahr. Von diesen 100 Milliarden des geschätzten Geldwäschevolumens

werden aber weit unter 1 Prozent im Wege der Strafverfolgung ermittelt und beschlagnahmt.

Finanzkriminalität untergräbt die gesellschaftliche Fairness. Beispielsweise nimmt illegales Geld auch Einfluss auf die Entwicklung des Immobilienmarkts gerade in Großstädten. Denn auch die Nachfrage krimineller Investorinnen und Investoren treibt natürlich die Preise und verknappt das Angebot für ehrliche Bürgerinnen und Bürger. Es ist also auch eine Frage von Fairness, gegen die vorzugehen, die durch das Brechen unserer Gesetze illegale Profite generieren und sich so bereichern. Das untergräbt die Ideale einer Leistungsgesellschaft und torpediert den Glauben an den Rechtsstaat. Auch deswegen müssen wir hier entschieden eingreifen.

Und das betrifft ja nur einen Teil der Finanzkriminalität.

Wir appellieren daher an die Delegierten, sich für die Einführung eines regelmäßigen Berichts über die eingetriebenen Gelder aus Steuerhinterziehung, Clankriminalität und illegalem Geld einzusetzen und unseren Antrag zu unterstützen.

Wir danken im Voraus für die Unterstützung.

Beschlossen am 13.04.2024 auf der Kreismitgliederversammlung des KV Siegen-Wittgenstein BÜNDNIS 90/DIE

GRÜNEN

Beschlossen am 18.09.2023 auf der Mitgliederversammlung des OV Kreuztal BÜNDNIS 90/DIE

GRÜNEN



## V-24 Absage an jede Form anlassloser Massenspeicherung von Bürger:innendaten!

Antragsteller\*in: Kai Bojens (KV Stade)  
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

### Antragstext

- 1 Die Bundestagsfraktion der Grünen wird aufgefordert, den Grünen Beschlüssen zu
- 2 folgen und somit den vorgeschlagenen Sicherheitsgesetzen zu biometrischer
- 3 Identifikation durch Daten aus dem Internet und der Wiedereinführung einer
- 4 Vorratsdatenspeicherung zu widersprechen.

### Begründung

Mit großer Sorge beobachten wir, dass plötzlich Sicherheits- und vor allem Überwachungsmaßnahmen im Raum stehen, die bisher undenkbar waren für eine Partei, die den Auftrag zur Wahrung der Bürger:innenrechte nicht zuletzt direkt im Namen trägt: BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – wie keine zweite Partei stehen wir in direkter Verantwortung gegen einen Staat, der immer mehr über seine Bürger:innen wissen will und ihnen gleichzeitig immer weniger traut.

Nach der Abschottung der deutschen Grenzen und dem Abschieben in Unrechtsstaaten sollen den Behörden jetzt Instrumente an die Hand gegeben werden, die ihresgleichen suchen. Da ist zum ersten das Instrument des Abgleichs biometrischer Daten mit öffentlich verfügbaren Bildern und Stimmen aus dem Internet. Alle, die jemals ein Bild von sich ins Internet gestellt haben, werden dann in Polizeidatenbanken für Abgleiche mit potentiell Verdächtigen geführt. Das Bild von der Geburtstagsparty auf Facebook wird dann beim BKA gespeichert, um die Partygäste in Zukunft mit Verdächtigen abgleichen zu können. Die Bilder der Einschulung werden beim Grenzschutz vorgehalten, um Einreisende vielleicht damit abgleichen zu können. Der Höhepunkt ist dabei, dass auch Audioaufnahmen und somit die ganz persönliche Stimme aus den sozialen Netzen dafür benutzt werden sollen. Wer jemals ein YouTube- oder Instagram-Video hochgeladen hat, stellt BKA, BND und all den anderen Behörden seine Stimme damit unfreiwillig zur Verfügung. Es ist unvorstellbar, dass dies die Politik einer Partei sein soll, die im Erbe von Bündnis 90 steht.

Im Koalitionsvertrag schreiben wir dazu: „Flächendeckende Videoüberwachung und den Einsatz von biometrischer Erfassung zu Überwachungszwecken lehnen wir ab. Das Recht auf Anonymität sowohl im öffentlichen Raum als auch im Internet ist zu gewährleisten.“

Ebenfalls fehlen darf nicht der Klassiker: die Vorratsdatenspeicherung. Seit bald 20 Jahren wird immer wieder versucht, die Bewegungen der Bürger:innen im Netz pauschal zu erfassen: Wer hat sich wann und wo eingeloggt? Wie lange waren die Bürger:innen dabei online? Welche IP-Adresse hatten sie in der Zeit? Der pauschale Verdacht, dass jede:r Bürger:in potentiell Straftäter:in sein kann und deswegen permanent auf Vorrat ihre Unschuld beweisen können muss, ist eines liberalen Staates unwürdig.

Im Grundsatzprogramm von 2021 haben wir festgehalten: „Anlasslose Massendatenspeicherungen wie auch unzulässige Eingriffe in die Vertraulichkeit und Integrität von IT-Systemen untergraben umfassend Grundrechte und sind der falsche politische Weg.“

Wir haben nicht nur in mühsamer Arbeit ein Grundsatzprogramm der Freiheit für unsere Partei entworfen, sondern vor allem auch einen Koalitionsvertrag unterschrieben, der all das nicht will sondern ausdrücklich grundrechtsschonende Alternativen vorschlägt. Und jetzt sollen diese Maßnahmen im Hauruckverfahren ohne Diskussion durchgesetzt werden. Weder die Parteien noch die

Zivilverbände oder die Gesellschaft werden hier beteiligt. Aus Angst vor dem Erfolg der Rechtspopulisten bereiten wir die Werkzeuge vor, die sie bei einem Wahlsieg sofort gegen uns einsetzen würden.

Bei all diesen vorgeschlagenen Maßnahmen ist auch nicht einmal im Ansatz erkennbar, warum sie jetzt im Eiltempo ohne Diskussion beschlossen und umgesetzt werden sollen. Nicht nur die Maßnahmen an sich sind unwürdig für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, auch die Art wie diese tiefgreifenden Einschnitte in die Privatsphäre der Bürger:innen politisch auf den Weg gebracht werden, entsprechen nicht unseren Grundsätzen.

Dies haben wir gemeinsam für unser Bundestagswahlprogramm beschlossen: „Wir stehen für eine rationale Sicherheits- und Kriminalpolitik, die Rechtsgüter vor realen Beeinträchtigungen schützt, konkrete Gefahren anlassbezogen und zielgerichtet abwehrt sowie eine verhältnismäßige Strafverfolgung gewährleistet, statt die Bevölkerung mit pauschaler Massenüberwachung unter Generalverdacht zu stellen. Den Einsatz biometrischer Identifizierung im öffentlichen Raum, wie beispielsweise Gesichtserkennung, lehnen wir ebenso wie die undifferenzierte Ausweitung der Videoüberwachung, die anlasslose Vorratsdatenspeicherung, generelle Hintertüren in digitalen Geräten und Anwendungen oder das Infiltrieren von technischen Geräten (Online-Durchsuchung bzw. Quellen-TKÜ) ab.“

Wir fordern daher, dass die Partei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sich in aller Deutlichkeit gegen diese Maßnahmen in den Gesetzentwürfen des BMI zur Umsetzung des Sicherheitspakets vom 09.09.2024 ausspricht und die Minister\*innen und Bundestagsabgeordneten den Gesetzen nicht zustimmen.

## **weitere Antragsteller\*innen**

Willi Junga (KV Berlin-Treptow/Köpenick); Arne Babenhauserheide (KV Karlsruhe-Land); Christoph Behnke (KV Stade); Christian Marx (KV Calw); Caroline Krohn (KV Lahn-Dill); Andreas Saakel (KV Lahn-Dill); Solveigh Zieger (KV Mettmann); Jörg Hohn (KV Darmstadt-Dieburg); Christian Marx (KV Frankfurt); Patrik Schönfeldt (KV Ammerland); Jörg Rönnau (KV München-Land); Jessica Leutert (KV Kiel); Jakub Wewior (KV Wiesbaden); Stefan Burger (KV Schwerin); Max Lissowski (KV Dresden); Philip Weiß (KV Kurpfalz-Hardt); Sebastian Bonau (KV Schleswig-Flensburg); Bettina Deutelmöser (KV Stade); Eleonore Grabowski (KV Wesel); sowie 258 weitere Antragsteller\*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.

## V-25 Klimaverträgliche Bodenpolitik durch verantwortungsvolle Siedlungsflächennutzung

Gremium: BAG Planen Bauen Wohnen  
Beschlussdatum: 26.09.2024  
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

### Antragstext

- 1 Täglich werden in der Bundesrepublik 52 Hektar Wald, Wiesen und Acker als  
2 Siedlungs- und Verkehrsflächen neu ausgewiesen. Das entspricht der Fläche von  
3 ca. 72 Fußballfeldern - jeden Tag. Mehr Siedlungsfläche bedeutet mehr  
4 Emissionen, mehr Verkehr, mehr Energieverbrauch, mehr Müll. Es stehen immer mehr  
5 Gebäude in der Landschaft! Wälder und Wiesen müssen Autobahnen weichen. Mehr  
6 Zersiedelung bedeutet weniger Raum für den Erhalt der Artenvielfalt und den  
7 Naturschutz, weniger Sickerflächen bei Starkregen und Hochwasser, weniger  
8 Flächen für den Anbau von Lebensmitteln und weniger Platz für Erholung.  
9 Auch die letzten Jahre mit den zerstörerischen Hochwassern haben gezeigt, dass  
10 wir wieder eine bessere Balance zwischen Natur, Landwirtschaft und Bebauung  
11 brauchen.
- 12 Fläche und Böden sind wertvolle Ressourcen, die wir Menschen, Pflanzen und  
13 Tieren zum Leben brauchen. Mit einer grünen Flächenpolitik gewinnen wir  
14 Rückzugsräume für Mensch und Natur zurück und gewährleisten eine angemessene  
15 Bau- und Planungsfreiheit, auch für kommenden Generationen. Grüne Flächenpolitik  
16 heißt, unserer Lebensgrundlagen zu erhalten. Dafür heben wir die Potenziale des  
17 Gebäudebestands, nutzen kurze Wege und beleben Innenstädten und Brachen wieder.
- 18 Eine klimaverträgliche Stadt- und Siedlungsentwicklung schützt uns vor  
19 zersiedelten Landschaften mit Gebäuden allerorts, vor Überschwemmungen, aber  
20 auch davor, im Sommer in Betonwüsten gebraten zu werden. Zukunftsorientierung  
21 bedeutet: unsere Dörfer und Städte klug und umsichtig weiterzuentwickeln, uns  
22 auf die Wiederbelebung leerstehender Gebäude und Flächen konzentriert und ihre  
23 Ausweitung wirksam zu begrenzen.
- 24 Der aktuell ungehemmten Flächeninanspruchnahme müssen wir mit einem  
25 wirkungsvollen Instrument begegnen.
- 26 Es gibt bereits bundesweite Ziele zur Senkung der Inanspruchnahme von neuen  
27 Siedlungs- und Verkehrsflächen: Das 30-Hektar-Ziel bis 2030 der Bundesregierung  
28 besagt, dass bis 2030 bundesweit nur noch maximal 30 Hektar pro Tag Verkehrs-  
29 und Siedlungsflächen ausgewiesen werden können. Bis 2050 wollen wir sogar das  
30 Netto-Null-Ziel erreichen. Dies bedeutet, dass neue Flächen nur noch in Anspruch  
31 genommen werden dürfen, wenn an anderer Stelle entsprechend Flächen entsiegelt  
32 werden.
- 33 Aktuell werden in vielen Kommunen noch neue Neubau- und Gewerbegebiete geplant,  
34 statt für einen konsequenten Boden- und Klimaschutz nach Möglichkeiten der  
35 Umnutzung im Gebäudebestand zu suchen. Das liegt u.a. daran, dass in  
36 stagnierenden oder schrumpfenden Regionen viele Kommunalparlamente hoffen, neue  
37 Gewerbegebiete würden perspektivisch mehr Einnahmen bringen. Oder sie weisen in  
38 der Hoffnung auf mehr Einkommensteuern neue Wohngebiete aus und spekulieren  
39 darauf, dass Neubürger\*innen preisgünstige Grundstücke im Grünen schätzen und  
40 dafür lange Pendelwege zu ihren Arbeitsplätzen in Kauf nehmen. Diese Politik ist

- 41 aber nicht alternativlos. Es gibt viele, oft ungenutzte Möglichkeiten,  
42 attraktiven Wohn- oder Gewerberaum zu schaffen ohne Äcker und Wiesen zu bebauen.
- 43 Das Konzept zur nachhaltigen Siedlungsentwicklung in unseren  
44 Kommunen
- 45 Bisher wurde die Aufgabe, Flächen zu sparen, von den Kommunen selbst, der  
46 Raumordnung und der Regionalplanung mit sehr unterschiedlichem Erfolg umgesetzt.  
47 Es gibt große Unterschiede zwischen den Bundesländern. Unsere  
48 Kommunalpolitiker\*innen brauchen rechtlich verbindliche Instrumente, mit denen  
49 eine nachhaltige Siedlungsentwicklung möglich wird und sich der Schutz der  
50 Flächen realistisch umsetzen lässt. Für das schrittweise Absenken der  
51 Neuinanspruchnahme von Siedlungsflächen muss der Bund den Ländern Vorgaben  
52 machen.
- 53 Eine gute Möglichkeit ist, die bundesweite Zuteilung von handelbaren  
54 Flächenzertifikaten an die Kommunen – ähnlich dem Handel mit  
55 Emissionszertifikaten.
- 56 Wenn wir die Flächeninanspruchnahme auf Null im Jahr 2050 reduzieren wollen,  
57 steht uns in ganz Deutschland noch ein Kontingent von rund 240.000 Hektar zur  
58 Verfügung. Das Instrument des Zertifikatehandels sieht vor, dass der Bund dieses  
59 Kontingent nach einem verbindlichen Schlüssel an die Länder verteilt. Die Länder  
60 stimmen im Rahmen der Regionalplanung mit den Kommunen die quantitative  
61 Umsetzung und Zuteilung der Flächenkontingente auf die lokalen Ebenen ab.  
62 Entscheidend ist dabei die Einwohnerzahl. Regionale Eigenheiten werden  
63 berücksichtigt: der ländliche Raum wird aufgrund der historisch gewachsenen  
64 geringeren Dichte einen Bonus erhalten.
- 65
- 66 Der Bund und die Länder verpflichten sich, die Kommunen bei ihrer  
67 städtebaulichen Entwicklung zu unterstützen, sodass die Netto-Null-Vision  
68 Wirklichkeit wird.
- 69 Gemeinden, die mehr Raum zur Erweiterung ihrer Siedlungs- und Gewerbeflächen  
70 nutzen möchten als sie an Zertifikaten haben, können von anderen Gemeinden  
71 Zertifikate erwerben. Kommunen, die mit ihren Flächen sparsam umgehen, können  
72 durch den Verkauf von Zertifikaten zusätzliche Einnahmen generieren. Für den  
73 Rückbau und die Renaturierung von ungenutzten Flächen werden sogenannte „Weiße  
74 Zertifikate“ ausgegeben, die an anderer Stelle genutzt oder verkauft werden  
75 können. Mit den räumlichen Vorgaben der Landes- und Regionalplanung und den  
76 Vorgaben zur Siedlungsdichte entsteht so ein System mit Anreizen zur  
77 Entsiegelung und Renaturierung von Flächen. Und es wird nur noch dort neu  
78 gebaut, wo es sinnvoll ist.
- 79
- 80 Flächenkontingente für überörtliche Infrastrukturen wie Bahnstrecken oder  
81 Fernstraßen werden den Maßnahmenträgern zugeteilt. Hier werden Bund, Länder und  
82 weitere überörtliche Planungsträger in das Verfahren für die Flächenansprüche an  
83 Verkehr und Infrastrukturen einbezogen.
- 84 Für die Umsetzung wird zunächst ein Stichtag bestimmt und der Ist-Zustand  
85 aufgenommen. D.h. die bis dahin besiedelten und die bereits rechtsgültig zur  
86 Bebauung vorgesehene Flächen des Innenbereichs einer Gemeinde werden erfasst. So  
87 können die zukünftig neu beanspruchten Flächen identifiziert werden.

88 Das Konzept des Zertifikatehandels wurde bereits vom Umweltbundesamts in einem  
89 überregionalen Planspiel mit 87 Gemeinden erprobt. Dieses Forschungsprojekt  
90 bietet eine gute Basis für die bundesweite Einführung des Zertifikatehandels.

91 Umsichtige Innenentwicklung bietet Alternativen zum  
92 Siedlungsflächenverbrauch

93 I.

94 Die sogenannte dreifache Innenentwicklung nimmt die Flächenverteilung für  
95 Gebäude, Mobilität und Grün in den Blick. Das bedeutet, das Bauen im Bestand mit  
96 mehr Natur- und Grünflächen und dem Bedarf an Mobilität zu verbinden und die  
97 Entsiegelung von möglichst vielen Asphalt-, Beton- und Pflasterflächen  
98 vorzunehmen.

99 Dazu sollen Bund, Länder und Gemeinden Entsiegelungsstrategien entwickeln und  
100 einführen. Das geht z.B. mit der Festsetzung von Grünflächen auf privaten  
101 Grundstücken in den kommunalen Bebauungsplänen oder auch Abwassergebühren auf  
102 Basis der digital ermittelten, realversiegelten Fläche, bei denen unversiegelte  
103 Flächen zur Gebührenreduktion führen.

104 II.

105 Viele versiegelte Flächen, verwahrloste Grundstücke und größere Brachen können  
106 renaturiert werden. Dazu sollen Städte und Kommunen die Grundstücke mit  
107 erhaltenswerter Bausubstanz kennzeichnen, um den unnötigen und klimaschädlichen  
108 Abriss von Gebäuden zu verhindern. Zudem sollen sie mit den  
109 Grundeigentümer\*innen abstimmen, welche (Teil-)Grundstücke aufgrund von  
110 verfallener Bausubstanz, Altlasten, Verwahrlosung oder unnötiger Versiegelung  
111 zurückgebaut und dauerhaft renaturiert werden sollen.  
112 Für die kleineren und ländlichen Kommunen können Kooperationen mit  
113 Nachbarkommunen zur Bildung von Flächenpools für neue Siedlungsflächen und für  
114 Rückbau und Renaturierung die Arbeit unterstützen.

115 III.

116 Viele leerstehende Büro- und Gewerbegebäude, ausufernde Stellplatzanlagen und  
117 eingeschossige Einkaufszentren bieten Flächenreserven für neuen Wohnraum. Um  
118 diesen zu heben, müssen die Landesbauordnungen, die bislang den Umbau des  
119 Bestands benachteiligen und Abriss und Neubau begünstigen, geändert werden.  
120 Zeitgemäße Energie- und Brandschutzstandards sind sinnvoll, ansonsten könnten  
121 Umnutzungen weitgehend auf Basis des Baurechts zur Zeit der Errichtung der  
122 Gebäude genehmigt werden.

123 IV.

124 Die Verpflichtung zum Bau von Stellplätzen für Wohnungen soll komplett entfallen  
125 – wie bereits heute in Berlin, Hamburg und Niedersachsen.

126 V.

127 Die Gemeinden erhalten ein generelles Vorkaufsrecht zu realwirtschaftlich  
128 verträglichen Ertragswerten für das gesamte Gemeindegebiet, um Bodenfonds  
129 aufzubauen und die Stadtentwicklung besser steuern zu können. Um Spekulation mit  
130 mindergenutzten Flächen und Gebäuden zu verhindern, müssen die städtebaulichen  
131 Gebote zu Rückbau und Entsiegelung und das Instrument der "städtebaulichen  
132 Entwicklungsmaßnahme" weiterentwickelt werden. Dazu gehören bessere  
133 Möglichkeiten zur Übertragung leerstehender Immobilien auf die Kommunen und die

134 Nutzung „herrenlosen Grundeigentums“ durch öffentlich bestellte  
135 Treuhänder\*innen.

136 VI.

137 Wir bräuchten weniger neue Einfamilienhäuser, wenn die vorhandenen besser  
138 genutzt würden. Viele Häuser, die für Familien gebaut wurden, werden  
139 jahrzehntelang nur noch von einer Person genutzt – oft mangels Alternativen.  
140 Individuelle Wohnraumberatung, Förderung von Um- und Ausbaumaßnahmen und mehr  
141 attraktive, seniorengerechte Wohnprojekte könnten helfen, die familiengerechten  
142 Häuser wieder für Familien mit Kindern nutzbar zu machen.

143 Neue Flächenbedarfe für Klimafolgenanpassung, erneuerbare  
144 Energien und industriellen Strukturwandel

145 Das Ziel des Netto-Null-Flächenverbrauchs gilt grundsätzlich auch für  
146 Infrastruktur-, Gewerbe- und Industrieflächen. Notwendige Transformationen  
147 erzeugen aber neue Flächenbedarfe: Erstens müssen zusätzliche technische Anlagen  
148 zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels gebaut werden, wie Deiche oder  
149 Hangsicherungen, zweitens braucht die Energie- und Mobilitätswende Flächen, z.B.  
150 für Solarenergie, Umspannwerke oder Batteriefabriken, und drittens müssen  
151 strategisch relevante Produkte wieder in Europa hergestellt werden, um die  
152 globalen Abhängigkeiten zu begrenzen. All dies erfordert die Nutzung  
153 zusammenhängender größerer Flächen.

154 Diese Entwicklung soll vorrangig auf den reichlich vorhandenen Industriebrachen  
155 oder für nicht mehr notwendige Infrastrukturen genutzten Flächen  
156 erfolgen, – z.B. Flächen von Erdölraffinerien oder Regionalflughäfen. Wo dies  
157 nicht möglich ist, soll der großmaßstäbliche Flächenverbrauch durch  
158 Klimafolgenanpassung sowie die Transformation der Energieversorgung und der  
159 Industrie ausgeglichen werden, indem länderübergreifend Naturräume als Elemente  
160 eines großräumigen Biotopverbundes etabliert und gesichert werden.

## V-26 Mietrecht sozial gestalten – gegen Verdrängung und soziale Spaltung!

Gremium: BAG Planen Bauen Wohnen  
Beschlussdatum: 26.09.2024  
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

### Antragstext

1 Mit 43 Millionen Wohnungen hat Deutschland eigentlich eine gute Wohnversorgung.  
2 Aber der Wohnraum ist sehr ungleich verteilt. Die Wohnversorgung ist aktuell  
3 Spiegel und Teil der zunehmenden sozialen und der sozial-räumlichen  
4 Ungleichheit. Während ein Teil der Bevölkerung in großzügig bemessenen Wohnungen  
5 lebt, finden andere keine Wohnung und leiden unter zu hohen Mieten. Und während  
6 in den wirtschaftsstarken Städten und Regionen bezahlbare Wohnungen dringend  
7 gesucht werden, stehen in strukturschwachen Regionen Häuser leer.

8 Mehr als die Hälfte der Bevölkerung wohnt zur Miete. Wir wissen, dass viele  
9 Vermieter\*innen ein gutes Verhältnis zu ihren Mieter\*innen pflegen und die  
10 Mieten teilweise über Jahrzehnte nicht anpassen, besonders die Angebotsmieten  
11 waren betroffen. Doch insbesondere in den Städten wurden die Mieten in den  
12 letzten 15 Jahren massiv erhöht. Über 3 Millionen Haushalte – vor allem  
13 Rentner\*innen, Alleinerziehende und Studierende – müssen mehr als 40% oder 50%  
14 ihres Nettoeinkommens für die Miete ausgeben.

15 Dabei unterscheiden sich die Wohnbedürfnisse und ändern sich oft im  
16 Lebensverlauf. Manche entscheiden sich für das Einfamilienhaus mit Garten,  
17 andere sind auf bezahlbaren Wohnraum in der Nähe ihrer Arbeitsstellen  
18 angewiesen. Dabei wird es in manchen Regionen Deutschlands immer schwieriger,  
19 eine passende Wohnung oder Haus zu finden. Familien leiden darunter, keine  
20 größere Wohnung zu finden, die sie bezahlen können. Andere möchten in eine  
21 kleinere, barrierearme Wohnung umziehen, aber auch sie leiden unter hohen Mieten  
22 und fehlendem Angebot.

23 Das Recht auf angemessenes und bezahlbares Wohnen ist als Teil der  
24 Daseinsvorsorge zu verstehen. Wir wollen nicht, dass immer mehr Haushalte einen  
25 immer größeren Anteil ihres Einkommens für die Wohnkosten ausgeben müssen! Wir  
26 wollen nicht, dass Menschen Angst davor haben, ihre Wohnung zu verlieren und ihr  
27 angestammtes Wohnviertel verlassen zu müssen. Mietsteigerungen dürfen die  
28 allgemeine Einkommensentwicklung nicht weiter übersteigen. Wenn das Mietrecht  
29 umgangen wird, muss dies konsequent geahndet werden und die Mieter\*innen müssen  
30 in der Durchsetzung ihrer Rechte besser informiert und unterstützt werden.

31 Die politische Blockade von wirksamen Mietrechtsreformen belastet nicht nur  
32 immer mehr Mieter\*innenhaushalte, sondern auch Käufer\*innen von Wohneigentum.  
33 Sie trifft auch die öffentlichen Haushalte und damit die Steuerzahler\*innen.  
34 Bund und Kommunen haben alleine 2023 für die Kosten der Unterkunft (KdU) und für  
35 Wohngeld rund 20 Milliarden Euro ausgegeben und es muss mit weiter steigenden  
36 jährlichen Kosten gerechnet werden. Dem gegenüber stehen 3 Milliarden Euro pro  
37 Jahr Förderung des Bundes für den Sozialen Wohnungsbau, die Länder geben nochmal  
38 mindestens die Hälfte dazu. Die drastischen Mietsteigerungen zwingen bald wieder  
39 zu Rentenerhöhungen, Lohnsteigerungen und größeren BAföG-Subventionen.

40 Verantwortliche Mietrechtsreformen liegen darum auch im Interesse einer soliden  
41 öffentlichen Haushaltspolitik.

42 Bezahlbarer Neubau ist in wachsenden Städten wichtig, sollte  
43 gemeinwohlorientiert erfolgen und möglichst umweltfreundlichen als An- und Aufbau  
44 mit der notwendigen energetischen Bestandserneuerungen verbunden werden. Teile  
45 der Bundesregierung setzen aber einseitig auf intensivierten Neubau verbunden  
46 mit einer Senkung der notwendigen Klimaschutzinvestitionen. So soll die  
47 Schieflage der Wohnungsversorgung zurechtgerückt werden. Gleichzeitig wird  
48 versprochen, dass mit zusätzlichem Wohnungsbau die Bestandsmieten wieder sinken  
49 oder zumindest stabilisiert würden. Neubau kann aber bezahlbare  
50 Wohnungsbestände nicht ersetzen und darf nicht als Vorwand dienen, den nach wie  
51 vor drastischen Mietsteigerungen im Wohnungsbestand freien Lauf zu lassen. Denn  
52 kein Neubau wird die 23 Millionen Mieterhaushalte vor der nächsten Mieterhöhung  
53 bewahren. Dazu sind beherzte Reformen im Mietrecht unabdingbar.

54 Mieten dürfen nicht schneller steigen als die allgemeinen  
55 Einkommen

56 Das wichtigste Potenzial für bezahlbares Wohnen ist der Wohnungsbestand. Und das  
57 wichtigste Instrument für den Erhalt bezahlbarer Wohnungen ist das Mietrecht.  
58 Die Struktur des geltenden Mietrechts ist gut, notwendig sind jedoch soziale  
59 Obergrenzen für Mietsteigerungen:

- 60 • Das Recht auf angemessenes und bezahlbares Wohnen ist ein Grundrecht! Wir  
61 fordern, dass das Recht auf bezahlbares Wohnen im Grundgesetz verankert  
62 wird.
- 63 • Ermöglichung eines Mietenstopps in angespannten Wohnungsmärkten: Damit  
64 schnell ein wirksames Instrument zur Verfügung steht, halten wir für  
65 Gebiete mit angespanntem Wohnungsmarkt die Ermöglichung eines Mietenstopps  
66 verankert in der Bundesgesetzgebung für unabdingbar. Wir wollen für  
67 Gebiete mit einem angespannten Wohnungsmarkt, dass die Länder einen  
68 Mietenstopp für 5 Jahre erlassen können und so bei Neuvermietungen in  
69 bestehenden Gebäuden nicht über die ortsübliche Vergleichsmiete  
70 hinausgegangen werden kann.
- 71 • Die Mietpreisbremse muss endlich angezogen und unnötige Ausnahmen  
72 abgeschafft werden: Wir fordern, dass die Mietpreisbremse nicht auslaufen  
73 darf und als dauerhaftes Instrument im Mietrecht integriert wird.  
74 Ausnahmen wie bei teurer Vorvermietung oder umfassender Sanierung sollen  
75 aufgehoben werden. Verstöße gegen die Mietpreisbremse sind als  
76 Ordnungswidrigkeit zu ahnden. Es sind derzeit die Länder, die darüber  
77 entscheiden, in welchen Gebieten die Mietpreisbremse gilt, so dass sehr  
78 viele Kommunen trotz angespanntem Wohnungsmarkt dieser nicht unterliegen.  
79 Wir wollen analog zur Kappungsgrenze, dass die Mietpreisbremse zukünftig  
80 auf Bundesebene für alle Wohnungsmärkte zeitlich unbegrenzt gilt und diese  
81 bei Neuvermietungen erlaubt nur bis zu 10% über die ortsübliche  
82 Vergleichsmiete hinauszugehen.
- 83 • Mietsteigerungen sozialverträglich gestalten durch Senkung der  
84 Kappungsgrenze: Um den Mietanstieg auch bei bestehenden Mietverträgen



85 stärker einzuschränken, wollen wir Mieterhöhungen auf maximal 2,5% pro  
86 Jahr bzw. 7,5% in drei Jahren begrenzen. Diese Begrenzung soll für alle  
87 Wohnungsmärkte gelten.

- 88 • Obergrenzen für Indexmieten einführen: Indexmietverträge, welche an die  
89 Inflationsrate gebunden sind, sollen ebenfalls durch einen maximalen  
90 Mietanstieg von 2,5% pro Jahr gebremst werden.

- 91 • Angespannte Wohnungsmärkte auch als solche deklarieren: Die Verfahren zur  
92 Feststellung eines angespannten Wohnungsmarktes wollen wir so gestalten,  
93 dass in Kommunen angespannte Wohnungsmärkte bei Erfüllung der Kriterien  
94 tatsächlich als solche deklariert werden. Viele kleinere Kommunen in  
95 Ballungsräumen fallen aktuell nicht unter diese Regelung, obwohl sie unter  
96 einem angespannten Wohnungsmarkt leiden. Die Möglichkeit der Länder  
97 angespannte Wohnungsmärkte zu deklarieren soll über 2026 hinaus dauerhaft  
98 gegeben sein, denn die angespannten Wohnungsmärkte werden nicht in zwei  
99 Jahren verschwinden.

- 100 • Mietwucher unterbinden: Flankierend zur Verstetigung der Mietpreisbremse  
101 wollen wir den §5 Wirtschaftsstrafgesetzbuch stärken, um überhöhte Mieten  
102 besser ahnden zu können. Zudem soll Mietwucher nach § 291 StGB nicht erst  
103 ab Preisen von 50% über ortsüblicher Vergleichsmiete, sondern bereits ab  
104 30% vorliegen.

- 105 • Die Vermietung von möblierten Wohnungen regulieren: In den Metropolen  
106 machen möblierte Wohnungen bereits rund ein Drittel des Angebots auf dem  
107 Wohnungsmarkt aus. Wir wollen, dass möblierte Wohnungen wieder dem  
108 regulären Mietenmarkt zugeführt werden. Deshalb soll die Vermietung  
109 möblierter Wohnungen endlich reguliert werden, indem bei möblierter  
110 Vermietung nur ein zeitlich befristeter, getrennt von der Miete  
111 ausgewiesener Zuschlag für die Möblierung erhoben werden kann. Für die  
112 Miete selbst müssen Mietpreisbremse und allgemeines Mietrecht gelten. Die  
113 Pflicht zur Offenlegung des Möblierungszuschlages im Mietvertrag sollen  
114 eingeführt werden. Geschäftsmodelle, die allein das Ziel der Vermietung  
115 überteuerter Wohnungen haben, müssen eingeschränkt werden. Häufig wird bei  
116 der Vermietung möblierter Wohnungen außerdem der vorübergehende Gebrauch  
117 behauptet, um so die Mietpreisbremse zu umgehen. Für den vorübergehenden  
118 Gebrauch müssen objektive Kriterien definiert werden, die im Fall einer  
119 Vermietung zum vorübergehenden Gebrauch im Mietvertrag ausdrücklich  
120 genannt werden müssen. Wir wollen zudem prüfen, ob zeitlich begrenzte  
121 möblierte Wohnungen den regulären Kriterien einer Wohnnutzung entsprechen.  
122 Denn für andere Nutzungsformen wie kommerzielle oder hotelähnliche  
123 Nutzungen bedarf es der Genehmigung.

- 124 • Grundsteuer aus dem Betriebskostenkatalog entfernen: Durch Änderung der  
125 Betriebskostenverordnung wollen wir sicherstellen, dass die Grundsteuer  
126 nicht länger auf die Mieter\*innen umgelegt werden kann und bei  
127 Nebenkostenabrechnungen wollen wir für mehr Transparenz sorgen.

- 128 • Die Modernisierungumlage muss bezahlbar sein: Wir streben an die  
129 Modernisierungumlage weiter zu senken, statt heute acht Prozent der  
130 Kosten sollen höchstens vier Prozent im Jahr auf die Miete umgelegt werden

dürfen, jedoch nicht mehr als 1,50 Euro pro Quadratmeter und Monat. Die Berechnung der Umlage soll dabei die Höhe der beantragbaren öffentlichen Fördermittel berücksichtigen, um einen Anreiz für die Vermieter\*innen zu schaffen sie auch in Anspruch zu nehmen. Energetische Modernisierungen sollen gerecht auf den Schultern von Vermieter\*innen, Mieter\*innen und dem Staat in Form eines Drittelmodells verteilt werden und warmmietenneutral möglich sein. Durch ein Klimageld wollen wir einkommensschwache Mieter\*innen schützen und warmmietenneutrale Modernisierung ermöglichen. Im Rahmen des GEG wurde eine neue Modernisierungsumlage für Heizungen eingeführt. Der Vermieter kann seine Kosten mit 10% umlegen, sofern er eine staatliche Förderung in Anspruch nimmt. Damit gehen wir einen ersten Schritt, um einen Anreiz für die Nutzung von Fördermitteln zu geben und die absoluten Kosten für die Mieter\*innen zu senken. Die Umlage der Kosten einer neuen Heizung auf die Miete ist auf 50 Cent pro Quadratmeter und Monat begrenzt, unabhängig davon, ob der Vermieter eine staatliche Förderung in Anspruch nimmt oder nicht. Diese Regelungen des GEG unterstützen wir, damit die Wärmewende uns gemeinsam gelingt.

Wir wollen, dass geltendes Mietrecht auch umgesetzt wird!

Zur Durchsetzung der Mietbegrenzung sind verbindliche Mietspiegel notwendig. Der Mietspiegel setzt sich derzeit aus den neuen Mietverträgen der letzten 6 Jahre zusammen. Dies führt dazu, dass bei starken Mietsteigerungen auch günstige Mieten bald stark angehoben werden können. In einigen Kommunen gibt es überhaupt keinen qualifizierten Mietspiegel. Aber nur damit können Mieter\*innen die Höhe der ortsüblichen Miete und damit ihre Rechte überhaupt verlässlich bestimmen. Der aktuelle Koalitionsvertrag sieht vor qualifizierte Mietspiegel für Kommunen ab 100.000 Einwohnern verpflichtend zu machen und zudem sind seit Mitte 2022 einfache Mietspiegel verpflichtend für Kommunen ab 50.000 Einwohnern. Neben der Stärkung des Systems der Mietspiegel wollen wir behördliche Durchsetzungs- und Sanktionsbefugnisse stärken. Wir wollen das Mietrecht weiterentwickeln, aber auch für die Durchsetzbarkeit bestehenden Gesetzes sorgen.

- Mietbegrenzung kann nur mit wirksamen Mietspiegeln funktionieren: Auch in Kommunen unter 50.000 Einwohnern sollen einfache Mietspiegel bestehen, wenn diese in angespannten Wohnungsmärkten sind. Wir wollen die Mietverträge der letzten 20 Jahre für die Berechnung des Mietspiegels berücksichtigen. Dort, wo es qualifizierte oder einfache Mietspiegel gibt, sollen diese verpflichtend als Mieterhöhungsinstrument genutzt werden, damit künftig nicht mehr auf Basis von teureren Vergleichswohnungen Mieterhöhungen begründet werden können. Wir wollen Kommunen bei der Erstellung von Mietspiegeln finanziell entlasten und ihnen ermöglichen sich über einen Zweckverband mit anderen Gemeinden zu organisieren, um gemeinsam eine Mietspiegelerhebung beauftragen zu können. Zur Fortschreibung von Mietspiegeln soll der Mietenindex oder ein Verbraucherpreisindex über die letzten 20 Jahre verwendet werden oder weiterhin das Stichprobenverfahren möglich sein.

- Kommunale Wohnungsämter zur Mieter\*innen-Beratung und Mietpreisprüfung stärken: Damit Mieter\*innen bei der Durchsetzung der Mietbegrenzung besser unterstützt werden, wollen wir eine wirksame Überprüfung durch

Mietpreisstellen ermöglichen und die Auskunftsverpflichtungen der Vermieter\*innen-Seite weiter nachschärfen. Damit mehr Klarheit über die Eigentumsverhältnisse auf dem Wohnungsmarkt geschaffen werden kann und damit der Mieter\*innen- und Wohnraumschutz behördlich besser umgesetzt werden kann, wollen wir die Einführung von Miet- und Wohnungskatastern unterstützen. Um den Schutz von Mieter\*innen zu stärken, bedarf es zudem kostenfreier Mieter\*innenberatungen, um Wissen über die eigenen Rechte zu vermitteln und Informationen zur rechtlichen Durchsetzung bereitzustellen. Einkommensschwache Haushalte sollten zudem Zuschüsse zu den Beiträgen zu Mietervereinen erhalten.

Kündigungsschutz stärken, Wohnungspolitik verantwortungsvoll gestalten

Durch Umwandlung von Mietwohnungen zu Eigentumswohnungen können Mieter\*innen ihr Zuhause verlieren. Berichte über vorgeschobenen Eigenbedarf nehmen zu, denn bei neuen Verträgen können höhere Mieten angesetzt werden. Zugleich führen Kündigungen zunehmend zu Wohnungs- oder gar Obdachlosigkeit – selbst bei Familien mit Kindern. Mit einer neuen Wohnungsgemeinnützigkeit wollen wir gemeinwohlorientiertes Wohnen und kommunalen, genossenschaftlichen und frei gemeinnützigen Wohnungsbau umfassend fördern.

- Wir wollen den Kündigungsschutz stärken und die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen in Gebieten mit angespanntem Wohnungsmarkt stoppen: Eigenbedarfskündigungen sollen wesentlich erschwert werden, die Kündigungsfrist sollte verlängert und die Kriterien für den Eigenbedarf gesetzlich geregelt werden. Der Personenkreis, für den Eigenbedarf als Kündigungsgrund geltend gemacht werden kann, sollte eingeschränkt und die Geltendmachung des Eigenbedarfs an den Nachweis der tatsächlichen Nutzung durch die entsprechenden Personen gebunden werden. Nur die Vermieter\*innen und Verwandte ersten Grades sollen als berechtigter Personenkreis gelten. In angespannten Wohnungsmärkten sollen Eigenbedarfskündigungen so möglichst ausgeschlossen werden. Die nur bis 31.12.2025 gültige Genehmigungspflicht bei Umwandlungen von Mietwohnungen zu Eigentum muss unbedingt noch in dieser Legislaturperiode entfristet werden und dauerhaft gelten.
- Die Schonfrist als ein zentrales Schutzinstrument für Mieter\*innen: Gerät ein\*e Mieter\*in Zahlungsverzug und erhält deswegen die Kündigung, soll er oder sie die Möglichkeit haben, die Kündigung durch Nachzahlung abzuwenden. Durch die Zahlung der ausstehenden Miete innerhalb der Schonfrist sollen alle Kündigungen abgewendet werden. Die Schonfrist muss ein zentrales Schutzinstrument für Mieter\*innen werden. Auch wer berechtigt vom Mietminderungsrecht bei Mängeln in der Wohnung Gebrauch macht, soll keine Angst haben müssen seine Wohnung zu verlieren.
- Den Milieuschutz und das Zweckentfremdungsverbot stärken: Der Milieuschutz muss als Schutz vor Verdrängung wieder durch ein wirksames Vorkaufsrecht und wirksame Abwendungsvereinbarungen gestärkt werden. Wir möchten Erleichterungen für den Erlass einer Milieuschuttsatzung realisieren. Die Länder müssen das Instrument gegen die Wohnraumzweckentfremdung nutzbar

224 machen, um gegen die Umnutzung von Wohnungen für Ferienwohnungen und  
 225 Kurzzeitvermietung, gewerbliche (Wohn-) Nutzung, Leerstand und  
 226 Wohnraumabrisse vorgehen zu können.

- 227 • Maßnahmen gegen Wohnungs- und Obdachlosigkeit: Wir wollen, dass für alle  
 228 Menschen ein Zugang zum Wohnungsmarkt besteht. Mit ortsbezogenen  
 229 Maßnahmenkatalogen, geschützten Wohnungsmarktsegmenten und Housing First-  
 230 Projekten wollen wir gegen Wohnungs- und Obdachlosigkeit vorgehen. Alle  
 231 Instrumente, die geeignet sind das Risiko für Wohnungs- und  
 232 Obdachlosigkeit durch wirksame Prävention zu verringern und angemessene  
 233 Wohnungsangebote für Wohnungs- und Obdachlose zu schaffen, müssen  
 234 eingesetzt werden.

- 235 • Prüfung von Möglichkeiten des Wohnungstausches im Mietrecht: Gerade in  
 236 Städten mit angespanntem Wohnungsmarkt wäre ein gesetzlich verankertes  
 237 Recht auf Wohnungstausch zu den jeweiligen Bestandsmieten wichtig, um  
 238 Haushalten, die sich verkleinern oder vergrößern wollen, gerecht zu werden  
 239 und den Zugang zu angemessenem Wohnraum zu ermöglichen.

- 240 • Die neue Wohngemeinnützigkeit stärken: Zu einer neuen  
 241 Wohngemeinnützigkeit, die eine echte Dynamik für bezahlbares Wohnen im  
 242 Neubau wie im Bestand auslöst, gehören neben Steuererleichterungen auch  
 243 substanzielle Investitionszulagen durch Bund und Länder. Wir möchten die  
 244 Förderung nicht nur für wenige gemeinnützige Träger, sondern auch für  
 245 Genossenschaften und öffentliche Wohnungsunternehmen ermöglichen.

- 246 • Auch Gewerbemieter\*innen brauchen Schutz und klare Regeln: Auch für  
 247 Gewerbemieter\*innen sind Mietschutzregelungen notwendig, auch um  
 248 lebendige gemischte Quartiere zu erhalten. Das ist für die wirtschaftliche  
 249 Stabilität und die Zukunftsplanung von kleinen und mittleren Unternehmen  
 250 (KMU) oft sehr wichtig. Zudem sollen Unternehmen dringend notwendige  
 251 Investitionen in den Klimaschutz ermöglicht werden. Zumindest in  
 252 Milieuschutzgebieten sollte ein echter Kündigungsschutz nach französischem  
 253 Vorbild eingeführt werden, weil die soziale und kleine gewerbliche  
 254 Infrastruktur für die Bewohnerschaft ebenso elementar ist wie bezahlbarer  
 255 Wohnraum. Auch Gewerbemietenspiegel und eine Mietpreisbremse für kleines  
 256 Gewerbe wären dringend geboten.

## Begründung

Eine wesentliche Ursache für die dramatischen Mietsteigerungen liegt in der seit den neunziger Jahren politisch vorangetriebenen Liberalisierung der städtischen Wohnungsmärkte. Die Wohngemeinnützigkeit wurde 1990 abgeschafft und viele vormals gemeinnützige Wohnungen wurden an finanzmarktorientierte Investoren verkauft. Die Förderung des sozialen Wohnungsbaus wurde weitgehend eingestellt. Sie wurde in den letzten Jahren zwar wieder neu belebt, das kann aber die Fehler der Vergangenheit nicht wettmachen. Von vormals 7,5 Millionen Sozialwohnungen sind heute nur noch rund eine Million übrig.

Die Menschen in den größeren Städten werden immer mehr dem Druck finanzmarktorientierter Investoren ausgesetzt, die die Grundstückspreise systematisch hochgetrieben haben. Das erschwert auch den Bau von neuen bezahlbaren Wohnungen. Mit den Zinserhöhungen von 2022 ist die Nachfrage

nach Eigentumserwerb erst einmal gesunken. Umso mehr halten sich renditeorientierte Wohnungsunternehmen und Investoren an den Wohnungssuchenden schadlos.

Auf den Mietwohnungsmärkten der großen Städte herrschen derzeit dramatische Zustände. Das Mietrecht ist zu einem Recht auf permanente Mietsteigerungen geworden, insbesondere beim Abschluss neuer Mietverträge. Die Mietpreisbremse und die Regelungen gegen Mietwucher sind praktisch unwirksam und großzügige Schlupflöcher erlauben maßlos überzogene Mietforderungen von bis zu 30 €/qm. Immer mehr Wohnungen werden nur noch kurzfristig als möblierte Wohnungen oder teilgewerblich vermietet. Teilweise werden Wohnungen sogar zimmerweise oder schlafplatzweise vermietet.

Doch der zuständige Justizminister sieht keinen Handlungsbedarf und die Immobilienlobby ruft bei jeder Forderung nach sanktionsbewehrten Regelungen „Überregulierung!“. So ist die Wohnungsfrage zum großen gesellschaftspolitischen Konflikt geworden, und immer mehr Menschen verlieren das Vertrauen in die Politik und in die Demokratie. Vielen Politiker\*innen ist das Leitbild einer gemeinwohlverantwortlichen Wohnungswirtschaft abhandengekommen, obwohl Artikel 14 Grundgesetz ausdrücklich fordert, dass Eigentum zugleich dem Allgemeinwohl dienen soll und der Gesetzgeber dafür Inhalt und Schranken bestimmen soll.

Das wichtigste Potenzial für bezahlbares Wohnen ist der Wohnungsbestand und das wichtigste Instrument die Bestände bezahlbar zu halten ist das Mietrecht. Beim Mietrecht hat der Bund bislang aber nur sehr zögerliche, meist wirkungslose Trippelschritte gemacht. Leider werden auch die bescheidenen, aber richtigen Mietrechtsänderungen, die die jetzige Bundesregierung in ihrem Koalitionsvertrag vereinbart hat, immer noch blockiert. Für Gebiete mit angespanntem Wohnungsmarkt wurde die Absenkung der Kappungsgrenzen von jetzt 15% auf 11% in drei Jahren versprochen. Die Mietspiegel sollen aus den Mietverträgen der letzten sieben Jahre gebildet werden und der qualifizierte Mietspiegel soll rechtssicher gemacht und verpflichtend für Städte mit über 100.000 Einwohner\*innen werden. Versprochen wurden auch Verbesserungen beim Kündigungsschutz. Die Wohnungs- und Obdachlosigkeit soll mit einem Nationalen Aktionsplan bis 2030 überwunden sein. Diese Regelungen gehen in die richtige Richtung, sind aber nicht ausreichend. Zumal die einzige Maßnahme, die vielleicht noch in dieser Legislatur umgesetzt wird, die Verlängerung der Mietpreisbremse bis 2029 ist.

## V-27 Magnetschwebbahn

Antragsteller\*in: Marco Safar (KV Hamm)

Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

### Antragstext

- 1 Auf dem Weg zu klimaneutralem Verkehr braucht Deutschland und Europa einen
- 2 effizienten und gut funktionierenden öffentlichen Personenverkehr.
- 3 Dabei muss der öffentliche Nahverkehr und dessen Infrastruktur weiter ausgebaut
- 4 werden, es braucht europaweit deutlich mehr Nachtzugverbindungen und innovative
- 5 Transportformen müssen verstärkt zum Einsatz kommen.
- 6 Hierbei muss es mehr Gelder für die Forschung an der Magnetschwebetechnik geben
- 7 und Projekte, bei denen diese auch zum Einsatz kommt.
- 8 Ein Vorteil dieser Technologie ist die Energieeffizienz, die geringe
- 9 Durchschneidung von Naturräumen sowie die Flexibilität der Trassenführung in
- 10 Ballungsräumen und die geringeren Lärmemissionen.
- 11 Der Transrapid als Magnetschwebbahn benötigt deutlich weniger Energie als
- 12 herkömmliche Verkehrsmittel wie Flugzeuge und Autos. Er fährt ohne direkten
- 13 Bodenkontakt, was den Energieverbrauch durch Reibung minimiert. Da die
- 14 Magnetschwebbahn vollelektrisch betrieben wird, ist sie potenziell vollständig
- 15 CO<sub>2</sub>-neutral, insbesondere bei der Nutzung von Strom aus erneuerbaren Energien.
- 16 Dies wäre ein wichtiger Schritt zur Erreichung der Klimaziele Deutschlands.
- 17 Die Schnellzugverbindungen mittels Magnetschwebbahnen sollen dort eingesetzt
- 18 werden, wo die derzeitige Rad-Schienen-Infrastruktur überlastet oder ausgereizt
- 19 ist. Hierdurch sollen Kapazitäten verlagert werden, sodass die Intercity-Züge
- 20 und S-Bahnen wieder pünktlich fahren und eine dichtere Taktung in Nahverkehr
- 21 ermöglicht werden kann. Ideen die Magnetschwebbahnen zusammen mit der Rad-Schienen
- 22 Technik auf einen Fahrtweg nutzen zu können, existieren bereits.
- 23 Es gibt auch Anwendungsbeispiele in Nah- und Güterverkehr, in denen die
- 24 Magnetschwebetechnik Sinn ergibt. Im Nahverkehr sind sie einsetzbar an Stellen,
- 25 die einen S-Bahn oder Straßenbahnbau aus platztechnischen oder Kostengründen
- 26 nicht erlauben. Im Güterverkehr können sie für den autonomen Transport von
- 27 einzelnen Containern in regionalen Verteilnetzwerken eingesetzt werden.
- 28 Mit einer Höchstgeschwindigkeit von bis zu 500 km/h, und mehr, könnte der
- 29 Transrapid eine direkte Konkurrenz zu Inlandsflügen darstellen und diese
- 30 teilweise ersetzen. Dies würde nicht nur den CO<sub>2</sub>-Ausstoß senken, sondern auch
- 31 die Reisezeiten zwischen Metropolen drastisch verkürzen. So könnte
- 32 beispielsweise die Strecke Hamburg-München in knapp zweieinhalb Stunden
- 33 zurückgelegt werden, was sowohl den Geschäfts- als auch den Individualverkehr
- 34 erheblich erleichtern würde.
- 35 Deutschland war bereits führend in der Entwicklung des Transrapids und könnte
- 36 diese technologische Innovation wieder aufgreifen, um seine Stellung als
- 37 Innovationsland im Bereich Verkehrstechnologien zu festigen. Dies würde nicht
- 38 nur neue Arbeitsplätze schaffen, sondern auch die Wettbewerbsfähigkeit der

39 deutschen Industrie stärken. Der Export dieser Technologie könnte zudem  
40 langfristig wirtschaftliche Vorteile für Deutschland bringen. China und Japan  
41 entwickeln diese Technologie bereits seit Jahrzehnten weiter.

42 Deutschland ist ein Land der Entwickler und klugen Köpfe. Unser Wohlstand wird  
43 durch Innovation gesichert. Dabei müssen die Konzepte auch umgesetzt werden  
44 damit sie zum Exportschlager werden. Die Einführung des Magnetbahn-Systems in  
45 Deutschland ist ein bedeutender Schritt in Richtung nachhaltiger und moderner  
46 Mobilität. Durch die Förderung dieser Technologie könnte Deutschland seine  
47 Vorreiterrolle im Bereich der Verkehrstechnologien stärken, die Klimaziele  
48 schneller erreichen und eine dringend benötigte Alternative zum Flug- und  
49 Straßenverkehr bieten.

## **weitere Antragsteller\*innen**

Michèle Doré (KV Hamm); Thilo Pohl (KV Hamm); Peter Kruse (KV Hamm); Marwin Steidle (KV Karlsruhe-Land); Alexander Langer (KV Hamm); Christiane Stalleicken (KV Hamm); Julia Später (KV Hamm); Marco Scheuermann (KV Hamm); Helga Becker (KV Hamm); Antonia Selo (KV Hamm); Maike Schmiedecken (KV Hamm); Matthis Arndt (KV Hamm); Lennard Schlöffel (KV Soest); Jörg Leifeld (KV Hamm); Hanna Müller (KV Hamm); Christel Weiß (KV Hamm); Hendrik Osthues (KV Coesfeld); Roland Steidle (KV Karlsruhe-Land); Fabian van der Steege (KV Waldeck-Frankenberg); sowie 30 weitere Antragsteller\*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.

## V-30 Ankündigung Besuche prominenter Mitglieder

Gremium: KV Göppingen  
Beschlussdatum: 17.09.2024  
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

### Antragstext

- 1 Geplante öffentliche Besuche und Auftritte prominenter Parteimitglieder bei
- 2 lokalen Einrichtungen und Veranstaltungen sollen den betroffenen Orts- und
- 3 Kreisverbänden möglichst frühzeitig verbindlich mitgeteilt werden. Eine
- 4 Teilnahmemöglichkeit einzelner OV und KV-Delegierter ist anzustreben.
- 5 Unzumutbarkeiten - insbesondere hinsichtlich Sicherheit und Organisation - und
- 6 andere wichtige Gründe begründen eine Ausnahme.
- 7 Dem Personenkreis zuzurechnen sind - nicht abschließend - insbesondere aktuelle
- 8 wie auch ehemalige Mitglieder von Bundes- und Landesregierungen,
- 9 Staatssekretär:innen, Vorsitzende in Bund, Land und Fraktion sowie weitere
- 10 Sprecher:innen und Mitglieder bei denen von einem berechtigten öffentlichen
- 11 Interesse vor Ort ausgegangen werden kann.

### Begründung

Strukturschwache und ländliche Räume sind tendenziell grundsätzlich schwierigere politische Gefilde für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gleichzeitig sind in diesen Regionen deutlich weniger Besuche von politischer Prominenz zu erwarten und solche daher dementsprechend wertvoll.

Da erscheint es geradezu absurd, dass derartige Besuche regelmäßig nicht mit den Parteiverantwortlichen vor Ort abgestimmt werden, bzw. überhaupt eine Benachrichtigung vorab angestoßen wird.

Allein in Geislingen an der Steige (30.000 Einwohnende, OV Helfensteiner Land, KV Göppingen) kam es in diesem Jahr dazu, dass es innerhalb weniger Wochen zu einem Besuch von Landwirtschaftsminister Cem Özdemir und gleich zwei Besuchen vom baden-württembergischen Gesundheitsminister Manfred Lucha kam, die sowohl von KV als auch OV lediglich der Presse entnommen werden konnten. In zwei Fällen gar erst hinterher. Die potente PR- und Social-Media-seitige Nutzung des Events durch die betroffenen Orts- und Kreisverbände verpufft damit völlig ohne Not und wirkt intern wie extern unprofessionell. Weitere negative Folgeeffekte, wie etwa die ausgebliebene Möglichkeit zur Behandlung von Anfragen aus Presse, Locations und Bevölkerung, noch gänzlich unerwähnt.

Eine anschließende Manöverkritik zu missglückten Abstimmungen ist zwar prinzipiell wichtig und sinnvoll, wird auch vorgenommen, offenbar systemische Mängel im Protokoll werden damit aber nicht behoben.

Die Ankündigung und Abstimmung solcher Besuche mit den politisch Verantwortlichen vor Ort soll daher verbindlich werden.



## V-33 Basisgeld – Bürgergeld für Alle

Antragsteller\*in: Thomas Wolff (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf)  
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

### Antragstext

Das Bürgergeld soll zu einem Basisgeld für alle Bürger erweitert werden. Es ersetzt im Bereich „Bedürftiger“ die bedarfsbedingte Grundsicherung sowie im Bereich der Normalverdienenden den steuerlichen Grundfreibetrag. Dazwischen stellt es einen fließenden Übergang her und füllt damit die Einkommen von Geringverdienenden auf. Dieser Wandel im Sozialsystem ist aus vielfältigen Gründen notwendig:

- um die Brüche im Übergang vielfältiger sozialer Leistungen abzuschaffen, die häufig dazu führen, dass mehr Bruttoeinkommen zu kaum mehr oder sogar weniger Nettoeinkommen führt,
- um Arbeitsanreize zu schaffen, denn im derzeitigen System lohnt sich Arbeit oft nicht,
- um Arbeitsmotivation nicht mehr durch familiäre Leistungsanrechnung zu zerstören,
- um im unteren Bereich eine würdige Absicherung gesellschaftlicher Teilhabe zu schaffen, die nicht demütigend ist,
- um die verdeckte Armut abzuschaffen, die entsteht wenn Leistungen wegen der Kompliziertheit des Sozialsystems nicht beantragt werden,
- und um für die Mittelschicht die Drohkulisse des schnellen sozialen Absturzes bei unverschuldetem Arbeitsverlust zu mildern.

Damit wird Teilhabe und Gerechtigkeit geschaffen.

Die weit über 100 verschiedenartigen Sozialleistungen müssen darauf untersucht werden, ob sie im neuen gesellschaftlichen Ausgleich aufgehen, ob sie angepasst werden oder bestehen bleiben. Ebenso müssen Steuern und Abgaben aufeinander abgestimmt werden, denn für die Menschen zählt, was unter dem Strich zur Verfügung steht.

So entsteht anstelle des Flickwerks eines im 19. Jahrhundert verankerten Sozialsystems ein modernes, überschaubares, gerechtes und solidarisches System des Ausgleichs und der Teilhabe. Die Leistungen können dabei aus mehreren Komponenten bestehen:

- einem garantierten existenzsichernden Grundbetrag für Alle,
- einer variablen Teilhabedividende, die von der volkswirtschaftlichen Leistung abhängt,
- bedarfsabhängige Unterstützung für Wohnen oder besondere Lebenslagen.

34 Insoweit die Gesamtleistung den bisherigen steuerlichen Grundfreibetrag  
35 übersteigt, kann sie auch einer Steuer unterzogen werden. In Kombination mit der  
36 Teilhabedividende entsteht so ein solidarisches System aus Geben und Nehmen, das  
37 gesellschaftliche Zugehörigkeit unterstreicht und auch Menschen ohne Arbeit  
38 ermöglicht, für Ausgaben zu ihrer Weiterbildung eigenverantwortlich steuerliche  
39 Förderung in Anspruch zu nehmen.

40 Durch die Ablösung bisheriger Basisleistungen wie Bürgergeld, Steuerfreibetrag,  
41 BAFöG u.a. finanziert sich das Basisgeld für Alle zu einem großen Teil selbst.  
42 Durch die Schließung von Gerechtigkeitslücken für Menschen, die bislang durch  
43 die Maschen des komplexen Systems des Sozialstaats fallen, wird eine  
44 Zusatzfinanzierung erforderlich.  
45 Diese sollte weitgehend auf Abgaben basieren, die über Steuern oder einen Fonds  
46 aus Vermögensgewinnen gespeist werden, die aus ursprünglichen Gemeingütern  
47 generiert wurden (Land/Baugrund, Rohstoffe, Forschungsergebnisse, Daten).  
48 Damit wird auch der bereits seit über 200 Jahren von Staatsphilosophen erhobenen  
49 Forderung einer Bodendividende als Ausgleich der Privatisierung natürlicher  
50 Allgemeinressourcen gerecht.

## Begründung

Die Begründung ergibt sich weitgehend aus dem Antragstext. Mit der Umgestaltung des Sozialstaats zu einem einheitlichen Ausgleichs-System, das zum Beispiel in Form einer negativen Einkommensteuer organisiert werden kann, wird nicht nur der grünen Vorstellung von Sozialleistungen entsprochen, die nicht stigmatisierend wirken sollen, sondern auch durchgängig finanzielle Fairness zwischen Staat und Menschen erreicht.

Der Antrag verfolgt einen konkreten Schritt in die Richtung des grünen Grundsatzprogramms, Absatz (323):

Existenzsichernde Sozialleistungen sollen Schritt für Schritt zusammengeführt und langfristig soll die Auszahlung in das Steuersystem integriert werden. So schaffen wir einen transparenten und einfachen sozialen Ausgleich. Verdeckte Armut wird überwunden. Dabei orientieren wir uns an der Leitidee eines Bedingungslosen Grundeinkommens.

Das Basisgeld soll so gestaltet werden, dass ein solidarisches System entsteht und an die Stelle des jetzigen Mixes aus Anspruchs- und Almosendenken tritt.

Die Gestaltung der Gegenfinanzierung wirkt gleichzeitig der „Schere zwischen Arm und Reich“ entgegen.

## weitere Antragsteller\*innen

Klemens Griesehop (KV Berlin-Pankow); Detlef Wilske (KV Berlin-Lichtenberg); Ralf Henze (KV Odenwald-Kraichgau); Peter Meiwald (KV Ammerland); Michael Mirbach (KV Grafschaft Bentheim); Gerd Weichelt (KV Dithmarschen); Anna Katharina Boertz (KV Celle); Nicole Lauterwald (KV Frankfurt); Bettina Deutelmöser (KV Stade); Marc Hinrichs (KV Hannover); Ali Demirhan (KV Herzogtum Lauenburg); Christa Fischer (KV Berlin-Kreisfrei); Klaus-Uwe Gerhardt (KV Offenbach-Land); Marius Meyer (KV Cloppenburg); Jens Polster (KV Celle); Uta Lentföhr-Rathjen (KV Neumünster); Clara-Sophie Schrader (KV Berlin-Pankow); Ulrich Hühn (KV Kiel); Ralph Pies (KV Offenbach-Land); sowie 30 weitere Antragsteller\*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.

## V-34 Verbesserung des Rentenniveaus

Antragsteller\*in: Thomas Wolff (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf)  
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

### Antragstext

- 1 Das deutsche Rentenniveau ist seit 1990 von 55% auf 48% um über 10% gesunken.
- 2 Auch im internationalen Vergleich steht das wohlhabende Deutschland schlecht da.
- 3 In mehreren Nachbarländern und weiteren europäischen Ländern liegt das
- 4 Rentenniveau deutlich höher als in Deutschland.
- 5 Auch im eigenen Land sieht der Vergleich mit der komfortablen Altersversorgung
- 6 für Beamte schlecht aus.
- 7 Weiterhin wird der Versorgungsvorsprung Vermögender immer größer.
- 8 Aus diesen Gründen überzeugt der Verweis auf den demografischen Wandel zur
- 9 Begründung eines geringen Rentenniveaus nicht.
- 10 Auch Bekenntnisse dazu, das Rentenniveau stabil halten zu wollen, sind nicht
- 11 ausreichend.
- 12 Das Rentenniveau muss wieder steigen!
- 13 Ob dies z.B. durch eine ergänzende Basisrente oder durch Restrukturierung des
- 14 Rentensystems mit stärkerer Steuerfinanzierung erfolgen soll, wollen wir durch
- 15 politische und gesellschaftliche Diskussion erarbeiten.

### Begründung

Im europäischen Vergleich werden grob zwei Arten von Rentensystemen unterschieden: Beveridge und Bismarck.

Mit dem im 19. Jahrhundert verankerten Bismarck-System, das empfindlicher auf demographischen Wandel reagiert, haben die deutschen Rentner\*en den Kürzeren gezogen. Statt uns aufgrund der zunehmend versagenden Rentenfinanzierung immer kürzer zu halten, oder alternativ das Rentenalter noch weiter anzuheben, ist ein grundlegender Umbau des Rentensystems an der Zeit (s.a. Publikationen der Friedrich-Ebert-Stiftung). Dass manche Politiker stolz verkünden, das derzeitige Niveau stabil halten zu wollen, kann nicht überzeugen. Auch im nationalen Vergleich haben wir eine privilegierte Gruppe mit deutlich besserer Altersversorgung, Zuschlägen etc (s. z.B. satirischer Bericht in Die Anstalt, ZDF 7. Mai 2024).

Eine Neiddebatte zur Kürzung von Beamtenpensionen, wie sie in der Vergangenheit gelegentlich anklang, ist nicht angebracht (und auch nicht aussichtsreich). Vielmehr muss das Rentenniveau angehoben werden!

### weitere Antragsteller\*innen

Tabitha Elkins (KV Fürth-Land); Klemens Griesehop (KV Berlin-Pankow); Detlef Wilske (KV Berlin-Lichtenberg); Armin Schäfer (KV Berlin-Kreisfrei); Ralf Henze (KV Odenwald-Kraichgau); Stefan Riese (KV Münster); Gerd Weichelt (KV Dithmarschen); Anna Katharina Boertz (KV Celle); Bettina Deutelmöser (KV Stade); Marc Hinrichs (KV Hannover); Evelyn Thies (KV Ulm); Christa Fischer (KV Berlin-Kreisfrei); Ali Demirhan (KV Herzogtum Lauenburg); Frank Schellenberger (KV Odenwald); Ulrich Gundert (KV

Reutlingen); Andreas Müller (KV Essen); Jens Polster (KV Celle); Reiner Hennig (KV Nürnberg-Stadt); Uta Lentföhr-Rathjen (KV Neumünster); sowie 31 weitere Antragsteller\*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.

## V-35 Wahlrecht demokratischer gestalten: 5%-Hürde entschärfen

Antragsteller\*in: Thomas Wolff (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf)  
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

### Antragstext

- 1 Wir wollen das Wahlrecht an die Zeit anpassen und die historische 5%-Hürde auf
- 2 3% senken. Damit werden wir auch dem Einwand des Bundesverfassungsgerichts gegen
- 3 die Wahlrechtsreform im Bundeswahlgesetz 2023 gerecht.

### Begründung

Die 5%-Hürde war immer ein Kompromiss zwischen demokratischer Repräsentanz und dem Bedürfnis nach stabilen politischen Verhältnissen.

2023 sollte durch ein Wahlrechtsänderungsgesetz die Befreiung von der 5%-Hürde durch 3 Direktmandate abgeschafft werden.

Das Bundesverfassungsgericht hat diese Änderung, die offenbar gegen Linke und CSU wirksam wäre, kassiert und festgelegt, dass eine Einschränkung des gleichen Wahlrechts nur insoweit zulässig ist, wie sie zur Sicherstellung der Arbeits- und Funktionsfähigkeit des Bundestags erforderlich ist.

Die immer schon fragwürdige Balance zwischen Wählerwille und stabilen Parlamentsmehrheiten funktioniert nicht mehr, seit eine Partei, die die liberale Demokratie in Frage stellt, die Hürde locker übersprungen hat. Dass bis zu 15% (2013) der Wählerstimmen unter den Tisch fallen, ist daher nicht mehr zu rechtfertigen, denn es senkt den Anteil demokratischer Parteien im Parlament und schwächt damit die demokratische Abwehr gegen populistische Strömungen.

Auch das durch taktische Überlegungen (Wird meine Stimme Einfluss haben?) manipulierte Wahlverhalten von Menschen ist mit demokratischen Vorstellungen nicht gut vereinbar.

### weitere Antragsteller\*innen

Karl-Wilhelm Koch (KV Vulkaneifel); Philipp Schmagold (KV Plön); Tabitha Elkins (KV Fürth-Land); Klemens Griesehop (KV Berlin-Pankow); Detlef Wilske (KV Berlin-Lichtenberg); Reinhard Bayer (KV Gießen); Michael Mirbach (KV Grafschaft Bentheim); Gerd Weichelt (KV Dithmarschen); Kathrin Weber (KV Bielefeld); Christa Fischer (KV Berlin-Kreisfrei); Anna Katharina Boertz (KV Celle); Bettina Deutelmöser (KV Stade); Matthias Striebich (KV Forchheim); Marc Hinrichs (KV Hannover); Evelyn Thies (KV Ulm); Ali Demirhan (KV Herzogtum Lauenburg); Frank Schellenberger (KV Odenwald); Ulrich Gundert (KV Reutlingen); Jens Polster (KV Celle); sowie 34 weitere Antragsteller\*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.

**V-36** Für Agroforstsysteme, die funktionieren: Mehr bundeseinheitliche Unterstützung.

Antragsteller\*in: Julia Kämpken (KV Hamm)

Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

## Antragstext

Agroforstsysteme sind mächtig. Sie schützen unsere landwirtschaftlichen Flächen vor den Folgen der Klimakatastrophe und mildern deren Folgen. Indem sie Ackerbau oder Tierhaltung mit Gehölzreihen kombinieren, schaffen sie erstaunliche Effekte. Das sind zum Beispiel Flächenproduktivität und Ertragsstabilisierung, Kohlenstoffspeicherung und Erosionsschutz, Lebensräume und Nahrung für Tiere aller Art, steigende Wasserqualität und Verbesserung des Mikroklimas, Bodengesundheit und Biodiversität. Und sie sind sowohl in ökologischer als auch in konventioneller Landwirtschaft realisierbar. Landwirtschaftsminister Cem Özdemir hat das „Multitalent“ erkannt und unser BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat sie an drei Stellen ins Europawahlprogramm aufgenommen.

Das BMEL weiß das und handelt. Es hat im GAP-Strategieplan ein Flächenziel von 200 000 Hektar Agroforstfläche bis 2026 formuliert. Im Rahmen der europäischen Ökoregelung 3 hat es die Förderhöhe mehr als verdreifacht und zahlt ab dem Jahr 2024 nun 200€ pro Hektar statt 60€. Strenge Vorgaben zu Abständen und Größen fallen wegg. Bisher muss jede\*r Landwirt\*in ein Nutzungskonzept für die Förderung vorlegen – auch das soll bald abgeschafft werden. Das sind wichtige und richtige Schritte, die auch der Deutsche Fachverband Agroforst (DEFAF) als unbedingt notwendig ansieht. Die bürokratischen und finanziellen Hürden für Agroforstsysteme sind noch hoch, zu hoch.

Zusätzlich variiert die Implementierung von Agroforstflächen sowie die Art und Höhe der Unterstützung je nach Bundesland erheblich. Das ist nicht nur ungerecht und blockiert den föderalen Austausch, sondern hemmt auch den Ausbau der Flächen. In ganz Deutschland braucht es qualifizierte sowie kostenlose Beratung, Übernahme von Investitionskosten sowie der langfristigen Garantie, dass Ackerfläche beim Rückbau des Agroforstsystems Ackerfläche bleibt. Und: Klimaschutz ist immer auch Naturschutz. Ökosystemdienstleistungen und CO<sub>2</sub>-Speicherung neuer Bäume werden bisher gar nicht honoriert.

Das hat Folgen: Im Jahr 2023 wurden 52 von geplanten 7500ha beantragt, im Jahr 2024 waren es 173ha. Das entspricht einer Verdreifachung, ist aber noch weit entfernt vom Ziel der 200 000ha. Das bedeutet, dass die Bundesregierung die damit verbundenen Klimaschutzziele verfehlt. Schon in der SWOT-Analyse zum GAP-Strategieplan von 2023 ist bescheinigt, dass „Maßnahmen zum Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel teilweise nicht ausreichend implementiert sind (z.B. Agroforst)“ (S. 176).

Ich beantrage hiermit, dass die grüne Bundesregierung ihre Unterstützung für Agroforstsysteme bundesweit verstärkt. Die konkurrierende Gesetzgebung in der Landwirtschaft ermöglicht es bundesweit einheitliche Regelungen, Beratungen und Leistungen zu etablieren. Die aktuellen finanziellen Unterstützungen reichen nicht aus. Deswegen beantrage ich zusätzlich, dass die Ökosystemdienstleistungen und CO<sub>2</sub>-Bindung von Agroforstsystemen honoriert werden, zum Beispiel im Rahmen

- 41 des "Aktionsplanes Natürlicher Klimaschutz", als Ausgleichsflächen und im  
42 Biotopwertverfahren.

## **weitere Antragsteller\*innen**

Martin Kesztyüs (KV Hamm); Johannes Leiskau (KV Gütersloh); Michèle Doré (KV Hamm); Carola Wesbuer-Kraxner (KV Steinfurt); Wiltrud Kampling (KV Steinfurt); Michael Aßmann (KV Steinfurt); Nils Kockmann (KV Steinfurt); Dominik Severt (KV Steinfurt); Ulrich Nicklaus (KV Steinfurt); Thorsten Bloch-von der Haar (KV Steinfurt); Franz Scheipers (KV Steinfurt); Mirko Bamming (KV Steinfurt); Barbara Steinke (KV Hamm); Christian Schulz (KV Steinfurt); Marco Safar (KV Hamm); Marco Scheuermann (KV Hamm); Kristina Füchtjohann (KV Steinfurt); Peter Kruse (KV Hamm); Thilo Pohl (KV Hamm); sowie 31 weitere Antragsteller\*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.

## V-38 Energie für alle. Bezahlbar und sicher.

Gremium: BAG Energie  
Beschlussdatum: 16.09.2024  
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

### Antragstext

- 1 Der Umbau des fossilen Energiesystems zu einem erneuerbaren ist nicht
- 2 aufzuhalten. Diese Transformation aktiv voranzutreiben, sichert unsere Zukunft
- 3 und sorgt für Gerechtigkeit. Wir Bündnisgrüne kämpfen schon lange für eine
- 4 konsequente Dekarbonisierung, um unsere Lebensgrundlagen zu erhalten. Zwar ist
- 5 das gesellschaftliche Grundgefühl bedrückt - multiple Krisen und großer
- 6 Veränderungsdruck lähmen. Aber wir sind die Partei der Lösungen.
- 7 Wir wollen wieder mehr Spaß am Klimaschutz wecken. Damit Deutschland und Europa
- 8 im Wettbewerb mit China und den USA bestehen, bringen wir die enormen
- 9 Kostenvorteile der Erneuerbaren Energien zu den Menschen und den Unternehmen.
- 10 Mit grüner Energiepolitik macht Dekarbonisierung Freude, nicht Angst, regt zum
- 11 Mitmachen an, und wird zum Win-Win-Win-Projekt für Bürger\*innen, Industrie und
- 12 das Klima. Zwar sind große Investitionen und Umbaumaßnahmen, insbesondere der
- 13 Infrastrukturen notwendig. Aber wir stemmen sie klug, effektiv, kosteneffizient,
- 14 naturverträglich und gleichermaßen generationengerecht und sozial gerecht. Dafür
- 15 stellen wir strategisch die entscheidenden Weichen und ermöglichen möglichst
- 16 Vielen die Transformation mitzugestalten, voranzutreiben und davon zu
- 17 profitieren. Gemeinsam investieren wir in unsere europäische Unabhängigkeit,
- 18 anstatt Energie weiterhin aus fossilen Autokratien zu importieren.
- 19 Dieser Grundsatzantrag zeichnet unser energiepolitisches Leitbild dafür.
- 20 Das Fundament ist gelegt
- 21 In der laufenden Legislaturperiode haben wir – trotz der enormen
- 22 Beeinträchtigungen der Energiewirtschaft durch die russische Invasion der
- 23 Ukraine - die Wende in der Energiepolitik vollzogen und die klimagerechte
- 24 Transformation unserer Volkswirtschaft aufs Gleis gesetzt. Dabei geben klar
- 25 formulierte Emissionsreduktionsziele und Ausbauziele für die Erneuerbaren
- 26 Energien Orientierung, sorgen für Planungssicherheit und langfristige
- 27 Investitionen.
- 28 PV- und Wind-Ausbau sind endlich wieder entfesselt. Bei Wind an Land haben wir
- 29 die gezielte jahrelange Sabotage der Vorgängerregierungen beendet und lähmende
- 30 Bürokratie abgebaut. Mieterstrom, Bürgerenergie und Balkonsolar sind einfacher
- 31 geworden und lassen alle an den Erneuerbaren teilhaben. Für Freiflächen-
- 32 Photovoltaik gibt es nun Anreize möglichst naturverträglich oder sogar
- 33 biodiversitätsfördernd zu bauen. Mit dem Nature Restoration Law und dem
- 34 Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz werden Wälder, Meere und Moore gestärkt,
- 35 um Lebensräume zu schaffen und sie als Kohlenstoffspeicher und
- 36 Treibhausgassenken zu nutzen. Der Netzausbau ist laut Bundesnetzagentur nun
- 37 15mal schneller und auch die seit Jahren überfällige konsequente Umorientierung
- 38 der Netzentgelte und anderer Abgaben für ein dezentral-erneuerbares System ist



39 angestoßen. Das Wasserstoffkernnetz ist im Aufbau. Nach dem Einstieg in die  
40 Kapazitätsmärkte übertragen wir den Erneuerbaren nun Schritt für Schritt mehr  
41 Systemverantwortung. Durch die Reform des EU-Emissionshandels (ETS2) müssen die  
42 Nutzer fossiler Energieträger endlich einen größeren Teil der von ihnen  
43 verursachten Umwelt- und Gesundheitskosten selbst tragen. Dadurch wird  
44 klimaschädliches Verhalten absehbar immer unattraktiver. Dabei ermöglichen wir  
45 Haushalten, Gewerbe und Industrie ihre Energieversorgung planbar auf Erneuerbare  
46 Energieträger umzustellen. Insbesondere bei der Wohn-Wärme gibt es durch die  
47 kommunale Wärmeplanung mehr Klarheit, so dass Millionen von Haushalten den mit  
48 Abstand größten Teil ihres Energiebedarfs künftig kostengünstig und  
49 versorgungssicher decken werden. Der pan-europäische Energiemarkt und  
50 integrierte Infrastrukturplanung sowie internationale Kooperationen und  
51 Partnerschaften helfen uns erfolgreich zu sein.

52 Nun gilt es, auf diesem soliden Fundament zügig eine bezahlbare, sichere und  
53 nachhaltige Versorgung mit Erneuerbaren Energien aufzubauen - dezentral,  
54 effizient und schnell. Durch eine konsequente Ermöglichungspolitik mobilisieren  
55 wir (günstiges privates) Kapital, Wissen, Einfallsreichtum und Tatkraft von  
56 Bürger\*innen und Unternehmen. Durch haushaltsneutrale smarte Absicherungsmodelle  
57 und intelligente Regulierung senken wir die Finanzierungskosten, ermöglichen  
58 einen sich selbst tragenden EE-Ausbau und entlasten Strompreise und  
59 Bundeshaushalt.

60 Noch importieren wir Jahr für Jahr für 400 Milliarden Euro fossile Energien nach  
61 Europa. Auf den Weltmeeren transportieren vier von zehn Schiffen Öl, Gas oder  
62 Kohle. Die 600 Milliarden Euro, die in Europa in der ersten Phase der  
63 Transformation jährlich in die in die Energiewende investiert werden sollen,  
64 sichern dagegen eine langfristig ausgeglichene Handelsbilanz, Arbeitsplätze und  
65 Resilienz bei uns. Wir setzen auf Investitionen statt auf Importe.

66 Das Gesamtsystem im Blick: dezentrale Erzeugung, flexible Nutzung, preiswerter  
67 Ausbau

68 Gerade weil die Transformation hohe Investitionen erfordert, achten wir  
69 besonders auf die Kosten. Intelligente Steuerung und kluge Regulierung können  
70 die notwendigen Investitionen minimieren und wirtschaftlicher machen. Dabei  
71 helfen die konsequent dezentral-erneuerbare Ausrichtung des Systems, neue  
72 Technologien, Wettbewerb, die systematische Minimierung der Finanzierungskosten,  
73 die konsequente Nutzung regionaler Stärken sowie die Flexibilisierung von  
74 Verbrauch. Schlagkräftige, an einer 100%-Erneuerbaren Energieversorgung  
75 orientierte regionale Energiemärkte gewährleisten das kostenoptimale  
76 Zusammenspiel moderner Technologien. Speicher und die Sektorkopplung ergänzen  
77 und ersetzen zum Teil den Netzausbau. Bestehende Speicher wie  
78 Pumpspeicherkraftwerke und steuerbare Erneuerbaren-Kraftwerke wie nachhaltige  
79 Biogasanlagen können in diesem Marktdesign rentabel arbeiten, ohne dass  
80 Subventionen nötig sind. Wärmespeicher und Batterien von Elektroautos können  
81 dezentral und im Zusammenspiel mit Solarthermie und Umweltwärme den Strom  
82 nutzen, der gerade nicht direkt gebraucht wird. Die intelligente Ausgestaltung  
83 von lokalen Märkten sorgt dafür, dass konsequent immer die Technologie und der  
84 Akteur gewählt wird, die das Netz am schnellsten und kostengünstigsten  
85 ertüchtigen und entlasten. Das senkt die Kosten des Gesamtsystems.

86 Eine Strommarktreform ist dafür der Ausgangspunkt. Sie ermöglicht, dass viele  
87 Akteur\*innen selbst Strom und Wärme erzeugen und verbrauchen. Durch dezentrale  
88 Resilienz wird die Systemsicherheit nicht nur garantiert sondern sogar noch  
89 gesteigert. Nachfrage- und bedarfsorientierte geographische Differenzierung sind  
90 dazu unerlässlich und helfen gleichzeitig bei "Dunkelflaute" und "Sonnensturm",  
91 also temporäres Unter- und Überangebot an Erneuerbarem Strom effizient zu  
92 bewältigen.

93 Wir prüfen - im Einklang mit europäischen Vorgaben - verschiedene Modelle für  
94 regionale Strom- und Energiemärkte und wählen den kosteneffizientesten Weg. Die  
95 staatliche Regulierung der Verteilnetze richten wir konsequent auf die  
96 effiziente und effektive Integration der Erneuerbaren Energien in regionale  
97 Wärme- und Mobilitätsmärkte aus. Sie berücksichtigt, dass Strom, der lokal  
98 verbraucht wird, nicht weit transportiert werden muss. Sie sorgt auch dafür,  
99 dass die Netzentgelte im Rahmen bleiben und fair getragen werden.

100 Die Netze werden regionalspezifisch ertüchtigt. Die bestehende Auslastung der  
101 (Verteil-)Netze erhöhen wir, beispielsweise mit regelbaren Ortsnetz-Trafos,  
102 modernen Geschäftsmodellen und intelligenter Verbrauchssteuerung, um den  
103 Netzausbaubedarf zu minimieren. Dabei sind Speicher als Netzelemente und die  
104 Flexibilisierung der Nachfrage essenzieller Teil der Planungen. Da Erneuerbare-  
105 Energie-Anlagen nur selten 100% der installierten Leistung einspeisen, treiben  
106 wir die gemeinsame Nutzung von Netzanschlüssen für Windenergie- und PV-Anlagen,  
107 Speicher und zuschaltbare Lasten voran und ermöglichen eine Überbauung der  
108 Anschlusspunkte von mindestens 150%. Im Rahmen ihrer regionalen Energiemärkte  
109 können die Marktteilnehmenden damit Solarenergiespitzen und -defizite weitgehend  
110 zwischeneinander verteilen und gemeinsam ausregeln. Windenergie ist nie  
111 gleichmäßig über Europa verteilt. Insbesondere hier lohnt daher der  
112 paneuropäische Ausgleich. Das berücksichtigen wir in der europäischen  
113 Infrastrukturplanung, die wir zu einer EU-weit-integrierten, nutzungsoptimierten  
114 und sektorintegrierten Planung ausbauen. Dabei denken wir Strom- und  
115 Wasserstoffinfrastruktur gemeinsam.

116 Die Aufgabe des Staates ist es, den Rahmen vorzugeben und idealerweise die  
117 Infrastruktur bereitzustellen. Aber eine umfassende Transformation des  
118 Energiesystems lässt sich nicht bis ins Kleinste vor- und durchplanen. Deshalb  
119 gehen wir pragmatisch vor. Wir schreiben nur die wesentlichen Regelungen in  
120 Gesetze, um Planungssicherheit und Klarheit über den Pfad zu schaffen. Die  
121 konkrete Ausgestaltung erfolgt untergesetzlich, um kleinere Korrekturen schnell  
122 vornehmen zu können. Hierzu schaffen wir Feedback-Möglichkeiten für  
123 Verbraucher\*innen und Unternehmen. Zusätzlich überprüft die Regierung aktiv im  
124 Rahmen von regelmäßigen Praxis-Checks, welche Regelungen wirklich notwendig  
125 sind. Unnötige Regelungen werden abgeschafft. Durch verstärkten Bürokratieabbau  
126 vereinfachen und beschleunigen wir Prozesse und senken Kosten. Dabei setzen wir  
127 auf „Ermöglichen statt Kontrollieren“. Regelungen, die jede Eventualität  
128 berücksichtigen, erschweren das wirtschaftliche Handeln. Der Bürokratieabbau  
129 wird durch einen jährlichen Monitoringbericht dokumentiert.

130 Die Energiewende nützt allen – sie gelingt aber auch nur mit allen!

131 Die Energiewende ist ein Gemeinschaftsprojekt. Wir alle profitieren –  
132 finanziell, aber auch sozial – am meisten, wenn alle mitmachen und teilhaben  
133 können: Bürgerenergie und Beteiligungsmodelle, Energiewendefonds und

134 Eigenkapitalanteile machen die hohen Investitionen gemeinschaftlich und mit  
135 niedrigem Risiko erschwinglich und sichern dadurch niedrige Energiekosten.

136 Lösungsorientierte Kommunikation, die Optimismus und Zuversicht ausstrahlt, ist  
137 der Schlüssel zu einer erfolgreichen, gemeinschaftlichen Energiewende: Für alle  
138 Beteiligten muss klar sein, wie das geht. Alle können, alle sollen mitmachen;  
139 alle können, alle sollen profitieren:

140 • Die Kommunen organisieren lokalintegrierte Infrastrukturplanung und  
141 stellen Infrastruktur gegebenenfalls auch bereit. Sie schaffen zudem eine  
142 Plattform für gemeinschaftliche Finanzierungen, unabhängiger Beratung  
143 sowie Bündelung von Nachfrage und Angebot. Auch und gerade im ländlichen  
144 Raum. Insbesondere durch die kommunale Wärmeplanung haben sie eine  
145 besondere Rolle beim Leiten individueller Investitionsentscheidungen. Gute  
146 Bürgerbeteiligung und Kommunikation sind daher elementar. Leider waren die  
147 mittelgroßen und kleinen Kommunen mit dieser Aufgabe bisher noch  
148 regelmäßig überfordert. Es fehlte an Personal, an Problembewusstsein und  
149 oft auch an dem Willen zur Transformation in den Entscheidungsgremien. Wir  
150 unterstützen sie in finanzieller und personeller Hinsicht vorrangig und  
151 verstetigen und erweitern die Förderung, insbesondere um  
152 Investitionsförderungen. Dafür gibt es in den Ländern schon gute  
153 Beispiele, auf denen wir aufbauen.

154 • Industrie und Prosuming, also zunehmende Eigenversorgung im privaten,  
155 kommunalen und wirtschaftlichen Bereich, spielen eine entscheidende Rolle  
156 in den neuen regionalen Energiemärkten. Die Industrie kann dort  
157 Energieüberschüsse und Abwärme "teilen" und kann sich in lokalen  
158 Überschusszeiten preiswert mit Strom versorgen. Netzentgeltregulierung,  
159 Umlagen- und Steuersysteme richten wir konsequent so aus, dass  
160 systemdienliches Verhalten belohnt statt bestraft werden.

161 • Um die Kostenvorteile der Erneuerbaren auch in die Mobilität zu bringen,  
162 machen wir grünen Ladestrom auch unterwegs erschwinglich. Dafür öffnen wir  
163 – wie im LKW-Bereich schon geschehen – auch für PKW alle Ladesäulen für  
164 den Wettbewerb. Zudem verpflichten wir die Netzbetreiber für ein  
165 ausreichendes Infrastrukturnetz zu sorgen. Das kostet weniger als Anreize  
166 und Subventionen und ist außerdem effektiver. Auch einfache und  
167 standardisierte Bezahlung mit Kreditkarten sollte an allen Ladesäulen  
168 möglich sein, ohne erst ein Konto beim jeweiligen Betreiber in einer App  
169 anlegen zu müssen.

170 Die Energiewendekosten müssen sozial und fair getragen werden

171 Der Umbau des Energiesystems stellt unterschiedliche soziale und wirtschaftliche  
172 Gruppen vor unterschiedliche Herausforderungen:

173 • Die Industrie muss sich auf die neuen Energien und Märkte einstellen  
174 können. Dafür ist neben einer kohärenten Regulierung vor allem  
175 langfristige Planungssicherheit notwendig. Das gilt sowohl für die  
176 Erzeuger wie auch die Abnehmer erneuerbarer Energien, wie auch für  
177 Dienstleister. Förderinstrumente und Infrastrukturplanungen müssen  
178 langfristig und verlässlich angelegt sein. Der Abbau bürokratischer Hürden  
179 verringert zudem die Kosten. Die Energie nutzenden Unternehmen profitieren

von neuen Infrastrukturen und kostengünstigen Erneuerbaren Energien. Sie leisten einen aktiven Beitrag zum neuen Energiesystem, nicht nur durch ihren Finanzierungsbeitrag, sondern auch durch die Flexibilisierung des Energieverbrauchs und der Eigenerzeugung. Intelligente Energieversorgung bietet Arbeitsplatz- und Wachstumschancen und eine Entwicklung der industriellen Landschaft und Arbeitsplatzstruktur, die neue zukunftsfähige Bereiche einschließt. Auch wenn sich viele Arbeitsplätze in der Industrie natürlich verändern werden, so befeuert die intelligente Energiewende doch die Wirtschaftsleistung und sichert den Wohlstand jeder und jedes Einzelnen. Denn sie hilft unserer Industrie international wettbewerbsfähig zu bleiben.

- Die Verbraucher\*innen erleben und spüren insbesondere die Wärme- und Mobilitätswenden. An diesen führt kein Weg vorbei. Aber die Lebenssituationen der Menschen sind unterschiedlich. Einige können ihre Energieversorgung problemlos selbst dekarbonisieren und von langfristig kostengünstigen Erneuerbaren profitieren. Anderen fehlt dafür der finanzielle Spielraum.

Um auf die unterschiedlichen Ausgangssituationen einzugehen, braucht es starke Unterstützung – ein Paket aus individueller Beratung, praktischer Hilfe und finanziellen Maßnahmen. Für Hausbesitzer\*innen muss die Vielfalt der Finanzierungsinstrumente für Investitionen in Heizungstausch und Energieeffizienz deutlich erhöht werden. Zuschüsse und Kredite müssen durch kooperative und kommunale Finanzierungsmodelle ergänzt werden. Menschen, für die auch eine günstige Finanzierung unerschwinglich ist, unterstützen wir durch innovative Angebote wie etwa ein „umgekehrtes Erbbaurecht“, bei dem die Kommunen ihre Vorkaufsrechte nutzen, um mit Bundeshilfe finanzielle Mittel für Investitionen am Gebäude zur Verfügung zu stellen. Für die Verteilung der Lasten bei vermieteten Objekten gilt das Drittelmodell – Eigentümer\*innen, Mieter\*innen und die öffentliche Hand teilen sich die Belastung. Ein warmes Zuhause ist ein Grundrecht. Mit erneuerbarer Wärme muss in Deutschland niemand frieren.

- Das Klimageld ist zentral, aber der Staat muss zudem in die Transformation investieren. Ein stark steigender, möglichst bald kosten-, beziehungsweise schadensadäquater CO<sub>2</sub>-Preis sendet unverfälschte Preissignale und sorgt damit für eine volkswirtschaftlich effizientere Allokation von Kapital. Ein solcher Preis führt aber zu hohen sozialen Belastungen und ist deshalb nur in Kombination mit einem sozial gestaffelten, EU-rechtskonformen Klimageld denkbar. Einige Sektoren sind aber so sehr an Fossile gebunden – sei es über noch nicht abgeschriebene Leitungssysteme oder andere vorhandene Technik, die sich nicht einfach umbauen lässt – dass ein höherer CO<sub>2</sub>-Preis allein nicht zu einer Veränderung führt. Deshalb investieren wir durch gezielte Fördermaßnahmen, wie zum Beispiel mit Investitions- und Abwrackprämien, in eine effektive Transformation und nehmen dabei besonders die trägen Teile des Energiesystems in den Blick.

## Kluge Finanzierung

Der konsequente Umbau unseres Energiesystems sichert uns langfristig günstige, grüne Energie, erfordert aber gleichzeitig Investitionen in Billionenhöhe.

226 Hierzu müssen Finanzmittel mit niedrigen Zinssätzen zur Verfügung stehen. Um  
227 diese zu mobilisieren, gibt es einige Möglichkeiten:

- 228 • Die systematische Nutzung von sogenanntem „geduldigem Kapital“ von  
229 Infrastrukturfonds und anderen Investor\*innen, die vor allem an  
230 langfristig sicheren Anlagen und nicht an besonders schnellen oder hohen  
231 Erträgen interessiert sind, schafft unter anderem sichere Beteiligungs-  
232 und Anlagemöglichkeiten für Bürger\*innen, erhöht die Eigenkapitalbasis und  
233 senkt Kapitalkosten;
- 234 • Langfristige Planungssicherheit - also langfristig konstante  
235 regulatorische Rahmenbedingungen, konsistente Infrastrukturplanung und  
236 konsequente Umsetzung - über Legislaturperioden hinweg, reduziert das  
237 unternehmerische Risiko;
- 238 • Instrumente wie Regulierung, Ausfallgarantien, Preisgarantien (von  
239 Absicherungsmechanismen bis hin zu Ober- und Untergrenzen), liquide  
240 Derivatemärkte, und neuartige Finanzmechanismen reduzieren die  
241 Kapitalkosten.

242 Diese und weitere Instrumente setzen wir systematisch und gezielt ein. Dabei  
243 achten wir darauf, dass nicht das Risiko vergesellschaftet aber die Gewinne  
244 privatisiert werden. Gleichzeitig gilt es, die erforderlichen Investitionssummen  
245 zu minimieren. Dabei setzen wir auf Marktreformen, die Anreize für effiziente  
246 Investitionen sowie systemdienliches und effizientes Verhalten bieten und  
247 gleichzeitig Volatilitäten und Unsicherheiten vermeiden.

248 Wenn die Versorger weniger hohe Risikoprämien bei ihren Investitionen einpreisen  
249 müssen, z.B. durch langfristige Sicherheit auf der Einnahmeseite, können sie  
250 ihre Dienstleistungen kostengünstiger anbieten. Wir prüfen für alle natürlichen  
251 Monopole - insbesondere auch die Fernwärmenetze - ob die aktuellen Regulierungen  
252 den Verbrauchenden- und Investierendenschutz angemessen berücksichtigen. Wo das  
253 nicht der Fall ist, verlängern wir die Bindungsfristen, zum Beispiel die zur  
254 Refinanzierung von Wärmenetzen.

255 Erneuerbare sind längst wettbewerbsfähig. Durch ein Marktdesign, das Sonne, Wind  
256 und Speicher konsequent in den Mittelpunkt stellt, lösen wir dieses Versprechen  
257 ein und sichern Vorrang sowie auskömmliche Refinanzierung der Erneuerbaren  
258 dauerhaft – und grundsätzlich ohne Subventionen. Die historischen Kosten für den  
259 erfolgreichen Markthochlauf der Erneuerbaren durch das EEG refinanzieren wir  
260 außerhalb des Strommarktes. Grüner Wasserstoff und seine Derivate können eine  
261 wichtige Rolle sowohl bei der Speicherung der Erneuerbaren, als auch bei der  
262 direkten Nutzung zur Dekarbonisierung in den Sektoren spielen, in denen  
263 Effizienzmaßnahmen und Elektrifizierung technisch und wirtschaftlich an ihre  
264 Grenzen stoßen. Der Aufbau des Wasserstoffmarktes fokussiert auf die Lösungen,  
265 die auf Erneuerbaren Energien basieren. Eine marktorientierte Ausrichtung der  
266 Maßnahmen sorgt dafür, dass sich dieser Markt schnellstmöglich selbst trägt.

267 Öffentliche Mittel werden immer mit dem Ziel der eigenständigen  
268 marktwirtschaftlichen Tragfähigkeit zeitlich begrenzt. Dauerhafte  
269 Subventionierung ist teuer und ineffektiv. Wir setzen bei Marktanreizprogrammen  
270 auf zeitlich regressive Förderungen um Anreize für „First Mover“ zu geben.

271 Neue Paradigmen – flexibel, dezentral, digital

272 Warum das Ganze? Neue Technologien verändern die Energiewirtschaft gerade  
273 weltweit. Fundamental und schnell. Neben den neuen Energiequellen und  
274 Energieträgern setzen sich auch bei der Systemstabilisierung, digitaler Messung  
275 und Steuerung, Daten- und Signalverarbeitung, Speicherung, Dekarbonisierung der  
276 Industrie und Flexibilisierung von Verbrauchenden neue Technologien durch.  
277 Zunächst gewinnen sie nur langsam Marktanteile, so dass der Paradigmenwechsel  
278 kaum spürbar ist. Aber in den nächsten 10 Jahren werden diese Marktanteile  
279 exponentiell wachsen. Menschen unterschätzen solche dynamischen Entwicklungen  
280 oft - wie bei Smartphones und dem Übergang vom Pferd zum Auto. In der Rückschau  
281 werden wir uns fragen, wie das Neue so plötzlich wachsen konnte und das Alte in  
282 so kurzer Zeit fast vollständig verschwand.

283 Diesem Neuen müssen wir die angemessenen Strukturen bieten. Wenn wir in den  
284 alten Strukturen bleiben, verhindern wir nicht nur Veränderung, sondern  
285 verschenken die Vorteile der neuen Energien – niedrige Energiekosten und hohe  
286 Energiesicherheit. Und nur mit Wandel können wir hoffen unsere  
287 Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten. Die existierenden Strukturen sind noch an die  
288 alten Technologien angepasst. Da Kohle- und Atomkraftwerke am wenigsten  
289 ineffizient waren, wenn sie als Großanlagen gebaut wurden und möglichst  
290 gleichmäßig rund um die Uhr liefen, wurde ihnen eine entsprechende Infrastruktur  
291 gebaut, Nachtarbeit subventioniert und der Industrie für gleichmäßigen Verbrauch  
292 bis zu 90% der Netzentgelte erlassen.

293 Aber diese Zeiten sind vorbei. Mit digitalen, dezentralen Technologien ergeben  
294 sich völlig neue energiewirtschaftliche Paradigmen. Und auf diesen Wandel müssen  
295 wir uns nicht nur einstellen. Wir sollten ihn treiben. Denn nur so wird die  
296 dringend notwendige Dekarbonisierung gelingen.

297 Die neuen Technologien – Digitalisierung, Speicher und Steuerungs- und  
298 Regelungstechnik - ermöglichen und fordern neues Denken: Stromerzeuger\*innen und  
299 -verbraucher\*innen werden gleichberechtigte Marktteilnehmer\*innen, agieren  
300 flexibel und systemdienlich, dezentral und regional:

- 301 • Flexible Nutzung statt „Grundlast“ ist der Normalfall.
- 302 • Die Systemverantwortung wird von vielen kleinen bis mittleren  
303 Teilnehmer\*innen am Energiemarkt getragen. Systemstabilität geht alle an –  
304 und systemdienliches Verhalten wird entsprechend honoriert.
- 305 • Die Digitalisierung orchestriert vollautomatisch das Zusammenspiel vieler  
306 kleiner, verteilter Anlagen.

307 Der wichtigste Gedanke ist jedoch das Ermöglichungsparadigma: Der Umbau gelingt  
308 nur, wenn möglichst viele an möglichst vielen Stellen gleichzeitig anpacken,  
309 indem sie Erzeugung zubauen, Effizienzen erhöhen und Lasten flexibilisieren. Die  
310 Regeln setzen wir so, dass das möglich und wirtschaftlich vorteilhaft ist. Wir  
311 stellen die Anreize vom Kopf auf die Füße, so dass viele aktiv am Energiemarkt  
312 teilnehmen und ihre Kosten minimieren können. Durch lokale Preise und sinnvolle  
313 Verteilung der Systemkosten setzen wir die Anreize so, dass die Teilnehmenden am  
314 Energiemarkt die Systemkosten minimieren - weil es in ihrem eigenen Interesse  
315 ist.

316 Das Energiesystem der Zukunft ist preiswerter, denn die Stromerzeugung aus Sonne  
317 und Wind ist unschlagbar günstig. Europa ist einer der windreichsten Kontinente

318 der Erde und Photovoltaik ist mittlerweile so günstig, dass selbst in  
319 Spitzbergen damit viel Strom erzeugt wird. Nicht Sonnen- und Windstunden,  
320 sondern Investitionen in unsere Infrastruktur bestimmen den Preis der  
321 Energieversorgung der Zukunft. Hier setzen unsere Vorschläge an.

322 Eine besondere Rolle kommt dabei Speichern aller Art zu. Sie sind die zentrale  
323 Technologie zum „Ernten“ und „Aufbewahren“ großer Energiemengen - sie  
324 überbrücken zeitliche Lücken zwischen hoher Energiebereitstellung und hoher  
325 Energienachfrage. Wir benötigen gleichermaßen saisonale und Kurzzeitspeicher.  
326 Sie überwinden Sektorengrenzen, da sie Energiemengen zwischen Strom, Wärme und  
327 Mobilität hin- und herschieben können. Daher rücken wir sie ins Zentrum der  
328 Energiesystemplanung und auch der Regulierungs- und Förderlogik.

329 Nicht erst seit dem Überfall Putins auf die Ukraine wissen wir: Energiepolitik  
330 ist Sicherheitspolitik. Der konsequente Umstieg auf Erneuerbare verhindert  
331 erneute einseitige Abhängigkeiten von Rohstoff-Diktaturen. Sonne und Wind sind  
332 überall verfügbar. Energieimporte im großen Stil sind daher weder nötig noch  
333 wirtschaftlich vernünftig.

334 Dauerhafte Energiesicherheit entscheidet sich künftig nicht mehr durch den  
335 Zugriff auf Brennstoffe, sondern durch den sicheren Zugang zu kritischen  
336 Rohstoffen und resiliente Lieferketten. Die Kosten und Verfügbarkeiten der neuen  
337 Technologien werden im Wesentlichen durch Skaleneffekte bestimmt. Je mehr von  
338 den sauberen Technologien produziert und genutzt wird, desto günstiger werden  
339 sie. Die entscheidenden Erfolgsfaktoren dabei sind Größe, Kapitalkosten und  
340 Zugang zu Rohstoffen. Auch wenn wir hier mittlerweile weit ins Hintertreffen  
341 geraten sind: Zusammen mit unseren europäischen Partner\*innen können wir  
342 Produktionskapazitäten und Märkte so aufbauen, dass wir unsere geostrategische  
343 europäische Resilienz mit den entscheidenden Transformationstechnologien  
344 sichern.

345 Apropos Europa: Wir können und müssen in der EU auch mehr, schneller und viel  
346 systematischer voneinander lernen. Vieles wurde durch den energiepolitischen  
347 Tiefschlaf der GroKo verpasst und klingt nun für Deutschland exotisch, während  
348 die meisten europäischen Länder schon langjährige praktische Erfahrungen, z.B.  
349 mit Strompreiszonen, Smart Metern, Energy Sharing sowie solarer Fernwärme haben.  
350 Diesem europäischen Innovationswettbewerb stellen wir uns – und nutzen ihn um die  
351 gesamte EU schneller und günstiger zu dekarbonisieren.

## Begründung

Klimaschutz ist unser Markenkern. Vor allem aber tut er dringend Not - dazu genügt mittlerweile (leider) ein Blick in die Nachrichten – oder nur aus dem Fenster! Damit wirksamer Klimaschutz gelingt, muss er bezahlbar sein, Spaß machen und alle mitnehmen! Die GEG-Debatte, die aktuelle Sorge um die Zukunft der deutschen Industrie, aber auch erfolgreiche Energiewende-Projekte im ganzen Land zeigen überdeutlich: Die Energiewende und der Umstieg in eine klimaneutrale Wirtschaft gelingen nur MIT den Menschen und Unternehmen. Die Kostenvorteile der Erneuerbaren müssen vor Ort ankommen - dann macht die Energiewende Freude. Dann packen alle mit an. Und dann sichern wir unsere Zukunft - gerade noch rechtzeitig.

Dieser Antrag zeigt, was dazu in der zweiten Hälfte dieser Dekade und in Folge bis 2040 nötig ist. Und was alles möglich ist. Auch und gerade, weil die Herausforderungen groß sind, wollen wir Mut machen. Denn die Chancen sind NOCH größer!

Packen wir es an - gemeinsam!

Unsere Vorschläge haben wir in einem intensiven Konsultationsprozess mit allen wichtigen Stakeholder\*innen innerhalb und außerhalb unserer Partei erarbeitet. Wir haben unter anderem Anhörungen mit den führenden Umwelt- und Verbraucher\*innenschutzverbänden, Gewerkschaften, Energie- und Industrieverbänden sowie weiteren wichtigen Stakeholdern durchgeführt. Zudem fußt der Antrag natürlich auf unserer gezielten energiepolitischen Programmarbeit. Dabei standen in den letzten Jahren insbesondere Energiemarkt-Design, sozial-gerechte Wärmewände, Teilhabe für alle und eine bessere Finanzierung der Energiewende im Mittelpunkt. Einen Überblick über die Beschlüsse, die diesem Antrag zugrunde liegen findet ihr hier: <https://www.bag-energie.de/cms/category/beschluesse/>

Hier noch weitere technische Erläuterungen, die aber für den eigentlichen Antrag zu detailliert sind:

- zum Mythos „Dunkelflaute“: Stärker als unter der „Dunkelflaute“ leidet das Stromsystem „Sonnensturm“ – also den Zeiten, in denen zu mehr Strom durch Wind- und Solarparks erzeugt wird als durch eine gerade schwache Nachfrage benötigt wird. Die Marktsituation zu diesen Zeiten ist nicht mehr vermittelbar, da Stromerzeuger\*innen müssen für die Abgabe ihres Stromes bezahlen. Die Erneuerbaren werden teuer, wenn man sie nicht rechtzeitig abstellt, obwohl Sonne und Wind keine Rechnung schicken.
- Zu den regionale Energiemärkten: Sie sind unabdingbar, um die teuren Fehlsteuerungen, die durch den einheitlichen nationalen Strommarkt entstehen, zu vermeiden. Dazu gehört, dass Wind- und Solarenergieanlagen im Süden abgeregelt werden, wenn im Norden der Wind weht, auch wenn die Übertragungsnetze nicht ausreichen, um den entsprechenden Strom aus dem Norden in den Süden zu transportieren. In Folge verdrängt auch, dass Kohlestrom erneuerbaren Strom aus dem Netz. Dazu gehört auch, dass Stromeinkäufer\*innen (z.B. energieintensive Industriebetriebe in Süddeutschland) lieber billig im Norden einkaufen als vor ihrer Haustür. Die Übertragungsmehrkosten und die Preisdifferentiale werden dann aber durch den Ausgleich, den die Netzbetreiber vornehmen müssen (Redispatch), auf alle Verbraucher\*innen umgelegt. Allein diese beiden Effekte haben Mehrkosten im Rahmen der Netzentgelte und höhere CO<sub>2</sub>-Emissionen aus fossilen Kraftwerken zur Folge. Diese Phänomene sind nicht nur ineffizient, sondern auch so widersinnig, dass sie die Energiewende als Gesamtprojekt in Frage stellen können. Sie widersprechen dem gesunden Menschenverstand so sehr, dass kein kommunikatorisches Framing der Welt sie mehr retten kann. Und sie widersprechen dem Prinzip: Intelligente Regulierung bringt die Kostenvorteile der Erneuerbaren Energien zum Verbraucher\*innen. Hier besteht also hoher Veränderungsdruck. Denn: das alles wird durch den Netzausbau nur scheinbar behoben: Selbst wenn die Leitungskapazität auf 18 GW erhöht werden kann (und es hat 20 Jahre gedauert um 4 GW zu bauen), reicht das ganz augenscheinlich nicht um 200 GW PV, 150 GW Onshore-Wind oder 80 GW Offshore- Wind zu transportieren. Speicher und eine dezentrale Integration sind unumgänglich, auch wenn wir die Übertragungsnetze wie geplant ausbauen.

Dabei lassen wir bewusst offen, wie viele regionale Energiemärkte in Deutschland entstehen sollen - zwischen 2 und 36 ist alles drin - und wie scharf sie geographisch abgegrenzt werden müssen.

- Engpässe im Verteilnetz: Sie sind aktuell die größte praktische Hürde beim Ausbau der Erneuerbaren Energien. Anlagen über 30 kW müssen jahrelang auf erste Genehmigungen warten. Der Ausbau von Leitungen und Transformatoren geht nur langsam voran. Dazu kommt, dass auch die Mehrzahl der Situationen, in denen Wind- und Solaranlagen trotz gutem Wind und Wetter nicht produzieren können (Abregelungen), auf Verteilnetz-Engpässe zurückgeht. Das Verteilnetz ist jedoch normalerweise zu weniger als 40% ausgelastet. Es bestehen kostengünstige Möglichkeiten die Netzauslastung zu verbessern, z.B. durch Digitalisierung, Lastmanagement,



Speicherung und lokale Sektorenkopplung. Die Verteilnetzbetreiber sollten substanzielle Anreize bekommen und verpflichtet werden, diese zu nutzen und für ihre Kund\*innen zugänglich zu machen.

Unser Leitbild ist der engagierte Verteilnetzbetreiber. Vordringliche Priorität bei der Gestaltung der Netzentgeltsystematik hat die Anreizwirkung für die Kundinnen. Vordringliche Priorität bei der Gestaltung der Einkommensobergrenzen der Netzbetreiber hat die Effektivität und Effizienz der Einbindung Erneuerbarer Energien.

- **Bürokratie:** Viele der Regelungen im Energiemarkt sind hyperbürokratisch. Die „Besondere Ausgleichsregelung“ für stromintensive Betriebe im Rahmen der EEG- Umlage hatte zum Beispiel so viele Dokumentationspflichten (z.B. wie viele Mitarbeiterinnen laden ihre privaten Handys und Fahrrad-Akkus im Büro), dass ihr Wegfall teilweise ganze Planstellen überflüssig machte. Die von der Mieterstromförderung abgeforderten Zählerkonzepte konnten schon mal 40% der Gesamtkosten ausmachen und haben viele Projekte unwirtschaftlich werden lassen. Diese Bürokratie hat oft den berechtigten Hintergrund, dass man bei Subventionstatbeständen keinerlei Abschöpfung zulassen möchte. Der bürokratische Aufwand sollte jedoch trotzdem die möglichen Abschöpfungen nicht übersteigen. Und in vielen Fällen war der eigentliche Hintergrund oft, dass man Veränderungen im Markt möglichst geringhalten möchte, und daher direkt oder indirekt die Energiewende mithilfe von bürokratischen Regelungen hemmte. Das dürfen wir nicht zulassen.
- **Finanzielle Unterstützung:** Die bestehenden Programme der BAFA und der KfW im Gebäudebereich werden einer grundsätzlichen Evaluierung auf Mitnahmeeffekte bei Käuferinnen und Lieferantinnen unterzogen.
- **Zum „umgekehrten Erbbaurecht“:** Es ist möglich und sinnvoll, kommunale Vorkaufsrechte auf gemeinnützige (z.B. genossenschaftliche) Strukturen übertragbar zu machen und über rechtliche Regelungen wie z.B. ein umgekehrtes Erbbaurecht die Finanzierbarkeit von Heizungstausch und energetischer Sanierung zu verbessern, insbesondere auch für diejenigen Zielgruppen, die von Banken als nicht kreditwürdig eingestuft werden oder keine Kredite aufnehmen wollen.
- **Weitere Finanzierungsideen:** Zusätzlich können staatliche, öffentlich-rechtliche oder genossenschaftliche Garantiemechanismen rechtlich ermöglicht und/oder staatlich unterstützt werden, die z.B. Energie- und CO<sub>2</sub>-Einsparungen beleihbar machen oder alternative Sicherheiten bieten oder akzeptieren. Hier bietet sich ein großer und bisher undiskutierter und unerschlossener Raum für neue Finanz- und Absicherungsinstrumente.

## V-39 Handlungsfähigkeit der Kommunen durch auskömmliche Finanzierung stärken

Gremium: KV Hagen  
Beschlussdatum: 01.10.2024  
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

### Antragstext

1 Unsere Demokratie ist in Gefahr. In Thüringen ist die Partei eines Faschisten  
2 stärkste Kraft geworden und in der ganzen Bundesrepublik befindet sich die AfD  
3 im Höhenflug.

4 Der Frust über demokratische Parteien ist insbesondere dort hoch, wo es zu wenig  
5 Geld gibt. Dort wo vor Ort Schulen bröckeln, Straßen schon Jahre  
6 sanierungsbedürftig sind und politische Vorschläge am Geld scheitern – hier sind  
7 die Hochburgen der AfD und hier werden demokratische Stimmen immer leiser.

8 Um unsere Demokratie zu retten, brauchen wir handlungsfähige Kommunen.

9 Jede zweite Kommune sieht sich finanziell nicht in der Lage den Klimaschutz  
10 anzugehen. 15% der Kommunen können langfristig keinen ausgeglichenen Haushalt  
11 aufstellen, viele von Ihnen sind in der sogenannten Haushaltssicherung und  
12 können eigenständig überhaupt keine Investitionen tätigen. Selbst in  
13 Bundesländern wie Niedersachsen haben nur 10 von 400(!) Kommunen keine Schulden.  
14 Darüber hinaus belaufen sich die Investitionsrückstände auf 186,1 Milliarden  
15 Euro, allein um die kommunale Infrastruktur auf aktuellem Niveau zu halten. Kein  
16 Wunder, denn schon jahrelang investiert hier fast kein EU-Land so wenig wie  
17 Deutschland.

18 Für diese Lage ist auch die starre und unflexible Schuldenbremse verantwortlich,  
19 da die Kommunen die Schulden machen müssen, die Bund und Länder nicht aufnehmen  
20 dürfen. Gleichzeitig sind hohe Sozialausgaben eine wichtige Erklärung für  
21 Finanzschwäche. Denn dort, wo besonders viele Menschen für Leistungen berechtigt  
22 sind, sind häufig auch die Steuereinnahmen geringer. Hier geraten Kommunen in  
23 einen Teufelskreis, denn es fehlt das Geld, um in die Zukunft der Bewohner zu  
24 investieren.

25 Es muss etwas passieren, damit unsere Kommunen wieder allen Menschen ein gutes  
26 Leben ermöglichen und eine lohnende Zukunftsperspektive zeichnen zu können. So  
27 bekämpfen wir populistische Akteure und stärken die demokratischen Kräfte.

28 Die BDK fordert die Bundestagsfraktion und alle Grünen in  
29 Regierungsverantwortung dazu auf, Vorschläge zur Entlastung kommunaler Haushalte  
30 zu erarbeiten und sich parlamentarisch einzubringen mit dem Ziel, dass alle  
31 Kommunen wieder finanziell handlungsfähig im Sinne der kommunalen  
32 Selbstverwaltung werden. Maßnahmenpakete dabei sind:

- 33 1. Sozialaufgaben und weitere an die Kommunen übertragene Aufgaben müssen  
34 vollständig und im Sinne des Konnexitätsprinzip von den Ländern und dem  
35 Bund übernommen werden. Aufgrund diverser Finanzierungslücken, die hier  
36 bereits vorliegen, müssen sich Länder und Bund stärker engagieren.

37 Schnelle Entlastungen bei den Aufgaben des Sozialstaats, zum Beispiel den  
38 Kosten der Unterkunft, sind nötig.

39 2. Die Transparenz im Umgang mit öffentlichen Fördermitteln und Geldflüssen  
40 wird erhöht. Dazu wird die schon bestehende Förderdatenbank ausgebaut und  
41 die Förderungen an den tatsächlichen Bedürfnissen und der tatsächlichen  
42 finanziellen Leistungsfähigkeit ausgerichtet. Ebenfalls wird dies durch  
43 die Einrichtung eines Investitions- und Transformationsfonds umgesetzt,  
44 der Kommunalinvestitionen ausgiebig und insbesondere in strukturschwachen  
45 Gebieten fördert.

46 3. Die aktuell über Förderprogramme ausgeschütteten Gelder werden zukünftig  
47 vermehrt den Kommunen direkt zur Verfügung gestellt. Das spart Bürokratie  
48 und vereinfacht die zielgerechte Verwendung der Gelder. Insbesondere soll  
49 dies durch eine Stärkung der ungebundenen kommunalen Mittel erreicht  
50 werden. Dies wäre über eine nach Bedarf und nicht finanzieller  
51 Leistungsfähigkeit orientierte Verteilung des kommunalen Anteils an der  
52 Gewerbesteuer und den Gemeinschaftssteuern (z.B. Einkommenssteuer,  
53 Umsatzsteuer) umsetzbar.

54 4. Begleitend wird die Doppik auch für Bund und Länder eingeführt, um eine  
55 größere Transparenz hinsichtlich öffentlicher Vermögenswerte und Schulden  
56 zu erlangen. Die systemischen wie personellen Weichenstellungen sind  
57 vorzunehmen.

58 5. Hochverschuldete Kommunen stehen vor großen Herausforderungen, wenn sie in  
59 die Zukunft investieren wollen. Es müssen deshalb langfristige Lösungen  
60 gefunden werden, damit die Lebensverhältnisse in den Kommunen sich nicht  
61 strukturell auseinanderentwickeln. Hochverschuldete Kommunen müssen in die  
62 Lage versetzt werden, sich selbst zu helfen. Damit Kreditaufnahmen auch in  
63 Zukunft finanzierbar bleiben und Lasten verteilt werden, wäre eine  
64 Möglichkeit, sie bei der Finanzierung der Zinslast aus notwendigen  
65 Kassenkrediten zu unterstützen.

66 Allgemein bekräftigt und erneuert die BDK damit die Bestrebungen aus dem grünen  
67 Grundsatzprogramm, dem Bundestagswahlprogramm sowie dem Koalitionsvertrag der  
68 aktuellen Ampelkoalition zur Wiederherstellung und Wahrung der finanziellen  
69 Handlungsfähigkeit in den Kommunen.

## Begründung

    In Zeiten wachsender populistischer Bestrebungen muss Kommunalpolitik als Gesicht  
    der Demokratie vor Ort im Fokus aller Akteure stehen und von diesen größtmögliche  
    Unterstützung erfahren.

Die Sicherung gleichwertiger Lebensverhältnisse und der Zusammenhalt der kommunalen Familie ist durch die Krisenbewältigungen der letzten Jahre aus dem Fokus geraten. Dabei haben die letzten Krisen und das Erstarken der antidemokratischen Kräfte bereits gezeigt, wie wichtig die Handlungsfähigkeit der Kommunen für unsere Gesellschaft ist.

Statt sich auf gleichwertige Lebensverhältnisse hin zu bewegen, drohen die Kommunen in Deutschland weiter auseinanderzudriften und die Spaltung der kommunalen Familie schreitet voran. „Arme“ Städte

und Gemeinden mit hohen Schuldenbergen und überdrehten Steuer- und Gebührenschrauben rutschen im Wettbewerb gegen „reiche“ Kommunen mit auskömmlichen Steuereinnahmen immer tiefer ins Abseits. Sie verlieren bereits jetzt Bürger\*innen, Fachkräfte und Unternehmen an Kommunen, die den finanziellen Spielraum besitzen, um das Gemeinwesen zukunftsfähig zu gestalten. Dabei nimmt die Anzahl der „reichen“, also wirklich eigenständigen Kommunen, stetig ab und deutlich mehr als die Hälfte der Kommunen gibt an, keine Zukunftsinvestitionen tätigen zu können. Faktisch profitiert fast jede Kommune von einem anderen Finanzierungssystem – und die Schwächsten zuerst.

Finanzschwächere Kommunen befinden sich auf verschiedene Weise in kaum aufzuhaltenden Abwärtsspiralen, die dringend gestoppt werden müssen. Ein paar Beispiele:

- Finanzschwache Kommunen werden durch den Investitionsstau zunehmend schwerer belastet. – Kommunale Infrastruktur droht zunehmend zu zerfallen: Beim ÖPNV wird gespart, Straßen und Plätze werden nicht instandgehalten, Schwimmbäder werden geschlossen und nicht saniert. Schulgebäude bleiben im 20. Jahrhundert stehen, Bibliotheken werden eingespart und der Klimaschutz bleibt im Sparzwang stecken.
- Finanzschwache Kommunen sind bei der Verteilung von Landes- und Bundesmitteln oft benachteiligt. – Große Teile der Stadtentwicklung (und damit Verbesserungen der Lebensqualität vor Ort) geschehen aktuell durch Förderprogramme. Finanzschwache Kommunen haben aufgrund des Personalmangels (siehe oben) Schwierigkeiten damit, rechtzeitig oder sogar proaktiv qualitativ hochwertige Förderanträge zu schreiben. Außerdem können die Eigenmittel für Förderprogramme, die eigentlich notwendig wären, um aus der Misere herauszukommen, nicht immer aufgebracht werden. So geraten die schwächsten Kommunen gerade bei Zukunftsprojekten, wie Klimaschutz und Klimaanpassung ins Hintertreffen.
- Finanzschwache Kommunen versuchen kurzfristig alleine die Anforderungen zu erfüllen und büßen damit langfristig weitere Finanzmittel ein. – Finanzschwache Kommunen stabilisieren ihre kommunalen Haushalte in Ermangelung von Alternativen durch das Anheben von Gebühren und Steuern. Die Bürger\*innen werden dadurch stetig weiter belastet; weitere Einsparungen führen zudem zu einer Verschlechterung der Lebensqualität vor Ort. In der Folge wandern Unternehmen in andere Städte ab, wodurch sich die Finanzlage weiter zuspitzt.
- Finanzschwache Kommunen haben einen strukturellen Nachteil beim Anwerben von qualifizierten Verwaltungsmitarbeiter\*innen. – Das durch die ohnehin schon schlechte finanzielle Ausstattung erzeugte unattraktive Arbeitsumfeld verstärkt den schon existierenden Fachkräftemangel noch einmal dramatisch. Dieser Personalmangel sorgt für ein allgemeines Abrutschen der Lebensverhältnisse und ein damit noch unattraktiveres Arbeitsumfeld.
- Finanzschwache Kommunen können die Aufgaben, die bei Ihnen liegen nicht ausreichend erfüllen. – Finanzschwache Kommunen haben Schwierigkeiten, Hilfsangebote (z.B. aufsuchende Sozialangebote, Hilfen zur Pflege, (inklusive) Jugendhilfe, Ganztagsbetreuung in Kita und Schule, o.ä.) in ausreichender Menge und Qualität zu finanzieren, womit die Menschen länger in den Sozialsystemen bleiben, als notwendig wäre.

Die Verletzung des Prinzips der auskömmlichen Finanzierung pflichtiger Aufgaben hat in der Vergangenheit die Folgen des Strukturwandels verstärkt und für große Unterschiede in der Lebensqualität und Attraktivität von Regionen gesorgt. Wirksame Kontrollmechanismen und eine auskömmliche Finanzierung der pflichtigen Aufgaben in den Kommunen schon in der Gesetzgebung („Wer bestellt, bezahlt“) sind nötig.

Dabei halten wir die Finanzierung über Fördermittel des Bundes keineswegs immer für eine gute Alternative: Sie ist volkswirtschaftlich nicht zielführend, unter anderem, weil sie mit hohen Bürokratie-

und Kontrollaufwänden verbunden ist. Eine unmittelbare kommunale Verwendung der Mittel würde hingegen die Demokratie vor Ort stärken. Es ist daher als erster Schritt wichtig, dass es weiterhin einen zielgerichteten Bürokratieabbau bei kommunalen Förderprogrammen – etwa durch einen ausdauernden Einsatz für schlanke Richtlinien, zentrale Förderplattformen und digitale Antrags- und Bewilligungsverfahren – gibt.

Es reicht nicht, unsere Kinder vor fiskalischen Schulden zu schützen, ihnen aber eine marode Demokratie und Infrastruktur aufzubürden – und eine unbewohnbare Welt. Das Gegenteil ist der Handlungsauftrag von Politik: Die Vision einer nachhaltig lebenswerten Welt im Heute mit einer langfristig auskömmlichen Finanzierung zu hinterlegen, um durch kluge Investitionen das Versprechen einer sozialökologischen Transformation Realität werden zu lassen.

Die Bekämpfung der Klimakrise, die Verteidigung der Demokratie und die Gestaltung der offenen Gesellschaft entscheidet sich vor Ort. Hier wird für Bürger\*innen sichtbar, welche Rolle die öffentliche Hand im eigenen Leben spielt und wie wir durch ein starkes Gemeinwesen vorankommen. Dafür muss es in allen Kommunen wieder vorwärts gehen!

Dies ist ein Antrag aus der Projektgruppe "Klamme Kommunen".

## V-40 Demokratie braucht Luft zum Atmen

Antragsteller\*in: Sabine Hebbelmann (KV Odenwald-Kraichgau)  
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

### Antragstext

- 1 Artikel 20 Abs. 1 des Grundgesetzes bezeichnet die Bundesrepublik Deutschland  
2 als demokratischen und sozialen Bundesstaat – ein klarer Auftrag, das Gemeinwohl  
3 über Interessen von Lobbygruppen und Wirtschaftsverbänden zu stellen und sich an  
4 der demokratischen Willensbildung und Selbstbestimmung der Gesellschaft zu  
5 beteiligen.
- 6 Politische Willensbildung in Parteien, Initiativen und Bewegungen auch zwischen  
7 den Wahlen und das offene Infragestellen überkommener gesellschaftlicher Normen  
8 sind Grundvoraussetzung für demokratische Weiterentwicklung. Die Grundrechte auf  
9 freie Meinungsäußerung, politische Vereinigungsfreiheit und Schutz vor  
10 Benachteiligung aufgrund politischer Anschauungen sind Konsequenzen aus der  
11 Überwindung des Faschismus.
- 12 Dass eine bloß formale Demokratie des Staates keinen Bestand hat, wenn sie nicht  
13 in die soziale Demokratie der Gesellschaft verwandelt wird, hat das Ende der  
14 Weimarer Republik gezeigt.
- 15 Die aktuellen Krisen dürfen nicht zu einer Behinderung der demokratischen  
16 Weiterentwicklung führen, denn ein Weiter-So führt uns nur näher an den Abgrund.
- 17 Konkret schließen wir uns der breiten Kritik von Gewerkschaften und  
18 Beamtenverbänden an der Aushöhlung der Rechtsstaatlichkeit durch die jüngste  
19 Änderung des Bundesdisziplargesetzes an. Keine Gesinnungsschnüffelei und  
20 Berufsverbote wie in den 70ern!
- 21 Ebenso teilen wir die massive Kritik am Sicherheitspaket der Ampel, das einen  
22 radikalen Abbau von Grundrechten und flächendeckende biometrische Überwachung  
23 vorsieht. Polizei und Migrationsbehörden darf nicht erlaubt werden, alle  
24 Gesichtsfotos im Internet zu speichern und zu nutzen.
- 25 Klimaaktivist\*innen, die durch gewaltfreie Aktionen die Regierung an die  
26 Einhaltung von Klimaabkommen erinnern, dürfen nicht zu Terroristen erklärt oder  
27 in Präventivhaft genommen werden.
- 28 Ein Demokratiefördergesetz, das den Namen verdient, muss die Zivilgesellschaft  
29 insgesamt stärken. Dazu gehört, die finanzielle Unabhängigkeit und freie  
30 Betätigung von Nichtregierungsorganisationen mit der in Aussicht gestellten  
31 Reform des Gemeinnützigkeitsrechts zu stärken anstatt unter dem Schlagwort  
32 „Wehrhafte Demokratie“ Bürger\*innen für „Beobachtung und Repression“  
33 einzuspannen.
- 34 Der Verfassungsschutz darf seine Berichte nicht dafür missbrauchen, Medien unter  
35 Druck setzen.
- 36 Eine Resolution des Bundestags zum Schutz jüdischen Lebens in Deutschland muss  
37 das Demonstrationsrecht und die Freiheit von Kunst, Kultur und Wissenschaft

- 38 achten. Sie sollte sich gegen tatsächliche Judenfeindlichkeit wenden und nicht  
39 gegen berechnete Kritik an der israelischen Regierung.

## Begründung

### Hintergrund

Sozialen und progressiven Politikansätzen stehen unter den Bedingungen der bestehenden Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung mächtige Wirtschaftsinteressen und Beharrungskräfte gegenüber. Zu den Lehren der Weimarer Republik gehört, dass die Demokratie ausgehebelt werden kann, wenn nur die staatliche Verfasstheit geschützt anstatt das Allgemeininteresse in einer lebendigen Demokratie gefördert wird.

Es war ein demokratischer und sozialer Aufbruch. In den Anfangsjahren der Weimarer Republik wurden Sozialreformen umgesetzt, Frauen erhielten das Wahlrecht und Bezieher\*innen von Armenunterstützung waren bei den Wahlen nicht länger ausgeschlossen. Die Arbeiterbewegung bekam enormen Zulauf. Kunst, Wissenschaft und ihre Lehre waren frei, eine Zensur fand nicht mehr statt. So konnte sich die Kultur entfalten.

Der Finanzbedarf für den Ausbau der Sozialpolitik und den Abbau der Kriegslasten war groß. Eine neue Reichsabgabenordnung umfasste eine Vermögens- und Erbschaftssteuer und eine starke Steuerprogression. Die Gegenbewegung blieb nicht aus. Vor allem bisher Privilegierte widersetzten sich der Veränderung. Es kam zu Kapitalflucht und Steuerhinterziehung. Mit der Steuerreform von 1925 wurden Bestandteile der Reform rückgängig gemacht und Steuersätze gesenkt.

Die Militärführung, die später Hitler zur Macht verhalf, lenkte mit der Dolchstoßlegende die Schuld für ihre Niederlage auf Demokrat\*innen, Kommunist\*innen und oppositionelle „vaterlandslose“ Zivilist\*innen und konstruierte „innere“ und „äußere Reichsfeinde“. Diese Propagandalügen wurden von der deutschvölkischen Szene ausgeschlachtet und fanden Resonanz auch in konservativen bürgerlichen Kreisen.

Das Republikschutzgesetz verbot ab 1922 Organisationen, die sich gegen die „verfassungsmäßige republikanische Staatsform“ richteten sowie deren Druckerzeugnisse und Versammlungen. Ein eigener Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik wurde eingerichtet.

Während der Weltwirtschaftskrise 1929 drosselten die monopolisierten Konzerne die Produktion, was zu Entlassungen und Massenerwerbslosigkeit führte.

Die wirtschaftliche Macht verschmolz mit der noch unter dem Einfluss des preußischen Militarismus stehenden politischen zur NS-Diktatur. Parteien und Vereine wurden verboten, Medien gleichgeschaltet und moderne Kunst als „entartet“ diffamiert.

Dem industriellen Massenmord an Jüdinnen und Juden ging die Beseitigung politischer Oppositioneller voraus. Für die Kriegsproduktion wurden Zwangsarbeiter deportiert, entmenslicht und durch Arbeit vernichtet.

Mit der Befreiung vom Faschismus machten sich die Alliierten der Anti-Hitler-Koalition Gedanken um eine Nachkriegsordnung, die dauerhaft Frieden sichern und ein Neuaufkommen des Faschismus verhindern kann. Zu den Konsequenzen sollte auch die Zerschlagung des Chemie-Kartells IG Farben gehören, das maßgeblich an den NS-Verbrechen beteiligt war und von dem heute noch die Konzerne Bayer, BASF und Sanofi-Aventis bestehen.

### Quellen:

Bundesdisziplinargesetz: Ja zum Anliegen, Nein zur Methode

<https://www.gew.de/aktuelles/detailseite/ja-zum-anliegen-nein-zur-methode>

Grundrechte-Abbau: Massive Kritik am Sicherheitspaket der Ampel

<https://netzipolitik.org/2024/grundrechte-abbau-massive-kritik-am-sicherheitspaket-der-ampel/>

Umgang mit Klimaaktivisten – Warum Bayerns Präventivhaft strittig ist

<https://www.tagesschau.de/inland/gesellschaft/praeventivhaft-klima-protest-bayern-101.htm>

Allianz Rechtssicherheit für politische Willensbildung – Vereine schreiben wegen Gemeinnützigkeit an Bundeskanzler Olaf Scholz

<https://www.zivilgesellschaft-ist-gemeinnuetzig.de/vereine-schreiben-wegen-gemeinnuetzigkeit-an-bundeskanzler-olaf-scholz/>

Demokratiefördergesetz: "Diejenigen, die den Staat verhöhnen, müssen es mit einem starken Staat zu tun bekommen"

<https://www.zeit.de/2024/09/demokratiefoerdergesetz-nancy-faeser-lisa-paus-rechtsextremismus>

Medien wehrten sich gegen den Vorwurf prorussischer Propaganda – jetzt korrigiert Bayerns Verfassungsschutz seinen Bericht

<https://www.nzz.ch/international/medien-wehrten-sich-gegen-propaganda-vorwurf-jetzt-korrigiert-bayerns-verfassungsschutz-seinen-bericht-ld.1848134>

Prozess: junge Welt vs. Staat

<https://www.jungewelt.de/prozess/>

Kritik an Antisemitismusresolution: Für eine freie Kunst, eine unabhängige Wissenschaft und eine lebendige Zivilgesellschaft

<https://www.rav.de/publikationen/mitteilungen/mitteilung/fuer-eine-freie-kunst-eine-unabhaengige-wissenschaft-und-eine-lebendige-zivilgesellschaft-der-rav-schliesst-sich-der-breiten-kritik-an-dem-inhalt-der-resolution-des-bundestages-zum-schutz-juedischen-lebens-in-deutschland-an-1061>

Wolfgang Abendroth, Zur Funktion der Gewerkschaften in der westdeutschen Demokratie

## **weitere Antragsteller\*innen**

Detlef Wilske (KV Berlin-Lichtenberg); Ralf Henze (KV Odenwald-Kraichgau); Kathrin Weber (KV Bielefeld); Klemens Griesehop (KV Berlin-Pankow); Michael Mirbach (KV Grafschaft Bentheim); Ali Demirhan (KV Herzogtum Lauenburg); Anna Katharina Boertz (KV Celle); Ulrich Gundert (KV Reutlingen); Peter Meiwald (KV Ammerland); Reiner Hennig (KV Nürnberg-Stadt); Uta Lentföhr-Rathjen (KV Neumünster); Clara-Sophie Schrader (KV Berlin-Pankow); Wilhelm Achelpöhl (KV Münster); Bettina Deutelmöser (KV Stade); Sigrid Pomaska-Brand (KV Märkischer Kreis); Wolf-Christian Bleek (KV Starnberg); Zohra Mojadeddi (KV Hamburg-Wandsbek); Matthias Henneberger (KV Wunsiedel); Manuela Braun (KV Rastatt/Baden-Baden); sowie 30 weitere Antragsteller\*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.



## V-41 Humanitäre Hilfe ist kein Verbrechen

Antragsteller\*in: Gorden Isler (KV Hamburg-Nord)  
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

### Antragstext

- 1 Die 50. Bundesdelegiertenkonferenz fordert den neu gewählten Bundesvorstand von
- 2 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie die grüne Bundestagsfraktion auf, in der gemeinsamen
- 3 Koalition mit SPD und FDP Einvernehmen dahingehend herzustellen, dass das
- 4 zuletzt beschlossene Gesetz zur Verbesserung der Rückführung korrigiert und
- 5 dahingehend Rechtssicherheit hergestellt wird, indem ein Tatbestandsausschluss
- 6 für Fälle humanitärer Unterstützung eingeführt wird, wie er den Mitgliedstaaten
- 7 der EU ausdrücklich in Art. 1 Abs. 2 der Richtlinie 2002/90/EG ermöglicht wird.
- 8 Der Kriminalisierung der zivilen Seenotrettung und der humanitären Hilfe für
- 9 schutzsuchende Menschen an Land stellt sich unsere Partei weiterhin geschlossen
- 10 entgegen und schafft Rechtssicherheit für diese Position.

### Begründung

Zahlreiche engagierte Menschen setzen sich in der Europäischen Union dafür ein, Menschen auf dem Mittelmeer vor dem Ertrinken zu retten und schutzsuchenden Menschen an Land humanitäre Hilfe zu leisten. Dies ist eine menschenrechtsbasierte Antwort auf das Scheitern der europäischen Migrationspolitik und hat tausende Menschenleben gerettet. Diese Bemühungen verdienen politische Rückendeckung und Unterstützung.

Trotz des humanitären Einsatzes vieler Menschen und Organisationen hat die Europäische Union versäumt, sichere Fluchtwege zu schaffen und eine solidarische Flüchtlings- und Migrationspolitik zu etablieren. Stattdessen erschweren restriktive Maßnahmen den Weg für schutzsuchende Menschen und verschärfen die humanitäre Krise weiter. So ist die Zahl ertrunkener Menschen im Mittelmeer im Jahr 2023 im Vergleich zum Vorjahr erneut deutlich angestiegen. Diese Politik führt zu einer systematischen Entrechtung und Kriminalisierung von Menschen auf der Flucht.

Eine reale Gefahr für die Kriminalisierung humanitärer Hilfe geht inzwischen auch konkret von einem Gesetz aus, das in diesem Jahr in Deutschland in Kraft getreten ist: Das Gesetz zur Verbesserung der Rückführung, das die Koalition aus SPD, BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN und FDP im Bundestag beschlossen hat. Dieses Gesetz erstreckt den Straftatbestand des § 96 Abs. 4 Aufenthaltsgesetz (AufenthG) auf Fälle altruistischer Hilfeleistung bei der unerlaubten Einreise in die EU oder den Schengen-Raum. Ursprünglich war dieser Straftatbestand nur für Schleuser konzipiert, die für ihre Dienste Entgelte verlangen. Nun jedoch bringt das Gesetz auch zivile Seenotretter\*innen in die Gefahr, kriminalisiert zu werden, wenn sie ausgerechnet unbegleitete minderjährige Geflüchtete retten und in einen sicheren Hafen bringen.

Dieser Tatbestand schafft erhebliche Rechtsunsicherheiten, mit konkreten Auswirkungen auf die Präsenz der Seenotrettungsorganisationen auf dem Mittelmeer. [Prof. Dr. Aziz Epik](#), Juniorprofessor für Strafrecht, Internationales Strafrecht und Kriminologie an der Universität Hamburg, warnt: „Eine abweichende Rechtsauffassung kann hier nur vertreten, wer die Augen vor der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs verschließt. Dieser vertritt nämlich die Position, dass die ausdrückliche Bezugnahme in § 96 Abs. 4 AufenthG auf § 96 Abs. 2 AufenthG zur Konsequenz hat, dass es nicht darauf ankommt, ob die Hilfeleistung aus eigennützigen oder altruistischen Motiven erfolgt. Natürlich kann

man als Gesetzgeber darauf hoffen, dass der Bundesgerichtshof diese Position einschränkt. Aber eine rechtssichere Regelung sieht anders aus.“

Es ist inakzeptabel, dass humanitäre Helfer\*innen kriminalisiert werden. Wir fordern daher ausdrücklich eine umgehende Korrektur des sog. Rückführungsverbesserungsgesetzes, um diese Rechtsunsicherheiten zu beseitigen. Nur so kann gewährleistet werden, dass Menschenrechte universell und unteilbar sind und humanitäre Hilfe nicht unter Strafe gestellt wird.

#### Quellen und öffentliche Berichterstattung

- (1) [Art. 1 Abs. 2 der Richtlinie 2002/90/EG](#)
- (2) [Hilfsorganisation warnt vor möglicher Kriminalisierung der Kinder-Seenotrettung](#)
- (3) [Kriminalisierung der zivilen Seenotrettung durch das Rückführungsverbesserungsgesetz?](#)
- (4) [Rückführungsverbesserungsgesetz: Humanitäre Hilfe droht weiterhin kriminalisiert zu werden](#)

#### **weitere Antragsteller\*innen**

Anna Katharina di Bari (KV Bochum); Antje Möller (KV Hamburg-Eimsbüttel); Johannes Mihram (KV Berlin-Mitte); Ocean Renner (KV Nordfriesland); Cim Kartal (KV Bielefeld); Jenny Brunner (KV Dortmund); Jonathan Philip Aus (KV Berlin-Neukölln); Svenja Borgschulte (KV Berlin-Pankow); Jan Schmid (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Oliver Groth (KV Regensburg-Stadt); Alske Rebekka Freter (KV Hamburg-Nord); Astrid Platzmann-Scholten (KV Bochum); Michael Gwosdz (KV Hamburg-Eimsbüttel); Birgit Vasiliades (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Miriam Block (KV Hamburg-Harburg); Claudia Hammerbacher (KV Nürnberg-Stadt); Isabella Emilia Sophia Mc Nicol (KV Wetterau); Helena Jamal (KV Essen); Anna Gallina (KV Hamburg-Eimsbüttel); sowie 140 weitere Antragsteller\*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.

## V-42 "Im Namen der Natur" - Die Natur als Rechtssubjekt im Rechtssystem verankern

Antragsteller\*in: Jörg Rostek (KV Münster)

Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

### Antragstext

- 1 Die GRÜNEN bekennen sich zu den Rechten der Natur und wirken darauf hin, dass
- 2 die Natur als eigene Rechtspersönlichkeit in das Rechtssystem der Bundesrepublik
- 3 Deutschland aufgenommen wird.

### Begründung

#### 1. Naturschutz ist Menschenschutz.

Der Mensch ist Teil der Natur. Die Würde des Menschen ist nur dann unantastbar, wenn die natürlichen Lebensgrundlagen und Ökosysteme intakt und regenerationsfähig bleiben. Die Coronakrise, die Klimakrise und die Artenkrise beweisen uns, wie trügerisch die Illusion der Trennung von Mensch und Natur ist. Wie angewiesen wir als Menschen auf ein intaktes ökologisches Umfeld sind, das die Würde und Freiheit des Menschen überhaupt erst zulässt. Es ist deshalb folgerichtig, diese wechselseitige Abhängigkeit politisch zu vertreten und juristisch in ausreichendem Maße anzuerkennen.

#### 2. Naturschutz ist Demokratieschutz

Demokratie braucht Freiheit. Die aktuellen Krisen, wie das Artensterben und die Klimakrise werden, wenn wir ihr nicht in ausreichendem Maße begegnen - insbesondere kommenden Generationen - demokratische Handlungsräume und damit Freiheit nehmen. Indem wir die Rechte der Natur bzw. die Natur als Rechtspersönlichkeit im Rechtssystem der BRD verankern, verteidigen wir diese Spielräume und tragen zum Erhalt der Demokratie in all ihren Facetten bei.

#### 3. Naturschutz ist Wirtschaftsschutz

Wirtschaft und Umwelt teilen ein gemeinsames Haus. Es ist nur schwer nachvollziehbar, warum Unternehmens- und Kapitalinteressen rechtlich ausreichend abgesichert sind, die Natur als Grundlage des Wirtschaftens und als Voraussetzung menschlicher Existenz ohne eigene Rechte ist und regelmäßig vor Gericht unterliegt. Eine soziale Marktwirtschaft ohne eine rechtliche Grundlage, die die Natur ausreichend vor Übernutzung schützt, kann langfristig weder den erforderlichen sozialen Ausgleich schaffen noch allgemein zukunftsfähig sein.

#### 4. Naturschutz ist Ugrün

Mit der Zustimmung zu diesem Antrag würden wir GRÜNE nicht nur die Abhängigkeit des Menschen von der Natur in seiner Absolutheit anerkennen, sondern eine Debatte aufgreifen, die bereits auf vielfältige Weise in Wissenschaft und Medien geführt wird. Als GRÜNE, deren Wurzeln weit in die Ökologie- Friedens- und Demokratiebewegung reichen, ist uns die Würde des Menschen und seine Freiheit ein hohes Gut. Deshalb sollten wir uns dieser Debatte stellen und sie fördern. Als Partei haben wir das notwendige Rechtswissen und die parlamentarische Erfahrung, um die Rechte der Natur in die Gesetze zu schreiben und damit die Versöhnung von Mensch und Natur juristisch in Angriff zu nehmen.

#### 5. Ein Zeichen des ökologischen Aufbruchs setzen

Die Debatte über die Verankerung der Rechte der Natur läuft weltweit bereits seit Jahrzehnten und hat sich bereits in zahlreicher Literatur und in Gesetzestexten, aber auch in richterlichen Entscheidungen

und Verfassungen niedergeschlagen. Zahlreiche Medien haben (auch in Deutschland) bereits darüber berichtet. Die NABU Bundesdelegiertenversammlung hat die Forderung nach den Rechten der Natur mehrheitlich beschlossen. Innerhalb der GRÜNEN aber auch innerhalb weiterer Organisationen und Initiativen wurde dazu bereits Wissen über das Vorhaben angehäuft, das eingebunden werden kann. Mit dem Vorhaben, die Rechte der Natur gesetzlich zu verankern, würden wir ein GRÜNES Zeichen des Aufbruchs setzen. Es wäre die Chance auf einen Schulterschluss mit all denjenigen, die wir durch die Kompromisse in der Ampelkoalition "verloren" haben. Wir würden damit ein politisches Ziel anbieten, das nicht nur den Herausforderungen der Zeit entspricht, sondern an zahlreiche Ökologie- Friedens- und Demokratiebewegungen anschlussfähig ist. Soziale Bewegungen und Gruppen von Fridays For Future bis hin zu Tierschutzvereinen oder Wandervereinen ist die Bewahrung der Natur ein hohes Gut, dass wir GRÜNE mit ihnen gemeinsam - mit allen Natur- und Heimatverbunden - milieuübergreifend angehen können.

Literaturhinweise:

Deutschlandfunk: Rechtssubjekt Natur - Wenn Flüsse, Seen und Tiere auf einmal klagen können

<https://www.deutschlandfunk.de/natur-als-rechtssubjekt-wenn-fluesse-seen-tiere-klagen-koennen-100.html>

Initiative Grundgesetzreform des Vereins "Netzwerk der Natur"

<https://www.rechte-der-natur.de/de/initiative-grundgesetzreform.html>

Stone, D. Christopher: Haben Bäume Rechte

<https://lesen.oya-online.de/texte/1653-haben-baeume-rechte-buchbesprechung.html>

Bosselmann, Klaus: Im Namen der Natur

<https://www.zvab.com/9783502170501/Namen-Natur-Weg-%C3%B6kologischen-Rechtsstaat-3502170509/plp>

## **weitere Antragsteller\*innen**

Dominik Schmitz (KV Münster); Ilka Sander-Maas (KV Münster); Katharina Foreman (KV Münster); Nicolas Sylvester Stursberg (KV Münster); Annika Tiessen (KV Münster); Dominic Brauner (KV Münster); Tim Lautner (KV Münster); Josef Berkemeyer (KV Steinfurt); Helle Sönneken (KV Hochsauerland); Marco Safar (KV Hamm); Sabrina Kiefer (KV Hamm); Peter Kruse (KV Hamm); Alexander Langer (KV Hamm); Ursula Uptmoor-Burwitz (KV Siegen-Wittgenstein); Richard Richter (KV Hamm); Gunter Affholderbach (KV Siegen-Wittgenstein); Michèle Doré (KV Hamm); Leandra Praetzel (KV Münster); Stefan Tigges (KV Münster); sowie 78 weitere Antragsteller\*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.

## V-43 Das Deutschlandticket attraktiv halten!

Antragsteller\*in: Finn Schwarz (KV Tübingen)  
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

### Antragstext

- 1 Die 50. BDK von Bündnis 90/Die Grünen spricht sich dafür aus, dass das
- 2 Deutschlandticket in seinem regulären, nicht ermäßigten Preis auf 49 Euro
- 3 zurückkehren muss.
- 4 Darüberhinaus müssen konkrete Schritte erarbeitet werden, um das Ticket im Preis
- 5 weiter zu senken. Ein Vorbild kann hier das Berlin-Abo der BVG sein (Ein Ticket
- 6 für 29 Euro pro Monat).
- 7 Die 50. BDK fordert weiter, dass sich die Bundestagsfraktion und Bundesvorstand
- 8 dafür einsetzen, dass das Deutschlandticket dauerhaft bestehen bleibt und
- 9 langfristig finanziert wird.
- 10 Das Deutschlandticket spielt eine wichtige Rolle, den ÖPNV nicht nur bezahlbarer
- 11 zu gestalten, sondern die Verkehrswende allgemein sozial gerechter zu machen.
- 12 Nebenbei trägt es dazu bei, den Verkehrssektor endlich umweltfreundlicher zu
- 13 gestalten.

### Begründung

Das Deutschlandticket ist eine Erfolgsgeschichte der Ampel! Als bundesweites bezahlbares Ticket trägt es dazu bei, dass der öffentliche Personennahverkehr nicht nur deutlich attraktiver wird, sondern auch die Verkehrswende zu beschleunigen. Es ist die Grundlage, um mit einem auszubauendem ÖPNV, umwelt- und klimafreundliche Mobilität zu sichern, und Lebensqualität über die soziale Daseinsfürsorgung zu halten. Von den günstigen Preisen profitieren Menschen in den Städten, im Umland und in den ländlichen Regionen. Das Ticket muss im Preis so gestaltet sein, dass weiterhin Menschen im großen Stil den klimafreundlichen ÖPNV nutzen. Es ist eine gute Lösung um uns deutschlandweit unkomplizierte Mobilität mit Bussen und Bahnen zu ermöglichen. Dafür brauchen wir günstige Preise und die dauerhafte Absicherung des Tickets !

Dazu kommen die vergleichsweise geringen Investitionskosten des Tickets für den Bund/ Länder. Der Erhalt des Tickets und die sozial gerechte Ausgestaltung ist also reiner politischer Wille. Und dem müssen wir zeigen - Mobilität darf nicht vom Einkommen abhängig sein! Ein bezahlbares Ticket ist nicht nur ausschlaggebend für sozialen Gerechtigkeit, sondern auch ein wirksames Instrument im Kampf gegen den Klimawandel.

### weitere Antragsteller\*innen

Miriam Kovacevic (KV Heidenheim); Richard Langer (KV Tübingen); Pauline-Sophie Dittmann (KV Tübingen); Dorothea Biersack (KV Tübingen); David Marx-Stölting (KV Tübingen); Klaus Pforr (KV Mannheim); Emil Gramm (KV Tübingen); Lars Galley (KV Tübingen); Astrid Griess (KV Pinneberg); Marieluise Wunsch (KV Tübingen); Moritz Pfeiffer (KV Tübingen); Peter Bering (KV Tübingen); Irmela Franjkovic (KV Tübingen); Tim Wichmann (KV Tübingen); Dominik Lindner (KV Tübingen); Bernward

Causemann (KV Tübingen); Katrin Stange (KV Pinneberg); Jan Schmid (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Detlef Wilske (KV Berlin-Lichtenberg); sowie 36 weitere Antragsteller\*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.

## V-44 Antrag auf Bereitstellung eines bundesweiten Forums

Antragsteller\*in: Edgar Schwarz (KV Rems/Murr)  
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

### Antragstext

- 1 1. Der Bundesvorstand wird aufgefordert, sobald wie möglich für  
2 Parteimitglied\*innen bundesweite Forumsgruppen zur Verfügung zu stellen, damit  
3 ein überregionaler Informations- und Meinungsaustausch tatsächlich wieder  
4 geschaffen wird. Wer wie vom Bundesvorstand angekündigt, Foren für Bürger  
5 einrichten will, zu denen Parteimitglied\*innen auch gehören, sollte eine  
6 schnelle und pragmatische Lösung für Parteimitglied\*innen nicht verweigern.
- 7 2. Wir beantragen, die verdigado eG (Eine IT-Dienstleisterin für alle  
8 Gliederungen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) mit der Administration des bestehenden  
9 Forums [discourse.netzbegruenung.de](https://discourse.netzbegruenung.de) zu beauftragen und den bundesweiten Teil  
10 wieder zu öffnen.  
11 Alternativ kann der parteimitgliederinterne Bereich von [das-gruene-forum.de](https://das-gruene-forum.de) (Vom  
12 Verein "Das Demokratische Forum e.V.") als offizielles Forum beschlossen werden.
- 13 3. Die Wiedereröffnung des bestehenden Forums durch verdigado eG sollte  
14 innerhalb von 2 Monaten abgeschlossen sein. Bei einer Kooperation mit [das-](https://das-gruene-forum.de)  
15 [gruene-forum.de](https://das-gruene-forum.de) kann nach Abschluss einer Vereinbarung zwischen den GRÜNEN und  
16 [das-grüne-forum.de](https://das-gruene-forum.de) gestartet werden.
- 17 Ziel des Forums ist, einen geregelten Austausch unter allen Parteimitglied\*innen  
18 zu ermöglichen.

### Begründung

Die Bereitstellung des Forums muss dringend erfolgen und sollte jetzt nach einigen Jahren endlich durchgeführt werden, damit eine bundesweite Vernetzung und Austausch gesichert ist.

Gerade aufgrund des Wahlkampfes zu den Bundestagswahlen 2025 ist eine bundesweite Kommunikation besonders wichtig.

Das Forum ist ein virtueller Platz zum Austausch und Archivierung von Informationen, aber auch Gedanken, Meinungen und Erfahrungen.

Es erleichtert den innerparteilichen Austausch und sollte die unübersichtlichen Mail-Listen, die nur unnötig die Postfächer überfüllen, ablösen.

### weitere Antragsteller\*innen

Eleonore Grabowski (KV Wesel); Andre Turiaux (KV München-Land); Birgitta Tremel (KV Schwerin); Michael Zywek (KV Nürnberg-Stadt); Hartmut Neubauer (KV Köln); Markus Müller (KV Duisburg); Johannes Methfessel (KV Karlsruhe); Michael Brandtner (KV Kiel); Sissi Knispel de Acosta (KV Barnim); Benedikt Winter (KV München-Land); Sabine Miksa (KV München); Martin Spieler (KV Reutlingen); Carolin Roth (KV Rostock); Philip Weiß (KV Kurpfalz-Hardt); Jörg Witzel (KV Hochtaunus); Dirk Paul

Finkeldey (KV Aurich-Norden); Wiebke Christin Nozulak (KV Stormarn); Colin Christ (KV Heilbronn); Karl Hertkorn (KV Sigmaringen); sowie 30 weitere Antragsteller\*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.



## V-45 Teilhabe an Wahlen für deutsche Staatsbürger\*innen im Ausland verbessern

Antragsteller\*in: Britta Kistenich (KV Berlin-Pankow)

Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

### Antragstext

- 1 Mehr als drei Millionen deutsche Staatsbürger\*innen leben kurz- oder langfristig  
2 im Ausland, davon etwa die Hälfte in Nicht-EU-Staaten.
- 3 Die einzige Möglichkeit für diese Menschen an Wahlen in Deutschland  
4 teilzunehmen, stellt die Briefwahl dar. Dies gilt sowohl für Personen, die noch  
5 in Deutschland gemeldet sind, als auch für Abgemeldete; mit dem Unterschied,  
6 dass sich nicht gemeldete Personen wieder in ein Wahlregister eintragen lassen  
7 müssen.
- 8 Bei der Durchführung der Briefwahl kommt es jedoch insbesondere im  
9 außereuropäischen Ausland zu flächendeckenden Problemen. Wahlunterlagen kommen  
10 oft gar nicht, oder so spät an, dass eine rechtzeitige Rücksendung nach  
11 Deutschland nicht mehr möglich ist. Teilweise werden die Unterlagen an die  
12 Meldeadresse geschickt, obwohl der aktuelle Wohnsitz im Ausland bei der  
13 Beantragung angegeben wurde. Zudem müssen Wahlberechtigte im Ausland den Versand  
14 der Wahlunterlagen selbst bezahlen, während dies im Inland kostenfrei ist. Zwar  
15 bieten viele deutsche Botschaften Kurierdienste an, jedoch wird vor Wahlen nicht  
16 ausreichend und proaktiv über diese Möglichkeit informiert. So werden unzählige  
17 dieser Wahlberechtigten unfreiwillig zu Nichtwähler\*innen.
- 18 Das allen deutschen Staatsbürger\*innen zustehende Wahlrecht nach Art. 38 I, II  
19 GG wird im Ausland lebenden Wahlberechtigten nicht in gleicher Weise  
20 gewährleistet, obwohl es nur an die Staatsangehörigkeit und nicht an den Wohnort  
21 anknüpft. Um die Wahlrechtsgleichheit zu gewährleisten, muss sich der Status Quo  
22 dringend ändern.
- 23 Bündnis 90/Die Grünen setzen sich dafür ein, die Teilnahme an Wahlen aus dem  
24 Ausland für alle nach Art. 38 I, II GG wahlberechtigten Personen zu erleichtern.  
25 Dazu werden rechtliche und logistische Möglichkeiten geprüft und  
26 weiterentwickelt, wie zum Beispiel:
- 27 • eine schnellere und zuverlässigere Versendung von Briefwahlunterlagen,  
28 insbesondere in Nicht-EU-Staaten
  - 29 • eine aktive Unterstützung deutscher Botschaften bei der Übermittlung der  
30 Wahlunterlagen zurück nach Deutschland, z.B. durch proaktives Informieren  
31 über den Kurierservice
  - 32 • eine Erstattung der Versandkosten, wenn aufgrund verspäteter Zustellung  
33 der Wahlunterlagen nur noch eine Expresszustellung einen rechtzeitigen  
34 Eingang der ausgefüllten Stimmzettel in Deutschland ermöglicht
  - 35 • eine elektronische Bestätigung, dass der Antrag auf Eintragung ins  
36 Wählerverzeichnis und/oder der Antrag auf Briefwahl bei der zuständigen  
37 Behörde eingegangen ist

## Begründung

Gemäß Art. 38 I, II GG ist „wahlberechtigt [...], wer das achtzehnte Lebensjahr vollendet hat“. Der aktuelle Wohn- oder Aufenthaltsort ist damit unerheblich. Es ist Aufgabe des Gesetzgebers und der Verwaltung sicherzustellen, dass jede\*r, dem dieses Recht zusteht, es auch wahrnehmen kann.

Jedoch werden Millionen von Wahlberechtigten unfreiwillig zu Nichtwähler\*innen, weil die Hürden für eine Teilnahme an Wahlen aus dem Ausland deutlich höher sind als für Wahlberechtigte im Inland. Dies betrifft Studierende im Auslandssemester, Arbeitnehmer\*innen, die ins Ausland entsandt wurden oder dort arbeiten, sowie Menschen, die ins Ausland gezogen sind, um bei Partner\*innen oder Familienangehörigen zu leben.

Bereits die 31. Bundesdelegiertenkonferenz (Rostock, 2009) hat beschlossen, die Teilnahme an Wahlen für Deutsche im Ausland zu erleichtern. Allerdings wurden die damals beschlossenen Forderungen entweder nicht umgesetzt oder haben die Situation nicht wesentlich verbessert. Es ist nun dringend notwendig, diese Problematik erneut anzugehen und effektive Lösungen zu finden.

Wir als Bündnis 90/Die Grünen stehen für eine Teilhabe möglichst vieler Menschen an unserer Demokratie. Dazu müssen auch Wahlberechtigte im Ausland zählen. Gerade in Zeiten, in denen unsere Demokratie zunehmend unter Druck gerät, ist es wichtiger denn je, allen Wahlberechtigten den Zugang zu Wahlen zu erleichtern und ihre politische Mitbestimmung sicherzustellen.

## weitere Antragsteller\*innen

Georg Atta Mensah (KV Berlin-Reinickendorf); Marie Charlotte Biergan (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Nicolas Völcker Ortega (KV Berlin-Lichtenberg); Nicolas Scharioth (KV Berlin-Pankow); Philipp Freisleben (KV Berlin-Spandau); Sabine Hawlitzki (KV Berlin-Pankow); Tanja Prinz (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Frank Schubert (KV Berlin-Pankow); Stefanie Lucht (KV Berlin-Mitte); Daniel Eliasson (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Peter Schaar (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Marei Zylka (KV Berlin-Reinickendorf); Johanna Martens (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Christian Fink (KV Berlin-Mitte); Ingeborg Hofer (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Maj-Britt Jungjohann (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Celina Harlacher (KV Karlsruhe-Land); Thorsten Schmid (KV Berlin-Pankow); Tonia Budelmann (KV Berlin-Pankow); sowie 30 weitere Antragsteller\*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.

**V-47** Wahre Kosten von Lebensmitteln - Besteuerung an ökologischen und gerechten Gesichtspunkten orientieren

Gremium: KV Münster  
Beschlussdatum: 22.02.2022  
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

## Antragstext

Wir fordern eine Veränderung und Anpassung des Umsatzsteuergesetzes in Hinblick auf die Besteuerung des Verkaufs von Lebensmitteln.

Zu diesem Zweck wollen wir als Kreisverband diesen Antrag als V-Antrag in die Bundesdelegiertenkonferenz einbringen.

Der Steuersatz von 7% bzw. 19 % soll nicht mehr auf die bisher üblichen Lebensmittelgruppen angewendet werden, sondern es soll im Sinne eines ökologischen Steuerungsinstruments in Anlehnung an die Höhe der externalisierten Kosten, sowie nach gesundheitlichen und ethischen Aspekten unterschieden werden. Dabei soll im Kern die MwSt. auf pflanzliche Lebensmittel gesenkt und auf tierische Lebensmittel erhöht werden.

Als mögliche Arbeitsgrundlage würden wir folgendes Modell beispielhaft für eine zugleich sinnvolle und dennoch unkomplizierte Umbesteuerung vorschlagen:

Es könnte eine Einteilung in drei Gruppen vorgenommen werden, für die die folgenden Steuersätze gelten (konform zur Mehrwertsteuersystemrichtlinie, Artikel 98 in Verbindung mit Anhang 3):

- Bio-zertifizierte, pflanzliche Lebensmittel: 0%
- Nicht Bio-zertifizierte, pflanzliche Lebensmittel: 7%
- Tierische Lebensmittel: 19%

Als "Bio-zertifiziert" gilt eine Zertifizierung nach der EG-Öko-Verordnung 834/2007 der EU.

Als tierische Lebensmittel sind hierbei all diejenigen Produkte zu deklarieren, zu deren Inhaltsstoffen ein tierisches Erzeugnis gehört (z.B. Vollmilchschokolade, Eiernudeln, Pizza etc.).

Gleichzeitig ist es selbstverständlich erforderlich, externe Kosten in der Landwirtschaft und Lebensmittelproduktion möglichst zu internalisieren.

Weiterhin sollte überprüft werden, ob im Rahmen der Umbesteuerung auch gleichzeitig der Themenkomplex der Tierwohlabgabe mitbehandelt werden könnte. Die Tierwohlabgabe meint eine zweckgebundene Abgabe (von z. B. 20-50 Cent/kg) auf konventionelle, tierische Produkte, die direkt in den Umbau der Nutztierhaltung einfließt.

## Begründung

Eine Differenzierung der Mehrwertsteuersätze mit einer Begünstigung von pflanzlichen Nahrungsmitteln und insbesondere von Obst, Gemüse und Hülsenfrüchten - wie vom Wissenschaftlichen Beirat für Agrarpolitik, Ernährung und gesundheitlichen Verbraucherschutz (WBAE) beim BMEL und der Zukunftskommission Landwirtschaft empfohlen - ist im Hinblick auf gesundheitliche, ökologische und Tierwohl-Aspekte ein guter Ansatz, um nachhaltigere Ernährungsstile zu unterstützen. Der Ansatz ist grundsätzlich im Bundestagswahlprogramm der GRÜNEN zur Wahl 2021 angelegt gewesen und sollte auch gegenüber den Koalitionspartner\*innen in Berlin forciert weiterverfolgt werden.

Für eine Besteuerung nach ökologischen, ethischen und gesundheitlichen Kriterien sprechen folgende Gründe:

1. Der hohe Flächenbedarf der Nutztierhaltung stellt ein erhebliches Problem für den Natur- und Artenschutz dar. Für die Produktion tierischer Nahrungsmittel werden 75% der weltweit landwirtschaftlich genutzten Fläche (Grünland- und Ackerflächen) benötigt - auf gerade einmal 11% werden pflanzliche Lebensmittel zum direkten Verzehr angebaut. Dabei belasten gestörte Stoffkreisläufe (z.B. Anfall großer Mengen Stickstoff durch Aggregation hoher Tierbestände in Veredelungsregionen) Grundwasser, Böden und Konkurrenzgefüge in Ökosystemen. Der Eintrag von Pflanzenschutzmitteln führt zudem zu direkten Verlusten an Artenvielfalt. Allein in Deutschland könnten durch eine grünland- und restebasierte Fütterung erheblich verringerter Nutztierbestände 44% der Ackerfläche frei werden und für den direkten Anbau von Lebensmitteln oder dringend benötigte Naturschutzflächen genutzt werden.
2. Zudem entstehen wesentliche Emissionen der klimawirksamen Gase CO<sub>2</sub>, Methan und Lachgas durch die Intensivtierhaltung, was diese zu einem relevanten Treiber des Klimawandels macht (14,5% aller Treibhausgase entstehen durch die Produktion tierischer Lebensmittel). Ein überaus effektiver Weg, die auf diese Weise entstehenden Treibhausgase zu minimieren, besteht somit in einer Verringerung der Anzahl der gehaltenen Tiere und damit einer Verringerung des Konsums von Fleisch, Milch und Eiern.
3. Im Übrigen stellt die Tierhaltung eine enorme Belastung für die Süßwasserversorgung im Angesicht der globalen Wasserknappheit dar. Etwa 1/3 des deutschen landwirtschaftlichen Wasserverbrauchs wird für die Erzeugung tierischer Produkte genutzt. Der Wasserverbrauch bei der Herstellung von Futtermitteln wird hierbei nicht mit eingerechnet.
4. Des Weiteren sind gesundheitliche Aspekte relevant:

Ein wesentlicher Risiko- bzw. auch Protektivfaktor vieler Erkrankungen (wie z.B. Diabetes mellitus Typ 2, Herzinfarkt, Schlaganfall, verschiedene Krebserkrankungen...) besteht in der Ernährung. Der wichtigste Grundbaustein einer gesunden Ernährung sind pflanzliche Lebensmittel, die reich an Vitaminen und Ballaststoffen sind.

Eine Vergünstigung eben dieser Produkte kann zu einer gesünderen Ernährung motivieren. Diese indirekte Förderung einer vegetarisch- veganen Ernährung kann somit ein Baustein sein, um ernährungsbedingte Wohlstandserkrankungen (verursachen aktuell rund 17 Mrd. Euro Kosten jährlich) zu reduzieren, was wiederum dazu beitragen kann das stark strapazierte Gesundheitssystem zu entlasten.

Ebenso würde sich die verringerte Aufnahme von Cholesterol und ungesättigten Fettsäuren durch eine Verminderung des Verzehrs tierischer Lebensmittel positiv auf die Gesundheit der Menschen auswirken. Die erhöhten Kosten für den Erwerb tierischer Produkte könnten dazu beitragen, den aktuell im

Bundesdurchschnitt deutlich zu hohen (etwa doppelt so hoch wie empfohlen) Fleischkonsum reduzieren.

5. Darüber hinaus sehen wir eine ethisch-moralische Verpflichtung (insbesondere domestizierten) Tieren gegenüber, den Konsum von Fleisch zu reduzieren! In der tierexperimentellen Forschung gilt das Prinzip der 3R: "Reduction, Refinement, Replacement" oder auf deutsch "Reduktion, Verbesserung, Ersatz". Das bedeutet, dass Tierversuche möglichst vermieden werden sollen. Wo sie nötig sind, sollte dann aber die Zahl der verwendeten Tiere minimiert und ihre Haltungsbedingungen optimiert werden, um ein Leiden soweit möglich zu verhindern. In Übertragung auf die Nutztierhaltung würden die steuerlichen Veränderungen genau diesem ethisch-moralisch gebotenen 3R-Prinzip entsprechen. Es würde ein Anreiz gesetzt, auf den Konsum tierischer Produkte zu verzichten oder ihn zu verringern und durch die Finanzierung einer zweckgebundenen Abgabe für tierische Produkte würden gleichzeitig verbesserte Haltungsbedingungen in tierhaltenden Betrieben erwirkt.
6. Hiervon würden nicht zuletzt die Landwirt\*innen profitieren, die in der bestehenden GAP-Förderung nach dem weiche-oder-wachse-Prinzip wirtschaften müssen und ohne finanzielle Unterstützung oft nicht in der Lage wären, die zum Umbau der Nutztierhaltung nötigen Investitionen zu tätigen.

Schließlich ist noch die Praktikabilität einer solchen Umbesteuerung anzuführen. Sie stellt ein relativ einfaches Mittel mit überschaubaren bürokratischen Hürden dar, um schädliche Subventionen abzubauen - und das ohne steuerliche Mehrbelastung der Bevölkerung.

Zum Hintergrund der als mögliche Arbeitsgrundlage oben im Antragstext getroffenen Einteilung in die drei Gruppen (0%, 7%, 19%):

Die externalisierten Kosten pflanzlicher Lebensmittel sind im Mittel deutlich geringer als die externalisierten Kosten tierischer Lebensmittel. Ebenso sind pflanzliche Nahrungsmittel im Vergleich zu tierischen Produkten tendenziell gesünder. Aus diesen Gründen sollte ein Unterschied zwischen pflanzlichen und tierischen Lebensmitteln gemacht werden.

Biologische Landwirtschaft leistet einen Beitrag zum (lebenswichtigen) Erhalt von Biodiversität und einer intakten Umwelt, führt zu einer geringeren gesundheitlichen Belastung der Menschen z.B. durch weniger Pestizide und sorgt ebenfalls für sehr viel geringere externalisierte Kosten. Diese Vorteile für die Allgemeinheit sollten honoriert werden, weshalb eine weitere Unterscheidung zwischen biologischer und konventioneller Landwirtschaft erfolgen sollte.

Von einer noch feineren Abstufung sollte abgesehen werden, um Bürokratie, Komplexität und Verwaltungsaufwand in Grenzen zu halten.

Gemäß der europäischen Mehrwertsteuersystemrichtlinie und um keine unnötige Verkomplizierung herbeizuführen sind wir bei den bekannten Steuersätzen von 7% und 19% geblieben.

Insgesamt darf eine Reform der Umsatzsteuer auf Lebensmittel nicht vom Grundproblem ablenken, dass bei landwirtschaftlichen Produkten und verarbeiteten Nahrungsmitteln externe Kosten internalisiert werden müssen. Eine Novellierung des Umsatzsteuerrechts kann daher nur ein erster Schritt sein und sie darf nicht das Problem der ohnehin bestehenden Unübersichtlichkeit des Umsatzsteuerrechts mit zahlreichen Ausnahmetatbeständen aggravieren, sondern sollte dieses Problem so gut wie möglich mindern.

## V-48 Social Media Offensive – gemeinsam stark in der digitalen Kommunikation

Antragsteller\*in: Sebastian Lützow (KV Bayreuth-Stadt)

Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

### Antragstext

Social-Media-Plattformen sind für viele Menschen zu einer zentralen Quelle für Information und Meinungsbildung geworden. Derzeit werden sie jedoch stark von der extremen Rechten dominiert. Dem wollen viele Grüne Mitglieder entgegenwirken. Dafür brauchen wir Strukturen und Abläufe, die effektiv und effizient Reichweite für grüne Themen generieren, ohne Einzelne übermäßig zu belasten. Bisher ist uns dies nicht ausreichend gelungen.

Deshalb fordern wir den Bundesvorstand auf, schnellstmöglich eine professionelle Analyse der aktuellen Lage sowie eine Rahmenstrategie zur Behebung der Schwachstellen zu entwickeln. Auf Grundlage dieser Strategie sollen Finanzmittel priorisiert bereitgestellt werden, um geeignete Strukturen, Prozesse und Personal aufzubauen. Die Strategie muss langfristig ausgelegt sein und durch ein entsprechendes Finanzierungskonzept sichergestellt werden.

Ein arbeitsfähiger Rahmen sollte bis Frühjahr 2025 vorliegen, um für den Bundestagswahlkampf zur Verfügung zu stehen. Dabei sollen folgende Kernziele umgesetzt werden:

1. Social-Media-Arbeit erleichtern:  
Informationsfluss verbessern – Fakten, Hintergründe, Rahmenerzählungen, Formulierungen und Hashtags zur Verfügung stellen.
2. Reichweite von Beiträgen verbessern:  
Mitglieder zur aktiven Teilnahme motivieren und Ressourcen zur Verbreitung grüner Beiträge stärken, community-basierte Ansätze ausbauen.
3. Politische Entscheidungen mit Social-Media-Kommunikation flankieren:  
Professionell abgestimmte Leitlinien für aktuelle politische Themen und Entscheidungen entwickeln, die die Erkenntnisse der Kommunikationspsychologie berücksichtigen.
4. Prognosen der Aktivitäten politischer Gegner\*innen nutzen:  
Kommunikation und Aktivitäten anderer politischer Akteur\*innen beobachten und antizipieren, proaktiv effektive eigene Botschaften dazu vorbereiten.
5. Zügig und effizient intern kommunizieren:  
Effiziente Kommunikationsstrukturen innerhalb der Partei etablieren, niederschwellige und sofortige Nutzbarkeit der Informationen auf allen Ebenen sicherstellen.
6. Wissen über Social Media und Kommunikationspsychologie in der Breite verbessern:  
Vermittlung fundierten Wissens über Algorithmen und adäquate Kommunikationsmechanismen durch regelmäßige Schulungen. Niederschwellige

- 37 Angebote wie technische Anleitungen und Privatsphäreschutz für Social  
38 Media bereitstellen.
- 39 7. Diskussions- und Entscheidungsräume für wertkonforme Social-Media-  
40 Aktivitäten schaffen:  
41 Foren und Gremien für Leitlinien im Spannungsfeld zwischen grünen Werten  
42 und digitaler Realität (z. B. personalisierte Werbung, Automatisierung,  
43 KI) etablieren.
- 44 Wenn wir diese Punkte umsetzen, haben wir eine echte Chance, die Stimmung auf  
45 Social Media zu verändern.

## Begründung

Den gesellschaftlichen Diskurs zurückgewinnen – durch gezielte Kommunikation und Mobilisierung

Das Netz steht am Scheideweg: Haben wir es bereits verloren oder haben wir noch die Chance, es zurückzugewinnen? Auf Social Media dominieren rechte Narrative, unterstützt durch menschliche Aufmerksamkeitsmechanismen, Algorithmen und ausländische Dienste - allen voran aus Russland. Die AfD setzt eine gut geplante Social-Media-Strategie ein, um gegen uns Stimmung zu machen. Auch andere Parteien und Teile der Medienlandschaft greifen uns mit Verzerrungen und Falschdarstellungen an – sowohl auf digitalen Plattformen als auch in den traditionellen Medien.

Unsere Herausforderung und unser Potenzial

Doch wir haben die Mittel, dagegenzuhalten: Im letzten Jahr konnten wir eine Rekordzahl an neuen Mitgliedern gewinnen, viele mit dem ausdrücklichen Wunsch, dem Rechtsruck entgegenzutreten – gerade auch auf Social Media. Wenn wir die im Antrag genannten Punkte verbessern, können wir dieses Potenzial aktivieren und eine starke Basis aufbauen, um den Diskurs positiv zu gestalten.

Jetzt handeln: Mobilisierung statt Frustration

Zunehmend machen sich Frustration und Resignation in unseren Reihen breit. Bei dem Hass, der im Netz verbreitet wird, ist das verständlich. Aber wir müssen uns selbst fragen: Haben wir die richtigen Mittel, um unsere Mitglieder zu motivieren und in aktives Handeln zu bringen? Strukturelle Probleme erschweren den Einsatz vieler engagierter Mitglieder und Mandatsträger\*innen. Trotz persönlichen Engagements fehlt eine einheitliche Strategie. Hier müssen wir ansetzen – unverzüglich, entschlossen und mit der nötigen Priorität.

Effizienz steigern, Strukturen verbessern

Finanzielle und personelle Investitionen in eine bessere Kommunikationsstrategie werden sich auszahlen. Der Erfolg unserer Kampagnen hängt nicht nur von guten Inhalten ab – sie müssen auch die notwendige Reichweite erzielen. Durch ineffiziente Strukturen wird oft doppelte Arbeit auf verschiedenen Ebenen der Partei geleistet, weil der Austausch fehlt. Eine bessere Struktur wird sich langfristig für alle lohnen.

Wir haben die Chance, die Reichweite unserer offiziellen Kanäle und die unserer Mitglieder deutlich zu steigern. Gute politische Arbeit zu leisten reicht nicht, wir müssen sie auch entsprechend gut kommunizieren – das haben die letzten Jahre klar gezeigt.

Obwohl die IT-Infrastruktur unserer Partei von Teilen der Basis als unzureichend wahrgenommen wird, ist sie explizit nicht Gegenstand dieses Antrags – sollte jedoch bei der Umsetzung bereits mitgedacht werden. Ein gut durchdachtes, zentrales IT-Konzept begleitet eine einheitliche Kommunikationsstruktur.

## Strategische Kommunikation: Menschen gewinnen, statt abzuschrecken

Neben der inhaltlichen Qualität müssen wir der psychologischen Komponente von Kommunikation mehr Raum geben. Veränderungen erzeugen oft Widerstände – das ist menschlich. Deshalb brauchen wir eine kluge und strategische Kommunikationsweise, die immer darauf ausgerichtet ist, die Menschen auch emotional und mit ihren Alltagssorgen mitzunehmen.

### Die Kernziele im Detail

Im Folgenden beleuchten wir die einzelnen Kernziele noch einmal genauer und bringen bereits bestehende Ideenvorschläge ein. Diese sind entsprechend nicht Teil des Beschlusses, sondern dienen lediglich als Anregungen für die Entwicklung der Lösungsstrategie – manches davon existiert sicher bereits, wird aber ggf. nicht effektiv eingesetzt.

#### 1. Social-Media-Arbeit erleichtern

##### Problem:

Das Erstellen hochwertiger Social-Media-Inhalte erfordert viel Zeit und Wissen. Besonders in kleineren Kreisverbänden fehlt oft die Kapazität, dies zu leisten. Zugleich werden die Ergebnisse der investierten Zeit nicht effizient für andere in der Partei zugänglich gemacht.

##### Zielstellung:

Die Erstellung von Beiträgen auf allen Verbandsebenen muss vereinfacht werden. Der Austausch und die Verwendung von Material, Hintergrundinfos und fertigen Beiträgen müssen effizienter erfolgen. Informationen zu Framing und Wording müssen stets hochaktuell zur Verfügung stehen.

##### Umsetzungsideen:

- Effiziente Kommunikationskanäle für Informations- und Materialaustausch etablieren, z. B. über geeignete Chatgruppen mit ausreichender Personalausstattung.
- Crowdsourcing innerhalb der Partei fördern: Einbindung der Basis als Creator\*innen, Moderator\*innen oder Testgruppen für Feedback-Schleifen.
- Existierende Tools und Plattformen wie das Wissenswerk und den Sharepic-Generator besser nutzen und weiter verbessern, neue Tools sowie Content-Datenbanken und eigene datenschutzkonforme KI-Plattformen erstellen.

#### 2. Reichweite von Beiträgen verbessern

##### Problem:

Grüne Inhalte werden zu wenig wahrgenommen und geteilt. Die Unterstützung durch Mitglieder und die Verbreitung auf mehreren Plattformen funktionieren unzureichend.

##### Zielstellung:

Mehr Mitglieder sollen durch geeignete Maßnahmen aktiviert werden, um grüne Inhalte in den sozialen Medien zu teilen und so deren Reichweite zu steigern. Auch reichweitenstarke Accounts außerhalb der "grünen Bubble" müssen gezielt einbezogen und effizienter verbreitet werden.



#### Umsetzungsideen:

- Zusammenarbeit mit grün-nahen, reichweitenstarken Accounts fördern. Diese Accounts haben eine hohe Glaubwürdigkeit und können andere Zielgruppen außerhalb der "grünen Bubble" ansprechen und grüne Themen positiv besetzen.
- Kampagne zur Aktivierung der eigenen Mitglieder und Community – über interne Kanäle, Off- und Online-Events, gezielte Werbekampagne auf Social Media selbst.
- Aktivierung von neuen Mitgliedern: Bei Parteieintritt sollte auch die Einbringung in Social Media aktiv gefördert werden.
- Community-basierte Ansätze wie das Konzept der Netzfeuerwehr ausbauen und mit deutlich mehr Ressourcen ausstatten.
- Kampagne „Patenschaft“ einführen, bei der Mitglieder langfristig und zielgerichtet aktuell strategisch besonders relevante grüne Accounts unterstützen.

### 3. Politische Entscheidungen mit Social-Media-Kommunikation flankieren

#### Problem:

Die Kommunikation politischer Entscheidungen ist in der Umsetzung oft zu langsam und zu zentralisiert. Viele Mitglieder können nicht aktiv kommunizieren, da klare Richtlinien fehlen, um eigenständig und zugleich im Einklang mit der angestrebten Kommunikationslinie zu handeln.

#### Zielstellung:

Parallel zur politischen Themensetzung und akuten politischen Entscheidungen müssen stets Social-Media-Strategien entwickelt und kontinuierlich angepasst werden. Leitlinien (Playbook) zur Social-Media-Kommunikation müssen professionell kommunikationspsychologisch abgestimmt sein. Sie sollten durchdachte Rahmenerzählungen (Framings) und Formulierungen (Wordings) umfassen und der gesamten Partei zugänglich gemacht werden.

#### Umsetzungsideen:

- Grundsätzliche Framings und Wordings auf einer Klausurtagung erarbeiten, unter Einbezug von Kommunikationspsycholog\*innen und Social-Media-Expert\*innen.
- Eine Taskforce gründen, die tagesaktuell auf politische Entscheidungen reagieren kann und ihr Agieren unverzüglich in die Breite der Partei streut.

### 4. Prognosen der Aktivitäten politischer Gegner\*innen nutzen

#### Problem:

Reaktionen auf Angriffe oder gegnerische Themensetzungen erfolgen zu spät. Informationen werden zu langsam verbreitet oder von den Mitgliedern aufgenommen.

#### Zielstellung:

Gegnerische Themen und Aktionen frühzeitig erkennen, um schneller reagieren oder sogar proaktiv handeln zu können. Social-Media-Monitoring, insbesondere rechter Strukturen, muss verbessert und beschleunigt werden. Die Ergebnisse müssen hochaktuell genutzt und intern verbreitet werden.

Umsetzungsideen:

- Intelligente Softwaretools zum Netzmonitoring und Social Listening einsetzen.
- Inhalte rechter Telegram-Gruppen auslesen und analysieren.
- Taskforce einrichten, die Risikoanalysen erstellt und Gegenmaßnahmen vorbereitet.

5. Zügig und effizient intern kommunizieren

Problem:

Interne Informationen erreichen die Basis zu langsam. Kommunikationslinien müssen schneller erarbeitet und verbreitet werden.

Zielstellung:

Zusätzlich zu 1., 3. und 4. muss auf aktuelle Entwicklungen schnell reagiert werden können. Dazu müssen Informationen von den informierten Kreisen in die Breite gegeben werden. Es muss effiziente Kommunikation zwischen Parteispitze und Basis hierzu aufgebaut werden.

Umsetzungsideen:

- Effektive Nutzung von Tools wie Signal, E-Mails und der Chatbegründung zur schnellen Verbreitung von Informationen.
- Taskforce für die Koordination der internen Kommunikation.

6. Wissen über Social Media und Kommunikationspsychologie in der Breite verbessern

Problem:

Wir befinden uns in einer herausfordernden Situation. Grüne Positionen werden häufig v. a. als belastend wahrgenommen und die Mechanismen überzeugender Kommunikation bisher zu wenig genutzt. Es mangelt an breitem Wissen über Social-Media-Algorithmen und Kommunikationspsychologie.

Zielstellung:

Wirksamkeit durch evidenzbasierte Professionalität. Fundiertes Wissen über Social Media und psychologische Kommunikationsmechanismen aufbauen, um Reichweite und Überzeugungskraft zu steigern. Bedenken zur Privatsphäre und persönlichen Sicherheit müssen adressiert werden.

Umsetzungsideen:

- Regelmäßige Schulungen und Webinare zu Algorithmen und Kommunikationstechniken anbieten, Erkenntnisse leicht zugänglich bereitstellen.
- Hochqualitative, niedrighschwellige technische Anleitungen bereitstellen.
- Webinare zur Aufklärung über Datenschutz in Social Media, Informationen zu z. B. Einsatz von anonymen Zweit-Accounts, Zweit-Handys für TikTok u. Ä.
- Webinare zum Schutz vor Hass und Hetze, Anzeigemöglichkeiten, Einbindung vorhandener Institutionen (z. B. Hateaid) und Hilfsangebote
- Externe Expert\*innen und reichweitenstarke grüne Akteur\*innen für die Webinare zu erfolgreicher Social-Media-Arbeit einbinden.

7. Diskussions- und Entscheidungsräume für wertkonforme Social-Media-Aktivitäten schaffen

**Problem:**

Technische und gesellschaftliche Entwicklungen bringen immer wieder neue Herausforderungen für die Demokratie und unsere Partei mit sich. Beispiele: Nutzung von TikTok, personalisierte Werbung, Automatisierung (bis hin zu Bots) oder der Einsatz von Werkzeugen mit KI.

**Zielstellung:**

Wir benötigen explizite Diskussionsforen, Zuständigkeiten und Entscheidungsgremien, um Leitlinien für die wertkonforme und dabei zugleich effektive Nutzung von Social Media zu beschließen. Während die Grüne Digitalpolitik die richtigen Ansätze verfolgt, um mit diesen Herausforderungen langfristig umzugehen, müssen wir als Partei einen konkreten Umgang damit in der aktuellen Situation finden.

**Umsetzungsideen:**

- Diskussionsforen und eine Klausurtagung einrichten, um erste Leitlinien zu entwickeln.
- Klare Zuständigkeiten festlegen, um Entscheidungen schnell und zielgerichtet zu treffen.

Wir sind überzeugt davon, dass umfangreiche Investitionen in diese Ziele unsere Schlagkraft entscheidend erhöhen.

Es ist höchste Zeit für diese Schritte – lasst sie uns mit der nötigen Entschlossenheit angehen!

## **weitere Antragsteller\*innen**

Aila Maria Cäcilia Banach (KV Bayreuth-Stadt); Solveigh Zieger (KV Mettmann); Astrid Griess (KV Pinneberg); Katrin Grünbaum (KV Fürth-Stadt); Susanne Heunisch (KV Rosenheim); Inga Weyel (KV Berlin-Neukölln); Katrin Stange (KV Pinneberg); Sarah Eisenberger (KV Bamberg-Land); Jonas Langlotz (KV Bamberg-Stadt); Edgar Schwarz (KV Rems/Murr); Elisabeth Kremer (KV Pinneberg); Thorben Thieme (KV Neuwied); Bettina Deutmoser (BV Bundesverband); Arne Babenhauserheide (KV Karlsruhe-Land); Esther Frey (KV Coburg-Land); Lisa Sophie Kreyerhoff (KV Borken); Maike Grügelsiepe (KV Pinneberg); Anne Christin Braun (KV Fürth-Stadt); Timm Schulze (KV Bamberg-Stadt); sowie 113 weitere Antragsteller\*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.

## V-49 Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz

Antragsteller\*in: Andreas Kleist (KV Coburg-Land)  
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

### Antragstext

- 1 Wir begrüßen es sehr, dass durch die Verabschiedung der EU-weiten Europäischen
- 2 Lieferkettenrichtlinie (CSDDD) ein Rahmen gesetzt wurde, durch den den
- 3 umfangreichen Menschenrechtsverletzungen und Umweltzerstörungen durch globale
- 4 Lieferketten allmählich Einhalt geboten werden kann.
- 5 Wir fordern die Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Sie Grünen und die Mitglieder
- 6 der Bundesregierung bei der Anpassung des deutschen
- 7 Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz (LkSG) an die Vorgaben der EU-weiten
- 8 Europäischen Lieferkettenrichtlinie (CSDDD) auf, die weitergehenden Vorgaben der
- 9 EU Richtlinie baldmöglichst und noch in dieser Legislaturperiode in deutsches
- 10 Recht umzusetzen, aber dabei die Zeitfristen des deutschen LkSG nicht zu
- 11 verschieben oder gar auszusetzen. Vielmehr sollten alle Unternehmen, die vom
- 12 deutschen Lieferkettengesetz erfasst sind auch im angepassten Gesetz erfasst
- 13 werden. Die Grundwerte von Bündnis90/Die Grünen sind dabei zu verwirklichen. In
- 14 den vorgeschriebenen Standards der Lieferketten sollten deutsche
- 15 Menschenrechtsstandards und Umweltstandards nicht unterschritten werden und die
- 16 zivile Haftung entsprechend Artikel 29 CSDDD sollte auch auf negative
- 17 Auswirkungen ausgeweitet werden, die von allen Geschäftspartnern der gesamten
- 18 Lieferkette verursacht werden.

### Begründung

Die weltweite Gütererzeugung gründet derzeit darauf, dass alle Produktionsverfahren, die durch Menschenrechtsverletzungen oder Umweltzerstörung kostengünstiger gemacht werden können, in Länder ausgelagert werden, in denen diese Standards unterhalb der deutschen Standards liegen.

Berechnungen haben ergeben dass jeder durchschnittliche Deutsche mit seinem Konsum weltweit etwa 30 bis 50 Menschen, darunter viele Kinder in sklavenähnliche Beschäftigungsverhältnisse zwingt und maßgeblich gravierende Umweltzerstörungen durch Rohstoffabbau und Anbau von Agrarprodukten verursacht. Sie sind letztlich wichtige Ursache der weltweiten Armut, von Hunger, Krankheit und Migration. Dies hat Oxfam in zahlreichen Studien zum Bananenanbau in Ecuador, zum Ananasanbau in Costa Rica, zu Wein aus Südafrika und Tee aus Indien immer wieder aufgezeigt. Aldi, Lidl, Rewe und Co müssen nur prüfen, ob sie selbst oder ihre direkten Zulieferer Menschenrechte verletzen. Sie behindern die Höherentwicklung der ärmeren Länder und schwächen deren Kaufkraft. Letztlich behindern die derzeitigen Zustände auch die wirtschaftliche Entwicklung der reichen Länder, da alle vor Ort produzierenden Betriebe und Staaten durch permanenten Kostendruck zur Absenkung der eigenen Sozial- und Umweltstandards gezwungen werden und ein fairer Warenaustausch mit den ärmeren Ländern durch deren mangelnde Kaufkraft behindert wird.

Alle freiwilligen Appelle an die handelnden Unternehmen scheiterten in der Vergangenheit, um dieser menschenverachtenden und umweltzerstörender Praxis entgegen zu wirken.

Die EU-weite Europäische Lieferkettenrichtlinie (CSDDD) wurde am 5.7.2024 veröffentlicht. Sie geht erfreulicherweise deutlich über das von der großen Koalition beschlossene nationale

Lieferkettengesetz hinaus und muss bis 26. Juli 2026 in nationales Recht umgesetzt werden. Federführend dafür ist das Ministerium für Arbeit und Soziales.

Das angepasste deutsche Gesetz kann nicht unter den Vorgaben der EU-weiten Europäischen Lieferkettenrichtlinie (CSDDD) liegen, kann aber jederzeit strengere Maßstäbe anlegen.

Laut Presseberichten hat sich das Wirtschaftsministerium dafür eingesetzt, das deutsche Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz aufgrund des Drucks der Wirtschaft vorläufig auszusetzen. Das spricht dafür, dass ein Teil der Wirtschaftslobbyisten alles daran tut, die Neufassung des deutschen Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes so schwach wie möglich gestalten zu wollen.

Es wird auf die Ausgestaltung dieser nationalen Vorschriften und Praxis ankommen, ob tatsächlich der durch die EU verursachten neokolonialen Ausbeutung Einhalt geboten wird oder ob das Gesetz nur zu schönfärbenden Berichten der Unternehmen wie bisher führt. Ein wichtiger Eckpfeiler dabei ist der Einbezug der gesamten Lieferkette und das zivile Haftungsrecht. Wenn das deutsche Gesetz Zivilklagen aller Beeinträchtigten der gesamten Lieferkette zulässt, werden die handelnden Konzerne tatsächlich konsequent Menschenrechte und Umweltschutz in ihrer Produktion berücksichtigen. Derzeit ist die gängige Praxis dieser Konzerne zwar über Preisdruck die Vorlieferanten in Ausbeutung und Umweltzerstörung zu zwingen selbst aber durch euphemistische Scheinvereinbarungen mit ihren Vorlieferanten dafür keinerlei Haftung zu übernehmen.

Beispielhaft könnte dann eine NGO oder betroffene Gewerkschaften Lidl verklagen aufgrund einer Schokolade die durch Vorlieferanten erzeugt wurde, die Regenwald abgeholzt und Kinderarbeit eingesetzt haben. Dann könnten Arbeiter\*innen, die auf Bananen, Ananas- oder Weinplantagen für unser Essen schuften, vor deutschen Gerichten Schadensersatz einklagen, zum Beispiel für Gesundheitsschäden durch den Einsatz hochgiftiger Pestizide. Damit könnte dann der derzeitigen menschenverachtenden und umweltzerstörenden Praxis ein Ende gesetzt werden.

Da die EU-Richtlinie Unternehmen mit 1000 Mitarbeitern aber unter 450 Millionen Umsatz nicht erfasst, das Deutsche aber schon, sollten bei der Anpassung diese Firmen mit den angepassten Europäischen Regeln eingeschlossen bleiben. Dies schon deswegen, weil die Europäische Lieferkettenrichtlinie eine Verschlechterung der bestehenden Gesetzes nicht zulässt und dann das geänderte deutsche Gesetz einer Klage vor dem Europäischen Gerichtshof nicht standhielte.

Eine Aussetzung des deutschen Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz würde den Wettbewerbsvorteil schmälern, den die deutschen Firmen durch die etwas frühere Implementierung der europäischen Regeln gewinnen würden, da das Gesetz ja insbesondere vom Ladentisch her Wirksamkeit entwickelt.

## **weitere Antragsteller\*innen**

Klemens Griesehop (KV Berlin-Pankow); Detlef Wilske (KV Berlin-Lichtenberg); Ralf Henze (KV Odenwald-Kraichgau); Kathrin Weber (KV Bielefeld); Matthias Striebich (KV Forchheim); Ali Demirhan (KV Herzogtum Lauenburg); Ulrich Gundert (KV Reutlingen); Andreas Müller (KV Essen); Jens Polster (KV Celle); Peter Meiwald (KV Ammerland); Uta Lentföhr-Rathjen (KV Neumünster); Clara-Sophie Schrader (KV Berlin-Pankow); Ralph Pies (KV Offenbach-Land); Bettina Deutmoser (KV Stade); Walther Moser (KV Freiburg); Sigrid Pomaska-Brand (KV Märkischer Kreis); Wolf-Christian Bleek (KV Starnberg); Sabine Hebbelmann (KV Odenwald-Kraichgau); Matthias Henneberger (KV Wunsiedel); sowie 42 weitere Antragsteller\*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.

## V-51 Unsere Heimat – sozial, gerecht, grün

Gremium: KV Warendorf KMV  
Beschlussdatum: 01.10.2024  
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

### Antragstext

1 Unser Land durch die Krisen wie den russischen Angriffskrieg, den  
2 demographischen Wandel, die Klimakatastrophe und den Artenkollaps, zu führen,  
3 erfordert enorme zivilgesellschaftliche, politische und volkswirtschaftliche  
4 Kraft. Das zeigt sich in der Stagnation der Wirtschaft, in anwachsender sozialer  
5 Ungerechtigkeit, in der Zunahme von Zukunftsangst und in der Bedrohung durch den  
6 Faschismus.

7 Die Herausforderungen sind vielfältig wie nie, was die Situation der  
8 öffentlichen Haushalte verschärft. Ob im Bund, in den Ländern oder in den  
9 Kommunen: Die Kassen sind angespannt, gleichzeitig ist der Investitionsbedarf  
10 hoch wie nie.

11 Auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene arbeiten wir Grüne konstruktiv und  
12 verantwortungsvoll daran, unsere Heimat durch diese Krise zu führen. Beim Lösen  
13 von Investitionsbremsen, durch Beschleunigung von Planungs- und  
14 Genehmigungsverfahren, dem Abbau bürokratischer Lasten achten wir auf die  
15 ausreichende Berücksichtigung von Umwelt- und Naturschutzbelangen und  
16 Arbeitnehmer\*inneninteressen sowie darauf, dass die Beteiligung von Bürger:innen  
17 nicht gravierend eingeschränkt wird, um Transparenz und Akzeptanz zu  
18 gewährleisten. Beim beschleunigten Aufbau einer klimaneutralen, günstigen und  
19 widerstandsfähigen Energieversorgung sehen wir bereits Erfolge, da gerade im  
20 Strombereich die Energiewende greift und Stromkosten sowie  
21 Treibhausgasemissionen stetig sinken.

22 Was bisher erreicht wurde, ist nichts mehr als ein Anfang. Nun kommt es auf uns  
23 Grüne an, jetzt die angehäuften Probleme der Vergangenheit zu lösen und die  
24 Problemlösung nicht weiter den nachfolgenden Generationen aufzubürden. Dazu sind  
25 insbesondere die Bundesregierung und die demokratischen Fraktionen im Bundestag  
26 gefordert, ihren Anteil zu leisten.

27 Der Investitionsbedarf der Republik in die klimaneutrale Transformation wird auf  
28 rund fünf Billionen Euro geschätzt, was jährlichen Zusatzinvestitionen von etwa  
29 191 Milliarden Euro entspricht. Die USA zeigen, mit dem Inflation Reduction Act,  
30 dass dadurch ein enormer Aufschwung möglich ist, von dem die Breite der  
31 Gesellschaft profitiert. Wir sollten diese Chance weder liegen lassen noch den  
32 Anschluss daran verpassen. Dies bedeutet aber auch, unseren Sozialstaat nicht zu  
33 schröpfen, sondern zu stärken. Die Sicherung der sozialen Infrastruktur ist  
34 entscheidend, um soziale Gerechtigkeit zu gewährleisten und nachhaltige  
35 Stabilität zu sichern. Wir müssen investieren; staatlich und privat. Allein mit  
36 Einsparungen in den laufenden Haushalten sind diese Summen nicht zu realisieren.

37 Gerade vor dem Hintergrund der in den letzten Jahren kaum gestiegenen Reallöhne  
38 der breiten Mehrheit mit unteren und mittleren Einkommen ist uns klar: Ohne eine  
39 starke soziale Flankierung werden wir keine Akzeptanz für die notwendigen

40 Maßnahmen einer entschlossenen Krisenbewältigung erreichen. Im Gegenteil, eine  
41 radikale Sparpolitik schädigt das Vertrauen in die Demokratie und befördert den  
42 Faschismus. Mit Investitionen in die Daseinsvorsorge halten Demokrat\*innen  
43 dagegen. Für uns ist daher klar: Ein sozialpolitischer Kahlschlag kann nicht die  
44 Antwort auf die aktuellen Krisen sein.

45 Dazu kommt, dass die Krisenbewältigung eine ganze Reihe neuer  
46 Ausgabennotwendigkeiten mit sich bringt. Deutschland muss sich darauf einstellen,  
47 seine Sicherheitsausgaben weiter zu steigern, um der wachsenden Bedrohung  
48 unserer Sicherheits- und Friedensordnung wirksam entgegenzutreten zu können. Diese  
49 Realität haben wir uns weder gewünscht noch ausgesucht.

50 Unter dieser neuen Realität bremst die Einhaltung der aktuell im Grundgesetz  
51 verankerte Schuldenbremse unser Land und seine Zukunftsfähigkeit. Notwendige  
52 Investitionen in Infrastruktur, Transformationsprojekte und gesellschaftlichen  
53 Zusammenhalt können nicht mehr im notwendigen Umfang finanziert werden. So ist  
54 absehbar, dass unsere aktuellen Ausgaben noch nicht ausreichen werden, um unsere  
55 internationalen Vereinbarungen beispielsweise im Rahmen des Pariser  
56 Klimaabkommens, des Montreal-Abkommens für Biodiversität zu erreichen. Das  
57 werden die Menschen in unserem Land spüren. So wie wir heute die versäumten  
58 Investitionen der vergangenen 20 Jahre bemerken, werden wir in 20 Jahren mit den  
59 versäumten Investitionen von heute umgehen müssen. Der Unterschied ist, dass die  
60 notwendigen Investitionen, die heute getätigt werden müssen, nicht nur die  
61 öffentliche Infrastruktur betreffen, sondern gleichzeitig in den Unternehmen  
62 erfolgen müssen, um soziale Sicherheit und nachhaltige Lebensqualität erhalten  
63 zu können.

64 Unser Staat hat grundsätzlich die Fähigkeit, finanzielle Sicherheit zu  
65 gewährleisten, die weit über das hinausgeht, was privatwirtschaftliche  
66 Unternehmen oder der freie Markt leisten können. Es ist daher unerlässlich, dass  
67 er seine Handlungsfähigkeit aktiv unter Beweis stellt. Diese Handlungsfähigkeit  
68 muss gesichert sein. Nur so kann der Staat seiner Rolle gerecht werden und die  
69 notwendigen Rahmenbedingungen schaffen, um eine nachhaltige und  
70 zukunftsorientierte Infrastruktur zu fördern.

71 Wir Grünen setzen daher auf einen Infrastrukturstaat, der die allgemeinen  
72 Lebensgrundlagen für alle Menschen sicherstellt.

73 Es wäre ein großer Fehler, diese Mehrausgaben dadurch zu finanzieren, die Axt an  
74 die soziale Infrastruktur anzulegen, wie es jetzt einige fordern. Äußere  
75 Sicherheit auf Kosten innerer oder sozialer Sicherheit zu erreichen, verbreitert  
76 gesellschaftliche Gräben und wäre damit auch ein Konjunkturprogramm für  
77 Demokratiefeinde. Genauso falsch wäre es, Deutschlands internationales  
78 Engagement im humanitären, entwicklungs-, umwelt- oder klimapolitischen Bereich  
79 abzuwickeln. Die Corona-Pandemie, der Krieg in der Ukraine, die immer deutlicher  
80 zutage tretenden Auswirkungen von Klimakatastrophe und Artenkollaps - die Welt  
81 ist heute eine andere als noch vor 20 Jahren. Dieser veränderten Welt kann man  
82 nicht mit einer überholten Haushalts- und Finanzpolitik begegnen. Und doch  
83 wollen einige weiterhin „Normalität“ simulieren, statt die neuen Realitäten auch  
84 fiskalisch abzubilden. Die Schuldenbremse im Grundgesetz und in einigen  
85 Landesverfassungen sind weder Naturgesetz noch göttliche Fügung. Sie waren vor  
86 15 Jahren das Ergebnis einer Mehrheitsbildung als Folge der Finanzkrise. Sie  
87 können angepasst werden – mit neuen Mehrheiten für neue Zeiten.

88 Die Notwendigkeit für eine fiskalpolitische Zeitenwende erkennen nicht nur wir.  
89 In den vergangenen Monaten und im Lichte der wirtschaftlichen Lage fordern immer  
90 mehr Expert\*innen eine grundlegende Reform der Schulenbremse. Konservative und  
91 arbeitgebernahe Ökonom\*innen, viele Unternehmen und ihre Verbände,  
92 Gewerkschaften, der Sachverständigenrat (die „Wirtschaftsweisen“) und nicht  
93 zuletzt Ministerpräsidenten der CDU - sie alle sprechen sich dafür aus, Kredite  
94 über die bislang starren Grenzen hinaus zu ermöglichen. Renommiertere  
95 Volkswirtschaftler\*innen schlagen eine Vermögenssteuer vor und sogar der Bund  
96 der Steuerzahler spricht sich für einen höheren Spitzensteuersatz für  
97 Einkommensmillionär\*innen aus. Große Sozial- und Umweltverbände stützen unsere  
98 Forderung nach Umsetzung des Ampel-Koalitionsvertrages mit der Einführung eines  
99 Klimageldes in dieser Legislaturperiode.

100 Eine Anpassung der Schuldenbremse allein wird jedoch nicht ausreichen, um den  
101 enormen Finanzierungsbedarf zu decken. Finanzkriminalität - insbesondere von  
102 Banken - muss konsequenter ermittelt, vor Gericht gebracht und aufgearbeitet  
103 werden. Durch Steuerhinterziehung verliert Deutschland schätzungsweise 100  
104 Milliarden Euro pro Jahr. Viele dieser Fälle werden jedoch nicht aufgeklärt und  
105 der Schaden nicht zurückgezahlt. Deshalb wollen wir die Strafverfolgung in  
106 diesem Bereich deutlich ausbauen und die Schwerpunkt-Staatsanwaltschaften  
107 stärken. Klima- und umweltschädliches Verhalten sollte der Staat nicht fördern.  
108 Daher setzen wir uns für den Abbau klimaschädlicher Subventionen ein. Auch  
109 Umweltlenkungsabgaben wären dazu geeignet, die Transformation zu gestalten und  
110 die Gesellschaft daran gerecht zu beteiligen.

111 Darüber hinaus wollen wir die Erbschaftssteuer reformieren und Schlupflöcher für  
112 Superreiche schließen. Außerdem wollen wir die Einführung einer  
113 verfassungskonformen Vermögensteuer in den nächsten zwei Jahren umsetzen. Wir  
114 wollen den Spitzensteuersatz der Einkommenssteuer durch zwei zusätzliche Stufen  
115 erhöhen und gleichzeitig erhöhen wir den Grundfreibetrag, der um kleine und  
116 mittlere Einkommen zu entlasten.

117 Wir wollen den Menschen und den Unternehmen ihre Zuversicht wiedergeben. Deshalb  
118 wollen wir öffentliche und private Investitionen fördern und den öffentlichen  
119 Haushalten, insbesondere den Kommunen, wieder mehr Möglichkeiten geben, die  
120 notwendige klimaneutrale und digitale Modernisierung aktiv zu unterstützen.

121 Als Grüne haben wir dazu in den letzten Jahren auf allen Ebenen konstruktive  
122 Vorschläge gemacht, an unsere Koalitionspartner\*innen und demokratischen  
123 Mitbewerber\*innen appelliert, sich der Wirklichkeit zu stellen und zum Wohle  
124 unseres Landes gemeinsam einen Weg aus der verhärteten Debatte zu finden. Dieses  
125 Angebot ist bisher nicht ausreichend angenommen worden, um unsere Heimat aus den  
126 aktuellen Krisen hinauszuführen. Trotzdem stehen wir Grünen weiterhin zu unserem  
127 Angebot, ein neues Kapitel aufzuschlagen, um die Probleme unsere Zeit nicht auf  
128 den Rücken vulnerabler Gruppen zu lösen, sondern eine nachhaltige, solidarische  
129 und gerechte Lösung für alle in diesem Land zu finden.

130 So hat die Grüne Bundestagsfraktion den „Deutschland-Investitionsfonds für Bund,  
131 Länder und Kommunen“ als Vorschlag entwickelt. Mit diesem Fonds sollen  
132 umfangreiche öffentliche Investitionen zweckgebunden in die Modernisierung und  
133 Dekarbonisierung der Wirtschaft sowie in Zukunftstechnologien ermöglicht und  
134 private Investitionen mit öffentlichen Geldern unterstützt werden. Der Fonds  
135 soll wichtige Infrastrukturprojekte wie den Ausbau und die Elektrifizierung des



136 Schienennetzes, die Verbesserung der Radinfrastruktur und den Aufbau der  
137 Wasserstoffinfrastruktur fördern. Zudem stellt er Mittel für Kommunen bereit, um  
138 dringend notwendige Investitionen in Schulbauten, Krankenhäuser, den  
139 öffentlichen Nahverkehr, bezahlbaren Wohnraum und Freizeiteinrichtungen zu  
140 ermöglichen.

141 Mit dem Deutschland-Investitionsfonds soll auch Ländern und Kommunen die  
142 Möglichkeit eröffnet werden, ihre Zukunftsinvestitionen verstärkt über Kredite  
143 zu finanzieren. Dazu könnte im Grundgesetz nicht nur der Verschuldungsspielraum  
144 für den Bund, sondern auch für die Länder angepasst werden, die nach derzeitiger  
145 Rechtslage keinerlei Schulden machen dürfen.

146 Den Vorschlägen gemein ist, dass sie eine klare nachhaltige, gerechte, soziale  
147 und wirtschaftliche Zukunftsorientierung haben und damit ein Angebot an die  
148 Breite der demokratischen politischen Landschaft formulieren, indem sie

- 149 • notwendige Investitionen erleichtern - öffentliche und private,
- 150 • den staatlichen Haushalten, gerade auch den kommunalen,  
151 Handlungsspielräume öffnen
- 152 • transparent machen, was offensichtlich ist und Schluss machen mit dem  
153 Streit um vermeintliche oder reale Buchungstricks,
- 154 • notwendige Ausgaben für Wirtschaft und deren Infrastruktur nicht  
155 ausspielen gegen jene in die soziale Infrastruktur und damit den sozialen  
156 Frieden im Land wahren,
- 157 • soziale Gerechtigkeit als wesentliche Aufgabe bei der Bewältigung der  
158 Transformationsherausforderungen in den Blick nehmen und
- 159 • Deutschland international anschlussfähig aufstellen und den  
160 Wirtschaftsstandort im harten Wettbewerb um die Zukunftstechnologien und -  
161 Industrien stärken.

## V-52 Humusaufbau - für Klimaschutz und Klimaanpassung

Gremium: OV Twistringen  
Beschlussdatum: 02.10.2024  
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

### Antragstext

- 1 Der jüngste Bericht des Weltklimarates IPCC stellt klar: Wenn die Erderhitzung  
2 auf 1,5 Grad begrenzt werden soll, müssen in diesem Jahrhundert mehrere Hundert  
3 Gigatonnen des Treibhausgases CO<sub>2</sub> aus der Atmosphäre entfernt werden. Die  
4 Anreicherung von Kohlenstoff in Form von Humus gehört zu den wenigen  
5 Klimaschutzmaßnahmen, die nicht nur Emissionen vermeiden, sondern diese sogar  
6 rückgängig machen können (negative emissionstechnology).
- 7 So geht das Umweltprogramm der UN davon aus, dass durch humusmehrnde  
8 Bewirtschaftungsmethoden jedes Jahr bis zu 4.8 Gt CO<sub>2</sub>e gespeichert werden  
9 können. Darüber hinaus erhöht Humusaufbau die Widerstandsfähigkeit der  
10 Landwirtschaft gegenüber den Folgen des Klimawandels. Sie wirkt sich positiv auf  
11 die Biodiversität im Boden, auf die Wasserspeicherkapazitäten und damit auf den  
12 Hochwasserschutz sowie auf die Ertragsstabilität aus.
- 13 Mit der vom Bundeslandwirtschaftsministerium in Auftrag gegebenen  
14 „Bodenzustandserhebung Landwirtschaft“ hat das Thünen-Institut im November 2018  
15 erstmalig eine umfassende und repräsentative Inventur der organischen  
16 Kohlenstoffvorräte in den landwirtschaftlich genutzten Böden Deutschlands  
17 vorgelegt. Insgesamt sind hier über 2,6 Milliarden Tonnen Kohlenstoff  
18 gespeichert. Damit wird die große Bedeutung der Agrarböden für den Klimaschutz  
19 hervor gehoben.
- 20 Bei der genaueren Betrachtung zeigt die Bodenzustandserhebung jedoch auch eine  
21 bedenkliche Entwicklung: Trotz Cross-Compliance Bestimmungen (Erhaltung des  
22 Anteils der organischen Substanz im Boden, GLÖZ 6) und der Greening-Prämie im  
23 Rahmen der Gemeinsamen EU-Agrarpolitik sowie durch verschiedene GAK bzw. ELER-  
24 Maßnahmen gefördert zeigen die Monitoring-Ergebnisse, dass es in den letzten  
25 zwei Dekaden in Deutschland zu keiner Steigerung des Humusanteils in  
26 landwirtschaftlich genutzten Böden gekommen ist. Ganz im Gegenteil wurde auf den  
27 Ackerflächen sogar ein Humusabbau festgestellt, während in Grünlandböden der  
28 Humusvorrat in etwa gleich geblieben ist. Mit dem Humus geht unseren Böden  
29 Fruchtbarkeit und Widerstandsfähigkeit gegen die Folgen der Klimakrise verloren.

### Begründung

Etwa die Hälfte der Fläche Deutschlands ist landwirtschaftlich genutzte Fläche. Sie bestand 2023 zu gut 70 % aus Ackerland, zu 28 % aus Dauergrünland. Die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe in Deutschland ist seit der vorangegangenen Landwirtschaftszählung 2010 um 12 % auf 263 500 Betriebe gesunken.

Dieser erschreckende Trend des „Bauernsterbens“ oder des Verschwindens der „bäuerlichen Landwirtschaft“ in Deutschland wird sich zukünftig fortsetzen, wenn die Betriebe weiterhin unter

enormen wirtschaftlichem Druck stehen. Eine sehr herausragende Bedeutung würde dagegen eine stärkere Honorierung der

Landwirtschaft für Umweltdienstleistungen einnehmen! Die Wirkung gezielter flächendeckender Maßnahmen in der Landwirtschaft wäre aufgrund der sehr großen Flächenanteile im Vergleich zu den meisten bisherigen Umwelt- und Naturschutz-maßnahmen von enormer Tragweite. Die bestehenden landwirtschaftlichen Förderprogramme für Umwelt- und Ressourcenschutzmaßnahmen genügen offensichtlich bei weitem nicht, um die Betriebe ernsthaft zu motivieren, aktiver für Klima-, Boden- und Gewässerschutz sowie für die Erhaltung der Biodiversität einzutreten.

Bodenschutz hat eine gesamtgesellschaftliche Bedeutung! Deshalb sollte die Bindung von CO<sub>2</sub> und die Klimaanpassung durch Humus gesellschaftlich bezahlt werden. Bodenanalysen würden einen Humus-Nachweis erbringen.

Quelle: Stiftung Lebensraum

## V-54 Diplomatie Ukraine

Antragsteller\*in: Klemens Griesehop (KV Berlin-Pankow)  
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

### Antragstext

- 1 Bündnis 90/Die Grünen fordern einen sofortigen Waffenstillstand und
- 2 diplomatische Verhandlungen unter der Führung der UN zur Beendigung des Krieges
- 3 in der Ukraine. Dabei sind alle Konfliktparteien (also auch USA, die EU und die
- 4 BRICS-Staaten) zu beteiligen. Die Gespräche sind auf der Basis von Minsk II
- 5 fortzuführen. Im Kriegsgebiet (besetzte Gebiete inklusive Krim) ist eine vom UN-
- 6 Kommissar eingerichtete UN-Schutzzone einzurichten, die von robusten UN-
- 7 Blauhelmen geschützt wird. Nach Einrichtung der UN-Schutzzone erfolgt der
- 8 sofortige Abzug sämtlicher nationaler Truppen. Der UN-Hochkommissar leitet den
- 9 Wiederaufbau und die Verhandlungen über den endgültigen Status der UN-
- 10 Schutzzone. In einem zweiten Schritt sind weitgehende Abrüstungsverhandlungen
- 11 von Anfang an einzuplanen. Nur die Diplomatie wird Frieden bringen!

### Begründung

Die Ukraine wurde völkerrechtswidrig von Russland angegriffen und hat laut UN-Charta Kapitel VII das Recht zur Selbstverteidigung, solange bis die Völkergemeinschaft die Verantwortung übernimmt. Sogar der frühere ukrainische Botschafter in Deutschland Andriy Melnyk fordert den Krieg durch eine diplomatische Initiative zu beenden. Er begrüßt auch die Vermittlungsversuche aus dem Globalen Süden nachdem er jetzt Botschafter in Brasilien ist. „Ich bin hier in Brasilien, das ein gemeinsames Papier mit China ins Spiel brachte, trotz mancher Meinungsverschiedenheit in konstruktiven Gesprächen.“ ( Andriy Melnyk, Berliner Zeitung vom 7./8. Sept. 2024, S. 26/27) Auch die deutschen Friedensforschungsinstitute fordern neben der Unterstützung der ukrainischen Selbstverteidigung Verhandlungen zur Beendigung des Krieges unter Einbeziehung von Staaten wie Brasilien, Indien und China. (Das Friedensgutachten wird seit 1987 jährlich von den Friedensforschungsinstituten Bonn International Center für Konversion (BICC), Leibnitz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK) Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH) und Institut für Entwicklung und Frieden (INEF) Uni Duisburg-Essen herausgegeben)

Laut Wall Street Journal (WSJ) sind bereits mehr als 80.000 Menschen in diesem Krieg getötet und mehr als 400.000 Menschen in der Ukraine verletzt worden. (<https://www.fr.de/politik/massive-verluste-im-ukraine-krieg-bitterer-meilenstein-erreicht-zr-93307128.html>) Der mehr als 2 Jahre dauernde Krieg muss sofort beendet werden, denn es besteht die Gefahr einer immer weiteren Eskalation bis zum nächsten Weltkrieg und eines Atomkrieges. Der Ausweg aus der militärischen Eskalationslogik kann nur der Sieg der Diplomatie sein. Auch Grüne wie Winfried Hermann fordern eine diplomatische Lösung des Konfliktes. „Immer mehr Waffen haben bisher nicht zum Erfolg, sondern zu mehr Gewalt geführt. Es besteht das Risiko einer atomaren Eskalation. Es braucht Friedensgespräche! Aus meiner Sicht können die UNO und die Brics-Staaten vermitteln.“ (Winfried Hermann, Verkehrsminister Baden-Württemberg, TAZ vom 9. Sept 2024, S. 3)

In unseren grünen Programmen steht der Vorrang für zivile Konfliktlösungen. Deshalb müssen wir uns für Friedensinitiativen und Vermittlungsangebote engagieren. Diese kamen aus Indonesien, China, Brasilien, Frankreich, dem Vatikan und mehreren afrikanischen Staaten. Es gilt diese aufzugreifen, um den diplomatischen Druck zur Beendigung des Krieges zu erhöhen.

## weitere Antragsteller\*innen

Detlef Wilske (KV Berlin-Lichtenberg); Matthias Striebich (KV Forchheim); Ali Demirhan (KV Herzogtum Lauenburg); Anna Katharina Boertz (KV Celle); Frank Schellenberger (KV Odenwald); Ruth Alpers (KV Harburg-Land); Ralf Roschlau (KV Heilbronn); Ulrich Gundert (KV Reutlingen); Berti Furtner-Loleit (KV München); Reiner Hennig (KV Nürnberg-Stadt); Uta Lentföhr-Rathjen (KV Neumünster); Clara-Sophie Schrader (KV Berlin-Pankow); Ralph Pies (KV Offenbach-Land); Bettina Deutmoser (KV Stade); Walther Moser (KV Freiburg); Sigrid Pomaska-Brand (KV Märkischer Kreis); Ulrich Hühn (KV Kiel); Wolf-Christian Bleek (KV Starnberg); Raymund Messmer (KV München-Land); sowie 30 weitere Antragsteller\*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.

## V-56 Gesundheitsfinanzierung muss solidarisch sein! - Resozialisierungsprogramm für Superreiche

Antragsteller\*in: Shirin Kreße (KV Berlin-Mitte)

Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

### Antragstext

1 Gesundheitsausgaben steigen seit 30 Jahren kontinuierlich an. Besonders aufgrund  
2 des demografischen Wandels und der Klimaveränderungen wird sich diese  
3 Entwicklung weiter verstärken. Der Bedarf nach Gesundheitsversorgung steigt,  
4 während die Investitionen in die Strukturen und die Menschen, die in dem System  
5 arbeiten, ausbleiben. Kostensteigerungen werden immer wieder über Erhöhungen der  
6 Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung refinanziert. Somit tragen die  
7 finanziell Ärmsten in unserer Gesellschaft die größte finanzielle Last.

8 Wenn unser Anspruch weiterhin ist, Gesundheitsversorgung gleichermaßen für alle  
9 Menschen in Deutschland bereitzustellen, dann müssen wir die Art Gesundheit zu  
10 finanzieren ändern. Es braucht ein Resozialisierungsprogramm für Superreiche in  
11 Deutschland, die proportional zu wenig zu unserer Gesellschaft und unserem  
12 Gesundheitssystem beitragen.

#### 13 1. Schluss mit privater Kranken- und Pflegeversicherung!

14 Obwohl alle Menschen das Recht auf gesundheitliche Versorgung haben, beteiligen  
15 sich nicht alle gleich an diesem System. So können private Kranken- und  
16 Pflegeversicherungen nicht dazu gezwungen werden sich an Kostensteigerungen im  
17 Gesundheitssystem zu beteiligen. Die soziale Ungleichheit, die eine privater  
18 Kranken- und Pflegeversicherung bedeutet, müssen wir überwinden.

19 Daher setzen wir uns dafür ein, dass dieses zwei Klassen-System durch eine  
20 Bürger\*innenversicherung abgelöst wird.

#### 21 2. Beitragsbemessungsgrenze erhöhen!

22 Der bedeutendste Hebel für Verteilungsgerechtigkeit liegt zurzeit nicht im  
23 Steuersystem, sondern bei den Sozialabgaben. Zur Errechnung des prozentual zu  
24 zahlenden Anteils wird der Lohn bzw. das Einkommen nur bis zu einer bestimmten  
25 Grenze herangezogen – darüberhinausgehendes Einkommen bleibt unberücksichtigt.  
26 Das bedeutet konkret, dass Gutverdiener auf einen bestimmten Teil ihres  
27 Einkommens keine Sozialabgaben leisten können. Im Ergebnis müssen Menschen, die  
28 unter einer bestimmten Grenze verdienen, den vollen Abgabensatz leisten. Dieser  
29 Satz wird bei steigendem Einkommen anteilig immer kleiner. Wer wenig hat, wird  
30 also prozentual wesentlich stärker belastet als der, der viel hat.

31 Um ebendiese Ungleichheit zu überwinden, setzen wir uns dafür ein, dass die  
32 Beitragsbemessungsgrenze schrittweise abgeschafft wird.

33 Um höhere Einkommen stärker als bisher zur Finanzierung der Kranken- und  
34 Pflegeversicherung heranzuziehen, soll die Beitragsbemessungsgrenze in einem  
35 ersten Schritt mindestens auf das in der gesetzlichen Rentenversicherung  
36 geltende Niveau angehoben werden. Neben dem Einkommen aus jeglicher  
37 Erwerbstätigkeit sollen auch weitere Einkommensarten z. B. aus Vermietung,  
38 Verpachtung sowie Kapitaleinkommen verbeitragt werden. Die Erhebung des zu

39 verbeitragenden Einkommens sollte dabei gemäß den heute geltenden Grundsätzen  
40 zur Beitragsbemessung freiwilliger Mitglieder der gesetzlichen  
41 Krankenversicherung erfolgen. Eine Saldierung negativer Einkommen findet nicht  
42 statt. Für die zusätzlichen Beiträge der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer  
43 leisten die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber einen äquivalenten Beitrag, um die  
44 Parität auch in der Beitragsfinanzierung insgesamt zu sichern. So wird eine  
45 ansonsten eintretende strukturelle Verschiebung der Finanzierungsanteile zu  
46 Lasten der Versicherten vermieden. Kleine und kleinste Einkommen aus Vermögen,  
47 z. B. aus kleinen Sparguthaben, müssen beitragsfrei bleiben und durch  
48 Freigrenzen geschützt werden.

### 49 3. Kirchliche Rechte als Arbeitgeber beschränken - Tariflöhne und Streikrecht 50 für alle!

51 Kirchliche Träger beschäftigen in Deutschland um die 1,8 Millionen  
52 Arbeiter\*innen. Für kirchliche Arbeitgeber gelten gesetzliche Sonderregeln im  
53 Arbeitsrecht. Sie können zum Beispiel Pflegekräfte, Erzieher\*innen oder  
54 Verwaltungsangestellte kündigen, wenn diese aus der Kirche austreten oder den  
55 Kirchenoberen ihr Privatleben missfällt. Kirchlich Beschäftigte haben geringere  
56 Mitbestimmungsrechte und können daher schlechter Einfluss auf ihre  
57 Arbeitsbedingungen nehmen. Wie bei anderen Trägern werden kirchliche Träger fast  
58 ausschließlich aus Steuermitteln und Sozialversicherungsbeiträgen finanziert.  
59 Kirchliche Unternehmen betreiben Tarifflucht und Outsourcing, nutzen Leiharbeit  
60 und sachgrundlos befristete Arbeitsverhältnisse. Sie verhalten sich wie andere  
61 Arbeitgeber, beharren aber auf Sonderregeln im Arbeitsrecht. Das passt nicht  
62 zusammen.

63 Das Recht darauf seinen Arbeitgeber zu bestreiken, muss für alle gelten! Deshalb  
64 setzen wir uns dafür ein, das kirchliche Sonderrecht als Arbeitgeber  
65 abzuschaffen.

### 66 4. Pflegevollversicherung gegen Altersarmut!

67 Pflegebedürftig sein bedeutet für den Großteil der Bevölkerung ein hohes  
68 Armutsrisiko. Die aktuelle Pflegeversicherung ist eine Teilversicherung, die  
69 systemisch Eigenanteile vorsieht. Das führt dazu, dass Kostensteigerungen  
70 vermehrt über Eigenanteile refinanziert werden. Das zeigte sich in den letzten  
71 Jahren besonders dann, wenn Löhne von Beschäftigten gestiegen sind. So werden  
72 prekär beschäftigte Pflegefachpersonen gegen Pflegebedürftige ausgespielt. Die  
73 Teilkostenversicherung führt außerdem dazu, dass es bei Preissteigerung eine  
74 Frage des Vermögens ist, ob sich Bürger\*innen ihre Versorgung weiterhin leisten  
75 können. Ebendiese Entwicklung führt zu schlechterer Versorgungsqualität, höherer  
76 Belastung pflegender Angehöriger und schlechterer Versorgungsqualität.

77 Gute pflegerische Versorgung darf nicht gehaltsabhängig sein! Deshalb setzen wir  
78 uns für eine Pflegevollversicherung ein, die alle Kosten pflegebedürftiger  
79 Personen abdeckt.

80 Eine Vollversicherung in der Pflege soll heißen, dass alle Leistungen, die  
81 notwendig, wirtschaftlich und zweckmäßig sind, von der Solidargemeinschaft  
82 übernommen werden. Das ist die Übertragung des Grundprinzips der gesetzlichen  
83 Krankenversicherung auf die Pflegeversicherung. Zusätzlich soll eine  
84 Vollversicherung das Prinzip der Krankenversicherung noch erweitern: Auch  
85 Leistungen der Teilhabe (etwa der Teilnahme am öffentlichen Leben), nicht nur

86 Leistungen der Pflege im engeren Sinne, müssen zum Umfang einer Vollversicherung  
87 gehören.

88 5. Das Gesundheitssystem den Menschen zurückgeben!

89 Immer mehr Gesundheitsbetriebe sind in privater Hand. Damit einher geht der  
90 kontinuierliche Druck Profite zu machen, Kosten zu mindern. Das passiert  
91 hauptsächlich auf dem Rücken von Arbeiter\*innen und der Versorgungsqualität.  
92 Gesundheit wird zum Anlegepotenzial und das finanziert durch  
93 Versicherungsbeiträge aller Bürger\*innen. Diese Umverteilung von arm zu reich  
94 muss aufhören.

95 Wir setzen uns deshalb dafür ein, die Gewinnausschüttung für Investoren zu  
96 stoppen und gegen die Privatisierung von Gesundheitsbetrieben anzugehen.

97 Nur so können wir sicherstellen, dass die Gesundheitsversorgung aller  
98 Bürger\*innen tatsächlich nach deren Bedürfnissen und nicht nach den  
99 Profitinteressen von Aktionären ausgerichtet ist.

100 Es ist essenziell, dass die Länder dabei unterstützt werden, private Betriebe  
101 schrittweise zurückzukaufen und Investitionen zu steigern. Dafür muss der Bund  
102 Investitionen der Länder co-finanzieren.

103 6. Gute Versorgung statt Gewinnmaximierung - Fallpauschalen abschaffen!

104 17 Jahre Finanzierung durch DRG-Fallpauschalen haben gezeigt, welchen Einfluss  
105 die finanziellen Rahmenbedingungen auf die Art und Weise, wie Menschen im  
106 Krankenhaus behandelt werden, entwickeln. Kranke wie auch zuweisende Ärzt\*innen  
107 werden als Kunden behandelt, die man konkurrierenden Kliniken abjagen muss, um  
108 Defizite zu vermeiden und Gewinne zu erzielen. Es kommt immer mehr zu  
109 Eingriffen, die medizinisch nicht notwendig sind, sich aber ökonomisch lohnen.  
110 Abteilungen, die sich mit Diabetes oder der Versorgung von Kindern beschäftigen  
111 müssen schließen, weil sie nicht genug Gewinne erzielen, und es entstehen  
112 Versorgungslücken. Es ist schon lange klar, dass es eine Reform dieser  
113 Finanzierung braucht, die eine demokratische Versorgungsplanung und eine  
114 bedarfsgerechte Personalbemessung beinhaltet.

115 Wir streben daher eine Krankenhausreform an, die zum Ziel hat, Kosten für  
116 Behandlung vollumfänglich vorzuhalten.

117 Krankenhausplanungen sollen ein Versorgungsnetz knüpfen, aus dem sich ein  
118 konkreter Versorgungsauftrag für das einzelne Krankenhaus ableitet. Der  
119 Versorgungsauftrag definiert die erforderlichen staatlichen Investitionsmittel  
120 sowie das notwendige Budget für laufende Vorhaltekosten, das von den  
121 Krankenkassen zu finanzieren ist.

122 Aus dem Versorgungsauftrag für das Krankenhaus lässt sich der Personalbedarf  
123 anhand der geplanten ambulanten und stationären Leistungsmengen und Bettenzahlen  
124 und über eine allgemeinverbindliche Personalbemessung für das  
125 Krankenhauspersonal der verschiedenen Berufsgruppen für den Normalbetrieb  
126 näherungsweise kalkulieren.

127 Wir wollen für alle Berufsgruppen im Krankenhaus Personalbemessungsinstrumente  
128 zu entwickeln, die eine bedarfsgerechte Versorgung und gute Arbeitsbedingungen  
129 ermöglichen.



- 130 Diese Personalbemessungsinstrumente sollen einen Vorhaltepuffer für die  
131 jeweilige Berufsgruppe enthalten, sodass auch in Ausnahmesituationen die  
132 medizinische Notfallversorgung sichergestellt werden kann.

## **weitere Antragsteller\*innen**

Christoph Lorenz (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Lilly Aepfelbach (KV Berlin-Reinickendorf); Moritz Wiechern (KV Berlin-Reinickendorf); Merieme Benali-Jockers (KV Berlin-Reinickendorf); Isabella Emilia Sophia Mc Nicol (KV Wetterau); Jan Schmid (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Jenny Laube (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Wolfgang Schmidt (KV Berlin-Kreisfrei); Santiago Rodriguez Salgado (KV Berlin-Treptow/Köpenick); Sarah Eisenberger (KV Bamberg-Land); Sebastian Kitzig (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Sascha Krieger (KV Berlin-Pankow); Kristin Kosche (KV Berlin-Mitte); Johannes Mihram (KV Berlin-Mitte); Kübra Beydas (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Yvonne Marchewitz (KV Hannover); Mira Fels (KV Hannover); Hacer Aydemir (KV Berlin-Mitte); Hugo Gisi Klement (KV Berlin-Reinickendorf); sowie 42 weitere Antragsteller\*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.

## V-57 Soziale Ungleichheit im Alter bekämpfen!

Antragsteller\*in: Evelyn Thies (KV Ulm)

Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

### Antragstext

- 1 Wie können wir für unsere Alten sorgen, ohne den Jungen „die Zukunft zu nehmen“?  
2 Für Reformen in den Alterssicherungssystemen

3 In letzter Zeit ist viel von der Belastung der Gesellschaft und insbesondere der  
4 Jüngeren durch die starken Altersjahrgänge, die Rentenzahlungen und die hohe  
5 Zahl an Pflegebedürftigen die Rede. Die hieraus abgeleiteten Forderungen nach  
6 geringeren Rentensteigerungen, längerer Lebensarbeitszeit oder Kürzung von  
7 Hinterbliebenenrenten lösen Ängste bei den Betroffenen aus, insbesondere den  
8 weniger begüterten. Sind wir Alten vor allem eine Last für die Jüngeren? Sind  
9 die Renten wirklich zu hoch oder gibt es andere Wege, die Finanzierungsprobleme  
10 zu lösen? Unsere Gesellschaft braucht die „jungen Alten“ für die Betreuung der  
11 Enkel, aber auch der hochbetagten Eltern, für ehrenamtliche Fürsorgearbeit in  
12 Familie und Gesellschaft. Ohne diesen Einsatz würden heute und in Zukunft  
13 Erwerbsarbeit und gesellschaftliches Leben nicht funktionieren. Diese Arbeit  
14 sollte gewürdigt und die Alten nicht vor allem als (finanzielle) Last gesehen  
15 werden.

- 16 Lösungsansätze, Gegenmaßnahmen / Reformvorschläge:

17 Lösungsansätze: Ein neuer Gesellschaftsvertrag sollte versuchen, Interessen der  
18 jungen und der älteren Generation zusammenzubringen. Helfen würde eine  
19 grundlegende Reform der Sozialsysteme, zum Beispiel eine Renten- bzw.  
20 Bürgerversicherung, in die alle einzahlen (auch Beamte, Freiberufler und  
21 Selbständige). Außerdem setzen wir uns für faire Löhne und gute Arbeit ein,  
22 damit Armut im Alter verhindert wird. Die Rente sollte so organisiert sein, dass  
23 sie Armut im Alter verhindert. Unsere reiche und soziale Gesellschaft darf nicht  
24 zulassen, dass Menschen, die ein Leben lang gearbeitet haben, in Armut geraten.

### Begründung

Es ist mir wichtig, dass die Generationen nicht gegeneinander ausgespielt werden, sondern dass die Renten gesichert werden, ohne dass Rentenbeiträge zu sehr ansteigen. Renten müssen wie bisher ansteigen, um höhere Kosten im Alter und auch steigende Beiträge für Kranken- und Pflegeversicherung auszugleichen. Angesichts der demographischen Probleme ist es notwendig, unser Rentensystem zu reformieren und für eine bessere Finanzierung zu sorgen.

### weitere Antragsteller\*innen

Andrea Jäger (KV Rems/Murr); Frank Schellenberger (KV Odenwald); Matthias Striebich (KV Forchheim); Christa Markl-Vieto Estrada (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Anna Katharina Boertz (KV Celle); Janna Voßnacker (KV Berlin-Reinickendorf); Ralf Henze (KV Odenwald-Kraichgau); Sigrid Pomaska-Brand (KV Märkischer Kreis); Angelika Aigner (KV Traunstein); Martin Harder (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf);

Kathrin Weber (KV Bielefeld); Sabine Hawlitzki (KV Berlin-Pankow); Mario Hüttenhofer (KV Konstanz); Berti Furtner-Loleit (KV München); Barbara Poneleit (KV Forchheim); Ulrich Oberdieck (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Zohra Mojadeddi (KV Hamburg-Wandsbek); Beate Sattler-Ashoff (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Elke Roskosch-Buntemeyer (KV Oldenburg-Stadt); sowie 30 weitere Antragsteller\*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.

## V-58 Digitalpakt 2.0 besser ausstatten, Digitalisierung der Bildungsinfrastruktur verlässlich fortführen

Antragsteller\*in: Volker Morbe (KV Merzig-Wadern)

Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

### Antragstext

Der Digitalpakt 1.0 wurde 2019 für fünf Jahre ins Leben gerufen, um den digitalen Ausbau der Schulen zu fördern. Ursprünglich waren 5 Milliarden Euro Bundesmittel vorgesehen, die im Zuge der Corona-Pandemie auf 6,5 Milliarden Euro aufgestockt wurden. Mit diesen Mitteln sollten unter anderem WLAN-Infrastrukturen, interaktive Tafeln sowie digitale Endgeräte wie Tablets und Laptops finanziert werden. Der Bund übernahm 90 Prozent der Kosten, während die restlichen 10 Prozent von den Ländern und Kommunen getragen wurden.

Der sich derzeit in der Planung befindende Digitalpakt 2.0 sieht hingegen nur noch einen Bundesanteil von 2,5 Milliarden Euro vor, die daran gekoppelt sind, dass die Länder weitere 2,5 Milliarden Euro hinzugeben. Wir GRÜNEN sehen hier mehrere Kritikpunkte.

#### 1. Das Volumen des Digitalpaktes 2.0 ist nicht ausreichend

Die Kosten für die Digitalisierung der Schulen werden weiterhin hoch bleiben. Trotz der Förderungen des Digitalpakts 1.0 ist die grundlegende digitale Infrastruktur in vielen Schulen bundesweit noch nicht vollständig ausgebaut, was zu erheblichen Nachteilen führt. Außerdem müssen digitale Endgeräte regelmäßig durch leistungsfähigere Modelle ersetzt werden, um einen modernen Unterricht zu ermöglichen. Die Infrastruktur muss auf dem neusten Stand gehalten werden. Auch die Sicherheitsanforderungen führen dazu, dass Geräte ersetzt werden müssen, wenn sie vom Betriebssystem beispielsweise nicht mehr unterstützt werden. Des Weiteren sind kontinuierliche Weiterbildungen sowohl für Lehrkräfte auch für Schüler\*innen nötig, um den sich immer schneller entwickelnden digitalen Anforderungen gerecht zu werden. So war, als der Digitalpakt 1.0 aufgesetzt wurde, das Thema „generierende KI“ noch ein Nischen-Thema, mittlerweile handelt es sich aber um ein zu erlernendes Tool. Auch diese neuen Aufgaben führen dazu, dass das Volumen von insgesamt 5 Milliarden Euro nicht ausreicht, zumal 2,5 Milliarden davon aus den Ländern kommen sollen.

#### 2. Die 50%-Finanzierung durch den Bund führt zu Ungleichheiten zwischen Bundesländern

Der Digitalpakt 1.0 wurde zu 90 % vom Bund finanziert. Dies führte dazu, dass auch finanzschwache Bundesländer massiv ihre digitale Bildung ausbauen konnten. Der Digitalpakt 2.0 jedoch sieht nur eine 50 % Finanzierung durch den Bund vor. Dies führt dazu, dass gerade in finanzschwachen Bundesländern die nötigen Investitionen in die digitale Bildung nicht mehr getätigt werden können. Eine fehlende Digitalisierung in den Schulen führt jedoch dazu, dass die Bildungsschere sich noch weiter öffnet, da digitale Kompetenzen Schlüsselqualifikationen für das 21. Jahrhundert sind. Kinder aus finanzschwächeren Regionen Deutschlands hätten so schlechtere Bildungschancen

39 als Kinder aus wohlhabenderen Regionen. Dies steht im klaren Widerspruch zu den  
40 im Grundgesetz geforderten einheitlichen Lebensverhältnissen in Deutschland.

### 41 3. Wir brauchen eine Verstärkung der Finanzierung

42 Die Digitalisierung an Schulen darf keine zeitlich eingeschränkte Investition  
43 sein, sondern ist eine Daueraufgabe: digitale Endgeräte müssen gewartet und  
44 administriert werden, Lehrpersonal muss kontinuierlich weitergebildet werden,  
45 alte oder defekte Geräte müssen ersetzt werden, und auch die Verwaltung ist  
46 bedingt einen enormen Aufwand. Viele Schulträger haben nicht genügend  
47 Administrator:innen, um die zunehmend anfallenden Aufgaben zu bewältigen, sodass  
48 zusätzliches Personal erforderlich sein wird. Mittel- bis langfristig betrachtet  
49 kann daher ein weiterer "Digitalpakt 3.0" nicht die endgültige Lösung  
50 sein. Es müssen andere Konzepte erarbeitet und etabliert werden, mit denen die  
51 Daueraufgabe Digitalisierung dauerhaft finanziert werden kann. Wir unterstützen  
52 daher die Umsetzung der im Koalitionsvertrag der Ampel vereinbarten Einrichtung  
53 einer Bundeszentrale für Digitales und Medien. Perspektivisch streben wir zudem  
54 eine Änderung des Grundgesetzes zur Reform des Kooperationsverbotes zwischen  
55 Bund und Ländern an.

### 56 4. Fazit

57 Der aktuelle Entwurf des Digitalpakts 2.0 leitet einen schrittweisen Rückzug des  
58 Bundes aus der Finanzierung der Schuldigitalisierung ein. Wir brauchen aber eine  
59 deutliche Erhöhung der Bundesmittel, da die geplanten 2,5 Milliarden Euro weit  
60 unter dem liegen, was die Länder für den Ausbau ihrer digitalen  
61 Bildungsinfrastruktur benötigen. Eine Beteiligung der Länder an der Finanzierung  
62 zu 50 Prozent ist nicht angemessen, insbesondere angesichts der angespannten  
63 Haushaltslage vieler Länder.

### 64 5. Forderung

65 Wir fordern daher die Bundesebene von Bündnis90/DIE GRÜNEN auf, mit Nachdruck  
66 auf eine Änderung der vorgesehenen Reduzierung und Neuaufteilung der  
67 Finanzierung der Bildungsdigitalisierung im Rahmen des Bundeshaushalts 2025  
68 hinzuwirken. Zudem muss sichergestellt werden, dass die Gelder langfristig  
69 bereitgestellt werden, damit die Digitalisierung an Schulen dauerhaft umgesetzt  
70 werden kann.

71 Autor\*innen: Elena Koch(KV Saarbrücken), Volker Morbe(KV Merzig-Wadern), Stephan  
72 Körner(KV Saarbrücken), Lea Kaschek(KV Saarbrücken)

## Begründung

Mit dem DigitalPakt Schule unterstützt der Bund die Länder und Gemeinden bei Investitionen in die digitale Bildungsinfrastruktur. Ziele des Digitalpaktes sind der flächendeckende Aufbau einer zeitgemäßen digitalen Bildungsinfrastruktur. Nachdem der Digitalpakt 1.0 seit Mai 2019 ausgelaufen ist, sind derzeit die Verhandlungen um die Ausstattung des Digitalpakts 2.0 im Gange. Wir Grüne stehen für eine kontinuierliche, qualitativ hochwertige digitale Bildung, die effektiv und kompetenzgerichtet in der Pädagogik eingesetzt wird. Aus diesem Grund fordern wir, den Digitalpakt 2.0 angemessen zu finanzieren.

## **weitere Antragsteller\*innen**

Kathrin Schmidt (KV Saarbrücken); Benjamin Mey (KV Saarlouis); Markus Best (KV Saarlouis); Patrick Hahl (KV Saarbrücken); Tamina Majunke (KV Merzig-Wadern); Roy Lancaster (KV Saarpfalz); Karsten Schade (KV Saarbrücken); Alexander Schrickel (KV Saarbrücken); Peter Spang (KV Saarlouis); Stephanie Riede (KV Saarpfalz); Elena Koch (KV Saarbrücken); Jeanne Dillschneider (KV Saarbrücken); Yvonne Schwarz (KV Saarlouis); Karin Reif (KV Saarlouis); Fiona Wacker (KV Saarbrücken); Ute Lessel (KV Merzig-Wadern); Veronika Morbe (KV Merzig-Wadern); Petra Port (KV Saarlouis); Santino Klos (KV Saarbrücken); sowie 32 weitere Antragsteller\*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.

## V-59 Aufstellung eines Kompetenzteams

Gremium: Kreisverband Coburg-Land  
Beschlussdatum: 02.10.2024  
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

### Antragstext

- 1 Bündnis 90/Die Grünen werden zur Bundestagswahl ein Kompetenzteam bilden, das  
2 unsere grünen Werte vertritt, dafür einsteht und kämpft. Es wird kein\*e  
3 Kanzlerkandidat\*in aufgestellt werden. Wir werden ein Kompetenzteam bilden aus  
4 grünen Funktionär\*innen und fachkompetenten Externen, die unseren grünen  
5 programmatischen Inhalten nahestehen. Diesbezüglich sollen folgende Menschen  
6 gefragt werden, ob sie sich an einem Kompetenzteam für den grünen Wahlkampf  
7 beteiligen: z. B. Stefan Rahmsdorf/PIK, Claudia Kemfert/DIW-Klimaexpertin, Luisa  
8 Neubauer/Fridays for Future und Anne Brorhilker, ehemalige CumEx-  
9 Oberstaatsanwältin und Geschäftsführerin der Bürgerbewegung Finanzwende sowie  
10 Gerhard Schick für Finanzfragen.

### Begründung

#### Begründung

Bündnis 90/Die Grünen haben bei den vergangenen Kommunalwahlen einen erheblichen Vertrauens- und Glaubwürdigkeitsverlust erlitten. Dies zeigen die Wahlergebnisse. In Bremen haben wir mehr als 5 Prozentpunkte verloren, in Hessen 5 Prozentpunkte und in Bayern mehr als 3 Prozentpunkte verloren und bei der EU-Wahl fast die Hälfte der Stimmen von 20,5 auf 11,9 Prozentpunkte. In Thüringen sind wir mit 3,2 %, in Brandenburg mit 4,1 % (- 6,7 %) nicht mehr im Landtag und in Sachsen mit 5,1 % noch ganz knapp im Landtag vertreten.

Ursache für die hohen Wahlverluste ist der Verlust unserer Stammwähler\*innen und der Kurs, in der bürgerlichen Mitte Wähler\*innen zu gewinnen. Omid Nouripour als grüner Bundesvorsitzender hat im ARD-Sommerinterview festgestellt, dass mit der neoliberalen FDP grüne Projekte nicht umsetzbar sind und hält die Ampel für eine „Übergangsregierung“. (<https://taz.de/Nouripours-Abgesang-auf-die-Ampel!/6028254/>) Vor diesem Hintergrund und bei Umfragewerten von ca. 10 Prozent für die Bundestagswahl ist es absolut unrealistisch einen Kanzlerkandidaten aufzustellen. Der Kurs zur bürgerlichen Mitte ist gescheitert. Mit einem ausstrahlungsfähigen Kompetenzteam können wir unsere Stammwähler\*innen wieder gewinnen und gleichzeitig viele Menschen ansprechen, die einen sozialen und ökologischen Kurswechsel in unserer Gesellschaft unterstützen wollen.

## V-60 Für eine progressive Finanzpolitik, weg mit der Schuldenbremsen-Ideologie!

Antragsteller\*in: Vincent Lohmann (KV Krefeld)

Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

### Antragstext

- 1 Wenn Rechtsextreme und Faschisten erstarken, unsere Infrastruktur zerfällt und
- 2 die Klimakatastrophe langsam unsere Lebensgrundlagen zerstört, dann muss sich
- 3 dringend etwas grundsätzlich ändern.
- 4 Deshalb fordern wir als Bündnis 90/Die Grünen für den Erhalt der Demokratie, für
- 5 effektiven Klimaschutz und für eine gerechtere Gesellschaft:
- 6 Die Abschaffung der Schuldenbremse und ein Bekenntnis zu
- 7 einer progressiven Finanzpolitik.
- 8 Die Kreditaufnahme ist auch nach der Abschaffung der Schuldenbremse durch die
- 9 europäischen Schuldenregeln (Verträge von Maastricht) beschränkt. Perspektivisch
- 10 sollten diese reformiert werden, um eine progressive, europäische Finanzpolitik
- 11 zu ermöglichen.
- 12 Um den Herausforderungen unserer Zeit gerecht zu werden – sei es der Kampf gegen
- 13 den Klimawandel, der Erhalt der Demokratie oder die Sicherung sozialer
- 14 Gerechtigkeit – müssen wir die Ideologie der starren Sparpolitik und der
- 15 Schuldenbremse überwinden. Stattdessen muss der Staat die Möglichkeit dazu
- 16 haben, einen Haushalt aufzustellen, ohne dabei abhängig von Steuereinnahmen zu
- 17 sein. Die Schuldenbremse behindert jedoch genau diese Flexibilität und
- 18 verschärft dadurch viele Probleme.
- 19 Im Folgenden zeigen wir auf, warum die Schuldenbremse abgeschafft werden sollte
- 20 und wie eine progressive Finanzpolitik dazu beitragen kann, eine gerechtere und
- 21 nachhaltigere Gesellschaft zu erreichen:
- 22 1. Der Staat ist kein privater Haushalt
- 23 Die Annahme, ein Staatshaushalt hätte die gleiche Funktionsweise wie ein
- 24 privater Haushalt, ist ein Trugschluss, welchem wir uns bewusst entgegensetzen
- 25 müssen.
- 26 Denn wer Sparsamkeit des Staates verlangt, verlangt damit auch geringere
- 27 Einnahmen der privaten Haushalte und Unternehmen.
- 28 Zwischen den Ausgaben des Staates und den Einnahmen der Unternehmen und privaten
- 29 Haushalte besteht ein eindeutiger kausaler Zusammenhang.
- 30 Das führt dazu, dass unsere Wirtschaft von den Ausgaben und Investitionen des
- 31 Staates langfristig profitiert und damit auch die Attraktivität des
- 32 Produktionsstandortes Deutschland.
- 33 Die Kreditaufnahme oder auch Schulden sind deshalb nicht negativ zu bewerten,
- 34 sondern als Investition in unser Land und unsere Demokratie.



35 2. Der Staat als Schöpfer seiner eigenen Währung

36 Der deutsche Staat ist einer der Herausgeber des Euros und ist deshalb nicht auf  
37 Einnahmen angewiesen, um Ausgaben zu tätigen. Vielmehr muss Deutschland als  
38 Währungsherausgeber erst Geld ausgeben, um es dann wieder einnehmen zu können.  
39 Ein Kino kann auch erst Tickets „einnehmen“, wenn es sie vorher „ausgegeben“  
40 hat.

41 Die Schuldenbremse ignoriert diese Realität und zwingt den Staat dazu, wie ein  
42 privater Haushalt zu agieren. Das Ergebnis: Marode öffentliche Infrastruktur,  
43 geringes Wirtschaftswachstum, mangelnde Investitionen in Klimaschutz und  
44 Zukunftstechnologien und ein viel zu schwacher Sozialstaat.

45 3. Steuern zum Steuern, nicht zur Finanzierung von  
46 Staatsausgaben

47 Steuern haben deshalb nicht die Aufgabe, die Ausgaben des Staates zu  
48 finanzieren. Sie dienen dazu, die Nachfrage zu steuern und soziale Ungleichheit  
49 zu verringern. Außerdem können sie dem Staat auch dazu dienen, überschüssige  
50 Kaufkraft abzuschöpfen, um Inflation zu verhindern.  
51 Durch die Fesseln der Schuldenbremse werden Steuern allerdings hauptsächlich als  
52 Mittel zur Finanzierung von Staatsausgaben gesehen. Die Abschaffung der  
53 Schuldenbremse würde deshalb ermöglichen, den Fokus stärker auf die realen  
54 Aufgaben der Steuerpolitik zu richten: Auf die Steuerung der  
55 gesamtwirtschaftlichen Nachfrage und die Förderung sozialer Gerechtigkeit,  
56 anstatt auf Haushaltskonsolidierung.

57 4. Reale Ressourcen sind die wahre Grenzen staatlicher  
58 Ausgaben

59 Die wahre Grenze staatlicher Ausgaben liegt nicht in der Höhe der  
60 Staatsverschuldung oder Schuldenquote, sondern in der Verfügbarkeit von realen  
61 Ressourcen wie Arbeitskräften, Rohstoffen und Produktionskapazitäten. Solange  
62 diese Ressourcen nicht genutzt werden, kann der Staat sie durch seine Ausgaben  
63 mobilisieren, ohne negative Konsequenzen wie Inflation befürchten zu müssen.

64 Die Schuldenbremse richtet sich jedoch nach abstrakten Verschuldungsgrenzen, die  
65 nichts über die reale Kapazität der Wirtschaft aussagen. Progressive  
66 Finanzpolitik hingegen würde es dem Staat ermöglichen, ungenutzte Ressourcen wie  
67 Arbeitslose und ungenutzte Produktionskapazitäten zu mobilisieren und so die  
68 Produktivität unserer Wirtschaft zu steigern.

69 5. Schutz vor Inflation durch gezielte finanzpolitische  
70 Maßnahmen

71 Die Schuldenbremse wird fälschlicherweise häufig mit dem Argument  
72 gerechtfertigt, sie schütze vor Inflation. Jedoch ist es bei Inflation wichtig  
73 zu unterscheiden, ob es sich um eine angebots- oder nachfrageseitige Inflation  
74 handelt, um passende Gegenmaßnahmen treffen zu können.

75 Eine angebotsseitige Inflation entsteht, wenn die Kosten der Unternehmen steigen  
76 und sie diese Kosten in Form von höheren Preisen an die Kunden weitergeben.  
77 Diese Form von Inflation haben wir alle erst vor Kurzem durch den Angriffskrieg  
78 Russlands auf die Ukraine erlebt, wodurch sich die Kosten für Erdöl und Erdgas  
79 schlagartig erhöhten. Diese Inflation wurde von der Ampelkoalition durch die  
80 Energiepreisbremse abgefedert, da diese die Energiepreise für den Grundverbrauch  
81 deckelte. Diese Energiepreisbremse konnte nur über Schulden finanziert werden,  
82 die durch das Aussetzen der Schuldenbremse möglich waren. Das Einhalten der  
83 Schuldenbremse hätte deshalb in diesem Fall zu einer deutlich stärkeren  
84 Inflation geführt.

85 Allerdings hätte die Inflation noch geringer ausfallen können, wenn die  
86 Regierung vor der Krise deutlich mehr in erneuerbare Energien investiert hätte,  
87 da dies die Abhängigkeit von Öl und Erdgas reduziert hätte.  
88 Weitgehende Investitionen in erneuerbare Energien waren jedoch auch wegen der  
89 Schuldenbremse nicht möglich.

90 Eine nachfrageseitige Inflation entsteht dann, wenn die gesamtwirtschaftliche  
91 Nachfrage die Produktionskapazitäten übersteigt. Dies kann zum Beispiel durch  
92 hohe Lohnsteigerungen entstehen. Dies kann eine Schuldenbremse jedoch auch nicht  
93 verhindern.

94 Statt also vergeblich die Ursache der Inflation in den Staatsschulden zu suchen,  
95 braucht es gezielte finanzpolitische Maßnahmen, welche die Ursachen der  
96 Inflation berücksichtigen.

## 97 6. Proaktives statt reaktionäres Handeln

98 Momentan ist der Staat in seinem Handeln darauf beschränkt, nach Krisen durch  
99 Aussetzen der Schuldenbremse die Folgen der Krise abzumildern. Allerdings ist in  
100 nahezu allen Fällen die Krisenprävention deutlich günstiger als die Reaktion auf  
101 diese.

102 Im Fall der Klimakatastrophe ist reaktionäres Handeln oftmals sogar gar nicht  
103 mehr möglich, da viele Folgen der Klimakatastrophe irreversibel sind. Hier  
104 benötigt es jetzt Milliardeninvestitionen in Klimaschutz, welche mit der  
105 Schuldenbremse nicht zu stemmen sind.

106 Je früher wir in Klimaschutz investieren, desto effektiver und günstiger ist  
107 dieser. Deshalb muss der Staat auch die Möglichkeit haben, sich präventiv gegen  
108 Krisen zu wappnen. Wenn der Staat jedoch durch die Fesseln der Schuldenbremse  
109 finanziell stark eingeschränkt ist, gibt es kaum Möglichkeiten für höhere  
110 Staatsausgaben, um die Prävention für zukünftige Krisen zu finanzieren.

## 111 7. Erreichen von nachhaltigem Wirtschaftswachstum, sozialer 112 Gerechtigkeit und Vollbeschäftigung

113 Um nachhaltiges Wirtschaftswachstum, soziale Gerechtigkeit und Vollbeschäftigung  
114 erreichen zu können, braucht es einen handlungsfähigen Staat, der nicht von den  
115 Fesseln der Schuldenbremse eingeschränkt wird.

116 Wirtschaftswachstum erfordert vor allem die staatliche Steuerung der  
117 gesamtwirtschaftlichen Nachfrage und die Subventionierung von sinnvollen  
118 Projekten. Momentan ist die Nachfrage in Deutschland stark unter ihrem

119 Potential, auch aufgrund der hohen Preissteigerungen der letzten Jahre. Hier  
120 kann langfristig nur ein groß angelegtes Konjunkturpaket die Nachfrage wieder  
121 effektiv ankurbeln.

122 Ebenfalls benötigt es für soziale Gerechtigkeit mehr Sozialausgaben. Diese  
123 Ausgaben sollten hier nicht als finanzielle Last angesehen werden, sondern als  
124 Chance für unsere Wirtschaft, die durch die zusätzliche Nachfrage wieder  
125 angekurbelt werden kann. Denn anders als beispielsweise eine Millionenerbin,  
126 spart der Bürgergeldempfänger nicht, sondern nutzt sein gesamtes Einkommen zum  
127 Konsum und steigert so die Nachfrage, was im Moment sehr gut für unsere  
128 Wirtschaft wäre.

129 Für Vollbeschäftigung müssen mehr Arbeitsplätze durch staatliche Maßnahmen  
130 geschaffen werden. Denn wer auf die Selbstheilungskräfte des Marktes wartet,  
131 wartet vergeblich. Arbeitslosigkeit ist ein Versagen der Finanzpolitik, keine  
132 individuelle Schuld von Arbeitssuchenden. Dies zeigt sich besonders in der  
133 aktuellen Wirtschaftslage, wo es deutlich mehr Arbeitslose als offene Stellen  
134 gibt.

135 In der aktuellen Wirtschaftslage ist es ohne staatliches Eingreifen unmöglich,  
136 dass alle jobsuchenden Personen einen Job finden können. Egal, wie sehr sie sich  
137 anstrengen.

138 Ohne die Abschaffung der Schuldenbremse ist das Erreichen aller dieser Ziele  
139 nicht möglich.

#### 140 8. Klimaschutz und ökologische Transformation

141 Die Einhaltung der Klimaziele erfordert massive Investitionen in grüne  
142 Technologien, erneuerbare Energien und nachhaltige Infrastruktur. Diese werden  
143 jedoch durch die Schuldenbremse auf ein Minimum reduziert.

144 Ohne deutlich höhere öffentliche Investitionen wird der ökologische Umbau der  
145 Wirtschaft verzögert, was langfristig nicht nur zu höheren Kosten, sondern auch  
146 zu schweren Klimafolgen für uns alle führt.

147 Hier muss die Finanzpolitik die Bekämpfung der Klimakrise unterstützen, nicht  
148 verhindern!

#### 149 9. Funktionierende Infrastruktur statt Investitionsstau

150 Die strikte Begrenzung der staatlichen Ausgaben durch die Schuldenbremse hat  
151 bereits zu einem massiven Investitionsstau bei der öffentlichen Infrastruktur,  
152 Bildung, Gesundheit und beim Klimaschutz geführt. Als die drittgrößte  
153 Volkswirtschaft der Welt investieren wir viel zu wenig in unsere Infrastruktur.  
154 Dafür ist die Schuldenbremse verantwortlich.

155 Ohne ausreichend staatliche Investitionen verfallen öffentliche Güter, was sich  
156 zunehmend spürbar für uns alle zeigt. Trotzdem lassen wir zu, dass die  
157 Schuldenbremse den dringend notwendigen Wandel zu einer klimaneutralen und  
158 sozial gerechten Gesellschaft blockiert.

159 10. Sparpolitik führt zur Erstarkung von Rechtsextremismus

160 Historisch hat sich immer wieder gezeigt, dass Sparpolitik zum Erstarken von  
161 rechtsextremen Kräften führt. Die Machtergreifung der Nationalsozialisten wäre  
162 1933 wahrscheinlich nicht so einfach möglich gewesen, wenn 1930 Reichskanzler  
163 Brüning durch seine Sparpolitik nicht massive soziale Verwerfungen und damit  
164 eine große Wirtschaftskrise ausgelöst hätte.  
165 Der gleiche Zusammenhang bestand nicht nur damals, sondern besteht auch heute  
166 immer noch.  
167 Nach der Finanzkrise 2007 konnte dies auch in Griechenland beobachtet werden.  
168 Aufgrund der aufgezwungenen Austeritätspolitik kam es dort zu einem starken  
169 Zulauf zu rechtsextremen Parteien. Und aktuell führt bei uns Sparpolitik zum  
170 Erstarken der rechtsextremen AfD.

171 Sparpolitik sorgt für gesellschaftliche Verwerfungen, die das Vertrauen der  
172 Bürger\*innen in staatliche Institutionen schwächen. Wenn Menschen das Gefühl  
173 haben, dass der Staat nicht in ihre Zukunft investiert und soziale  
174 Sicherungssysteme aushöhlt, wenden sich viele radikalen Kräften zu. Die  
175 Schuldenbremse verstärkt das Gefühl der Abgehängten und fördert damit auch  
176 Populismus.

## weitere Antragsteller\*innen

Karsten Ludwig (KV Krefeld); Nico Söhnel (KV Wolfenbüttel); Chima Onyegbari (KV Krefeld); Alexander Kredel (KV Krefeld); Roxanne Motté (KV Krefeld); Dietmar Meinel (KV Krefeld); Julia Paschek (KV Krefeld); Julia Müller (KV Krefeld); Anja Cäsar (KV Krefeld); Verena Willinek-Heyer (KV Krefeld); Harry von Barga (KV Krefeld); Benjamin Zander (KV Krefeld); Jessica Sharma (KV Hildesheim); Asaad Mahmoud (KV Hildesheim); Alisa Draken (KV Duisburg); Christian Böhning (KV Paderborn); Joshua Vossebrecker (KV Rheinisch-Bergischer Kreis); Malte Schäffer (KV Herford); Petra Solscheid (KV Paderborn); sowie 37 weitere Antragsteller\*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.

## V-61 Sozialvereinigung

Gremium: Kreismitgliederversammlung Nürnberger Land  
Beschlussdatum: 20.03.2024  
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

### Antragstext

- 1 Gerne möchten wir die Initiative der Bundespartei, uns mit der  
2 Wirtschaftsvereinigung externen Sachverstand in die Partei zu holen, aufgreifen  
3 und sinnvoll ergänzen. Wir, der Kreisverband Nürnberger Land, beantragen mit  
4 einstimmigen Beschluß auf unserer KMV vom 20. März 2024, den Bundesvorstand zu  
5 beauftragen bis zum nächsten BDK eine  
6 Sozialvereinigung  
7 mit Vertretern aus Sozialverbänden, Gewerkschaften, Einrichtungs- und  
8 Bildungsträgern, Wissenschaft und Zivilgesellschaft  
9 jeweils paritätisch besetzt, als beratendes Gremium des Bundesvorstandes  
10 einzurichten. Ziel dieser Sozialvereinigung soll es sein, dass der Austausch mit  
11 Sozialträgern und -partnern zu aktuellen und grundsätzlichen sozialen Themen  
12 innerhalb der Partei eine feste Verankerung hat. So professionalisieren wir uns  
13 als Partei weiter und erweitern unsere politische Kompetenz.

### Begründung

Angesichts der Dimensionen der multiplen Krisen sowie der zuletzt aufgetretenen Probleme bei der Kommunikation und Vermittlung entscheidender, politischer Maßnahmen und Gesetze, verfolgt die Sozialvereinigung das Ziel, wissenschaftlichen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Input zu vernetzen. Damit erreichen wir im Vorfeld eine stärkere Einbettung Grüner Politik in den gesellschaftlichen Kontext und die Stärkung der sozialpolitischen Komponente.

Fachwissen aus Forschung und praktischer Umsetzung kann die Planung und vermittelnde Kommunikation politischer Maßnahmen zur Krisenbewältigung umsichtiger, für Bürger\*innen und Partei verständlicher machen.

Die Bedeutung der Sozialvereinigung verstärkt sich in unseren Zeiten, da sich die ökologische Frage nicht ohne die soziale Frage lösen lässt. Angesichts einer fortschreitenden Politikverdrossenheit – sinkender Wahlbeteiligungen und Erfolge rechtspopulistischer Parteien – wird eine sozialverträgliche Politik für die Breite der Gesellschaft auch zum Erfolgsfaktor für den demokratischen Zusammenhalt.

## V-62 Mit Robert und schlagkräftiger Unterstützung ins Wahljahr

Gremium: OV Herrenberg und Gäu  
Beschlussdatum: 18.09.2024  
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

### Antragstext

- 1 1. Wir unterstützen die Ernennung von Robert Habeck als unseren
- 2 Kanzlerkandidaten für die Bundestagswahl 2025.
- 3 2. Wir regen an und unterstützen die Einführung einer Position auf Bundesebene,
- 4 die der einer Wahlkampfmanager\*in entspricht. Diese Person braucht ein Team zur
- 5 Unterstützung für Zuarbeiten und Vorbereitung von PR, und Ähnlichem.

### Begründung

#### Begründung zu 1.:

- Gegenüber den Kandidaten der anderen Parteien ist Robert der wesentlich geeignetere, um Deutschland in eine erfolgreiche Zukunft zu führen.
- Die aktuellen Umfragewerte sind eine Momentaufnahme. Nach einer aktuellen IPSOS Umfrage wollen 52% der Deutschen eine ehrgeizige Klimapolitik und meinen, dass jetzt der richtige Zeitpunkt dafür ist.
- Die Aufstellung eines Kanzlerkandidaten steht auch für Mut und Entschlossenheit, das Blatt zu wenden und weiterhin Regierungsverantwortung zu beanspruchen.
- Nur wer einen Kanzlerkandidaten aufstellt, kann an den wichtigsten Diskussionsrunden vor der Wahl teilnehmen. Diese Chance dürfen wir nicht verstreichen lassen.

#### Begründung zu 2. und 3.:

- Wir brauchen eine Offensive in den Bereichen Öffentlichkeitsarbeit, Zusammenarbeit mit den Medien und im Wahlkampf.
- Es wartet eine Riesenaufgabe, die nur mit entsprechender Kompetenz und Personal zu bewältigen ist. Daher ist die Verstärkung durch ein kompetentes Team, das direkt mit dem Spitzenpersonal zusammenarbeitet, zwingend notwendig.
- Natürlich obliegt die Ausgestaltung des Teams in erster Linie dem Kanzlerkandidaten.

Dieser Antrag steht für den Mut und die Entschlossenheit die Herausforderungen positiv anzugehen und soll Robert und alle die mit ihm kämpfen unsere Unterstützung signalisieren.

## V-63 Auf dem Weg zu einer dauerhaften Friedenslösung in Nahost: Waffenstillstand jetzt!

Antragsteller\*in: Karl-Wilhelm Koch (KV Vulkaneifel)

Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

### Antragstext

- 1 Die Terrorangriffe der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 und die Ermordung von
- 2 mehr als 1200 Zivilist\*innen sind eine Zäsur. Nichts kann das rechtfertigen,
- 3 aber genauso kann nichts die kollektive Bestrafung der palästinensischen
- 4 Zivilbevölkerung in Gaza und Westjordanland infolge der zum Teil
- 5 völkerrechtswidrigen Vorgehensweise der israelischen Regierung und Armee
- 6 rechtfertigen.
- 7 Wir sind zutiefst besorgt, dass die derzeitige ultrarechte israelische Regierung
- 8 nicht Willens ist, Frieden auf Basis lebenswerter Verhältnisse für alle
- 9 Menschen, sowohl Israelis als auch Palästinenser\*innen, in der Region
- 10 anzustreben.
- 11 Ein zentrales Hindernis ist, dass Premierminister Netanjahu eine umfassende
- 12 Friedenspolitik verweigert, die den Bedürfnissen aller in der Region gerecht
- 13 wird. Der Angriff der Hamas und die darauffolgende militärische Antwort der
- 14 israelischen Streitkräfte erschweren den ohnehin komplexen Weg zu einer
- 15 friedlichen Lösung erheblich und laufen Gefahr, dass die Friedensbereitschaft in
- 16 beiden Gesellschaften weiter sinkt.
- 17 Die fortschreitende humanitäre Katastrophen, wie die mehr als 41.000 Todesopfer
- 18 und mehr als 110.000 Verletzte in Gaza, mehrheitlich Frauen und Kinder, die
- 19 dauernden völkerrechtswidrigen Repressionen in der Westbank und der Beginn einer
- 20 Invasion im Libanon mit der Ermordung mehrerer hochrangiger Führer der Hisbollah
- 21 wie Nasrallah, sind keine tragfähigen Ansätze zur Befriedung der Region. Viele
- 22 Beobachter\*innen sind sich einig, dass die Hamas militärisch nicht zu besiegen
- 23 ist.
- 24 Die Zerstörung in Gaza ist extrem weitreichend und umfasst nahezu alle
- 25 Lebensbereiche. Wohngebiete, Krankenhäuser, Schulen, Kirchen, Moscheen und
- 26 Flüchtlingslager wurden durch massive Luftangriffe, Artilleriebeschuss und
- 27 gezielte Bodenoperationen, unter anderem mit Waffen und Munition aus
- 28 Deutschland, schwer beschädigt oder komplett zerstört.
- 29 Auch die Wasser- und Stromversorgung wurde durch gezielte Angriffe auf
- 30 Kraftwerke, Wasseraufbereitungsanlagen und Abwasserinfrastrukturen fast
- 31 vollständig zerstört. Zahlreiche Krankenhäuser und medizinische Einrichtungen
- 32 wurden zerstört oder sind überlastet. Mehrere Gesundheitseinrichtungen sind
- 33 gezielt selbst Ziel von Angriffen geworden. Wir sehen allerdings auch die
- 34 Probleme, dass die Hamas aus der Deckung ziviler Bereiche heraus agiert.
- 35 Schätzungsweise 1,5 Millionen Palästinenser\*innen sind in Gaza zu
- 36 Binnenvtriebenen geworden. Sie leben unter extrem schlechten Bedingungen in
- 37 überfüllten Notunterkünften oder improvisierten Lagern. Internationale
- 38 Hilfsorganisationen warnen vor einer katastrophalen Hungersnot und der
- 39 Verbreitung von Krankheiten.

40 Die Vereinten Nationen und zahlreiche Menschenrechtsorganisationen haben  
41 wiederholt vor der drohenden humanitären Katastrophe gewarnt und zu einem  
42 sofortigen Waffenstillstand aufgerufen.

43 Die israelischen Angriffe im Libanon treffen zudem Zehntausende Geflüchtete in  
44 Libanon. Vor den Bombardierungen haben in den südlichen Regierungsbezirken etwa  
45 87.000 Geflüchtete gelebt. Der Libanon hat, gemessen an der Bevölkerungszahl, so  
46 viele Geflüchtete aufgenommen wie kein anderes Land der Welt. Bei rund 5,5  
47 Millionen Einwohnern leben in dem kleinen Land rund 1,5 Millionen Syrer\*innen  
48 sowie weitere Geflüchtete aus anderen Ländern. Wegen der israelischen Angriffe  
49 im Libanon sind hunderttausende Menschen nach UN-Angaben auf der Flucht.

50 Wir setzen uns in Unterstützung unserer Außenministerin für eine  
51 Zweistaatenlösung ein, in der Israel Sicherheit und Frieden genießt und  
52 Palästinenser\*innen in einem eigenen Staat in Sicherheit, Würde und  
53 Selbstbestimmung leben können. Wir unterstützen aber auch jede andere Lösung,  
54 die Israel und Palästina, gegebenenfalls mit den Nachbarstaaten, finden, die  
55 allen Beteiligten ein Leben in Frieden, Selbstbestimmung und auskömmlichen  
56 Lebensbedingungen ermöglicht.

57 Laut internationalem Recht, insbesondere der Genfer Konvention und dem Römischen  
58 Statut des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH), können Handlungen der  
59 aktuellen israelischen Regierung, die als Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die  
60 Menschlichkeit oder schwere Menschenrechtsverletzungen eingestuft werden,  
61 Sanktionen nach sich ziehen. Diese Sanktionen könnten gegen verantwortliche  
62 Politiker\*innen verhängt werden, wenn sie direkt oder indirekt für solche  
63 Verstöße verantwortlich gemacht werden.

64 Unsere Forderungen:

65 Wir fordern die Aussetzung aller finanziellen Hilfen und Lieferungen von  
66 militärischen Gütern bis die jetzige israelische Regierung ernsthaft Wege zu  
67 nichtmilitärischen Schritten einleitet. Ausgenommen sollen Mittel und Waren  
68 sein, die die Selbstverteidigung gegen Beschuss ermöglichen. Ebenso ausgenommen  
69 sind Transfers, die mittelgebunden in nicht militärische Strukturen gehen.

70 Wir fordern alle Konfliktparteien dringend auf, die Eskalation zu beenden, einen  
71 Waffenstillstand zu vereinbaren und den Weg der Diplomatie zu beschreiten, um  
72 eine nachhaltige und gerechte Lösung für die Region zu finden.

73 Wir fordern die Bundestags- und Europafraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die  
74 Parteiführung und das Auswärtige Amt auf, mit noch größerem Nachdruck nach  
75 Friedenslösungen im Nahen Osten zu streben, um Gewalt zu beenden und Israelis  
76 sowie Palästinenser\*innen ein Leben in Würde und Selbstbestimmung zu  
77 ermöglichen.

78 Unser besonderer Dank gilt Annalena Baerbock für ihren unermüdlichen Einsatz,  
79 für ihre Solidarität mit Israel und einem souveränen Palästina. Neben dem  
80 Drängen auf die Freilassung aller Geiseln, das Ende der terroristischen Angriffe



81 und die Umsetzung der VN-Resolution 1701, sollte auch verstärkt auf folgende  
82 Ansätze hingewirkt werden:

- 83 • Sofortiger, umfassender Waffenstillstand in Gaza, um das Töten von  
84 Zivilisten und die Zerstörung der Infrastruktur zu beenden
- 85 • maximale Nutzung der Landzugänge für ausreichende humanitäre Hilfe für die  
86 Zivilbevölkerung, gegebenenfalls mit internationaler Unterstützung und UN-  
87 Friedenstruppen zur Sicherstellung
- 88 • Beendigung der illegalen und gewaltsamen Landnahme Israels im  
89 Westjordanland, wie im Gutachten des Internationalen Gerichtshofs vom 19.  
90 Juli 2024 festgestellt
- 91 • Verurteilung der völkerrechtswidrigen radikalen Aktionen der  
92 Siedlerbewegung, die mit Unterstützung der israelischen Armee und Polizei  
93 gegen die Palästinenser\*innen im Westjordanland durchgeführt werden
- 94 • Beendigung israelischer Militäroperationen und signifikante Stärkung der  
95 palästinensischen Sicherheitskräfte im Westjordanland. Dies schließt die  
96 Übertragung größerer Verantwortlichkeiten auf die palästinensischen  
97 Behörden ein, insbesondere bei der Bekämpfung terroristischer Elemente und  
98 der Eindämmung von Schmuggelaktivitäten, gemäß den Osloer Abkommen
- 99 • Prüfung der völkerrechtlichen Fragen im Zusammenhang mit den  
100 Sprengstoffanschlägen auf Kommunikationsinfrastrukturen, insbesondere  
101 mögliche Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht und die Genfer  
102 Konventionen durch die israelische Regierung in Libanon. Diese Handlungen  
103 könnten als Angriffe auf lebenswichtige zivile Einrichtungen eingestuft  
104 werden, was gemäß den Artikeln 48 und 52 des Zusatzprotokolls I zu den  
105 Genfer Abkommen von 1977 verboten ist und den Schutz von Zivilpersonen und  
106 ziviler Infrastruktur in bewaffneten Konflikten gefährdet
- 107 • Erhöhung der Rücksichtnahme auf Zivilist\*innen, einschließlich der Presse  
108 und ziviler Helfer\*innen, in allen Operationsgebieten sowie eine effektive  
109 rechtliche Aufarbeitung von Vergehen und angemessene Entschädigung der  
110 Opfer
- 111 • die Rückkehr aller Binnenvertriebenen seit dem 7. Oktober 2023 in Israel,  
112 Libanon und den palästinensischen Gebieten zu ermöglichen,
- 113 • um eine diplomatische Lösung und erste Schritte zu nachhaltigem Frieden  
114 nicht zu gefährden, dürfen die Verhandlungsbemühungen für einen  
115 Waffenstillstand nicht weiter unterminiert werden
- 116 • Prüfung, ob die Anerkennung eines Staates Palästina den Friedensprozess  
117 konstruktiv fördern kann. Dies könnte insbesondere als Signal an die  
118 palästinensische Seite dienen, dass ihre Interessen anerkannt werden.  
119 Beispiele wie die Anerkennung durch 138 UN-Mitgliedsstaaten und die  
120 Beobachterstatusgewährung bei den UN im Jahr 2012 verdeutlichen, dass  
121 internationale Unterstützung für einen palästinensischen Staat existiert  
122 und zur Stärkung des Dialogs beitragen könnte. (Dazu unser grüner  
123 Parteibeschluss:

<https://wolke.netzbegrueung.de/s/5JacEOFKG2k4rrA?dir=undefined&path=%2F20-11-11-Kiel&openfile=28918844>:Verschiedenes-Jetzt-einen-Staat-Palaestina-auf-den-Weg-bringen-Beschluss-BDK-11-2011.pdf)

- Verstärkte Unterstützung friedensorientierter Akteure der Zivilgesellschaft in der Region und im Iran.

Angesichts der Eskalationen seitens Israels, wie die Anschläge auf Hanija Ende Juli und Nasrallah Ende September, den Pager-Explosionen am 17. September 2024 und den Flächenbombardierungen seit dem 23. September 2024 in Libanon, befürchten wir jederzeit einen regionalen Krieg. Wir appellieren an alle Konfliktparteien, militärische Zurückhaltung zu wahren, um den Spielraum für diplomatische Bemühungen zu erhalten. Die EU-Sanktionen gegen Akteure aller Konfliktparteien, insbesondere gegen radikale Minister der aktuellen israelischen Regierung, begrüßen wir. Zudem halten wir die Zurückhaltung der deutschen Regierung bezüglich der Verfahren des Internationalen Gerichtshofs für notwendig. Wir verweisen diesbezüglich auf die Beschlüsse der BDK vom 23.11.23 und den beiden der BAG Frieden Internationales vom 24.2.24 und 22.9.24.

## Begründung

Folgt mündlich

## weitere Antragsteller\*innen

Zohra Mojadeddi (KV Hamburg-Wandsbek); Anna Katharina Boertz (KV Celle); Klemens Griesehop (KV Berlin-Pankow); Asmus Hans Dall (KV Hamburg-Eimsbüttel); Lene Greve (KV Hamburg-Altona); Thomas Wolff (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Frank Schellenberger (KV Odenwald); Ulrich Gundert (KV Reutlingen); Andreas Kleist (KV Coburg-Land); Andreas Knoblauch (KV Salzgitter); Sigrid Pomaska-Brand (KV Märkischer Kreis); Andreas Müller (KV Essen); Ursula Mindermann (KV Warendorf); Kathrin Weber (KV Bielefeld); Renate Steinhoff (KV Hannover); Fabian Schlumberger (KV Berlin-Mitte); Lil Oggesen (KV Berlin-Mitte); Janine Ivancic (KV Aachen); Detlef Wilske (KV Berlin-Lichtenberg); sowie 57 weitere Antragsteller\*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.

## V-64 Menschenrechte sind unverhandelbar: Asylrecht verteidigen

Antragsteller\*in: Karl-Wilhelm Koch (KV Vulkaneifel)

Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

### Antragstext

- 1 Die BDK von Bündnis 90/Die Grünen kritisiert den Kurs in der Migrationspolitik
- 2 und die in Teilen populistische und rassistische Debatte, die ihn begleitet. Wir
- 3 lehnen die Verschärfungen wie das neue gemeinsame europäische Asylsystem, das
- 4 Rückführungsverbesserungsgesetz, die Ausweitung der "Sicheren Herkunftsstaaten",
- 5 aber auch die Leistungskürzungen für Menschen, die ausreisepflichtig sind, ab.
- 6 Nicht Straftäter bestimmen die Gesetze und das Recht in Deutschland, vielmehr
- 7 sind der Rechtsstaat und die universellen Menschenrechte zu verteidigen. Wir
- 8 lehnen die Zusammenarbeit mit Diktatoren und Islamisten auch bei der Ausweisung
- 9 von Straftätern entschieden ab.
- 10 Abschiebungen in ein Land, das nachweislich Folter und außergerichtliche
- 11 Hinrichtungen gegen Rückkehrende einsetzt, verstoßen gegen die Genfer
- 12 Flüchtlingskonvention (Grundsatz der Nicht-Zurückweisung). Zudem halten wir
- 13 Abschiebungen über Stellvertreter-Staaten für weder vertretbar noch nach unseren
- 14 Gesetzen für zulässig.
- 15 Auch Länder mit aktuellem Bürgerkrieg oder sog. „Failed States“ wie Libyen, der
- 16 Irak oder Syrien sind nach unseren rechtlichen und menschlichen Maßstäben nicht
- 17 als „Abschiebeland“ zu akzeptieren. Abschiebungen z.B. von Jesid\*innen in das
- 18 nach wie vor teilweise vom IS kontrollierte Syrien oder Kurd\*innen in die Türkei
- 19 lehnen wir ab.
- 20 Der Islam als Religion ist friedliebend und human. Wir müssen terroristischen
- 21 Islamismus entschlossen mit allen Mitteln des Rechtsstaats bekämpfen. Der
- 22 eingeschlagene Kurs hingegen bekämpft Geflüchtete – die häufig genau vor dieser
- 23 islamistischen Verfolgung geflohen sind – und stärkt so letztlich die
- 24 Terroristen.
- 25 Das grüne Grundsatzprogramm beschreibt völlig richtig, dass "asylrechtliche
- 26 Maßnahmen keine Alternative zu strafrechtlichen Verurteilungen und deren Vollzug
- 27 [sind]". Das Gegenteil wird gerade realpolitisch in der Ampel umgesetzt.
- 28 Die Abschiebungen sind ein Dammbruch, den wir verurteilen und nicht mittragen.
- 29 Auch die geplanten Kürzungen von Sozialleistungen für ausreisepflichtige
- 30 Menschen sind verfassungsrechtlich nicht zulässig.[\[1\]](#) Jeder Mensch, der sich in
- 31 Deutschland aufhält, hat ein Recht auf eine menschenwürdige Grundversorgung.
- 32 Die Grünen folgen nicht der menschenverachtenden Polemik von Rechtsextremen und
- 33 Teilen der Parteien der Mitte im Buhlen um Wähler\*innenstimmen.

34 Die BDK fordert daher

- 35 • einen sofortigen Stopp der Abschiebungen nach Afghanistan und Syrien
- 36 • eine Rückkehr zu einer Asylpolitik, die auf Schutz und Integration setzt,  
37 anstatt auf Abschottung, Abschiebung und Kriminalisierung
- 38 • eine humane und zukunftsorientierte Flüchtlingspolitik, die den Menschen,  
39 die in Deutschland Schutz suchen, echte Perspektiven bietet
- 40 • die unverzügliche Umsetzung des [Bundesaufnahmeprogramms Afghanistan](#) für  
41 die von der Bundeswehr in größter Gefahr zurückgelassenen Ortskräften und  
42 ihre Familien
- 43 • die deutliche Verbesserung und höhere Anstrengung zur Integration statt  
44 Kürzung der finanziellen Mittel dafür
- 45 • eine deutliche Erhöhung der Haushaltsmittel für die Bekämpfung der  
46 Fluchtursachen in den Herkunftsländern
- 47 • einen Stopp der Grenzkontrollen, die personalintensive Symbolpolitik sind.

48 Bei Verstößen gegen „Dublin“ lehnen wir die Zurückweisung in Nachbarländer ab –  
49 vor allem in solche wie Österreich und die Niederlande, welche die Aufnahme der  
50 Zurückgewiesenen ablehnen.

51 [\[1\]](#) Das Bundesverfassungsgericht hat bereits im Urteil von 2012 (1 BvL 10/10 und  
52 1 BvL 2/11) entschieden, dass das Existenzminimum unantastbar ist, unabhängig  
53 vom Aufenthaltsstatus.

## Begründung

Die Genfer Flüchtlingskonvention und die Europäische Menschenrechtskonvention verbieten die Rückführung in Länder, in denen Menschen Gefahr für Leib und Leben droht.

Statt Humanität und Menschenrechte in den Vordergrund zu stellen, setzt Deutschland verstärkt auf Abschottung, auf Zäune und sogar auf Abkommen mit autoritären Regimen. Das steht im Widerspruch zu den Werten der Menschenrechte, die wir als Partei stets hochgehalten haben und zum im Grundgesetz garantierten Asylrecht. In unserem Grundsatzprogramm steht dazu: „Statt Länder politisch als sichere Dritt- oder Herkunftsstaaten einzustufen, braucht es rechtssichere, schnelle und faire Verfahren, also unvoreingenommene Asylverfahren, und den Zugang zu einer unabhängigen Beratung während des gesamten Verfahrens. Der Globale Pakt für Flüchtlinge steht für das Bestreben, Flucht international menschenwürdig zu gestalten und die Rechte der Betroffenen zu schützen. Entsprechend muss der internationale Umgang mit Geflüchteten rechtebasiert weiterentwickelt werden.“

Der schreckliche islamistische Terroranschlag in Solingen scheint Motivation für die nächsten Asylrechtsverschärfungen der Parteien der demokratischen Mitte zu sein. Abschiebungen nach Afghanistan und Syrien werden auf einmal „möglich“. Viele Geflüchtete aus Syrien und Afghanistan sind genau vor dieser islamistischen Gewalt geflohen. Das Asylrecht ist das Einfallstor von Neonazis und Rechtsextremisten für rassistische Sündenbock-Ideologien. Deshalb müssen wir alles daran setzen, um das Asylrecht zu verteidigen. Erschreckend ist, dass auch bürgerliche Parteien wie die CDU/CSU mit Merz und Söder Narrative der Rechtsextremisten übernehmen. Sie haben aus unserer Geschichte nichts gelernt!

Eines ist klar: Wer rechte Narrative übernimmt, stärkt damit nur die antidemokratischen und menschenfeindlichen Parteien. Stattdessen ist es unsere Aufgabe, die soziale Infrastruktur auszubauen, die Kommunen bei ihren Aufgaben zu unterstützen und konkrete, zukunftsfähige Lösungen zu bieten, die den Werten von Gerechtigkeit, Menschenwürde und Solidarität gerecht werden.

Nicht zuletzt erwarten wir ein klares Bekenntnis zur Wahrung der Menschenrechte und des Grundgesetzes. Die geplanten Kürzungen der Sozialleistungen für ausreisepflichtige Personen sind nicht nur verfassungswidrig – sie untergraben die Grundidee einer menschenwürdigen Behandlung.

Die Grundsätze, auf denen unsere Partei basiert, müssen gerade in unserer Regierungsarbeit konsequent verteidigt werden.

## **weitere Antragsteller\*innen**

Klemens Griesehop (KV Berlin-Pankow); Anna Katharina Boertz (KV Celle); David Baltzer (KV Berlin-Kreisfrei); Nicole Lauterwald (KV Frankfurt); Thomas Wolff (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Ute Laucks (KV Darmstadt); Ulrich Gundert (KV Reutlingen); Andreas Kleist (KV Coburg-Land); Andreas Knoblauch (KV Salzgitter); Sigrid Pomaska-Brand (KV Märkischer Kreis); Andreas Müller (KV Essen); Kathrin Weber (KV Bielefeld); Jens Pommer (KV Düsseldorf); Detlef Wilske (KV Berlin-Lichtenberg); Janine Ivancic (KV Aachen); Dora Pfeifer-Suger (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Wolf-Christian Bleek (KV Starnberg); Linus Sage (KV Hamburg-Harburg); Zohra Mojadeddi (KV Hamburg-Wandsbek); sowie 33 weitere Antragsteller\*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.

V-65 Atomausstieg vollenden, die Fabriken in Gronau und Lingen schließen, Ende der Atom-Zusammenarbeit mit russischen Nuklearunternehmen

Antragsteller\*in: Karl-Wilhelm Koch (KV Vulkaneifel)

Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

## Antragstext

Die BDK von Bündnis 90/Die Grünen fordert die Umsetzung der vorliegenden atomrechtlichen Maßnahmen zur Stilllegung der Atomfabriken in Gronau und Lingen durch folgende Maßnahmen:

- Unter der Führung der grünen Ministerien auf Bundes- und Landesebene wird es keine Beihilfe zum Betrieb von Atomkraftwerken mit Brennstoff "Made in Germany" geben. Entgegen allen Behauptungen ist die Energiesicherheit in Osteuropa davon nicht abhängig.
- Neue Geschäftsfelder der Atomenergie verlängern und vergrößern die nuklearen Risiken bis hin zum Super-GAU sowie den anfallenden Atommüll. Die BDK fordert, umgehend jegliche direkte und indirekte Zusammenarbeit mit dem russischen Staatskonzern Rosatom, dem [russischen Nuklearunternehmen MSZ](#) (Maschinenbauwerk ELEMASH), Teil der [TVEL-Gruppe](#) und allen anderen russischen Firmen oder Staatsorganen im Bereich der Nukleartechnik zu beenden.
- Die BDK fordert die zuständigen Ministerien und die Bundesregierung auf, der Firma Framatome ANF die Genehmigung für eine Umstellung auf Fertigung von hexagonalen Brennelementen zu versagen.

Deutschland und Europa müssen die umweltschädliche und in der Entsorgungsfrage völlig ungeklärte Atomenergie beenden. Atomgefahren global abschalten - die Zukunft ist erneuerbar!

## Begründung

Die Advanced Nuclear Fuel GmbH (ANF), Tochterfirma des französischen Unternehmens Framatome, plant in ihrer Brennelemente-Fertigungsanlage in Lingen die Umstellung auf hexagonale Brennelemente für Reaktoren russischer Bauart. Dazu wurde ein Gemeinschaftsunternehmen mit TVEL, einer Tochterfirma des russischen Atomkonzerns Rosatom, gegründet.<sup>[1]</sup>

Für die Umstellung zur Fertigung von hexagonalen Brennelementen braucht es in Deutschland eine Genehmigung nach § 7 Abs. 1 des Atomgesetzes (AtG). Den Antrag auf Erteilung dieser Genehmigung hat Framatome bereits 2022 gestellt. Das Genehmigungsverfahren ist seitens des zuständigen Ministeriums für Umwelt, Energie und Klimaschutz des Landes Niedersachsen noch nicht abgeschlossen.

Dennoch befinden sich seit April 2024 offenbar erste TVEL-Mitarbeitende vor Ort in Lingen, um dort an Testanlagen außerhalb des Betriebsgeländes Geräte zu testen und Schulungen durchzuführen.

Der Einstieg von Rosatom/TVEL in die Brennelementefabrik in Lingen stellt ein enormes Gefährdungspotenzial für die innere wie äußere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland dar, zumal

nicht sichergestellt ist, dass die deutschen Behörden sicherheitsrelevante Spionageaktivitäten im Bereich des Kernbrennstoffkreislaufs unterbinden können. Das aktuelle Verhalten der Betreiber gibt allen Anlass, an ihrer Zuverlässigkeit zu zweifeln. Bereits 2017 kamen zwei Gutachten zu dem Schluss, dass es möglich sei, die Anlage rechtssicher zu schließen.

Die angeblich „nicht ersetzbaren“ Brennelemente für die osteuropäischen AKWs sind mittlerweile durch Brennelemente von Westinghouse/USA ersetzbar, diese werden bereits geliefert.

Gerade auch mit Blick auf den völkerrechtswidrigen Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine stellt ein Einstieg von TVEL in Lingen aus unserer Sicht eine Gefährdung der inneren und äußeren Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland dar – was zu verhindern gerade eines der Ziele des Atomgesetzes ist (§ 1 Abs. 3). Zu diesem Schluss kommt auch ein Rechtsgutachten im Auftrag des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz. Laut diesem Gutachten kann zudem aus § 7 Abs. 2 des Atomgesetzes ein sogenanntes Versagungsermessen der Genehmigungsbehörde abgeleitet werden.

Hintergrund dieser Forderungen sind:

- Grundsätzlich – und unabhängig von der aktuellen Entscheidungsfindung – muss ein vollständiger Atomausstieg in Deutschland auch die Schließung der Brennelementefabrik in Lingen wie auch der Urananreicherungsanlage in Gronau umfassen.
- MSZ ist ein Tochterunternehmen von [TVEL](#) (Rosatom -Gruppe) und produziert reines Uran zur Verwendung in Atomwaffen sowie auch Brennelemente für Kernkraftwerke. Rosatom wiederum ist eine staatliche Atombehörde, welche sowohl den zivilen als auch den militärischen Atomsektor Russlands bündelt. Ein Drittel der Mitarbeitenden von Rosatom arbeitet im militärischen Bereich, u.a. in der Herstellung und Wartung von Atomwaffen. Rosatom ist zudem unmittelbar an der Besetzung des ukrainischen AKW Saporischschja beteiligt. Die Behörde ist direkt dem Kreml unterstellt, die Gewinne fließen in den russischen Staatshaushalt. Die Ausnahme des russischen Atomsektors aus dem Sanktionsregime ist nicht nachvollziehbar.
- Die Föderale Agentur für Atomenergie Russlands (russisch Федеральное агентство по атомной энергии России Federalnoje agentstwo po atomnoi energii Rossii), kurz auch (russisch Росатом Rosatom), oder auch englisch State Atomic Energy Corporation Rosatom, ist eine föderale Behörde Russlands. Sie leitet die zivile und militärische Atomindustrie des Landes und kontrolliert 450 Produktions- und Forschungsstätten des atomaren Bereiches mit über 350.000 Mitarbeitern. Sie hat ihren Sitz in der Hauptstadt Moskau. Rosatom untersteht direkt der russischen Regierung. Viele der Reaktoren werden über russische Staatsbanken finanziert. Russland schafft so gezielt jahrzehntelange Abhängigkeiten, die politisch genutzt werden. Auch vor diesem Hintergrund ist eine Beteiligung von TVEL in Lingen abzulehnen.
- [Rosatom hat mit seiner technischen Unterstützung im Iran dem dortigen Regime den Weg zur Atombomben ermöglicht.](#)
- Auch wenn eine Brennelementefertigungsanlage keine kritische Infrastruktur ist, fällt diese Anlage dennoch unter den Anwendungsbereich der europäischen Dual-Use-Verordnung. Gleiches gilt für das Gemeinschaftsunternehmen.
- Russische Arbeitnehmer\*innen sind vor Ort in Lingen bzw. werden sogar auf dem Betriebsgelände und in der Anlage selbst sein. Dadurch kann das Risiko von Einflussnahme und die Gefahr von Spionage nicht ausgeschlossen werden. Auch wird nicht zu verhindern sein, dass russische Mitarbeiter Infos über zu beliefernde AKWs in Osteuropa und anderswo zugänglich werden können.

Aus unserer Sicht ist ein solcher Einfluss auf die Brennelementefertigung und damit den Brennstoffkreislauf selbst ein Risiko nuklearspezifischer Natur gemäß § 1 Nr. 2 des Atomgesetzes. Derartige Risiken erhöhen sich auch mittelbar noch dadurch, dass einem ausländischen Staatskonzern rechtliche und faktische Zugriffsmöglichkeiten auf sensible Infrastruktur eingeräumt werden.

- [Jurist\\*innen bewerten die aktuellen Aktivitäten](#) des russischen Staatskonzerns Rosatom und des Fabrikbetreibers [Framatome](#) ANF, mittels Tests und Schulungen und so „geschaffener Fakten“ den Ausbau und Russlands Einstieg schon vor der Genehmigungserteilung voranzutreiben, „als ungenehmigten vorgezogenen Ausbau“ und damit illegal. Langfristige und teure Rechtsverfahren mit völlig ungewissem Ausgang drohen.

## Weitere Quellen und Nachweise:

<https://www.tagesschau.de/inland/regional/niedersachsen/ndr-lingen-aktivisten-fordern-atomaufsicht-zum-einschreiten-auf-100.html>

<https://umweltfairaendern.de/2024/04/10/atomenergie-deutschland-und-krieg-russische-beteiligung-statt-stilllegung-der-uranfabrik-lingen-was-tun-eroerterungstermin-live/#>

[https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/osnabrueck\\_emsland/Lingen-Ministerium-prueft-Arbeiten-in-Brennelementefabrik,lingen1120.html](https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/osnabrueck_emsland/Lingen-Ministerium-prueft-Arbeiten-in-Brennelementefabrik,lingen1120.html)

<https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/Ausbau-von-Brennelementefabrik-Gutachten-sieht-grosse-Risiken,brennelemente136.html>

[1] Das Unternehmen namens „European.Hexagonal.Fuels S.A.S“ hat seinen Sitz in Lyon, Frankreich. TVEL hält 25 Prozent an diesem Unternehmen. Eine Außenstelle des Gemeinschaftsunternehmens ist in Lingen ansässig.

## weitere Antragsteller\*innen

Klemens Griesehop (KV Berlin-Pankow); Carsten Hammer (KV Hannover); Tobias Balke (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Anna Katharina Boertz (KV Celle); David Baltzer (KV Berlin-Kreisfrei); Matthias Striebich (KV Forchheim); Thomas Wolff (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Bernd Frieboese (KV Berlin-Reinickendorf); Martina Pellny (KV Emsland); Ulrich Gundert (KV Reutlingen); Andreas Kleist (KV Coburg-Land); Andreas Knoblauch (KV Salzgitter); Sigrid Pomaska-Brand (KV Märkischer Kreis); Krystyna Grendus (KV Vorpommern-Greifswald); Andreas Müller (KV Essen); Kathrin Weber (KV Bielefeld); Heiner Rehnen (KV Emsland); Ralph Pies (KV Offenbach-Land); Jens Pommer (KV Düsseldorf); sowie 59 weitere Antragsteller\*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.



## V-66 Keine neuen US-Waffen in Deutschland - Nur Abrüstung bringt Frieden

Antragsteller\*in: Karl-Wilhelm Koch (KV Vulkaneifel)

Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

### Antragstext

- 1 Die BDK von Bündnis 90/Die Grünen lehnt die bilaterale gemeinsame Erklärung  
2 („Joint Statement“)<sup>[1]</sup> zwischen der deutschen und der US-amerikanischen  
3 Regierung zur Stationierung landgestützter Mittelstreckenwaffen mit einer  
4 Reichweite von bis zu 3000 km ab.
- 5 Uns Grüne besorgt das völlige Fehlen – im Gegensatz zu der immer wieder  
6 zitierten Analogie mit dem sog. NATO-Doppelbeschluss – einer Initiative, um  
7 parallel zu neuen Abrüstungsverhandlungen zu kommen. Die Gefahr ist akut, dass  
8 es zu einem neuen, teuren und gefährlichen Rüstungswettlauf auf Seiten der NATO  
9 und Russlands kommt und dadurch die nukleare Bedrohung weiter gesteigert wird.  
10 Auch wird durch KI und die kurzen Flugzeiten die Gefahr eines Kriegs aus  
11 Versehen ins Unbeherrschbare gesteigert.
- 12 Das gilt es mit allen politischen Möglichkeiten zu verhindern. Stattdessen sind  
13 neue Impulse für internationale Zusammenarbeit dringender denn je, damit die  
14 drängenden Krisen der Welt angepackt werden und nicht enorme Ressourcen in ein  
15 erneutes Wettrüsten fließen.
- 16 Statt einer so weit gehenden Entscheidung der Ampelregierung über die Köpfe der  
17 Bevölkerung<sup>[2]</sup> hinweg zu folgen, ist ein gesellschaftlicher Diskurs über die  
18 Folgen dieser Entscheidung - die zur existenziellen Bedrohung unseres Landes  
19 führen kann – und die Alternativen erforderlich.
- 20 Die BDK erwartet eine Initiative der grünen Minister\*innen in der Regierung, um  
21 eine neue Abrüstungsinitiative in Gang zu bringen.
- 22 [1] Die deutsche Version ist auffällig schlicht gehalten:  
23 [https://www.bundesregierung.de/resource/blob/975226/2298418/3505cf65bba4144bfb2c-076c953b2d05/2024-07-10-gemeinsame-erklaerung-usa-ger-nato-gipfel-](https://www.bundesregierung.de/resource/blob/975226/2298418/3505cf65bba4144bfb2c-076c953b2d05/2024-07-10-gemeinsame-erklaerung-usa-ger-nato-gipfel-data.pdf?download=1)  
24 [data.pdf?download=1](https://www.bundesregierung.de/resource/blob/975226/2298418/3505cf65bba4144bfb2c-076c953b2d05/2024-07-10-gemeinsame-erklaerung-usa-ger-nato-gipfel-data.pdf?download=1)  
25
- 26 [2]<https://www.imi-online.de/2024/08/02/mittelstreckenwaffen-wessen-initiative/>

### Begründung

Wir warnen eindringlich davor, die Gefahren einer Stationierung von Langstreckensystemen mitten in Europa zu unterschätzen.

Die Mehrzahl der alten Abrüstungsverträge wurde seitens der USA und nicht seitens Russlands gekündigt<sup>[1]</sup>. Durch die geplante Stationierung werden die Standorte automatisch zu Erstschlagszielen im Fall eines Atomkrieges.

Gegenüber den bereits vorhandenen see- und luftgestützten Systemen werden die verbleibenden Warnzeiten bei den Überschallraketen drastisch verkürzt. Dies erhöht das Risiko von Fehlwahrnehmungen und Fehlreaktionen – mit möglicherweise katastrophalen Folgen. Zudem haben

die neu zu stationierenden Raketen Erstschlagsfähigkeiten, auch wenn sie nicht atomar bestückt werden.

In der gemeinsamen Erklärung des Washingtoner NATO-Gipfels ist kein Bezug auf die bilaterale Vereinbarung zwischen der deutschen Regierung und der US-amerikanischen Regierung enthalten. Die bilaterale Vereinbarung bedeutet daher eine Alleinstellung Deutschlands in Europa, da die Risiken der Stationierung nicht von den europäischen Partnern geteilt werden.

[1] Kündigung INF USA 2019: <https://www.bmvg.de/de/aktuelles/erklaert-der-inf-vertrag-30250>  
Kündigung ABM USA 2001: <https://www.dw.com/de/usa-k%C3%BCndigen-abm-vertrag/a-354882>  
dadurch Verhinderung von Start II: [https://de.wikipedia.org/wiki/Strategic\\_Arms\\_Reduction\\_Treaty#START\\_II](https://de.wikipedia.org/wiki/Strategic_Arms_Reduction_Treaty#START_II)

## **weitere Antragsteller\*innen**

Klemens Griesehop (KV Berlin-Pankow); Anna Katharina Boertz (KV Celle); David Baltzer (KV Berlin-Kreisfrei); Matthias Striebich (KV Forchheim); Waltraud Waidelich (KV Plön); Ute Laucks (KV Darmstadt); Frank Schellenberger (KV Odenwald); Ulrich Gundert (KV Reutlingen); Andreas Kleist (KV Coburg-Land); Andreas Knoblauch (KV Salzgitter); Sigrid Pomaska-Brand (KV Märkischer Kreis); Krystyna Grendus (KV Vorpommern-Greifswald); Andreas Müller (KV Essen); Kathrin Weber (KV Bielefeld); Renate Steinhoff (KV Hannover); Ralph Pies (KV Offenbach-Land); Jens Pommer (KV Düsseldorf); Hans-Jürgen Iske (KV Ammerland); Janine Ivancic (KV Aachen); sowie 31 weitere Antragsteller\*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.

## V-67 Selbstverteidigung der Ukraine unterstützen, diplomatische Initiativen zur Beendigung des Krieges vorantreiben

Antragsteller\*in: Karl-Wilhelm Koch (KV Vulkaneifel)

Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

### Antragstext

Der Angriff Russlands auf die Ukraine ist völkerrechtswidrig und durch nichts zu rechtfertigen. Die Ukraine befindet sich in einer Notwehrsituation. Wir sind solidarisch mit den Menschen in der Ukraine und stehen zur rechtlich erlaubten und politisch gebotenen Unterstützung der Ukraine bei ihrer Selbstverteidigung. Ebenso, aus einer universellen Haltung zum Schutz jeden einzelnen Lebens, unterstützen wir jeden, der gegen seinen Willen zum Kriegsdienst eingezogen wird. Kriegsdienstverweigerung und Desertation sind Menschenrechte, die von beiden Seiten zu achten und zu schützen sind. In einem laufenden Konflikt sollte Kriegsdienstverweigerung auch als Asylgrund für Menschen aus der Ukraine, Belarus und Russland anerkannt werden.

Wir kritisieren jedoch die Kurzsichtigkeit der konzeptionslosen westlichen Bündnisstaaten, die durch das Fehlen jeder eigenen und rechtzeitigen Initiative angesichts der Barbarei des Krieges dessen festgefahrenes und perspektivloses Andauern mitverantworten. Wir begrüßen die neueste Entwicklung, auf Grundlage der Istanbul Beratungen zügig in Friedensverhandlungen einzutreten. Beunruhigend ist, wie unkritisch bisher die militärische Logik in der öffentlichen Diskussion, im Parlament und in den Medien dominiert hat. Mit ständig erhöhten Waffenlieferungen wird der Krieg nur verlängert und das damit verbundene Leid auf beiden Seiten vergrößert. Die Gefahr einer Ausweitung, im worst case bis zur atomaren Eskalation, wächst mit jedem Tag der Kriegsführung weiter.

Dringend nötig ist eine Folgeabschätzung, eine Diskussion der möglichen Szenarien, wohin vor allem militärische Unterstützung führen kann. Dass dies unter Kriegsbedingungen schwierig ist, ist uns klar.

Gebraucht werden – dringender denn je – diplomatische Initiativen für ein schnellstmögliches Ende der Kampfhandlungen und für einen dauerhaften Frieden mit Russland, der auch den ukrainischen Forderungen genügt.

Mit der von Bundeskanzler Scholz in Washington ohne jegliche demokratische Rückendeckung „genehmigten“ Raketen- und Marschflugkörperstationierung wird die Sicherheitslage in Deutschland und Mitteleuropa verschlechtert, nicht verbessert, und die Spannungen weiter erhöht. Das Aufstellen neuer Mittelstreckenraketen, das Schließen tatsächlicher oder angeblicher Fähigkeitslücken sind nicht geeignet, die aktuellen Spannungen abzubauen.

Wir unterstützen aktuell vernehmbare Stimmen für mehr Diplomatie zur Beendigung des Krieges gegen die Ukraine (u.a. von Bundeskanzler Scholz im Sommerinterview 2024 mit dem ZDF). Wir befürworten ebenso verstärkte Anstrengungen auf internationaler Ebene, unter Beteiligung der Konfliktparteien Wege zu einer friedlichen Lösung zu entwickeln. Wir fordern die Bundesregierung, die Grüne Fraktion und die Grüne Partei auf, sich an der Suche nach realisierbaren Wegen für einen Verhandlungsfrieden und für Entspannung und Abrüstung intensiv zu beteiligen und einen offenen Diskurs zu führen, welche Wege jenseits militärischer Logik zum Frieden führen könnten.

## Begründung

In der aktuellen Lage wird immer mehr erkennbar, dass spätestens jetzt die Möglichkeit für Diplomatie und Verhandlungen ergriffen werden muss, um eine weiterem verheerende Eskalation zu verheinden und Menschenleben zu schützen. Selbst Kanzler Scholz äußert sich in diesem Sinn ...

## weitere Antragsteller\*innen

David Baltzer (KV Berlin-Kreisfrei); Ursula Hertel-Lenz (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Delphine Scheel (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Berti Furtner-Loleit (KV München); Sigrid Pomaska-Brand (KV Märkischer Kreis); Anna Katharina Boertz (KV Celle); Manuel Mühlbauer (KV Fürth-Land); Mario Hüttenhofer (KV Konstanz); Detlef Wilske (KV Berlin-Lichtenberg); Klemens Griesehop (KV Berlin-Pankow); Gernot Schulmeister (KV Main-Kinzig); Zohra Mojadeddi (KV Hamburg-Wandsbek); Kathrin Weber (KV Bielefeld); Dora Pfeifer-Suger (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Elke Roskosch-Buntemeyer (KV Oldenburg-Stadt); Angelika Aigner (KV Traunstein); Michael Mirbach (KV Grafschaft Bentheim); Norbert Fleige (KV Hamburg-Bergedorf); Christopher Stark (KV München); sowie 37 weitere Antragsteller\*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.

## V-68 Den Krieg in der Ukraine beenden – Russland in die völkerrechtlichen Schranken weisen!

Antragsteller\*in: Rebecca Harms (KV Lüchow-Dannenberg)

Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

### Antragstext

1 Der Verlauf des russischen Krieges gegen die Ukraine seit 2014 und die russische  
2 große Invasion seit 2022 zeigen, dass sich Russland und auch ein Teil seiner  
3 Verbündeten auf eine langfristige Konfrontation mit dem Westen eingestellt haben  
4 und auf die Zerstörung der liberalen Demokratie in Europa abzielen. Diese  
5 Konfrontation trägt Russland zuvorderst mit einem völkerrechtswidrigen Krieg in  
6 der Ukraine aus. Die Konfrontation wird seit langem auch mit direkten Massnahmen  
7 Russlands in westlichen Staaten gesucht, die oft die Störung demokratischer  
8 Prozesse und Kultur, Sabotage sowie die unmittelbare Gefährdung unserer  
9 Sicherheit zum Ziel haben. Eine Niederlage der Ukraine und ein Erfolg des  
10 imperialen Vorgehens Russlands würden den Verlust von Sicherheit und Frieden für  
11 ganz Europa mit sich bringen und würde autoritäre Führer anderer Länder  
12 ermutigen, dem Beispiel Putins zu folgen.

13 Die anhaltende militärische, humanitäre und politische Unterstützung der Ukraine  
14 durch Deutschland, gerade auch durch unsere bündnisgrünen Ministerinnen und  
15 Minister sowie durch die Bundestagsfraktion ist richtig und wichtig. Wir müssen  
16 aber täglich mit ansehen, dass diese Unterstützung auch im Rahmen der EU und der  
17 NATO bei Weitem nicht ausreicht, um der Ukraine die Wiedererlangung ihrer  
18 Souveränität zu ermöglichen. Seit 2022 wird immer wieder betont, wie viele  
19 Waffen und Mittel der Ukraine aus Deutschland zur Verfügung gestellt werden,  
20 deren Lieferung sich dann doch immer wieder verzögert oder erheblich verringert.  
21 Ein besonderes Versäumnis ist, dass der Ukraine auch fast drei Jahre nach Beginn  
22 des Krieges noch so vieles an Ausrüstung zur Verteidigung fehlt, was es Russland  
23 weiterhin ermöglicht, immer wieder brutale Schläge gegen die ukrainischen Städte  
24 und ukrainische Infrastruktur durchzuführen. So kann dieser Krieg nicht enden  
25 und so wird es auch weiter keinen Frieden in Europa geben!

26 Wir fordern, dass die Bedrohung durch Russland endlich ernst genommen wird und  
27 dass die deutsche Unterstützung der Ukraine militärisch und politisch konsequent  
28 dieser Bedrohungslage angepasst wird.

29 Wir fordern von der Bundesregierung und insbesondere von unseren bündnisgrünen  
30 Ministerinnen und Ministern, dem Bundesvorstand sowie unseren  
31 Bundestagsabgeordneten, dass sie sich angesichts der andauernden russischen  
32 Eskalation gegen ukrainische Städte und ihre Bürger:innen mit aller Kraft für  
33 eine konsequente, vollumfängliche und sofortige Unterstützung der Ukraine  
34 einsetzen – nicht nur, solange es diese Unterstützung braucht, sondern mit  
35 allem, was es braucht, damit die Ukraine diesen Krieg gewinnen kann und Russland  
36 ihn verlieren muss.

37 Wir fordern, dass die anhaltende und auskömmliche Unterstützung durch  
38 ausreichende Mittel im Bundeshaushalt abgesichert wird – so lange wie nötig!

39 Wir fordern, dass der Ukraine alle zur Verteidigung notwendigen militärischen  
40 Mittel zur Verfügung gestellt werden – insbesondere Raketenabwehr

41 („Luftabwehr“), Kampfflugzeuge und Raketen mit längerer Reichweite – aber auch  
42 Informationstechnik, Rettungslogistik etc.

43 Wir fordern, dass der Ukraine ab sofort keine roten Linien mehr gezogen werden  
44 für die Verwendung von militärischem Gerät zur Zerstörung von Munitionslagern,  
45 militärischen Abschuss- und Abflugrampen und weiterer Infrastruktur in Russland,  
46 die der russischen Armee dient. Dabei soll die Bundesregierung insbesondere  
47 gemeinsam mit unseren ostmitteleuropäischen Nachbarn eine Führungs- und  
48 Vorbildrolle übernehmen und auf eine entsprechende internationale Abstimmung zur  
49 Freigabe der gelieferten Unterstützung hinarbeiten.

50 Wir fordern von der Bundesregierung neben einer auskömmlichen militärischen  
51 Unterstützung auch eine konsequente politische Unterstützung für eine zügige  
52 Aufnahme der Ukraine in die NATO. Die Bundesregierung muss sich dazu bekennen,  
53 dass die Ukraine in der NATO willkommen ist und sich dafür einsetzen, dass mit  
54 der Ukraine ein realistischer Zeit- und Maßnahmenplan für den Beitrittsprozess  
55 inklusive eines klaren Aufnahmedatums abgestimmt wird. Bis zu diesem  
56 Aufnahmedatum sind grundlegende multilaterale Sicherheitsabkommen und -  
57 partnerschaften zu  
58 vereinbaren, welche der Ukraine schnellstmöglich den notwendigen Schutz und  
59 Beistand für die Abwehr des russischen Vernichtungskrieges bieten.

60 Wir fordern, dass sich die Bundesregierung konsequent und engagiert für den  
61 zeitnahen Beitritt der Ukraine zur EU einsetzt und die Ukraine auf diesem Weg  
62 weiterhin intensiv unterstützt.

63 Die Freiheit darf nicht schlechter geschützt sein als die Unfreiheit. Wir  
64 fordern, dass die Bundesregierung sich dafür einsetzt, dass die Verteidigung von  
65 Demokratie und Freiheit in Europa, einschließlich der Ukraine, mit allen dafür  
66 notwendigen Mitteln gestärkt wird. Dazu zählt unweigerlich auch eine Anpassung  
67 aller Verteidigungsanstrengungen, inklusive der europäischen Rüstungsproduktion,  
68 an die anhaltende Bedrohung unserer Freiheit.

69 Uns ist klar, dass die Ukraine heute schon den Krieg führen muss, den wir in  
70 Deutschland und der EU morgen keinesfalls führen wollen – aber vielleicht  
71 müssen, wenn dem russischen Regime nicht endlich und mit aller Konsequenz  
72 Einhaltung geboten wird. Dabei hat uns Russland mit seiner Aggression vor Augen  
73 geführt, dass die NATO-Mitgliedschaft die zentrale Sicherheitsgrundlage für  
74 unsere Demokratien darstellt. Die Ukraine hat jedes Recht, dieser Absicherung  
75 beizutreten. Das Bündnis würde nur geschwächt, wenn es sich von Russland  
76 vorschreiben liesse, welches Land Mitglied werden darf.

77 Die Ukraine so zu unterstützen, dass sie ihre volle Souveränität und Integrität  
78 wiedererlangt, dass imperialistisches und aggressives Handeln im internationalen  
79 Raum geächtet, angeklagt und verurteilt und Kriegsverbrechen bestraft werden,  
80 ist keine „Sache der Ukraine“, sondern liegt in unserem ureigensten Interesse.  
81 Gerade in Deutschland haben wir eine historische Verantwortung gegenüber der  
82 Ukraine, die, kaum dem stalinistischen Terror und dem Holodomor entkommen, unter  
83 nationalsozialistischem Terror litt und in der viele Menschen Versklavung und  
84 Massaker durch die Nazis erleiden mussten. Die Ukraine war das zentrale  
85 Aufmarschgebiet der Wehrmacht – gerade Deutschland muss heute denjenigen, die  
86 für Freiheit, Demokratie und Selbstbestimmung einen schon viel zu hohen Preis  
87 bezahlt haben, mit aller Konsequenz und ganzem Herzen beistehen. Für eure und  
88 unsere Freiheit – für eine freie Ukraine!

## **weitere Antragsteller\*innen**

Susann Worschech (KV Berlin-Neukölln); Christian Sandau (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Michael Merkel (KV Bochum); Jochen Sauer (KV Braunschweig); Elmar Gillet (KV Rhein-Erft-Kreis); Tilman Krösche (KV Heidekreis); Tilmann Holzer (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Ulrich Martin Drescher (KV Waldshut); Claus Kreusch (KV Düsseldorf); Daniel Beer (KV Celle); Jan Michael Ihl (KV Berlin-Neukölln); Tobias Redlin (Hannover RV); Sina Maria Beckmann (KV Friesland); Silke Stokar von Neuform (KV Hannover); Christian Gailus (KV Hannover); Martina Lilla-Oblong (KV Gelsenkirchen); Claudia Wiese (KV Leverkusen); Samuel Olbermann (KV Düsseldorf); Richard Ralfs (KV Rhein-Sieg); sowie 42 weitere Antragsteller\*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.

## V-69 Kompetenzteam statt Kanzlerkandidatur

Antragsteller\*in: Klemens Griesehop (KV Berlin-Pankow)  
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

### Antragstext

- 1 Bündnis 90/Die Grünen werden zur Bundestagswahl ein Kompetenzteam bilden, das
- 2 unsere grünen Werte vertritt, dafür einsteht und kämpft. Es wird kein\*e
- 3 Kanzlerkandidat\*in aufgestellt werden. Wir werden ein Kompetenzteam bilden aus
- 4 grünen Funktionär\*innen und fachkompetenten Externen, die unseren grünen
- 5 programmatischen Inhalten nahestehen. Diesbezüglich sollen folgende Menschen
- 6 gefragt werden, ob sie sich an einem Kompetenzteam für den grünen Wahlkampf
- 7 beteiligen: z. B. Stefan Rahmsdorf/PIK, Claudia Kemfert/DIW-Klimaexpertin, Luisa
- 8 Neubauer/Fridays for Future und Anne Brorhilker, ehemalige CumEx-
- 9 Oberstaatsanwältin und Geschäftsführerin der Bürgerbewegung Finanzwende sowie
- 10 Gerhard Schick für Finanzfragen.

### Begründung

Bündnis 90/Die Grünen haben bei den vergangenen Kommunalwahlen einen erheblichen Vertrauens- und Glaubwürdigkeitsverlust erlitten. Dies zeigen die Wahlergebnisse. In Bremen haben wir mehr als 5 Prozentpunkte verloren, in Hessen 5 Prozentpunkte und in Bayern mehr als 3 Prozentpunkte verloren und bei der EU-Wahl fast die Hälfte der Stimmen von 20,5 auf 11,9 Prozentpunkte. In Thüringen sind wir mit 3,2 %, in Brandenburg mit 4,1 % (- 6,7 %) nicht mehr im Landtag und in Sachsen mit 5,1 % noch ganz knapp im Landtag vertreten.

Ursache für die hohen Wahlverluste ist der Verlust unserer Stammwähler\*innen und der Kurs, in der bürgerlichen Mitte Wähler\*innen zu gewinnen. Omid Nouripour als grüner Bundesvorsitzender hat im ARD-Sommerinterview festgestellt, dass mit der neoliberalen FDP grüne Projekte nicht umsetzbar sind und hält die Ampel für eine „Übergangsregierung“. (<https://taz.de/Nouripours-Abgesang-auf-die-Ampel/!6028254/>) Vor diesem Hintergrund und bei Umfragewerten von ca. 10 Prozent für die Bundestagswahl ist es absolut unrealistisch einen Kanzlerkandidaten aufzustellen. Der Kurs zur bürgerlichen Mitte ist gescheitert. Mit einem ausstrahlungsfähigen Kompetenzteam können wir unsere Stammwähler\*innen wieder gewinnen und gleichzeitig viele Menschen ansprechen, die einen sozialen und ökologischen Kurswechsel in unserer Gesellschaft unterstützen wollen.

### weitere Antragsteller\*innen

Detlef Wilske (KV Berlin-Lichtenberg); Jens Pommer (KV Düsseldorf); Wolf-Christian Bleek (KV Starnberg); Kathrin Weber (KV Bielefeld); Hannelore Putz-Geißler (KV Rendsburg-Eckernförde); Birgit Heilmann (KV Harburg-Land); Michael Mirbach (KV Grafschaft Bentheim); Renate Steinhoff (KV Hannover); Hans-Jürgen Iske (KV Ammerland); Anna Katharina Boertz (KV Celle); Günther Bunte-Esders (KV Düsseldorf); Julia Hager (KV Bad Dürkheim); Bettina Deutelmöser (BV Bundesverband); Uta Lentföhr-Rathjen (KV Neumünster); Andreas Müller (KV Essen); Krystyna Grendus (KV Vorpommern-Greifswald); Dorothea Martin (KV Barnim); Sigrid Pomaska-Brand (KV Märkischer Kreis); Gisela Walter-Grohsschmiedt (KV Ortenau); sowie 31 weitere Antragsteller\*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.



V-70 Die Würde des Menschen ist unantastbar – das gilt auch für die 5,5 Millionen Muslim\*innen in Deutschland

Antragsteller\*in: Zohra Mojadeddi (KV Hamburg-Wandsbek)

Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

## Antragstext

- 1 Antimuslimischer Rassismus umfasst sowohl individuelle als auch strukturelle
- 2 Diskriminierung von Muslim\*innen oder von Personen, die als vermeintlich
- 3 muslimisch wahrgenommen werden.
- 4 In Abgrenzung zur Muslim- und Islamfeindlichkeit konzentriert sich dieser
- 5 Begriff jedoch auf die rassifizierende Dimension der Diskriminierung. Es geht
- 6 hierbei nicht allein um die tatsächliche Religionszugehörigkeit der Betroffenen,
- 7 sondern um äußere Merkmale, die einem mehrheitlich islamisch geprägten
- 8 Kulturraum zugeschrieben werden.
- 9 Diese Stigmatisierung wird auf Menschen übertragen, die diesem Kulturraum
- 10 ungefiltert zugeordnet werden und somit als muslimisch gelesen werden.
- 11 Infolgedessen erfolgt eine Vermischung, Homogenisierung und Abwertung ihrer
- 12 religiösen, ethnischen und kulturellen Identität.
- 13 Medienberichte konzentrieren sich oft auf Themen wie Terrorismus und
- 14 Radikalisierung, wodurch Muslim\*innen als einzig und allein als ein
- 15 Sicherheitsproblem wahrgenommen werden, statt als Bereicherung für unsere
- 16 Zivilgesellschaft.
- 17 Öffentliche und politische Debatten legitimieren somit aktuell den
- 18 antimuslimischen Rassismus, der für Muslim\*innen nicht nur real und gefährlich,
- 19 sondern potenziell auch tödlich ist.
- 20 Attentate auf Muslim\*innen in Hanau, Solingen und Mölln sowie Rufe nach
- 21 Remigration verdeutlichen die tief verwurzelte Problematik des Rassismus in
- 22 Deutschland. Diese Vorfälle sind Teil eines größeren gesellschaftlichen
- 23 Problems, das durch anhaltende Migrationsdebatten und den hohen Anspruch für
- 24 rechtspopulistische Parteien wie die AfD verstärkt wird.
- 25 Die ständige Thematisierung von Migration und Integration in der Politik und
- 26 Medien schafft somit ein Klima, in dem muslimische Identitäten oft als Bedrohung
- 27 wahrgenommen werden, was zur Normalisierung von Diskriminierung führt.
- 28 Studien belegen, dass Muslim\*innen vielfältigen Formen von Stigmatisierung,
- 29 Diskriminierung und Gewalt ausgesetzt sind. Dies reicht von hassmotivierten
- 30 Übergriffen über verbale Beleidigungen und Online-Hass bis hin zu Racial und
- 31 Religious Profiling sowie Missbrauch von Polizeigewalt. Strukturelle
- 32 Diskriminierung betrifft auch den Zugang zu Bildung, Arbeitsplätzen und
- 33 Wohnraum. Maßnahmen und Gesetze, die indirekt auf Muslim\*innen abzielen, können
- 34 deren Religionsfreiheit unverhältnismäßig einschränken. In der öffentlichen
- 35 Debatte, sowohl in den Medien als auch im politischen Diskurs, manifestiert sich
- 36 antimuslimischer Rassismus häufig in pauschalisierenden Stigmatisierungen und
- 37 Othering. Muslim\*innen werden dabei oft lediglich als gesellschaftliches oder

38 politisches Problem wahrgenommen, anstatt als aktive Mitglieder der  
39 Gesellschaft, die zur Gemeinschaft beitragen.

40 Immer mehr fördern rechte politische Parteien in Europa islamophobe Ideen und  
41 Maßnahmen. Die Medien verstärken diese Sichtweise, insbesondere durch die Art  
42 und Weise, wie sie muslimische Frauen darstellen – sei es in Berichten über  
43 Terrorismus oder in Bezug auf den Schleier, Kopftuch und die angebliche, oft  
44 jedoch nicht vorhandene Unterdrückung. Diese negative Berichterstattung trägt zu  
45 einem wachsenden Gefühl der Unsicherheit bei und schränkt die Orte ein, an denen  
46 sich muslimische Frauen sicher fühlen können. Wissenschaftliche Studien zeigen,  
47 dass die Stigmatisierung und Ausgrenzung muslimischer Frauen die  
48 gesellschaftliche Spaltung vertieft, Isolation verstärkt und Spannungen erhöht.  
49 Daher ist es dringend notwendig, dass alle Gesellschaftsbereiche mehr  
50 gesellschaftliche Teilhabe und Engagement fördern. Da viele muslimische Frauen  
51 leicht erkennbar sind, haben sie ein höheres Risiko, Opfer von Hassverbrechen zu  
52 werden. Die Diskriminierung muslimischer Frauen ist somit ein komplexes Problem,  
53 das erhebliche Auswirkungen auf ihr gesellschaftliches, politisches und  
54 wirtschaftliches Leben hat.

55 Daher sehen sich viele Muslim\*innen aktuell existenziellen Fragen gegenüber:  
56 Wird unser Leid anerkannt? Wie lange werden wir noch diskriminiert? Werden  
57 unsere Kinder oder wir selbst Opfer von Erniedrigungen, Beleidigungen oder sogar  
58 körperlichen Angriffen? Werden wir abgeschoben? Diese Fragen spiegeln nicht nur  
59 individuelle Ängste wider, sondern auch ein tiefes Misstrauen gegenüber der  
60 Gesellschaft, Politik und ihren Institutionen.

61 Es ist daher unerlässlich, diese besondere Thematik in den  
62 gesellschaftspolitischen Diskurs einzubringen, um Vorurteile abzubauen und ein  
63 besseres Verständnis für die Vielfalt muslimischer Identitäten zu fördern

64 Auch religiöse Einrichtungen und Moscheen werden zunehmend zu Zielen gezielter  
65 Angriffe und gleichzeitig wird online eine besorgniserregende Menge an Hass  
66 gezielt in unterschiedlichen Gruppierungen und sich dabei selbst bestätigenden  
67 Community-Blasen verbreitet.

68 Die Zahl antimuslimischer Straftaten stieg im letzten Jahr drastisch an, mit  
69 1.464 registrierten Vorfällen und 70 Angriffen auf Moscheen – ein Anstieg von  
70 über 140% im Vergleich zum Vorjahr (BMI/Bundeskriminalamt, 2024).

71 Viele Vorfälle bleiben ungemeldet, weil nur einer von acht Fällen dokumentiert  
72 wird.

73 Nach dem terroristischen Angriff der Hamas am 7. Oktober 2023 verzeichneten  
74 Beratungsstellen einen rasanten Anstieg antimuslimischer Übergriffe, die eng mit  
75 den aktuellen Debatten verknüpft sind.

76 Antimuslimischer Rassismus wird immer akzeptierter, da er angeblich aus der  
77 Mitte der Gesellschaft kommt. Er versteckt sich hinter Diskussionen über Asyl,  
78 Migration und Antisemitismus, was ein Klima schafft, das Bedrohungen und  
79 Diskriminierungen legitimiert. Dies schadet vor allem der demokratischen Kultur  
80 in Deutschland, denn rund 5,5 Millionen Muslim\*innen sind zunehmend Ziel  
81 rechtsextremer Gewalt.

82 Fast alle Muslim\*innen in Deutschland fühlen sich wiederholt unter  
83 Generalverdacht. Sie werden häufig als Vertreter\*innen aller Muslim\*innen und

84 muslimischer Gesellschaften weltweit gesehen und müssen sich regelmäßig von  
85 Terroranschlägen distanzieren, obwohl sie fast immer keinerlei Verbindung zu den  
86 Tätern haben. Dadurch entsteht der Druck, sich ständig rechtfertigen und den  
87 Islam verteidigen zu müssen.

88 In den letzten Jahrzehnten hat sich der mediale und politische Diskurs auf  
89 „Sicherheitsbedenken“ konzentriert, was das Sicherheitsgefühl in muslimischen  
90 Gemeinschaften beeinträchtigt hat. Dies hat auch die Redefreiheit und politische  
91 Teilhabe von Muslim\*innen eingeschränkt. Junge Muslim\*innen, die in einem  
92 solchen Umfeld aufwachsen, fühlen sich oft entmutigt und nehmen nicht am  
93 politischen und gesellschaftlichen Leben teil. Das Trauma und die Scham, die aus  
94 diesem „Generalverdacht“ resultieren, begleiten sie oft jahrelang, selbst wenn  
95 sie bei genauerem Hinsehen schnell entlastet werden. Die Auswirkungen sind in  
96 allen gesellschaftlichen Bereichen spürbar, von Erwachsenen, die mit Justiz und  
97 Diskriminierung am Arbeitsplatz konfrontiert sind, bis zu Kindern, die im  
98 Schulsystem ungerecht behandelt werden. Antimuslimischer Rassismus gefährdet  
99 somit die Rechte und Gleichbehandlung aller Muslim\*innen sowie ihre  
100 Chancengleichheit in der Gesellschaft. Er stellt eine Bedrohung für das  
101 friedliche Zusammenleben in einer demokratischen und offenen Gesellschaft dar  
102 und sollte als Hindernis für die politische und wirtschaftliche Entwicklung  
103 einer multikulturellen Post-Migrationsgesellschaft wie in Deutschland betrachtet  
104 werden.

105 Der Staat muss daher den Schutz rassistisch markierter Menschen, einschließlich  
106 Muslim\*innen, im öffentlichen Raum umfassend gewährleisten.

107 Um antimuslimischen Rassismus wirksam zu bekämpfen, ist es daher entscheidend,  
108 eine Erinnerungskultur zu entwickeln, die die Opfer von Rassismus und  
109 Diskriminierung – einschließlich muslimischer Menschen – ebenso anerkennt wie  
110 andere Gruppen.

111 Diese Kultur sollte nicht nur historische Ereignisse würdigen, sondern auch  
112 aktuelle Herausforderungen und die Vielfalt der Erfahrungen muslimischer  
113 Menschen in Deutschland sichtbar machen.

114 Eine solche Erinnerungskultur könnte dazu beitragen, das Bewusstsein für  
115 antimuslimischen Rassismus zu schärfen, Vorurteile abzubauen und letztlich ein  
116 solidarisches Miteinander in einer vielfältigen Gesellschaft zu fördern. Es ist  
117 wichtig, dass alle Stimmen gehört werden und die Gesellschaft gemeinsam  
118 Verantwortung für die Bekämpfung von Rassismus übernimmt. Die grundgesetzlich  
119 garantierte Unantastbarkeit der Menschenwürde gilt für alle in Deutschland  
120 lebenden Menschen, selbstverständlich einschließlich der 5,5 Millionen  
121 Muslim\*innen, die genau hier zu Hause sind.

122 Unsere Forderungen:

- 123 • Einrichtung eines Sachverständigenrats und Ernennung eines Bundes- sowie  
124 Länderbeauftragten zur Bekämpfung antimuslimischen Rassismus, welche die  
125 Öffentlichkeit, Politik und Sicherheitsbehörden unabhängig informieren und  
126 beraten.
- 127 • Dauerhafte finanzielle Unterstützung für Beratungs- und  
128 Unterstützungsstrukturen für Betroffene von antimuslimischem Rassismus,  
129 insbesondere durch den Ausbau community-basierter Beratungsstellen.

- 130 Bestehende Angebote sollten besser auf antimuslimischen Rassismus  
131 ausgerichtet und in Expertise investiert werden.
- 132 • Einrichtung von Beschwerdestellen für Schüler\*innen, Lehrer\*innen und  
133 Eltern, um Diskriminierung im Schulkontext zu erfassen und zu bearbeiten.  
134 Antimuslimischer Rassismus sollte im Lehrplan und in der Ausbildung  
135 pädagogischer Fachkräfte verankert werden.
- 136 • Ein zivilgesellschaftliches Monitoring-System ist erforderlich, um  
137 antimuslimischen Rassismus sowohl online als auch offline gezielt zu  
138 dokumentieren und zu analysieren.
- 139 • Etablierung einer einheitlichen Arbeitsdefinition für antimuslimischen  
140 Rassismus, die dessen intersektionale und strukturelle Dimensionen  
141 erfasst.
- 142 • Überarbeitung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG), um  
143 umfassenden Schutz vor Diskriminierung zu bieten.
- 144 • Entwicklung von Maßnahmen gegen institutionellen Rassismus durch Behörden  
145 und Verwaltung, insbesondere am Arbeitsplatz und im öffentlichen Dienst.
- 146 • Verpflichtende rassismuskritische Fortbildungen für Mitarbeiter\*innen der  
147 Verwaltung und des öffentlichen Dienstes.
- 148 • Finanzielle Unterstützung von die von muslimischen Gemeinschaften selbst  
149 verwalteten Organisationen im Bereich Diskriminierung und Rassismus.
- 150 • Den Stimmen von muslimischen Frauen einen angemessenen Raum in allen  
151 Grünen politischen Debatten geben, wie allen anderen Bevölkerungsgruppen  
152 auch, und nicht nur dann, wenn es um „muslimische Themen“ geht.

## Begründung

Erfolgt mündlich!

## weitere Antragsteller\*innen

Lene Greve (KV Hamburg-Altona); David Baltzer (KV Berlin-Kreisfrei); Sabine Hebbelmann (KV Odenwald-Kraichgau); Stephanie Wittern (KV Hamburg-Mitte); Evelyn Thies (KV Ulm); Kerstin Wilde (KV Leipzig); Sümeyye Dogan (KV Hamburg-Bergedorf); Janine Ivancic (KV Aachen); Sami Khokhar (KV Hamburg-Wandsbek); Ute Laucks (KV Darmstadt); Ursula Jäger (KV Hamburg-Eimsbüttel); Samet Yilmaz (KV Kiel); Angelika Aigner (KV Traunstein); Nicole Lauterwald (KV Frankfurt); Marco Meyn (KV Hamburg-Mitte); Karl-Wilhelm Koch (KV Vulkaneifel); Anna Katharina Boertz (KV Celle); Andreas Kleist (KV Coburg-Land); Peter Weinmann (KV Bamberg-Land); sowie 45 weitere Antragsteller\*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.

## V-72 Die Biodiversitätskrise endlich ernst nehmen – Überragendes öffentliches Interesse für Natur- und Artenschutz!

Antragsteller\*in: Kathrin Weber (KV Bielefeld)

Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

### Antragstext

1 Die Biodiversitätskrise, die von einigen Wissenschaftlern, u.a. vom Stockholm  
2 Resilience Centre, sogar als gefährlicher für das Überleben der Menschheit  
3 eingeschätzt wird, als die Klimakrise, schreitet seit Jahren immer schneller  
4 fort, auch hier in Deutschland. Sie ist eine stumme Krise, die von vielen  
5 Menschen nicht bemerkt wird und vielleicht deswegen auch in der Politik auf  
6 Bundesebene unterrepräsentiert ist. Es wird daher beantragt, dem Natur- und  
7 Artenschutz, entgegen den bisherigen gegenläufigen Entwicklungen, ein  
8 überragendes öffentliches Interesse zuzuerkennen, und damit ein deutliches,  
9 grünes Zeichen für den Erhalt einer lebenswerten Welt mit einer lebendigen und  
10 vielfältigen Natur zu setzen.

### Begründung

Begründung:

„Der Klimawandel entscheidet darüber, wie wir leben. Die Biodiversitätskrise entscheidet darüber, ob wir überleben.“ (Prof. Dr. Katrin Böhning-Gaese). Klimawandel und Biodiversitätskrise, beide Krisen sind menschengemacht, beide Krisen haben eine gemeinsame Ursache – das immer stärkere Eingreifen des Menschen in die Natur, das Energie und Ressourcen verbraucht, Flächen entwertet und zerstört, und der Natur im Fall der Biodiversitätskrise vor allem auch den qualitativ geeigneten Platz nimmt, den sie bräuchte, um sich zu regenerieren und damit vielfältiges Leben zu ermöglichen.

Die Biodiversitätskrise ist die Krise der Vielfalt des Lebens auf dieser Erde, was Genetik, Arten und Lebensräume angeht. Ihre Dramatik ist deutlich, die Zahlen sind unstrittig. Über 70% der Insektenbiomasse sind verschwunden. Über 300 Millionen Singvögel sind im ländlichen Raum Europas seit 1980 verloren gegangen. 70% der Wirbeltiere, d.h. Reptilien, Amphibien, Vögel und Säugetiere sind in den letzten 50 Jahren weltweit vernichtet worden. Jeden Tag sterben 150 Tier- und Pflanzenarten aus. Wir können uns des größten Massensterbens seit dem Aussterben der Dinosaurier rühmen. Dabei wurden die der Biodiversität zugehörigen planetaren Grenzen schon vor langer Zeit überschritten[1]. Der Klimawandel verstärkt die Biodiversitätskrise zunehmend, wird aber auch von ihr verstärkt.

Deutschland ist von der Biodiversitätskrise nicht ausgenommen, in unserem dicht besiedelten Land werden die geeigneten Flächen für bedrohte Tierarten immer weniger, und große Teile der nicht-alpinen Lebensräume, insbesondere die Offenlandschaften, sind schon in einem schlechten Zustand. Und trotzdem: Weniger als 1% der Gebiete sind bis jetzt streng geschützt. Etliche Klagen der europäischen Kommission sind uns anhängig, weil wir Anforderungen im Natur- und Artenschutz nicht erfüllen[2]. Die roten Listen der Länder enthalten von Mal zu Mal mehr bedrohte Arten, bei denen klar wird, dass wir, mit unserer Art, Landschaft und Flächen für unsere Zwecke zu überplanen, an ihrem so sehr erschwerten Überleben schuld sind[3].

Die Gefahr wegbrechender Ökosystemdienstleistungen sollte aber eigentlich jeden Volkswirt erblassen lassen: Sauberes Wasser, gesunde Luft, fruchtbare Böden, gesunde Nahrungsmittel, aber auch Grün, wo wir uns erholen können – das ist letztendlich unschätzbar, wenn es um einen allgemeinen Wohlstand

geht. Dabei geht es jedoch um mittel- bis langfristige Entwicklungen und nicht um sofortige wirtschaftliche Erfolge. Viel zu wenige Verantwortung tragende Menschen leihen der Biodiversitätskrise daher ihre Stimme, auch wenn der Wunsch vieler Menschen nach Natur groß ist, gerade auch in Zeiten von Krisen.

Die Grünen haben sich in den letzten Jahren vorrangig für technischen Klimaschutz eingesetzt, der die Probleme des Biodiversitätsverlustes nicht löst. Zwar wurde auch das sehr wertvolle "Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz" in Angriff genommen und jetzt in Kraft gesetzt. Aber es wurden ebenso Naturschutzgesetze geschwächt, Verbändebeteiligung reduziert, Brachflächen verringert, Pestizide aber weiter zugelassen und Ansiedlungen von Industrie und industrieähnlichen Bauten auf der grünen Wiese gefördert.

Der Schaden, der in der öffentlichen Wahrnehmung durch die Schwächung von Natur- und Artenschutz verursacht wurde, kann nicht so einfach aufgewogen werden. Es wurde, wie der Nabu-Bundesverband es schon 2022 befürchtete, dadurch eine argumentative Bresche geschlagen, in die nun ganz andere Interessenvertreter hineinspringen, und über die sich konservative zukünftige Regierungen, denen der Natur- und Artenschutz noch weniger am Herzen liegt, freuen werden. Dass im Übrigen durch die viel zu geringe Berücksichtigung des Artensterbens auch die treuesten Unterstützer der Grünen, die Umweltverbände und Menschen, die die ökologische Dreifachkrise ernst nehmen, mehr als verärgert wurden, wurde in Kauf genommen. Viele Wähler\*innen aus dem Bereich der Umweltverbände sind deswegen zu Kleinstparteien gewandert oder wählen gar nicht mehr.

Mit der Anerkennung von Natur- und Artenschutz als überragendem öffentlichen Interesse vollziehen wir den notwendigen Kurswechsel: Wir übernehmen Verantwortung und setzen damit politische Maßstäbe auch für andere Parteien. Wir nehmen wissenschaftliche Erkenntnisse ebenso ernst, wie den Wunsch vieler Menschen nach intakter Natur. Wir nehmen die planetaren Grenzen ernst, indem wir Grenzen setzen und ressourcen-, flächen-, energiesparendes und vor allem regionales, auch für die Region wertschöpfendes Wirtschaften fördern. Und wir kümmern uns um das, was wir seit Gründung der Partei wollten: Eine lebenswerte Welt schaffen.

[1][https://de.wikipedia.org/wiki/Planetare\\_Grenzen#/media/Datei:Oekologische\\_Belastungsgrenzen\\_planetary\\_boundaries.png](https://de.wikipedia.org/wiki/Planetare_Grenzen#/media/Datei:Oekologische_Belastungsgrenzen_planetary_boundaries.png)

[2] Hier wird auf vier Klagen verwiesen, die auch in der Presse ihren Widerhall fanden: <https://www.spiegel.de/wissenschaft/mensch/verstoesse-gegen-naturschutz-eu-kommission-verklagt-deutschland-a-21cb08f3-cc22-4447-a86e-c4b5da5c8b15>

<https://www.zeit.de/politik/2023-09/naturschutz-eugh-deutschland-verstoesse>

<https://www.agrarheute.com/politik/vogelschutz-eu-eroeffnet-vertragsverletzungsverfahren-617656>

<https://www.agrarheute.com/politik/gutachten-naturschutz-gruenland-deutschland-kommt-eugh-625855>

[3][https://www.nw-ornithologen.de/images/textfiles/rote\\_listen/Herkenrath\\_et\\_al\\_2024\\_NiN\\_Rote\\_Liste\\_Brutvogel.pdf](https://www.nw-ornithologen.de/images/textfiles/rote_listen/Herkenrath_et_al_2024_NiN_Rote_Liste_Brutvogel.pdf)

## weitere Antragsteller\*innen

Detlef Wilske (KV Berlin-Lichtenberg); Andreas Kleist (KV Coburg-Land); Sabine Hebbelmann (KV Odenwald-Kraichgau); Ali Demirhan (KV Herzogtum Lauenburg); Klaus Feurich-Tobien (KV Bielefeld); Ralf Henze (KV Odenwald-Kraichgau); Delphine Scheel (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Sigrid Pomaska-Brand (KV Märkischer Kreis); Anna Katharina Boertz (KV Celle); Manuel Mühlbauer (KV Fürth-

Land); Evelyn Thies (KV Ulm); Romy Mamerow (KV Bielefeld); Zohra Mojadeddi (KV Hamburg-Wandsbek); Anne-Kathrin Warzecha (KV Gütersloh); Claus Wittke (KV Oberberg); Sabrina Buurmann (KV Köln); Ilona Steffen (KV Düsseldorf); Thomas Rabe (KV Münster); Sandra Reffold (KV Gütersloh); sowie 98 weitere Antragsteller\*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.

V-73 Werft die Lobby aus der Lobby: Für eine grüne BDK ohne Amazon, Bayer, Lidl und die Automobilindustrie!

Antragsteller\*in: Lene Greve (KV Hamburg-Altona)

Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

## Antragstext

- 1 Die politische Demokratie ist gemäß den Grundsätzen der Aufklärung – „Freiheit,  
2 Gleichheit, Brüderlichkeit!“ – darauf gerichtet, im offenen Meinungsstreit das  
3 Gemeinwohl zu ermitteln und zu verwirklichen.
- 4 Finanzkräftige Interessengruppen schließen sich in Verbänden und Lobby-  
5 Organisationen zusammen, um dieses Prinzip im Sinne ihrer Einzelinteressen zu  
6 unterlaufen. Sie machen im Hinterzimmer Druck, um Ziele zu erreichen, für die  
7 demokratische Mehrheiten sich schwerlich finden lassen: Sei es die Zulassung von  
8 umweltschädlichen Agrargiften im Interesse der Chemie-Industrie, die  
9 Unterentwicklung des ÖPNV im Interesse der Automobilindustrie, oder die Nicht-  
10 Freigabe von Impfstoff-Patenten während pandemischer Notlagen im Interesse der  
11 Pharma-Industrie.
- 12 Bereits der grüne Grundkonsens von 1993 beantwortet derlei Missstände mit der  
13 Überzeugung der radikalen Demokratie: „Die Enttäuschung über mangelnde  
14 Mitwirkungsmöglichkeiten in der Zuschauerdemokratie, über gebrochene Versprechen  
15 von Politikern und über offensichtliche Schwierigkeiten der Parteien zur Lösung  
16 elementarer Probleme hat sich längst mit den Folgen politischer und ökonomischer  
17 Chancenungleichheit und der daraus resultierenden Wut und Sündenbocksuche zu  
18 einem bedrohlichen Gemisch gepaart. Die Enttäuschung über eine unzulänglich  
19 verwirklichte Demokratie kann leicht die Angst vor Freiheit verstärken und den  
20 erneuten Ruf nach einer Diktatur laut werden lassen.“
- 21 In der aktuellen Krise der Demokratie setzen wir alles daran, die Gestaltung der  
22 Gesellschaft durch die Mehrheit der Bevölkerung zu befördern, die  
23 Parteidemokratie auszubauen und den überproportionalen Einfluss privilegierter  
24 Gruppen auf die politische Entscheidungsfindung zurückzudrängen. Daher schließen  
25 wir künftig Unternehmen und ihre Lobby-Verbände von unseren  
26 Bundesdelegiertenkonferenzen aus.
- 27 Dem entpolitisierenden Klientelismus eines Amazon-Brezelstandes oder einer  
28 Autolobby-Barista-Theke auf unserer BDK setzen wir die vermehrte Kooperation mit  
29 denjenigen entgegen, die die Bevölkerung nicht passiv auf dem Sofa sehen wollen,  
30 sondern sie zum Einsatz für die gemeinsamen, verallgemeinerbaren Interessen  
31 aufrufen: Gewerkschaften, Umweltverbänden Friedensinitiativen und gemeinnützigen  
32 Organisationen.

## Begründung

Die Mitwirkung der gesamten Bevölkerung an der politischen Gestaltung, auch über die repräsentative Beteiligung an den Wahlen hinaus, wurde in Umkehrung von Elitenbildung und Industriellen-Klüngelei nach 1945 im Grundgesetz verankert: Alle Macht sollte vom Volke ausgehen und die Parteien sollten zur politischen Willensbildung beitragen.



Die je spezifischen politischen Interessen, die multinational agierende Unternehmen wie Amazon, Google oder die Automobilindustrie verfolgen – sei es die Stärkung gegenüber der internationalen Konkurrenz durch Steuermaßnahmen oder die Begünstigung des eigenen Warenabsatzes durch Subventionen – sind weder mit friedlichen internationalen Beziehungen noch mit menschenwürdigen Arbeitsbedingungen auf Höhe des wissenschaftlich-technischen Fortschritts vereinbar.

Aufgabe fortschrittlicher grüner Politik ist es, die Macht solcher Unternehmen zu begrenzen – nicht, sie sich ins Bett zu holen. Kein Gratiskaffee und keine Goodie-Tüte kann die Bedeutung der gemeinsamen demokratischen Verfügung aufwiegen. Besonders bedeutsam ist das auf dem Parteitag als Herzstück der Parteidemokratie.

Ein Hinweis zur Verhältnismäßigkeit: Bereits die Mandatsträger:innenabgabe einer einzelnen Bundestagsabgeordneten aus der Grünen Jugend für das Jahr 2022 übertraf die Summe der Spenden von Amazon und Google für ihr riesige Präsenz auf der BDK im Jahr 2023.

[https://cms.gruene.de/uploads/assets/Homepage%C3%BCbersicht-Sponsoring-BDK-2023\\_1.pdf](https://cms.gruene.de/uploads/assets/Homepage%C3%BCbersicht-Sponsoring-BDK-2023_1.pdf)

[https://cms.gruene.de/uploads/assets/2022\\_RB-GRUENE\\_web.pdf](https://cms.gruene.de/uploads/assets/2022_RB-GRUENE_web.pdf)

## **weitere Antragsteller\*innen**

Detlef Wilske (KV Berlin-Lichtenberg); Klemens Griesehop (KV Berlin-Pankow); Uta Lentföhr-Rathjen (KV Neumünster); Clara-Sophie Schrader (KV Berlin-Pankow); Christopher Stark (KV München); Bettina Deutelmöser (KV Stade); Tabitha Elkins (KV Fürth-Land); Manuela Nader (KV München); Sabine Hebbelmann (KV Odenwald-Kraichgau); Sigrid Pomaska-Brand (KV Märkischer Kreis); Anna Katharina Boertz (KV Celle); Wolf-Christian Bleek (KV Starnberg); Raymund Messmer (KV München-Land); Matthias Henneberger (KV Wunsiedel); Matthias Striebich (KV Forchheim); Gregor Kaiser (KV Olpe); Torsten Schönebaum (KV Ammerland); Manuela Braun (KV Rastatt/Baden-Baden); Nick Marx (KV Karlsruhe); sowie 40 weitere Antragsteller\*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.

## V-74 Barrierefreiheit ins Gewerbemietrecht – UN Behindertenkonvention konsequent umsetzen

Antragsteller\*in: Jenny Laube (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg)

Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

### Antragstext

Die Bundesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

Das Gewerbemietrecht in Deutschland soll dahingehend angepasst werden, dass Mieter\*innen von Gewerbe- und Büroflächen einen Anspruch auf den barrierefreien Umbau ihrer angemieteten Bestandsgewerbe- und Büroflächen ab einer Größe von 100qm erhalten. Langfristiges Ziel ist, dass alle Gewerbe- und Büroeinheiten zur Nutzung durch Menschen mit Behinderungen und Mobilitätseinschränkungen geeignet sind.

Die Verpflichtung zu einem barrierefreien Umbau trifft Vermieter\*innen im Allgemeinen, wobei eine uneingeschränkte Pflicht nur für Vermieter\*innen oder Vermietungsgesellschaften gelten soll, die mehr als 100 Gewerbe- oder Büromieteinheiten verwalten. In solchen Fällen sollen diese verpflichtet werden, auf Anfrage der Mieter\*innen den barrierefreien Umbau zu ermöglichen und die Kosten hierfür zu tragen. Für Vermieter\*innen mit weniger Gewerbe- und Büromieteinheiten können abgestufte Ausnahmen geschaffen werden, um z.B. nur bei einer Komplettsanierung zu einem barrierefreien Umbau verpflichtet zu sein.

Weiterhin sollten die Bauträger bei allen zukünftig gebauten Gewerbe- und Bürogebäude dazu verpflichtet werden, die Standards für barrierefreies Bauen einzuhalten.

Zur Finanzierung des barrierefreien Umbaus sollen Vermieter\*innen die Möglichkeit erhalten, Kredite mit günstigen Konditionen von der KfW-Bank zu beantragen. Zusätzlich soll ein Sonderabschreibungsrecht für die Kosten des Umbaus eingeführt werden. Vermieter\*innen sollen so die Kosten der Umbaumaßnahmen über einen Zeitraum von 5 Jahren steuerlich abschreiben können. Dies schafft finanzielle Anreize, die notwendige bauliche Barrierefreiheit zügig umzusetzen und gleichzeitig Mieter\*innen in ihren inklusiven Geschäftsmodellen und der Beschäftigung von Menschen mit Behinderungen zu unterstützen.

Zum Schutz der Mieter\*innen vor möglichen Kündigungen aufgrund eines Gesuchs auf barrierefreien Umbau und zur objektiven Überprüfung der bundesweiten Umsetzungsbedarfe und -stände fordern wir die Einrichtung einer bundesweiten unabhängigen Stelle. Diese soll:

- Mieter\*innen und Vermieter\*innen über die Rechtslage, Fördermöglichkeiten und steuerlichen Anreize informieren.
- Mieter\*innen bei der Durchsetzung ihres Anspruchs auf barrierefreien Umbau unterstützen und dabei sicherstellen, dass keine Umgehung von Mieter\*innenrechten durch Kündigungen oder anderweitige Benachteiligungen erfolgt.
- Den Bedarf und den Fortschritt der Umbaumaßnahmen erfassen, um ggf. bei Fördermitteln und Beratung nachzusteuern.

39 Eine solche unabhängige Stelle wird nicht nur den rechtlichen Schutz von  
40 Mieter\*innen stärken, sondern auch die Zusammenarbeit zwischen Mieterinnen und  
41 Vermieter\*innen verbessern, um eine barrierefreie Gesellschaft im gewerblichen  
42 Bereich zu fördern.

## Begründung

In einer inklusiven Gesellschaft ist die uneingeschränkte Teilhabe für alle Menschen von zentraler Bedeutung. Dies gilt insbesondere auch für den Zugang zu gewerblichen und Büroräumen. Ein umfassender Anspruch auf Barrierefreiheit ist ein notwendiger Schritt, um die Inklusion zu gewährleisten und das staatliche Diskriminierungsverbot aus Artikel 3 des Grundgesetzes zu realisieren.

Angesichts der Tatsache, dass unsere Gesellschaft stetig älter wird, ist es umso dringlicher, auf die Bedürfnisse von Menschen mit Mobilitätseinschränkungen verstärkt Rücksicht zu nehmen. Die Anzahl der Menschen, die auf barrierefreie Umgebungen angewiesen sind, wächst kontinuierlich. Daher müssen wir schon heute die notwendigen Voraussetzungen schaffen, um allen Menschen – unabhängig von Alter oder Behinderung – die uneingeschränkte Teilhabe am öffentlichen und wirtschaftlichen Leben zu ermöglichen.

Ein weiterer Grund für den Regelungsbedarf ist die Beschäftigung von Arbeitnehmer\*innen mit körperlichen Behinderungen. Heute steht vielfach die fehlende Barrierefreiheit von Büro- oder Geschäftsräumen der Einstellung von Menschen mit Behinderungen entgegen. Dadurch verhindern wir nicht nur ihre individuellen Erwerbschancen, sondern lassen auch ihr persönliches und wirtschaftliches Potenzial ungenutzt. Dies widerspricht den Grundsätzen einer chancengerechten und inklusiven Arbeitswelt, die wir anstreben.

Nicht zuletzt trägt eine stärker durchmischte Geschäfts- und Arbeitswelt zu mehr gegenseitigem Verständnis und einer solidarischeren Gesellschaft bei. Wenn Menschen mit und ohne Behinderungen gleichermaßen Zugang zu den gleichen Räumen und Arbeitsplätzen haben, entsteht eine größere Wertschätzung für die unterschiedlichen Lebensrealitäten und Herausforderungen. Dies fördert nicht nur das soziale Miteinander, sondern auch den wirtschaftlichen Erfolg von Unternehmen, die von der Vielfalt der Perspektiven profitieren.

Mit dieser Anpassung des Gewerbemietrechts schaffen wir die notwendigen Rahmenbedingungen, um den barrierefreien Umbau von Gewerbeflächen flächendeckend zu fördern und gleichzeitig den rechtlichen Schutz von Mieter\*innen zu gewährleisten. Dabei setzen wir auf eine Kombination aus gesetzlichem Anspruch für Mieter\*innen und steuerlichen Anreizen für Vermieter\*innen, um Barrierefreiheit im gewerblichen Bereich zügig voranzutreiben.

Die Schaffung einer unabhängigen Stelle sorgt für Rechtssicherheit und Transparenz, während sie gleichzeitig proaktiv den Schutz der Mieter\*innen vor möglichen Benachteiligungen sicherstellt. Eine solche Stelle ist außerdem ein wichtiger Ansprechpartner für alle Beteiligten, wenn es um die Fördermöglichkeiten und praktischen Umsetzungen geht.

Dieser Antrag zielt darauf ab, den Gewerbemietmarkt inklusiver zu gestalten. Damit gehen wir einen entscheidenden Schritt in Richtung einer barrierefreien, solidarischen und inklusiven Gesellschaft.

## weitere Antragsteller\*innen

Michael Sasse (KV Rosenheim); Katrin Schmidberger (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Enad Altaweel (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Johannes Mihram (KV Berlin-Mitte); Joana Zühlke (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Monika Herrmann (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Merieme Benali-Jockers (KV Berlin-Reinickendorf); Kübra Beydas (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Jan Schmid (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Shirin Kreße (KV Berlin-Mitte); Hassan Enes Sahin (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Rafael Nicolai Prange (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Anke Dörsam (KV Berlin-Kreisfrei); Chantal Münster (KV Berlin-Kreisfrei); Rania Al-Sahhoum (KV Berlin-Mitte); Lars Klaus Aßhauer (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Hugo Gisi Klement (KV Berlin-Reinickendorf); Milan Bachmann (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Marie Elisabeth Zeidler (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); sowie 51 weitere Antragsteller\*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.

V-75 Keine Laufzeitverlängerung für das AKW Leibstadt (CH) unter Ausschluss von Öffentlichkeit und Umweltverträglichkeitsprüfung!

Antragsteller\*in: Harald Ebner (KV Schwäbisch Hall)

Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

## Antragstext

1 Am 15. April 2023 gingen die letzten drei Atomkraftwerke in Deutschland vom  
2 Netz. Seither blieb die Versorgungssicherheit gewährleistet und seither sind  
3 sowohl die Strompreise als auch Anteil der Öl- und Kohleverstromung gesunken,  
4 der Anteil der Erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung lag im ersten  
5 Halbjahr 2024 bei 63 Prozent. Das ist eine große Erfolgsgeschichte. Bündnis  
6 90/Die Grünen stehen zum vollzogenen Atomausstieg und setzen sich weiterhin für  
7 ein möglichst zügiges und Verfahren zur Endlagersuche für die radioaktiven  
8 Hinterlassenschaften der vergangenen Atom-Ära bei bestmöglicher Sicherheit und  
9 Öffentlichkeitsbeteiligung ein.

10 Mit dem Abschalten der letzten Atommeiler hat sich das Risiko für atomare  
11 Unfälle für die Bevölkerung erheblich gesenkt. Dennoch verbleiben durch den  
12 Betrieb von Atomreaktoren in europäischen Nachbarländern weitere externe  
13 Risiken bestehen. In fast allen dieser Länder ist die AKW-Flotte stark  
14 überaltert. Dessenungeachtet beabsichtigt die Schweiz, den 1984 ursprünglich für  
15 40 Betriebsjahre gebauten Reaktor Leibstadt um weitere 20 Jahre im  
16 Leistungsbetrieb zu halten ohne eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchzuführen  
17 und ohne eine Öffentlichkeitsbeteiligung vorzunehmen. Das ist ein unhaltbarer  
18 Zustand!

19 Bündnis 90/DIE GRÜNEN fordern das Eidgenössische Department für Umwelt, Verkehr  
20 und Kommunikation (UVEK) der Schweiz in Bern dazu auf,

- 21 • bei der beabsichtigten Verlängerung der Laufzeit des Atomreaktors in  
22 Leibstadt eine Umweltverträglichkeitsprüfung mit grenzüberschreitender  
23 Öffentlichkeitsbeteiligung durchzuführen und
- 24 • die Espoo-Konvention sowie die Aarhus-Konvention vollumfänglich zu  
25 respektieren und umzusetzen.

## Begründung

Das Schweizer AKW Leibstadt steht am Rhein, nahe der Grenze zu Baden-Württemberg. Es wurde für einen Betrieb von 40 Jahren ausgelegt und ging 1984 ans Netz. Die Schweiz beabsichtigt nun, dieses AKW für weitere 20 Betriebsjahre vorzubereiten, ohne dass formal eine Laufzeitverlängerung erfolgen soll, denn eine Befristung der Genehmigung gibt es gar nicht. Grundsätzlich aber sind auch die Schweizer AKWs wie andere Anlagen lediglich auf eine Laufzeit von 40 Jahren konzipiert worden. Das zeigen auch kritische Gutachter auf Basis international anerkannter Regeln auf. Expert\*innen hatten im Jahr 2021 eine beträchtliche Liste an sicherheitsrelevanten Mängeln identifiziert. Eine zusätzliche Studie belegt: von einem Unfall wäre aufgrund der vorherrschenden Windrichtung überwiegend Deutschland betroffen. Eine Beteiligung der betroffenen Bürger\*innen in Deutschland und der Schweiz ist bei dieser Laufzeitverlängerung seitens dem zuständigen Eidgenössischen Department für Umwelt, Verkehr und Kommunikation (UVEK) trotzdem nicht vorgesehen. Eine solche Beteiligung ist aber durch die Espoo-Konvention vorgeschrieben, die auch die Schweiz unterzeichnet hat. Der zuständige Schweizer Bundesrat beruft sich darauf, dass es in der genehmigungsrechtlichen Praxis der Schweiz keine Begrenzung von Laufzeiten für AKW gibt. Daher handle es sich auch nicht um eine Laufzeitverlängerung. Dass das AKW in Leibstadt aber seine baulich vorgesehene Laufzeit überschritten hat, zeigt die geplante Investition von einer Milliarde Franken, ohne die ein weiterer Betrieb nicht möglich wäre. Es handelt sich faktisch um eine Verlängerung der ursprünglich geplanten Betriebszeit und damit eine Laufzeitverlängerung. Artikel 1 (5) der Espoo-Konvention verlangt eine Umweltverträglichkeitsprüfung samt grenzüberschreitender Öffentlichkeitsbeteiligung für „jede größere Änderung eines Projektes“ mit potenziell grenzüberschreitenden Umweltauswirkungen. Die geplante Laufzeitverlängerung des ausgedienten Grenz-AKW Leibstadt erfüllt diese Voraussetzung. Betroffene Bürger\*innen müssen die Chance erhalten bei diesen Plänen mitreden zu können, denn sicher ist auch in Leibstadt nur das Risiko!

Quellen:

[https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:21992A0424\(04\)](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:21992A0424(04))

[https://institutbiosphere.ch/wa\\_files/EUNUPRI-2019v01.pdf](https://institutbiosphere.ch/wa_files/EUNUPRI-2019v01.pdf)

[https://energiestiftung.ch/files/energiestiftung/pdf/aktuell/20210829\\_Studie%20zu%20den%20Sicherheitsdefiziten%20des%20Schweizer%20AKW%20Leibstadt\\_final.pdf](https://energiestiftung.ch/files/energiestiftung/pdf/aktuell/20210829_Studie%20zu%20den%20Sicherheitsdefiziten%20des%20Schweizer%20AKW%20Leibstadt_final.pdf)

<https://www.ipnww.de/atomenergie/artikel/de/schweizer-atomstrom-mehr-als-40-jah.html>

## weitere Antragsteller\*innen

Johannes Hunger (KV Landshut-Land); Brigitte Artmann (KV Wunsiedel); Sibylle C. Centgraf (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Jutta Paulus (KV Neustadt-Weinstraße); Jörg Bischof (KV Tübingen); Ralf Henze (KV Odenwald-Kraichgau); Ruth Alpers (KV Harburg-Land); Bernd Frieboese (KV Berlin-Reinickendorf); Martina Hoffmann (KV Saalekreis); Bettina Deutmoser (BV Bundesverband); Klemens Griesehop (KV Berlin-Pankow); Jürgen Kretz (KV Odenwald-Kraichgau); Andreas Müller (KV Essen); Barbara Judith Bruhn (KV Hohenlohe); Wilfried Böhling (KV Stade); Karl-Heinz Lasch (KV Schwäbisch Hall); Bernhard Herrmann (KV Chemnitz); Maria Wißmiller (KV Ostallgäu); Anna Katharina Boertz (KV Celle); sowie 68 weitere Antragsteller\*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.

**V-76** Ein Land, das einfach funktioniert, braucht Vielfalt, Offenheit und ein konsequentes Eintreten für Menschenrechte – für alle.

Gremium: BAG Migration & Flucht

Beschlussdatum: 03.10.2024

Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

## Antragstext

Die jüngsten Landtagswahlen in Brandenburg, Thüringen und Sachsen verdeutlichen, wer von einem Diskurs profitiert, der immer stärkere Einschränkungen, Kontrolle und Härte in der Migrations- und Asylpolitik fordert. Nationale und europäische Kompromisse werden zunehmend infrage gestellt, diskreditiert und durch Forderungen nach weiteren Verschärfungen geschwächt. Eine realistische und menschenrechtsorientierte Politik hingegen stärkt den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Es ist ermutigend, dass Anfang des Jahres so viele Menschen wie nie zuvor in Deutschland auf die Straße gegangen sind, um ein Zeichen für eine offene, vielfältige Gesellschaft und gegen Rechtsextremismus zu setzen. Diese Solidarität gibt uns Hoffnung und zeigt, wie wichtig es ist, diesen Weg entschlossen zu gehen.

Menschlichkeit bildet die Grundlage unseres Zusammenlebens, sowohl in Deutschland als auch in Europa. Als Teil dieser Regierung fordern wir, dass Menschenrechte nicht nur Rhetorik bleiben, sondern konsequent in die Praxis umgesetzt werden. Es ist unsere gesellschaftliche Verpflichtung, diese Rechte zu verteidigen, wenn sie mit Füßen getreten werden. Dazu gehört auch die unbedingte Achtung der Menschenwürde. Sie steht aus gutem Grund seit 75 Jahren in unserem Grundgesetz und gilt für alle Menschen, unabhängig von ihrer Herkunft oder ihrem Aufenthaltsstatus.

Wir nehmen auch den Appell an die Bundesregierung von über 300 Organisationen und Initiativen ernst, die Teil einer Gesellschaft sein wollen, die geflüchtete Menschen menschenwürdig aufnimmt. Einer Gesellschaft, die das Recht auf Asyl als ein Menschenrecht nicht in Frage stellt und schon gar nicht auslagert.

Wir als Bündnis 90/Die Grünen wissen: Aufnahme und Teilhabe funktionieren, wenn alle an einem Strang ziehen und der politische Wille vorhanden ist. Deshalb begegnen wir den derzeitigen Herausforderungen mit konstruktiven, praxisnahen und somit realistischen Vorschlägen für eine zukunftsfähige Aufnahme. Dafür setzen wir uns jetzt und auch zukünftig mit allen uns zur Verfügung stehenden Kräften ein – gerade auch auf kommunaler Ebene.

Deshalb fordern wir:

1. Sofortiger Stopp von Abschiebungen nach Afghanistan und Syrien!

Abschiebungen in Krisen- und Kriegsgebiete verletzen fundamentale Menschenrechte und internationale Konventionen und sind daher rechtswidrig. Die Machtübernahme der Taliban hat Afghanistan zu einem Hotspot für Extremismus und Islamismus gemacht, wo Frauenrechte massiv eingeschränkt werden und sich die allgemeine Sicherheitslage weiter verschlechtert. Besonders gefährdet sind FLINTA\*-Personen, deren Lebensgrundlagen und Rechte akut bedroht werden. Es ist ein

38 Widerspruch gegen Islamismus vorzugehen und gleichzeitig mit brutalen Regimen zu  
39 verhandeln und diese damit zu legitimieren. Dazu gehört auch das Verhandeln und  
40 Einfädeln schmutziger Deals mit den Nachbarstaaten, die Abgeschobene skrupellos  
41 weiter schieben.

42 In Syrien sind die Menschen in allen Landesteilen nach wie vor willkürlicher  
43 Herrschaft und gravierenden Menschenrechtsverletzungen ausgesetzt. Folter,  
44 außergerichtliche Hinrichtungen und das Verschwindenlassen politisch  
45 missliebiger Personen sind alltäglich. Es ist wie vor 2011 völlig  
46 unkalkulierbar, was Abgeschobenen widerfährt. Der Norden des Landes leidet unter  
47 Bombardierungen durch das Assad-Regime und Russland, Angriffe der Türkei sowie  
48 Terror durch den IS. Es gibt keine sicheren Regionen in Syrien – niemand ist  
49 dort in Sicherheit. Der aktuelle Lagebericht des Auswärtigen Amtes bestätigt  
50 das.

51 Wir stehen zur Europäischen Menschenrechtskonvention, welche die Ausweisung und  
52 Abschiebung verbietet, wenn im Zielland Folter, unmenschliche Behandlung oder  
53 schwere Menschenrechtsverletzungen drohen. Wir erwarten, dass sich die Grünen in  
54 der Bundesregierung und als Partei entschieden gegen (weitere) Abschiebungen  
55 nach Afghanistan oder Syrien stellen. Wir verurteilen schwere Straftaten und  
56 lehnen die Verbrechen ab, die auch von Personen mit Herkunft aus Syrien oder  
57 Afghanistan in Deutschland begangen wurden. Diese Straftäter müssen in  
58 Deutschland zur Rechenschaft gezogen werden. Gerechtigkeit und der Schutz der  
59 Menschenrechte dürfen in keinem Fall gegeneinander ausgespielt werden.

## 60 2. Keine Kriminalisierung von Geflüchteten!

61 Kriminalität muss unabhängig vom Aufenthaltsstatus verfolgt werden. Jede Person  
62 hat das Recht auf ein faires Verfahren und darf nicht aufgrund von Vorurteilen  
63 oder Herkunft unterschiedlich behandelt werden. Wir setzen uns für eine  
64 evidenzbasierte Strafrechtspolitik ein, die populistischen Forderungen nach  
65 höheren Strafen und schärferen Maßnahmen entgegensteht. Statt auf Abschreckung  
66 setzen wir auf Prävention, Integration und den Schutz der Menschenrechte. Eine  
67 pauschale Kriminalisierung von Geflüchteten lehnen wir ab.

## 68 3. Asylrecht stärken, nicht verschärfen!

69 Herausforderungen bei der Aufnahme, Unterbringung und Versorgung von  
70 Asylsuchenden werden nicht durch Verschärfungen des Asylrechts gelöst. Im  
71 Gegenteil, viele in der Diskussion befindliche Vorschläge führen zu untragbaren  
72 Härten, überbordender Bürokratie oder sind schlichtweg verfassungswidrig.  
73 Insbesondere Leistungskürzungen bis hin zu Leistungsausschlüssen für  
74 Geflüchtete, etwa wenn Dublin-Abschiebungen scheitern, lehnen wir entschieden  
75 ab. Sie sind verfassungswidrig, menschenfeindlich und missachten, dass die  
76 betroffenen Personen oft keine Verantwortung für diese Umstände tragen. Solche  
77 Leistungskürzungen führen nicht nur zu untragbaren menschlichen Härten, sie  
78 stellen die Kommunen, in denen sich die Menschen aufhalten, vor unlösbare  
79 Aufgaben. Menschen auf die Straße zu setzen, würde zu Leid und zu Chaos führen.  
80 Das Bundesverfassungsgericht hat klargestellt, dass die in Art. 1 Abs. 1 GG  
81 garantierte Menschenwürde migrationspolitisch nicht zu relativieren ist und  
82 daher das soziokulturelle Existenzminimum für Geflüchtete gesichert sein muss.  
83 Wir erwarten, dass die Verfassungsmäßigkeit der Sozialleistungen für  
84 Asylsuchende sichergestellt ist.

85



86 Darüber hinaus dürfen finanzielle Mittel für die Integration von Geflüchteten  
87 nicht gekürzt werden, denn das erschwert die Teilhabe geflüchteter Menschen am  
88 gesellschaftlichen Leben. Ausreichende Finanzierung ist auch eine Notwendigkeit,  
89 um die Arbeit von zahllosen zivilgesellschaftlichen Organisationen und  
90 Engagierten aufrechtzuerhalten. Integration statt Isolation muss das Ziel  
91 unserer Asyl- und Migrationspolitik sein. Die zügige Einbindung von Geflüchteten  
92 in das gesellschaftliche Leben, das Bildungssystem und die Arbeitswelt ist von  
93 zentraler Bedeutung. Die Unterbringung in Wohnungen fördert die  
94 Selbstständigkeit und spart enorme Kosten im Vergleich zu Sammelunterkünften,  
95 insbesondere da in Deutschland etwa zwei Millionen Wohnungen leer stehen.

96 Als Ergänzung des Asylsystems unterstützen wir humanitäre Aufnahmeprogramme und  
97 Resettlement. Es muss sichergestellt sein, dass alle Personen zügig aufgenommen  
98 werden, die eine Aufnahmezusage im Rahmen des Bundesaufnahmeprogramms  
99 Afghanistan erhalten haben. Die Beendigung der Aufnahme aus Afghanistan lehnen  
100 wir ab. Wir appellieren an die Bundesregierung, den Aktionsplan Afghanistan  
101 entschieden umzusetzen und weiter bedrohte Personen aus Afghanistan aufzunehmen.  
102 Zudem muss die Flucht vor der Klimakrise als Fluchtursache anerkannt werden.

103 Bereits jetzt kann, wer in sein Herkunftsland zurückkehrt, seine  
104 Flüchtlingseigenschaft verlieren. Ein weitere Verschärfung dieser Möglichkeit  
105 halten wir weder für notwendig noch für sinnvoll. Etwa die geplante  
106 Beweislastumkehr zu Lasten von Geflüchteten schafft zusätzliche Härten, ohne  
107 irgendein Problem zu lösen. Auch eine weitere Absenkung der Schwelle für  
108 Ausweisungen oder die Verhinderung der Flüchtlingseigenschaft im Asylverfahren  
109 im Falle von strafrechtlichen Verurteilungen lehnen wir ab. Bereits jetzt liegt  
110 ein schwerwiegendes Ausweisungsinteresse bei rechtskräftigen Verurteilungen zu  
111 einer Freiheits- oder Jugendstrafe von mindestens einem Jahr wegen vorsätzlicher  
112 Straftaten gegen die körperliche Unversehrtheit oder das Leben vor. Damit  
113 besteht eine sachgerechte Regelung, die keiner Verschärfung bedarf.

#### 114 4. Keine Inhaftierung von Schutzsuchenden!

115  
116 Unsere Bewertung der Einigung zum Gemeinsamen Europäischen Asylsystem bleibt  
117 unverändert. Wir werden die Umsetzung in deutsches Recht aktiv begleiten und  
118 dabei alle Spielräume nutzen, um den Schutz von Menschen auf der Flucht zu  
119 verbessern. Es ist für uns von zentraler Bedeutung, dass die Möglichkeit eines  
120 fairen und transparenten Asylverfahrens innerhalb der EU garantiert ist und es  
121 nicht zu Abschiebungen in Drittstaaten kommt ohne vorheriges Asylverfahren mit  
122 inhaltlicher Prüfung der Fluchtgründe. Im Falle von Rückführungen muss das  
123 Verbindungselement erhalten bleiben. Es ist zutiefst inhuman einen Menschen in  
124 ein Land abzuschicken, in dem er nie zuvor gewesen ist.  
125 Unzulässigkeitsentscheidungen aufgrund vermeintlich sicherer Drittstaaten  
126 spielen in Deutschland bisher keine Rolle – und das sollte so bleiben. Eine  
127 solche Praxis wäre kaum umsetzbar und würde den Zugang zu Schutz erheblich  
128 verzögern.

129 Grenzverfahren, die mit einer de-facto-Inhaftierung einhergehen und keine  
130 inhaltliche Prüfung von Fluchtgründen garantieren, sind nicht human und werden  
131 den Rechten und Nöten schutzsuchender Menschen nicht gerecht. Daher setzen wir  
132 uns mit aller Kraft dafür ein, dass EU-Mitgliedstaaten nicht zur Durchführung  
133 von Grenzverfahren verpflichtet werden und Schutzsuchende nicht inhaftiert

- 134 werden. Geschlossene Lager, Transitzonen oder europäische Außenlager in  
135 Drittstaaten lehnen wir ab.
- 136 5. Europäische Solidarität statt Grenzkontrollen
- 137 Der freie Personen- und Warenverkehr ist eine der größten Errungenschaften  
138 unseres gemeinsamen Europas und bildet die Grundvoraussetzung für einen  
139 funktionierenden Binnenmarkt. Die Einführung von Grenzkontrollen sowie die  
140 Zurückweisung von Asylsuchenden an den deutschen Binnengrenzen verstoßen gegen  
141 EU-Recht und schwächen die EU als Rechtsgemeinschaft. Darüber hinaus ist die  
142 Entscheidung eine unnötige Belastung in den Beziehungen zu unseren europäischen  
143 Nachbarn und Partnern, die bereits dazu führt, dass auch andere Länder wieder  
144 vermehrt auf Grenzkontrollen setzen wollen. Mit der Wiedereinführung der  
145 Grenzkontrollen gefährden wir das Schengen-Grenzregime als Ganzes.
- 146 Wir verteidigen die offenen Grenzen, von denen wir alle täglich profitieren. Die  
147 Aufnahme der ukrainischen Geflüchteten hat zudem eindrucksvoll gezeigt, wie  
148 Solidarität mit Schutzsuchenden innerhalb der EU funktionieren kann und dass wir  
149 gemeinsam humanitäre Verantwortung übernehmen können.
- 150 Bündnis 90/Die Grünen setzen sich nachdrücklich dafür ein, dass Deutschland  
151 seiner humanitären Verantwortung gerecht wird und eine solidarische und  
152 menschenrechtsorientierte Flüchtlingspolitik auf europäischer Ebene verfolgt.  
153 Wir fordern die Bundesregierung auf, entschieden gegen menschenrechtswidrige  
154 Praktiken wie illegale Zurückweisungen (Pushbacks) an den EU-Außengrenzen und  
155 auf dem Mittelmeer, sowie gegen die inhumane Behandlung von Schutzsuchenden in  
156 den sogenannten "Hotspots" vorzugehen.
- 157 Das Dublin-System mit seinen Überstellungsfristen darf nicht dazu führen, dass  
158 Schutzsuchende in einen rechtlichen Schwebezustand geraten und kein EU-Staat für  
159 das Asylverfahren zuständig sein möchte. Menschen, die sich de facto hier  
160 aufhalten, müssen auch Zugang zum Asylverfahren haben. Kettenabschiebungen  
161 dürfen nicht dazu führen, dass Asylsuchende ohne Prüfung ihres Schutzgesuches in  
162 Staaten außerhalb der EU abgeschoben werden. Wir stehen weiterhin zum  
163 Kirchenasyl.

## Begründung

Bei viele Menschen – insbesondere jenen mit Migrations- und Fluchtgeschichte – wächst die Angst über ihre Zukunft in Deutschland. "Seid Menschen" [1] appelliert die Shoa-Überlebende Margot Friedländer immer wieder an uns, in Anbetracht der zunehmenden gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit in Deutschland. Solche Mahnungen erinnern uns unermüdlich an unsere politische Verantwortung, die wir tragen, um eine Gesellschaft zu fördern, die auf Solidarität und Menschlichkeit basiert.

Wir stehen als Bündnis 90/Die Grünen vor der entscheidenden Frage, ob wir in unserem Verständnis als Menschenrechtspartei als einzige Partei für die Rechte der marginalisierten und gefährdeten Menschen in unserer Gesellschaft eintreten und diese verteidigen wollen.

Wir haben die Chance, als einzige Partei einen alternativen Weg aufzuzeigen, der es Menschen ermöglicht, bei uns Schutz zu finden und gleichzeitig einen wertvollen Beitrag zu den bestehenden Herausforderungen in Deutschland zu leisten, insbesondere im Hinblick auf die demografische Lage.

Wir als Bündnis 90/Die Grünen wollen die Partei bleiben, die die vielen Millionen Menschen, die in den

letzten Jahren und Jahrzehnten bei uns Zuflucht gefunden und Teil unserer Gesellschaft geworden sind, repräsentiert. Diese Verantwortung wollen wir wahrnehmen, indem wir dafür sorgen, dass auch zukünftig Menschen, die bei uns Schutz suchen, diesen auch erhalten. Bereits über 2.000 Parteimitglieder haben sich in einem offenen Brief dafür ausgesprochen und deutlich Stellung bezogen.  
[2]

Als Bündnis 90/Die Grünen haben wir die einmalige Gelegenheit, als einzige Partei einen neuen Weg aufzuzeigen, der die Erfolgsgeschichten unserer Migrations- und Einwanderungsgesellschaft ins Rampenlicht rückt. Von den Geflüchteten, die 2015 nach Deutschland kamen, hatten knapp zwei Drittel sieben Jahre später einen Arbeitsplatz; die Beschäftigungsquote entspricht mittlerweile nahezu dem Niveau der deutschen Bevölkerung. 90 Prozent dieser Erwerbstätigen waren sozialversicherungspflichtig angestellt, rund drei Viertel davon in Vollzeit.[3] Immer mehr Menschen bezeichnen Deutschland inzwischen selbstverständlich als ihr Zuhause. Es liegt in unserer Verantwortung, dass das so bleibt.

[1] <https://www.tagesschau.de/inland/gesellschaft/friedlaender-interview-100.html>

[2] <https://asylrecht-verteidigen.antragsgruen.de/asylrecht-verteidigen/motion/73116>

[3] <https://iab.de/presseinfo/iab-presseinformation-arbeitsmarktintegration/>

## V-77 Abschaffung der Wehrpflicht – Streichung Art. 12a GG

Antragsteller\*in: Franz Florian Krause (KV Hamburg-Nord)  
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

### Antragstext

- 1 „Ihr wäht zu mehr gut als zum blinden Welterobern.“ – Bertolt Brecht,  
2 „Kriegsfibel“, 1922
- 3 Als Konsequenz aus der Befreiung von Faschismus und Weltkrieg, ganz der Losung  
4 folgend „Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus“ lässt sich in der Präambel des  
5 Grundgesetzes die Friedensfinalität als klaren Gegensatz zum Militarismus  
6 finden. 1949 war im Grundgesetz weder eine Wehrpflicht noch eine Armee  
7 vorgesehen. Getrieben von wirtschaftlichen Geltungsansprüchen und Anbiederung an  
8 die NATO im Blockkonfliktes setzten sich Politiker wie Adenauer und Strauß  
9 schnell nach der Gründung der BRD für die Wiedereinführung der Wehrpflicht ein.  
10 Dies geschah gegen den Protest eines progressiven Bündnisses aus  
11 Gewerkschaftler\*innen, Pazifist\*innen, Sozialist\*innen, Christ\*innen,  
12 Humanist\*innen usw., welche damals als „Gehilfen Moskaus“ dämonisiert wurden.
- 13 Im Rahmen des sich zuspitzenden Blockkonfliktes und der massiven Aufrüstung  
14 Deutschlands in den letzten Jahren werden auch die Rufe nach der  
15 Wiedereinführung der 2011 ausgesetzten Wehrpflicht lauter. Durch verstärkte  
16 Präsenz in Sozialen Medien oder an Schulen und gezielten, politischen Manöver  
17 soll gegen die, nicht nur bei Jugendlichen verbreitete, Wehrunwilligkeit eine  
18 gesellschaftliche Akzeptanz für die Bundeswehr und die Wehrpflicht geschaffen  
19 werden.
- 20 Die Forderung nach der „Abschaffung des Militärdienstes“ lässt sich auch im  
21 ersten Bundesprogramm der GRÜNEN von 1982, mitten im kalten Krieg, finden. Klar  
22 wird hier gefasst, dass Abrüstung, Deeskalation und Diplomatie stets nur  
23 multilateral funktionieren können, man hierfür jedoch den Anfang machen muss.  
24 Gerade in dem Bewusstsein, dass Kriege in Zeiten der Existenz von  
25 Massenvernichtungswaffen nie führbar sind und der Ausbau von internationaler  
26 Kooperation alternativ bleibt, fordern wir die Landes- und Bundesfraktionen auf  
27 sich für die Streichung von Artikel 12a aus dem Grundgesetz einzusetzen.

### Begründung

Nach der Überwindung des Faschismus und des zweiten Weltkrieges, welcher auch bereits im Vorhinein hätte verhindert werden können, wurden umfassende Beschlüsse dafür gefasst, dass Kriege für immer der Vergangenheit angehören. Dieser Anspruch lässt sich im Grundgesetz, der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und dem Völkerrecht wiederfinden und bildet den Ausgangspunkt für die Gründung der Vereinten Nationen. Egal ob nach der Gründung der BRD 1949, in der Studierendenbewegung der 1968er, der Friedensbewegung der 1980er Jahre oder der Proteste gegen den Irakkrieg – stets setzte sich die Zivilgesellschaft gegen die Militarisierung und die Aufrüstungsfantasien von Rüstungsindustrie und Politiker\*innen ein.

Die Verweigerung des Kriegsdienstes ist ein Menschenrecht. Dieses Recht findet sich im Artikel 4 des Grundgesetzes wieder, nach welchem niemand gegen sein Gewissen zum Dienst an der Waffe

gezwungen werden darf. Im Widerspruch dazu wird im Artikel 12a des Grundgesetzes die Wehrpflicht aktuell als Kann-Regelung geführt. Dies widerspricht dem Geist des Grundgesetzes.

Mit keinem Gewissen dieser Welt kann der Missbrauch für das Morden zur Durchsetzung von „nationalen Interessen“ gerechtfertigt werden. Kooperation und Diplomatie für eine gemeinsame Fortentwicklung aller stellt stets die menschlichste und damit beste Alternative zum Krieg da.

„Ich denke, es gibt keine gute Armee. Soldaten wurden immer dazu missbraucht, alles zu zerstören: das fremde Land, das eigene Land und sich selber. Und nie konnte einer hinterher sagen, was der, den er tötete, ihm den eigentlich getan hatte. Daher bin ich auch heute noch davon überzeugt: Man kann nichts Besseres tun, als auch in Zukunft den Krieg – und zwar jeden Krieg – zu verraten!“ - Ludwig Baumann, Wehrmachtsdeserteur

## **weitere Antragsteller\*innen**

Lene Greve (KV Hamburg-Altona); Klemens Griesehop (KV Berlin-Pankow); Detlef Wilske (KV Berlin-Lichtenberg); Sabine Hebbelmann (KV Odenwald-Kraichgau); David Baltzer (KV Berlin-Kreisfrei); Matthias Striebich (KV Forchheim); Frank Schellenberger (KV Odenwald); Ulrich Gundert (KV Reutlingen); Andreas Kleist (KV Coburg-Land); Andreas Knoblauch (KV Salzgitter); Sigrid Pomaska-Brand (KV Märkischer Kreis); Andreas Müller (KV Essen); Kathrin Weber (KV Bielefeld); Jens Pommer (KV Düsseldorf); Janine Ivancic (KV Aachen); Elisabeth Simpfendörfer-Paul (KV Ludwigsburg); Linus Sage (KV Hamburg-Harburg); Bettina Deutelmöser (BV Bundesverband); Angelika Aigner (KV Traunstein); sowie 31 weitere Antragsteller\*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.

## V-78 Green Hospital Strategie - Der Weg zum klimaneutralen Krankenhaus

Antragsteller\*in: Philipp Mathmann (KV Münster)

Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

### Antragstext

#### Einleitung

Gesunde Menschen gibt es nur auf einem gesunden Planeten. Mit knapp 6% hat der Gesundheitssektor einen hohen Anteil am deutschen bzw. globalen CO<sub>2</sub>-Ausstoß. Dies ist unter Anderem bedingt durch den hohen Energieverbrauch von Gesundheitseinrichtungen, hohe Abfallmengen und ineffiziente Lieferketten und Prozesse.

In Deutschland tragen teilstationäre und stationäre Gesundheitseinrichtungen etwa 24,5 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub>-Äquivalente zu den nationalen Emissionen bei. Sie sind damit relevanter Treiber von Umweltschäden und einer Verschärfung der Klimakrise. Entsprechend des Planetary Health Konzeptes ist es notwendig, dass wir Krankenhäuser befähigen die medizinische Versorgung innerhalb der planetaren Grenzen zu gewährleisten. Zudem bietet die Strategie mittelfristig enorme Möglichkeiten das Gesundheitssystem auch wirtschaftlich zu stabilisieren.

Die Umsetzung der Green Hospital Strategie ist daher nicht nur eine Frage ökologischer Verantwortung. Sie ist eine wirtschaftliche Maßnahme, die die Gesundheit aller fördert.

Die im Folgenden vorgestellten Maßnahmen werden die Gesundheitsversorgung in Deutschland resilienter und kosteneffizienter machen und gleichzeitig das gesellschaftliche Signal senden, dass Gesundheit, Teilhabe und Umweltschutz langfristig nur Hand in Hand gelingen können.

In Zeiten von Fachkräftemangel werden klimaneutrale und klimaresiliente Krankenhäuser zum attraktiven Arbeitsplatz und machen – als Begegnungsräume für alle Teile unserer Gesellschaft – positive Zukunftsvisionen erlebbar. Die deutschen Krankenhäuser können so ein Vorbild für andere Sektoren auf dem Weg zur Klimaneutralität sein.

Wichtige Akteure im Deutschen Gesundheitssystem haben den hohen Stellenwert dieses Themas erkannt. So hat der Deutsche Ärztetag bereits 2021 einen Beschluss zu Nachhaltigkeit im Gesundheitswesen gefasst. Auch die Deutsche Krankenhausgesellschaft, die Bundesärztekammer und der Deutsche Pflegerat betonen die Wichtigkeit klimaneutraler Gesundheitseinrichtungen.

Als Bündnis 90/DIE GRÜNEN möchten wir die Stakeholder in diesem Bereich in ihren Bestrebungen politisch unterstützen. Krankenhäuser können so ihrer gesamtgesellschaftlichen Verantwortung als Vorreiter in der Einhaltung planetarer Grenzen gerecht werden.

#### 1. Rahmenbedingung und Infrastruktur

##### 1.1. Umweltmanagement und -bilanzierung

Das Eco-Management and Audit Scheme (EMAS) ist ein freiwilliges europäisches Umweltmanagementsystem. Seine Anwendung stellt sicher, dass Umweltaspekte umfassend im Krankenhausbetrieb integriert werden – von der Energieeffizienz bis zur nachhaltigen Beschaffung. Dies fördert kontinuierliche Verbesserungen und stärkt die ökologische Verantwortung des Gesundheitssektors.

Wir wollen Krankenhäuser bei der EMAS-Teilnahme unterstützen. Dabei wollen wir die bürokratischen Hürden minimal halten, um den Krankenhausbetrieb nicht zu beeinträchtigen und die Akzeptanz zu erhöhen. Um die Verbreitung von Umweltmanagement und -bilanzierung an Kliniken zu fördern, fordern wir die Unterstützung von Kliniken durch Förderprogramme auf Landesebene. Die EMAS-Teilnahme oder gleichwertigen Zertifizierungsmaßnahmen soll als Kriterium bei der Vergabe von Förder- und Investitionsmitteln herangezogen werden.

#### 1.2. Nachhaltigkeit messen und systematische Analyse von Nachhaltigkeitsberichten

Zahlreiche Krankenhäuser in Deutschland müssen ab dem Bilanzjahr 2025 einen Nachhaltigkeitsbericht erstellen. Grundlage ist die Corporate Sustainability Reporting Directive (CSRD) der Europäischen Union. In diesen Berichten werden erstmalig zahlreiche Kennzahlen zu sozialen und ökologischen Nachhaltigkeitsthemen systematisch, digital und verpflichtend veröffentlicht. Die CSRD ist primär eine Berichterstattung und gibt ohne eine Auswertung und einen Vergleich der Kennzahlen keinen Hinweis darauf, wie nachhaltig ein Krankenhaus tatsächlich ist.

Wir wollen die CSRD-Berichterstattung nutzen und weiterentwickeln, um auf Grundlage der Berichte eine Vergleichbarkeit und ein transparentes Benchmarking für deutsche Krankenhäuser zu entwickeln. So können realistische Ziele zur Reduktion von Emissionen im Krankenhaussektor formuliert werden. Dies soll die Grundlage für Entscheidungen und Reformen bilden. An der Entwicklung werden wir zentrale Stakeholder im System beteiligen.

#### 1.3. Energiemanagement

Die meisten Krankenhäuser sind durch das Energieeffizienzgesetz (EnEfG) verpflichtet bis zum Juli 2025 ein Energiemanagementsystem einzuführen. Krankenhäuser müssen in diesem Kontext Energiesparmaßnahmen durchführen und Abwärmepotentiale melden.

Zusätzlich wollen wir Krankenhäuser dabei unterstützen, regenerative Energiequellen mit wenig bürokratischem Aufwand zu installieren und zu nutzen. Hierzu zählt auch die Anbindung an Fernwärmenetze. In der kommunalen Wärmeplanung wollen wir die Anbindung von Krankenhäusern priorisieren.

Die Installation eigener Photovoltaik- und Windkraftanlagen, sowie die Nutzung nachhaltiger Wärme- und Kühlsysteme wollen wir durch Förderprogramme unterstützen.

#### 1.4. Nachhaltiges Bauen, Gebäudestruktur und -anpassung

Krankenhäuser sollen nachhaltige Architektur und Bauweise im Sinne der zirkulären Bauwirtschaft in allen Bauplanungen/-prozessen, insbesondere bei Renovierungen und Neubauten, verpflichtend integrieren. Dies umfasst neben der Nutzung umweltfreundlicher Materialien die Etablierung energieeffizienter

82 Gebäudekonzepte, die Umsetzung von Klimaschutz- und Klimaresilienzkonzepten  
83 sowie die baulichen Voraussetzungen für ein umfassend inklusives, barrierefreies  
84 Krankenhaus.

85 Die Gebäudestruktur der meisten deutschen Krankenhäuser ist nicht  
86 energieeffizient. Dadurch ist der Weg zur Klimaneutralität deutlich erschwert  
87 und mit hohen Kosten verbunden. Um dieser Herausforderung gerecht zu werden,  
88 wollen wir die Investitionsmittel auf Landesebene aufstocken und die Erhöhungen  
89 zweckgebunden für Klimaschutz- und Klimaanpassungsmaßnahmen vergeben. So werden  
90 wir die Anwendung nachhaltiger Bau- und Renovierungsstandards (z.B. DGNB), den  
91 Einsatz energieeffizienter Beleuchtungs-, Heizungs-, Lüftungs- und Klimaanlage,  
92 die Implementierung von Resilienzmaßnahmen (z.B. Hitze- und Hochwasserschutz)  
93 unterstützen.

94 Einen großen Schritt haben wir Bündnisgrüne z.B. in Nordrhein-Westfalen bereits  
95 im Rahmen der Krankenhausplanung erreicht: Die Landesregierung stellt insgesamt  
96 2,5 Milliarden Euro zusätzlich für die Strukturveränderungen in der  
97 Krankenhauslandschaft zur Verfügung. Ein Drittel der Gelder, also mehr als 800  
98 Millionen Euro, sind dabei für Maßnahmen für Klimaschutz und Klimaanpassung  
99 reserviert.

## 100 1.5. Bürokratische Hürden senken

101 Die bisher genannten regulatorischen Rahmenbedingungen sind aktuell nicht  
102 ausreichend, um die Transformation zum klimaneutralen Krankenhaussektor  
103 umzusetzen. Gleichzeitig ist die Vielzahl unterschiedlicher Regularien und  
104 Berichterstattungen schon jetzt eine erhebliche Belastung. In der Gesetzgebung  
105 werden wir explizit darauf achten, dass neue Gesetze bestehende sinnvoll  
106 ergänzen und die bürokratischen Belastungen durch die Nutzung von Synergien  
107 (bspw. Nutzung einer gemeinsamen Treibhausgasbilanz für CSRD-Berichterstattung  
108 und Energiemanagementsystem) verringert werden.

## 109 2. Betrieb und Prozesse

### 110 2.1. Ressourcenmanagement

111 Ein umfassendes Ressourcenmanagement und eine effiziente Aufbereitung von  
112 Instrumenten sind entscheidend, um die Emissionen von Krankenhäusern zu  
113 reduzieren.

114 In Beschaffungs-, Aufbereitungs- und Abfallprozessen müssen energieeffiziente  
115 Produkte und umweltfreundliche Materialien priorisiert werden. Krankenhäuser  
116 müssen den gesamten Lebenszyklus von Produkten bewerten (Life-Cycle-  
117 Assessments), um ökologisch sinnvolle Entscheidungen zwischen Einweg- und  
118 Mehrwegartikeln zu treffen.

119 Bestehende Verpflichtungen zu konsequenter Mülltrennung müssen auch in  
120 Krankenhäusern umgesetzt werden. Digitale Abfallmanagement- und  
121 Aufbereitungssysteme können dabei unterstützen. Hierdurch können beispielsweise  
122 kleinere OP-Siebe für den bedarfsgerechten Einsatz gepackt werden. Die Nutzung  
123 von ökologischen, biologisch abbaubaren Reinigungsmitteln sollte konsequent  
124 etabliert werden

125 Auch die planetare Grenze „Trinkwasser“ kann durch Reduktion des  
126 Wasserverbrauchs, die Nutzung alternativer Wasserressourcen und  
127 Wasserkreislaufsysteme in Krankenhäusern positiv beeinflusst werden. Dies sollte



128 im technologieoffenen Setting durch den Einsatz moderner, ressourcenschonender  
129 Aufbereitungsverfahren wie Niedertemperatur-Sterilisation, UV-C-Aufbereitung und  
130 zirkuläre und digitale Wasseraufbereitungs- und managementsysteme gefördert  
131 werden. Zudem sollte die Nutzung von Regen- und Grauwasser (z.B. für die  
132 Toilettenspülung oder Bewässerung der Grünanlagen) etabliert werden.

133 Behandlungsstandards sind nach dem Kriterium des Ressourcenverbrauchs zu  
134 bewerten. So zeigt beispielsweise die S2k-Leitlinie „klimabewusste Verordnung  
135 von Inhalativa“, dass ressourcenschonender Einsatz von Medikamenten auch für die  
136 Behandelten Vorteile bringen. Wir fordern die Vermeidung klimaschädlicher  
137 Narkosegase (z.B. Desfluran) und Durchführung von Narkosegas-Recycling.

## 138 2.2. Ernährung

139 Die Ernährung im Krankenhaus ist nicht nur ein gesundheitlicher, sondern auch,  
140 im Sinne der planetaren Ernährung, ein ökologischer Faktor. Sie bietet bei einem  
141 Emissionsanteil von bis zu 15% der Krankenhausemissionen erhebliche  
142 Reduktionsmöglichkeiten und kann gleichzeitig zu einer Imageverbesserung  
143 beitragen.

144 Die Deutsche Gesellschaft für Ernährung empfiehlt eine Ernährung mit einem  
145 erhöhten Anteil pflanzlicher Eiweiße. Die Umsetzung dieser Empfehlung und der  
146 verstärkte Einsatz regionaler sowie saisonaler Produkte senken die  
147 ernährungsbedingten Emissionen deutlich.

148 Zusätzlich müssen die Lebensmittel- und Küchenabfälle konsequent reduziert  
149 werden.

150 Eine gesundheitsförderliche Ernährung in Krankenhäusern muss als Teil Behandlung  
151 anerkannt und entsprechend refinanziert werden.

## 152 2.3. Transport und Mobilität

153 Sowohl Patient:innen und Angehörige als auch Mitarbeitende legen täglich viele  
154 Kilometer zurück, um das Krankenhaus zu erreichen. Ein Mobilitätskonzept zur  
155 Förderung der Verkehrswende ist somit auch für Krankenhäuser notwendig. Hier  
156 können beispielsweise folgende Maßnahmen umgesetzt werden:

- 157 •     ◦ Bereitstellung von Fahrradinfrastruktur und Dienstradleasing
- 158         ◦ Installation von Ladesäulen für Elektrofahrzeuge
- 159         ◦ Barrierefreie Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr und Förderung
- 160             von Jobtickets
- 161         ◦ Anschaffung von Elektrofahrzeugen für innerbetriebliche Verkehre und
- 162             im Rettungsdienst
- 163         ◦ Anbieten von digitalen Sprechstunden zur Vermeidung von unnötigen
- 164             Transportwege

## 165 2.4. Digitale Transformation

166 Die Digitalisierung bietet die Möglichkeit, Prozesse nachhaltiger und  
 167 effizienter zu gestalten. Voraussetzung ist die Verzahnung zwischen den  
 168 Gesundheitseinrichtungen der stationären und ambulanten Versorgung.

169 Die Einführung und konsequente Nutzung der digitalen Patient:innenakte  
 170 unterstützt bei der Vermeidung doppelter Dokumentation, Diagnostik und Therapie.  
 171 Telemedizinische Versorgungsmöglichkeiten unterstützen die flächendeckenden  
 172 Gesundheitsversorgung und tragen zur Reduktion von Transportwegen bei.

173 Auch die Nutzung von Künstlicher Intelligenz (KI) wird in Zukunft den  
 174 Ressourcenverbrauch in Krankenhäusern entscheidend beeinflussen. Neben dem  
 175 möglichen Einsparen von personellen und finanziellen Ressourcen, muss der hohe  
 176 Energieverbrauch von KI-gestützten Maßnahmen in die Planung einbezogen werden.

177 Ohne eine funktionierende IT-Infrastruktur sind Krankenhäuser nicht  
 178 handlungsfähig. Wir setzen uns daher dafür ein, dass Mitarbeitende in der IT  
 179 müssen als systemrelevante Berufsgruppe anerkannt und entsprechend vergütet  
 180 werden.

### 181 3. Biodiversität auf dem Krankenhausbau

182 Die Biodiversitätskrise zeigt eine weitere planetare Grenze auf, die die  
 183 Gesundheit der Menschen wesentlich gefährdet. Die Förderung von Biodiversität  
 184 schont die Umwelt, schafft ein gutes Mikroklima und ein heilungsförderndes  
 185 Umfeld für Patient:innen.

186 Durch die Gestaltung ihrer Außenanlagen sollten Krankenhäuser zur Förderung der  
 187 ökologischen Vielfalt beitragen. Außerdem sind vielfältige Grünanlagen ein  
 188 effizienter und kostensparender Ansatz, um Krankenhäuser bei  
 189 Extremwetterereignissen, wie Hitze und Starkregen, resilient zu machen.  
 190 Hierfür können beispielsweise folgende Maßnahmen umgesetzt werden:

- 191 •     ◦ Anlage bzw. Pflege von klimaresilienten Gärten, Parks bzw.  
 192             naturnahen Grünflächen
- 193             ◦ Einrichtung von Bienenstöcken und Insektenhotels
- 194             ◦ Begrünung von Gebäudedächern und Fassaden
- 195             ◦ Integration von Wasser- und Feuchtbiotopen

196 Wir wollen gesetzliche Vorgaben zur Förderung von Biodiversität auf  
 197 Krankenhausbauflächen schaffen und diese durch spezifische Förderprogramme für  
 198 naturnahe Flächen und ökologische Rückzugsorte unterstützen.

### 199 4. Bewusstsein, Bildung und Unternehmenskultur

200 Die nachhaltige Transformation im Gesundheitswesen erfordert ein grundsätzliches  
 201 Umdenken im Krankenhaussektor. Dies kann nur in Zusammenarbeit zwischen  
 202 Krankenhausführung und Mitarbeitenden sowie durch klare Kompetenzen und  
 203 Verantwortlichkeiten umgesetzt werden.

204 Die Transformation zum klimaneutralen Krankenhaus erfordert Zeit und  
 205 Fachkompetenz. Diese kann nicht allein durch bestehende Strukturen abgedeckt  
 206 werden, sondern muss als neuer Fachbereich fest in der Krankenhausstruktur,

207 beispielsweise als Stabsstelle, verankert werden. Mittel- und langfristig werden  
208 sich Neuanstellung hier amortisieren. In Ländern und Bund wollen wir durch  
209 Förderprogramme hier eine Anschubfinanzierung bieten.

210 In vielen Krankenhäusern hat sich für die Umsetzung von Klimaschutz- und  
211 Klimaanpassungsmaßnahmen die Etablierung eines Klimateams mit niederschweligen  
212 Angeboten durchgesetzt. Krankenhäuser müssen Fort- und Weiterbildungen anbieten,  
213 um das Wissen und Bewusstsein der Mitarbeitenden für nachhaltige Praktiken und  
214 die faire Teilhabe am Gesundheitssystem in Zeiten der Klimakrise zu stärken.  
215 Darüber hinaus sollen Klinik regelmäßig und transparent (intern und extern) über  
216 die Fortschritte bei der Umsetzung der Green Hospital Strategie berichten, um  
217 die Mitarbeitende, Patient:innen und Angehörige für die Ziele zu  
218 sensibilisieren. Dies erfordert, dass die Green Hospital Strategie konsequent  
219 und in allen Bereichen als Ziel für Krankenhausgesetzgebung bzw.  
220 Krankenhausplanung aufgenommen wird. Entsprechende Förderprogramme auf Landes-  
221 und Bundesebene sind zu etablieren, um den Transformationsprozess zu  
222 beschleunigen. Das Empowerment der Mitarbeitenden ist Schlüssel zum Erfolg.

223 5. Zukunftsfähige Krankenhausplanung und -finanzierung

224 Der Pfad zur Klimaneutralität muss als Kernprinzip in allen  
225 Transformationsprozessen und der Krankenhausfinanzierung verankert werden, um  
226 langfristig eine klimaresiliente und -gerechte Gesundheitsversorgung zu  
227 gewährleisten.

228 Wir wollen soziale und ökologische Nachhaltigkeit als Qualitätselement  
229 anerkennen. Mittelfristig wird dadurch auch die Wirtschaftlichkeit des (teil-  
230 )stationären Sektors gestärkt. Entsprechend fordern wir, dass der  
231 Transformationsfonds im Rahmen der Krankenhausreform um entsprechende Kriterien  
232 erweitert wird. Außerdem wollen wir Klimaneutralität und -anpassung zum  
233 Kernprinzip der Krankenhausplanung aller Bundesländer machen.

234 Grundvoraussetzung hierfür sind entsprechende Anpassungen im fünften  
235 Sozialgesetzbuch (SGB-V), dem Transformationsfonds sowie in aktuellen Reformen  
236 und Förderrichtlinien.

237 Zur Unterstützung dieser Transformationsprozesse brauchen Krankenhäuser  
238 Verlässlichkeit in der Investitionsplanung. Wir setzen uns dafür ein, dass  
239 Investitionsausgabe der Länder angepasst und an Klimaschutz- und  
240 Klimaanpassungsmaßnahmen gebunden werden.

## Begründung

Dieser Antrag wurde als Beschluss der LAG Gesundheit in NRW auf den Weg gebracht und ist nun, aufgrund der bundes- und landespolitischen Relevanz, zum BDK-Antrag weiterentwickelt worden. Aufgrund seiner thematischen Breite waren Mandatsträger:innen aus Bund und Ländern, Mitglieder der BAG Arbeit, Soziales, Gesundheit, der BAG Bauen, Planen, Wohnen, der BAG Energie, der BAG Behindertenpolitik sowie Mitglieder zahlreicher Gesundheits-LAGen aus ganz Deutschland aktiv an der Ausarbeitung beteiligt.

Der Antrag schafft Synergien zwischen unterschiedlichen politischen Feldern am Beispiel eines konkreten und systemrelevanten Sektors: dem Gesundheitssektor. Er schafft Rückenwind für Grüne Inhalte und Nachhaltigkeitsziele bei den großen, teils noch ausstehenden, Reformen

(Krankenhausreform, Notfallreform, Abulanzreform) des Gesundheitssystems in der aktuellen Legislaturperiode

Der Gesundheitssektor trägt mit knapp 6% erheblich zum CO<sub>2</sub>-Ausstoß in Deutschland und weltweit bei. Stationäre Gesundheitseinrichtungen (insb. Krankenhäuser) stoßen jährlich rund 24,5 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub>-Äquivalente aus und verschärfen damit die Klimakrise. Es ist daher dringend notwendig, die medizinische Versorgung innerhalb der planetaren Grenzen zu gestalten.

Die Green Hospital Strategie bietet die Möglichkeit, Umweltschutz und Gesundheitsversorgung zu vereinen. Sie fördert nicht nur die ökologische Verantwortung von Krankenhäusern, sondern trägt auch zur wirtschaftlichen Stabilität des Gesundheitssystems bei. Durch nachhaltige Prozesse, Energieeinsparungen und Abfallvermeidung werden Kosten gesenkt und gleichzeitig die Resilienz der Gesundheitsversorgung gestärkt.

## **weitere Antragsteller\*innen**

Andrea Nakoinz (KV Berlin-Pankow); Annika Enzmann-Trizna (KV Viersen); Meral Thoms (KV Viersen); Johannes Wagner (KV Coburg-Stadt); Jasper Balke (KV Lübeck); Armin Grau (KV Rhein-Pfalz); Cedrik Schamberger (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Merieme Benali-Jockers (KV Berlin-Reinickendorf); Dominik Sell (KV Berlin-Treptow/Köpenick); Vivian Schmitt (KV Berlin-Pankow); Öztürk Kiran (KV Berlin-Pankow); Silke Gebel (KV Berlin-Mitte); Anja Fink (KV Berlin-Kreisfrei); Antonia Schwarz (KV Berlin-Kreisfrei); Stephanie Stockklauser (KV Berlin-Lichtenberg); Hans-Christian Höpcke (KV Berlin-Lichtenberg); Lillemor Mallau (KV Berlin-Pankow); Catherina Pieroth-Manelli (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Nicolas Völcker Ortega (KV Berlin-Lichtenberg); sowie 161 weitere Antragsteller\*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.

## V-79 Internationale Zusammenarbeit und erneuerbare Energie statt Fracking-Gas: Rückbau des LNG-Terminals in Mukran auf Rügen

Antragsteller\*in: Detlef Wilske (KV Berlin-Lichtenberg)  
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

### Antragstext

- 1 Das Flüssigerdgasterminal Mukran auf der Insel Rügen soll schnellstmöglich
- 2 rückgebaut werden, und die Bundesregierung soll alle Importe von aus Fracking
- 3 gewonnenem LNG verbieten.
- 4 Die Flüssiggasterminal Mukran auf der Insel Rügen führt zu ungenutzter
- 5 Überkapazität an Erdgas in Deutschland, hat negative Auswirkungen auf die
- 6 Ökosysteme auf der Insel Rügen und stellt die europäische Gasinfrastruktur
- 7 infrage.
- 8 Laut NABU ist LNG „nur eine Scheinlösung“ ([https://www.nabu.de/umwelt-und-](https://www.nabu.de/umwelt-und-ressourcen/energie/fossile-energien/erdgas/32698.html)
- 9 [ressourcen/energie/fossile-energien/erdgas/32698.html](https://www.nabu.de/umwelt-und-ressourcen/energie/fossile-energien/erdgas/32698.html)) und führt zu neuen
- 10 fossilen Abhängigkeiten in der Klimakatastrophe. Diese teure Investition
- 11 verliert ihren Wert, weil die Nachfrage nach fossilen Brennstoffen stark
- 12 zurückgeht; gleichzeitig brauchen wir dringende Investitionen in Biogas,
- 13 erneuerbaren Energien und neuen Technologien.
- 14 Die Auswirkungen auf den globalen Klimawandel sind katastrophal. Die LNG-
- 15 Terminals importieren LNG aus den USA mit hohem Fracking-Anteil, das sechs mal
- 16 klimaschädlicher ist als Pipeline-Gas aus Norwegen. Fracking-Chemikalien
- 17 zerstören beim Fracking das Trinkwasser und vergiften die Ökosysteme. Viel
- 18 Energie wird bei der Verflüssigung und bei der Regasifizierung ver(sch)wendet.
- 19 Die Lieferung von LNG per Schiff verursacht große CO<sub>2</sub>-Emissionen.
- 20 Nicht zuletzt zerstört dieses LNG-Terminal das Ökosystem auf der Insel Rügen,
- 21 schwächt den lokalen Tourismus und schwächt dadurch eine wichtige Einnahmequelle
- 22 für die Region und damit eine Quelle für Steuereinnahmen.

### Begründung

#### Überkapazität der bestehenden LNG-Terminals in Deutschland

Vor der Energiekrise, die durch den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine ausgelöst wurde, hat Deutschland keine nennenswerten eigenen LNG-Terminals betrieben, da das Land stark von russischem Pipelinegas abhängig war. In der Folge entschied sich die Bundesregierung jedoch, rasch in den Ausbau der LNG-Infrastruktur zu investieren, um die Gasversorgung zu diversifizieren und die Abhängigkeit von Russland zu reduzieren.

Bis 2023 nahmen mehrere LNG-Terminals in Deutschland ihren Betrieb auf, darunter die Standorte Wilhelmshaven (2 Terminals), Brunsbüttel und Stade<sup>1</sup>. Nach Angaben des BMWK hat die Gesamtkapazität dieser Terminals den prognostizierten jährlichen Gasbedarf Deutschlands überstiegen, der schon aufgrund der milden Winter rückläufig war. Darüber hinaus hat die deutsche Regierung weitreichende Maßnahmen zur Reduktion des Gasverbrauchs ergriffen. Dazu gehören die verstärkte

Förderung von Energieeffizienz, der beschleunigte Ausbau erneuerbarer Energien sowie Anreize zur Nutzung alternativer Energieträger in der Industrie und im Haushaltssektor.

Bereits vor dem Bau des Flüssigerdgasterminals auf Rügen bestand also eine Überkapazität der in Deutschland geplanten und im Bau befindlichen funktionsfähigen LNG-Terminals. Das Terminal auf Rügen ist in diesem Kontext ein weiteres Projekt, das kaum zusätzlichen Nutzen bringen würde, sondern nur zu weiteren ungenutzten Überkapazitäten führt.

## Langfristige Klimaziele und Abkehr von fossilen Energieträgern

Deutschland hat sich im Rahmen des Pariser Klimaschutzabkommens verpflichtet, seine Treibhausgasemissionen deutlich zu senken und bis 2045 klimaneutral zu werden. Die LNG-Infrastruktur basiert auf dem Import von verflüssigtem Erdgas, das meist durch Fracking in Ländern wie den USA oder Katar<sup>2</sup> gefördert wird. Erdgas gilt zwar als „Brückentechnologie“, da es bei der Verbrennung weniger CO<sub>2</sub> ausstößt als Kohle oder Öl, ist jedoch dennoch ein fossiler Brennstoff. Der Ausbau von LNG-Terminals und damit verbundenen Infrastrukturprojekten wird die fossile Abhängigkeit Deutschlands weiter festigen. Das steht im Widerspruch zu den Dekarbonisierungszielen, die für die Erreichung der Pariser Klimaziele unerlässlich sind.

Die Investition in fossile Infrastrukturen kann außerdem zu einem „Lock-in“-Effekt führen. Das bedeutet, dass die Nutzung solcher Technologien auf Jahrzehnte hinaus festgeschrieben wird, weil sie aufgrund hoher Baukosten langfristig genutzt werden müssen, um ökonomisch rentabel zu bleiben. Dies birgt das Risiko, dass Deutschland nicht rechtzeitig auf erneuerbare Energien umsteigen kann, um seine Klimaziele zu erreichen.

Der Fokus auf den Ausbau von LNG-Infrastruktur könnte die Dringlichkeit der Energiewende in Deutschland abschwächen. Während kurzfristige Versorgungssicherheit wichtig ist, müssen gleichzeitig massive Investitionen in erneuerbare Energien wie Wind- und Solarenergie sowie in Speichertechnologien und eine flexiblere Strominfrastruktur erfolgen. Indem Ressourcen in den Ausbau von LNG fließen, wird weniger in die Entwicklung nachhaltiger Energielösungen investiert, die langfristig die fossile Abhängigkeit beenden könnten. Angesichts der Dringlichkeit des Klimaschutzes kann dies als ineffektive Prioritätensetzung angesehen werden.

Neue LNG-Terminals wie auf Rügen könnten in Zukunft zu sogenannten „Stranded Assets“ werden, also Investitionen, die ihre wirtschaftliche Relevanz verlieren, weil der Bedarf an Gas nicht mehr vorhanden ist. Professorin Claudia Kemfert ist der festen Überzeugung: „Denn wenn es uns wie geplant und gewollt gelingt, unseren Gasverbrauch zu reduzieren, kann es passieren, dass die Terminals als Stranded Assets enden und wir den Betreibern für die nächsten 15 bis 20 Jahre eine Entschädigung wegen entgangener Gewinne zahlen müssen. Die Terminals sind zum Fenster herausgeschmissenes Staatsgeld.“<sup>3</sup>

## Alternative Importquellen und europäische Gasinfrastruktur

Deutschland ist bereits durch ein engmaschiges Pipeline-Netzwerk mit anderen europäischen Ländern verbunden, die über eigene LNG-Kapazitäten verfügen. So kann Deutschland beispielsweise LNG über Terminals in den Niederlanden (Rotterdam), Belgien (Zeebrügge) und Frankreich beziehen. Bereits 2018 gab es 28 große und 8 kleinere LNG-Terminals in Europa (inklusive Norwegens und der Türkei).<sup>4</sup>

Diese grenzüberschreitenden Gasimportkapazitäten bieten Deutschland eine zusätzliche Absicherung, falls es zu Engpässen bei den inländischen LNG-Terminals kommt. Laut BMWK haben diese europäischen Importstrukturen bereits im Jahr 2022 eine entscheidende Rolle dabei gespielt, den Ausfall russischer Gaslieferungen zu kompensieren. Dank der Zusammenarbeit mit europäischen Nachbarn und der besseren Nutzung vorhandener Pipelines konnte Deutschland seinen Gasbedarf

decken, ohne auf weitere LNG-Terminals angewiesen zu sein. Außerdem sind die bestehenden Gasspeicher<sup>5</sup> Stand 10.9.2024 zu 95,71% gefüllt und liegt um 1,66 Prozentpunkte über dem Vorjahresniveau und ca. 13% über dem langjährigen Durchschnitt von 2015 bis 2021.<sup>6</sup>

## Kosten-Nutzen-Verhältnis und wirtschaftliche Sinnhaftigkeit

Der Bau des LNG-Terminals Mukran ist mit erheblichen finanziellen Aufwendungen verbunden. Die direkten Baukosten für das Terminal belaufen sich nach verschiedenen Schätzungen auf mehrere Hundert Millionen Euro. Dies umfasst die Kosten für die Infrastruktur vor Ort, einschließlich des Hafens, der Lager- und Verarbeitungsanlagen, der Pipelines und der Anbindung an das deutsche Gasnetz. Die genaue Zahl schwankt je nach Quelle in einem Bereich von 500 bis 800 Millionen Euro. Diese Summe beinhaltet jedoch nicht nur die Baukosten, sondern auch langfristige Kosten für Betrieb, Instandhaltung und eventuelle Erweiterungen. Zudem können zusätzliche Kosten durch notwendige Umweltmaßnahmen oder potenzielle Unfälle und Störfälle entstehen.

Ein wesentlicher Teil der Finanzierung für das LNG-Terminal stammt aus öffentlichen Mitteln, da die Bundesregierung nach Beginn der Energiekrise infolge des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine massive Subventionen für den Bau von LNG-Infrastruktur bereitgestellt hatte, um die Abhängigkeit von russischem Gas zu reduzieren. Ein Großteil der Kosten geschieht durch direkte Zuschüsse, aber auch durch steuerliche Anreize und staatlich abgesicherte Kredite.

Es stellt sich aber die Frage, ob diese Investition in das LNG-Terminal sinnvoll sind und nicht besser für den Ausbau nachhaltiger Energien genutzt werden könnten. Die langfristigen Klimaziele Deutschlands, die bis 2045 Klimaneutralität anstreben, implizieren einen deutlichen Rückgang des Erdgasverbrauchs. Mit dem zunehmenden Ausbau erneuerbarer Energien und der Elektrifizierung von Industrie und Verkehr wird die Abhängigkeit vom derzeit sehr billigen Erdgas<sup>7</sup> voraussichtlich stark sinken. Dies wirft die Frage auf, ob die heute getätigten Investitionen in fossile Infrastruktur in wenigen Jahrzehnten überhaupt noch relevant sein werden. Jede Investition in fossile Energie bindet finanzielle Mittel, die nicht für die Förderung erneuerbarer Energien genutzt werden können. Angesichts der klaren Priorität der Energiewende wird es zunehmend fraglich, ob es sinnvoll war, in fossile Projekte zu investieren, die nur eine begrenzte Lebensdauer haben.

## Lokaler Widerstand und Umweltbedenken

Zusätzlich zu den wirtschaftlichen und energiepolitischen Bedenken gibt es auch auf lokaler Ebene erheblichen Widerstand gegen den Bau des LNG-Terminals in Mukran. Die Insel Rügen und die angrenzenden Küstengebiete sind bekannt für ihre empfindlichen Ökosysteme und Naturschutzgebiete, die gefährdet sind. Die Region rund um die Insel ist Heimat zahlreicher seltener und geschützter Tier- und Pflanzenarten. Besonders betroffen wären Meeresbewohner wie Fische, Seevögel und marine Säugetiere, die in den küstennahen Gewässern leben und brüten.

Die umfangreichen infrastrukturellen Maßnahmen, darunter der Bau von Hafenanlagen, Piers, Lagertanks und der Ausbau von Schifffahrtsrouten für die LNG-Tanker führen durch Lärm, Wassertrübung und physische Störungen zu erheblichen Belastungen der Meeresfauna. Besonders problematisch ist die Beeinträchtigung des Laich- und Lebensraums von Fischen, da die Baustellen in küstennahen Gewässern den natürlichen Fortpflanzungszyklus der Meeresbewohner stören. Hier hat die Deutsche Umwelthilfe, die gemeinsam mit anderen Umweltschutzorganisationen<sup>8</sup> gegen das Terminal kämpft, zwischenzeitlich einen kleinen Erfolg erreicht: Das Bundesverwaltungsgericht ist Anfang des Jahres einem Antrag der DUH gefolgt und hat die Bauarbeiten im Greifswalder Bodden für den Zeitraum von Januar bis Mai wegen Laichzeit des Herings sowie Vogelrastzeit gestoppt.<sup>9</sup>

Der erhebliche Anstieg des Schiffsverkehrs in der Ostsee birgt verschiedene Risiken für die Umwelt. Marine Säugetiere wie Schweinswale oder Seehunde sind besonders anfällig für Kollisionen mit großen Schiffen. Das führt Risiko zu schweren Verletzungen oder zum Tod von Tieren. Der Unterwasserlärm, der durch große Schiffe erzeugt wird, stört die Orientierung und Kommunikation vieler Meeresbewohner. Besonders Wale und Delfine, die auf Schall zur Orientierung und Jagd angewiesen sind, wird stark beeinträchtigt. Mit dem erhöhten Schiffsverkehr steigt auch der Ausstoß von Abgasen und der Eintrag von Schadstoffen in die Umwelt, was zu einer Verschlechterung der Luft- und Wasserqualität in der Region führt.

Bei der Lagerung und beim Transport von LNG bei extrem niedrigen Temperaturen (-162 °C) besteht immer ein gewisses Risiko von Lecks und Unfällen. Die Kälte des austretenden Gases und die chemischen Bestandteile des Erdgases schädigen die Tierwelt im unmittelbaren Umfeld des Lecks. Außerdem besteht bei einem Unfall oder Leck das Risiko einer Explosion, was nicht nur für die Menschen in der Nähe, sondern auch für die Umwelt katastrophale Folgen haben könnte.

Teile der Insel Rügen und der Küstenregion sind als Naturschutz- oder Landschaftsschutzgebiete ausgewiesen. Dazu gehören unter anderem das Nationalparkgebiet Vorpommersche Boddenlandschaft und das UNESCO-Biosphärenreservat Südost-Rügen, die international als bedeutende Schutzgebiete anerkannt sind. Das großflächige LNG-Terminal in unmittelbarer Nähe solcher Gebiete beeinträchtigen nicht nur die empfindliche Natur, sondern auch das Landschaftsbild erheblich. Die visuelle Verschandelung der Küstenlandschaft durch industrielle Anlagen beeinflusst den Charakter der Insel als Tourismusziel negativ. Rügen lebt in hohem Maße vom Naturtourismus, und jede Schädigung des Landschaftsbildes stellt den wirtschaftlichen Nutzen des Projekts in Frage, da ein Rückgang der Besucherzahlen zu befürchten wäre. Der Betrieb des LNG-Terminals und der Schiffsverkehr produzieren Gasemissionen verschiedener Schadstoffe und schädigen sowohl die Luft- als auch die Wasserqualität in der Region.

## Bedrohung für Natur und Tourismus

Die Insel Rügen zeichnet sich durch ihre Vielfalt an Naturschönheiten aus. Von den berühmten Kreidefelsen des Nationalparks Jasmund bis zu den weiten Sandstränden, Wäldern und Buchten bietet Rügen eine einzigartige Kulisse, die Jahr für Jahr Millionen Touristen anzieht. Das großflächige LNG-Terminal hat jedoch das Landschaftsbild dramatisch verändert.

Für den Betrieb des Terminals waren der Bau von großen Industrieanlagen wie Hafenstrukturen, Lager- und Verarbeitungsanlagen sowie Pipelines erforderlich. Diese Anlagen sind auch visuell auffällig. Besonders kritisch wird dabei die Schaffung von Piers für die Anlandung von LNG-Tankern gesehen, da sie direkt in die Küstenlandschaft eingreifen und das bisher unberührte Bild der Natur stören.

Auch das offene Meer, das bisher von weiten Horizonten und natürlicher Ruhe geprägt war, hat sich durch die Anwesenheit großer LNG-Tanker und die dazugehörige Infrastruktur verändert. Solche industriellen Eingriffe beeinträchtigen nicht nur die Ästhetik der Region, sondern zerstören auch das Gefühl der Abgeschlossenheit und Naturnähe, das viele Touristen suchen.

Eine der Hauptsorgen ist, dass die visuelle Verschandelung der Landschaft Touristen abschreckt. Industrielle Anlagen wie ein LNG-Terminal, die mit Lärm, Schiffsverkehr und potenziellen Umweltverschmutzungen verbunden sind, passen nicht in das Bild eines Natururlaubs. Viele Gäste werden sich nach alternativen Reisezielen umsehen, die noch unberührt von industriellen Projekten sind.

Darüber hinaus wird der massive Anstieg des Schiffsverkehrs durch LNG-Tanker das Urlaubsgefühl von Ruhe und Erholung beeinträchtigen. Regelmäßig laufen große LNG-Tanker das Terminal an, was nicht nur zu einer erhöhten Lärmbelastung führt, sondern auch die maritime Idylle stört. Touristen, die für



Bootsfahrten, Strandausflüge oder einfach für den Genuss der Küste kommen, könnten sich durch den starken Schiffsverkehr gestört fühlen.

Neben der visuellen Beeinträchtigung der Landschaft gibt es auch die bereits genannten ökologischen Risiken, die sich langfristig negativ auf den Tourismus auswirken könnten. Das LNG-Terminal bringt potenzielle Gefahren für die Umwelt mit sich, einschließlich der Gefahr von Gaslecks, der Einleitung von Schadstoffen ins Meer und der allgemeinen Verschlechterung der Wasser- und Luftqualität.

Eine der größten touristischen Attraktionen Rügens sind seine Strände und die Möglichkeit, Wassersportarten wie Segeln, Schwimmen und Windsurfen zu betreiben. Sollte die Wasserqualität durch den Bau des Terminals und den erhöhten Schiffsverkehr beeinträchtigt werden, könnte dies einen direkten Einfluss auf das touristische Angebot haben. Verschmutztes Wasser und mögliche Umweltkatastrophen wie Lecks oder Unfälle würden das Ansehen der Region als Naturparadies beschädigen und den Tourismus langfristig gefährden.

Rügen ist auch für sein reiches Natur- und Kulturerbe bekannt. Teile der Insel, darunter der Nationalpark Jasmund mit seinen Kreidefelsen und das UNESCO-Biosphärenreservat Südost-Rügen, stehen unter besonderem Schutz. Der Bau eines LNG-Terminals könnte diese geschützten Gebiete gefährden.

Der Verlust von natürlichem und kulturellem Erbe hätte nicht nur ökologische Konsequenzen, sondern würde auch das touristische Potenzial der Insel schmälern. Viele Reisende kommen nach Rügen, um die Natur in ihrer ursprünglichen Form zu erleben und das kulturelle Erbe der Region zu entdecken. Die Zerstörung oder Beeinträchtigung solcher Orte könnte das Interesse der Touristen an der Insel reduzieren und langfristig zu einem Rückgang der Besucherzahlen führen.

Ein weiteres Risiko besteht darin, dass Rügen im Wettbewerb mit anderen Tourismuszielen an Attraktivität verlieren könnte. Deutschland und die angrenzenden Regionen bieten eine Vielzahl von Natur- und Küstendestinationen, die von der touristischen Entwicklung profitieren. Wenn Rügen durch den Bau des LNG-Terminals seinen Ruf als Naturparadies einbüßt, könnten Urlauber auf andere Ziele ausweichen, die weiterhin unberührte Natur und Ruhe bieten.<sup>10</sup>

Für die lokale Wirtschaft könnte dies gravierende Folgen haben. Der Tourismus ist einer der größten Wirtschaftszweige der Insel, und viele Menschen sind direkt oder indirekt von den Einnahmen durch Gäste abhängig. Ein Rückgang der Touristenzahlen würde nicht nur Hotels, Restaurants und Freizeiteinrichtungen treffen, sondern auch kleinere Betriebe und lokale Anbieter, die stark auf den Tourismus angewiesen sind. In der Folge werden auch die Steuereinnahmen zurückgehen.

Insgesamt gesehen erweist sich das Flüssigerdgasterminal in Mukran bei genauerer Betrachtung als überflüssig. Mit den bestehenden LNG-Terminals in Deutschland und Europa sowie dem sinkenden Gasverbrauch im Zuge der Energiewende und der Klimaschutzziele gibt es wenig wirtschaftliche und energiepolitische Notwendigkeit für dieses weitere Terminal. Die Investitionen hätten sinnvoller in den Ausbau erneuerbarer Energien fließen sollen, um die langfristigen Klimaziele zu erreichen. Zusätzlich stellen lokale Umweltbedenken und der Widerstand der Bevölkerung einen weiteren Kritikpunkt für das Projekt dar. Vor diesem Hintergrund erscheint der Betrieb des Terminals in Mukran als überflüssig und widerspricht den langfristigen Zielen einer nachhaltigen Energieversorgung in Deutschland. Deshalb muss das Terminal schnellstmöglich rückgebaut werden.

<sup>1</sup><https://www.ndr.de/nachrichten/info/LNG-Wie-viel-Fluessigerdgas-kommt-derzeit-in-Deutschland-an,lng632.html#einspeisungterminalsinnorden>, weitere Details: [https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Textsammlungen/Energie/gas.html?cms\\_artId=ec760-595-3c25-4acc-bdc4-e8bfcc476b7d](https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Textsammlungen/Energie/gas.html?cms_artId=ec760-595-3c25-4acc-bdc4-e8bfcc476b7d). <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/konjunktur/fluessigerdgas-lng-terminals-101.html>.

<sup>2</sup>Die Lieferverträge mit Katar und den USA gehen bis zum Jahr 2041. <https://www.stern.de/wirtschaft/gas-aus-katar--was-der-liefervertrag-mit-qatarenergy-bedeutet-32963208.html#der-liefervertrag-soll->

[ab-2026-ueber-15-jahre-also-bis-2041-laufen-brauchen-wir-dann-angesichts-der-angestrebten-energieuende-weg-von-fossilen-hin-zu-erneuerbaren-energietraegern-ueberhaupt-so-lange-gas](#)

[3https://www.n-tv.de/wirtschaft/LNG-Overkill-Claudia-Kemfert-sagt-im-Klima-Labor-deutsches-Fluessiggas-Desaster-voraus-article24514707.html](https://www.n-tv.de/wirtschaft/LNG-Overkill-Claudia-Kemfert-sagt-im-Klima-Labor-deutsches-Fluessiggas-Desaster-voraus-article24514707.html)

[4https://www.kslaw.com/attachments/000/006/010/original/LNG\\_in\\_Europe\\_2018\\_-\\_An\\_Overview\\_of\\_LNG\\_Import\\_Terminals\\_in\\_Europe.pdf?1530031152](https://www.kslaw.com/attachments/000/006/010/original/LNG_in_Europe_2018_-_An_Overview_of_LNG_Import_Terminals_in_Europe.pdf?1530031152)

[5](#)Dass die deutschen Gasspeicher übertoll sind, hat indes wenig mit den LNG-Terminals zu tun. Nur zehn Prozent der Vorräte wurden über den Seeweg importiert. <https://table.media/berlin/professional-briefing/das-late-night-memo-fuer-die-hauptstadt-163/>

[6](#)Quelle: GIE AGSI+. <https://www.n-tv.de/wirtschaft/Deutsche-Gasspeicher-weit-ueberdurchschnittlich-gefuellt-article24628726.html>

[7https://www.n-tv.de/wirtschaft/Gasverbrauch-in-Deutschland-steigt-deutlich-article24621299.html](https://www.n-tv.de/wirtschaft/Gasverbrauch-in-Deutschland-steigt-deutlich-article24621299.html): Großhandelspreise (Future M+1) am 26.10.2022 (Peak): 337,24 €/MWh, 9.9.2024: 37,53 €/MWh (seit März 2023 stetig unter 50 €/MWh).

[8](#)Der Offene Brief von Greenpeace an die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten, der neue fossile Energieprojekte in Europa verbieten soll, hat bereits knapp 40.000 Unterzeichner\*innen gefunden. <https://act.greenpeace.de/eu-verbot-fossile-energien>

[9https://www.nordkurier.de/regional/ruegen/gericht-verhaengt-baustopp-fuer-lng-pipeline-vor-ruegen-2184908](https://www.nordkurier.de/regional/ruegen/gericht-verhaengt-baustopp-fuer-lng-pipeline-vor-ruegen-2184908)

[10](#)Weitere Details finden sich in den Stellungnahmen im Ausschuss für Klimaschutz und Energie des Deutschen Bundestages vom 3.7.2023 des Sachverständigen Kai Gardeja, Tourismusdirektor des Ostseebad Binz unter [https://www.bundestag.de/resource/blob/956390/8657fa2bd79d33bd3e3e9546c5151f6e/S-tellungnahme\\_SV\\_Kai\\_Gardeja\\_Tourismusdirektor\\_Ostseebad\\_Binz-data.pdf](https://www.bundestag.de/resource/blob/956390/8657fa2bd79d33bd3e3e9546c5151f6e/S-tellungnahme_SV_Kai_Gardeja_Tourismusdirektor_Ostseebad_Binz-data.pdf) sowie von Ronald Rambow, der als Touristiker im Ostseebad Binz tätig ist, unter [https://www.bundestag.de/resource/blob/962448/31e1a4c9486d570d52b68cd5c1fdd659/P-rotokoll\\_72\\_Sitzung\\_oeA\\_LNG.pdf](https://www.bundestag.de/resource/blob/962448/31e1a4c9486d570d52b68cd5c1fdd659/P-rotokoll_72_Sitzung_oeA_LNG.pdf).

## weitere Antragsteller\*innen

Sabine Hebbelmann (KV Odenwald-Kraichgau); Wolf-Christian Bleek (KV Starnberg); Tabitha Elkins (KV Fürth-Land); Kathrin Weber (KV Bielefeld); Birgit Heilmann (KV Harburg-Land); Jens Pommer (KV Düsseldorf); Klemens Griesehop (KV Berlin-Pankow); Barbara Poneleit (KV Forchheim); Michael Mirbach (KV Grafschaft Bentheim); Kerstin Wilde (KV Leipzig); Anna Katharina Boertz (KV Celle); Julia Hager (KV Bad Dürkheim); Ruth Alpers (KV Harburg-Land); Uta Lentföhr-Rathjen (KV Neumünster); Andreas Müller (KV Essen); Krystyna Grendus (KV Vorpommern-Greifswald); Andreas Kleist (KV Coburg-Land); Ralph Pies (KV Offenbach-Land); Dorothea Martin (KV Barnim); sowie 34 weitere Antragsteller\*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.

## V-80 Grüne Offensive für eine kohärente Klimaschutz- und Biodiversitätspolitik

Antragsteller\*in: Ocean Renner  
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

### Antragstext

Die Klimakrise und die Biodiversitätskrise sind die zentralen Herausforderungen unserer Zeit. Angesichts von immer häufiger auftretenden Extremwetterereignissen wie Starkregen, Dürreereignissen, Stürmen und Überschwemmungen sowie der Bedrohung ganzer Ökosysteme ist die politische Antwort auf beide Krisen eine Frage unserer eigenen Sicherheit. Als politische Partei und politisch Verantwortliche sehen wir uns in der Verpflichtung, die Sicherheit der Menschen, für die wir Verantwortung tragen, umfassend zu gewährleisten.

Wir konnten dieses Jahr anhand von Überschwemmungen in großen Teilen Süddeutschlands und zahlreichen Extremwetterereignissen weltweit erneut sehen, wie präsent und akut die Klimakrise ist. Um der Klimakrise wirksam entgegenzutreten, brauchen wir nicht nur den klimaneutralen Umbau der Wirtschaft, Energie-, Wärme- und Verkehrsinfrastruktur, sondern auch Maßnahmen des natürlichen Klimaschutzes und der Klimaanpassung.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich mit folgenden 5-Punkte Plan für eine echte Offensive für den Natur- und Artenschutz und eine wirksame Klimaschutzpolitik ein.

1) Aufgrund der enormen Relevanz des Natur- und Artenschutzes für die öffentliche Sicherheit setzen wir uns für die Beschleunigung von Genehmigungsverfahren im Natur- und Artenschutz ein, wie sie auch beim Ausbau von Windenergieanlagen vorgesehen ist. Um wirksamen Artenschutz umzusetzen, streben wir eine Verbesserung der Ausstattung von zuständigen Behörden sowie der Datengrundlage an.

2) Für eine wirksame Klimaschutzpolitik ist es notwendig, dass die erneuerbaren Energien beschleunigt ausgebaut werden. Wir begrüßen daher, dass dem Ausbau der Erneuerbaren Energien in §2 des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) ein „überragendes öffentliches Interesse“ eingeräumt wurde. Dies wird unter anderem damit begründet, dass der Ausbau der Erneuerbaren Energien der öffentlichen Sicherheit dient. Genauso gilt für uns, dass der Erhalt unserer Lebensgrundlagen im Rahmen der Ausweisung von Gebieten für den Natur- und Artenschutz und des natürlichen Klimaschutzes eine zentrale Frage der öffentlichen Sicherheit ist. Deshalb setzen wir Grüne uns für eine Erweiterung des Bundesnaturschutzgesetzes um eine dem §2 EEG entsprechende Norm ein, mit der dem ökosystembezogenen Natur-, Arten- und Klimaschutz ebenfalls überragendes öffentliches Interesse eingeräumt wird.

3) Zieht ein Flächeneigentümer ein nach der nationalen Umsetzung von RED III erteiltes Recht, indem er Windkraft- oder PV-Anlagen auf seinen Flächen beantragt, soll die Genehmigung nach Unterzeichnung eines städtebaulichen Vertrages nach §12 BauGB erteilt werden. In diesem Vertrag soll sich der Flächeneigentümer verpflichten, einen jährlichen Betrag, der in einer zu seinen Pachterlösen angemessenen Höhe steht, in einen bundes- oder landesweiten Fonds

- 41 zum Ankauf und Unterhalt von Flächen für den Natur- und Artenschutz einzuzahlen.  
42 Die genaue rechtliche Konstruktion ist dabei nicht entscheidend, zu diesem  
43 Vorschlag wirkungsgleiche Mechanismen wären ebenfalls angemessen. Gleichzeitig  
44 sollte auch das Vorkaufsrecht als Möglichkeit des Erwerbs neuer Flächen für den  
45 Natur- und Artenschutz gestärkt werden.
- 46 4) Wir setzen uns für eine Neuregelung der Verkehrswegesicherungspflicht für  
47 Natur- und Artenschutzflächen nach dem Vorbild von § 14 Bundeswaldgesetz ein, um  
48 Hürden für kommunale Akteur\*innen beim Natur- und Artenschutz abzubauen.
- 49 5) Kombi nutzungen können den Druck auf die verfügbaren Flächen senken. Die DIN  
50 SPEC für Agrar-PV und das Innovationssegment in den Ausschreibungen für PV-  
51 Freiflächenanlagen außerhalb von Schutzgebieten sind ein erster Schritt in die  
52 richtige Richtung. Wir setzen uns im Bund dafür ein, in einem nächsten Schritt  
53 eine DIN SPEC und ein eigenes Ausschreibungssegment für Biodiv-PV-Anlagen in den  
54 Beschleunigungsgebieten zu definieren. Dies kann unterschiedliche Nutzungsformen  
55 beinhalten: z.B. Biodiv und extensive Agri-PV, eine umfassende  
56 Lebensraumgestaltung rund um den Solarpark oder naturschutzfachlich  
57 qualifizierte Projekte zur Unterstützung des natürlichen Klimaschutzes.

## Begründung

Der Antrag wurde von den LAGen Ökologie und Energie in Schleswig-Holstein erarbeitet und zum Landesparteitag am 12./13. Oktober eingereicht: [A5: Grüne Offensive für eine kohärente Klimaschutz- und Biodiversitätspolitik \(Landesparteitag S-H Oktober 2024, Antragsgrün\) \(antragsgruen.de\)](#)

Der Antrag basiert auf einem Thesenpapier der LAGen Ökologie, Energie und Landwirtschaft in SH.

Mitwirkende der LAG Ökologie SH

Ocean Renner

Marilla Meier

Sina Clorius

Christof Martin

Mathias Schmitz

Markus Winkler

Für die LAG Energie SH

Luca Brunsch

Vereinfachte Sprache:

Klimakrise und der Verlust an Naturräumen und das größte und am schnellsten ablaufende Artensterben bedrohen den einzigen Lebensraum, den wir Menschen.

Das Ringen um mehr Klimaschutz und den Erhalt von Lebensräumen für Pflanzen und Tiere ist Verpflichtung für uns Grüne. Im Kern geht es auch grundlegend um die Sicherheit der Menschen.

Gerade können wir in Tschechien, Polen, Österreich und weiteren Ländern erleben, was es bedeutet, wenn extreme Wetterlagen in Folge der Klimakrise Leben und Eigentum der Menschen zerstören.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich mit folgenden 5-Punkte Plan für eine echte Offensive für den Natur- und Artenschutz und eine wirksame Klimaschutzpolitik ein.

1.) Die für den Natur- und Artenschutz zuständigen Behörden werden so aufgestellt und ausgestattet, dass Genehmigungsverfahren für den Natur- und Artenschutz ebenso beschleunigt entschieden und umgesetzt werden können, wie sie bei der Genehmigung von Windkraftanlagen vorgesehen sind.

2.) Für eine wirksame Klimaschutzpolitik ist es notwendig, dass die erneuerbaren Energien beschleunigt ausgebaut werden. Wir begrüßen daher, dass der Ausbau der erneuerbaren Energien im Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) ein „überragendes öffentliches Interesse“ eingeräumt wurde. Dies wird unter anderem damit begründet, dass der Ausbau der Erneuerbaren Energien der öffentlichen Sicherheit dient.

Der Erhalt der Lebensgrundlagen insgesamt ist aber ein Gebot der öffentlichen Sicherheit. Deshalb setzen wir Grüne uns für eine Erweiterung des Bundesnaturschutzgesetzes um eine dem EEG entsprechende Norm ein, mit der dem ökosystembezogenen Natur-, Arten- und Klimaschutz ebenfalls überragendes öffentliches Interesse eingeräumt wird.

3.) Der überwiegende Anteil der Flächen ist in privatem Eigentum. Flächen in Beschleunigungsgebieten für den Ausbau der Windkraft und Gebieten für den Ausbau der Photovoltaik, gewinnen enorm an Wert und Ertragskraft. Grüne setzen sich dafür ein, dass Flächeneigentümer, die mit Windkraftanlagen und PV-Anlagen sehr hohe Pachterträge erwirtschaften, einen angemessenen Anteil in einen Fonds für den Ankauf und Unterhalt von Flächen für den Natur- und Artenschutz einzahlen müssen. Gleichzeitig sollte auch das Vorkaufsrecht als Möglichkeit des Erwerbs neuer Flächen für den Natur- und Artenschutz gestärkt werden.

4.) Wenn Menschen ein Baum oder ein abgestorbener Ast auf den Kopf fällt, kann der Betroffene oder im Todesfall dessen Angehörige gegen den Kreis oder die Stadt, in der das Unglück stattfand klagen. Aus der Rechtsprechung vieler solcher Klagen wurde eine Verkehrswegesicherungspflicht entwickelt. Die besagt, dass die Bürgermeister\*innen und Landrät\*innen umfassend haftpflichtig sind. Aus diesen Gründen werden überall in Deutschland Bäume gefällt, wenn sie nicht mehr hundertprozentig standfest sind.

Diese „Verkehrswegesicherungspflicht“ ist in Wäldern durch das Bundeswaldgesetz stark eingeschränkt. Wer einen Wald betritt, ist damit einverstanden, dass sie oder er sich den waldüblichen Gefahren aussetzt. Eine solche Einschränkung der Verkehrswegesicherungspflicht muss auch in Flächen für den Natur- und Artenschutz eingeführt werden.

5.) Kombi-nutzungen können den Druck auf die verfügbaren Flächen senken. Das heißt, Flächen für den Ausbau der Windkraft und von PV-Anlagen müssen auch für andere Zwecke, auch für den Natur- und Artenschutz nutzbar bleiben oder werden.

## **weitere Antragsteller\*innen**

Marilla Meier (KV Lübeck); Mathias Schmitz (KV Pinneberg); Sina Clorius (KV Schleswig-Flensburg); Patricia Römer (KV Pinneberg); Stefan Alexander Mauel (KV Stormarn); Katrin Stange (KV Pinneberg); Oliver Lorentzen (KV Pinneberg); Gerd Weichelt (KV Dithmarschen); Christopher Mund (KV Lübeck); Susanne Hilbrecht (KV Dithmarschen); Lorenzo Dal Molin (KV Stormarn); Elisabeth Kremer (KV Pinneberg); Sören Lerke (KV Pinneberg); Jan Schmid (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Johannes Mihram (KV Berlin-Mitte); Peer Lessing (KV Pinneberg); Katrin Frey (KV Schleswig-Flensburg); Thomas Rost (KV Berlin-Reinickendorf); Jennifer Herbert (KV Kiel); sowie 50 weitere Antragsteller\*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.

## V-81 Olympische und Paralympische Spiele für die Sportler\*innen und die Bürger\*innen

Antragsteller\*in: Boris Mijatovic (KV Kassel-Stadt)

Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

### Antragstext

- 1 Sport bewegt und begeistert. Alt und jung. Im Zentrum von Olympischen und
- 2 Paralympischen Spielen stehen die Sportler\*innen aus aller Welt. Oft genug ist
- 3 eine Teilnahme an Olympischen und Paralympischen Spielen für viele Athlet\*innen
- 4 persönlicher Höhepunkt der eigenen Karriere. Der besondere Charakter Olympischer
- 5 und Paralympischer Spiele hat allerdings in den letzten Jahrzehnten stark
- 6 gelitten. Korruption, Gigantismus, Umweltzerstörung und
- 7 Menschenrechtsverletzungen sind die Schlagworte, die von Menschen genannt
- 8 werden, die nach Olympia befragt werden. Das wollen wir ändern!
- 9 Mit einer Bewerbung für die Olympischen und Paralympischen Spiele 2040 sollten
- 10 die Bundesregierung und Sportdeutschland wieder die wirklichen Held\*innen des
- 11 Sports, die Athlet\*innen, in den Mittelpunkt der Veranstaltung stellen und eine
- 12 Strategie für einen sauberen Sport verfolgen. Spitzensport gesellschaftsfähig zu
- 13 machen und damit auch für den Breitensport im eigenen Land zu werben, muss der
- 14 maßgebliche Treiber für die Bewerbung sein.
- 15 Darüber hinaus sind nicht nur die sportlichen, sondern auch die
- 16 gesellschaftlichen Erwartungen an ein internationales Mega-Sportereignis wie die
- 17 Olympischen und Paralympischen Spiele extrem hoch. Wenn es nicht nur um
- 18 sportliche Spitzenleistungen, sondern auch um Exzellenz bei Verständigung,
- 19 Teamgeist und Toleranz geht, dann muss das gesamte Land mitziehen, um den
- 20 Erwartungen von innen und von außen gerecht zu werden. Sportliche
- 21 Höchstleistungen müssen gepaart werden mit umfassenden Organisationsleistungen,
- 22 Kulturevents und einem Rahmenprogramm, welches ein modernes, nachhaltiges und
- 23 vielfältiges Deutschland widerspiegelt.
- 24 Es scheint vergleichsweise einfach, eine anspruchsvolle Bewerbung aufzusetzen,
- 25 aber in Zeiten von Polykrisen und hohen finanziellen Unsicherheiten ist es
- 26 deutlich anspruchsvoller, die Umsetzung der Planung zu gewährleisten, die
- 27 finanziellen Kostenrahmen einzuhalten und die Steuerbasis von Bund und Land
- 28 nicht über Gebühr zu strapazieren.
- 29 Gleichzeitig sind vor allem wir, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, sehr kritisch, was das
- 30 Internationale Olympische Komitee (IOC) und das Internationale Paralympische
- 31 Komitee (IPC) als Organisatoren der Olympischen und Paralympischen Spiele
- 32 betrifft. Insbesondere das Internationale Olympische Komitee hat sich in den
- 33 letzten elf Jahren unter dem deutschen Präsidenten Dr. Thomas Bach keineswegs
- 34 geöffnet und hat weder signifikante Reformen eingeleitet noch ist es
- 35 transparenter geworden. Unter dem Druck der autoritären Staaten ist der IOC-
- 36 Präsident Bach trotz des russischen Vernichtungskriegs gegen die Ukraine von
- 37 einem eindeutigen Ausschluss russischer und belarusischer Sportler\*innen
- 38 abgewichen, stattdessen hat er Hintertüren für dieselben geöffnet. Ein
- 39 Ausschluss für russische Funktionäre aus den Verbandsstrukturen stand nie zur
- 40 Debatte und die finanzielle und somit auch die politische Einflussnahme weiterer
- 41 autoritärer Staaten innerhalb des IOC hat eher zu- als abgenommen.

42 Die Regeln für eine Bewerbung sind vielmehr unklarer and klandestiner geworden.  
43 Für den angestrebten Bewerbungstermin 2040 erleichtert auch ein Blick auf das  
44 bisherige internationale Mitbewerberfeld, die realen Chancen um eine deutsche  
45 Bewerbung richtig einzuschätzen. Neben unseren Nachbarn in Polen bewerben sich  
46 vermutlich Spanien und Südafrika. Indien ebenso mit einer potentiell starken  
47 Kandidatur, der das IOC voraussichtlich eine Präferenz einräumen dürfte.

48 Um eine Bewerbung für die Olympischen und Paralympischen Spiele erfolgreich und  
49 mit einer möglichst hohen gesellschaftlichen Akzeptanz aufzustellen, fordern wir  
50 die Bundestagsfraktion von Bündnis90/DIE GRÜNEN auf, folgende Punkte in die  
51 Debatte einzubringen:

52 1. Eine Bewerbung für Olympische und Paralympische Spiele kann nur erfolgreich  
53 sein, wenn ein möglichst hohes Maß an Akzeptanz in der Bevölkerung angestrebt  
54 wird. Dazu muss es verpflichtende Aushandlungs- und Konsultationsprozesse mit  
55 den beteiligten Menschen geben, an deren Ende eine Abstimmung in Form eines  
56 Volksentscheids steht. Nur mit einem mehrheitlich positiven Beschluss durch die  
57 Bürger\*innen vor Ort sollten die nächsten Schritte für die Bewerbung gegangen  
58 werden.

59 2. Das Konsultationsverfahren schließt finanzielle Transparenz ein. Die  
60 Bürger\*innen sollten konkret erfahren, über welche Kosten einer Bewerbung auf  
61 den kommunalen, den Landes- und den Bundeshaushalt zukommen. Host-City-Verträge  
62 mit dem IOC und IPC sollten offengelegt werden. Nur so kann sichergestellt  
63 werden, dass die Austragungsstädte nicht mit Knebelverträgen unter Druck gesetzt  
64 werden.

65 3. Für einen milliardenschweren Sportkonzern, der das IOC trotz seiner  
66 vermeintlichen Gemeinnützigkeit ist, und für ein Sportereignis dieser Dimension  
67 ist eine Steuerbefreiung nicht akzeptabel und nicht mehr zeitgemäß. Es muss  
68 gegenüber dem Deutschen Olympischen Sportbund (DOSB) und dem IOC mindestens auf  
69 Steuerpauschalen bestanden werden.

70 4. Exzellente moderne Sport- und Spielstätten sollten vor allem die Kriterien  
71 der ökologischen Nachhaltigkeit erfüllen. Bestehenden Spielstätten sollte daher  
72 der Vorzug vor Neubauten gegeben werden. Dezentrale Cluster-Konzepte in Regionen  
73 können den Druck von einem einzigen Austragungsort nehmen. Beispiel hierfür sind  
74 die kommenden Austragungen der Winterspiele in Mailand 2026. Auch die  
75 Nachhaltigkeitskonzepte der Sommerspiele 2024 in Paris wie auch  
76 Europameisterschaften der Herren im Fußball haben hier neue Maßstäbe gesetzt.

77 5. Für dezentrale Konzepte sind nachhaltige Verkehrskonzepte, die ein  
78 funktionierendes Bahnsystem und einen reibungslosen ÖPNV einschließen,  
79 unabdingbar. Die dafür benötigte Infrastruktur muss die Bundesregierung in das  
80 Zentrum ihrer Planung stellen. Ökologische Verkehrskonzepte dürfen keine  
81 Papiertiger bleiben.

82 6. Innovative Energie- und Wärmekonzepte werden benötigt, um den  
83 Ressourcenverbrauch zu begrenzen. Ziel von Sportdeutschland sollte, die grünen  
84 und energieeffizientesten Spiele auszurichten und damit zukünftig neue Standards zu  
85 setzen. Greenwashing - wie dieses in vielen anderen Olympia-Ausrichterstaaten  
86 der Fall war - hilft niemanden.



87 7. Die Spiele sollten eine Verpflegung für Sportler\*innen und Zuschauer\*innen  
88 mit Produkten zulassen, die einen möglichst hohen Anteil regionaler Herkunft  
89 haben.

90 8. Im Koalitionsvertrag der Ampel-Regierung hat man sich darauf verständigt, nur  
91 Großveranstaltungen zu unterstützen, die „strikt an die Beachtung der UN-  
92 Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte und Nachhaltigkeit geknüpft“  
93 sind. Auch das IOC selbst bezieht sich in seinem Strategic Framework on Human  
94 Rights auf die UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte, ist dieser  
95 Maßgabe bisher aber oft nicht gerecht geworden. Die UN-Leitprinzipien  
96 verpflichten nicht nur Staat und Unternehmen zum Schutz und zur Achtung der  
97 Menschenrechte, sondern auch dazu, einen Zugang zu Abhilfemaßnahmen zu schaffen.  
98 Personen, deren Menschenrechte verletzt wurden, müssen wirksame Abhilfe erhalten  
99 können. Dafür müssen frühzeitig staatliche und nicht-staatliche  
100 Beschwerdestellen geschaffen werden. Das beinhaltet aber auch die  
101 Kernarbeitsnormen in der Erklärung der Internationalen Arbeitsorganisation  
102 (ILO). Dies sollte in den Verträgen und Vereinbarungen verbindlich festgelegt  
103 werden. Es braucht ein transparentes Konzept zur Wahrung der menschenrechtlichen  
104 Sorgfaltspflichten, in dem alle beteiligten Akteur\*innen - angefangen bei den  
105 Athlet\*innen, über Vertreter\*innen der Medien bis zum Bereich von Gastronomie  
106 und Hotelgewerbe - eingeschlossen sind. Empfehlungen des DOSB-  
107 Menschenrechtsbeirates sollten explizit berücksichtigt werden.

108 9. Dies gilt auch für die Umsetzung der Sorgfaltspflichten in den Lieferketten  
109 der Sport- und Konsumartikel. Die sozialen und arbeitsrechtlichen Vereinbarungen  
110 der Sommerspiele 2024 in Paris können hier ebenfalls als Grundlage genutzt  
111 werden, um zum Beispiel Aufträge für Gebäude und Infrastruktur in der Weitergabe  
112 an Subunternehmen zu begrenzen. Ebenfalls positiv ist die Verpflichtung für  
113 Auftragnehmer, eine Mindestzahl von Langzeitarbeitslosen zur Auftragserfüllung  
114 auszubilden und einzusetzen (In Paris wurde diese Vorgabe von 10% und mehr als  
115 doppelte sogar übertroffen).

116 10. In den eigenen Statuten verpflichtet sich das IOC auf Werte wie Frieden,  
117 Völkerverständigung und Antidiskriminierung. Eine Bewerbung sollte diese Werte  
118 auch leben und weder von Anti-Demokraten im In- noch im Ausland für die eigene  
119 Bühne genutzt werden. Mit einer Bewerbung um Olympische und Paralympische Spiele  
120 sollten diese Prinzipien nicht nur als Leitlinien betrachtet, sondern sie  
121 sind in konkrete Vereinbarungen und Aktionspläne umzusetzen. Darüber hinaus ist  
122 ein kulturelles Rahmenprogramm ist zu erarbeiten, um Sportdeutschland ein  
123 tolerantes, buntes und vielfältiges Gesicht zu geben.

124 11. Medien-, Presse- und Meinungsfreiheit sind Grundpfeiler in demokratischen  
125 Staaten. Gleichzeitig werden Medien- und Pressefreiheit von Feinden der  
126 Demokratie genutzt, um gezielte Desinformationskampagnen zur Destabilisierung  
127 freiheitlicher Gesellschaften zu streuen. Eine Bewerbung um die Sommerspiele  
128 2040 sollte klare Strategien beinhalten, wie mit systematischer Desinformation  
129 und gesellschaftlicher Verunsicherung bei der Ausrichtung von Olympischen und  
130 Paralympischen Spielen umzugehen ist.

131 12. Angesichts von hybrider Kriegsführung gegen Demokratien und demokratische  
132 Institutionen sowie realer Sicherheitsbeeinträchtigung durch Akteur\*innen von  
133 innen und außen wird ein umfassendes Sicherheitskonzept benötigt, das den

- 134 Online-Raum einschließt. Hier müssen Datenschutz und Persönlichkeitsrechte der  
135 Sportler\*innen, Zuschauer\*innen und Bürger\*innen gewahrt werden.
- 136 Zu einer Bewerbung um die Olympischen und Paralympischen Spiele gehört für uns  
137 auch, die eigenen nationalen Sportstrukturen zu optimieren. Viele deutsche  
138 Spitzensportverbände haben noch keine eigene Menschenrechtsstrategie erarbeitet.  
139 Das muss sich dringend ändern. Wir fordern verpflichtende  
140 Menschenrechtsstrategien aller Spitzensportverbände und wollen dies auch als  
141 Voraussetzung für die nationale Sportförderung über den Haushalt des  
142 Bundesministeriums des Innern (BMI) etablieren, was wiederum regelmäßig  
143 überprüft werden muss.

## **weitere Antragsteller\*innen**

Felix Bach (KV Braunschweig); Viola von Cramon (KV Göttingen); Marei Zylka (KV Berlin-Reinickendorf); Daniel Eliasson (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Julian Bonenberger (KV Sankt Wendel); Anja Hauke (KV Kassel-Stadt); Rasmus Andresen (KV Flensburg); Malte Gerlach (KV Kassel-Stadt); Johannes Lauterwald (KV Frankfurt); Katheryn Mariell Herrmann Aguero (KV Berlin-Neukölln); Sebastian Lakner (KV Lübeck); Thea-Helene Gieroska (KV Magdeburg); Birgit Stupp (KV Ahrweiler); Jakob Rödl (KV Berlin-Mitte); Judith Frauen (KV Hannover); Leander Holtz (KV Ennepe-Ruhr); Marilla Meier (KV Lübeck); Clemens Justus Joshua Sachs (KV Berlin-Reinickendorf); Klaudia Maria Hanisch (KV Göttingen); sowie 79 weitere Antragsteller\*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.

## V-82 Die Würde verteidigen – den Frieden gewinnen!

Antragsteller\*in: Robin Wagener (KV Lippe)

Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

### Antragstext

- 1 Die Würde verteidigen – den Frieden gewinnen!
- 2 „Freiheit wird nie geschenkt, immer nur gewonnen.“ (Heinrich Böll)
- 3 Europa steht am Anfang einer neuen Epoche. Einer Zeit, in der wir den Frieden
- 4 entschlossen zurückgewinnen müssen – für ein wachsendes Europa, das die Würde
- 5 der Menschen achtet und schützt. Ein Europa der Freiheit und des Rechts. Ein
- 6 Europa frei von Krieg, Gewalt und Unterdrückung. Gegen dieses Europa richtet
- 7 sich Putins Aggression.
- 8 Wir wollen den Frieden gewinnen, den Raum der Freiheit schützen und er weitern.
- 9 Darum muss Russland mit seinem aggressiven, genozidalen und imperialistischen
- 10 Versuch die Ukraine zu unterwerfen, scheitern. Es liegt daher im strategischen
- 11 und sicherheitspolitischen Interesse Deutschlands und der EU, die Souveränität
- 12 und territoriale Integrität der Ukraine entschlossen zu verteidigen und das Land
- 13 in seinem demokratischen Aufbau, der Rechtsstaatlichkeit und seiner
- 14 Wettbewerbsfähigkeit im Rahmen der euroatlantischen Integration zu unterstützen
- 15 und zu stärken. Es braucht eine neue Strategie zum Umgang mit dem autoritären
- 16 und aggressiven Russland von heute. Dazu gehört neben einer entschiedeneren
- 17 Unterstützung der Ukraine die Kooperation mit all jenen Kräften, die sich
- 18 glaubwürdig für ein demokratisches und friedliches Russland einsetzen. Ein
- 19 Russland, das die universellen Rechte seiner Bürger\*innen ebenso achtet wie die
- 20 Souveränität seiner Nachbarstaaten.
- 21 Frieden gewinnen – glaubwürdig, nachhaltig, gerecht.
- 22 Russlands Überfall auf die Ukraine markiert den offenen Angriff auf die
- 23 zivilisatorischen Errungenschaften unserer Friedensordnung – auf Menschenrechte,
- 24 Freiheit und Rechtsstaatlichkeit. Ein Angriff auf das friedliche Zusammenwachsen
- 25 in Europa. Putins Russland zerstört als Ständiges Mitglied des Sicherheitsrates
- 26 der Vereinten Nationen gezielt die Institutionen unseres Friedens. Putin bricht
- 27 mit den Prinzipien der Schlussakte von Helsinki, den Grundsätzen der Charta von
- 28 Paris, dem Gewaltverbot der UN-Charta. Diese Prinzipien sind Voraussetzung für
- 29 unsere Sicherheit und wahren Frieden. Die Achtung der Menschenrechte, der
- 30 staatlichen Souveränität und die Unverletzlichkeit von Grenzen bilden das
- 31 Fundament einer glaubwürdigen Friedenspolitik – unserer Friedenspolitik. Krieg
- 32 und Gewalt dürfen nicht zum Standard internationaler Politik werden.
- 33 Wir stehen für einen Friedensprozess, an dessen Ende ein wahrhafter Frieden
- 34 stehen kann. Für uns ist Frieden keine Leerformel, kein plakativer
- 35 Wahlkampfeslogan. Unterwerfung und Fremdbestimmung stiften keinen Frieden,
- 36 sondern stärken Willkür, Chauvinismus und Gewalt. Für uns ist Frieden mehr als
- 37 die Abwesenheit von Krieg. Frieden ist das Versprechen nach Sicherheit. Frieden
- 38 schafft Raum für Freiheit und Wohlstand, für soziale und politische Teilhabe,
- 39 für Selbstverwirklichung. Frieden schafft die Voraussetzungen für die

40 Durchsetzung politischer Rechte und rechtsstaatlicher Prinzipien, für  
41 Demokratie, für Dialog, für soziale Gerechtigkeit, Chancengleichheit und  
42 kulturelle Vielfalt. Für diesen Frieden kämpft die Ukraine, kämpfen wir  
43 gemeinsam, denn dieser Frieden gilt uns allen.

44 Die Ukraine verteidigt ihre Souveränität und territoriale Integrität ebenso wie  
45 die Hoffnung auf ein Leben in Würde und Freiheit. 2014 traf die ukrainische  
46 Gesellschaft die politische Grundsatzentscheidung für eine Zukunft in der  
47 Europäischen Union. Sie ist das Ergebnis der ukrainischen Revolution der Würde,  
48 der Freiheitsbewegung des Euromaidan in Kyjiw. Das Privileg einer friedlichen  
49 Revolution wurde den Menschen verwehrt: Auf dem Maidan wurden hunderte Menschen  
50 durch das damalige autoritäre Regime erschossen oder verletzt. Zuvor hatten  
51 Millionen Menschen monatelang in der Hauptstadt Kyjiw gegen Kälte und staatliche  
52 Gewalt angekämpft, sind für Demokratie und Freiheit eingetreten. Ihre  
53 Forderungen folgen jenen, mit denen auch wir als Teil der ostdeutschen Friedens-  
54 und Freiheitsbewegung in den 1980er Jahren die DDR-Diktatur und weitere  
55 autoritären Regime in Europa überwunden haben.

56 Es ist der demokratischen Zivilgesellschaft des Euromaidan und ihren  
57 Errungenschaften zu verdanken, dass die Ukraine heute ein demokratischer und  
58 gefestigter Staat wird. Seit dem Euromaidan geht das Land trotz der russischen  
59 Aggressionen einen entschlossenen Reformkurs zur euroatlantischen Integration.  
60 Seither gewinnen die Menschen in den freien Gebieten der Ukraine an politischer  
61 und wirtschaftlicher Teilhabe. Reformen in den Bereichen Justiz,  
62 Korruptionsbekämpfung und zur Modernisierung des Staates müssen weiter gefestigt  
63 werden. Darin unterstützen wir sie als Freunde, Partner und Verbündete – denn  
64 der ukrainische Frieden ist unser Frieden. Putin wird in der Ukraine scheitern.  
65 Die Hoffnung auf ein Leben im Raum der Sicherheit, der Freiheit und des Rechts  
66 spendet den Ukrainer\*innen Hoffnung, gibt ihnen die Kraft und den Willen, sich  
67 zu der russischen Gewalt zu widersetzen und das gesamte Land zu befreien. Dieser  
68 Wille kann nicht bezwungen werden.

69 Bedrohungen erkennen – entschlossener handeln.

70 Die ukrainischen Reformfolge und der demokratische Wandel veranlassten Putin  
71 zum Überfall auf die Ukraine – 2014 im Donbas und auf der Krim, 2022 gegen das  
72 gesamte Land. Putin sieht sein autoritäres Herrschaftssystem durch den  
73 Fortschritt der Ukraine bedroht. Putin führt diesen Krieg, um das Wohlstands-  
74 und Erfolgsversprechen einer gelingenden EU-Integrationen zu verhindern. Kein  
75 anderes Land hat für seine Hinwendung zur EU einen höheren Preis zahlen müssen.  
76 Putin will die Ukraine für ihren Erfolg bestrafen, um auch den Russ\*innen  
77 Hoffnung auf eine bessere Zukunft zu nehmen. Russland braucht kein zusätzliches  
78 Land, Putin braucht die Gewalt des Krieges für seinen eigenen Machterhalt. Die  
79 gescheiterten Normandie-Verhandlungen und gebrochenen Minsk-Abkommen beweisen  
80 seinen mangelnden Willen für diplomatische Lösungen.

81 Der Kreml setzt strategisch auf die politische Ermüdung des Westens. Er kämpft  
82 einen Informationskrieg mit Lügen, Propaganda und Kreml-nahen Parteien und  
83 Bündnissen. Er schürt Hass und Hetze, um unsere freien Gesellschaften zu spalten  
84 und die Unterstützung für die Ukraine zu mindern. Der Verfassungsschutz warnt  
85 vor großangelegten Desinformationskampagnen, die gezielt kreml-nahe Propaganda  
86 verbreiten und vom russischen Terror in der Ukraine ablenken. Doch die Bilder  
87 aus der Ukraine lassen uns nicht kalt. Wir stumpfen nicht ab. Wir sehen, wie

88 groß das Trauma, der Schmerz, der Verlust ist. Wir sehen Yaroslav in Lwiw, der  
89 seine Frau und seine drei Töchter bei einem russischen Bombenangriff auf ihr  
90 Wohnhaus verloren hat. Wir sehen Svitlana in Kyjiw, die sich als Kinderärztin  
91 während des Luftalarms vergewissern wollte, dass sich alle Kinder der  
92 Intensivstation in den Bunkern befinden und dabei selbst durch einen russischen  
93 Marschflugkörper getötet wurde. Wir sehen Olha aus Jahidne, die von russischen  
94 Soldaten im Keller einer Schule wochenlang eingesperrt wurde. Mehrere der über  
95 367 Dorfbewohner\*innen starben, Tod und Verwesung auf engstem Raum mit kleinen  
96 Kindern. Wir sehen Karolina aus Mariupol, die ihr Baby ausgehungert und zwischen  
97 Schüssen russischer Soldaten auf einem Krankenhausflur zur Welt bringen musste.  
98 Es gibt unzählige dieser traurigen Geschichten. Sie sind uns Mahnung und Auftrag  
99 zugleich, denn sie geschehen jeden Tag. Sie sind Albtraum und bittere Realität.  
100 Die grausamen Bilder aus Butscha und Irpin sind nicht nur Zeugnis der  
101 Vergangenheit, sondern der Blick in die Gegenwart des russischen  
102 Besatzungsregimes, sie zeigen die Zukunft, sollte sich Putin durchsetzen. Die  
103 Kapitulation gegenüber Putin würde diesen Terror belohnen und zu immer neuen  
104 Gewalttaten ermutigen.

105 Wir verschließen nicht die Augen vor der Realität. Russlands Krieg hat  
106 schlimmste Folgen in der Ukraine und weit darüber hinaus. Zehntausende  
107 Soldat\*innen und Zivilist\*innen wurden getötet oder verletzt. Ein Fünftel des  
108 ukrainischen Staatsgebiets ist von russischen Truppen besetzt. Die  
109 Energieinfrastruktur wird nahezu täglich durch russische Drohnen und Raketen  
110 zerstört. Kälte und Dunkelheit, fehlendes Wasser führen zu immer neuen  
111 humanitären Krisen. Es wächst eine Generation heran, die durch die Traumata des  
112 Krieges geprägt sein wird. Russlands Krieg wirkt aber weit über die Grenzen der  
113 Ukraine hinaus: Enorme Preissteigerungen, Lebensmittelknappheiten durch  
114 russische Angriffe auf die ukrainische Landwirtschaft und Hafeninfrastruktur  
115 verursachen Hunger und Elend weltweit. Hohe Energiepreise und Inflation sind  
116 Kalkül und direkte Folge des russischen Angriffskrieges. Putin hat Armut und  
117 sozialen Spannungen weiter verschärft.

118 Daher werden wir nicht müde, wir bleiben entschlossen. Nichts bedroht den  
119 Frieden so sehr, wie die fehlende Bereitschaft, ihn entschlossen zu verteidigen.  
120 Wir wollen, dass unsere Freund\*innen in der Ukraine endlich wieder ohne Angst  
121 schlafen und ein normales Leben führen können. Ein Leben in Frieden, ohne  
122 russischen Terror. Dafür unterstützen wir die Ukraine. Wir verteidigen, was  
123 zählt. Wir verteidigen ein Leben in Würde und Freiheit. Wir unterstützen die  
124 Ukraine bei der Wiederherstellung ihrer territorialen Integrität, denn  
125 ukrainisches Territorium ist keine abstrakte Fläche, sondern der Ort an denen  
126 die Menschen frei von Angst, Verfolgung und Willkür in Würde und Freiheit leben  
127 können. Orte, in denen ihre Rechte geachtet und garantiert werden. Wir  
128 unterstützen die Ukraine in der Resilienz ihrer Gesellschaft gegen den  
129 alltäglichen und überall präsenten Schrecken der russischen Angriffe, mit  
130 intensiver humanitärer und wirtschaftlicher Hilfe und Zusammenarbeit.

131 Seit der russischen Vollinvasion stärkt Deutschland die Ukraine in ihrem Recht  
132 auf Selbstverteidigung. Als Bündnisgrüne stehen wir grundsätzlich für  
133 restriktive Rüstungspolitik und streiten dennoch für bestmögliche Unterstützung  
134 der Ukraine. Handlungsleitend für den Einsatz gelieferter Waffen muss das  
135 Völkerrecht uns seine Wahrung sein, nicht die Selbstabschreckung vor dem Kreml-  
136 Regime und seiner Propaganda. Die militärische Unterstützung der Ukraine hat  
137 massiv zur Verteidigung und Befreiung des Landes beitragen können. Dank ihr sind

138 heute weniger Ukrainer\*innen dem russischen Terror der Vergewaltigung,  
139 Verschleppung, Folter und des Mordes ausgesetzt. Die ukrainischen Partner\*innen  
140 haben bewiesen, dass sie beim Einsatz der gelieferten Waffen das humanitäre  
141 Völkerrecht wahren und getroffene Vereinbarungen erfüllen.

142 Die Ukraine muss in die Lage kommen, ihre Bevölkerungen bestmöglich vor den  
143 russischen Angriffen zu schützen. Deutschland muss aus seinen Fehlern lernen.  
144 Die Zögerlichkeit westlicher Waffenlieferungen hat die Verteidigungs- und  
145 Befreiungsbemühungen der ukrainischen Streitkräfte erschwert. Noch immer  
146 schränkt sie konsequenten Schutz der Bevölkerung des Landes ein. Deutschland  
147 kann und muss noch stärker zur Verteidigung der Ukraine beitragen – im Vertrauen  
148 auf und in enger Zusammenarbeit mit unseren Partnern. Die Ukraine kann sich nur  
149 dann erfolgreich verteidigen, wenn sie militärisch in der Lage ist, weit hinter  
150 den Frontlinien Angriffe auf Ziele wie russische Munitionsdepots,  
151 Versorgungsrouten und Kommandoposten durchzuführen. Die Befreiung der  
152 ukrainischen Seewege für den lebensnotwendigen Getreideexport zeugen vom Erfolg  
153 des ukrainischen Militärs. Wir begrüßen daher die Lieferung europäischer und  
154 amerikanischer Marschflugkörper und bleiben überzeugt, dass auch Deutschland  
155 diese Fähigkeiten zur Verfügung stellen kann und sollte. Russische Waffen müssen  
156 zerstört werden können, bevor sie zum Einsatz gegen die Ukraine kommen und nicht  
157 erst im Anflug auf Wohn- und Krankenhäuser oder die Energieinfrastruktur.

158 Zu oft verstellt die militärische Debatte den Blick für die vielfältigen  
159 diplomatischen Bemühungen und Erfolge. Wir unterstützen die vielfältigen  
160 Friedensinitiativen der ukrainischen Regierung. Trotz massivster russischer  
161 Eskalationen beweist die Ukraine ihren Willen für diplomatische Lösungen:  
162 Resolutionen der Vereinten Nationen, Gefangenenaustausche, Transitrouten für  
163 Getreide-Exporte, die Eröffnung der EU-Beitrittsverhandlungen oder die  
164 Friedensgipfel wären ohne massivstes diplomatisches Engagement unmöglich. Klar  
165 ist, wenn Russland die Zerstörung globaler Institutionen fortsetzt, gefährdet es  
166 den Frieden weltweit.

167 Russland investiert aktuell ein Drittel seiner Staatsausgaben in Krieg und  
168 Kriegswirtschaft. Knapp 7 Prozent des russischen Bruttoinlandsprodukts werden  
169 allein für militärische Zwecke genutzt. Russland mobilisiert fortwährend und  
170 baut immer neue Strukturen und Kampfseinheiten auf. Damit bereitet sich der Kreml  
171 nicht nur auch einen langen Krieg gegen die Ukraine vor, sondern überkompensiert  
172 die Verluste seines Angriffskriegs und baut strategische Reserven auf, die der  
173 Konfrontation mit weiteren Staaten dienen. Die russische Rüstungspolitik stellt  
174 vor dem Hintergrund der imperialen Logik und aggressiven Rhetorik eine  
175 ernstzunehmende Bedrohung für ganz Europa dar. Deutschland und seine Verbündeten  
176 sind daher gezwungen, dieser russischen Militarisierung der internationalen  
177 Beziehungen so zu begegnen, dass wir auch künftig politisch handlungs- und  
178 durchsetzungsfähig bleiben. Wir halten am Ideal unserer konventionellen und  
179 nuklearen Abrüstungspolitik fest, stellen uns aber nicht blind gegenüber der  
180 Bedrohung durch die aktuelle russische Regierung. Glaubwürdige Abrüstung setzt  
181 gegenseitiges Vertrauen voraus.

182 Schon heute geht Putins Aggression weit über die Grenzen der Ukraine hinaus:  
183 Cyberangriffe auf den Bundestag und kritische Infrastrukturen der EU, Lügen- und  
184 Destabilisierungskampagnen zur Unterstützung von Extremisten\*innen, die unsere  
185 Freiheit von innen heraus zerstören sollen, politische Auftragsmorde in unseren  
186 Städten, andauernde Verletzungen unseres Luftraums, Sprengstoff- und

187 Brandanschläge gegen Schlüsselindustrien. Putin befindet sich längst im Krieg  
188 mit dem freien Europa – mit uns. Auch innerhalb Russlands festigt Putins  
189 Gewaltpolitik die eigenen Machtstrukturen. Politische Auftragsmorde an  
190 Journalisten und Oppositionellen wie Anna Politkowskaja, Boris Nemtsov oder  
191 Alexej Nawalny sind Zeugnis seiner massiven Repression nach innen, die den Krieg  
192 nach außer möglich machen. Der Tiergartenmord steht beispielhaft für die  
193 Blutspur des Kremls.

194 Die auf naiven Hoffnungen und Wunschvorstellungen beruhende politische  
195 Zurückhaltung gegenüber früheren Grenzverletzungen haben Putin aufgezeigt, dass  
196 er keine drastischen Konsequenzen fürchten muss. Er setzt seinen Kurs immer  
197 intensiver fort, gewaltsam die Normen der internationalen Politik zu  
198 verschieben. Der Kreml geht mit äußersten Repressionen gegen die eigene  
199 Gesellschaft vor und bleibt auf Konfrontationskurs mit dem Westen. Dieser  
200 Realität stellen wir uns.

201 Für eine Strategie der Zuversicht

202 Die Ukrainer\*innen bestätigen uns den Wert unserer europäischen  
203 Errungenschaften. Daraus bestimmen wir die strategischen Ziele unserer Zeit. Es  
204 braucht daher jetzt eine neue entschlossenere Strategie, um Putin zu überwinden.  
205 Die erfolgreiche Integration der Ukraine in die Europäische Union und NATO  
206 bildet dafür unser strategisches Kernziel. Denn diese Mitgliedschaften  
207 garantieren der Ukraine Sicherheit und fördern somit den erfolgreichen  
208 Reformprozess, den die Gesellschaft anstrebt.

209 Bis heute hat Russland seine strategischen Kriegsziele verfehlt, trotzdem hält  
210 Putin daran fest, die Ukraine zu unterwerfen und die Konfrontation mit dem  
211 Westen zu suchen. Putins Ziel ist die Unterwerfung der Ukraine und die  
212 Zerstörung der europäischen Friedensordnung. Er hat sein Schicksal mit diesem  
213 Krieg verknüpft. Der Kreml setzt die langfristige Konfrontation mit steigenden  
214 menschlichen, wirtschaftlichen und politischen Kosten, verbunden mit  
215 Eskalationsdrohungen. Dies soll die Entschlossenheit der Ukraine-Unterstützer  
216 untergraben. Sollte die Ukraine nicht vollständig besiegt und als Staat  
217 ausgelöscht werden, will Russland sie zwingen, russische Bedingungen für eine  
218 vorübergehende Entspannung des Konflikts zu akzeptieren. Dies würde Russland die  
219 Möglichkeit geben, seine Kräfte zu reorganisieren und sich auf eine weitere  
220 Phase des Krieges vorzubereiten.

221 Für uns ist klar: Russland darf diesen Krieg nicht gewinnen, Putin muss  
222 scheitern. Russland muss Verantwortung für den Krieg und seine Kriegsverbrechen  
223 übernehmen. Für die friedliche Zukunft in Europa muss es dem Putin-Russland  
224 verneint werden, diesen Krieg fortzuführen und sein bestehendes diktatorisches  
225 Regime aufrechtzuerhalten. Es liegt in unserem strategischen Interesse, dass  
226 sich das Regime in Russland ändert. Kurzfristig muss daher die militärische und  
227 diplomatische Unterstützung der Ukraine weiter verstärkt werden. Wir setzen uns  
228 für die Verschärfung und verbesserte Wirksamkeit europäischer und  
229 internationaler Sanktionen gegen Russland ein, um die russische Kriegsfähigkeit  
230 zu schwächen und Ressourcen des russischen Staates für seine Kriegswirtschaft  
231 maximal zu beschneiden. Auch mittel- und langfristig setzen wir auf  
232 wirtschaftliche und sicherheitspolitische Maßnahmen, die Russlands militärischen  
233 Sieg verhindern, den ökonomischen Druck auf das Regime erhöhen, unsere eigene  
234 politische und militärische Handlungsfähigkeit durch klare Signale der

235 Entschlossenheit wahren und Verteidigung der westlichen Staaten und ihrer  
236 Partner garantieren.

237 Für strategischen Erfolg braucht es eine noch stärkere wirtschaftliche und  
238 sicherheitspolitische Zusammenarbeit mit engsten Partnern, den liberalen  
239 Demokratien. Es braucht ein öffentliches Verständnis und die breite  
240 gesellschaftliche Unterstützung zur Verteidigung unserer grundlegenden  
241 Prinzipien der regelbasierten Friedensordnung gegen die freiheitsfeindlichen  
242 Akteure unserer Zeit. Das bedeutet auch eine kohärente und intensive  
243 Kommunikation und eine ehrliche Debatte mit der eigenen Bevölkerung. Das  
244 verstehen wir als Herausforderung und Auftrag zugleich.

245 Wir stärken den Frieden weltweit. Während Russland bereit ist, Hunger gezielt  
246 als Waffe einzusetzen und zynisch mit steigenden Kosten für Nahrungsmittel,  
247 Energie und Transport Hunger- und Wirtschaftskrisen zu verschärfen, setzen wir  
248 auf universelle Rechte, starke Institutionen und auf respektvolle und  
249 verlässliche Partnerschaften mit den Ländern des Globalen Südens. Unser  
250 Engagement gilt einer partnerschaftlichen, feministischen, dekolonialen und  
251 nachhaltigen Entwicklungszusammenarbeit, die darauf abzielt, systemische  
252 Ungerechtigkeiten abzubauen. Wir arbeiten unser koloniales Erbe kritisch auf,  
253 statt den russischen Imperialismus zu relativieren und somit kolonialen  
254 Kontinuitäten zu folgen. Dem russischen Ziel einer global geltenden Herrschaft  
255 der Stärke und Gewalt setzen wir einen glaubwürdigen Multilateralismus mit  
256 echter Diplomatie und partnerschaftlicher Zusammenarbeit entgegen.

257 Russlands Imperialismus reicht weit über die Ukraine hinaus. Er bedroht ganz  
258 Osteuropa. Deutschland und die Europäische Union müssen daher noch stärker auf  
259 die demokratischen Kräfte und die lebendigen Zivilgesellschaften setzen und sie  
260 stärken.

261 Putin nutzt Belarus unter Diktator Lukaschenka als Aufmarschgebiet seiner  
262 Truppen und stationiert dort Atomwaffen, die gegen uns gerichtet sind. Wir sehen  
263 friedliebenden Menschen, die durch Terror und Gewalt marginalisiert werden  
264 sollen. Wir stehen fest an der Seite von Swetlana Tichanowskaja und den vielen  
265 mutigen Menschen, die sich unermüdlich für Frieden und Demokratie einsetzen. Die  
266 Freilassung der politischen Gefangenen und die Unterstützung der belarusischen  
267 Demokratiebewegung hat für uns höchste Priorität. Maria Kalesnikowa muss leben.  
268 Ales Bialiatski muss leben. Es darf kein weiterer politischer Gefangener in  
269 belarusischer Haft sterben. Auch die Republik Moldau und Georgien sind seit  
270 langem Ziel von militärischer Aggression und Destabilisierungsversuchen  
271 Russlands. Wir stehen entschlossen zur Souveränität und territorialen Integrität  
272 beider Länder. Wir werden die Republik Moldau und Georgien auf ihrem Weg in die  
273 EU bestmöglich unterstützen, gleichzeitig aber die dafür nötigen Reformen  
274 einfordern. Während die moldauische Präsidentin Maia Sandu ihr Land ambitioniert  
275 in Richtung EU steuert, vollzog die georgische Regierung einen autokratischen  
276 Kurswechsel. Klar ist: Solange in Georgien NGOs und LGBTQAI+ Menschen per Gesetz  
277 diskriminiert werden, kann es keine Fortschritte im EU-Beitrittsprozess des  
278 Landes geben.

279 Für uns steht fest: Russland hat die Chance auf eine bessere Zukunft. Es kann  
280 sich in eine friedliche parlamentarische Demokratie wandeln, eine wahre  
281 Föderation. Wir stehen daher an der Seite der tausenden russischen politischen  
282 Gefangenen, die gegen den Krieg aufbegehren. Ihr Wunsch nach Frieden ist kein



283 Verbrechen. Wir reichen denjenigen Russ\*innen die Hand, die sich glaubwürdig für  
284 ein Ende des Krieges engagieren. Wir bieten eine Heimat für all jene, die sich  
285 für eine demokratische, freie und friedliche Zukunft Russlands engagieren.

286 Wir sind zuversichtlich. Die Entwicklungen seit 1945 beweisen, dass die Achtung  
287 der Würde und Menschenrechte, Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit den  
288 wahren Frieden stiften. Wir stehen dafür, diese Werte – zugleich unsere  
289 wichtigsten Interessen – entschlossen zu verteidigen. Um wahrhaften Frieden zu  
290 gewinnen.

## **weitere Antragsteller\*innen**

Jan Philipp Albrecht (KV Kiel); Janosch Dahmen (KV Ennepe-Ruhr); Agnieszka Brugger (KV Ravensburg); Sebastian Schäfer (KV Esslingen); Katrin Göring-Eckardt (KV Gotha); Chantal Kopf (KV Freiburg); Jamila Schäfer (KV München); Viola von Cramon (KV Göttingen); Sergey Lagodinsky (KV Berlin-Pankow); Sara Nanni (KV Düsseldorf); Anton Hofreiter (KV München-Land); Britta Jacob (KV Dachau); Philip Krämer (KV Darmstadt); Stephan Bischoff (KV Magdeburg); Lukas Benner (KV Aachen); Helge Limburg (KV Holzminden); Maria Anna Tillmann (KV Hochsauerland); Julia Woller (KV Köln); Peter Heilrath (KV München); sowie 87 weitere Antragsteller\*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.

## V-83 Für Klimagerechtigkeit - für ein gutes Leben für alle!

Antragsteller\*in: Kathrin Henneberger (KV Mönchengladbach)  
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

### Antragstext

- 1 Die Klimakrise und die ökologische Krise aufzuhalten, ist eine der zentralsten
- 2 Herausforderungen unserer Zeit. Gleichzeitig müssen wir beobachten, dass der
- 3 gesellschaftliche Rückhalt dafür schwindet. Dieser Realität wollen wir uns
- 4 stellen. Das bedeutet aber nicht, Klima-, Natur- und Umweltschutz nicht mehr zu
- 5 thematisieren, sondern es bedeutet, dass wir die politische Kraft sein müssen,
- 6 die für Klimagerechtigkeit eine neue Dynamik entfacht.
- 7 Gerechtigkeitsfragen sind beim Klimaschutz zu oft in den Hintergrund gerückt. So
- 8 ist eine Verunsicherung entstanden, ob der Klimaschutz auf individueller Ebene
- 9 zu finanziellen Einschränkungen und Jobverlust führt. Diese Sorgen nehmen wir
- 10 sehr ernst. Klimaschutz geht nicht ohne Gerechtigkeit und gleichzeitig ist die
- 11 strukturelle Ungerechtigkeit in diesem Land ein Hindernis, um Klimaschutz
- 12 konsequent umzusetzen.
- 13 Vulnerable Bevölkerungsgruppen sind am stärksten betroffen
- 14 Die Auswirkungen der Klimakrise sind an sich ungerecht, da sie vermögende
- 15 Menschen weniger hart trifft. Die Klimakrise verstärkt die bestehende
- 16 strukturelle Ungerechtigkeit in unserer Gesellschaft. Natürlich tragen so
- 17 Maßnahmen für Klimaschutz an sich schon zur Gerechtigkeit bei. Aber allein bei
- 18 dieser Feststellung können wir nicht stehen bleiben. Auch Maßnahmen zum
- 19 Klimaschutz müssen so gestaltet werden, dass sie zur sozialen Gerechtigkeit
- 20 beitragen, um mehr Menschen hinter dem Ziel des Klimaschutzes zu vereinen.
- 21 In Deutschland, Europa und global sind Menschen, die nicht zu den finanziell
- 22 Vermögenden gehören, stärker von den Folgen der Klimakrise betroffen und
- 23 gleichzeitig sind sie jene, die die Klimakrise am wenigsten verursacht haben.
- 24 Die Klimakrise bringt auch eine Verstärkung von Geschlechterungerechtigkeit:
- 25 Frauen sind anders betroffen als Männer, da sie strukturell weniger Zugang zu
- 26 politischen Entscheidungsstrukturen, Bildung, Arbeit und Landbesitz haben.
- 27 Kinder und Jugendliche haben keine Chance, selbst zu wählen, in welcher Welt sie
- 28 groß werden - aber 1 Milliarde Kinder sind bereits laut UNICEF von der
- 29 Klimakrise extrem stark gefährdet. Die Schäden der Klimakrise für spätere
- 30 Generationen sind viel höher als die Investitionen, die unsere Generation
- 31 leisten muss.
- 32 Desinformationen keine Chance geben
- 33 In den letzten Jahren erleben wir in Deutschland wieder verstärkt die Leugnung
- 34 der menschengemachten Klimakrise, eng verknüpft mit dem aktuellen Rechtsruck.
- 35 Populisten schüren Ängste vor sozialem Abstieg, um unsere Gesellschaft mit einem
- 36 Anti-Klima-Narrativ zu spalten. Die über rechte Medien und Social-Media-Accounts
- 37 geführten Desinformationskampagnen zielen darauf ab, wissenschaftsbasierte
- 38 Politik als „Klima-Sekte“ zu diffamieren und Maßnahmen gegen die Klimakrise als
- 39 „Klimadiktatur“. Auch Menschen aus der Klimawissenschaft werden für ihre Arbeit

40 angegriffen. Dies ist kein Zufall. Dahinter steht der enge Austausch zum einen  
41 mit der rechten und fossil finanzierten Klimaleugnerszene der USA und zum  
42 anderen die enge Verbundenheit mit der russischen Regierung und dem Versuch, in  
43 Europa, besonders auch in Deutschland, einer progressiven grünen Politik  
44 insgesamt zu schaden. Dieser Realität der rechten Angriffe müssen wir uns  
45 stellen und mit unserer Politik für Klimagerechtigkeit in die Offensive gehen.

46 Mit gerechtem Klimaschutz ein gutes Leben für alle aufbauen

47 Klimaschutz ist zu viel auf den individuellen Beitrag von einzelnen reduziert  
48 worden. Die Aussage von Verkehrsminister Wissing, für die fehlende  
49 Emissionsminderung im Verkehrssektor seien die Menschen verantwortlich, die zu  
50 viel Auto fahren, ist Beispiel dafür. Dabei liegt es in seiner Verantwortung,  
51 durch politische Weichenstellungen hin zu öffentlichem Verkehr und  
52 Elektromobilität Emissionssenkungen zu ermöglichen! Auch andere große,  
53 strukturelle Veränderungen, wie zum Beispiel die Herstellung von klimaneutralem  
54 Stahl, liegen überhaupt nicht in der Hand von Individuen. Und der  
55 Handlungsspielraum von Einzelnen wird unweigerlich kleiner, wenn essenzielle  
56 Dinge des Alltags nicht gut funktionieren. Wenn kein Bus fährt, wenn die Bahn zu  
57 spät kommt, wenn das Stromnetz nicht gut ausgebaut ist oder es keinen Anschluss  
58 für ein Nahwärmenetz gibt, wird den Bürger\*innen nicht nur das Leben schwer  
59 gemacht, es wird fast unmöglich klimabewusst zu handeln.

60 Fehlende und zu geringe Investitionen in die Infrastruktur schwächen die  
61 Daseinsvorsorge der Gesellschaft für den Einzelnen. Diese Investitionen sind  
62 mehr als überfällig und müssen in die gleiche Richtung zielen wie der  
63 Klimaschutz: Das Ermöglichen einer guten Lebensführung, ohne dass dabei der  
64 Planet zugrunde gerichtet wird. Unsere Grüne Daseinsvorsorge zielt darauf ab,  
65 dass man einer alleinerziehenden Mutter von zwei Kindern mit eineinhalb Jobs  
66 nicht auch noch den Stress auflädt, sich um den Klimaschutz zu kümmern, sondern  
67 eine Infrastruktur schafft, die das Leben und den Erhalt unserer  
68 Lebensgrundlagen erleichtert. Das gilt für Klimaschutz ebenso wie für Natur- und  
69 Umweltschutz: Die nachhaltige Wahl sollte die einfachste und kostengünstigste  
70 sein. Denn die Kosten für insbesondere die Reinigung verseuchten Grundwassers  
71 oder die Renaturierung zerstörter Ökosysteme, für ausfallende Ernten oder  
72 Krankheitskosten durch Luftverschmutzung tragen wir alle.

73 Konkret bedeutet es, dass bezahlbare Busse, Bahnen und Ruftaxis klimaneutral und  
74 pünktlich auf dem Land und in der Stadt fahren. Es bedeutet, dass Wärmenetze so  
75 ausgebaut werden, dass für Mietende die Heizkostenabrechnungen bewältigbar sind.  
76 Es bedeutet saubere Luft und erreichbare grüne Inseln zur Naherholung und ein  
77 leistungsfähiges Stromnetz, sodass die günstigen Preise für Erneuerbare Energien  
78 auch in Mietshäusern ankommen.

79 Klimaschutz muss, wie andere Aspekte der Daseinsvorsorge, zur kommunalen  
80 Pflichtaufgabe werden. Dadurch wird der Klimaschutz in den Kommunen dauerhaft  
81 finanziert. Maßnahmen der kommunalen Energie-, Verkehrs- und Wärmewende müssen  
82 nicht mehr primär durch Einsparungen an anderer Stelle im kommunalen Haushalt  
83 oder unsichere Förderprogramme finanziert werden.

84 Der Preisvorteil der Erneuerbaren Energien und die gestiegenen Kosten für CO<sub>2</sub>  
85 bringen gerade reiche Haushalte dazu, in E-Autos, Wärmepumpen und Solaranlagen  
86 zu investieren. Dadurch fällt für sie die Mehrbelastung eines hohen CO<sub>2</sub>-Preises  
87 weg. Menschen, die sich solche Investitionen nicht leisten können, können sich

88 auch den CO<sub>2</sub>-Preis nicht leisten. Gerade deshalb brauchen wir schnell ein sozial  
89 gestaffeltes Klimageld.

90 Parallel ist es unsere Aufgabe, eine Politik der sozialen Gerechtigkeit  
91 fortzuführen. Gezielte Klima-Förderprogramme für vulnerable Bevölkerungsgruppen  
92 zu entwickeln, eine solidarische und sozial gerechte Gesellschaft, gute und  
93 gerechte Löhne und eine Umkehr der immer stärker entstehenden Kluft zwischen Arm  
94 und Reich, ist eine Grundbedingung, damit wir Klimaschutz umsetzen können. Die  
95 Transformationsprozesse in der Wirtschaft bedeuten für viele Angestellte Angst  
96 um den Arbeitsplatz, mit einer Garantie durch Um- und Weiterbildungen weiterhin  
97 Arbeit zu haben, wollen wir diese Ängste nehmen. Der gesellschaftliche  
98 Zusammenhalt muss auch durch soziale Klimamaßnahmen gestärkt werden, um auf die  
99 bereits eintreffenden existenziellen Auswirkungen der Klimakrise solidarisch zu  
100 reagieren.

101 Mit Erneuerbaren gerechten Wohlstand schaffen

102 Der Ausbau der Erneuerbaren Energien ist ein großer Erfolg dieser Regierung. Wir  
103 müssen jetzt die Instrumente schaffen, dass die günstigen Stromkosten bei den  
104 Menschen ankommen. Große Unternehmen können sich mit sogenannten Power-Purchase-  
105 Agreements schon jetzt die Vorteile sichern, das muss auch für Bürger\*innen  
106 möglich werden.

107 Durch die soziale Nutzung von Energy-Sharing können gerade Menschen, die unter  
108 Energiearmut leiden, unterstützt werden. Wenn Gemeinden große Solaranlagen auf  
109 Schulen, Sporthallen oder Rathäusern installieren, sollen Menschen, die von  
110 Energiearmut betroffen sind, mit günstigem Strom versorgen. Wenn Flächen für den  
111 Bau von Windkraftanlagen ausgeschrieben werden, soll die günstige Weitergabe  
112 eines Teils der Stromproduktion an Haushalte in der Nähe zur Bedingung gemacht  
113 werden.

114 Eine erfolgreiche gerechte Erneuerbare Energiewende lebt von Teilhabe und  
115 Demokratisierung. Deshalb spielen Bürgerenergiegenossenschaften eine zentrale  
116 Rolle, um eine demokratische Teilhabe von Bürger\*innen direkt an der  
117 Energiewende zu ermöglichen und so die Akzeptanz der Bevölkerung zu erhöhen. Im  
118 Umbau unserer Energie- und Wärmeversorgung spielen die Stadtwerke eine zentrale  
119 Rolle. Bei diesen wollen wir eine Demokratisierung von Entscheidungsprozessen  
120 und Kontrolle stärken, indem mehr partizipative Möglichkeiten für Bürger\*innen  
121 geschaffen werden, um ihre Ideen und Bedürfnisse einzubringen.

122 „Polluters-Pay“ - Die Kosten der Klimakrise müssen die Verschmutzer zahlen

123 Die Verursacher der Klimakrise müssen wieder in den Mittelpunkt gerückt werden.  
124 Die Kosten der Klimakrise steigen ins Unermessliche und werden von der  
125 Allgemeinheit getragen, während die Gewinne privatisiert werden. Das ist ein  
126 zentraler Fehlanreiz, der fossile Geschäftsmodelle am Laufen hält. Statt den  
127 Ausstieg aus den Fossilen zu planen, wie es die Weltgemeinschaft in Dubai  
128 beschlossen hat, wollen Konzerne wie TotalEnergies, Shell, Wintershall neue Öl-  
129 und Gasfelder erschließen. Sie haben in den letzten Jahren Milliarden Gewinne im  
130 fossilen Geschäft mit Öl, Gas und Kohle verzeichnet. Diese zentrale  
131 Ungerechtigkeit müssen wir angehen.

132 Die fossile und CO<sub>2</sub>-intensive Industrie, die die Klimakrise verursacht, muss für  
133 die Schäden bezahlen. Dazu muss eine Übergewinnsteuer für die fossile Industrie  
134 eingeführt und eine Klima-Anpassungsabgabe für Börsengeschäfte mit fossilen

135 Anlagen. Im BundesBergGesetz, das die Entnahme von Öl, Gas und Kohle aus der  
136 Erde in Deutschland regelt, wollen wir eine Extraktionsabgabe direkt bei der  
137 Gewinnung fossiler Brennstoffe etablieren. Es gibt auch in Deutschland viele  
138 Möglichkeiten, die Verschmutzer in die Verantwortung zu nehmen. Diese Maßnahmen  
139 sind notwendig, damit zumindest die Anpassung an die Klimakrise nicht von der  
140 Allgemeinheit finanziert wird, sondern von den Verursachern.

141 Die Gewinne der fossilen Industrie müssen auch international zur Finanzierung  
142 des Klimaschutzes beitragen. Dazu ist die Etablierung einer Abgabe auf den Abbau  
143 und die Förderung von Öl, Gas und Kohle ein notwendiges Instrument. Die Mittel  
144 sollen genutzt werden, um Schäden und Verluste durch die Klimakrise global  
145 bereitzustellen, beispielsweise über den "Fonds for responding to Loss and  
146 Damage (FRLD)". Auf der nächsten Weltklimakonferenz wird ein neues  
147 Klimafinanzierungsziel verhandelt, dieses sowie Maßnahmen zur Entschuldungen von  
148 Staaten und Reformierung von Entwicklungsbanken, müssen sich nach den realen  
149 globalen Finanzbedarfen an Investitionen in Klimaschutz und Resilienz sowie den  
150 Bedarfen mit Blick auf Verlust und Zerstörung durch die Klimakrise richten.

151 Eine weitere Maßnahme, die wir dem Beispiel des US-Bundesstaates Vermont folgend  
152 umsetzen möchten, ist ein Gesetz, das fossile Konzerne in die finanzielle  
153 Verantwortung nimmt, die Kosten der Klimaschäden mitzuübernehmen. Nach dem  
154 Verursacherprinzip soll ermittelt werden, welche fossilen Konzerne in besonders  
155 hohem Maße für Treibhausgasemissionen verantwortlich sind. Genau wird berechnet,  
156 zu welchem Prozentsatz ein fossiles Unternehmen mit seinen  
157 Treibhausgasemissionen zu Klimaschäden im Land beigetragen hat. Die gewonnenen  
158 Gelder sollen verwendet werden, um die Klimafolgen für die Bevölkerung  
159 abzumildern, sowie um in Klimaresilienz und Klimaschutz zu investieren.

160 Fossilen Subventionen sind unter Gerechtigkeitsgesichtspunkten nicht zu  
161 rechtfertigen, sie verschärfen die Klimakrise und helfen den Verschmutzern.  
162 Deshalb bleibt hier der Handlungsdruck hoch. Wir plädieren zum Beispiel für die  
163 Reform des Dienstwagenprivilegs, einer unsozialen Subvention, die vor allem  
164 Gutverdienern das private Fahren von großen, teuren Sprintschluckern vergünstigt.  
165 Wir wollen es so reformieren, dass Handwerker und Landärztinnen, Bauunternehmen  
166 und Außendienst weiterhin Dienstfahrzeuge geltend machen können, die steuerliche  
167 Absetzbarkeit aber gedeckelt und vom auch vom CO<sub>2</sub>-Ausstoß des Autos abhängig  
168 gemacht wird.

169 Das Social Leasing-Modell ist eine sinnvolle Maßnahme, mit der  
170 klimafreundlichere Mobilität auch für kleinere Geldbeutel erschwinglich wird.  
171 Dabei unterstützt der Staat, dass günstige Elektroautos schon ab 100 Euro im  
172 Monat geleast werden können und damit nicht nur für Reiche leistbar sind.  
173 Staatliche Förderung von Klimaschutzmaßnahmen muss auf soziale Gerechtigkeit  
174 ausgelegt sein. Für lebensverlängernde Maßnahmen für Kohle, Öl und Gas, wie es  
175 die CCS-Technologie fast überall ist, gibt es keinen Platz. Sie bremsen den  
176 Ausbau der günstigen Erneuerbaren Energien und sind eine Fehlinvestition von  
177 Steuergeld.

178 Wir wollen eine gerechte Umverteilung. Die Verursacher der Klimakrise zahlen mit  
179 ihren Gewinnen für Schäden sowie den Aufbau einer Gesellschaft, Umwelt und  
180 Wirtschaft, die ein gutes Leben für alle Menschen garantiert.

181 Fossile Rohstoffe im Boden lassen - Klimakatastrophe abwenden

182 Auf der Weltklimakonferenz hat die Weltgemeinschaft ihre Abkehr von Fossilen  
183 beschlossen. Dies gilt es nun umzusetzen, mit globaler, bi- und multilateraler  
184 Zusammenarbeit und der Entwicklung eines bindenden Abkommens zum Ausstieg aus  
185 den Fossilen. Aktuelle Finanzierung und Aufbau neuer fossiler Infrastruktur  
186 sowie die Neuerschließung von fossilen Lagerstätten widersprechen der „Abkehr  
187 von Fossilen“. Dies gilt beispielsweise für die von TotalEnergies durchgeführte  
188 Erschließung der Ölvorkommen am Albert See in Uganda oder die Erschließung neuer  
189 Gasfelder durch den Konzern One-Dyas vor der Nordseeinsel Borkum. Es darf zu  
190 keiner Neuerschließung fossiler Lagerstätten kommen, da sie dem dringenden  
191 Ausstieg aus Öl, Gas und Kohle entgegenstehen. In Deutschland müssen wir hierfür  
192 unsere Gesetze modernisieren. Das BundesBergGesetz bedarf einer dringenden  
193 Reformierung mit dem Ziel, Neuerschließungen aufgrund ihrer negativen  
194 Klimawirksamkeit zu untersagen und aktuelle Förderungen an die Einhaltung der  
195 deutschen Klimaziele anzupassen.

196 Doch über dem Kampf gegen die Klimakrise und dem Bemühen, unser Leben und unsere  
197 Infrastruktur an die Folgen der Erderhitzung anzupassen dürfen wir die anderen  
198 großen ökologischen Krisen nicht vergessen. Am kritischsten ist der Verlust der  
199 Biodiversität. Die Forscherinnen und Forscher haben auch die Ursachen des  
200 Artensterbens klar benannt: intensive Landwirtschaft, Versiegelung, Schadstoffe,  
201 invasive Arten. Wenn die Bodenfruchtbarkeit beispielsweise immer weiter zurück  
202 geht, werden Lebensmittel unausweichlich teurer. Deshalb ist Naturschutz eine  
203 zutiefst soziale Aufgabe.

204 Die dritte große ökologische Krise wird vergleichsweise harmlos mit  
205 „Umweltverschmutzung“ umschrieben. Dabei handelt es sich um den massiven Eintrag  
206 menschengemachter Substanzen in unsere Umwelt. Mikroplastik findet sich an den  
207 Polen und in der Tiefsee, in unserer Atemluft und unseren Blutgefäßen. Der  
208 Verkehr verursacht noch immer so viele gesundheitsschädliche Schadstoffe, dass  
209 die empfohlenen Grenzwerte der Weltgesundheitsorganisation auch auf mittlere  
210 Sicht kaum einzuhalten sind. Unsere derzeitige Industrieproduktion und die  
211 intensive Landwirtschaft sind elementar mit der Freisetzung teils giftiger,  
212 krebserzeugender oder extrem langlebiger Chemikalien verbunden. Diesen  
213 Chemikalien sind wir alle ausgesetzt, aber die am stärksten belasteten Straßen,  
214 Städte und Regionen werden in der Regel von ärmeren Menschen bewohnt. Arbeiten,  
215 bei denen man gefährlichen Substanzen ausgesetzt ist, werden in der Regel auch  
216 nicht von wohlhabenden Menschen durchgeführt. Das sind auch diejenigen, die sich  
217 die effektive Behandlung gesundheitlicher Folgen am wenigsten leisten können.  
218 Deshalb ist auch Umweltschutz eine zutiefst soziale Aufgabe.

219 Es ist die Aufgabe unserer Partei, einen neuen Rückhalt für Umwelt-, Natur und  
220 Klimagerechtigkeit zu erzeugen. Das gelingt nur, wenn wir diese Themen mit der  
221 sozialen Gerechtigkeit zusammen denken. Dafür muss auch eine neue Dynamik in der  
222 Gesellschaft selbst entstehen. Diese können wir nicht allein entfachen, das  
223 geht, wenn wir zusammen mit der Zivilgesellschaft, den Gewerkschaften, mit  
224 unseren Verbündeten in den Verbänden und vor Ort, mit den Kirchen, mit  
225 Handwerker\*innen für die Umsetzung der Energiewende und mit den progressiven  
226 Unternehmen uns koordinieren und an einem Strang ziehen. Klimagerechtigkeit ist  
227 kein Thema für die Nische, sondern das bestimmende Thema unserer Zeit.

228 Aktuell sind wir bereits dabei, die 1,5-Grad-Grenze des Anstiegs der globalen  
229 Durchschnittstemperatur zu überschreiten und damit die Wahrscheinlichkeit der  
230 Überschreitung von Kipppunkten unseres globalen Klimasystems. Die Zeit, in der

- 231 wir noch die Möglichkeit haben, eine Zukunft ohne Klimakatastrophe aufzubauen,  
232 läuft uns davon. Jetzt kommt es auf uns an!

## **weitere Antragsteller\*innen**

Michael Bloss (KV Stuttgart); Tim Bühler (KV Stuttgart); Philipp Bruck (KV Bremen Links der Weser (LdW); Jutta Paulus (KV Neustadt-Weinstraße); Sebastian Lützow (KV Bayreuth-Stadt); Anna Cavazzini (KV Chemnitz); Jan Schmid (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Fynn Rubehn (KV Böblingen); Rasmus Andresen (KV Flensburg); Johannes Mihram (KV Berlin-Mitte); Ska Keller (KV Potsdam-Mittelmark); Daniela Wannemacher (KV Berlin-Neukölln); Ocean Renner (KV Nordfriesland); Katharina Meixner (KV Frankfurt); Moritz Fritz (KV Emmendingen); Christoph Lorenz (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Alexander Rodatos (KV Bamberg-Stadt); Sebastian Karg (KV Schwäbisch Hall); Lisa-Maria Weigert (KV Reutlingen); sowie 99 weitere Antragsteller\*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.

**V-84** Die Eskalationsspirale durchbrechen - Komplexität und Verantwortung im Nahostkonflikt und in der Nahost-Debatte in Deutschland.

Antragsteller\*in: Daniel Eliasson (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf)  
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

## Antragstext

1 In Deutschland erleben wir gegenwärtig, wie der Nahostkonflikt auch hier zu  
2 intensiven Debatten führt und das gesellschaftliche Klima beeinflusst. Die  
3 Auseinandersetzungen sind oft von starken Emotionen geprägt und bergen die  
4 Gefahr, bestehende gesellschaftliche Spannungen zu verstärken. Die Anschläge vom  
5 7. Oktober 2023 haben in Deutschland zu Recht großes Entsetzen hervorgerufen und  
6 uns als Gesellschaft daran erinnert, dass die Sicherheit von Jüdinnen und Juden  
7 nie selbstverständlich ist und Tag für Tag erkämpft werden muss. In diesem  
8 Zusammenhang bekennen wir uns klar zum Existenzrecht Israels, das eine  
9 grundlegende Voraussetzung für die Sicherheit der jüdischen Gemeinschaft  
10 weltweit und den Schutz vor antisemitischen Übergriffen darstellt. Dieser  
11 Angriff hat Jüdinnen und Juden weltweit – und damit auch Hunderttausende  
12 Menschen in Deutschland – in Angst versetzt. Gleichzeitig leben in Deutschland  
13 ebenfalls Hunderttausende Menschen mit familiären, freundschaftlichen und  
14 emotionalen Verbindungen in die palästinensischen Gebiete und die gesamte  
15 umliegende Region. Sie sorgen sich genauso um ihre Angehörigen und Freunde im  
16 Gazastreifen, in der Westbank und im Libanon, sie empfinden Trauer um die Opfer  
17 der Angriffe und bangen um ihre Liebsten.

18 Unsere vielfältige Gesellschaft ist damit in vielerlei Hinsicht tief verwoben  
19 mit dem Schmerz und dem Leid dieser Region. Es ist daher unerlässlich, diesen  
20 Schmerz in all seinen Facetten anzuerkennen und ihm Raum in der Öffentlichkeit  
21 zu geben – unabhängig davon, ob er aus einer jüdischen, palästinensischen oder  
22 anderen Perspektive empfunden wird, unabhängig davon, wie wir politisch auf die  
23 zugrunde liegenden Konflikte blicken. Ein Blick auf den Libanon zeigt uns, wie  
24 eine Gesellschaft, die durch Vielfalt geprägt ist, auch durch Konflikte  
25 zerrissen werden kann. Es bleibt unsere gemeinsame Aufgabe, aufeinander  
26 zuzugehen, Brücken zu bauen und auch in schwierigen Zeiten Raum für  
27 gegenseitiges Verständnis zu schaffen.

28 Als Bündnis 90/Die Grünen möchten wir unserer Verantwortung gerecht werden und  
29 einen Beitrag dazu leisten, dass unterschiedliche Perspektiven gehört und  
30 respektiert werden. Wir stehen für eine Politik, die auf den Grundwerten der  
31 Menschenrechte, des Völkerrechts und der Demokratie basiert. Es geht darum,  
32 Räume zu schaffen, in denen ein offener und konstruktiver Austausch möglich ist  
33 – ohne Vorurteile und Ausgrenzung.

34 Wir sehen die Notwendigkeit, einen Umgang mit dem Nahostkonflikt zu entwickeln,  
35 der der Komplexität der Situation gerecht wird und zugleich unsere eigenen  
36 gesellschaftlichen Herausforderungen berücksichtigt. Durch Förderung von  
37 interkulturellem und interreligiösem Dialog wollen wir Brücken bauen und  
38 Radikalisierungstendenzen entgegenwirken. Bildung und Aufklärung spielen dabei  
39 eine zentrale Rolle, um Verständnis zu fördern und Vorurteile abzubauen.



40 Unser Ziel ist es, auch hier durch respektvollen Dialog und Zusammenarbeit  
41 Lösungen zu erarbeiten. Indem wir auch hier den gesellschaftlichen Zusammenhalt  
42 in den Mittelpunkt stellen, können wir zu einer friedlicheren und gerechteren  
43 Zukunft beitragen.

44 1. Klare Haltung im Nahostkonflikt und Förderung des gesellschaftlichen Dialogs:

45 Wir bekennen uns zu einer differenzierten, völkerrechtsbasierten und  
46 menschenrechtsorientierten Positionierung im Nahostkonflikt. Wir setzen uns  
47 dafür ein, dass in Deutschland Räume geschaffen und erhalten werden, die einen  
48 offenen, respektvollen und konstruktiven Dialog zwischen verschiedenen  
49 gesellschaftlichen Gruppen ermöglichen. Dabei ist es von besonderer Bedeutung,  
50 Radikalisierungstendenzen entgegenzuwirken und den gesellschaftlichen  
51 Zusammenhalt zu stärken. Dies beinhaltet die Förderung von Initiativen, die den  
52 interkulturellen und interreligiösen Austausch unterstützen und Vorurteile  
53 abbauen. Auch öffentliche Räume wie Bürgerhäuser, Theater und Hochschulen müssen  
54 diesen Dialog ermöglichen.

55 2. Für Frieden und Gerechtigkeit - Ablehnung von Gewalt, Forderung nach  
56 Deeskalation und Stärkung humanitärer Hilfe:

57 Wir verurteilen entschieden die grausamen Angriffe der Hamas vom 7. Oktober  
58 2023, die durch wahllose Gewalt gegen Zivilist\*innen in Israel, durch Morde und  
59 Entführungen gekennzeichnet waren. Wir fordern die internationale Gemeinschaft  
60 eindringlich auf, die Hamas zur Rechenschaft zu ziehen und dringen auf die  
61 sofortige Freilassung aller Geiseln aus ihren Händen. Das  
62 Vorgehen der israelischen Streitkräfte im Gazastreifen beobachten wir jedoch mit  
63 großer Besorgnis und unterstützen ausdrücklich eine unabhängige Untersuchung  
64 möglicher

65 Völkerrechtsverletzungen und Kriegsverbrechen, zumal die israelische Regierung  
66 eine unabhängige Aufarbeitung des Hamas-Angriffs und des darauf folgenden  
67 Krieges blockiert. Die fortgesetzte Siedlungspolitik und die Besatzung der  
68 Westbank sowie die Gewalt durch radikale Siedler\*innen gegen palästinensische  
69 Zivilist\*innen müssen sofort beendet werden, da sie nicht nur völkerrechtswidrig  
70 sind, sondern auch ein Hindernis für den Frieden in der Region darstellen. Die  
71 gegenwärtige Politik der israelischen Regierung gefährdet die langfristige  
72 Sicherheit der israelischen Bürger\*innen, da sie zu einer Eskalation der Gewalt  
73 beiträgt und die Chance auf eine dauerhafte Friedenslösung untergräbt.

74 Anhaltende Sicherheit für Israelis wird  
75 nur möglich sein, wenn es auch anhaltende Sicherheit für Palästinenser\*innen  
76 gibt, und umgekehrt. Daher geben wir die Suche nach einer politischen Vision  
77 nicht auf, in der beide Völker friedlich Seite an Seite in zwei Staaten leben.

78 Angesichts der akuten humanitären Krise im Gazastreifen ist die sofortige  
79 Bereitstellung umfassender Hilfe von größter Dringlichkeit. Die UNRWA leistet  
80 durch ihre Arbeit in den Bereichen Bildung, Gesundheitsversorgung und soziale  
81 Dienste einen unverzichtbaren Beitrag. Es gibt derzeit keine  
82 Alternativstrukturen, die diese Aufgaben übernehmen können. Ein Ende oder eine  
83 Unterfinanzierung der UNRWA würde zur Destabilisierung der gesamten Region  
84 führen und auch wichtige Partner wie Jordanien beeinträchtigen. Wir setzen uns  
85 nachdrücklich für eine angemessene Finanzierung der UNRWA ein. Gleichzeitig ist  
86 es entscheidend, die Organisation vor extremistischen Einflüssen zu schützen und  
87 ihre Integrität zu wahren. Wir setzen uns deshalb entschieden dafür ein, die

88 Kontrollmechanismen und Einstellungsprozesse innerhalb der UNRWA weiter zu  
89 verbessern, um die Integrität der Organisation zu stärken und sie vor  
90 unerwünschten Einflüssen zu schützen.

91 3. Verteidigung der völkerrechtsbasierten Ordnung und internationaler  
92 Institutionen:

93 Wir bekräftigen unser Bekenntnis zu einer Politik, die fest auf den Grundwerten  
94 der universellen Menschenrechte, der Demokratie und des Völkerrechts basiert.  
95 Die Vereinten Nationen und deren Institutionen, insbesondere der Internationale  
96 Gerichtshof und der Internationale Strafgerichtshof, sind zentrale Säulen einer  
97 völkerrechtsbasierten Ordnung und müssen von uns gegen Angriffe verteidigt  
98 werden. Wir verpflichten uns, in unserer Außenpolitik eine faktenbasierte,  
99 menschenrechtsorientierte und regelbasierte Herangehensweise zu verfolgen, um  
100 den Frieden und die Freiheit in Gegenwart und Zukunft zu bewahren.

101 4. Differenzierte Definition von Antisemitismus:

102 Antisemitismus bedroht uns alle – er vergiftet das gesellschaftliche  
103 Miteinander, untergräbt die Grundlagen von Demokratie und Menschenrechten, das  
104 Fundament für unser Zusammenleben in Deutschland und unsere historische  
105 Verantwortung für die Sicherheit von Jüdinnen und Juden, der wir gerecht werden  
106 wollen und müssen. Aus diesem Grund setzen wir uns entschlossen gegen jede Form  
107 von Antisemitismus ein. In einer Zeit, in der Hass und Ausgrenzung zunehmen, ist  
108 es unsere gemeinsame Aufgabe, antisemitischen Tendenzen aktiv entgegenzutreten  
109 und sie klar zu benennen. Um dieses Ziel wirksam zu verfolgen, sprechen wir uns  
110 für eine differenzierte Handhabung von Antisemitismusdefinitionen aus. Die nicht  
111 rechtsverbindliche Arbeitsdefinition von Antisemitismus der International  
112 Holocaust Remembrance Alliance (IHRA-Definition) ist international weit  
113 verbreitet. Wir sehen aber die Notwendigkeit, auch weitere Definitionen wie die  
114 Jerusalem Declaration on Antisemitism (JDA) oder das Nexus-Dokument zu  
115 berücksichtigen. Diese ermöglichen es besser, zwischen antisemitischen Aussagen  
116 und legitimer Kritik an der israelischen Regierungspolitik klar zu  
117 unterscheiden, ohne antisemitische Tendenzen zu verharmlosen oder die  
118 Meinungsfreiheit unangemessen einzuschränken.

119 5. Schutz der Wissenschaftsfreiheit:

120 Wir fordern die Wahrung der Wissenschaftsfreiheit als unverzichtbaren  
121 Grundpfeiler einer lebendigen Demokratie. Nur eine freie Wissenschaft kann die  
122 technischen und sozialen Innovationen hervorbringen, auf die wir als  
123 Industrieland angewiesen sind. Nur sie kann der Rahmen für ein Nachdenken und  
124 eine Reflexion unseres Denkens und Fühlens sein. Dazu gehört es, Ideen,  
125 Meinungen und Gedanken zuzulassen, die anstößig, ungewöhnlich oder marginal  
126 erscheinen. Staatliche Eingriffe oder administrativer Druck, die darauf  
127 abzielen, kritische wissenschaftliche Diskurse unangemessen zu beschränken,  
128 Wissenschaftler\*innen aufgrund politischer Ansichten von Förderung  
129 auszuschließen oder sie zu sanktionieren, schaden uns als Gesellschaft. Das gilt  
130 besonders angesichts der Tatsache, dass unsere Hochschulen und  
131 Wissenschaftseinrichtungen international weitreichend vernetzt sind. Wir  
132 brauchen die Zusammenarbeit, den Dialog und auch die Auseinandersetzung mit  
133 Wissenschaftler\*innen aus Südafrika ebenso wie aus Israel, aus den USA ebenso  
134 wie aus China. Deshalb ist klar, dass wir Boykottaufrufen gegen jüdische oder  
135 israelische Wissenschaftler\*innen aufs strengste entgegentreten. Denn wir treten

136 dafür ein, dass wir offene Gespräche über den Nahostkonflikt, Kolonialismus und  
137 globale Gerechtigkeit führen können - aus unterschiedlichsten Perspektiven.

138 6. Demut als Teil unserer historischen Verantwortung:

139 Die Verteidigung der Wissenschaftsfreiheit ist untrennbar mit unserer  
140 historischen Verantwortung verbunden. Deutschland hat aus den Verbrechen des  
141 Nationalsozialismus gelernt. Mutige Persönlichkeiten aus Politik, Verwaltung,  
142 Justiz und Zivilgesellschaft haben seit Ende des Zweiten Weltkriegs, oft gegen  
143 erhebliche Widerstände, durchgesetzt, dass Deutschland sich seiner einzigartigen  
144 Verantwortung stellt: Täter\*innen der Shoah wurden juristisch zur Rechenschaft  
145 gezogen, Opfer entschädigt, das Gedenken fester Teil des öffentlichen Raums, und  
146 das Wissen um die Verbrechen des Nationalsozialismus ist integraler Bestandteil  
147 unserer Bildungspläne. Darauf können wir zu Recht stolz sein. Dieser Stolz muss  
148 aber auch anerkennen, dass diese Errungenschaften keinesfalls eine  
149 Selbstverständlichkeit waren, dass Täter\*innen viel zu lang in hohen Ämtern  
150 saßen, dass die Profiteure von Arisierungen und Kollaboration deren Früchte  
151 oftmals allzu sicher behalten durften. Heute, wo diese Errungenschaften fester  
152 Teil der politischen Mitte sind, werden sie von einer wachsenden Zahl von  
153 Menschen, vor allem von Rechtsaußen, wieder in Frage gestellt.

154 Aus dem Wissen um die singulären Verbrechen der NS-Zeit und die Geschichte der  
155 deutschen Erinnerungskultur sollten wir daher eine Haltung der Demut und nicht  
156 der Überheblichkeit ableiten. Wir können mit ihren Errungenschaften  
157 selbstbewusst weltweit auftreten, wir können Vorbild und Orientierung sein.  
158 Zugleich müssen wir in den Dialog mit denjenigen treten, deren historische  
159 Erfahrungen sie zu anderen Perspektiven und Begrifflichkeiten im Umgang mit  
160 globaler Gewaltgeschichte geführt haben. Die Grundlagen dieses Dialogs sind für  
161 uns klar: Die unbedingte Achtung der Menschenwürde, die Anerkennung der Shoah  
162 als Menschheitsverbrechen, eine klare Orientierung an Menschenrechten und  
163 Völkerrecht.

164 7. Schutz der Versammlungs- und Meinungsfreiheit:

165 Das Grundrecht auf Versammlungs- und Meinungsfreiheit ist selbstverständlich  
166 auch in der aktuellen, angespannten Lage verbrieft – unter der Bedingung, dass  
167 Demonstrationen angemeldet werden, friedlich verlaufen und die Bestimmungen des  
168 Strafrechts eingehalten werden. Dass bei Demonstrationen auch Meinungen und  
169 Standpunkte vertreten werden, die für viele an die Grenzen des Erträglichen  
170 gehen, muss eine Demokratie aushalten. Das gilt auch für die hier lebenden  
171 Palästinenser\*innen sowie das Recht auf friedliche Demonstration und  
172 Solidarisierung mit der Zivilbevölkerung im Gazastreifen, im Westjordanland und  
173 im Libanon im Rahmen der geltenden Gesetze, nicht aber für öffentliche Aufrufe  
174 zu Terror, für Terrororganisationen oder Antisemitismus.

175 8. Weiterentwicklung der Erinnerungskultur, Stärkung der Präventions- und  
176 Bildungsarbeit:

177 Wir setzen uns für eine inklusive und plurale Erinnerungskultur ein, die die  
178 vielfältigen Erfahrungen und Geschichten einer Einwanderungsgesellschaft  
179 berücksichtigt, ohne die einzigartige Bedeutung der Shoah zu relativieren. Die  
180 deutsche Kolonialgeschichte sowie aktuelle Formen von Rassismus, Antisemitismus  
181 und Diskriminierung müssen stärker in den Fokus der Erinnerungsarbeit rücken.  
182 Die Errichtung neuer Gedenk- und Lernorte, die all diese Themen aufgreifen, soll

183 gefördert werden, um das öffentliche Bewusstsein zu schärfen und den  
184 gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken. Diese neuen Orte dürfen ausdrücklich  
185 nicht auf Kosten der bewährten Erinnerungsarbeit an die Shoah und deren  
186 Weiterentwicklung gehen.

187 Zugleich plädieren wir für eine verstärkte pädagogische Präventionsarbeit gegen  
188 alle Formen von Diskriminierung und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit.  
189 Angesichts des grassierenden antimuslimischen Rassismus in unserer Gesellschaft  
190 sehen wir es als besonders dringlich an, diese Form der Diskriminierung klar zu  
191 benennen und aktiv dagegen vorzugehen. Bildungseinrichtungen sollen systematisch  
192 Themen wie Antisemitismus, antimuslimischen Rassismus, Kolonialgeschichte und  
193 weitere Aspekte von Diskriminierung in ihren Lehrplänen verankern. Wir fordern  
194 die Förderung von Projekten, die den interkulturellen und interreligiösen Dialog  
195 unterstützen und Extremismusprävention als integralen Bestandteil der  
196 Bildungsarbeit verankern. Die Vielfalt und Unabhängigkeit der Trägerlandschaft  
197 in Bildungs- und Präventionsarbeit muss erhalten und nachhaltig gefördert  
198 werden, um der zunehmenden Polarisierung entgegenzuwirken und die demokratische  
199 Resilienz zu stärken.

200 9. Erweiterung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG):

201 Wir fordern eine Reform des AGG, um die Diskriminierungstatbestände um die  
202 Merkmale Staatsbürgerschaft und Staatenlosigkeit zu erweitern. Dies ist  
203 notwendig, um allen in Deutschland lebenden Menschen einen umfassenden  
204 rechtlichen Schutz vor Diskriminierung zu bieten, unabhängig von ihrem  
205 rechtlichen Status. Zum Beispiel würden israelische Staatsbürger\*innen ,  
206 palästinensische Staatenlose und andere Betroffene von dieser Erweiterung  
207 profitieren, da sie derzeit nicht ausreichend vor Diskriminierung geschützt  
208 sind. Zudem soll die Antidiskriminierungsstelle des Bundes gestärkt werden, um  
209 Betroffenen effektive Unterstützung zu gewährleisten und strukturelle  
210 Diskriminierungen wirksam anzugehen.

## weitere Antragsteller\*innen

Sonja Regler (KV Berlin-Mitte); Tarek Al-Wazir (KV Offenbach-Stadt); Tobias Bacherle (KV Böblingen); Margarete Bause (KV München); Nina Stahr (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Jan-Bauke Baumann (KV Osterholz); Misbah Khan (KV Bad Dürkheim); Boris Mijatovic (KV Kassel-Stadt); Steffen Hagemann (KV Kaiserslautern); Awet Tesfaiesus (KV Kassel-Stadt); Henrik Rubner (KV Berlin-Kreisfrei); Gertrud Amrein (KV Frankfurt); Mogdeh Töbelmann (KV Diepholz); Johanna Martens (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Gülsah Bayar (KV Berlin-Mitte); Elisabeth Amrein (KV Frankfurt); Marcel Dickow (KV Berlin-Mitte); Dominik Reich (KV Berlin-Neukölln); Asena Baykal (KV Berlin-Mitte); sowie 69 weitere Antragsteller\*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.

## V-85 Bundesdenkmal zur Erinnerung an die Opfer sexualisierter Gewalt in Kriegen

Antragsteller\*in: Stefanie Remlinger (KV Berlin-Mitte)  
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

### Antragstext

- 1 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordert die Bundestagsfraktion dazu auf, einen Antrag für  
2 ein Denkmal zur Erinnerung an die Opfer sexualisierter Gewalt in Kriegen  
3 einzubringen und fraktionsübergreifend im Deutschen Bundestag zu beraten. Das  
4 Konzept soll in enger Abstimmung mit der Beauftragten der Bundesregierung für  
5 Kultur und Medien, dem Auswärtigen Amt und der Zivilgesellschaft erarbeitet  
6 werden. Außerdem soll die Forschung zu Häufigkeit, Ursachen und Folgen von  
7 sexualisierter Gewalt gegen Frauen in Kriegen durch die Bundesregierung stärker  
8 gefördert und in anderen erinnerungspolitischen Projekten zu Kriegsgewalt, wie  
9 etwa dem geplanten Dokumentationszentrum für die Opfer des (deutschen)  
10 Vernichtungskrieges, berücksichtigt werden. Auch die tiefen Traumata der nach  
11 Deutschland Migrierten bzw. Geflüchteten sollen in unserem kollektiven  
12 Gedächtnis angemessene Berücksichtigung finden.

### Begründung

In unserer Erinnerungspolitik findet ein Thema bislang so gut wie überhaupt keine Beachtung: Die sexualisierte Gewalt gegen Frauen in kriegesischen Konflikten. In ausnahmslos allen Kriegen wird sexualisierte Gewalt verübt. Das Deutsche Heer im Kaiserreich, die Wehrmacht im Nationalsozialismus und weitere Militärs haben im Lauf der Geschichte weltweit sexualisierte Gewalt in Kriegen verübt. Und auch heute, aktuell in der Ukraine, in Nahost ist diese sexualisierte Gewalt als Teil von Kriegen zu beobachten. Meist handelt es sich um männliche Soldaten, die weibliche Zivilistinnen vergewaltigen. Dabei sind Häufigkeit und Ursachen des Auftretens kaum dokumentiert und die Folgen für die Opfer wenig erforscht. Außerdem gibt es, abgesehen von zivilgesellschaftlichen Initiativen, keinen zentralen Gedenkort. All das muss sich ändern.

Der Deutsche Bundestag kann in erinnerungspolitischen Debatten von nationaler Bedeutung ein Signal gegen das Vergessen senden: Ein Beschluss zur Errichtung eines Bundesdenkmals. Bekannte Beispiele in Berlin-Mitte sind das Denkmal für die ermordeten Juden Europas ([1999](#)), das Denkmal für im Nationalsozialismus verfolgten Homosexuellen ([2003](#)) sowie das noch nicht realisierte Mahnmal für die Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft in Deutschland ([2019](#)). Hierfür haben sich die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien, das Land Berlin und der Bezirk Mitte [kürzlich](#) auf einen Standort verständigt, nächstes Jahr soll ein öffentlicher Gestaltungswettbewerb finanziert werden. Ein Denkmal gegen die sexualisierte Gewalt gegen Frauen in Kriegen und die intensiverte wissenschaftliche Forschung sollen ein Beitrag dazu sein, dass über diese Verbrechen nicht weiterhin regelmäßig der Mantel des Schweigens und Vergessens gebreitet wird. Vielmehr muss die Ächtung und Ahndung dieser Verbrechen verstärkt und dadurch auch ein Beitrag zur Prävention geleistet werden.

### weitere Antragsteller\*innen

Christopher Schriner (KV Berlin-Mitte); Timur Ohloff (KV Berlin-Mitte); Lara Liese (KV Berlin-Mitte); Madlen Ehrlich (KV Berlin-Mitte); Taylan Kurt (KV Berlin-Mitte); Florian Maaß (KV Berlin-Mitte); Tarek

Massalme (KV Berlin-Mitte); Stephan von Dassel (KV Berlin-Mitte); Katja Zimmermann (KV Berlin-Mitte); Lillemor Mallau (KV Berlin-Pankow); Jian Omar (KV Berlin-Mitte); Tom Gürtler (KV Gotha); Hanna Steinmüller (KV Berlin-Mitte); Dennis Franz (KV Berlin-Pankow); Matthias Kaiser (KV Gotha); Yasemin Derviscemallioglu (KV Berlin-Mitte); Pia Tischer (KV Gotha); Klaus Pocher (KV Berlin-Pankow); Dirk Jordan (KV Berlin-Kreisfrei); sowie 57 weitere Antragsteller\*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.

## V-87 Zuckerbrot statt Peitsche - für ein Bürgergeld 2.0

Antragsteller\*in: Eva Günthner (KV Bamberg-Land)  
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

### Antragstext

Das Bürgergeld sollte eigentlich die lange überfällige Reform des Arbeitslosengeldes II, besser bekannt als Hartz-IV, sein. Von dieser Reform blieb am Ende nur der Name und sie wird dadurch unseren Ansprüchen nicht gererecht. Es ist wichtig und richtig das Bürgergeld - auch im Sinne unseres grünen Grundsatzprogrammes - sozial gerecht und zukunftsfähig weiterzuentwickeln. So steht in unserem Grundsatzprogramm:

„Jeder Mensch hat das Recht auf soziale Teilhabe, auf ein würdevolles Leben ohne Existenzangst. Deswegen überwinden wir Hartz IV und ersetzen es durch eine Garantiesicherung. Sie schützt vor Armut und garantiert ohne Sanktionen das soziokulturelle Existenzminimum. So macht sie Menschen in Zeiten des Wandels stark und eröffnet Chancen und Perspektiven für ein selbstbestimmtes Leben.“

Unser Ziel ist es, das Bürgergeld so umzugestalten, dass die Grundsicherung garantiert ist und die Förderung der Einzelnen im Vordergrund steht. Wir brauchen in wirtschaftlich unsicheren Zeiten ein soziales Auffangnetz. Dies stärkt dauerhaft unsere Demokratie. Dafür braucht es Entbürokratisierung und gezielte Maßnahmen, welche die Selbstbestimmung und gesellschaftliche Teilhabe in allen Bereichen fördern.

Wir fordern daher:

#### 1. Ein Ende der Sanktionspraktik hin zu Förderungsmechanismen

Statt Menschen in einer oft finanziell wie psychisch belastenden Situation Auflagen zu geben, die sie erfüllen müssen, um ihr Existenzminimum zu sichern, möchten wir diesen Menschen Sicherheit bieten. Dieses Existenzminimum darf nicht unterschritten werden! Wir sanktionieren nicht mehr durch Kürzungen der Leistungen, sondern fördern das persönliche Engagement und die Bemühungen, wieder in die Erwerbsarbeit zu kommen. So werden Leistungssteigerungen zum Beispiel mit dem Schreiben von Bewerbungen oder mit der Teilnahme an Weiterbildungen verbunden. Es gibt keine Leistungskürzungen mehr, sondern Leistungssteigerungen!

#### 2. Bürgergeldanträge barrierefrei und in einfacher Sprache

Das Stellen des Antrags darf keine eigene Wissenschaft sein. Dies diskriminiert nicht nur Menschen mit Behinderungen, sondern am Ende auch jeden Menschen, der Bürokratie als Sprache nicht beherrscht. Im Sinne der Inklusion ist es längst überfällig, dass es alle Anträge und Merkblätter in einfacher und barrierefreier Sprache gibt.

#### 3. Mehr fördern, statt nur fordern

Grundsätzlich muss es für alle die Möglichkeit geben, sich angemessen fort- und weiterzubilden. Auch und gerade für Bürgergeldempfänger\*innen. Es soll nicht unterschieden werden, wer es wert ist, gefördert zu werden, und wer nicht. Alle

39 müssen und sollen die gleiche Chance bekommen, sich ein Leben lang  
40 weiterzuqualifizieren, um nachhaltig in Arbeit kommen zu können.

41 Das Grundsatzurteil des Bundesverfassungsgerichts bestätigt in seinem Urteil vom  
42 5. November 2019, dass das Existenzminimum vom Grundgesetz geschützt ist und  
43 eine Sanktionierung von Hilfebürftigen unter das Existenzminimum  
44 verfassungswidrig ist. Dementsprechend unterstützt das Bundesverfassungsgericht  
45 unseren Antrag in einem elementaren Punkt: Das Bürgergeld muss das  
46 Existenzminimum sichern!

47 [https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Entscheidungen/DE/2019/11/ls2-](https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Entscheidungen/DE/2019/11/ls2-0191105_1bvl000716.html)  
48 [0191105\\_1bvl000716.html](https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Entscheidungen/DE/2019/11/ls2-0191105_1bvl000716.html)

## Begründung

Ein Bürgergeld, das auf Förderung statt auf Sanktionen setzt, bietet eine Reihe von Vorteilen, die sowohl individuell als auch gesellschaftlich von Bedeutung sind:

1. Erhalt der Würde und Motivation: Sanktionen können die Würde und das Selbstwertgefühl der Betroffenen stark beeinträchtigen. Ein förderndes System hingegen stärkt das Selbstvertrauen und motiviert die Menschen, aktiv an ihrer Lebenssituation zu arbeiten. Die Anerkennung von Anstrengungen und die Unterstützung bei der Überwindung von Schwierigkeiten fördern die intrinsische Motivation.
2. Verbesserte soziale Teilhabe: Förderung ermöglicht es den Menschen, besser an der Gesellschaft teilzuhaben. Durch Bildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen, die gefördert und nicht erzwungen werden, können Menschen ihre Fähigkeiten erweitern und ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt verbessern. Das führt langfristig zu einer stärkeren Integration und reduziert soziale Ausgrenzung.
3. Langfristige Perspektiven statt kurzfristiger Lösungen: Ein förderndes Bürgergeld setzt auf langfristige Unterstützung, die Menschen nachhaltig aus Armut und Arbeitslosigkeit führen kann. Anstatt kurzfristig auf Druckmittel zu setzen, wird der Fokus auf Maßnahmen gelegt, die den Betroffenen helfen, stabile Lebensgrundlagen zu schaffen.
4. Verminderung von Stress und psychischen Belastungen: Sanktionen erzeugen oft erheblichen Stress und Druck, der sich negativ auf die psychische Gesundheit auswirken kann. Ein förderndes System, das auf Unterstützung statt Bestrafung setzt, reduziert diese Belastungen und trägt zu einer besseren psychischen und physischen Gesundheit der Betroffenen bei, wodurch diese dem Arbeitsmarkt auf Dauer zur Verfügung stehen können.
5. Reduzierung der Verwaltungskosten: Die Durchsetzung von Sanktionen erfordert einen hohen bürokratischen Aufwand, der mit erheblichen Kosten verbunden ist. Ein System, das auf Förderung setzt, kann effizienter gestaltet werden, indem Ressourcen gezielt für unterstützende Maßnahmen eingesetzt werden, anstatt für die Kontrolle und Sanktionierung.
6. Förderung von Eigenverantwortung und Selbstständigkeit: Indem Menschen ermutigt werden, eigene Ziele zu setzen und eigenständig zu handeln, anstatt nur Vorgaben zu erfüllen, wird ihre Eigenverantwortung gestärkt. Dies führt zu mehr Selbstständigkeit und einem besseren Gefühl der Kontrolle über das eigene Leben.
7. Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts: Ein förderndes Bürgergeld trägt dazu bei, den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken. Wenn Menschen sich nicht von Sanktionen bedroht fühlen, sondern stattdessen Unterstützung erhalten, wächst das Vertrauen in den Staat und seine Institutionen. Dies führt zu einer solidarischeren und inklusiveren Gesellschaft.



Das Bürgergeld sollte ein Meilenstein in der Sozialpolitik Deutschlands werden. Es bot die Chance, den Sozialstaat gerechter, effizienter und zukunftsfähiger zu gestalten. Die jetzt vorgeschlagenen Maßnahmen zielen darauf ab, die bestehenden Schwächen zu beheben und das Bürgergeld in genau diese Richtung zu lenken - die Richtung, die auch unseren grünen Werten entspricht. Eine Weiterentwicklung des Bürgergeldes, wie in diesem Antrag beschrieben, stärkt die soziale Sicherheit, fördert die Selbstbestimmung und ermöglicht allen Menschen in unserer Gesellschaft eine aktive Teilhabe.

## **weitere Antragsteller\*innen**

Sarah Eisenberger (KV Bamberg-Land); Timm Schulze (KV Bamberg-Stadt); Sophie Block (KV Bamberg-Land); Niko Scholz (KV Bamberg-Stadt); Jan Schmid (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Michael Dietz (KV Bamberg-Stadt); Alexander Rodatos (KV Bamberg-Stadt); Daniel Kurz (KV Bamberg-Stadt); Shirin Kreße (KV Berlin-Mitte); Elias Leikeb (KV Bamberg-Stadt); Sebastian Kitzig (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Johannes Mihram (KV Berlin-Mitte); Christoph Lurz (KV Bamberg-Stadt); Anna Peppel (KV Fürth-Land); Isabella Emilia Sophia Mc Nicol (KV Wetterau); Isabell Christin Welle (KV Jena); Ocean Renner (KV Nordfriesland); Simon Gast (KV Osnabrück-Land); Heike Manz (KV Bamberg-Stadt); sowie 40 weitere Antragsteller\*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.

## V-88 Kampf gegen häusliche Gewalt und Femizid endlich als gesamtgesellschaftliche Aufgabe verstehen!

Antragsteller\*in: Lillemor Mallau (KV Berlin-Pankow)

Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

### Antragstext

Blickt man auf die letzte Septemberwoche 2024, bleibt mit vier Femiziden an einem einzigen Tag und zehn Femiziden in einer einzigen Woche das strukturelle Defizit bei der effizienten Bekämpfung von geschlechtsspezifischer Gewalt gegen Frauen und Mädchen und Frauen in Deutschland eklatant:

23.09.2024, Femizid gegen eine 25-jährige Frau in Bad-Teinach Zavelstein im öffentlichen Raum (BW)

24.09.2024, Femizid gegen eine 75-jährige Frau in Schwaikheim (BW)

25.09.2024, Femizid gegen eine 37-jährige Frau in Burgdorf (NI)

26.09.2024, Femizid gegen eine 59-jährige Frau in Köln Wesseling (NW)

27.09.2024, Femizid gegen eine 58-jährige Frau in Todtnau (BY)

28.09.2024, Mutmaßlicher Femizid gegen eine 49-jährige Frau in Pommelsbrunn (BY)

28.09.2024, Femizid gegen eine 21-jährige Frau in Idar-Oberstein im öffentlichen Raum (RP)

28.09.2024, Femizid gegen eine 42-jährige Frau in Bad Homburg v. d. Höhe. (HE)

28.09.2024, Femizid gegen eine 55-jährige Frau in Witzeze (SH)

30.09.2024, Femizid gegen eine 32-jährige Frau in Detmold

Quelle: Quelle Femicide Observation Center Germany, Prof. Dr. Kristina Wolff

In Anbetracht des gesamtgesellschaftlichen und des ökonomischen Schadens, den die strukturellen, tradierten, männlichen Gewaltexzesse tagtäglich in Deutschland verursachen, fordern wir einen nachhaltigen Etat im Bundeshaushalt zur effizienten Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und Häuslicher Gewalt, entsprechend den Vorgaben und Inhalten der Istanbul- Konvention. Es darf weder auf Bundes- noch auf Landesebene Haushaltskürzungen beim Gewaltschutz geben!

Häusliche Gewalt ist die häufigste Ursache von Verletzungen bei Frauen: häufiger als Verkehrsunfälle und Krebs zusammengefasst. Und das sind nur die gemeldeten Fälle, die die Spitze des Eisbergs darstellen. Oft liegt jahrelanger, schwerer Missbrauch hinter den Betroffenen, ehe es zur ersten Anzeige kommt. Für Frauen ist das Risiko, durch einen Beziehungspartner Gewalt zu erfahren, weitaus höher als das Risiko, von einem Fremden tödlich angegriffen zu werden. Bildung, Einkommen, Alter und Religionszugehörigkeit sind dabei laut Terre des Femmes keine relevanten Kriterien im Gefährder Kreis.

Das Bewusstsein dafür, dass häusliche Gewalt und Gewalt gegen Frauen in allen Schichten und Gruppierungen der Gesellschaft gleichermaßen stattfinden, muss

35 durch Aufklärungsarbeit gefördert werden. Bisher konzentriert sich die  
36 gesellschaftliche Wahrnehmung auf singuläre und besonders vulnerable Gruppen.  
37 Das füttert die Darstellung der konservativen und rechten Parteien, die Gewalt  
38 gegen Frauen ausschließlich bei Männern mit Migrationshintergrund faktisch  
39 falsch verorten. Dabei wird umgekehrt das Vorurteil gefördert, dass man die  
40 betroffenen Frauen ebenfalls nur in bestimmten gesellschaftlichen Gruppen  
41 verortet.

42 Wir fordern daher von großen gesellschaftlichen Stakeholdern, der Wirtschaft und  
43 vom Bund regelmäßige landesweite Sensibilisierungskampagnen zu Femiziden und  
44 häuslicher Gewalt, die direkt in die Mitte der Gesellschaft zielen. Durch  
45 Berichterstattung in den Medien wollen wir das Bewusstsein für die Dringlichkeit  
46 des Problems in der Bevölkerung erhöhen, es soll kontinuierlich über Maßnahmen  
47 und Fortschritte informiert werden.

48 Hierbei wollen wir die Verantwortung von Männern untereinander betonen, wie z.  
49 B. das offenkundige Problem von gewalttätigen Leistungssportlern – besonders im  
50 Fußball - in ihrer Vorbildfunktion. Hier muss der gesellschaftliche und mediale  
51 Schulterschluss u. a. mit Sportvereinen gezielt gesucht und mit ansprechenden  
52 Kampagnen umgesetzt werden, die Männer gegenüber Männern in die Verantwortung  
53 nehmen.

54 Durch einen Fokus auf Aufklärungs- und Präventionsarbeit gehen wir an die Wurzel  
55 von Gewalt gegen Frauen. Wir unterstützen die Forderungen von UN Women  
56 Deutschland nach umfassenden Maßnahmen der Arbeit mit Gefährdern als präventiven  
57 Ansatz zur Vermeidung weiterer Gewalt. Dazu muss intensive Arbeit schon in der  
58 frühen Kindheit in Kindergärten und Schulen geleistet werden.

59 Wir brauchen landesweite Bildungsprogramme zur Prävention von  
60 geschlechtsspezifischer Gewalt in Schulen, Universitäten und  
61 Jugendorganisationen. Diese Programme sollen: geschlechtsspezifische Stereotype  
62 und machistische Einstellungen abbauen, junge Menschen sensibilisieren um  
63 respektvolle und gleichberechtigte Beziehungen zu fördern, und langfristig einen  
64 kulturellen Wandel hin zu einem gleichberechtigten Miteinander bewirken.

65 Täterarbeit ist in Fällen von häuslicher Gewalt eine wichtige  
66 Präventionsmaßnahme. Sie reicht aber leider oft nicht aus, um die Tötung von  
67 Frauen zu verhindern. Wir Grüne setzen uns für einen effektiven Schutz von  
68 Betroffenen und die Umsetzung der Istanbul- Konvention ein.

69 Die Istanbul- Konvention fordert explizit wirksame strafrechtliche Normen und  
70 Verfahren zur Aufklärung und Sanktionierung von Gewalttaten und einen  
71 Sofortschutz durch Kontakt- und Näherungsverbote.

72 Zum besseren Schutz der Betroffenen fordert die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen  
73 im Berliner Abgeordnetenhaus die Einführung von multiinstitutionellen  
74 Fallkonferenzen, bspw. zwischen Polizei, Ämtern und Beratungsstellen, längere  
75 Wegweisungen von bis zur vier Wochen, ein Kontakt- und Näherungsverbot und ein  
76 Bußgeld bei Verstößen. Quelle: Bahar Haghanipour, MdA; Petra Vandery, MdA und  
77 Vasili Franco, MdA des AGH Berlin, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

78 Wir fordern dazu auf die oben genannten Berliner Maßnahmen sowie die rechtlichen  
79 Bedingungen der elektronischen Überwachung zu prüfen: ob und wie als potenzielle  
80 und effektive weitere Maßnahme zum Schutz von Betroffenen die Anordnung einer  
81 elektronischen Fußfessel in Hochrisikofällen durchgeführt werden kann. Die

82 Prüfung soll für Hochrisikofälle auch den Einsatz von elektronischen Fußfesseln  
83 im Zusammenhang mit so genannten „Smartwatch“-Armbändern beinhalten, die die  
84 Betroffene eigenständig warnen, wenn sich der Gefährder auf unter 500 Meter  
85 nähert.

86 Wir unterstützen außerdem die Forderungen von UN Women Deutschland, die  
87 Istanbul-Konvention bei den Strafverfolgungsbehörden und Richter\*innen bekannter  
88 zu machen und verpflichtend in die juristische Aus- und Fortbildung zu  
89 integrieren.

90 Die Legislaturperiode endet bald. Das von der Koalition vereinbarte  
91 Gewalthilfegesetz muss sofort ins parlamentarische Verfahren, es muss schnell  
92 umgesetzt und bedarfsgerecht finanziert werden. Nur so können Menschenleben  
93 gerettet werden.

## Begründung

Die Istanbul-Konvention zum Schutz von Frauen ist seit über sechseinhalb Jahren rechtlich bindend für Deutschland. Trotzdem steigt die Zahl der Femizide und Gewalttaten gegen Frauen jährlich. Keine andere gesellschaftliche Gruppe ist einem so hohen Risiko ausgesetzt, wegen geschlechtsspezifischer Gewalt getötet zu werden. Die Gewaltschutzmaßnahmen, die zum Schutz von Frauen und Mädchen in Deutschland tatsächlich umgesetzt werden, stehen in keinem Verhältnis zu den rechtlichen Vorgaben der Konvention, die völkerrechtlich bindend ist, und zu der hohen Zahl der Betroffenen

Das Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt („Istanbul-Konvention“) von 2011 ist ein völkerrechtlich bindendes Instrument zur umfassenden Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und Mädchen. Dazu gehören Opferschutz, Prävention und Strafverfolgung sowie die rechtliche Gleichstellung der Geschlechter in den Verfassungen und Rechtssystemen.

Die 81 Artikel der Istanbul-Konvention enthalten umfassende Verpflichtungen zur Prävention und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt, zum Schutz der Opfer und zur Bestrafung der Täter.

Die Vertragsstaaten sind im Rahmen der ganzheitlichen Gewaltschutzstrategie zu verschiedenen Maßnahmen verpflichtet:

1. Gewaltprävention durch Bewusstseins-schaffung und Sensibilisierung der Öffentlichkeit.
2. Unterstützung und Schutz durch Hilfsdienste, Einsatz ausgebildeter Fachkräfte, Einrichtung von Frauenhäusern.
3. Wirksame strafrechtliche Normen und Verfahren zur Aufklärung und Sanktionierung von Gewalttaten.
4. Sofortschutz durch Kontakt- und Näherungsverbote.
5. Ausdehnung der Maßnahmen auch in Asylverfahren, eigenständige Aufenthaltstitel für Gewaltopfer.
6. Außerdem sind die Vertragsstaaten dazu verpflichtet, die widerstreitenden Interessen zwischen Opferschutz und Freiheitsrechten gewalttätiger Personen sorgfältig abzuwägen (Opferzentrierter Sorgfaltsmaßstab).

## **weitere Antragsteller\*innen**

Katja Zimmermann (KV Berlin-Mitte); Stefanie Remlinger (KV Berlin-Mitte); Dennis Franz (KV Berlin-Pankow); Michael Kämper-van den Boogaart (KV Berlin-Pankow); Tarek Massalme (KV Berlin-Mitte); Jana Braun (KV Berlin-Reinickendorf); Georg Atta Mensah (KV Berlin-Reinickendorf); Mathias Kraatz (KV Berlin-Pankow); Benjamin Budt (KV Berlin-Pankow); Tim Dollnik (KV Berlin-Reinickendorf); Svenja Kleist (KV Berlin-Reinickendorf); Bettina Dolle (KV Berlin-Reinickendorf); Marei Zylka (KV Berlin-Reinickendorf); Johanna Martens (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Julian Bonenberger (KV Sankt Wendel); Natascha Henry (KV Berlin-Reinickendorf); Christa Markl-Vieto Estrada (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Inez Mischitz (KV Berlin-Pankow); Elke Klünder (KV Berlin-Reinickendorf); sowie 56 weitere Antragsteller\*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.

## V-89 Humanität und Ordnung: Asylrecht erhalten – Einwanderung gestalten

Antragsteller\*in: Matthias Schimpf (KV Bergstraße)

Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

### Antragstext

Die heutige Migrationssituation stellt Gesellschaft und Politik vor große Herausforderungen und trägt wesentlich dazu bei, dass immer mehr Menschen das Grundvertrauen in die demokratischen Institutionen verlieren. Eine Bewältigung dieses Problems, das sowohl die Menschenrechte der schutzbedürftigen Migrantinnen und Migranten als auch die Interessen der einheimischen Bevölkerung erfüllt, ist von fundamentaler Bedeutung für die Verteidigung und Stärkung unseres demokratischen Gemeinwesens. Genauso müssen wir feststellen, dass unser jetziges Vorgehen bei der Migration nicht human ist, sondern viel zu oft den Stärkeren hilft.

Wir wollen dazu beitragen, dass das Recht auf Asyl und seine Akzeptanz erhalten bleibt und dafür die anstehenden Probleme lösen.

Die Situation:

Viele Kommunen haben die Belastungsgrenze erreicht, oftmals auch schon überschritten. Der Landkreistag hat dies sehr deutlich gemacht und in seinem aktuellen Positionspapier klare Forderungen aufgestellt.

- Es fehlt an Häusern, günstigen Wohnraum und bebaubaren Flächen zur Unterbringung der Migranten, sowohl im Verfahren als auch anschließend nach einer Anerkennung. Dies hat zur Folge, dass Menschen über einen langen Zeitraum in Provisorien untergebracht werden müssen.
- Beratungs- und Verwaltungsstrukturen, sowie Ehrenamtliche sind aufgrund der stetig steigenden Zahl von zu betreuenden Menschen überlastet, sie können weder ausreichende Betreuung noch Beratung und/oder Unterstützung bei der Integration anbieten oder leisten, Dies hat zur Folge, dass die Kommunen den Menschen zeitnah kein Integrationsangebot machen können und diese sich im Wesentlichen selbst überlassen bleiben.
- Kindertagesstätten und Schulen sind in vielen Fällen jenseits der Leistungs- und Belastungsgrenzen aufgrund der hohen Zahl der aufzunehmenden und zu integrierenden Kinder bei gleichzeitigem Fachkräftemangel. Dies hat zur Folge, dass wichtige pädagogische Förderung und Betreuung nicht mehr gewährleistet ist.
- Versorgungsstrukturen der Bevölkerung wie die kinder- oder allgemeinärztliche Versorgung ist in vielen ländlichen Gemeinden schon heute angespannt und wird sich bei einem weiteren Zuzug wie in den vergangenen zwölf Monaten weiter massiv verschlechtern.

35 Hinter dem quantitativen Problem stehen aber auch eine Reihe grundsätzlicher  
36 Probleme, vor denen wir nicht die Augen verschließen dürfen.

- 37 • Unter den vielen Geflüchteten und Asyl-Beantragenden, unabhängig von den  
38 Gründen ihrer Flucht, gibt es auch Menschen, die unserer Demokratie und  
39 dem Rechtsstaat massiv Schaden zufügen bis hin zu Gefährdern und  
40 Attentätern.
- 41 • Es gibt ein nicht nur von vielen Menschen subjektiv empfundenes, sondern  
42 auch real existierendes Sicherheitsproblem. Kriminalität, Extremismus,  
43 militanter Islamismus, Radikalisierungstendenzen und -strukturen bedrohen  
44 unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung und unser  
45 zivilgesellschaftliches Zusammenleben.
- 46 • Umgekehrt führt dies zu einem rapiden Akzeptanzverlust nicht nur der  
47 Migrationspolitik und des Asylrechts in der Bevölkerung, teilweise zu  
48 einem Generalverdacht gegen Menschen mit Migrationshintergrund und darüber  
49 hinaus zu Zweifeln an der Funktionstüchtigkeit des demokratischen Systems  
50 überhaupt.

51 GRÜNE Migrationspolitik nimmt die Herausforderungen ernst:

52 Wir bekennen uns zum individuellen Recht auf Asyl und erteilen Forderungen nach  
53 Abschaffung dieses Rechts eine klare Absage. Dieses Recht wollen wir erhalten,  
54 auch als Verpflichtung der deutschen Geschichte gegenüber und als Auftrag der  
55 Mütter und Väter des Grundgesetzes. Asyl kann aber nur Menschen gewährt werden,  
56 die unter die Regelungen des Art. 16 Abs. 1 unseres Grundgesetzes fallen.

57 Dabei stehen wir zu folgenden Grundätzen bei der Asylpolitik:

- 58 • Eine Politik, die Menschen in Not (politisch Verfolgte, vom Krieg  
59 Geflüchtete) Schutz und Hilfe gewährt;
- 60 • die sich zu den demographischen und wirtschaftlichen Bedürfnisse nach  
61 einer  
62 Zuwanderung von Arbeitskräften bekennt und diese offensiv angeht;
- 63 • die legale Migration als Chance für unsere Gesellschaft begreift;
- 64 • die unsere demokratischen, emanzipativen, freiheitlichen Werte wehrhaft  
65 verteidigt gegen diejenigen, welche Straftaten begehen, unsere  
66 freiheitlich-demokratische Grundordnung gefährden oder gar unser Land in  
67 ein «Kalifat» verwandeln wollen, und solche Menschen konsequent des Landes  
68 verweist;
- 69 • die allen Einwohnerinnen und Einwohnern unseres Landes eine höchstmögliche  
70 Sicherheit und Wohlfahrt zukommen lassen will, egal ob es einen  
71 Migrationshintergrund gibt oder nicht.

72 Für eine moderne Migrationspolitik müssen wir jetzt handeln:

73 Neben dieser klaren Positionierung wollen wir Grünen die bestehenden Probleme  
74 angehen, um die Funktionsfähigkeit unseres Staates zu sichern und ebenso die  
75 Akzeptanz für unser Asylrecht.

76 Daraus leiten wir Folgendes ab:

- 77 • Wir trennen die verschiedenen Arten von Migration und behandeln diese  
78 unterschiedlich.
  - 79 ◦ Asyl nach Art. 16a Abs. 1 GG:  
80 Alle Menschen, die politisch verfolgt werden genießen bei uns Asyl.
  - 81 ◦ Massenfluchten/Kriegsflüchtlinge:  
82 Diese werden möglichst in unmittelbarer Nähe der Herkunftsländer  
83 bewältigt und gegebenenfalls von uns temporär aufgenommen. Die  
84 kulturelle und oft auch sprachliche Ähnlichkeit erleichtert die  
85 Bewältigung der damit verbundenen riesigen Aufgaben. Familiäre  
86 Bindung und Rückkehr, sofern möglich, sind dort erheblich einfacher  
87 zu organisieren. Damit dies gelingt und humanitäre Missstände  
88 vermieden werden, bedarf es einer konsequenten und langfristig  
89 angelegten Unterstützung der aufnehmenden Länder durch die EU. Bei  
90 geeigneter Qualifikation und Integrationsbereitschaft ist eine  
91 Bleibeperspektive in unserem Land möglich.
  - 92 ◦ Arbeitsmigration:  
93 Deutschland braucht legale Migration. Hier setzen wir auf  
94 diejenigen, die wir in unserem Land als Arbeitskräfte und zur  
95 Sicherung unserer Sozialsysteme benötigen. Es bedarf schnellerer und  
96 effizienterer Verfahren. Hierfür sind die Botschaften Deutschlands  
97 entsprechend auszustatten. Die Programme zur Anwerbung und  
98 Qualifizierung von Fachkräften in ihren Herkunftsländern sind  
99 auszubauen, Qualifikationen und Ausbildung im Inland sind im Rahmen  
100 gesonderter Programme zur forcieren. Im Herkunftsland erworbene



101 Qualifikationen sind unbürokratisch anzuerkennen, wo immer dies  
102 möglich und vertretbar ist.

- 103 • Wir unterstützen die Umsetzung des Gemeinsamen Europäische Asylsystems  
104 (GEAS).
- 105 • Wir unterstützen Asylzentren an die Europäischen Außengrenzen.
- 106 • Wir wollen weitere Drittstaaten in die Liste sicherer Herkunftsländer  
107 aufnehmen.
- 108 • Die Forderungsliste der schwarz-grün regierten Bundesländer für  
109 stringentere Regeln bei der Zuwanderung und der Terrorismusbekämpfung  
110 unterstützen wir.
- 111 • Wir befürworten den Einsatz von mobilen und stationären Grenzkontrollen,  
112 hierzu ist die Bundespolizei personell und organisatorisch entsprechend  
113 auszustatten.
- 114 • Wir befürworten die Abschiebung abgewiesener Personen unter  
115 Berücksichtigung der Lage im Herkunftsland.
- 116 • Wir befürworten die Abschiebung von Straftätern auch nach Syrien und  
117 Afghanistan.
- 118 • Wir befürworten eine Zuweisung von Geflüchteten an Gemeinden  
119 ausschließlich nur bei einer entsprechenden Bleibeperspektive.
- 120 • Wir benötigen dringend kürzere und straffere Aufnahmeverfahren.
- 121 • Wir befürworten eine Einschränkung des Familiennachzugs.
- 122 • Wir bekennen uns zu unserer humanitären Verpflichtung Menschen aus  
123 Krisengebieten aus völkerrechtlichen oder humanitären Gründen aufzunehmen.  
124 Die Anzahl dieser sog. Kontingentflüchtlinge ist aber grundsätzlich  
125 abhängig zu machen von dem aktuellen Migrationsgeschehens. Hier helfen wir  
126 häufig grade Frauen und Kindern, die es nicht schaffen aus eigener Kraft  
127 zu uns zu kommen.

## weitere Antragsteller\*innen

Silke Stokar von Neuform (KV Hannover); Ulrich Martin Drescher (KV Waldshut); Christian Sandau (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Hans-Jürgen Roos (KV Bergstraße); Michael Merkel (KV Bochum); Tilman Krösche (KV Heidekreis); Sina Maria Beckmann (KV Friesland); Cornelia Furtwängler (KV Biberach); Claudius Rafflenbeul-Schaub (KV Miesbach); Horst Becker (KV Rhein-Sieg); Markus Pfefferkorn (KV Bergstraße); Susanne Zissel (KV Berlin-Spandau); Richard Ralfs (KV Rhein-Sieg); Uwe Ney-Rancea (KV Berlin-Pankow); Jens Marco Scherf (KV Miltenberg); Reiner Daams (KV Solingen); Rebecca Harms (KV Lüchow-Dannenberg); Tilmann Holzer (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Bernhard Müller (KV Aachen); sowie 61 weitere Antragsteller\*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.

## V-90 Erdgas- und Erdölförderung am Rande des Weltnaturerbe Wattenmeer stoppen

Gremium: Landesvorstand Bündnis 90/Die Grünen Niedersachsen  
Beschlussdatum: 02.10.2024  
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

### Antragstext

Die Schönheit und Einzigartigkeit des Wattenmeers, ein Tourismusmagnet und UNESCO Weltnaturerbe, stehen auf dem Spiel. Dieses fragile Ökosystem mit seiner faszinierenden Unterwasserwelt, beeindruckenden Salzwiesen und Dünenlandschaften sowie Millionen von Vögeln, die hier ihren Rastplatz haben, darf nicht für wirtschaftliche Interessen eines niederländischen Konzerns riskiert werden. Der Schutz des Wattenmeers, der Inseln, Flora und Fauna und der Menschen muss für uns Priorität haben – wir dürfen nicht zulassen, dass die geplante Erdgasförderung vor Borkum Deutschlands größtes Naturerbe gefährdet.

Im Jahr 2022 wurde aufgrund des völkerrechtswidrigen Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine eine mögliche Gasknappheit befürchtet. Doch Dank umfassender und zügiger Maßnahmen auf Bundes- und Landesebene durch uns Grüne, insbesondere durch den Ausbau Erneuerbarer Energien, konnte diese Gefahr abgewendet und die Menschen in diesem Land warm und sicher durch den Winter gebracht werden. Auch 2024 sind die Speicher voll. Niedersachsen, das 2023 erstmalig seinen Strombedarf rechnerisch zu über 100 % aus erneuerbaren Energien gedeckt hat und für ganz Deutschland eine Schlüsselrolle bei der Energiewende spielt, zeigt uns, dass der Weg in die Zukunft grün ist und nicht weiter von fossilen Brennstoffen abhängen darf. Die geplante Erdgasförderung, die maximal 1 % des aktuellen deutschen Bedarfs decken würde, steht in keinem Verhältnis zu den potentiellen Schäden. Allein durch die Verbrennung des geförderten Gases würden gemäß der Genehmigung von 18 Jahren Förderzeitraum bis zu 26 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> freigesetzt – das entspricht den jährlichen Emissionen des gesamten Bundeslandes Rheinland-Pfalz.

Die UNESCO erklärt in ihrem Wattenmeer-Zustandsbericht die geplante Gasförderung als unvereinbar mit dem Status des Weltnaturerbes. Der Schutz dieses empfindlichen Ökosystems darf nicht der kurzfristigen Rohstoffgewinnung geopfert werden. Die einzigartigen Lebensräume, die 2022 dem Bundesumweltministerium als Flora-Fauna-Habitat FFH 2022 zur Aufnahme gemeldet wurden, sowie aktuell neu entdeckte Steinriffe vor Borkum mit ihren Hummern, Krebsen und Korallen, der Lebensraum auf den ostfriesischen Inseln, sind durch das Vorhaben der Firma ONE-Dyas unmittelbar bedroht. Die Störungen reichen direkt in die Gebiete hinein und gefährden somit zum Beispiel Schweinswale, Robben und Seehunde. Dieses Erdgasfeld ist erst der Anfang des von ONE-Dyas großräumig geplanten Förderprojekt mit weiteren Bohrplattformen und Gasfeldern, teilweise direkt unter deutschen Naturschutzgebieten, die dieses derzeit so biodivers geschütztes Gebiet industrialisieren würde.

Die Inseln Borkum, Schiermonnikog und Juist sowie zahlreiche Umweltverbände aus den Niederlanden und Deutschland haben bereits erfolgreich gegen den Bau der Bohrplattform und der dafür notwendigen Infrastruktur geklagt und vor Gericht einen vorläufigen Baustopp erreicht. Das Gericht betonte ausdrücklich den Schutz

41 wertvoller Riffe entlang der Kabeltrasse und das wirtschaftliche Interessen  
42 eines fossilen Konzerns, den Natur- und Klimaschutz nicht überwiegen. Dies zeigt  
43 deutlich den breiten Widerstand und das Bewusstsein in der Region, dass die  
44 Erdgasförderung einen unverantwortlichen Eingriff in die Natur und das Klima  
45 darstellt. Bündnis 90/Die Grünen steht fest an der Seite der Klimabewegung, der  
46 Natur- und Umweltverbände, der Insulaner\*innen und der Inseln Borkum,  
47 Schiermonnikog und Juist.

48 Wenn wir unseren Anspruch als Klimaschutzpartei und die Glaubwürdigkeit der  
49 deutschen Energiepolitik verteidigen wollen, dürfen wir Borkum nicht zulassen.  
50 Die geplante Förderung steht im krassen Widerspruch zu den Klimazielen, die wir  
51 uns gesetzt haben, und gefährdet die Einhaltung des Pariser Klimaabkommens.  
52 Weltweit war es ein Erfolg von Außenministerin Annalena Baerbock,  
53 Klimaschutzminister Robert Habeck und Umweltministerin Steffi Lemke, dass sich  
54 die 28. Weltklimakonferenz in Dubai endlich für die Abkehr von fossilen Energien  
55 ausgesprochen hat. Die Erschließung neuer Öl-, Gas- und Kohlevorkommen ist mit  
56 dem Weltklimaabkommen unvereinbar.

57 Auf Bundesebene wurde im Koalitionsvertrag vereinbart, dass keine neuen  
58 Genehmigungen für Öl- und Gasbohrungen in der Nord- und Ostsee erteilt werden  
59 sollen. Die Modernisierung des Bergrechts ist bereits angestoßen, um die  
60 heimische Rohstoffgewinnung ökologisch neu zu ordnen und endlich auch Klimaziele  
61 in Genehmigungen zu berücksichtigen. Wir fordern die Bundesregierung auf, dies  
62 zügig umzusetzen, damit keine neuen Genehmigungen für fossile Förderprojekte  
63 mehr erteilt werden.

64 Die Verhandlungen über ein sogenanntes Unitarisierungsabkommen zwischen  
65 Deutschland und den Niederlanden, das die rechtliche Grundlage für die geplante  
66 Erdgasförderung schaffen soll, laufen seit 2022. Dieses Abkommen darf vom  
67 Deutschen Bundestag aus Klimaschutz- und Umweltgründen und zum Schutz des  
68 UNESCO-Welterbes Wattenmeer nicht ratifiziert werden. Wir appellieren an die  
69 grüne Bundestagsfraktion und an unsere Minister\*innen, sich entschieden für  
70 Klima und Naturschutz und gegen diese unnötige Förderung einzusetzen.  
71 Klimaschutz und der Schutz unseres Naturerbes müssen über den Interessen eines  
72 niederländischen Unternehmens stehen. In dieser Sache stehen wir Seite an Seite  
73 mit GroenLinks, unserer Schwesterpartei in den Niederlande.

74 Wir fordern:

- 75 · Jegliche Erdgas- und Erdölförderprojekte innerhalb und außerhalb des
- 76 Weltnaturerbes Wattenmeer sofort zu stoppen
- 77 · Den UNESCO Weltnaturerbe-Status des Wattenmeers konsequent zu schützen und
- 78 gefährdende Eingriffe zu verhindern.
- 79 · Die grünen Minister\*innen in der Bundesregierung und die Grüne
- 80 Bundestagsfraktion dürfen nicht das Unitarisierungsabkommen zwischen Deutschland
- 81 und den Niederlanden unterstützen.
- 82 · Die Umsetzung eines ökologisch-modernen Bergrechts, das den Schutz von Klima
- 83 und Natur ins Zentrum stellt und Neugenehmigungen fossiler Förderungen
- 84 ausschließt

85 Der Schutz unseres einzigartigen Erbes muss Vorrang haben – denn es gibt keinen  
86 zweiten Ort wie das Wattenmeer.

**V-91** Grüne als Anwalt für eine starke deutsche Entwicklungszusammenarbeit und Humanitäre Hilfe

Antragsteller\*in: Thilo Hoppe (KV Aurich-Norden)

Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

## Antragstext

### 1 Die Ärmsten der Armen nicht im Stich lassen!

2 Die Hungerzahlen sind in den letzten Jahren wieder gestiegen. Jeder zehnte  
3 Mensch auf dieser Welt hungert bzw. hat mit schwerer Ernährungsunsicherheit zu  
4 kämpfen. Rechnet man diejenigen dazu, die armutsbedingt mangelernährt sind, dann  
5 hat ein Viertel der Menschheit nicht ausreichend zu essen, um gesund leben zu  
6 können.

7 Ein Skandal, wenn man bedenkt, dass genügend Lebensmittel produziert werden, um  
8 alle ausreichend mit gesundem Essen zu versorgen.

9 Vor diesem Hintergrund befremdet und besorgt es uns, dass in den letzten drei  
10 Jahren die Mittel für Entwicklungszusammenarbeit (bzw. Internationale  
11 Zusammenarbeit) und Humanitäre Hilfe stark gekürzt worden sind. Und weitere  
12 drastische Einschnitten stehen bevor: Werden die Pläne der Bundesregierung für  
13 den Bundeshaushalt 2025 nicht noch in „letzter Minute“ korrigiert, dann hätte  
14 die Bundesregierung in dieser Legislaturperiode den Haushalt des  
15 Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung um fast  
16 ein Viertel und die Mittel für die vom Auswärtigen Amt verantwortete Humanitäre  
17 Hilfe gar um rund 60 Prozent gekürzt.

18 Das würde vor allem die Ärmsten der Armen hart treffen, Menschen, die in  
19 existenzielle Not geraten sind.

20 Die Kürzung der Mittel für den Kampf gegen extreme Armut und Hunger ist leider  
21 zu einem globalen Trend geworden. Viele Industrienationen denken in Zeiten  
22 multipler Krisen vermehrt an sich selbst und vernachlässigen neben der Nothilfe  
23 auch präventive Maßnahmen, die den Klimawandel eindämmen und Konflikte und  
24 Katastrophen bereits im Vorfeld entschärfen.

25 Den Rotstift überproportional bei den Ärmsten der Armen anzusetzen, ist nicht  
26 nur moralisch verwerflich, sondern auch politisch unklug. Die 17 Ziele für eine  
27 globale nachhaltige Entwicklung zu erreichen, also die Agenda 2030 der Vereinten  
28 Nationen umzusetzen, müsste im Interesse aller Länder liegen - auch im Sinne  
29 eines breiten Sicherheitsverständnisses, zu dem sich die Bundesregierung in  
30 ihrer Neuen Deutschen Sicherheitsstrategie ausdrücklich bekannt hat. Sie hat  
31 darin versprochen, auch ihre entwicklungspolitischen Anstrengungen, ihren  
32 Einsatz in der Humanitären Hilfe und für zivile Krisenprävention deutlich zu  
33 steigern.

34 Das Gegenteil ist geschehen.

35 Wir erkennen ausdrücklich an, dass sich unsere Bundestagsfraktion gegen die  
36 Kürzungen der Mittel für Internationale Zusammenarbeit und Humanitäre Hilfe

37 eingesetzt hat und auch im zurzeit laufenden Haushaltsverfahren entsprechend  
38 agiert.

39 Wir stärken unserer Bundestagsfraktion den Rücken und fordern sie auf, in ihren  
40 Bemühungen nicht nachzulassen. Unser Appell richtet sich auch ausdrücklich an  
41 die Grünen Mitglieder der Bundesregierung.

42 Uns ist bewusst, dass aufgrund der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und der  
43 notwendigen Kompromissfindung in einer Koalitionsregierung die finanziellen  
44 Spielräume begrenzt sind. Auf vielen Politikbereichen liegt Spardruck und es  
45 hagelt Proteste dagegen. Regierung und Parlament müssen die Prioritäten richtig  
46 setzen. Dabei muss aber unbedingt beachtet werden, welche Folgen geplante  
47 Sparmaßnahmen hätten und welche langfristigen Schäden sie anrichten würden.  
48 Solch drastische Einschnitte wie sie jetzt bei der .Entwicklungszusammenarbeit  
49 und besonders heftig bei der Humanitären Hilfe geplant sind, würden - und das  
50 sagen wir ohne zu übertreiben - Menschenleben kosten.

51 Bereits jetzt hat die Bundesregierung das Ziel verfehlt, wie im  
52 Koalitionsvertrag versprochen, mindestens 0,7 Prozent des  
53 Bruttonationaleinkommens für Entwicklungszusammenarbeit und Humanitäre Hilfe zur  
54 Verfügung zu stellen. Werden die geplanten weiteren drastischen Kürzungen für  
55 den Bundeshaushalt 2025 umgesetzt, rutscht Deutschland noch weiter unter diese  
56 Zielmarke.

57 Einhergehend mit den Kürzungen geraten Entwicklungszusammenarbeit und Humanitäre  
58 Hilfe unter Rechtfertigungsdruck und werden zunehmend diffamiert. Populistische  
59 Narrative, die von der AfD ausgingen, wurden leider auch von einzelnen  
60 Politikern der CDU/CSU und der FDP übernommen.

61 Wir fordern die grüne Bundestagsfraktion auf,

- 62 • diesen Verunglimpfungen der Entwicklungszusammenarbeit und Humanitären  
63 Hilfe entgegenzutreten,
- 64 • alles zu tun, um die weiteren geplanten Kürzungen der Mittel für  
65 Entwicklungszusammenarbeit und Humanitären Hilfe zu verhindern oder  
66 zumindest noch deutlich abzumildern
- 67 • und den Plänen der FDP, das Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit  
68 und Entwicklung abzuschaffen, klar zu widersprechen.

## weitere Antragsteller\*innen

Ute Ute Koczy (KV Lemgo); Uwe Kekeritz (KV Neustadt/Aisch-Bad Windsheim); Peter Meiwald (KV Ammerland); Carlos Echegoyen (KV Bonn); Ralf Henze (KV Odenwald-Kraichgau); Laura Lotte Häußler (KV Braunschweig); Maximilian Linder (KV Bonn); Gregor Kaiser (KV Olpe); Michael Krempin (KV Wetterau); Dora Pfeifer-Suger (KV Breisgau-Hochschwarzwald); David Baltzer (KV Berlin-Kreisfrei); Sabine Hebbelmann (KV Odenwald-Kraichgau); Philipp Schmagold (KV Plön); Georg Fischer (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Kathrin Weber (KV Bielefeld); Elke Roskosch-Buntemeyer (KV Oldenburg-Stadt); Andrea Schulte-Krauss (KV Starnberg); Andreas Kleist (KV Coburg-Land); Thomas Mohr (KV München); sowie 91 weitere Antragsteller\*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.

## V-92 Echte Familienstartzeit - für Familien, gegen Diskriminierung von Frauen im Beruf

Antragsteller\*in: Oliver Groth (KV Regensburg-Stadt)  
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

### Antragstext

Wir entwickeln die Familienstartzeit weiter und machen sie damit zu einem wirksamen Mittel, um einerseits die neue gemeinsame Zeit nach der Geburt zu ermöglichen und allen Elternteilen bzw. Sorgenden die Gelegenheit zu Care-Arbeit zu geben, und um andererseits die Benachteiligung von Frauen im Beruf, die oft auf der Ausfallzeit um die Geburt herum basiert, wirksam zu bekämpfen.

Dabei soll gelten:

- Alle Elternteile bzw. Sorgende oder im Falle von Alleinerziehenden eine zu benennende Person erhalten Arbeitsverbot genau entsprechend den Vorgaben zum Mutterschutz in §3 MuSchG
- Entsprechend wird die Vergütung geregelt
- Finanziert wird die Startzeit für alle Elternteile wie der Mutterschutz

### Begründung

Aufgrund der Rolle als mögliche Mutter werden Frauen im Arbeitsleben bei einigen Arbeitgeber\*innen immer noch diskriminiert. Das beeinträchtigt Aufstiegs- und Verdienstmöglichkeiten und wirkt auch familienfeindlich. Diese Diskriminierung kann wirksam verhindert werden, wenn für alle Elternteile die gleichen Regelungen gelten. Dann wird das zu einem Ereignis, das alle Eltern unabhängig vom Geschlecht betrifft.

Dazu ist nötig, die gleichen Regelungen wie für die Mutter für alle Elternteile anzuwenden, also ein Arbeitsverbot in der Zeit vor und nach der Geburt vorzuschreiben. So lange die Dauern unterschiedlich sind (derzeit ist das EU-Mindestmaß von 2 Wochen geplant) und der Urlaub beantragt werden muss (also nicht verpflichtend ist), wird sich wenig ändern.

Dass die Bundesregierung die EU-Regelung, die seit 2019 existiert, immer noch nicht umsetzt, obwohl das so im Koalitionsvertrag steht, ist ein Armutszeugnis, zu allererst für die FDP, die das blockiert, weil Arbeitnehmer\*innen dadurch ein paar Tage mehr Urlaub im Leben bekommen. Bitter ist auch, dass nur die absoluten Minimalvorgaben der Regelung umgesetzt werden sollen.

Gerade die ersten Wochen nach der Geburt sind für junge Familien oft sehr belastend. Die Umstellung ist massiv, man muss das Baby erst kennenlernen. Die Gesundheit aller und vor allem die Heilung der Mutter nach der Geburt sind wichtig und können sich über einen längeren Zeitraum hinziehen. Hier kann der andere Elternteil wichtige Unterstützungsarbeit leisten, wenn er anwesend sein kann. In dieser Zeit drohen auch Überlastungen, eine verpflichtende gleichmäßige Familienstartzeit kann dem entgegenwirken und später folgende Ausfälle vermindern, da sich beide Elternteile dann auf ihre neue Familie konzentrieren können. Bei mehreren Kindern ist auch die Sorge für diese unabdingbar. Das alles sollte mehr als zwei Wochen (wenn überhaupt) wert sein.

Die Elternzeit, die beantragt werden muss, kann das nicht leisten, da nicht alle Elternteile diese auch beantragen. Das hängt zum einen mit Karriereplänen, besserem Verdienst, aber auch zum Teil familienfeindlichen Arbeitgeber\*innen zusammen.

Die bisherige Mutterschutzumlage U2 für kleine Betriebe beträgt derzeit 0,44% des Bruttolohns und ist damit ein sehr geringer Lohnbestandteil. Die Finanzierung über diese Umlage für alle Elternteile würde die Unternehmen immer noch nicht zu sehr belasten, die Sozialversicherungsabgaben haben eine ganz andere Größe.

## **weitere Antragsteller\*innen**

Lisa Wittmann (KV Regensburg-Stadt); Marie-Christine Scholz (KV Regensburg-Stadt); Peter Knoff (KV Regensburg-Stadt); Theresa Eberlein (KV Regensburg-Stadt); Jan Schmid (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Carla Ober (KV Erlangen-Stadt); Johannes Rolf (KV Erlangen-Stadt); Shirin Kreße (KV Berlin-Mitte); Judith Geisler (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Anke Dörsam (KV Berlin-Kreisfrei); Merieme Benali-Jockers (KV Berlin-Reinickendorf); Miriam Wirsing (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Susanne Olschewski (KV Berlin-Kreisfrei); Mandy Uhlig (KV Leipzig); Theda de Moraes Dourado (KV Düsseldorf); Tabea Schoch (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Daniel Wedekind (KV Regensburg-Stadt); Petra Thomsen (KV Frankfurt); Johannes Mihram (KV Berlin-Mitte); sowie 30 weitere Antragsteller\*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.

## V-94 Sicherheit gewährleisten - Islamismus nachhaltig bekämpfen

Antragsteller\*in: Lamy Kaddor (KV Duisburg)

Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

### Antragstext

1 Sicherheit gewährleisten- Islamismus nachhaltig bekämpfen

2 Der 7. Oktober 2023 war nicht nur ein furchtbarer antisemitischer Angriff auf  
3 Israel und seine Bewohner\*innen, sondern auch ein globales Startsignal des  
4 Islamismus für Terror- und Gewaltakte weltweit. Solidaritätsbekundungen zu den  
5 Gräueltaten der Hamas folgten in Deutschland umgehend – in Teilen auch aus  
6 islamistischen Kreisen. In Deutschland warnen Verfassungsschutz und  
7 Bundeskriminalamt wieder intensiv vor möglichen Anschlägen in Deutschland durch  
8 islamistische Zellen oder Einzeltäter. Die innere Sicherheit in Deutschland wird  
9 aktuell durch den Islamismus so stark bedroht wie seit Jahren nicht mehr. Der  
10 erschütternde islamistische Anschlag von Solingen zeigt, wie real die Gefahr  
11 ist.

12 Die Menschen erwarten, dass wir dieser Gefahrenlage mit einer Sicherheitspolitik  
13 begegnen, die unser Land real sicherer macht. Wir, Bündnis 90/ Die Grünen,  
14 wollen unserer Verantwortung gerecht werden, der Komplexität des Themas  
15 Islamismus, seiner Bekämpfung und seiner weltweiten Verflechtung Rechnung tragen  
16 und diesem Bedürfnis nach mehr Sicherheit Rechnung tragen. Denn das Ziel der  
17 Angriffe ist letztlich unsere freie, demokratische und vielfältige Gesellschaft  
18 und die gilt es zu verteidigen.

19 1. Terroristische Gefahr ernstnehmen – Sicherheitsbehörden stärken,  
20 Vereinsverbote endlich umsetzen

21 Schon die Aufarbeitung des islamistischen Anschlags auf dem Breitscheidplatz hat  
22 uns gezeigt, dass wir bei Aufstellung und Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden  
23 dringenden Handlungsbedarf haben. Es wurden zwar Konsequenzen gezogen, aber  
24 strukturell ist seitdem zu wenig passiert. Es wurde in Bund und Ländern viel  
25 Personal eingestellt, aber bei der Ausstattung hinken wir noch immer hinterher.

26 Deshalb brauchen wir:

27 • eine Basisinvestitionen für die Innere Sicherheit und müssen, um mit der  
28 Ausstattung endlich der Gefahrenlage des 21. Jahrhunderts begegnen zu können.

29 • Eine bessere Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden im Gemeinsamen Terror  
30 Abwehrzentrum (GTAZ) auf klarer rechtlicher Grundlage. Die Behörden haben schon  
31 viele Konsequenzen gezogen, die Politik muss nun noch nachziehen und die  
32 Strukturen fit machen für die Herausforderungen der Zeit.

33 • Sicherheitsbehörden auch digital angemessen ausstatten. Für die Ermittlungen  
34 und die Gefahrenabwehr benötigen die Sicherheitsbehörden die entsprechenden  
35 digitalen technischen Maßnahmen. Diese müssen selbstverständlich mit  
36 Verfassungs- und Europarecht vereinbar sein. Mit der Einigung auf das Quick-  
37 Freeze-Verfahren wurde ein guter erster Schritt gesetzt, der nun zeitnah  
38 umgesetzt werden muss.



- 39 · Vereinsverbote schneller und konsequenter durchsetzen. Wir müssen  
40 islamistischen Gruppen, die in Deutschland aktiv sind, das Handwerk legen und  
41 alle rechtsstaatlichen Mittel dafür in die Hand nehmen.
- 42 · Hindernisse für rechtsstaatliche Abschiebungen von Straftäter\*innen und  
43 Gefährder\*innen abbauen. Wir brauchen einfachere und beschleunigte Verfahren und  
44 wollen die Zusammenarbeit mit unseren europäischen Partnern intensivieren. Eine  
45 Zusammenarbeit mit dem Taliban-Regime in Afghanistan oder der Assad-Regierung in  
46 Syrien lehnen wir sowohl aus sicherheitspolitischen, als auch aus  
47 menschenrechtliche Gründen ab. Wer Gefährder nach Afghanistan oder Syrien und  
48 damit in die Brutstätten von Radikalisierung abschiebt, erreicht damit nicht  
49 mehr Sicherheit, sondern gefährdet unser Land perspektivisch. Gefährder und  
50 Straftäter können gerade in Afghanistan und der angrenzenden Region  
51 Zentralasiens stärker radikalisiert und mit neu ausgestatteten Identitäten  
52 wieder nach Europa einreisen.
- 53 · Klar ist: Aufenthaltsrechtliche Regelungen allein können das Problem des  
54 Islamismus nicht lösen. Ein Großteil der modernen Islamist\*innen sind in  
55 Deutschland geboren und sozialisiert und besitzen die deutsche  
56 Staatsbürgerschaft. Die notwendigen Maßnahmen zur Verhinderung der Einbürgerung  
57 oder des Aufenthalts von Islamist\*innen haben wir mit den Änderungen am  
58 Staatsangehörigkeitsgesetz und dem Aufenthaltsgesetz geschaffen.
- 59 2. Turboradikalisierung verhindern - Deradikalisierung und Prävention auf eine  
60 sichere Grundlage stellen
- 61 Es ist extrem besorgniserregend, dass aktuell wiedervermehrt Jugendliche in die  
62 Fänge von Islamisten in sozialen Netzwerken geraten und sich dort  
63 radikalieren. Vor allem Accounts wie „Muslim Interaktiv“, „Generation Islam“  
64 und „Realität Islam“ versuchen intensiv einen Keil zwischen die deutsche  
65 Gesellschaft und jungen Muslim\*innen zu treiben.
- 66 Wir müssen dringend präventiv handeln:
- 67 · Anfang Oktober rief das BMI die Task Force Islamismusprävention erstmalig ein.  
68 Dieses Gremium ist ein wichtiger Baustein in der Beratung und der Koordinierung  
69 der Maßnahmen der Bundesregierung. Die nun zu erarbeitenden  
70 Handlungsempfehlungen müssen schnell umgesetzt werden.
- 71 · Prävention ist harte Sicherheitspolitik. Damit gefährliche Ideologien nicht  
72 bei jungen Leuten verfangen, muss Prävention und Deradikalisierung endlich auf  
73 eine sichere finanzielle Grundlage gestellt sein. Zentral ist aus unserer Sicht,  
74 dass wir die Deradikalisierung finanziell absichern. Programme wie „Demokratie  
75 leben“ müssen auch in den kommenden Jahren einen Fokus auf die Verhinderung von  
76 islamistischer Radikalisierung legen können. Gerade deswegen ist ein  
77 Demokratiefördergesetz unerlässlich.
- 78 · Jungen Muslim\*innen müssen vor der Propaganda auch im Netz gewarnt werden.  
79 Dazu erweisen sich Angebote, die über die Vielfalt muslimischen Lebens  
80 aufklären, als wirksames Mittel. Außerdem braucht es eine effektive und  
81 niedrigschwellige Sozialarbeit.
- 82 · Mit dem Digital Services Act haben wir auf der europäischen Ebene eine  
83 Grundlage geschaffen, die die Anbieter zu einer konsequenten Moderierung,

- 84 Löschung und Meldung problematischer Inhalte verpflichtet. Hier drängen wir auf  
85 europäischer Ebene auf Nachbesserungen.
- 86 · Die beiden Phänomene Islamismus und Islamhass befördern einander und dienen  
87 dem jeweiligen Phänomen als Begründung. Damit junge Menschen nicht empfänglich  
88 für die Losungen des „wahren Islam“ durch Islamisten sind, braucht es eine  
89 konsequente Bekämpfung von Islamfeindlichkeit. Für das Phänomen der  
90 Islamfeindlichkeit muss die Gesellschaft zunehmend sensibilisiert werden. Die  
91 Maßnahmen des Berichts der unabhängigen Kommission für Muslimfeindlichkeit sind  
92 eine sehr gute Grundlage und müssen nun schnell in Bund, Land und Kommunen  
93 umgesetzt werden.
- 94 · Progressives Islamverständnis und erfolgreiche Prävention gehen Hand in Hand
- 95 Gerade in Moscheevereinen, die unter dem Dach der etablierten islamischen  
96 Verbände organisiert sind, muss der Kampf gegen Islamismus beginnen. Unser  
97 säkularer Staat muss neutral sein, wenn es um die Religion des Individuums geht.  
98 Es kommt daher darauf an, den religionspolitischen Raum, den unser Grundgesetz  
99 bietet, mit problembezogenen, kreativen Wegen auszufüllen, um einerseits dem  
100 Anspruch der Gleichberechtigung des Islams nachzukommen und andererseits  
101 Alternativen zur Auslandsfinanzierung und damit der theologischen Abhängigkeit  
102 aufzuzeigen. Der aktuelle Zustand, in dem wir uns um die Frage der Anerkennung  
103 von islamischen Organisationen als anerkannte Religionsgemeinschaft im Kreis  
104 drehen, ist nicht hinnehmbar.

## Begründung

Die islamistische Bedrohung in Deutschland ist aktuell so hoch wie lange nicht mehr. Der 7. Oktober und seine Folgen führten zu einem enorm gesteigerten Radikalisierungs- und Mobilisierungspotential in der islamistischen Szene. Mit den schrecklichen Anschlägen in Mannheim und Solingen haben vermeintlich islamistische Täter bereits unsere Sicherheit angegriffen und Menschen ermordet. Doch auch zahlreiche abgewehrte und verhinderte Anschlagversuche, wie beim Taylor-Swift-Konzert in Wien, zeigen die Bedrohung auf. Dass wir angesichts dessen die Sicherheit in diesem Land gewährleisten, bedeutet für uns differenziert zu analysieren und wirksame, rechtssichere und nachhaltige Maßnahmen anzuwenden. Ein Schwerpunkt muss dabei in der Präventions- Deradikalisierungs- und Bildungsarbeit liegen. Mit diesem Antrag möchten wir aufzeigen, dass wir, Bündnis 90/ Die Grünen, die Lösungen zur nachhaltigen Islamismusbekämpfung haben und uns dem Diskurs stellen. Wir verfallen nicht in populistische Narrative, führen Scheindebatten oder reduzieren das Problem des Islamismus ausschließlich auf Migration und Flucht.

## weitere Antragsteller\*innen

Jonathan Franz (KV Berlin-Pankow); Sarah Jentsch (KV Duisburg); Wilko Zicht (KV Bremen-Ost); Vanessa Gronemann (KV Kassel-Stadt); Tobias Sauter (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Ali Saker (KV Münster); Timo Eismann (KV Recklinghausen); Emilia Vita De Rosa (KV Osterholz); Ulrike Tadema (KV Duisburg); René Adiyaman (KV Ennepe-Ruhr); Yousra El Makrini (KV Düsseldorf); Christina Finke (KV Duisburg); Veronika Jüttemann (KV Münster); Sandra Krautscheid (KV Rhein-Sieg); Simon Plesse (KV Duisburg); Jan Kürschner (KV Kiel); Alexandra Căsar (KV Westerwald); Marietta Freifrau von Rosenberg (KV Rheingau-Taunus); Kerstin Kirchhofer (KV Duisburg); sowie 81 weitere Antragsteller\*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.

**V-96** Grüne Regierungsbeteiligung nur mit klaren Grünen Linien. Sonst soll Basis gefragt werden.

Gremium: Landesvorstand Bündnis 90 / Die Grünen - Landesverband Bremen  
Beschlussdatum: 04.10.2024  
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

## Antragstext

1 Kompromisse gehören zum Regieren dazu - das muss man unter Grünen niemandem mehr  
2 erklären. Aber wenn wir jahrelang Abwehrkämpfe führen, die Debatten trotzdem  
3 immer weiter verrückt werden und dabei die eigenen Grundwerte und der Anspruch,  
4 mit dem wir als Grüne politisch angetreten sind, grundsätzlich unter die Räder  
5 geraten, hat unsere Kompromissbereitschaft auch Grenzen.

6 Wir wollen für grüne Regierungsbeteiligung konkrete "grüne Linien" für  
7 Koalitionen im Bund ziehen. Wenn selbst die nicht erkennbar gehalten werden  
8 können, sollte es eine Urabstimmung der Basis über den Verbleib in der Koalition  
9 geben. Das heißt selbstverständlich nicht, dass wir erst dort anfangen für  
10 unsere Werte und Projekte zu kämpfen oder uns bis auf diesen Mindeststandards  
11 runterhandeln lassen, sondern dass es eine Reißlinie gibt, ab der die  
12 Entscheidung über den weiteren Verbleib in der Koalition ein Votum der Basis  
13 voraussetzt.

14 Nicht, weil wir dogmatisch an irgendeiner "Reine Lehre" klammern, sondern weil  
15 es uns als progressive, sozial-ökologische Partei um die konkreten Auswirkungen  
16 auf die von dieser Politik betroffenen Menschen geht:

17 DNA grüner Politik ist es, dass "Grün schützt!"

18 Grün schützt die Demokratie und Menschen vor rechter Gewalt!

19 Grün schützt die Umwelt und unsere Lebensgrundlagen!

20 Grün schützt Vielfalt, FLINTA und queere Menschen!

21 Grün schützt das Klima und dein Zuhause!

22 Grün schützt die Menschenrechte und das Grundrecht auf Asyl!

23 Grün schützt Arbeitnehmer\*innen und Sozialstaat!

24 (...)

25 In der aktuellen Lage werden wir in vielen Feldern auf eine Politik des  
26 kleineren Übels und der kleinen Schritte und Abwehrkämpfe zurückgedrängt, die  
27 sicher noch schlimmeres verhindert.

28 Der Versuch, hier sowohl ein Programm mit zu stützen, das gegen urgrüne Werte  
29 geht, wie wir sie im Grundsatzprogramm festgehalten haben UND GLEICHZEITIG  
30 gerade für diese Werte für andere Mehrheitsverhältnisse zu kämpfen, ist nicht  
31 mehr darstellbar und bei den letzten Wahlen klar gescheitert. Auch, weil es uns  
32 immer schwerer fällt, klar darzustellen, wofür wir als Grüne stehen und kämpfen.  
33 Hier braucht es erkennbare grüne Linien und auch die Konsequenz, dazu zu stehen  
34 im Zweifelsfall auch aus der Opposition heraus.

35 Eine (!) dieser "grünen Linien" muss für uns Grüne sein, dass wir die  
36 ökologische Transformation sozial gerecht gestalten. Und nicht dafür sorgen,  
37 dass Menschen mit weniger Geld, die am wenigsten zur Klimakrise beigetragen  
38 haben und am meisten unter den Folgen der Klimakrise zu leiden haben, jetzt auch  
39 noch die Kosten tragen sollen:

40 Ökologische Transformation: Sozial gerecht!

41 Für grüne Politik, die die Mehrheit der Bevölkerung spürbar entlastet

42 Eine Abwälzung der Transformationskosten und -risiken auf niedrige und mittlere  
43 Einkommensschichten darf es mit Grün nicht geben!

44 Deshalb erwarten wir die folgenden drei Punkte von unserer Regierung und einen  
45 verlässlichen Fahrplan bis Ende des 1. Quartals 2025.

46 1) Klimageld: Entlastung von Privatpersonen von steigenden CO2-Preisen

47 Damit Klimaschutz sozial gerecht ist, müssen jetzt so schnell wie möglich die  
48 rechtlichen und technischen Voraussetzungen zur Auszahlung eines  
49 einkommensabhängigen Klimageldes (das niedrige und mittlere Einkommen besonders  
50 entlastet) in Form von Direktzahlungen an Privatpersonen geschaffen werden.

51 Die Bundesregierung muss mit grüner Beteiligung noch im Jahr 2025 mit der  
52 Auszahlung eines Klimagelds beginnen, das Private von den Kostensteigerungen  
53 aufgrund steigender CO2-Preise bei Energie und Treibstoffen entlastet.

54 So wird klimafreundliches Verhalten belohnt und es findet ein sozialer Ausgleich  
55 im System statt.

56 Unterm Strich werden so Geringverdiener\*innen und Familien entlastet.

57 2) Arbeitende entlasten - Vermögende in die Verantwortung nehmen

58 Wir brauchen dringend mehr Investitionen in Klimaschutz, in öffentliche  
59 Infrastruktur,

60 Digitalisierung und Bildung. Aber dass dabei die größte Last bei Steuern und  
61 Sozialabgaben aktuell die normalen Arbeitseinkommen tragen, während  
62 Kapitaleinkommen bessergestellt werden, ist nicht gerecht!

63 Wenn wir Mehreinnahmen brauchen, dann nicht auf Kosten von Arbeiter\*innen und  
64 Normalverdiener\*innen. Hier braucht es noch 2025 eine spürbare Entlastung. Dafür  
65 sollen Superreiche und Kapitalerträge stärker zur Finanzierung des Gemeinwesens  
66 herangezogen werden. Etwa durch die Streichung der Abgeltungssteuer, so dass  
67 Kapitalerträge wieder gemeinsam mit dem Erwerbseinkommen progressiv besteuert  
68 werden, damit starke Schultern auch mehr tragen.

69 3) Gute Arbeit: Tariftreue

70 Wir investieren auch mit Milliarden an Steuermitteln massiv in Infrastruktur-  
71 und Transformationsaufgaben wie den Ausbau von Schienen und die Sanierung von  
72 Straßen und Brücken.

73 Von öffentlichen Geldern dürfen keine Dumpinglohn-Geschäfte unterstützt werden.

74 Es ist Kernbestandteil grüner Politik dafür zu kämpfen, dass hier gute  
75 Arbeitsbedingungen, guter Lohn und Transformation zusammengehen! Deshalb kämpfen  
76 wir für mehr Tarifbindung, die mehr Lohn, mehr Sicherheit, mehr Freizeit und

- 77 Mitbestimmung für Beschäftigte bringt. Und gehen als großer Auftraggeber voran,  
78 wie wir es bereits im Koalitionsvertrag geeint hatten: Keine öffentlichen Mittel  
79 mehr für Unternehmen, die sich nicht an die in der Branche üblichen  
80 Tarifbedingungen halten!
- 81 Die Zustimmung der ganzen Bundesregierung zum Bundestariftreuegesetz bis Anfang  
82 2025 machen wir zur Voraussetzung für eine weitere Regierungsbeteiligung.
- 83 4) Umweltschutz ist Gesundheitsschutz
- 84 Sozial-ökologisch bedeutet auch: Unsere Umwelt schützen – und damit unsere  
85 Gesundheit. Umweltpolitik, die unsere natürlichen Lebensgrundlagen bewahrt und  
86 allen, unabhängig davon, ob sie auf dem Land oder in der Stadt leben, wie viel  
87 Geld ihnen zur Verfügung steht und wo ihre Wohnung liegt, ein gesundes Leben  
88 statt Belastung durch Feinstaub und Schadstoffe wie Pestizide ermöglicht, muss  
89 stärker im Vordergrund Grüner Politik geschehen.

## Begründung

[erfolgt mündlich]

## V-97 Digitale Commons - für eine gerechtere, innovative und nachhaltige digitale Zukunft für alle

Antragsteller\*in: Friederike von Franqué (KV Frankfurt)

Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

### Antragstext

- 1 Eine gemeinwohlorientierte digitale Welt ist möglich!
- 2 Die Bundesversammlung von Bündnis90/GRÜNE fordert die Bundestagsfraktion,
- 3 Regierungsmitglieder und Landtagsfraktionen auf, bei ihrer Vision für eine
- 4 gerechte, innovative und nachhaltige Zukunft das Digitale mitzudenken und dafür
- 5 energisch die Weiterentwicklung und Unterstützung digitaler, offener und
- 6 kollaborativer Räume voran zu treiben, in denen an gemeinwohlorientierten
- 7 digitalen Gütern (DC - Digital Commons) oder Digitalen Öffentlichen Gütern (DPG
- 8 - Digital Public Goods) gearbeitet wird.
- 9 Konkret sollen sie sich dafür einsetzen, dass auf nationaler, europäischer und
- 10 globaler Ebene in öffentliche digitale Infrastrukturen investiert wird, dass
- 11 internationale Kooperationen dazu ausgebaut werden, dass Initiativen für
- 12 Digitale Gemeingüter gefördert und unterstützt werden, dass existierende
- 13 Digitale Gemeingüter geschützt und verbessert werden, dass in der öffentlichen
- 14 Verwaltung konsequent auf Open Source Lösungen gesetzt wird und dass digitale
- 15 Kompetenzen gefördert werden, um eine sinnvolle Beteiligung aller zu
- 16 ermöglichen.

### Begründung

Stellt Euch eine Welt vor, in der das Internet für alle angstfrei zugänglich ist und die zunehmende Digitalisierung der Menschheit zugute kommt. Schon jetzt gelten digitale öffentliche Güter als Schlüsselfaktoren für inklusive digitale Transformation und Innovation. Sie können mit ihrer Gemeinwohlorientierung zum Rückgrat werden für eine gerechte, feministische Entwicklung und die Entwicklung der Menschheit.

Unter digitalen Gemeingütern (Digital Commons) versteht man die kollektive Schaffung und das gemeinsame Eigentum an Informationen, Wissen, Daten Infrastruktur innerhalb einer Gemeinschaft. Dazu gehören u. a. Open-Source-Software, offene Daten, offene Standards, offene KI-Bibliotheken und offene Inhalte. Beispiele sind die gemeinschaftlich entwickelte Software Linux, das Projekt OpenStreetMap oder Wikipedia, die für alle frei zugänglich sind und die Zusammenarbeit, Innovation und nachhaltigen Fortschritt für die gesamte Menschheit fördern.

Durch die Förderung von gemeinsamem Eigentum und kollektiven Beiträgen sind Digitale Commons ein Katalysator für gemeinschaftliche Problemlösungen auf globaler Ebene. Gemeinschaften auf der ganzen Welt können auf vorhandenem Wissen aufbauen, Innovationen beschleunigen und Lösungen schaffen, die auf unterschiedliche Kontexte zugeschnitten sind.

Die offene Natur von Digital Commons unterstützt die nachhaltige Entwicklung etwa durch weniger Redundanz bei der Ressourcenzuweisung und durch einen verbesserten Wissenstransfer zwischen Industrie- und Entwicklungsregionen, aber auch die Förderung widerstandsfähiger digitaler Ökosysteme, die sich an veränderte Bedürfnisse anpassen können. Offene Bildungsressourcen demokratisieren das Lernen, gemeinsame Lehrpläne und Lehrmethoden verbessern die Bildungsqualität

weltweit, offene medizinische Forschung wie während der Pandemie beschleunigt wissenschaftliche Durchbrüche und vieles mehr. Das Vorhaben ist kein Hirngespinnst: Investitionen in europäische öffentliche Güter und Infrastrukturen gehören bereits zu den Hauptzielen des neuen Mandats der Europäischen Kommission.. Die Vereinten Nationen haben in ihrer jüngst verabschiedeten Deklaration (Global Digital Compact) diese Absicht unterstrichen.

Die aktuelle Realität zeigt, dass wir handeln müssen: unternehmerische Entscheidungen global aufgestellter Megakonzerne verzerren unseren öffentlichen Diskursraum mit negativen und desinformativen Botschaften und gefährden unsere Demokratie. Hinzu kommt der KI-Trend, der mit geschlossenen Modellen negative Auswirkungen hat. Allein der ungeheure Verbrauch an Strom und Wasser der für KI-Anwendungen gebauten Rechenzentren im Besitz einzelner Megakonzerne gefährdet sehr unmittelbar die globalen Nachhaltigkeitsziele. Der Ankauf des alten britischen Atomkraftwerkes Three Mile Island durch Microsoft sollte bei GRÜNEN die Alarmglocken schrillen lassen. Es geht aber auch um Ungleichheit: finanziell wären selbst die europäischen Staaten zusammen nur schwer in der Lage, das Investitionsvolumen in sogenannte KI abzudecken, das alleine der Konzern Meta für jedes Jahr angekündigt hat: 99 Milliarden Dollar.

Eine gemeinsame Entwicklung von KI-Modellen bleibt für die meisten Staaten und Gesellschaften daher die einzige Möglichkeit, an dieser Schlüsseltechnik der Zukunft teil zu haben. Zugleich bieten sich riesige Chancen, mit einer solchen Zusammenarbeit die Vielfalt der Welt abzubilden und dadurch zu besseren Ergebnissen gerade bei KI-Anwendungen zu kommen. I

Weil Zusammenarbeit nur mit Vertrauen funktioniert, sind Transparenz, ein hohes Schutzniveau etwa bei der Einhaltung der Menschenrechte und integrativ organisierte Zusammenarbeit essentiell. Wenn es gelingt, gemeinwohlorientierte Gemeinschaftsprojekte zu einer globalen Infrastruktur zu machen, an der alle teilhaben und von der alle profitieren können, über geografische, wirtschaftliche und soziale Barrieren hinweg, dann wird durch diese Demokratisierung von Wissen und Werkzeugen eine integrative Entwicklung ermöglicht, bei der niemand zurückgelassen wird.

Bündnis90/DIE GRÜNEN sollten sich für diese mutige und vielversprechende Vision einer digitalen Zukunft einsetzen.

## **weitere Antragsteller\*innen**

Benedikt Wildenhain (KV Essen); Alexander Schnapper (KV Ansbach); Brigitte Abraham (KV Frankfurt); Katerina Garcia (KV Wiesbaden); Bettina Deutmoser (BV Bundesverband); Fabian Koschitzki (KV Frankfurt); Ulrich Berens (KV Donau-Ries); Björn Canders (KV Frankfurt); Marcus Schmitt (KV Frankfurt); Christoph Behnke (KV Stade); Willi Junga (KV Berlin-Treptow/Köpenick); Thomas Schäfer (KV München); Simone Stolz (KV Lahn-Dill); Pia Troßbach (KV Frankfurt); Julia Burkhardt (KV Jena); Gustav Blaß (KV Gera); Sebastian André Grässer (KV Ettlingen); Stefan Hubertus (KV Rastatt/Baden-Baden); Christoph Lorenz (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); sowie 51 weitere Antragsteller\*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.

## V-98 Humanität und Ordnung: Auf uns GRÜNE kommt es an

Antragsteller\*in: Manuela Rottmann (KV Bad Kissingen)

Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

### Antragstext

1 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind die Partei des Rechtsstaats und der Menschenrechte.  
2 Unser Menschenrechtsverständnis ist universell. Egal welcher Herkunft, welchen  
3 Geschlechts, welcher sexuellen Orientierung, welcher Religion, welchen Handicaps  
4 – alle Menschen haben ein Recht auf ein Leben in Würde und Respekt und auf  
5 gleiche Chancen. Dieses humanistische, menschenrechtliche Leitbild ist durch  
6 viele Ideologien weltweit bedroht. Nationaler oder religiöser Chauvinismus,  
7 Rassismus und Islamismus sind die Feinde der Menschenrechte, die größte Gefahr  
8 für unsere vielfältige, freiheitliche Gesellschaft und unsere Sicherheit.

9 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind in der Geschichte der Bundesrepublik die Partei, die  
10 früher als alle anderen Parteien die Realität des Einwanderungslands Deutschland  
11 anerkannt und daraus politische Forderungen abgeleitet hat. Wir wissen, dass die  
12 gute Integration Geflüchteter Voraussetzungen hat, dass sie den Geflüchteten  
13 viel abverlangt, genauso wie der aufnehmenden Gesellschaft. Wir tragen in vielen  
14 Großstädten, in den Landkreisen und Gemeinden und Bundesländern Verantwortung  
15 für die Integration vor Ort. Unsere Mitglieder sind in einem hohen Maß  
16 ehrenamtlich in der Unterstützung für Geflüchtete engagiert. Wir haben  
17 Politikerinnen und Politiker in unseren Reihen.

18 Andere sehen jetzt die Aufnahme Geflüchteter durch die Große Koalition in den  
19 Jahren 2015/2016 als großen Fehler an, den man nicht wiederholen dürfe. Wir  
20 GRÜNE haben schon in den Jahren vor 2015 laut auf die unzureichende  
21 Unterstützung der Geflüchteten im Nahen Osten und aus Afghanistan in den  
22 überforderten Aufnahmelandern der Region durch die internationale Gemeinschaft  
23 und Deutschland hingewiesen. Es sind Fehler passiert. Aber nicht erst, als die  
24 Menschen am Budapester Bahnhof gestrandet sind, sondern deutlich früher.

25 Wenn wir auf die Fluchtbewegungen der Geschichte blicken, gehen diese in der  
26 Regel mit Konflikten auch in den Aufnahmegesellschaften einher. Große Teile der  
27 internationalen Gemeinschaft haben zwar mit der Genfer Flüchtlingskonvention  
28 rechtliche Konsequenzen aus den Fluchtbewegungen der nationalsozialistischen  
29 Diktatur in Deutschland und des von Deutschland ausgehenden II. Weltkriegs  
30 gezogen. Aber selbst die Aufnahme der 12 bis 14 Millionen Geflüchteten deutscher  
31 Sprache, der Vertriebenen, in Österreich und den vom Krieg zerstörten beiden  
32 deutschen Staaten war von Feindseligkeit und Überforderung begleitet. Rechtliche  
33 Regeln allein reichen für eine gelingende Fluchtpolitik nicht aus. Wir brauchen  
34 eine klare Absage an Rassismus und Intoleranz, wir brauchen aber auch Lösungen  
35 für die entstehenden Probleme. Nur dann schaffen wir eine breite  
36 gesellschaftliche Akzeptanz – das wesentliche Gegenmittel gegen eine strikte  
37 Abschottungspolitik.

38 Fluchtbewegungen werden uns weiter begleiten. Angesichts der zahlreichen  
39 gewalttätigen Auseinandersetzungen in der Nähe Europas und dem Verlust der  
40 Lebensgrundlagen aufgrund des Klimawandels wird die Bewahrung unserer liberalen,  
41 rechtsstaatlichen und toleranten europäischen Gesellschaftsordnungen, unserer



42 Sicherheit und des Zusammenhalts der Europäischen Union wesentlich davon  
43 abhängen, ob wir auf die Herausforderungen durch Flucht die richtigen Antworten  
44 finden.

45 Wir, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Deutschland und die Grüne Bewegung in Europa,  
46 werden dabei als starke Stimme für Rechtsstaatlichkeit, Integration und  
47 Menschenrechte gebraucht. Wir selbst haben es in der Hand, ob wir das Vertrauen  
48 der Bürgerinnen und Bürger gewinnen für eine Politik, die Zuflucht und  
49 Integration sichert und die Schwierigkeiten der Aufnahme von Geflüchteten  
50 bewältigt.

51 Das Gespräch über die Realität der Integration Geflüchteter und über die  
52 Aufnahmekapazitäten in Deutschland und in der EU ist schwierig geworden. Die  
53 Verschärfung des Tons und die Zunahme rassistischer Aussagen über rechtsextreme  
54 Parteien hinaus verengt im gesamten politischen Spektrum den Diskurs. Es droht,  
55 dass das eine politische Lager nur noch über Probleme von Fluchtmigration  
56 spricht und dabei sogar Migration generell nur noch negativ beschreibt, während  
57 das andere Lager in Reaktion darauf die Probleme und Herausforderungen nicht  
58 mehr adressiert, aus Furcht vor Verallgemeinerungen und einer Zunahme des  
59 Hasses.

60 In diese Falle dürfen wir nicht tappen. Die Differenzierung, deren Fehlen wir  
61 bei anderen oft zurecht kritisieren, müssen wir auch selbst leisten. Denn dann  
62 werden wir als glaubwürdige Stimme wahrgenommen, gerade von denen, die sich eine  
63 rationale Debatte und pragmatische Lösungen wünschen. Und so eine Stimme wird  
64 gebraucht! Dazu gehört auch die Unterscheidung zwischen fremdenfeindlich  
65 motivierten Einwänden gegen Geflüchtete und dem berechtigten Hinweis auf eine  
66 tatsächliche Überforderung bei der Aufnahme und Integration. Wenn uns das trotz  
67 der aufgeheizten Debatte gelingt, dann gewinnen wir die Menschen, die genau das  
68 Gegenteil von Fremdenfeindlichkeit wollen, nämlich eine funktionierende  
69 Integration und eine gute Perspektive für Geflüchtete in Deutschland.  
70 Schließlich: Auch wir sind nicht gefeit vor Fehleinschätzungen und sollten uns  
71 zugestehen, dass wir einerseits unsere Prinzipien wahren und andererseits bereit  
72 sind, über neue Lösungsansätze offen zu diskutieren.

## 73 Reduzierung ungesteuerter Zuwanderung

74 Die Integrationsfähigkeit eines Landes ist keine starre Größe, sie ist aber auch  
75 nicht beliebig und vor allem nicht kurzfristig zu vergrößern. Es ist BÜNDNIS  
76 90/DIE GRÜNEN zu verdanken, dass der lange Widerstand gegen eine verlässliche  
77 Co-Finanzierung der Integrationskosten in den Kommunen in der Bundesregierung  
78 überwunden und 2023 ein verlässlicher Beitrag des Bundes vereinbart wurde. In  
79 den Bundesländern achten wir darauf, dass diese Mittel auch vollständig und  
80 zügig in den Kommunen ankommen.

81 Aber Geld ersetzt kurzfristig keine fehlenden Fachkräfte für die Integration,  
82 ehrenamtlich Engagierte oder Bauplätze für Kindergärten oder Wohnungen. Extreme  
83 Spitzen bei den Asylgesuchen wie in den Jahren 2015/16 und 2022/23 und ein  
84 weiterhin hohes Grundniveau – neben dem Erfordernis, kurzfristig eine hohe Zahl  
85 von Kriegsflüchtlingen aus der Ukraine aufzunehmen – führen dazu, dass  
86 Integration verzögert und erschwert wird: Die Geflüchteten bleiben länger in  
87 provisorischen Unterkünften, sie warten länger auf Integrations- und Sprachkurse

88 oder berufliche Qualifikation, die Klärung eines Bleiberechts verzögert sich  
89 wegen Überlastung der Behörden, ebenso die Anerkennung von Abschlüssen. Auch die  
90 Aufnahmefähigkeit des Arbeitsmarktes kann solche Spitzen nicht gut abfangen. Aus  
91 solchen Verzögerungen entstehen Hürden, die sich oft auch noch viele Jahre  
92 später nachteilig auswirken.

93 Es stimmt, dass der Mangel an bezahlbaren Wohnungen, Lücken in der  
94 gesundheitlichen Versorgung oder die Überforderung der Bildungs- und  
95 Betreuungseinrichtungen ein schon länger und unabhängig von der  
96 Fluchtzuwanderung bestehendes Problem in Deutschland sind. Aber diese Analyse  
97 enthebt uns nicht von der berechtigten Erwartung der Bevölkerung und derjenigen,  
98 die die Integrationsarbeit vor Ort in den Kommunen leisten, dass Lösungen dafür  
99 gefunden werden und dass die Lage nicht noch weiter verschärft wird.

100 Deutschland kann und wird seiner Verantwortung für den Schutz vor Verfolgung  
101 weiter nachkommen. Über die Fluchtmigration hinaus wird unser Land seine  
102 grundlegende Integrationsfähigkeit, etwa im Bildungssystem, dauerhaft verbessern  
103 müssen. Dennoch brauchen wir jetzt eine Stabilisierung der Zahl der hier zu  
104 versorgenden Geflüchteten auf einem für die Integration leistbaren Niveau.  
105 Belegte Turnhallen sind weder für die Gesellschaft noch für die Geflüchteten  
106 eine wünschenswerte Situation.

107 Die Erhöhung des Drucks auf Geflüchtete, die bereits hier in Deutschland leben,  
108 wie sie die Union fordert, ist dafür nicht das richtige Mittel. Die zwangsweise  
109 Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften, das Fernhalten vom Arbeitsmarkt oder  
110 die weitere Verringerung staatlicher Unterstützung unter das Existenzminimum  
111 erhöht die Integrationshindernisse und das Risiko von Konflikten und Gewalt. Die  
112 erhoffte Abschreckungswirkung ist widerlegt.

113 Wir sind vielmehr davon überzeugt, dass es richtig war, dass die Bundesregierung  
114 den Zugang Geflüchteter zu Arbeit beschleunigt hat, und fordern hier weitere  
115 Erleichterungen, Unterstützung und Anreize. Dies kann auch die Verpflichtung zu  
116 gemeinnütziger Arbeit als ersten Schritt in die Arbeitsmarktintegration  
117 umfassen, sofern die Kommunen dies mit vertretbarem Aufwand leisten können und  
118 wollen.

## 119 **Rückkehr zu einer Gemeinsamen Fluchtpolitik der** 120 **EU unterstützen**

121 Die EU ist unter Druck von autoritären Regimen, die aktiv den Zerfall dieses  
122 historisch einmaligen Staatenverbunds vorantreiben, von Rechtsextremisten und  
123 Populisten in Europa, die sich willfährig für die Erfüllung dieser Aufgabe  
124 hergeben, aber auch durch die unterschiedliche Betroffenheit, die  
125 unterschiedlichen Erfahrungen und die unterschiedliche Interessenlage der  
126 Mitgliedstaaten im Hinblick auf Zuwanderung allgemein und Fluchtzuwanderung im  
127 Besonderen. Geflüchtete sind teilweise zum Mittel geworden, um die EU  
128 anzugreifen und auseinanderzutreiben. Belarus und Russland haben auch dieses  
129 Mittel bereits angewendet.

130 Die Europäische Union ist eine Rechtsgemeinschaft ohne eigenen Vollzugsmacht. In  
131 der Flüchtlingsfrage zeigt sich verstärkt, dass geltendes Recht in der Praxis  
132 immer weniger eingehalten wird. Illegale Push-Backs an den Außengrenzen sind

133 tägliche Praxis, das Dublin-System funktioniert schon lange nicht mehr, die  
134 geduldete oder geförderte Durchreise Geflüchteter aus den Erstankunftsländern  
135 findet weiter statt, weil ein geordneter Verteilmechanismus nicht durchsetzbar  
136 ist. Eine Rechtsgemeinschaft, in der Recht in der Realität nicht mehr  
137 eingehalten wird, wird aber auf Dauer zerfallen.

138 Klar ist für uns: Ein Scheitern der EU wird die Lösung vieler globaler Probleme  
139 unmöglich machen und die Situation für Geflüchtete definitiv nicht verbessern.  
140 Zur aktuellen europäischen Realität gehört allerdings eine rechtspopulistische  
141 Regierung wie die ungarische, die jede Zuwanderung strikt ablehnt. Dazu gehört  
142 auch europafreundliche, liberale Regierung wie die Polens, die bei der Aufnahme  
143 ukrainischer Kriegsflüchtlinge Enormes leistet, aber die Aufnahme Geflüchteter  
144 aus anderen Weltregionen ablehnt. Damit müssen wir umgehen, ob es uns gefällt  
145 oder nicht.

146 Die Rückkehr zu einer gemeinsamen europäischen Asylpolitik ist daher  
147 unerlässlich. Wir unterstützen daher ausdrücklich den Beitrag der deutschen  
148 Regierung und insbesondere unserer Außenministerin Annalena Baerbock zum  
149 Gemeinsamen Europäischen Asylsystem.

150 Innereuropäische Grenzkontrollen sind dann zu rechtfertigen, wenn sie durch eine  
151 akute Sicherheitsgefährdung angezeigt sind. Dauerhafte innereuropäische  
152 Grenzkontrollen gefährden den Zusammenhalt der EU und lösen das Problem nicht,  
153 sondern verschieben es allenfalls. Die grundlegende Lösung liegt nicht an den  
154 deutschen Grenzen, sondern in der Kontrolle der europäischen Außengrenzen unter  
155 Einhaltung des Flüchtlingsrechts und in einer verlässlichen Zusammenarbeit mit  
156 den Herkunfts- oder Transitregionen.

## 157 Internationale und europäische Fluchtpolitik

158 Weltweit nimmt die Zahl der Geflüchteten stark zu. Gleichzeitig sind  
159 Schleusungen in die EU und nach Deutschland ein Milliardengeschäft geworden, für  
160 das in erster Linie die Menschen, die sich auf diesen gefährlichen Weg machen,  
161 einen hohen Preis bezahlen, oft den Preis ihres Lebens, während Schutzbedürftige  
162 ohne finanzielle Mittel nur eine geringe Chance auf Aufnahme in die EU haben.  
163 Alle Argumente sprechen dafür, die geordnete Umsiedlung Geflüchteter direkt aus  
164 Herkunfts- oder Nachbarländern auszubauen, und die ungeordnete Zuwanderung über  
165 die gefährlichen Fluchtrouten zu verringern. Dies kann gelingen durch die  
166 Auslagerung der Prüfung von Asylgesuchen an die Außengrenzen und in  
167 Drittstaaten, unter der Bedingung, dass die Einhaltung der Vorgaben der Genfer  
168 Flüchtlings- und der Europäischen Menschenrechtskonvention nicht nur auf dem  
169 Papier, sondern in der Praxis gewährleistet werden kann, dass Deutschland und  
170 die EU ihre Zusagen zur Übernahme von Kontingenten – anders als oft in der  
171 Vergangenheit – einhalten und auch bereit sind, legale Wege zur Zuwanderung in  
172 die EU für diejenigen, die nach Ausbildung oder Arbeit suchen, zu eröffnen.

173 Nachbarstaaten in den Krisenregionen, die schon heute die größte Zahl an  
174 Geflüchteten aufnehmen, müssen dauerhaft und verlässlich bei dieser Aufgabe  
175 unterstützt und durch die Übernahme von Geflüchteten in die EU entlastet werden,  
176 und zwar nach fairen Kriterien und nicht mehr in Abhängigkeit ihres  
177 Erpressungspotenzials. Deutschland und die EU bleiben weiter in der  
178 Verantwortung, international Entwicklung, Frieden und den Schutz der

179 Lebensgrundlagen zu unterstützen. Eine Umwidmung der Entwicklungs- und  
180 humanitären Hilfe in die Finanzierung von Fluchtabwehr und erpresserischen  
181 Regimen würde die internationale Lage weiter destabilisieren und die Probleme  
182 verschärfen, anstatt sie zu lösen. Wenn es eine Lehre aus den Jahren vor 2015  
183 gibt, dann die, dass Deutschland und die EU ihre internationale Verantwortung  
184 nicht verdrängen dürfen.

## 185 **Offenheit braucht Sicherheit: Abschiebungen auf** 186 **Straftäter und Gefährder konzentrieren**

187 Europa ist auch deshalb Ziel vieler Menschen aus anderen Regionen, weil es eine  
188 sichere Region mit einem starken Rechtsstaat und enormer gesellschaftlicher  
189 Freiheit und Toleranz im weltweiten Vergleich ist. Die Werte der  
190 Gleichberechtigung der Geschlechter, religiöser und politischer Toleranz und der  
191 Gewaltfreiheit sind keine exklusiv europäischen Werte. Der arabische Frühling,  
192 Auslöser der Fluchtbewegung nach Europa vor knapp zehn Jahren, oder der  
193 opferreiche, mutige Kampf der Iranerinnen und Iraner gegen das Mullah-Regime  
194 zeigen uns, dass sich weltweit viele Menschen über ganz unterschiedliche  
195 Kulturen hinweg für diese Werte einsetzen.

196 Wenn westliche Gesellschaften weiterhin offene Gesellschaften bleiben wollen,  
197 müssen sie jedoch auch wehrhaft sein gegen diejenigen, die diese Werte  
198 bekämpfen. Die ungesteuerte Flucht nach Europa wurde auch vom IS missbraucht, um  
199 Täter islamistischer Anschläge einzuschleusen. Sie wird missbraucht, um  
200 Geflüchtete zu radikalisieren. Sie bringt auch Menschen nach Europa, die für  
201 ausländische Regimes arbeiten, oder Menschen, die in Gesellschaften mit einer  
202 extrem patriarchalen Gesellschaftsordnung aufgewachsen sind und diese  
203 Einstellung mitbringen.

204 Daraus entsteht eine Gefahr, vor der wir Geflüchtete genauso wie die ansässige  
205 Bevölkerung schützen müssen.

206 Zum einen müssen wir uns dieser Gefahr stellen und in Prävention investieren.  
207 Das setzt voraus, dass die Fluchtzuwanderung so geordnet wie möglich erfolgt.

208 Zum anderen müssen auf Radikalisierung, schwere Kriminalität und Gewalt schnelle  
209 und klare Reaktionen erfolgen. Die Abschiebung von Gefährdern und Straftätern  
210 ist richtig. Die von der Bundesregierung ermöglichten  
211 Abschiebungserleichterungen müssen vor allem für die Beschleunigung der  
212 Abschiebung dieser Personen genutzt werden. Wer stattdessen gut integrierte  
213 Menschen ins Visier nimmt, die sich nichts haben zu Schulden kommen lassen, nur  
214 um seine Statistik zu füllen, leistet der inneren Sicherheit und der Integration  
215 einen Bärendienst.

## 216 **Geflüchtete einbeziehen in die Gestaltung der** 217 **Integration**

218 Die hohe Zuwanderung 2015/2016 liegt bald zehn Jahre zurück. Viele derjenigen,  
219 die in dieser Zeit nach Deutschland gekommen sind, sind mittlerweile deutsche  
220 Staatsbürgerinnen und Staatsbürger. Sie haben beruflich Fuß gefasst und wollen  
221 Deutschland etwas zurückgeben.

222 Es ist an der Zeit, die Menschen nicht nur als Empfänger von Unterstützung zu  
223 sehen, sondern als Bürgerinnen und Bürger, als Mitgestalter unseres Gemeinwesens  
224 anzusprechen. Ob es um die Verhinderung von Radikalisierung oder um Wege zur  
225 Erhöhung der Erwerbstätigkeit geflüchteter Frauen geht: Es ist an der Zeit, mit  
226 den Geflüchteten nach Lösungen zu suchen, sie einzubinden in die Bewältigung der  
227 Herausforderungen, sie zu ermutigen, sich in ihren Kommunen, in den Ländern und  
228 im Bund einzubringen für ihre Communities und für das ganze Land.

## **weitere Antragsteller\*innen**

Fabian Hamak (KV Bad Kissingen); Dieter Janecek (KV München); Tatjana Splett (KV Würzburg-Land); Sebastian Schäfer (KV Esslingen); Doris Wagner (KV München); Boris Mijatovic (KV Kassel-Stadt); Alexander Rohde (KV Freyung-Grafenau); Maria Krieger (KV Kelheim); Christian Hartranft (KV München); Frank Wigger (KV Nürnberg-Stadt); Benjamin Adjei (KV München); Timur Ohloff (KV Berlin-Mitte); Chantal Kopf (KV Freiburg); Birgit Janecek (KV Berlin-Mitte); Andreas Auer (KV Passau-Stadt); Hanna Steinmüller (KV Berlin-Mitte); Ophelia Nick (KV Mettmann); Constantin Jahn (KV Dillingen); Angelika Rütz (KV Main-Spessart); sowie 59 weitere Antragsteller\*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.

## V-99 Schluss mit der Vernachlässigung der Frauengesundheit – Gendergerechte Medizin jetzt stärken!

Antragsteller\*in: Merieme Benali-Jockers (KV Berlin-Reinickendorf)  
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

### Antragstext

Die gesundheitliche Versorgung von Frauen in Deutschland ist unzureichend und basiert oft auf männlichen Normen. Dies führt dazu, dass Frauen unterversorgt werden und unnötig leiden müssen. Beispielsweise zeigen Studien, dass Frauen nach einem Herzinfarkt häufiger sterben, da ihre Symptome oft nicht erkannt oder ernst genommen werden. Auch die Wirkung von Insulin zeigt Unterschiede zwischen den Geschlechtern, was zu einer unzureichenden Behandlung von Frauen führen kann. Diese Diskriminierungen in der Gesundheitsversorgung müssen sofort beendet werden!

Zudem gibt es zahlreiche frauenspezifische Gesundheitsprobleme, die endlich die notwendige Aufmerksamkeit erhalten müssen. Dazu gehört die Versorgung bei Endometriose, Menopause und Lipödem, aber auch der Zugang zu notwendigen Behandlungen zur Krebsfrüherkennung, wie ein Brust-Ultraschall, der als Regelleistung in die gesetzliche Krankenversicherung aufgenommen werden muss.

#### Forderungen:

1. Mehr Investitionen in frauenzentrierte Forschung: Die Bundesregierung soll gezielte Förderprogramme für die Erforschung frauenspezifischer Krankheiten wie Endometriose, Menopause, PMS und Brustkrebs auflegen. Forschung muss auch geschlechtsspezifische Unterschiede bei weitverbreiteten Erkrankungen wie Herz-Kreislauf-Erkrankungen stärker berücksichtigen.
2. Geschlechts- und genderspezifische Datenerhebung: Gesundheitliche Datensätze müssen nach Geschlecht und Ethnie aufgeschlüsselt werden, um die spezifischen Bedürfnisse von Frauen sichtbar zu machen. Nationale Gesundheitsinstitute sollten geschlechtsspezifische Daten systematisch erfassen und analysieren, um Prävalenzen korrekt darzustellen.
3. Verbesserung des Zugangs zu geschlechtsspezifischer Versorgung: Frauen sollten den gleichen Zugang zu qualitativ hochwertiger Versorgung erhalten. Dies bedeutet nicht die gleiche Behandlung wie Männer, sondern eine, die auf ihre speziellen Bedürfnisse eingeht. Medizinische, pflegerische und therapeutische Ausbildungen und Leitlinien müssen geschlechtsspezifische Unterschiede in Symptomaten und Krankheitsbildern widerspiegeln. Auch Regelleistungen müssen um Maßnahmen ergänzt werden, die der Prävention und Heilung von genderspezifischen Erkrankungen verbessern. Ein Beispiel ist der Brustultraschall bei der Krebsprävention.
4. Förderung von Innovationen im Bereich Frauengesundheit: Der Bund soll neue Finanzierungsmodelle unterstützen, die gezielt Investitionen in die Frauengesundheit fördern, zum Beispiel durch steuerliche Anreize für Unternehmen, die in die Forschung und Entwicklung frauenspezifischer Produkte und Versorgung investieren.

39 5. Unterstützung von geschlechtergerechten Unternehmensrichtlinien: Arbeitgeber  
40 sollten aufgefordert werden, Richtlinien einzuführen, die die gesundheitlichen  
41 Bedürfnisse von Frauen unterstützen. Flexible Arbeitszeitmodelle für Frauen in  
42 den Wechseljahren oder Programme zur psychischen Gesundheit sollten als Standard  
43 etabliert werden. Darüber hinaus muss geprüft werden welche gesetzlichen  
44 Möglichkeiten bestehen ebendiese Maßnahmen einzuführen.

45 6. Unterstützung von Menschen mit Kinderwunsch: Es muss sichergestellt werden,  
46 dass Menschen, die Kinder bekommen wollen, nicht allein gelassen werden.  
47 Medizinische, psychologische und soziale Unterstützungsangebote müssen verstärkt  
48 und leicht zugänglich gemacht werden. Zur Sicherung der Lebensverhältnisse muss  
49 außerdem das Elterngeld endlich für alle gleich hoch ausfallen, statt  
50 lohnabhängig zu sein und sich als voller Lohnausgleich am Durchschnittseinkommen  
51 von Vollzeitbeschäftigten in Deutschland orientieren. Denn es ist erwiesen:  
52 Armut macht krank,

53 7. Schwangere und Gebärende besser schützen: Schwangerschaft und Geburt sind  
54 besondere Lebensphasen, in denen Gebärende das Recht auf Unterstützung zusteht.

55 98 Prozent der Frauen entscheiden sich, ihr Kind in einer Klinik zur Welt zu  
56 bringen. Zu häufig sind die Hebammen vor Ort allerdings überarbeitet und  
57 betreuen zu viele Gebärende. Es müssen endlich Rahmenbedingungen und Anreize für  
58 Kliniken zur Förderung physiologischer Geburten geschaffen werden. Dafür ist es  
59 zwingend notwendig das System der Fallpauschalen in der Geburtshilfe zu  
60 modifizieren oder abzuschaffen Auch die praktische Aus- und Weiterbildung aller  
61 in der geburtshilflichen Versorgung beteiligten Berufsgruppen muss gezielt auf  
62 die physiologische Geburt ausgerichtet werden.

63 Die Erhebung umfassender Daten zu Fehlgeburten ist von entscheidender Bedeutung.  
64 Aktuell gibt es keine systematische Erfassung von Fehlgeburten. Beendigung der  
65 Schwangerschaft nach der 24 Woche oder einem Körpergewicht von über 500 g gibt  
66 es eine Meldepflicht und man spricht von einer Totgeburt.

67 Die allgemeine Meinung geht davon aus, dass jede Dritte Schwangerschaft in einem  
68 Abort endet – es ist einfach nicht hinnehmbar, dass es keine Faktengrundlage zu  
69 gibt. Noch unannehmbar ist es, dass viele schwangere Personen kein  
70 angemesseneres Unterstützungsangebot erhalten. Das Mutterschutzgesetz weiter  
71 ausgebaut werden. Ein Anspruch auf Mutterschutz nach einer Fehlgeburt gibt es  
72 nicht- da sie selbst in der 20 Woche- keine Entbindung darstellt würde – im  
73 rechtlichen Sinne.

74 Eine bessere Datenerhebung könnte nicht nur die Forschung und Prävention  
75 stärken, sondern auch zur Enttabuisierung von Fehlgeburten beitragen. Viele  
76 Frauen und Familien werden mit dem psychischen und physischen Trauma  
77 alleingelassen. Deshalb muss die medizinische Nachsorge sowie psychologische  
78 Betreuung verbessert werden, um betroffenen Frauen und Familien umfassende  
79 Unterstützung zu bieten. Fehlgeburten sind ein gesellschaftlich und medizinisch  
80 relevantes Thema, das nicht weiter ignoriert werden darf.

81 Die Abschaffung des §218a ein entscheidender Schritt hin zu körperlicher und  
82 reproduktiver Selbstbestimmung. Das Recht auf sichere und legale  
83 Schwangerschaftsabbrüche sollte nicht kriminalisiert werden, da es Frauen in  
84 prekäre Situationen bringt und ihre Freiheit über den eigenen Körper  
85 einschränkt. Wir fordern eine Gesundheitsversorgung, die auf Vertrauen und

- 86 Selbstbestimmung basiert, statt auf Verboten und moralischen Urteilen. Die  
87 Streichung des §218a wäre ein Zeichen für mehr Gerechtigkeit und Gleichstellung,  
88 sowohl im rechtlichen als auch im gesundheitlichen Bereich. Ein feministisch  
89 geprägtes Gesundheitssystem muss die Autonomie von Frauen in den Mittelpunkt  
90 stellen und reproduktive Rechte als unantastbar anerkennen.

## **weitere Antragsteller\*innen**

Moritz Wiechern (KV Berlin-Reinickendorf); Shirin Kreße (KV Berlin-Mitte); Tariq Kandil (KV Berlin-Reinickendorf); Hannah Fuge (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Bennet Noah Dyllong (KV Berlin-Pankow); Peter Windsheimer (KV Berlin-Reinickendorf); Santiago Rodriguez Salgado (KV Berlin-Treptow/Köpenick); Margarethe Tober (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Joana Zühlke (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Johannes Mihram (KV Berlin-Mitte); Anke Dörsam (KV Berlin-Kreisfrei); Johannes Feldker (KV Berlin-Reinickendorf); Janna Voßnacker (KV Berlin-Reinickendorf); Sebastian Kitzig (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Teresa Krause (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Enad Altaweel (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Bettina Deutelmöser (BV Bundesverband); Cedrik Schamberger (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Monika Herrmann (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); sowie 127 weitere Antragsteller\*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.



## V-101 Jugendbeteiligung und Erstbewerber\*innen auf Mandate im politischen Betrieb nachhaltig fördern

Antragsteller\*in: Henning Singer (KV Südliche Weinstraße)  
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

### Antragstext

- 1 Wir leben in politisch konfliktreichen und krisenbehafteten Zeiten - die  
2 Coronapandemie sowie der anschließende völkerrechtswidrige Angriffskrieg  
3 Russlands auf die Ukraine samt Energiekrise und Nahost-Konflikt haben maßgeblich  
4 dazu beigetragen, dass die Gesellschaft – und vor allem junge Menschen bis 30  
5 Jahre in großen Teilen verunsichert ist. Leider mussten wir bei den vergangenen  
6 Wahlen feststellen, dass vor allem junge Wähler\*innen das Vertrauen in uns  
7 verloren haben. Wir als GRÜNE müssen dafür sorgen, dass sie sich wieder gehört,  
8 repräsentiert und ernstgenommen fühlen, indem wir Politik in deren Interesse  
9 machen.
- 10 Zu oft stellen wir als Zivilgesellschaft hohe Anforderungen an die junge  
11 Generation – sei es der Umweltschutz, die Rentensicherung oder auch das  
12 Ehrenamt, reflektieren uns als Gesellschaft als Ganzes aber zu selten. Die  
13 zentrale Frage lautet: „Wie können wir junge Menschen und Erstbewerber\*innen auf  
14 politische Mandate auf Landes- und Bundesebene besser und niederschwelliger in  
15 den demokratischen Willensbildungsprozess mit einbinden?“. Wenn wir uns diese  
16 Gedanken nicht machen – wer macht es denn dann? Wir sind die Partei in  
17 Regierungsverantwortung in diesem Land, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt  
18 wiederherstellen kann, da der soziale und inklusive Gedanke eine tragende Säule  
19 unseres Selbstverständnisses darstellt.
- 20 In Deutschland leben rund 13 Millionen junge Menschen im Alter bis 30 Jahre  
21 (Stand 2023) – rund 17.000 davon sind Teil der GRÜNEN JUGEND (Stand 2022). Wir  
22 müssen uns als Bundespartei weiter für junge Menschen und Erstbewerber\*innen auf  
23 politische Mandate öffnen und deren Interessen wie Arbeitsmarktintegration,  
24 Bildung und Klimagerechtigkeit nicht nur ansprechen, sondern diese  
25 Personengruppe auch sichtbarer in den Parlamenten vertreten haben – daher ist es  
26 unabdinglich, dass bei den zukünftigen Wahlen jeder der 16 Landesverbände wenn  
27 möglich 10% der zu vergebenden (aussichtsreichen) Landeslistenplätze für die  
28 Landtags- und Bundestagswahl an Erstbewerber\*innen vergibt.
- 29 Ebenfalls erachte ich es als sinnvoll für uns GRÜNE einen eigenen Discord-Server  
30 Anfang des kommenden Jahres aufzusetzen. Laut einer repräsentativen Studie von  
31 Statista aus diesem Jahr nutzen rund 28% der jungen Menschen unter 30 Jahren den  
32 Messengerdienst, um sich direkt in vielen verschiedenen Formaten untereinander  
33 austauschen zu können. Hier verfolgt beispielsweise die Initiative „Pixelgrüne“  
34 einen partizipativen Ansatz und bietet einen direkten Austausch mit  
35 Politiker\*innen auf Landes- und Bundesebene und dem Vorstand.
- 36 Große Stimmverluste kommen daher, da sich die Leute fragen „Wo sind die GRÜNEN  
37 überhaupt noch glaubwürdig?“ Wenn wir uns als soziale Partei verstehen, müssen  
38 wir es hinbekommen, dass wir diese Personengruppen bewusst ansprechen und diese  
39 weiter in den politischen Diskurs mit einbinden.

- 40 Hier müssen alle demokratischen Parteien an einem Strang ziehen und alle jungen  
41 Menschen besser politisch ansprechen und integrieren – denn diese werden unsere  
42 zukünftige Gesellschaft formen.

## **weitere Antragsteller\*innen**

Alex Hunczek (KV Hamburg-Nord); Obada Barmou (KV Germersheim); Florian Kraus (KV Altötting); Ingrid Bäumler (KV Cochem-Zell); Maximilian-Ronaldo Klante (KV Nürnberg-Stadt); Philip Weiß (KV Kurpfalz-Hardt); Joscha Pullich (KV Cochem-Zell); Jonas Lang (KV Nürnberg-Stadt); Johannes Mihram (KV Berlin-Mitte); Peter Kallusek (KV Südliche Weinstraße); Winfried Schürmann (KV Südliche Weinstraße); Christian Masser (KV Südliche Weinstraße); Ruth Rettberg (KV Südliche Weinstraße); Yvonne Treis (KV Cochem-Zell); Andreas Fladung (KV Südliche Weinstraße); Sebastian Lützow (KV Bayreuth-Stadt); Schakeela Stark (KV Südliche Weinstraße); Bärbel Sandberg (KV Pinneberg); Jörg Fischer (KV Vechta); sowie 30 weitere Antragsteller\*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.

## V-105 Rechtsanspruch auf einen Freiwilligendienst

Antragsteller\*in: Emilia Milla Fester (KV Hamburg-Mitte)  
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

### Antragstext

Wir GRÜNE stehen für eine emanzipatorische Jugendpolitik, die jungen Menschen nicht nur Freiräume für ihre persönliche Entwicklung bietet, sondern auch die Rahmenbedingungen schafft, in denen sie Verantwortung übernehmen können. Die aktuellen Debatten um die Wiedereinführung der Wehrpflicht und den von der CDU vorgeschlagenen Pflichtdienst unter dem Namen „Deutschlandjahr“ widersprechen diesem Grundsatz. Ein verpflichtendes Dienstjahr, wie es von konservativen Kreisen gefordert wird, ist nicht nur ein Rückschritt, sondern steht in klarem Widerspruch zu unseren Werten: der Selbstbestimmung und Freiheit.

Statt eines Pflichtdienstes, der die Jugend bevormundet, setzen wir auf die Programmvierfalt, die sich bewährt hat, in den Bundesfreiwilligendiensten und Jugendfreiwilligendiensten. Sie bieten jungen Menschen die Möglichkeit nach dem Beenden ihrer Schullaufbahn ein Orientierungsjahr einzulegen und sich dabei freiwillig in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen zu engagieren, fortzubilden und kennenzulernen. Freiwilligendienste sind ein wertvolles Instrument, das die Selbstwirksamkeit junger Menschen stärkt, ihnen Orientierung im Übergang zum Berufsleben bietet und ihnen die Chance gibt, gesellschaftliche Verantwortung zu übernehmen. Dabei liegt der Fokus auf Eigeninitiative und Freiwilligkeit, nicht auf Zwang.

Jedoch können bisher nicht alle jungen Menschen einen Freiwilligendienst leisten, vor allem aus finanziellen Gründen, aber auch, weil es vor allem in ausgewählten Sparten des Freiwilligendienstes nicht genug Platzangebote gibt. Wir wollen die Struktur der Freiwilligendienste grundlegend reformieren, um diese Zugangshürden zu minimieren und allen jungen, aber auch älteren, Menschen ein Jahr Freiwilligendienst ermöglichen.

Im Rahmen der Einführung eines individuellen Rechtsanspruchs auf einen Freiwilligendienst fordern wir:

- Angleichung der sozialen, ökologischen und internationalen Freiwilligendienste und des Bundesfreiwilligendienst mit dem freiwilligen Wehrdienst in Fragen der Besoldung/Taschengeld und Zusatzleistungen durch staatliche Unterstützung
  - mindestens aber sozialgestaffelte Anhebung des Taschengeldes entlang der BAföG-Sätze + ein kostenfreies Deutschlandticket für alle Freiwilligen und Anrecht auf alle Vergünstigungen, die Studierende und Senior\*innen erhalten.
  - Für die Finanzierung braucht es einen neuen Pakt zwischen Bund und Ländern.
- Einen schrittweisen Platzaufwuchs auf 350.000 jährliche Einsatzstellen binnen der nächsten 5 Jahre, vor allem in den Dienstfeldern, deren

39 Nachfrage höher ist als das Platzangebot. Denkbar ist hier ein  
40 Umlagefinanzierung zwischen Wirtschaft, Trägern und Staat.

- 41 • Eine Informationsoffensive, mit Motivationsschreiben von dem\*der  
42 Bundespräsident\*in an alle Menschen beim Schulabschluss und einer  
43 übergreifenden Plattform, die das breite Angebot der Dienste darstellt,  
44 Freiwillige berät, Angebote vermittelt.
- 45 • Besserstellung und Ausbau des pädagogischen Begleitprogramms, im Sinne der  
46 Medien- & Demokratiebildung bei den Trägern für alle Formen des  
47 Freiwilligendienstes, insbesondere beim freiwilligen Wehrdienst. Außerdem  
48 die Einrichtung einer Individualberatung oder -coaching für die Resilienz  
49 und seelische Gesundheit für die Freiwilligen.

50 Ein solcher Rechtsanspruch würde nicht nur die Anzahl der Freiwilligen erhöhen,  
51 sondern auch die Vielfalt und Qualität der Dienste sicherstellen. Denn nur wenn  
52 Freiwilligendienste für alle zugänglich sind – egal ob im Umweltbereich, der  
53 Pflege, im Bildungssektor oder im Katastrophenschutz – können sie ihre volle  
54 Wirkung entfalten.

55 Wir GRÜNE sind überzeugt, dass Freiwilligendienste nicht nur eine wertvolle  
56 Erfahrung für die Einzelnen sind, sondern auch einen positiven  
57 gesellschaftlichen Effekt haben. Sie fördern den Zusammenhalt, schaffen soziale  
58 Gerechtigkeit und tragen zur Bewältigung aktueller und zukünftiger  
59 Herausforderungen bei. Daher ist es unsere Aufgabe, den Zugang zu  
60 Freiwilligendiensten für alle jungen Menschen zu sichern – durch die Einführung  
61 eines Rechtsanspruchs und den gezielten Ausbau der Einsatzstellen.

## weitere Antragsteller\*innen

Denise Loop (KV Dithmarschen); Emily May Büning (KV Hamburg-Eimsbüttel); Pegah Edalatian-Schahriari (KV Düsseldorf); Maria Klein-Schmeink (KV Münster); Eva Lettenbauer (KV Donau-Ries); Jennifer Jasberg (KV Hamburg-Bergedorf); Paul Brock (KV Hamburg-Harburg); Carl-Emil Förster (KV Hamburg-Nord); Anne Dahlhaus (KV Hamburg-Nord); Marius Schlageter (KV Ludwigshafen-Stadt); Lisa Maria Otte (KV Hamburg-Nord); Yusuf Uzundag (KV Hamburg-Altona); Mariann von Redecker (KV Hamburg-Bergedorf); Marlene Schönberger (KV Landshut-Land); Rosa Domm (KV Hamburg-Wandsbek); Tjado Stemmermann (KV Berlin-Neukölln); Julia Michler (LV Grüne Jugend Hamburg); Nils Potthast (KV Hamburg-Bergedorf); Christina Markfort (KV Hamburg-Mitte); sowie 51 weitere Antragsteller\*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.

## Beschluss Gerechtigkeit statt Spardiktat: Für ein Land, das funktioniert

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz  
Beschlussdatum: 16.11.2024  
Tagesordnungspunkt: VR Im V-Ranking priorisierte Anträge

### Antragstext

- 1 An vielen Orten in unserem Land sind die offenen Baustellen des Auf-Verschleiß-  
2 Fahrens immer noch spürbar. Vom undichten Schuldach bis zu einsturzgefährdeten  
3 Brücken, zu wenigen Ärzt\*innen auf dem Land und nicht ausreichenden Kita-  
4 Plätzen. Gleichzeitig belasten steigende Mieten und hohe Lebensmittelpreise  
5 nicht die Handvoll der reichsten Deutschen, sondern vor allem die Menschen, die  
6 ohnehin schon jeden Cent umdrehen müssen. Wenn die Mehrheit der Bürger\*innen  
7 nicht das Gefühl hat, dass ihr Leben besser wird, gerät der gesellschaftliche  
8 Zusammenhalt aus den Fugen. Wo nicht ausreichend investiert, wo jedes fünfte  
9 Kind von Armut bedroht oder betroffen ist, wo das Land und seine Menschen  
10 kaputtgespart werden, da gedeiht der Rechtspopulismus.
- 11 Spardiktat in Krisenzeiten gefährdet Demokratie, Wirtschaft und Umwelt
- 12 Mit ihrem Spardiktat in Zeiten klammer Haushalte, magerer Binnennachfrage und  
13 Reallohnverlusten gefährden Kanzler Scholz, Finanzminister Lindner und Teile der  
14 CDU/CSU nicht nur die wirtschaftliche Zukunft unseres Landes, Arbeitsplätze und  
15 den gesellschaftlichen Zusammenhalt, sondern auch Klima- und Umweltschutz. Denn  
16 ohne die notwendigen Investitionen in klimaneutrale Infrastruktur und Wirtschaft  
17 und eine soziale Abfederung ist die Transformation in Gefahr.
- 18 Mit dem Deutschlandticket, der Erhöhung von Mindestlohn und Kindergeld, dem  
19 Startchancenprogramm, vier Milliarden Euro für bessere Kinderbetreuung, den  
20 umfangreichen Förderungen für klimafreundliches Heizen oder die Strom- und  
21 Gaspreisbremsen haben wir GRÜNE in der Bundesregierung in den vergangenen Jahren  
22 dagegen gehalten und immer wieder konkrete Lebensverbesserungen für viele  
23 Menschen durchgesetzt. Gemessen an dem, was nötig wäre, reicht das aber nicht.
- 24 Wir brauchen eine politische Agenda für ein Land, das funktioniert und bezahlbar  
25 ist. Eine Agenda für gute öffentliche Infrastruktur, bezahlbarem Wohnen und für  
26 höhere Löhne.
- 27 Das Spardiktat führt auch dazu, dass die militärische und zivile Unterstützung  
28 der Ukraine gegen ein imperiales Russland, das Freiheit und Demokratie in ganz  
29 Europa im Fadenkreuz hat, ausgespielt wird gegen Investitionen in die sozial-  
30 ökologische Transformation. Dabei muss klar sein: Freiheit, Demokratie und  
31 Wohlstand für alle ist langfristig nur möglich in Frieden, Klimaneutralität und  
32 sozialer Gerechtigkeit. Andauernde internationale Herausforderungen und  
33 Aggressionen zwingen uns dazu, in Zukunft unsere innere und äußere Sicherheit  
34 weiter zu stärken. Das verlangt große staatliche Investitionen.
- 35 Nicht nach unten treten, sondern gesellschaftliche Lasten fair verteilen
- 36 Doch statt über eine gerechte Finanzierung der gesellschaftlichen und  
37 wirtschaftlichen Zukunft zu sprechen, folgt täglich ein neuer Angriff auf  
38 diejenigen, die sowieso schon zu wenig haben. Verlustängste und Unsicherheit,

39 ausgelöst durch Jahre wirtschaftlicher und politischer Krisen von Corona bis  
40 Ukraine, schaffen hier einen gefährlichen Nährboden für das perfide politische  
41 Spiel des gegeneinander Auspielens ohnehin marginalisierter Gruppen und des  
42 Schürens von Ressentiments gegen Bürgergeldbeziehende oder Geflüchtete. Das  
43 machen wir GRÜNE nicht mit. Es ist ungerecht, wenn Multi-Millionäre anteilig  
44 weniger Steuern zahlen als Facharbeiter\*innen und wenn die reichsten 1% in  
45 Deutschland insgesamt mehr Vermögen haben als 90% der restlichen Menschen  
46 zusammen. In fast keinem anderen Land der EU ist die Vermögenskonzentration so  
47 stark wie in Deutschland. Das heißt unter anderem: Reichtum wird nahezu  
48 vollständig vererbt und beruht nur noch selten auf Leistung. Dennoch werden  
49 Reiche gesellschaftlich bevorzugt. Nicht nur im Bildungsbereich, sondern auch in  
50 der Berufswelt und beim Einfluss auf gesellschaftliche Entscheidungen.  
51 Gleichzeitig ist ein Aufstieg mit Vermögensaufbau durch eigene Arbeit derzeit  
52 nahezu unmöglich.

53 Deswegen nehmen wir GRÜNE die Superreichen in die Verantwortung und rücken die  
54 Alltagsorgen der Menschen in den Mittelpunkt.

55 Unsere Vorschläge:

56 Schuldenbremse reformieren und Gerechtigkeitslücken im Steuersystem schließen

57 Um das Gemeinwohl zu stärken, bedarf es ausreichender finanzieller Mittel. Diese  
58 sind notwendig, um in Bildung, Infrastruktur und soziale Dienstleistungen zu  
59 investieren und so den Wohlstand für alle zu sichern. Ein entscheidender Schritt  
60 ist die Reform der Schuldenbremse. Angesichts des Investitionsstaus der letzten  
61 Jahre müssen wir jetzt handeln und kluge Investitionsentscheidungen treffen,  
62 damit wir den nachfolgenden Generationen ein modernes, funktionierendes und  
63 klimaneutrales Land ermöglichen. Wir schlagen für diese investiven Ausgaben eine  
64 Reform der Schuldenbremse und einen Deutschland-Investitionsfonds vor.

65 Wir müssen jedoch ebenfalls dafür sorgen, dass Menschen da sind, die sich um  
66 unser Zusammenleben kümmern. Lehrer\*innen und Erzieher\*innen, Busfahrer\*innen  
67 und Bademeister\*innen, Polizist\*innen und Sozialarbeiter\*innen. Sie alle werden  
68 gebraucht und sie alle haben gute Löhne und Arbeitsbedingungen verdient. Um  
69 diese laufenden Ausgaben zu finanzieren, wollen wir Gerechtigkeitslücken in  
70 unserem Steuersystem schließen.

71 Investitionen statt Investitionsbremse

72 Das aktuelle Regelwerk der Schuldenbremse ist eine Zukunftsbremse für  
73 Deutschland. Die Schuldenbremse muss reformiert werden, mit dem Ziel, die  
74 Aufnahme von staatlichen Krediten in dem Umfang, wie vom Staat Investitionen  
75 getätigt werden, zu ermöglichen. Die Konjunkturkomponente muss für den nötigen  
76 Spielraum ausgeweitet werden, um damit dem Staat zu ermöglichen, in  
77 wirtschaftlich schwierigen Zeiten handlungsfähiger zu sein.

78 Auf kommunaler Ebene geht der Städte- und Gemeindebund von einem  
79 Investitionsstau von 186 Mrd. Euro aus. Bundesweit wird er vom IW auf 600 Mrd.  
80 Euro beziffert. Wir machen deshalb einen neuen Vorschlag: den "Deutschland-  
81 Investitionsfonds für Bund, Länder und Kommunen". Europäisch setzen wir uns für  
82 ein starkes Investitionsprogramm für öffentliche Infrastruktur und  
83 Wettbewerbsfähigkeit ein. Investitionen in Klima- und Umweltschutz,  
84 Krankenhäuser, bezahlbares Wohnen, Schulen, Kitas und unser Schienennetz haben  
85 für uns die höchste Priorität.

86 Klimageld einführen

87 Wir fordern ein Klimageld wie im V-Antrag "Klimageld einführen" beschrieben und  
88 am 16.11.2024 auf der BDK in Wiesbaden beschlossen.

89 Einführung einer armutsfesten Kindergrundsicherung

90 Jedes fünfte Kind in Deutschland gilt als arm oder armutsgefährdet. In Armut  
91 aufzuwachsen bedeutet häufig die bittere Erfahrung von Ausgrenzung sowie eine  
92 Benachteiligung bei Wohnen, Gesundheit und Bildung. Kinderarmut in einem so  
93 wohlhabenden Land wollen wir nicht länger hinnehmen. Wir brauchen eine  
94 armutsfeste Kindergrundsicherung, die die verschiedenen Leistungen  
95 zusammenführt, um einen einkommensabhängigen Zusatzbetrag ergänzt und  
96 Anspruchsberechtigte unaufgefordert über die Leistung informiert. Die  
97 Beantragung soll unbürokratisch über ein digitales Portal möglich sein.

98 Gute Löhne und starke Mitbestimmung

99 Wer arbeitet, muss davon leben und fürs Alter vorsorgen können. Gute Löhne sind  
100 die Grundlage für eine erfolgreiche Wirtschaft und ein funktionierendes  
101 Sozialsystem.

102 Mit der Änderung des Mindestlohngesetzes und der nachhaltigen Stärkung der  
103 Tarifbindung werden wir die Lebenssituation von Millionen Menschen verbessern.  
104 Deshalb setzen wir uns für eine höhere Tarifbindung, ein starkes  
105 Tariftreuegesetz, eine nachhaltige Erleichterung der  
106 Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen, die Kopplung von  
107 Fördermitteln an die Tarifbindung der Unternehmen und einen schrittweise  
108 steigenden Mindestlohn von zunächst 15 Euro in 2025 ein und das auch für unter  
109 18-Jährige. Hierfür verankern wir den Referenzwert von 60% des Medianlohns aus  
110 der EU-Mindestlohnrichtlinie in das deutsche Mindestlohngesetz. Mit der Änderung  
111 des Mindestlohngesetzes und der nachhaltigen Stärkung der Tarifbindung werden  
112 wir die Lebenssituation von Millionen Menschen verbessern.

113 Für Auszubildende fordern wir eine bessere Mindestausbildungsvergütung, die ein  
114 eigenständiges Leben ermöglicht. Mit einer solidarischen Ausbildungsumlage  
115 sorgen wir dabei für einen finanziellen Ausgleich, um die  
116 Ausbildungsbereitschaft kleiner und mittlerer Betriebe zu fördern.

117 Bezahlbares Wohnen ist die soziale Frage unserer Zeit

118 Deswegen brauchen wir verschiedene Maßnahmen, um bezahlbares Wohnen für alle  
119 Menschen zu ermöglichen: Wir brauchen endlich starke Instrumente für  
120 Mieter\*innenschutz.

121 Wir fordern eine Verschärfung der Mietpreisbremse durch die Abschaffung von  
122 Ausnahmen und eine Senkung der Kappungsgrenze für Mieterhöhungen. Indexmieten  
123 sollen durch Obergrenzen reguliert werden und Sanierungen müssen  
124 warmmietenneutral umgelegt werden. Die Vermietung möblierter Wohnungen muss  
125 streng reguliert und die Zweckentfremdung von Wohnraum geahndet werden. Wir  
126 wollen einen deutlich stärkeren Schutz bei Eigenbedarfskündigungen und bei  
127 Kündigungen wegen Mietschulden, sowie eine Entfristung der Umwandlungsbremse.  
128 Wir wollen "Housing First"-Programme gegen Obdachlosigkeit unterstützen und  
129 gemeinwohlorientiertes und ressourcensparendes Bauen fördern.

130 Wir wissen, dass Mieter\*innen ihre Rechte häufig nicht kennen oder sich nicht  
131 trauen, sie rechtlich durchzusetzen. Dagegen hilft das strengste Mietrecht  
132 nicht. Deswegen wollen wir einerseits Mieter\*innen besser über ihre Rechte  
133 aufklären und gleichzeitig die Kommunen befähigen, bei der Rechtsdurchsetzung zu  
134 unterstützen. Kommunen sollen angespannte Wohnungsmärkte eigenständig nachweisen  
135 können. Vorkaufsrechte und Baugebote der Kommunen wollen wir stärken.  
136 Mietspiegel sollen durch die Verlängerung des Betrachtungszeitraums besser  
137 qualifiziert werden.

138 Mit einer echten Neuen Wohngemeinnützigkeit nach dem Wiener Modell sichern und  
139 schaffen wir dauerhaft sozialen und bezahlbaren Wohnraum durch Investitionen und  
140 Steuererleichterungen. Unser Ziel ist es, gemeinwohlorientierte  
141 Wohnungsunternehmen wie Baugenossenschaften stärker zu unterstützen.

142 Wir fordern, einen Mietenstopp in angespannten Wohnungsmärkten zu ermöglichen.  
143 Mietwucher muss durch die Stärkung des § 5 Wirtschaftsstrafgesetzbuch bekämpft  
144 werden, um den Nachweis für Mietende zu erleichtern. Zudem fordern wir ein  
145 höheres Förderprogramm zur Aktivierung des Gebäudebestands durch Sanierung,  
146 Aufteilung, Aufstockung und Dachgeschossausbau, um leistbaren Wohnraum zu  
147 schaffen. Darüber hinaus setzen wir uns für Investitionen in Höhe von mindestens  
148 50 Mrd. für sozialen und gemeinnützigen Wohnungsbau und eine deutliche  
149 Verlängerung von Sozialbindungen ein.

150 Wir wollen Spekulationen mit dem Zuhause von Mieter\*innen verhindern. Wir  
151 akzeptieren nicht, dass Wohnkonzerne und Immobiliengesellschaften Rendite  
152 ausschütten, während Wohnungen verfallen, in denen Menschen leben. Diesen  
153 Geschäftsmodellen wollen wir einen Riegel vorschieben. Darum wollen wir diese  
154 Akteur\*innen darauf verpflichten, ihrer Verantwortung nachzukommen und die  
155 Ausschüttung von Renditen begrenzen, wenn sie dieser Verantwortung nicht gerecht  
156 werden.

157 Eine wesentliche Ursache für die Mietpreissteigerungen der vergangenen Jahre  
158 sind auch die geringen Leerstandsquoten, denn unsere Städte wachsen und sind für  
159 alle Altersgruppen attraktiv. Deshalb wollen wir dafür Sorge tragen, dass  
160 insgesamt auch mehr Wohnraum entsteht und mehr Angebot geschaffen wird.

161 Bodenwertsteigerungen, die leistungslos durch Verbesserungen der öffentlichen  
162 Qualitäten, durch Überplanung oder einfach über die Zeit steigen, sind ein  
163 wichtiger Faktor für Mietenanstiege. Wir wollen perspektivisch Ansätze  
164 weiterentwickeln, die diese Steigerungen bremsen könnten.

165 Steuerfreiheit von Gewinnen aus Immobilienverkäufen beenden

166 Aktuell sind Gewinne aus Immobilienverkäufen nach einer "Spekulationsfrist" von  
167 zehn Jahren steuerfrei. Diese Regelung wird oft von Investoren genutzt, um auf  
168 steigende Immobilienpreise zu spekulieren und anschließend steuerfreie Gewinne  
169 zu erzielen. Dies führt zu erheblichen Steuermindereinnahmen in Höhe von  
170 schätzungsweise 6 Milliarden Euro im Jahr. Wir fordern deshalb die Abschaffung  
171 dieser Spekulationsfrist für nicht zu eigenen Wohnzwecken genutzte Immobilien.

172 Gewerbesteuerfreiheit von vermögensverwaltenden Kapitalgesellschaften im  
173 Immobilienbereich beenden

174 Derzeit sind Immobiliengesellschaften, die ausschließlich vermögensverwaltend  
175 tätig sind, von der Gewerbesteuer auf Mieteinnahmen befreit. Sie müssen also nur



176 Körperschaftsteuer von 15% auf ihre Gewinne zahlen, während alle anderen  
177 Gesellschaften mit anderen Einkunftsquellen durchschnittlich etwa 29% Steuern  
178 (Körperschafts- und Gewerbesteuer) zahlen. Diese Steuervergünstigung führt zu  
179 Ungerechtigkeiten zwischen Wirtschaftszweigen, lockt stark renditegetriebene  
180 Investitionen in den Immobiliensektor und mindert die Einnahmen der Kommunen,  
181 die die Gewerbesteuer als einzige eigene Einnahmequelle haben. Wir setzen uns  
182 für die Abschaffung dieser Gewerbesteuerbefreiung bei Immobiliengesellschaften  
183 ein. Dadurch entgehen den Kommunen schätzungsweise 1,5 Milliarden Euro jährlich.

184 "Share Deals" bei Immobilienkäufen verhindern

185 Durch sogenannte "Share Deals" können große Immobilienunternehmen die  
186 Grunderwerbsteuer umgehen, indem sie nicht die Immobilie selbst kaufen, sondern  
187 Anteile an Immobiliengesellschaften übertragen. "Share Deals" machten in den  
188 vergangenen Jahren in Ballungszentren sogar bis zu 30 Prozent der  
189 Immobilientransaktionen aus. Wohl rund 1 Mrd. Euro kosten diese legalen  
190 Umgehungen den Staat jährlich. Die Praxis der "Share Deals" fördert zudem  
191 Preisspekulation auf dem Immobilienmarkt und begünstigt Großinvestoren gegenüber  
192 Einzelkäufern. Eine Lösung wäre eine Reform nach niederländischem Vorbild. So  
193 würde die Grunderwerbsteuer ab einer Übernahme von wenigen Prozent einer  
194 Immobiliengesellschaft anteilig anfallen.

195 Bund-Länder-Pakt "Mentale Gesundheit"

196 Wir schlagen einen Bund-Länder-Pakt für mentale Gesundheit vor. Alle Menschen,  
197 insbesondere Kinder und Jugendliche, sollen im Bedarfsfall niedrigschwellige  
198 Zugänge zu passgenauen psychosozialen und therapeutischen Angeboten haben.  
199 Therapieplätze, Beratungsstrukturen und die Ausbildung von Fachpersonal müssen  
200 finanziell gestärkt und stark ausgebaut werden.

201 Priorisiertes Vorgehen bei vermögensbezogener Besteuerung

202 Insbesondere bei der Konzentration von sehr hohen Vermögen gibt es auch im  
203 internationalen Vergleich große Handlungsnotwendigkeit in Deutschland. Wir GRÜNE  
204 haben gute Konzepte für eine zielgerichtete Vermögensbesteuerung, die die  
205 Vermögensungleichheit effektiv reduzieren, und die umsetzbar und gerecht sind.  
206 Zu möglichen Ansätzen gehören: Eine globale Milliardärsteuer, wie sie Brasilien  
207 im Rahmen der G20 vorgeschlagen hat. Eine fairere Erbschaftsteuer ohne Ausnahmen  
208 für sehr große Vermögen. Eine gerechte Immobilienbesteuerung ohne Schlupflöcher  
209 wie "Share Deals" oder andere Steuerausnahmen für Immobilienkonzerne. Eine  
210 nationale Vermögensteuer auf sehr hohe Vermögen oberhalb eines Freibetrags von  
211 mehreren Millionen Euro. Bei der Besteuerung von Vermögen haben wir  
212 grundsätzlich neben den Zielen Gerechtigkeit und Gemeinwohlfinanzierung auch  
213 immer den Erhalt von Investitionsmöglichkeiten und Arbeitsplätzen bei den  
214 Betriebsvermögen im Blick.

215 Wir GRÜNE möchten endlich etwas erreichen beim Angehen großer  
216 Gerechtigkeitslücken bei der Besteuerung. Zu lange ist trotz breiter Forderungen  
217 nichts passiert. Unsere Prioritäten sind: Der aktive Einsatz für die Einführung  
218 der globalen Milliardärsteuer. Das effektive Angehen der Ausnahmen bei der  
219 Erbschaftsteuer für sehr große Erbschaften. Das Schließen weiterer offenkundiger  
220 Gerechtigkeitslücken im Steuersystem vor allem bei der Immobilienbesteuerung und  
221 beim Auseinanderklaffen der Besteuerung von Arbeits- und Kapitaleinkünften.

222 Deutschland soll sich aktiv für die Einführung der globalen Milliardärsteuer  
223 einsetzen

224 Viele Hochvermögende nutzen internationale Schlupflöcher, um ihre Steuerlast zu  
225 minimieren. Eine Mindestabgabe auf das Vermögen der reichsten Menschen der Welt  
226 würde dazu beitragen, die Finanzierung globaler Herausforderungen wie  
227 Klimaschutz und Armutsbekämpfung zu verbessern, kleine und mittlere Einkommen zu  
228 entlasten und die Steuergerechtigkeit zu erhöhen. Brasilien, das bis Dezember  
229 2024 die G20-Präsidentschaft hält, hat kürzlich einen Vorschlag zu einer  
230 globalen Steuer für Milliardäre bei den G20 eingebracht, um sicherzustellen,  
231 dass Hochvermögende einen fairen Anteil zur Lösung globaler Probleme beitragen.  
232 Wir GRÜNE unterstützen dieses Vorhaben und machen uns dafür stark, dass  
233 Deutschland eine aktive Rolle für die Einführung einer globalen Milliardärsteuer  
234 einnimmt. Dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) zufolge gibt es  
235 in Deutschland 255 Haushalte mit einem Nettovermögen von mehr als einer  
236 Milliarde US-Dollar. Mögliche Einnahmen schätzt das DIW für Deutschland auf 5,7  
237 Mrd. Euro.

238 Für mehr Gerechtigkeit und Effizienz: Erbschaftsteuer reformieren

239 Wir fordern eine Erbschaftsteuer wie im V-Antrag "Für mehr Gerechtigkeit und  
240 Effizienz: Erbschaftsteuer reformieren" beschrieben und am 16.11.2024 auf der  
241 BDK in Wiesbaden beschlossen.

242 Dazu gehört, dass wie Privilegien in der Erbschaftssteuer für diejenigen  
243 abschaffen soll, die Anteile an einem Wohnungsunternehmen mit einem  
244 Immobilienbestand von mindestens 300 Wohneinheiten erben und dafür heute keine  
245 Erbschaftsteuer zahlen muss. Wer hingegen zwei oder drei Immobilien erbt und die  
246 Freibeträge überschreitet, zahlt auf den restlichen Wert Erbschaft- oder  
247 Schenkungsteuer. Diese Ausnahme für Erbschaften mit 300 oder mehr Wohneinheiten  
248 ist seltsam ungerecht und sollte abgeschafft werden.

249 Gezielte Entlastungen für Haushalte mit Kindern

250 Das Ehegattensplitting fördert traditionelle Geschlechterrollen und Altersarmut  
251 bei Frauen. Es ist weder gerecht noch zeitgemäß und benachteiligt andere  
252 Familienformen gegenüber verheirateten Paaren. Wir wollen gezielte Entlastung  
253 von Familien mit Kindern, vor allem von Alleinerziehenden und ihren Kindern.  
254 Hierbei müssen insbesondere Geringverdienende entlastet werden, u.a. durch eine  
255 Steuergutschrift für Alleinerziehende.

256 Gewinne aus Kapitalvermögen wie Löhne besteuern

257 Derzeit werden Einkünfte aus Kapitalvermögen, im Gegensatz zu allen anderen  
258 Einkunftsarten, pauschal mit einem Steuersatz von 25 Prozent besteuert. Dies  
259 führt zu einer Benachteiligung von Arbeitnehmer\*innen und begünstigt  
260 insbesondere Menschen mit hohem Vermögen. Wir fordern daher eine Änderung der  
261 Besteuerung von Kapitaleinkünften, um eine gerechtere Verteilung der Steuerlast  
262 zwischen Löhnen und Gehältern auf der einen Seite und Kapitalerträgen auf der  
263 anderen Seite zu erreichen. Dies erreichen wir durch eine Reform der  
264 Kapitalertragssteuer und eine Überführung von Kapitalerträgen in den allgemeinen  
265 Einkommenssteuertarif. Den Sparerpauschbetrag wollen wir zur Vereinfachung und  
266 zur Reduzierung des bürokratischen Aufwands beibehalten. Damit wäre  
267 sichergestellt, dass auch Kapitaleinkommen einen angemessenen Beitrag zur  
268 Finanzierung des Gemeinwesens leisten.

269 Effektive Bekämpfung von Steuerhinterziehung, sowie die Verhinderung von  
270 Steuerumgehung

271 Derzeit kämpfen die Strafverfolgungsbehörden im Bereich der Steuerkriminalität  
272 noch als David gegen Goliath. Deshalb verliert Deutschland schätzungsweise 100  
273 Milliarden Euro pro Jahr. Damit die Strafverfolgungsbehörden endlich effektiv  
274 Steuerkriminalität entdecken und verfolgen können, müssen sie dringend besser  
275 ausgestattet werden, finanziell und administrativ. Um Vollzugsdefizite bei der  
276 Bekämpfung von Steuerkriminalität zu beheben, müssen Kompetenzen bei einer  
277 bundesweiten Ermittlungsbehörde gebündelt werden. Das Bundesamt zur Bekämpfung  
278 von Finanzkriminalität sollte deshalb auch für Steuerkriminalität in diesen  
279 Fällen zuständig sein. Die Milliardengewinne wie aus dem CumCum-Betrug holen wir  
280 konsequent von den Banken zurück, Umsatzsteuerbetrug durch manipulierte Kassen  
281 und grenzüberschreitende Karussellgeschäften lassen wir nicht mehr zu. Bei der  
282 Bestrafung von Steuerkriminalität lassen wir die Großen nicht laufen. Dass  
283 Strafen für Steuerbetrug häufig ausbleiben oder geringer sind als beim Fahren  
284 ohne Fahrschein, ist ein unhaltbarer Zustand.

285 Daneben gibt es in Deutschland viele legale Modelle, um die Besteuerung zu  
286 umgehen. Diese stehen zumeist nur privilegierten Gruppen offen und sind daher  
287 ungerecht. Wir wollen derartige Umgehungsmodelle durch gezielte  
288 Gesetzesänderungen verhindern.

289 Alle Kommunen handlungsfähig machen zur Abwendung der kommunalen Finanznot

290 Statt sich auf gleichwertige Lebensverhältnisse hin zu bewegen, drohen die  
291 Kommunen in Deutschland weiter auseinanderzudriften und die Spaltung der  
292 kommunalen Familie schreitet voran. Konkret bedeutet das: Jede zweite Kommune  
293 sieht sich finanziell nicht in der Lage den Klimaschutz und wichtige soziale  
294 Veränderungen anzugehen. 15% der Kommunen können langfristig keinen  
295 ausgeglichenen Haushalt aufstellen, viele von ihnen sind in der sogenannten  
296 Haushaltssicherung und können eigenständig überhaupt keine Investitionen  
297 tätigen. Allein die Investitionsrückstände, um die kommunale Infrastruktur auf  
298 aktuellem Niveau zu halten, belaufen sich auf mittlerweile 186,1 Milliarden,  
299 weil Deutschland schon jahrelang hier so wenig investiert hat wie sonst fast  
300 kein EU-Land.

301 Damit in Zukunft alle Kommunen wieder allen Menschen ein gutes Leben ermöglichen  
302 und eine lohnende Zukunftsperspektive zeichnen können, muss sich an der  
303 finanziellen Situation der Kommunen etwas grundlegend ändern.

304 Wie auch schon in vorherigen Parteiprogrammen benannt, müssen Sozialaufgaben und  
305 weitere an die Kommunen übertragene Aufgaben vollständig und im Sinne des  
306 Konnexitätsprinzips von den Ländern und dem Bund übernommen werden. Wer  
307 bestellt, der bezahlt. Aktuell nötigen die Schuldenbremse und die nicht  
308 ausgeglichenen Zahlungen im Rahmen des Konnexitätsprinzips auf Bundes- und  
309 Landesebenen die Kommunen dazu, Schulden aufzunehmen. Hier müssen sich die Länder  
310 und der Bund stärker als bisher engagieren. Die aktuell über Förderprogramme  
311 ausgeschütteten Gelder müssen zukünftig vermehrt den Kommunen direkt zur  
312 Verfügung gestellt werden. Das spart Bürokratie, vereinfacht eine zielgerechte  
313 Verwendung der Gelder und stellt eine langfristige Lösung dar. Insbesondere soll  
314 dies durch eine Stärkung der ungebundenen kommunalen Mittel erreicht werden.  
315 Dazu sollte der Anteil der Kommunen an den Steuereinnahmen erhöht werden und die  
316 Verteilung sich an dem echten Bedarf vor Ort orientieren. Die verbleibenden

317 Förderprogramme werden an den tatsächlichen Bedürfnissen und der tatsächlichen  
318 finanziellen Leistungsfähigkeit der Kommunen ausgerichtet. Damit die sozial-  
319 ökologische Transformation überall weitergehen kann, müssen hochverschuldete  
320 Kommunen in die Lage versetzt werden, ihre Kredite zu finanzieren. Dazu schlagen  
321 wir einen Altschuldenfonds vor.

322 Um eine bessere Analyse und eine Vergleichbarkeit der Vermögenssituation  
323 herzustellen, wollen wir die Haushalte von Kommunen, Ländern und dem Bund  
324 künftig nach den Grundsätzen der doppelten Haushaltsführung transparenter und  
325 generationengerechter gestalten.

326 Sozialverträglicher Abbau von klima- und umweltschädlichen Subventionen

327 Deutschland hat sich bereits 2009 im Rahmen der G20-Staaten auf internationaler  
328 Ebene verpflichtet, bis 2025 alle für die Senkung der Treibhausgasemissionen  
329 ineffizienten Subventionen auf fossile Energieträger abzubauen. Im Rahmen der  
330 G7-Staaten hat sich Deutschland verpflichtet die Abschaffung bis 2025  
331 umzusetzen. Außerdem hat sich Deutschland auch im Rahmen des Montrealer  
332 Artenschutzabkommen verpflichtet bis 2030 umweltschädliche Subventionen  
333 abzubauen. Klimaschädliche Subventionen und weitere staatliche Begünstigungen in  
334 den Sektoren Energie, Verkehr, Industrie und Landwirtschaft entsprachen mit  
335 Blick auf die Haushaltsmittel im Jahr 2020 insgesamt einem Volumen von rund 35,8  
336 Mrd. Euro. Der größte Anteil der staatlichen Begünstigungen mit klimaschädlicher  
337 Wirkung entstand 2020 mit 24,8 Mrd. Euro im Verkehr. Eine besonders große  
338 Treibhausgaswirkung geht von den Besteuerungstatbeständen aus. In vielen Fällen  
339 profitieren in erster Linie hohe Einkommen von staatlicher Unterstützung durch  
340 klima- und umweltschädliche Subventionen und weiteren staatlichen  
341 Begünstigungen. Der zügige Abbau dieser Maßnahmen hilft nicht nur Umwelt und  
342 Klima, sondern trägt auch zu mehr sozialer Gerechtigkeit bei. Deutschland muss  
343 zu seinen internationalen Zusagen stehen.

344 Wir fordern daher, klima- und umweltschädliche Subventionen und weitere  
345 staatliche Begünstigungen, die Umwelt und Klima schädigen können, konsequent  
346 abzubauen. Nötig ist dabei ein Konzept, wie klima- und umweltschädliche  
347 Subventionen und weitere Begünstigungen konkret und umfassend abgebaut werden  
348 und das allen, sowohl Menschen als auch Unternehmen, Verlässlichkeit durch einen  
349 klaren Rahmen bietet. Der Abbau klima- und umweltschädlicher Subventionen und  
350 weiterer staatlicher Begünstigungen muss sozialverträglich geschehen. Deshalb  
351 setzen wir uns dafür ein, in 2025 einen Plan für den Ausstieg aus klima- und  
352 umweltschädlichen Subventionen, seine Umsetzung bis spätestens 2030 und den  
353 Einstieg in ein besseres System sozial-ökologischer Unterstützungen vorzulegen.  
354 Für uns ist es unabdingbar, dass bei dieser Umsetzung unserer internationalen  
355 Verpflichtungen der soziale Zusammenhalt immer mitgedacht wird. Dazu gehören für  
356 uns großzügige Entlastungen, die für kleine und mittlere Einkommen mögliche  
357 Zusatzbelastungen im Vergleich zum Status-Quo ausgleichen.

## VR-02/01 NEU Klimageld einführen

Antragsteller\*in: Wolf-Christian Bleek, KV Starnberg, u.a. / Klemens Griesehop, KV Berlin-Pankow, u.a.

Tagesordnungspunkt: VR Im V-Ranking priorisierte Anträge

### Antragstext

Das Klimageld ist ein wichtiges Element, um mehr soziale Gerechtigkeit in der Klimapolitik sicher zu stellen und die Bevölkerung bei den durch Klimaschutzmaßnahmen steigenden Kosten zu entlasten. Es ist schon lange beschlossen und muss nun endlich umgesetzt werden.

Bündnis 90/Die Grünen fordert die aktuelle Bundesregierung, als auch jede nachfolgende Regierung, dazu auf, das Klimageld unter Verwendung der Einnahmen aus dem Emissionshandel schnellstmöglich umzusetzen und noch 2025 mit den ersten Zahlungen zu beginnen. (1),(2). Wir setzen dabei darauf, dass CDU und FDP ihren Ankündigungen das Klimageld zu unterstützen, nun Taten folgen lassen.

Das Klimageld soll dabei wie folgt aussehen:

„Aus den Einnahmen der CO<sub>2</sub>-Bepreisung finanzieren wir jährlich ein Energiegeld, das alle Einwohner\*innen am Jahresanfang erhalten. Es steigt mit dem CO<sub>2</sub>-Preis an. Da Menschen mit niedrigem Einkommen in der Regel weniger CO<sub>2</sub> produzieren, profitieren sie überdurchschnittlich davon. Die über die Absenkung der Stromsteuer hinausgehenden Einnahmen der CO<sub>2</sub>-Bepreisung schütten wir vollumfänglich aus. Dieses Energiegeld erhält jede\*r in derselben Höhe und es wird nicht auf Transferleistungen angerechnet.“ (Beschluss BDK Bielefeld 2019)

So werden eine gerechte und sozial ausgewogene Klimapolitik möglich, einkommensschwache Haushalte entlastet und gleichzeitig die Akzeptanz für Klimaschutzmaßnahmen in der breiten Bevölkerung erhöht.

### Begründung

#### 1. Soziale Gerechtigkeit

Klimaschutzmaßnahmen wie die CO<sub>2</sub>-Bepreisung erhöhen die Kosten für Heizen, Mobilität und Strom. Das Klimageld sorgt dafür, dass insbesondere Bürger\*innen mit niedrigem und mittlerem Einkommen entlastet werden, da diese Gruppen prozentual mehr von ihrem Einkommen für Energie aufwenden.

#### 2. Erhöhung der Akzeptanz für die Energiewendepolitik

Durch das Klimageld wird die Klimapolitik gerechter gestaltet. Die Akzeptanz der Bürger\*innen für umweltpolitische Maßnahmen wird erhöht. Besonders in ländlichen Gebieten oder in Haushalten mit geringerem Einkommen wird die Unterstützung für die Politik der Energiewende wachsen.

#### 3. Vermeidung von sozialem Unfrieden

Ohne eine soziale Komponente wie das Klimageld könnten Klimaschutzmaßnahmen als "Eliteprojekte" wahrgenommen werden. Das führt zu Spannungen in der Gesellschaft, die von Rechtspopulisten ausgenutzt werden. Das Klimageld wirkt dem entgegen.

#### 4. Verfassungsrechtliche Aspekte

Das Klimageld lässt sich auch verfassungsrechtlich begründen; es schafft einen Lastenausgleich für die ungleich verteilte Belastung durch die CO<sub>2</sub>-Abgabe. Personen, die nicht über große finanzielle Mittel verfügen, werden so an den positiven Folgen des Klimaschutzes beteiligt, ohne gleichzeitig überproportional Kosten tragen zu müssen.

#### 5. Langfristige Entlastung von Bundes- und Länderhaushalten

Wenn der Klimawandel wirksam mit hoher gesellschaftlicher Akzeptanz bekämpft wird, werden die Kosten für zukünftige klimabedingte Schäden, z. B. durch Hochwasser und Dürren, sinken. Das Klimageld trägt damit indirekt zur Stabilisierung der öffentlichen Finanzen bei.

1. Koalitionsvertrag der Ampelregierung, S. 49: [Zitat] Um einen künftigen Preisanstieg zu kompensieren und die Akzeptanz des Marktsystems zu gewährleisten, werden wir einen sozialen Kompensationsmechanismus über die Abschaffung der EEG-Umlage hinaus entwickeln (Klimageld).
2. BDK Bielefeld 2019 - Beschluss: Handeln – und zwar jetzt! Maßnahmen für ein klimaneutrales Land, Zeile 1325ff - <https://cms.gruene.de/uploads/assets/Wirtschaft-Handeln-und-zwar-jetzt-Beschluss-BDK-11-2019.pdf>

## Beschluss Klimageld einführen

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz  
Beschlussdatum: 16.11.2024  
Tagesordnungspunkt: VR Im V-Ranking priorisierte Anträge

### Antragstext

Die CO<sub>2</sub>-Bepreisung wird auch mittelfristig eine wichtige Rolle spielen, um den Ausstieg aus der Nutzung von Kohle, Öl und Gas anzutreiben. Je besser wir bei der Verringerung der CO<sub>2</sub>-Emissionen vorankommen, desto niedriger wird auch der CO<sub>2</sub>-Preis ausfallen.

Die Abschwächung von Klimaschutzmaßnahmen ist keine Antwort auf steigende CO<sub>2</sub>-Preise. Wir bekennen uns zum Instrument der CO<sub>2</sub>-Bepreisung. Wir sorgen so dafür, dass das Verursacher\*innenprinzip weiterhin eingehalten wird: Diejenigen, die das Klima schädigen, tragen dafür die Kosten. Das Klimageld verbessert jedoch die Verteilungswirkung und führt dazu, dass Spitzenverdiener\*innen einen größeren Teil der Transformationskosten tragen.

Damit die CO<sub>2</sub>-Bepreisung von der Bevölkerung angenommen wird, muss sie klar als klimapolitisches Instrument aufgebaut sein. Sie darf nicht nur als weitere Belastung wahrgenommen werden. Von einem steigenden CO<sub>2</sub>-Preis sollte nicht in erster Linie der Staatshaushalt profitieren. Transparenz ist zentral.

Die direkte Auszahlung eines Großteils der Einnahmen der CO<sub>2</sub>-Bepreisung von Gebäudewärme und Transport (nEHS bzw. ETS<sub>2</sub>) als antragsloses Klimageld im dreistelligen Bereich an Menschen mit niedrigen und mittleren Einkommen schafft Vertrauen und sozialen Ausgleich. Dabei soll das Klimageld gleichmäßig mit den Einnahmen aus der CO<sub>2</sub>-Bepreisung steigen. Das Klimageld sollen Menschen mit niedrigem Einkommen in voller Höhe erhalten, während Menschen mit hohem Einkommen nicht vom Klimageld profitieren. Dies erreichen wir durch eine soziale Staffelung, etwa durch eine spezifische Besteuerung oder eine Kappung ab einer bestimmten Einkommenshöhe. Für Menschen mit niedrigen Einkommen werden die CO<sub>2</sub>-Kosten durch das Klimageld in den meisten Fällen mehr als ausgeglichen.

Wir wollen möglichst bald ein Umsetzungskonzept vorlegen mit konkreten Schritten unter anderem zu Auszahlungsmechanismus und digitalem Serviceportal. Darüber hinaus wollen wir, dass die Auszahlung des Klimagelds möglichst bald startet. Bisher hat jedoch die FDP im Bundesfinanzministerium die Einführung eines Auszahlungsmechanismus verschleppt.

Wir wollen neben dem Klimageld gezielt im Sinne einer umfassenden Klimasozialpolitik Menschen unterstützen, die den Umstieg auf klimafreundliche Technologien allein nicht schultern können. Wohlhabende können leichter auf steigende Preise von fossilen Kraftstoffen in Wärme und Verkehr reagieren, zum Beispiel indem sie auf Wärmepumpen und E-Autos umsteigen. Daher ist es richtig und wichtig, Privathaushalte mit niedrigen Einkommen stärker zu fördern. Ein Beispiel kann ein soziales Leasingmodell von E-Autos sein, wie es Frankreich vorgemacht hat.

Im ländlichen Raum ergeben sich darüber hinaus besondere Herausforderungen bei

41 der Umstellung auf klimafreundliches Heizen und Mobilität, da dort die  
42 öffentliche Infrastruktur (ÖPNV und Wärmenetze) oft weniger gut ausgebaut ist.  
43 Daher sind hier nach wie vor viele Menschen auf das Auto angewiesen und müssen  
44 selbst in moderne Heizungen investieren. Aus diesem Grund werden wir im  
45 Bundestagswahlprogramm Vorschläge machen, wie unsere Klimasozialpolitik die  
46 besonderen Bedürfnisse ländlicher Räume berücksichtigt.



## Beschluss Verkehrswende? Das geht nur mit BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN!

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz  
Beschlussdatum: 16.11.2024  
Tagesordnungspunkt: VR Im V-Ranking priorisierte Anträge

### Antragstext

Verkehrspolitik muss nachhaltige Mobilität ermöglichen und zugleich einen Beitrag zum Klimaschutz leisten. Während in den Sektoren wie Energie und Industrie seit 1990 die CO<sub>2</sub> Emissionen deutlich reduziert werden konnten, stagnieren die Treibhausgasemissionen im Verkehr auf hohem Niveau.

Für den Klimaschutz und zur Entwicklung einer nachhaltigen Mobilität braucht es eine Verkehrswende, die sowohl eine Antriebswende als auch eine Mobilitätswende bedeutet. Daran arbeiten wir GRÜNE auf allen politischen Ebenen mit großem Nachdruck. In den vergangenen drei Jahren haben wir in der Bundesregierung und im Bundestag trotz vielfacher Widerstände, insbesondere der FDP aber auch einiges erreicht:

- Mehr als 13 Millionen Menschen besitzen bundesweit das Deutschlandticket. Die ÖPNV-Nutzung ist damit so einfach und günstig wie nie zuvor. Seit dem Sommersemester 2024 erhalten mehrere Millionen Studierende in Deutschland dieses Ticket sogar als ein um 40% vergünstigtes deutschlandweit gültiges Semesterticket. Das Ticket spart überdies Mio. Tonnen CO<sub>2</sub> ein. Wir haben die Regionalisierungsmittel bis 2030 um ganze 17 Milliarden Euro erhöht im Vergleich zur großen Koalition. Die jährliche Dynamisierungsrate wurde von uns auf drei Prozent angehoben.
- Erstmals in der Geschichte unseres Landes wird deutlich mehr in die Schiene als in die Straße investiert. Die LKW-Maut haben wir auf das europäisch zulässige Höchstmaß von 200 Euro/je Tonne CO<sub>2</sub> angehoben. Die Einnahmen daraus werden zum ersten Mal auch und überwiegend in die Schiene gesteckt, womit wir den Kreislauf "Straße finanziert Straße" durchbrochen haben.
- Wir haben die Planung und Genehmigung von Schienenstrecken beschleunigt. Momentan läuft die größte Sanierungsaktion aller Zeiten an - zentraler Teil davon sind die Korridorsanierungen. Mit der Gründung der "DB InfraGO" haben wir bislang aneinander vorbei arbeitende Infrastrukturunternehmen zusammengeführt, Schnittstellen und Vorstandsposten verringert. Dies war die erste Strukturreform bei der Deutschen Bahn seit 30 Jahren.
- Die Bundesregierung hat bewirkt, dass ab dem Jahr 2035 nur noch nicht fossil betriebene Autos zugelassen werden. Der Übergang hin zu klimaneutralen Antriebstechnologien ist ein elementarer Bestandteil des Green Deal, dem in Europa trotz Widerstands von Teilen der FDP und der CDU durch die Bundesregierung zugestimmt wurde. Den Ausbau der Ladeinfrastruktur haben wir auch in das überragende öffentliche Interesse gestellt und beschleunigt - für PKW und LKW. Das bidirektionale Laden steht vor dem gesetzlichen Durchbruch. Wir GRÜNE unterstützen den Hochlauf

39 der Elektromobilität und damit Wettbewerbsstärke und Arbeitsplätze in der  
40 deutschen Mobilitätswirtschaft.

- 41 • Mit dem neuen Straßenverkehrsgesetz, das endlich auch Klima-, Umwelt- und  
42 Gesundheitsschutz sowie städtebauliche Entwicklung als Ziele der  
43 Verkehrsplanung definiert, und der neuen Straßenverkehrsordnung geben wir  
44 den Kommunen deutlich mehr Freiheit, vor Ort über neue Radwege, Busspuren  
45 und Tempo 30-Abschnitte zu entscheiden. Das ermöglicht mehr Klimaschutz  
46 vor Ort, erhöht die Verkehrssicherheit und hilft der Verkehrswende enorm.  
47 Die Bundesmittel für die kommunale Radverkehrsinfrastruktur haben wir  
48 verstetigt.
- 49 • Den Luftverkehr haben wir nicht aus der Verantwortung entlassen: Die  
50 Dekarbonisierung des Luftverkehrs stellt eine besondere Herausforderung  
51 dar. Wir haben die Luftverkehrsteuer um den Betrag angehoben, den eine  
52 Kerosinsteuer auf innerdeutsche Flüge erbringen würde. Im Bundeshaushalt  
53 haben wir Mittel für die Entwicklung von E-Kerosin gesichert, Geld für die  
54 Erprobung von leiseren Flugverfahren erhalten, sowie zusätzliche Mittel  
55 für den Deutschen Wetterdienst, die dazu beitragen werden, die sekundären  
56 Klimaeffekte des Fliegens zu mindern.

57 All das wäre ohne GRÜNE in der Regierung nicht gelungen. Wir haben in vielen  
58 Auseinandersetzungen auch in der Koalition eine ökologischere und gerechtere  
59 Verkehrspolitik durchsetzen können.

60 Dennoch ist klar: Das reicht nicht aus. Der Verkehrssektor hat seine Klimaziele  
61 deutlich verfehlt. Nach aktueller Projektion verfehlt der Sektor Verkehr die  
62 kumulierten Jahresemissionsmengen zwischen 2021 und 2030 um insgesamt 180 Mio.  
63 Tonnen CO<sub>2</sub>. Auch der Verkehrssektor muss seinen Teil zum Klimaschutz beitragen  
64 und muss seine Anstrengungen intensivieren, auch nachdem durch das Urteil zum  
65 Klima- und Transformationsfonds (KTF) einige Maßnahmen finanziell untersetzt  
66 werden müssen.

67 Die Herausforderungen sind enorm, da vor allem in den Jahren des CSU-geführten  
68 Verkehrsministeriums die Prioritäten falsch gesetzt wurden. Die in der Koalition  
69 bis November 2023 fehlenden zielgerichteten Klimaschutzmaßnahmen des FDP-  
70 geführten Verkehrsministeriums und die Verweigerung, ein Klimaschutz-  
71 Sofortprogramm für den Verkehrsbereich vorzulegen, belegen, dass es einklagbare  
72 Vorgaben für die Sektoren braucht. Jeder Sektor muss bei Klima und Umwelt  
73 liefern.

74 Viele Maßnahmen, wie der Ausbau der Schiene, wirken im Verkehrsbereich erst  
75 mittel- oder langfristig. Wenn wir schmerzhaft Eingriffe vermeiden oder  
76 zumindest reduzieren wollen, müssen wir deshalb umso schneller ins Handeln  
77 kommen. Die Verantwortung des Verkehrssektors darf daher nicht aufgeschoben  
78 werden.

79 Wir haben bei Regierungsantritt ein Land übernommen, in dem die Bahn über  
80 Jahrzehnte kaputtgespart wurde, Brücken und Infrastruktur marode sind. Die  
81 Verkehrspolitik der letzten Jahrzehnte war einseitig auf die Subventionierung  
82 und Besserstellung des motorisierten Individualverkehrs fokussiert. CSU-Minister  
83 wie Ramsauer, Dobrindt und Scheuer trieben lieber Umgehungsstraßen in Bayern

84 voran statt die Instandhaltung der fundamentalen Lebensadern der Republik  
85 sicherzustellen.

86 Wir haben eine Trendwende eingeleitet: In ÖPNV und Bahn fließen mehr  
87 Bundesmittel als jemals zuvor. Zudem sind die Investitionen in die Schiene nun  
88 deutlich höher als in die Straße. Fast keine neuen Straßenbaumaßnahmen werden  
89 noch begonnen. Der Fokus liegt nun eindeutig auf der Sanierung der Straßen,  
90 insbesondere der Brücken. Für uns ist aber auch klar, diese Trendwende ist noch  
91 kein erreichtes Klimaziel. Die fossile Lobby muss gestellt, die fossilen  
92 Subventionen und Vergünstigungen in Milliardenhöhe ab- bzw. umgebaut werden. Die  
93 Besserstellung der Nutzung fossiler Verkehrsmittel gilt es zu beenden. Wir  
94 müssen unseren Weg mit Hochdruck weitergehen. Beim Übergang in das nicht fossile  
95 Zeitalter, auch im Verkehr haben wir keine Zeit zu verschenken.

96 Klimaschutzgesetz - der Verkehrssektor darf nicht aus der Verantwortung fallen:

97 Das Klimaschutzgesetz wurde 2019 überparteilich verabschiedet. Bis heute wollen  
98 CDU und SPD jedoch nichts davon wissen, dass Ziele auch Maßnahmen bedeuten. Nach  
99 der Vogel-Strauß Politik der Großen Koalition vor 2021 war der Ehrgeiz von uns  
100 GRÜNEN in der Bundesregierung, die riesige hinterlassene 1000 Mio. Tonnen CO2-  
101 Lücke möglichst schnell zu schließen. Mit den verabschiedeten Maßnahmen ist es  
102 gelungen, die Lücke nahezu vollständig zu schließen - und das, weil die  
103 Sektoren, für die wir innerhalb der Bundesregierung Verantwortung tragen  
104 (Energie, Industrie, Landwirtschaft), ihre Ziele bis 2030 voraussichtlich  
105 übererfüllen.

106 Weiterhin bleiben die beiden schwierigen Sektoren Gebäude und Verkehr. Obwohl  
107 die Debatte von politischen Gegner\*innen in- und außerhalb der Koalition  
108 politisch vergiftet wurde, haben wir an der Wärmewende festgehalten und diese  
109 eingeleitet. Erstmals gibt es bundesweit die Vorgabe zur kommunalen  
110 Wärmeplanung, erstmals gibt es Vorgaben für Privathaushalte, erneuerbare  
111 Heizungen einzubauen. Die Ziele für die Erneuerbaren haben wir stark angehoben  
112 und deren Ausbau massiv beschleunigt. Mit grünen Leitmärkten und  
113 Klimaschutzverträgen verhelfen wir klimaneutral hergestellten Produkten zum  
114 Durchbruch. Auch im Verkehrsbereich konnten wir GRÜNE viele Reformen anstoßen.

115 Die Reform des Klimaschutzgesetzes wurde im Koalitionsausschuss beinahe 30  
116 Stunden und im Bundestag über 7 Monate verhandelt. Die Überprüfung der Sektoren  
117 wurde gelockert, im Gegenzug für konkrete Klimaschutzmaßnahmen. Mit unseren  
118 Koalitionspartnern hatten wir keine Verbündeten für ein anderes Ergebnis, also  
119 beides zu haben - ein halbwegs ambitioniertes Gesetz und wirksame  
120 Klimaschutzmaßnahmen wie die Klima-Maut beim LKW.

121 Deutschland hat nach Überprüfung des Expertrates für Klimafragen die Vorgaben  
122 des Klimaschutzgesetzes im Jahr 2024 verfehlt. Ob das neue Klimaschutzgesetz  
123 wirklich verfassungsfest ist, wird nun gerichtlich überprüft. Für uns steht  
124 fest: Wir haben eine Verpflichtung gegenüber den nachfolgenden Generationen,  
125 unsere Lebensgrundlagen zu bewahren. Keine Regierung in den nächsten Jahren wird  
126 die europäischen und deutschen Klimaziele einhalten können, ohne klimaschädliche  
127 Subventionen im Verkehrsbereich schrittweise abzubauen, die öffentliche  
128 Mobilität für mehr Menschen zu ermöglichen sowie die Elektromobilität weiter in  
129 Gang zu bringen. Um dieses Ziel zu erreichen, setzen wir uns in der kommenden  
130 Wahlperiode für eine Weiterentwicklung des Klimaschutzgesetzes ein, um den  
131 Herausforderungen im Klimaschutz zu begegnen. Dazu gehören auch die sektorale

132 Betrachtung der Erreichung der Klimaziele und eine geeignete Sanktionierung bei  
133 Nichterreichen dieser. Daher ist die Diskussion um das Klimaschutzgesetz und die  
134 Klimaziele nicht am Ende und wir GRÜNE werden in der kommenden Wahlperiode  
135 weiter für die Einhaltung der Klimaziele auch im Verkehrssektor kämpfen. Wir  
136 nehmen die Kritik an der Reform des Klimaschutzgesetzes ernst. Hierzu suchen wir  
137 das Gespräch und den Schulterschluss mit der Klima- und Umweltbewegung.

138 Antriebswende - wir machen den Auspuff-Abgasen den Garaus:

139 Verkehr vermeiden, verlagern und wo das jeweils nicht möglich ist,  
140 dekarbonisieren. Wir haben auf verschiedenen Ebenen intensiv daran gearbeitet,  
141 auch die Antriebswende voranzubringen. Fossile Verbrenner werden ab 2035 nicht  
142 mehr verkauft, das ist nun EU-weit festgeschrieben. Zugleich haben wir den  
143 Ausbau der Ladeinfrastruktur deutlich vorangebracht und beschleunigt, indem wir  
144 diese ins überragende öffentliche Interesse gestellt haben.

145 Die LKW-Maut haben wir so ausgelegt, dass sie die Antriebswende voranbringt  
146 durch die Einführung einer CO<sub>2</sub>-Komponente. Das bidirektionale Laden steht  
147 derzeit kurz vor dem gesetzlichen Durchbruch. Ebenfalls konnten wir den  
148 Netzausbau - auch für die E-Mobilität - massiv vorantreiben.

149 Wir haben die Verwendung von Palmöl im Verkehrsbereich gesetzlich endlich  
150 ausgeschlossen. Wir gehen dem Missbrauch von Regelungen für Emissionsquoten nach  
151 und beenden diese. Die öffentlichen Flotten versehen wir wiederum mit  
152 ambitionierteren Zielen bei der Dekarbonisierung. Wir unterstützen insgesamt den  
153 Hochlauf der Elektromobilität, auch um Know How und Arbeitsplätze in der  
154 hiesigen Mobilitätswirtschaft zu halten und zu entwickeln.

155 Das Urteil zum Klima- und Transformationsfonds des Bundesverfassungsgerichts war  
156 ein Rückschlag, zusammen mit der Schuldenbremse hat dies zu Kürzungen von  
157 Fördermaßnahmen geführt wie der Kaufprämie für E-Autos oder der Förderung für  
158 die Anschaffung von E-Bussen in den kommunalen Verkehrsbetrieben. Kaufprämien  
159 und Dienstwagenbesteuerung müssen künftig kleine und leichte Fahrzeuge  
160 fokussieren. Es reicht nicht, die fossile Gießkanne abzuschaffen, ohne endlich  
161 auch gerechte Fahrzeuggrößen zu thematisieren. Für uns ist es unerlässlich,  
162 durch den Ab- und Umbau fossiler Subventionen hin zu klimafreundlichen  
163 Förderungen wieder haushälterische Spielräume zu gewinnen.

164 Ziel bleibt es nach wie vor, die gesetzlichen Grundlagen des aktuellen  
165 Bundesverkehrswegeplans auf Basis eines neuen Gestaltungsszenarios durch einen  
166 integrierten Bundesmobilitätsplan abzulösen. Dieser wird Aus- und Neubauprojekte  
167 für Bundes- und Bundesfernstrassen obsolet machen, indem klimafreundliche  
168 Verkehrsträger wie Schienenstrecken neu- und ausgebaut werden. Ebenso muss die  
169 Bedarfsplanüberprüfung der Maßnahmen an Zielen zur Verkehrswende ausgerichtet  
170 sein, und nicht, wie bis zum heutigen Tag üblich, an – methodisch umstrittenen –  
171 Prognosedaten. Er ist die Grundlage für eine klimaneutrale und sozial gerechte  
172 Mobilität im Jahr 2045. Priorität in der Infrastrukturentwicklung haben der  
173 Ausbau des Umweltverbundes und eine effiziente Nutzung der Verkehrsmittel. Bis  
174 der Bundesmobilitätsplan gesetzlich beschlossen ist werden wir den aktuellen  
175 Bundesverkehrswegeplan unter Berücksichtigung der klimapolitischen Ziele und der  
176 angespannten Haushaltslage kritisch überprüfen.

177 Klimaschutz, der weltweit fliegt

178 Die Dekarbonisierung des Luftverkehrs stellt eine besondere Herausforderung dar.  
179 Aber wir entlassen die Luftfahrt nicht aus ihrer Verantwortung.

180 Deshalb haben wir die Luftverkehrsteuer um den Betrag angehoben, den eine  
181 Kerosinsteuer auf innerdeutsche Flüge erbringen würde.

182 Auf EU-Ebene haben wir mit grüner Unterstützung aus Deutschland wegweisende  
183 Erfolge erzielt:

- 184 • ansteigende Quoten für alternative, weniger klimaschädliche, Treibstoffe
- 185 • das Aus kostenloser CO<sub>2</sub>-Zertifikate
- 186 • die Weichenstellung, damit endlich auch die sekundären Klimaeffekte  
187 berücksichtigt werden
- 188 • obligatorischer Bodenstrom für parkende Flugzeuge
- 189 • verpflichtende Ultrafeinstaubmessungen auch an Flughäfen
- 190 • ein Klima-Label für Flüge
- 191 • ein neuer, zweiter Emissionshandel, der auch Privatjets in die CO<sub>2</sub>-Bepreisung  
192 einbindet

193 Mehrere dieser Maßnahmen werden die Ultrafeinstaubbelastung in den  
194 Flughafenregionen reduzieren.

195

196 Kurzstreckenflüge wollen wir Zug um Zug verringern und bis 2030 überflüssig  
197 machen, indem wir die Bahnangebote - gerade Direkt- und Nachtzugverbindungen -  
198 ausweiten und für faire Wettbewerbsbedingungen zwischen den Verkehrsmitteln  
199 sorgen, die die ökologischen Kosten widerspiegeln.

200 Im Bundeshaushalt haben wir außerdem Mitteln für die Entwicklung von E-Kerosin  
201 gesichert, Geld für die Erprobung von leiseren Flugverfahren erhalten, sowie  
202 zusätzliche Mittel für den Deutschen Wetterdienst, die dazu beitragen werden,  
203 die sekundären Klimaeffekte des Fliegens zu mindern.

204 Das alles ist nicht genug. Wir kämpfen weiter für den Abbau klimaschädlicher  
205 Subventionen im Luftverkehr. Damit wollen wir für mehr Gerechtigkeit und mehr  
206 Spielraum für die Förderung von Klimaschutz sorgen. Die Regelungen auf EU-Ebene  
207 müssen nachgeschärft werden. Wir arbeiten außerdem weiter hartnäckig an einer  
208 gesetzlichen Verbesserung des aktiven und des passiven Lärmschutzes und an der  
209 Verbesserung der Luftqualität in den Flughafenregionen.

210 Öffentlicher Personennahverkehr für alle – bezahlbar, barrierefrei und  
211 zukunftssicher:

212 Das Deutschlandticket ist nach dem 9-Euro-Ticket ein riesiger Erfolg als die  
213 erste langfristige Maßnahme, die den Tarifdschungel in Deutschland beseitigt und  
214 über 13 Millionen Menschen eine Möglichkeit gibt, klimafreundlich und  
215 kostengünstig durch das ganze Land zu reisen.

- 216 • Um diese Errungenschaft langfristig zu sichern, setzen wir uns dafür ein,  
217 dass das Ticket dauerhaft fortgeführt wird. Dafür braucht es einen fairen  
218 und transparenten Preismechanismus, der Preisstabilität garantiert und  
219 eventuelle Preissprünge auch wieder zurückholen kann, um das Ticket

sozialer zu gestalten. Unser Ziel bleibt, gemeinsam mit den Ländern einen Ticketpreis von 49 Euro sicherzustellen. Für uns haben Einnahmesteigerungen durch mehr verkaufte Abos Vorrang vor Preiserhöhungen. Insbesondere bei den Jobtickets sehen wir noch erhebliche Potenziale. Wir begrüßen es, wenn Länder und Tarifverbünde Regelungen treffen, junge Menschen kostenlos oder stark vergünstigt den ÖPNV nutzen zu lassen. Solche Angebote wollen wir bundesweit ausbauen.

- Wir fordern eine Weiterentwicklung des 49-Euro-Tickets, die es Erwachsenen ermöglicht, Kinder und Jugendliche bis 14 Jahre kostenlos mitzunehmen. Neben dem solidarischen Deutschlandsemesterticket sollten auch Lösungen für Azubis und Freiwilligendienstleistende gefunden werden. Außerdem braucht es ein bundesweit einheitliches vergünstigtes Angebot des Deutschlandtickets für Menschen mit geringem Einkommen. Auch eine einheitliche Regelung zur Mitnahme von Fahrrädern streben wir an.
- Es ist uns eine Herzensangelegenheit, dass der ÖPNV barrierefrei und für alle Menschen zugänglich wird. Hierzu bedarf es eines bundesweiten Ausbau- und Modernisierungspakts, der nicht nur die Infrastruktur stärkt, sondern auch Barrierefreiheit konsequent umsetzt. Ein starker ÖPNV ist das Rückgrat einer klimafreundlichen Mobilität – und muss deshalb für alle Menschen bezahlbar, zugänglich und zukunftssicher gestaltet werden. Gemeinsam mit Ländern und Kommunen wollen wir den ÖPNV in Stadt und Land ausbauen und die Anbindung an attraktive Bus- und Bahnangebote sicherstellen. Die Regionalisierungsmittel wollen wir so erhöhen, dass Kostensteigerungen und ein Ausbau des Angebots gleichermaßen berücksichtigt werden.
- Die Grundlage hierfür ist das Konzept der Mobilitätsgarantie, mit der wir auch in ländlichen Regionen ein Grundangebot des ÖPNV sicherstellen möchten. Als Zielbild möchten wir einen ein- bis zweistündlichen Takt erreichen, in dem ein Bus oder ein entsprechendes öffentliches Verkehrsmittel angeboten wird, wie zum Beispiel ein On-Demand-Angebot in verkehrsärmeren Zeiten.
- Wir setzen uns dafür ein, dass das Fahren ohne Fahrschein nicht länger als Straftat verfolgt wird. Die aktuelle Praxis, armutsbetroffene Menschen, die Geldstrafen nicht zahlen können, in Ersatzfreiheitsstrafen zu schicken, ist unverhältnismäßig und belastet das Justizsystem sowie die Betroffenen. Freiheitsentzug wegen fehlender Tickets reißt Menschen unnötig aus ihrem sozialen Umfeld und verstärkt ihre prekäre Lebenssituation. Eine Entkriminalisierung würde nicht nur die Justiz und die Verkehrsbetriebe entlasten, sondern auch zu mehr sozialer Gerechtigkeit im öffentlichen Nahverkehr beitragen. Ein zugänglicher und gerechter ÖPNV muss für alle Menschen bezahlbar sein, ohne sie durch überzogene Strafen zu kriminalisieren.

Die Bahn endlich wieder fit machen:

Für die Schiene können wir in den nächsten Monaten viel erreichen:

- Verkehrsminister Wissing hatte mehrfach das Moderne-Schiene-Gesetz versprochen. Dort soll die Finanzierung der Schiene komplett neu

aufgestellt werden. Wir setzen uns dafür ein, dass dieses Gesetz kommt und fordern die Einführung eines Schienenfonds. Ein solcher ermöglicht die überjährige Finanzierung von Aus- und Neubau. Auf dieser Grundlage können die Deutsche Bahn und die Bauwirtschaft ihre Planungs- und Baukapazitäten aufstocken, damit wir mit dem Ausbau der Infrastruktur endlich zügiger voran kommen

- Die Investitionen für die Schiene sind auf einem Rekordhoch. Aufgrund des Sanierungsstaus durch die CSU liegt der Fokus auf dem bestehenden Bahnnetz. Zugunsten von Neu- und Ausbau für den Deutschlandtakt sowie der Digitalisierung unseres Bahnnetzes braucht es weitere Investitionen.
- Leider gibt es bei Aus- und Neubau der Schiene viel Widerstand durch die anderen Parteien. Ohne zusätzliche Schienenwege können wir die Bahn jedoch nicht zum Rückgrat der Verkehrswende ausbauen. Die politischen Blockaden von SPD, Union und FDP kosten uns viele Jahre bei der erforderlichen Verlagerung von Personen- und Güterverkehren auf die klimafreundlichere und energieeffizientere Bahn. Hier setzen wir uns für einen Schienenkonsens ein, damit wichtige Erweiterungen, Reaktivierungen und Elektrifizierungen endlich angegangen werden.

Mehr Sicherheit für alle, die auf dem Rad oder zu Fuß unterwegs sind:

Wir haben in dieser Wahlperiode das Straßenverkehrsrecht auf grundlegend neue Füße gestellt: Künftig steht nicht mehr allein der reibungslose Verkehrsfluss des Autos im Mittelpunkt des Straßenverkehrsrechts, sondern auch Klima- und Umweltschutz, städtebauliche Entwicklung, Gesundheit und Verkehrssicherheit. Kommunen können endlich systematisch für komfortable und sichere Wege mit Rad und Bus und zu Fuß sorgen. Sie haben mehr Möglichkeiten Tempo 30 einzurichten und verkehrsberuhigte und lebenswerte Quartiere zu schaffen.

In der kommenden Wahlperiode geht es darum, diesen Paradigmenwechsel weiter anzuwenden und Kommunen dabei zu unterstützen, das neue Straßenverkehrsrecht vor Ort umzusetzen. Im Einzelnen bedeutet das:

- Mehr Spielraum bei Tempo 30 innerorts sowie Tempo 80 außerorts: Bei Geschwindigkeitsbegrenzungen gilt trotz Erleichterungen bei Tempo 30 immer noch der alte Rechtsrahmen. Hier wollen wir den Kommunen noch mehr Entscheidungsspielraum einräumen und flächendeckend innerorts Tempo 30 ermöglichen.
- Tempolimit: Wir kämpfen weiterhin für ein allgemeines Tempolimit von 130 km/h auf Autobahnen.
- Radwegenetze im ganzen Land: Wir GRÜNE haben in dieser Wahlperiode die Mittel für den Radverkehr abgesichert und den Kommunen die gewünschte Planungssicherheit gegeben. Es ist nun Zeit für einen Hochlauf der Radverkehrsmittel für sichere Radwege in und zwischen Städten und Gemeinden, sowie als Zubringer zum ÖPNV zu sorgen.
- Sichere Schulwege und Schulstraßen: Wir wollen, dass alle Kinder und Jugendlichen in Deutschland sicher und selbstständig mit dem Rad oder zu Fuß zur Schule kommen können. Dafür unterstützen wir Kommunen bei der

Einrichtung von sicheren Schulwegen. Für eine unbürokratische Einrichtung von Schulstraßen, wollen wir den Kommunen noch weitere Entscheidungsspielräume übergeben.

- Sichere Fußverkehrsnetze: Als Bund stocken wir die Förderung von Fußverkehrsinfrastruktur in Kommunen auf (nach dem Vorbild des Sonderprogramms Stadt und Land für den Radverkehr), fördern eine Stiftungsprofessur für den Fußverkehr, finanzieren ein Aus- und Weiterbildungsangebot für Planer\*innen in den Belangen des Fußverkehrs und stärken institutionell die Erhebung von Daten zum Fußverkehr.
- Parken: Auch hier wollen wir Kommunen mehr Kompetenzen geben. Sie sollen z.B. die Möglichkeit haben, soziale Kriterien bei Parkgebühren anzuwenden und Parkraum effizient digital überwachen können.

Dafür setzen wir uns ein - eine Zusammenfassung:

Als GRÜNE setzen wir uns in Bund und Ländern für eine echte klima- und sozial gerechte Mobilitätswende mit folgenden Maßnahmen ein:

- Das 49-Euro-Ticket soll verstetigt werden. Für uns haben Einnahmesteigerungen durch mehr verkaufte Abos Vorrang vor Preiserhöhungen. Insbesondere bei den Jobtickets sehen wir noch erhebliche Potenziale. Bei Preissteigerungen werden wir nach Wegen für eine Rückkehr zum Ursprungspreis, ggf. in der Form von Jahres-Abos, suchen. Wir fordern zudem eine Verbesserung der Konditionen des Abos, um mehr Kund\*innen für Abos zu gewinnen, bspw. durch eine bundesweite Mitnahmeregelung für Kinder.
- Aufhebung des "Diesel- und Dienstwagenprivilegs" und ein schrittweiser Abbau von weiteren klima- und umweltschädlichen Subventionen.
- Ein bundesweites Ausbauprogramm für den ÖPNV sowie eine bundesweit geltende Mobilitätsgarantie.
- Tempolimit: Wir kämpfen weiterhin für ein allgemeines Tempolimit auf Autobahnen.
- Die Umschichtung von Mitteln aus dem Straßenneu- und -ausbau, einerseits in den Erhalt der Straßen mit eindeutigen Fokus auf die Brückensanierung, andererseits für den Ausbau der Schiene und des ÖPNV.
- Eine weitere Finanzierung für die Schiene, die Sanierung und Erweiterung ermöglicht und langfristig absichert.
- Eine Ausbauoffensive für Rad- und Fußverkehrsinfrastruktur: die Stärkung der aktiven Mobilität im Modal Split hat ein riesiges Einsparpotential.
- Mehr Ambitionen für klimafreundlichen Luftverkehr und für eine Verlagerung auf die Schiene, vor allem bei Kurzstreckenflügen.

Um die weiteren Handlungsbedarfe breit zu diskutieren, wird die grüne Bundestagsfraktion im November 2024 einen Mobilitätskongress ausrichten.



## Beschluss Demokratie schützen – Desinformation entschlossen bekämpfen!

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz  
Beschlussdatum: 16.11.2024  
Tagesordnungspunkt: VR Im V-Ranking priorisierte Anträge

### Antragstext

1 Unsere Demokratie ist stark und wehrhaft. Sie wird durch eine lebendige und  
2 vielfältige Zivilgesellschaft getragen, die sich jeden Tag für demokratische  
3 Werte und das Gemeinwohl einsetzt. Dennoch wird unsere freiheitliche  
4 Gesellschaft und unsere Art zu leben derzeit massiv bedroht - von innen wie  
5 außen. Wir sehen uns mit anhaltenden, ernstzunehmenden sicherheitspolitischen  
6 Risiken konfrontiert, die unsere digitale und analoge Welt gleichermaßen  
7 betreffen.

8 Um diese Gefahren wirksam zu bekämpfen, müssen wir nicht nur unsere  
9 gesellschaftlichen Abwehrkräfte stärken, sondern vor allem Vertrauen  
10 zurückgewinnen - in den Staat, in demokratische Institutionen und Prozesse,  
11 sowie in die Unabhängigkeit und Vielfalt unserer Medienlandschaft. Vertrauen ist  
12 die Grundlage, die unsere Gesellschaft zusammenhält und entscheidend für die  
13 Verteidigung unserer Demokratie. Nicht nur unsere Demokratie ist stark und  
14 wehrhaft - auch unsere Gesellschaft muss es sein.

15 In Zeiten hybrider Kriegsführung erleben wir, wie Informationsmanipulationen  
16 gezielt eingesetzt werden, um gesellschaftliche Konflikte zu befeuert,  
17 Unsicherheit zu schüren und die öffentliche Meinung zu beeinflussen. Diese  
18 systematischen Angriffe auf die Hard- und Software unserer liberalen Demokratie  
19 müssen wir ernst nehmen und verteidigen. Autoritäre Staaten agieren gezielt auch  
20 im digitalen Raum, um politische Debatten zu beeinflussen und unsere  
21 demokratische Gesellschaft zu destabilisieren. Dagegen müssen wir die  
22 Gesellschaft stark und resilient aufstellen.

23 Die Auswirkungen dieser Desinformationskampagnen sind weitreichend: Sie  
24 vergiften öffentliche Diskurse, untergraben das Vertrauen in staatliche  
25 Institutionen oder in die Medien. Menschen werden zum Ziel von Einschüchterung  
26 und Diskreditierung. So beeinflussen sie demokratische Willensbildungsprozesse,  
27 befördern Spaltung und manipulieren Wahlen oder stellen deren Rechtmäßigkeit in  
28 Frage. Damit sind Desinformationskampagnen von einer abstrakten zu einer realen  
29 Gefahr geworden.

30 Diese Herausforderungen werden durch verschiedene Faktoren verschärft. Das  
31 Erstarken populistischer und rechtsextremer Kräfte in Deutschland und weltweit  
32 führt dazu, dass demokratiefeindliche Erzählungen noch stärker verbreitet  
33 werden. Autoritäre Staaten, wie Russland und China, nutzen Desinformation  
34 gezielt, um westliche Gesellschaften zu destabilisieren. Ihre Narrative werden  
35 auch von AfD und BSW massenhaft weiterverbreitet.

36 Die Grenzen zwischen innerer und äußerer Sicherheit verschwimmen zunehmend. Der  
37 völkerrechtswidrige Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine hat die  
38 Bedrohungslage noch einmal deutlich verschärft. Desinformationskampagnen werden  
39 längst begleitet durch gezielte IT-Angriffe auf staatliche und private

40 Einrichtungen sowie auf kritische Infrastrukturen, den Lebensadern unserer  
41 Gesellschaft.

42 Desinformation ist kein neues Phänomen. Neu sind die rasante Ausbreitung und der  
43 große Einfluss auf die politische Meinungsbildung auf der ganzen Welt. Dafür  
44 verantwortlich sind insbesondere die Anreiz- und Vergütungssysteme von Social-  
45 Media-Plattformen, die dazu führen, dass Falschinformationen schneller  
46 verbreitet werden als fundierte Informationen, und Bedrohungsakteure, die diese  
47 Mechanismen gezielt ausnutzen. Denn das Problem ist nicht die Existenz einzelner  
48 Accounts, die Falschinformationen verbreiten, sondern deren künstliche  
49 Verstärkung durch die Systeme der Plattformen. Dies untergräbt den  
50 demokratischen Diskurs, da Bürger\*innen von solchen Inhalten überschwemmt  
51 werden. Mechanismen, die z.B. Inhalte belohnen, die Angst und Wut erzeugen,  
52 müssen kritisch hinterfragt werden. Auch das Belohnen von Accounts, die mit  
53 hoher Frequenz posten, ist problematisch. Bürger\*innen müssen selbst entscheiden  
54 können, was in ihren Timelines erscheint. Dazu kommt die Funktionsweise von  
55 Online-Werbung, die dazu führt, dass Desinformation eine höchst lukrative  
56 Einkommensquelle für Betreiber undurchsichtiger Webseiten ist.

57 Der demokratische Inselstaat Taiwan erlebt seit Jahren heftige  
58 Desinformationskampagnen aus der Volksrepublik China. Die gescheiterten  
59 Beeinflussungsversuche aus Peking bei den jüngsten Wahlen zeigen die  
60 Widerstandsfähigkeit einer Gesellschaft, die mithilfe staatlicher und ziviler  
61 Initiativen einen hohen Aufklärungsgrad gegen systematische  
62 Informationsmanipulation erreicht hat und den Schutz vor  
63 Desinformationsangriffen beispielgebend vorantreiben konnte.

64 Die auf deutscher und europäischer Ebene ergriffenen Maßnahmen haben der  
65 zunehmenden Verbreitung von strafrechtlich relevanten Äußerungen und der  
66 Manipulation unserer digitalen Debattenräume bisher nicht ausreichend Einhalt  
67 gebieten können. Der Digital Services Act (DSA) ist ein entscheidender Schritt  
68 hin zu mehr Transparenz und rechtsstaatlicher Regulierung für digitale  
69 Plattformen. Er muss auf nationaler und europäischer Ebene weiter entschlossen  
70 durchgesetzt und die zuständigen Aufsichtsbehörden gestärkt werden.

71  
72 In Ländern wie Finnland spielt das Bildungssystem eine zentrale Rolle im Kampf  
73 gegen Desinformation. Medienkompetenz ist dort seit vielen Jahren fester  
74 Bestandteil der Lehrpläne, wodurch die Gesellschaft eine starke Immunität  
75 gegenüber Desinformationskampagnen entwickelt hat. Finnland wird regelmäßig als  
76 manipulations-resilientestes Land der EU eingestuft. Als direkter Nachbar  
77 Russlands hat die finnische Regierung frühzeitig auf diese Bedrohung reagiert –  
78 ein europäisches Erfolgsmodell, von dem wir lernen können.

79 Im Spannungsfeld zwischen Eigenverantwortung und staatlichem Schutz brauchen wir

- 80 1. eine wachsame Zivilgesellschaft und Medien, die kritisch hinterfragen und  
81 die Meinungsvielfalt einer vielseitigen Gesellschaft als Stärke verstehen,
- 82 2. eine konsequente Fortsetzung der rechtsstaatlichen Regulierung der großen  
83 Plattformen und künstlich generierter Inhalte,
- 84 3. den staatlichen Schutz vor digitalen Angriffen aus dem In- und Ausland –  
85 in Deutschland und Europa,
- 86 4. kritische Bürger\*innen, die sich der Manipulierbarkeit von Informationen  
87 und der Gefahr von Desinformation bewusst sind, und
- 88 5. einen verbesserten Schutz von Betroffenen.

## 89 Ein ganzer Werkzeugkasten gegen Desinformation 90 und für demokratische Teilhabe

91 Die Bekämpfung von Desinformation erfordert ein ganzheitliches Vorgehen, das  
92 Aspekte der inneren und äußeren Sicherheit verbindet. Unser Ziel ist es, die  
93 Resilienz unserer Gesellschaft zu stärken und die Wehrhaftigkeit unserer  
94 Demokratie zu erhöhen. Hierfür sind gut informierte Bürger\*innen essentiell, die  
95 Informationen kritisch bewerten. Außerdem müssen unabhängige Medien gestärkt und  
96 ein Mindestmaß an Transparenz und Chancengleichheit auf sozialen Plattformen  
97 sichergestellt sein. Dafür gehen wir den eingeschlagenen Weg der  
98 rechtsstaatlichen Regulierung von Plattformen konsequent weiter.

99 Die Versäumnisse sind groß. Die vor gut zwei Jahren bereits ausgerufene  
100 "Zeitenwende" muss auch mit Blick auf hybride Bedrohungen wie Desinformation  
101 endlich politisch entschlossen umgesetzt werden. Uns steht ein Bündel an  
102 Maßnahmen zur Verfügung, die jetzt ergriffen werden müssen. Unser Ansatz umfasst  
103 einen Werkzeugkasten von Maßnahmen aus den Bereichen Innere Sicherheit, Außen-  
104 und Verteidigungspolitik sowie Bildung, Zivilgesellschaft und Forschung. Nur  
105 durch das Zusammenspiel dieser Bereiche können wir den komplexen  
106 Herausforderungen, die durch Desinformation entstehen, effektiv begegnen.

### 107 1. Maßnahmen der Innen- und Sicherheitspolitik

108 Bundesweite Strategie gegen Desinformation schaffen: Desinformation ist keine  
109 kurzfristige Herausforderung, sondern ein Problem auf Dauer. Um  
110 Desinformationskampagnen langfristig einzudämmen, brauchen wir eine bundesweite  
111 Strategie gegen Desinformation, die die Bundesregierung seit langem versprochen  
112 hat und deren Vorlage wir umgehend fordern. Die Strategie muss aufzeigen, mit  
113 welchen Maßnahmen, Werkzeugen, Mitteln und Strukturen Desinformation dauerhaft  
114 bekämpft werden soll. Bestandteil muss u.a. eine breit angelegte und andauernde  
115 Aufklärungskampagne, wie bei unseren skandinavischen und baltischen Nachbarn,  
116 sein, um Bürger\*innen über drohende Gefahren aufzuklären.

117 Zentrale Koordinierungsstelle ausbauen: Wir unterstützen den umfassenden  
118 Aufbau einer zentralen Stelle zur frühzeitigen Erkennung, Koordinierung und  
119 schnellen Reaktion auf Desinformationskampagnen aus dem In- und Ausland. Die

120 Zentrale Koordinierungsstelle soll dabei bestehende Kapazitäten in verschiedenen  
121 Ressorts bündeln, Fähigkeiten erweitern, sowie Gegenmaßnahmen empfehlen und in  
122 Kooperation durchführen.

123 DSA national durchsetzen: Den Weg der rechtsstaatlichen Regulierung wollen wir  
124 konsequent fortsetzen, den europäischen Digital Services Act (DSA) entschlossen  
125 auf nationaler Ebene durchsetzen, die Aufsichtsbehörden auf Landes- und  
126 Bundesebene stärken und Betroffenen mehr Hilfe zuteilwerden lassen. Der Digital  
127 Services Coordinator muss entsprechend ausgestattet werden, und ihm müssen auch  
128 die notwendigen Mittel zur Vergabe unabhängiger Forschungsaufträge an die Hand  
129 gegeben werden. Außerdem setzen wir uns für ein Digitales Gewaltschutzgesetz  
130 ein, das wirksame Instrumente wie Accountsperrn nach gerichtlich geurteilten  
131 Rechtsverletzungen gesetzlich verankert.

132 Rechtsdurchsetzung und handlungsfähige Strafverfolgung: Falschnachrichten,  
133 Informationsmanipulation und Desinformation sind nicht per se strafrechtlich  
134 relevant und das Grundrecht auf freie Meinungsäußerung gilt es unbedingt zu  
135 schützen. Dort, wo die Schwelle zur Strafbarkeit aber klar überschritten ist,  
136 z.B. bei Leaking und Doxxing, muss der Rechtsstaat konsequent einschreiten.  
137 Hierfür stärken wir die Strafverfolgungsbehörden, u.a. durch stärkere  
138 Priorisierung und bessere Abstimmung zwischen Bund und Ländern bei der  
139 Strafverfolgung, bei der digitalen Ermittlung und massenhaften Bearbeitung von  
140 Vorfällen - auch mit Hilfe automatisierter Lösungen, sofern diese klaren  
141 rechtsstaatlichen und datenschutzkonformen Standards genügen. Die Gewährleistung  
142 von zeitnaher Vorgangsbearbeitung, dem geregelten Datenaustausch zwischen  
143 Ermittlungsbehörden und Plattformbetreibern sowie die Schaffung von angemessen  
144 ausgestatteten Schwerpunktstaatsanwaltschaften sind wichtige Bausteine für eine  
145 erfolgreiche Rechtsdurchsetzung, die wir mit ausreichend Ressourcen und Fort-  
146 und Ausbildung stärken wollen.

147 Nachrichtendienste einbinden: Die Nachrichtendienste von Bund und Ländern  
148 spielen eine wichtige Rolle bei der Erkennung und Rückverfolgung von  
149 massenhafter Desinformation, insbesondere wenn die Urheber staatliche oder  
150 staatsnahe Akteure sind. Umso schmerzlicher sind die Versäumnisse der letzten  
151 drei Jahrzehnte bei der Spionage- und Sabotageabwehr, ohne die eine effektive  
152 Desinformationsbekämpfung nicht auskommt. Daher möchten wir die  
153 Nachrichtendienste bei ihrer Arbeit gegen Desinformation stärken, insbesondere  
154 bei der Früherkennung und Etablierung eines funktionierenden Warnsystems.

155 Schutzangebote auf kommunaler Ebene: Wir müssen Schutzangebote für unsere  
156 liberale Demokratie besonders auch auf kommunaler Ebene machen. Gerade in den  
157 Städten und Gemeinden treffen Desinformation und Angriffe auf Infrastruktur  
158 direkt auf die Menschen. Hier braucht es mehr Instrumente, die Kreisverwaltungen  
159 und städtische Unternehmen zur Abwehr dieser Kampagnen wappnen. Vorbild können  
160 hier Initiativen aus Taiwan zur zivilen Verteidigung sein.

161 Kooperation von Zivilgesellschaft, Forschung und Sicherheitsbehörden: Wir wollen  
162 die wertvolle Expertise von NGOs und Wissenschaftler\*innen nutzen und eine enge  
163 Zusammenarbeit zwischen zivilgesellschaftlichen Organisationen, der Wissenschaft  
164 und Sicherheitsbehörden fördern. Diese freiwillige Kooperation basiert auf einem  
165 strukturierten Wissensaustausch, praxisorientierten Schulungen und einer  
166 koordinierten Öffentlichkeitsarbeit. Dabei bleiben die Unabhängigkeit, die  
167 verschiedenen Perspektiven sowie die spezifischen Kompetenzen aller beteiligten

168 Akteure gewahrt, um einen ganzheitlichen Ansatz zur Bekämpfung von  
169 Desinformation zu entwickeln.

170 Erweiterter Werkzeugkasten: Wir unterstützen die Entwicklung einer umfassenden  
171 Toolbox zur Reaktion auf Desinformation, angelehnt an den Europäischen  
172 Auswärtigen Dienst. Diese soll Instrumente wie öffentliche Addressierung und  
173 Missbilligung, Prebunking und Debunking, Sanktionen, strafrechtliche Verfolgung,  
174 nachrichtendienstliche Beobachtung sowie Maßnahmen zur Abschaltung von  
175 Infrastruktur von gesteuerten Desinformationskampagnen umfassen.

## 176 2. Maßnahmen zur europäischen und internationalen 177 Kooperation

178 EU-Monitoring und europäische Kooperation stärken: Die Monitoring-Einheiten  
179 der EU, insbesondere des Europäischen Auswärtigen Dienstes, müssen personell und  
180 finanziell ausreichend ausgestattet werden, um Desinformationskampagnen effektiv  
181 zu überwachen und zu bekämpfen. Im Zusammenschluss mit den europäischen  
182 Institutionen und nationalen Organisationen unserer Partner in der EU und NATO  
183 ermöglichen wir den aktiven Austausch von Informationen zu  
184 Informationsmanipulation und Desinformationskampagnen, fördern die  
185 Zusammenarbeit und den europäischen und internationalen Fähigkeitsaufbau.

186 Europäisches Demokratieschild umfassend ausgestalten: Das von der  
187 Europäischen Kommission geplante "European Democracy Shield" darf sich nicht nur  
188 auf Einflusskampagnen aus dem EU-Ausland fokussieren. Auch relevante Akteure  
189 innerhalb der EU müssen in den Blick genommen werden - gerade auch, weil eine  
190 scharfe Trennung häufig nicht möglich ist. Zudem müssen die Mechanismen der  
191 Plattformen, wie Targeting und Amplifizierung, umfassend berücksichtigt werden.

192 Stärkung der internationalen Zusammenarbeit: Die multilaterale  
193 Zusammenarbeit wollen wir angesichts geopolitischer Bedrohungen und  
194 Einflussnahmen durch autoritäre Staaten auch außerhalb von EU und NATO beim  
195 Kampf gegen Desinformation stärken. Deutschland muss seine Rolle in der G7  
196 weiter ausbauen, um globale Normen zu fördern und zu verhindern, dass einzelne  
197 Staaten die Schaffung solcher Normen blockieren. Außerdem müssen wir die  
198 Gefahren von Desinformationskampagnen im Kontext von Wahlen oder politischen  
199 Krisen in Drittstaaten wahrnehmen und die Hilfe zum Aufbau von Resilienz zum  
200 Teil von Entwicklungshilfe machen.

## 201 3. Maßnahmen zur Umsetzung der Plattformregulierung

202 Desinformation als systemisches Risiko definieren: Desinformation muss im  
203 Sinne des DSA als systemisches Risiko für den öffentlichen Diskurs und Wahlen  
204 anerkannt werden. Deutschland muss die Europäische Kommission auffordern, DSA-  
205 Ermittlungen bei allen großen Plattformen einzuleiten, um zu untersuchen, welche  
206 Mechanismen der Plattformen zur überproportionalen Verbreitung von  
207 Desinformation führen und diese Mechanismen unterbinden.

208 Algorithmische Verstärkung gezielt angehen: Die Verstärkung von Inhalten durch  
209 Plattform-Algorithmen spielt eine zentrale Rolle bei der Verbreitung von  
210 Desinformation. Wir wissen aus der Forschung, dass sogenannte "grenzwertige"  
211 Inhalte, die sich an der Grenze zu Inhalten befinden, die illegal sind oder

212 Community-Standards verletzen, stärker verbreitet werden als andere Inhalte.  
213 Desinformation fällt häufig in diese Kategorie. Die Europäische Kommission kann  
214 auf Grundlage des DSA solche Algorithmen als Risiko für öffentlichen Diskurs und  
215 Wahlen definieren und die Plattformen auffordern, Alternativen einzusetzen.  
216 Dabei setzen wir auf Algorithmen, bei denen Bürger\*innen selbst entscheiden, was  
217 in ihren Timelines erscheint.

218 Einschränkung von Targeting konsequent durchsetzen: Targeting ist eines der  
219 zentralen Instrumente, durch das Desinformation gezielt an dafür anfällige  
220 Bevölkerungsgruppen ausgespielt werden kann. Dies führt zu einer viralen  
221 Verbreitung, noch bevor Faktenchecks oder andere Maßnahmen greifen können. Wir  
222 fordern, dass die im DSA bereits vorgesehenen Einschränkungen von Targeting  
223 konsequent durchgesetzt werden - gerade mit Blick auf den Schutz von  
224 Minderjährigen oder das Schließen von Schlupflöchern. Die Europäische Kommission  
225 und die Bundesnetzagentur müssen im jeweiligen Zuständigkeitsbereich für  
226 konsequente Durchsetzung sorgen. Maßgeschneiderte Botschaften dürfen nicht dazu  
227 führen, dass bestimmte Gruppen unverhältnismäßig beeinflusst werden. Darüber  
228 hinaus darf Online-Werbung nicht systematisch finanzielle Anreize bieten,  
229 Desinformation im Internet zu veröffentlichen. Werbetreibende müssen Kontrolle  
230 darüber haben, wo ihre Inhalte ausgespielt werden.

231 Wissenschaftlichen Zugang zu Plattformdaten gewährleisten: Um die  
232 Verbreitung von Desinformation und deren Auswirkungen besser zu verstehen, muss  
233 der Zugang zu Plattformdaten für Forschungszwecke gewährleistet werden. Der DSA  
234 sieht hier klare Vorgaben vor, und wir fordern eine schnelle und umfassende  
235 Umsetzung dieses Zugangs. Ein delegierter Rechtsakt muss klare Rahmenbedingungen  
236 für den Zugang definieren und dafür sorgen, dass Wissenschaft alle Daten  
237 bekommt, die für relevante Ergebnisse erforderlich sind.

238 Online-Werbung neu regulieren: Die EU-Kommission muss eine neue  
239 Gesetzesinitiative an der Schnittstelle von DSA, Political Ads Regulation,  
240 ePrivacy Regulation und Wettbewerbsrecht vorlegen, um die Nutzung  
241 personenbezogener Daten in Datenprofilen großer Plattformen und Datenhändler für  
242 Online-Werbung und das Auspielen von Inhalten kohärent zu regulieren. Ziel ist  
243 es, den Einsatz personenbezogener Daten für gezielte Werbung als Einfallstore  
244 für Manipulation und Desinformation weiter einzuschränken. Auch monopolartige  
245 Strukturen einzelner Anbieter, wie Google und Meta, müssen verstärkt in den  
246 Fokus genommen werden.

247  
248 Nutzer\*innen-Transparenz erhöhen: Transparenz unterstützt die freie und  
249 kritische Meinungsbildung und hilft Informationsmanipulation zu enttarnen. Daher  
250 setzen wir uns für die verpflichtende Kennzeichnung von KI-generierten Bildern  
251 und Videos ein. Die Kennzeichnungspflicht für KI-generierte Bilder und Videos  
252 soll für alle Plattformen und Medienkanäle gelten und durch robuste technische  
253 Lösungen, wie digitale Wasserzeichen oder Metadaten, umgesetzt werden.  
254 Gleichzeitig fördern wir die Entwicklung von KI-Erkennungstechnologien, um nicht  
255 gekennzeichnete generierte Inhalte identifizieren zu können. Außerdem sollen  
256 weitergeleitete Nachrichten als solche gekennzeichnet werden, um Transparenz für  
257 Nutzende über den Ursprung zu schaffen. Zuletzt sollen Plattformauftritte von  
258 Personen des öffentlichen Lebens oder bekannten Institutionen verlässlich  
259 gekennzeichnet werden, um Verwechslungen und absichtliche Irreführungen zu  
260 reduzieren.

261 4. Maßnahmen im Bereich digitale Bildung, Forschung und  
262 Zivilgesellschaft

263 Demokratiefördergesetz jetzt: In der Zivilgesellschaft leisten engagierte  
264 Menschen in unterschiedlichen Initiativen unschätzbar wertvolle Arbeit für  
265 unsere Demokratie, die endlich auch verlässlich finanziert werden muss. Es ist  
266 höchste Zeit, dass das Demokratiefördergesetz kommt. Wenn wir  
267 verfassungsfeindliche Ideologien erfolgreich an der Wurzel bekämpfen wollen,  
268 brauchen wir leistungsfähige zivilgesellschaftliche Organisationen, die diese  
269 Arbeit auch in der Fläche leisten können.

270 Förderung der Medienkompetenz: Wir setzen uns für eine umfassende Stärkung  
271 der digitalen Bildung ein. Unser Ziel ist es, kritisches Denken, Faktenprüfung,  
272 die Sensibilisierung für Techniken der Manipulation und den verantwortungsvollen  
273 Umgang mit Medien als Querschnittskompetenz in unserem Bildungssystem zu  
274 verankern - von der Kita bis zur Erwachsenenbildung. Über den Digitalpakt 2.0  
275 hinaus muss der Bund die Länder hierbei dauerhaft unterstützen. Dabei  
276 orientieren wir uns am Beispiel Finnlands, das einen gesamtgesellschaftlichen  
277 Ansatz verfolgt: Zivilgesellschaftliche Organisationen werden aktiv an  
278 Entwicklung und Umsetzung von Lernprogrammen beteiligt - dies trägt zur  
279 Zusammenarbeit von beispielsweise Schulen, Bibliotheken, Universitäten und NGOs  
280 bei. Zusätzlich fördern wir Initiativen zur lebenslangen digitalen Bildung, um  
281 Menschen aller Altersgruppen für die Gefahren von Desinformation zu  
282 sensibilisieren.

283 Unterstützung der Zivilgesellschaft: Wir fördern aktiv die Zusammenarbeit mit  
284 zivilgesellschaftlichen Organisationen, die sich im Bereich der Bekämpfung von  
285 Desinformation engagieren. Dies umfasst finanzielle Unterstützung für Projekte  
286 zur Aufklärung über Desinformation, die Bereitstellung von Ressourcen für Fact-  
287 Checking-Initiativen und die Förderung von Netzwerken zum Austausch bewährter  
288 Praktiken. Zudem unterstützen wir Bewegungen, die sich für digitale Aufklärung  
289 in ihren Gemeinschaften einsetzen. Als Vorbildmodell können wir von  
290 Organisationen aus Taiwan zahlreiche wirksame Methoden lernen und auf die  
291 Situation in Deutschland und Europa anpassen. Unser Ziel muss es sein, diese  
292 zersetzenden autoritären Kräfte aufzudecken und den digitalen Raum weiter für  
293 demokratische Diskurse zu nutzen. Mit der Verabschiedung der Strategie für die  
294 internationale Digitalpolitik hat die Bundesregierung klargestellt, dass sie  
295 sich den Herausforderungen bewusst ist und es Unterstützung für  
296 zivilgesellschaftliche Organisationen zur Zusammenarbeit gegen Desinformationen  
297 braucht.

298 Forschungsförderung: Die Forschung zur Wirkung von Desinformation und deren  
299 Bekämpfung muss intensiviert werden. Wir setzen uns für eine verstärkte  
300 Förderung entsprechender Forschungsprojekte ein, einschließlich  
301 interdisziplinärer Studien, die Erkenntnisse aus Psychologie,  
302 Kommunikationswissenschaften, Informatik und Politikwissenschaft zusammenführen.  
303 Besonderes Augenmerk legen wir auf die Erforschung der langfristigen  
304 gesellschaftlichen Auswirkungen von Desinformation und die Entwicklung von  
305 Gegenstrategien.

306 Fortsetzung der Bürger\*innenbeteiligung: Die Einbindung der Bürger\*innen in  
307 den Prozess der Bekämpfung von Desinformation muss fortgesetzt und intensiviert

308 werden. Wir fördern Bürger\*innendialoge, partizipative Workshops und Online-  
309 Plattformen, die es der Bevölkerung ermöglichen, sich aktiv an der Entwicklung  
310 von Strategien gegen Desinformation zu beteiligen, zu stärken. Durch diese  
311 Einbindung stärken wir nicht nur das demokratische Bewusstsein, sondern nutzen  
312 auch das kollektive Wissen und die Erfahrungen der Bürger\*innen im Umgang mit  
313 Falschinformationen.

314 Journalismus-Förderung: Ein starker öffentlich-rechtlicher Rundfunk ist eine  
315 unverzichtbare Säule einer Medienlandschaft, die sich Desinformation  
316 entgegenstellt. Wir wollen ihn stärken und reformieren. Seine regional  
317 verankerten, hochwertigen journalistischen Angebote sind wesentliche Grundlage  
318 für die Meinungsbildung, die offene Debatte und die kulturelle Bereicherung in  
319 einer demokratischen Gesellschaft. Unverzichtbarer Bestandteil einer resilienten  
320 Gesellschaft, die Desinformation erkennt und widersteht, ist eine vielfältige  
321 und qualitativ hochwertige freie Presse. Wir streben deshalb an, durch geeignete  
322 Instrumente die Wettbewerbssituation für journalistische Angebote - besonders im  
323 Netz - zu verbessern und praktikable Finanzierungsinstrumente zur Stärkung  
324 journalistischer Inhalte, Entwicklung zukunftsfähiger Geschäftsmodelle und einer  
325 flächendeckenden Versorgung mit journalistischen Angeboten zu entwickeln,  
326 besonders in ländlichen Regionen. Als mögliche Ansätze dafür sehen wir die  
327 Anerkennung der Gemeinnützigkeit für Non-Profit-Journalismus, eine Förderung der  
328 digitalen Transformation der Presselandschaft und eine Förderung von  
329 Journalist\*innen durch Stiftungsmodelle fördern, ähnlich wie in den nordischen  
330 Ländern.



## Beschluss Es ist an der Zeit: Selbstbestimmung gesetzlich verankern

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz  
Beschlussdatum: 16.11.2024  
Tagesordnungspunkt: VR Im V-Ranking priorisierte Anträge

### Antragstext

Die Selbstbestimmung über den eigenen Körper und das Recht auf körperliche Unversehrtheit sind Grundrechte, die für alle gelten müssen. Dennoch werden Millionen von Frauen tagtäglich durch Misogynie, häusliche Gewalt und Femizid bedroht und ihrer Rechte beraubt. Zur Selbstbestimmung gehört ganz wesentlich das Recht auf Zugang zu sicheren und legalen Schwangerschaftsabbrüchen. Das ist seit jeher die Position von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Schwangere brauchen für diese Entscheidung gute Beratungs- und Versorgungsstrukturen, die sie unterstützen, und keine Bevormundung, Stigmatisierung oder Drohungen mit dem Strafrecht. Die aktuelle Regelung von 1995 steht, seit sie verabschiedet wurde, zu Recht in der Kritik, denn sie ist und war nie ein guter Kompromiss. Es gab nie eine ernsthafte Abwägung zwischen dem Schutz ungeborenen Lebens und dem Recht der Schwangeren auf Selbstbestimmung über ihren eigenen Körper. Diese Regelung hat Frauen stigmatisiert und die Versorgungslage verschlechtert, da sie zum Beispiel verhindert, dass der Eingriff in der medizinischen Ausbildung gelehrt wird. Bis heute beschneidet sie die Selbstbestimmung von Frauen und sorgt für Stigmatisierung und Druck in einer für manche ohnehin belastenden Situation. Mit ihr wurde zudem die Chance vertan, nach der Wiedervereinigung zu einer guten Neuregelung zu kommen. Für die Frauen in Ostdeutschland bedeutete das - nach einer Fristenlösung in der DDR - einen enormen Rückschritt. Zu diesem Schluss kommt auch die unabhängige Kommission, die von der Bundesregierung eingesetzt und mit Wissenschaftler\*innen aus unter anderem Medizin, Psychologie, Ethik und Recht besetzt war. Sie empfiehlt in ihrem Bericht zur Reform des §218 StGB, nach Abwägung insbesondere der ethischen, medizinischen und juristischen Aspekte, zum einen, dass Schwangerschaftsabbrüche innerhalb der ersten zwölf Wochen erlaubt werden sollten. Zum anderen betont sie die Wichtigkeit der Prävention, damit es gar nicht erst zu ungewollten Schwangerschaften kommt. Staat und Gesellschaft müssen dafür sorgen, dass Schwangere in dieser Situation eine gute wohnortnahe und vielfältige Versorgungslage vorfinden, zum einen was die Einrichtungen betrifft, die die Abbrüche vornehmen, aber auch was die Beratungsstellen betrifft. Die Entkriminalisierung von sicheren und selbstbestimmten Schwangerschaftsabbrüchen ist die Voraussetzung für eine gute reproduktive Gesundheitsversorgung. Jetzt gilt es, diese eindeutigen Ergebnisse schnellstmöglich umzusetzen.

#### Aufklärung und Präventionsarbeit

Dazu gehören eine umfassende Sexualaufklärung, Schulungen und Beratungen. Ärztlich verordnete Verhütungsmittel sollten kostenfrei und Teil des GKV-Leistungskatalogs sein. Ziel muss eine kinderfreundliche Gesellschaft sein, in der jedes Kind, auch wenn es eine Behinderung hat, willkommen ist und Unterstützung erfährt durch inklusive und familienfreundliche Strukturen, insbesondere auch für Alleinerziehende.

- 41 Eine Fristenregelung für Schwangerschaftsabbrüche außerhalb des  
42 Strafgesetzbuches verankern und Abbrüche in der Frühphase (12 Wochen)  
43 legalisieren
- 44 Zudem muss sichergestellt werden, dass es ausreichend Einrichtungen gibt, die  
45 diesen Eingriff mit der von der Schwangeren gewünschten Methode vornehmen  
46 können. Die Krankenkassen sollen die Kosten für diese Eingriffe übernehmen und  
47 der Eingriff soll nach der Legalisierung Teil des Leistungskatalogs werden.
- 48 Die derzeitige Beratungspflicht in ein Recht auf Beratung umwandeln
- 49 Ungewollt Schwangere müssen bei Bedarf auf ein umfangreiches, flächendeckendes,  
50 gut erreichbares und plurales Beratungsangebot zurückgreifen können. Eine  
51 Beratungspflicht innerhalb einer Wartezeit vor der Durchführung des  
52 Schwangerschaftsabbruches ist aber das Gegenteil von Selbstbestimmung. Anstelle  
53 einer Pflichtberatung für ungewollt Schwangere setzen wir uns für ein Recht auf  
54 eine freiwillige und kostenfreie Beratung im Schwangerschaftskonflikt ein.
- 55 Die Versorgung durch eine verbesserte Ausbildung und Weiterbildung von  
56 Ärzt\*innen verbessern
- 57 Schwangerschaftsabbrüche sind der häufigste gynäkologische Eingriff. Deshalb  
58 muss das praktische Erlernen von allen Methoden des Schwangerschaftsabbruchs als  
59 fester Bestandteil der fachärztlichen Weiterbildung zur Frauenheilkunde und  
60 Geburtshilfe gehören. Vor- und Nachsorge sollten Gegenstand der Ausbildung von  
61 medizinischem Personal sein. Zudem muss die medizinische Versorgung von trans\*  
62 und nichtbinären Personen im Kontext von Schwangerschaftsabbrüchen verbessert  
63 und sichergestellt werden.
- 64 Über alle weiteren Punkte, die der Bericht in das Ermessen des Gesetzgebers  
65 gestellt hat, werden wir als Gesellschaft und auch im Parlament miteinander ins  
66 Gespräch gehen müssen. Unsere Position ist dabei klar - für Selbstbestimmung und  
67 gegen Bevormundung. Wir wollen diese Diskussion aber nicht gegeneinander,  
68 sondern miteinander führen in einem Austausch über Generationen und über  
69 Parteigrenzen hinweg. Jetzt gilt es jedoch, die Chance auf eine neue Regelung zu  
70 nutzen.
- 71 Es geht um die Würde und Freiheit von Frauen.

## Beschluss AfD-Verbot

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz  
Beschlussdatum: 16.11.2024  
Tagesordnungspunkt: VR Im V-Ranking priorisierte Anträge

### Antragstext

- 1 Das vor 75 Jahren in Kraft getretene Grundgesetz mit seiner Verankerung von
- 2 Grundrechten, Schutz von Minderheiten, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit gilt
- 3 es mit allen Kräften zu verteidigen. Das Grundgesetz gibt uns aus der Erfahrung
- 4 der Nazi-Diktatur heraus die Mittel dafür. Es ist die Verantwortung aller
- 5 demokratischen Parteien, des Bundestages, des Bundesrates und der Länder sowie
- 6 der Bundesregierung, diese Mittel im Kampf gegen Verfassungsfeinde auch zu
- 7 nutzen. Unsere Demokratie ist wehrhaft.
- 8 Es besteht dringender Handlungsbedarf. Wir begrüßen und unterstützen deshalb im
- 9 Bundestag geplante parteiübergreifende Initiativen als wichtigen Schritt zur
- 10 Feststellung der Verfassungswidrigkeit der AfD durch das
- 11 Bundesverfassungsgericht.
- 12
- 13 Wir fordern die zuständigen Behörden des Bundes und der Länder, insbesondere die
- 14 Innenministerien, auf, unverzüglich zur Vorbereitung und Stellung eines
- 15 Parteiverbotsantrags beizutragen, indem sie dem Bundestag und seinen
- 16 Abgeordneten die für ihre Tätigkeit hier notwendigen Informationen, insbesondere
- 17 eine aktuelle Materialsammlung, auf rasche und zuverlässige Weise verschaffen.
- 18 Dies soll, zusammen mit den vielen und seit langem bekannten Erkenntnissen über
- 19 die AfD und unterstützt durch externen Sachverstand, insbesondere
- 20 zivilgesellschaftlicher Initiativen, als Grundlage dienen für eine von
- 21 Bundestag, Bundesrat oder Bundesregierung, gegebenenfalls gemeinsam, beim
- 22 Bundesverfassungsgericht endlich zu beantragende Entscheidung, dass die AfD
- 23 verfassungswidrig ist.
- 24
- 25 Bundestag, Bundesrat und Bundesregierung, besonders auch ihre grünen Mitglieder,
- 26 werden aufgefordert, einen solchen Antrag zu unterstützen.

## Beschluss Für eine Migrations- und Asylpolitik der humanitären Vernunft

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz  
Beschlussdatum: 16.11.2024  
Tagesordnungspunkt: VR Im V-Ranking priorisierte Anträge

### Antragstext

- 1 Deutschland ist ein Einwanderungsland und das ist auch gut so. Wir wissen, dass
- 2 unser Land auch so stark ist, weil viele Menschen in den letzten Jahrzehnten zu
- 3 uns gekommen sind und hier mit anpacken.
- 4 Gleichzeitig suchen viele Menschen Schutz in Deutschland und Europa. Der
- 5 russische Angriffskrieg auf die Ukraine hat die größte Fluchtbewegung in Europa
- 6 seit dem Zweiten Weltkrieg ausgelöst. Auch der Konflikt im Nahen Osten hat
- 7 Millionen Menschen in Israel, Gaza, der Westbank und dem Libanon vertrieben.
- 8 Menschen fliehen aus Kriegs- und Krisengebieten wie Afghanistan oder Syrien
- 9 aufgrund von Terror, Krieg oder politischer Verfolgung. Bund, Länder und
- 10 Kommunen haben in den zurückliegenden Jahren hart daran gearbeitet, den
- 11 Menschen, die zu uns kommen, eine Unterkunft zu geben und sie zu versorgen.
- 12 Insbesondere die Verantwortlichen in Politik und Verwaltung der Kommunen von den
- 13 Bürgermeister\*innen bis zu den Sachbearbeiter\*innen - sowie die vielen
- 14 Freiwilligen haben dabei Unschätzbare geleistet. Ihnen allen gilt unser Dank.
- 15 Insbesondere dort, wo es schon bisher an bezahlbarem Wohnraum fehlte, an
- 16 Personal bei der Kinderbetreuung und in Behörden, haben sich die
- 17 Herausforderungen verstärkt. Die Situation ist für viele herausfordernd, für
- 18 einige überfordernd. Integration wird in den Kommunen geleistet. Wir wollen uns
- 19 gemeinsam der Aufgabe stellen, die Asyl- und Migrationspolitik so zu gestalten,
- 20 dass Aufnahme und Integration vor Ort gelingt, das Asylrecht erhalten und der
- 21 Zusammenhalt in der Gesellschaft wieder gestärkt wird.
- 22 Die realen Probleme in einem Teil der Kommunen aber auch eine hektische
- 23 Migrationsdebatte, gezielte Stimmungsmache oder unrealistische Forderungen haben
- 24 dazu geführt, dass die Ablehnung des Asylrechts, Diskriminierung und Spaltung
- 25 zugenommen haben. Dabei wird "Migration" oft zu Unrecht als einfache Erklärung
- 26 für komplizierte gesellschaftliche Probleme instrumentalisiert. Diese Erzählung
- 27 wird von Rechten bewusst verbreitet und trifft besonders dort auf fruchtbaren
- 28 Boden, wo Vertrauen in die Regierung verloren gegangen ist oder Angst vor einem
- 29 sozialen Abstieg herrscht. Auch bei angespannter Haushaltslage muss der
- 30 Zusammenhalt in unserer Gesellschaft verteidigt und die Voraussetzung für
- 31 Integration geschaffen werden. Ausgrenzung, Hass und Desinformation stellen wir
- 32 uns entgegen. Wir setzen auf Aufklärung, Unterstützung vor Ort, auf die
- 33 Bekämpfung von Fluchtursachen und europäische Zusammenarbeit in der Asylpolitik.
- 34 Aber für uns ist auch klar, dass gesellschaftlicher Zusammenhalt auch auf
- 35 Gerechtigkeit und Wohlstand in der Gesellschaft aufbauen muss.
- 36 Wir stellen uns den realen Herausforderungen ebenso wie der Angst und den
- 37 Zweifeln vieler Menschen. Angst haben Menschen eben nicht nur, wenn sie aus
- 38 anderen Ländern kommen und zweifeln,
- 39 ob sie in Deutschland noch willkommen sind. Viele Menschen in unserem Land haben
- 40 inzwischen auch Sorgen und Ängste, dass Fluchtmigration negative Konsequenzen

41 für sie hat. Solche Vorurteile werden auch durch die grausamen islamistischen  
42 Terroranschläge Einzelner gezielt verstärkt. Dem Schüren dieser Ängste müssen  
43 wir uns entschlossen entgegenstellen.

44 Gesellschaftlicher Zusammenhalt entsteht und zerfällt eben nicht nur in  
45 Maßnahmen, Zahlen und Durchschnittswerten, sondern auch in Gefühlen. Diese  
46 müssen wir anerkennen und beachten, sie dürfen jedoch nicht zu irrationaler  
47 Politik oder Scheinlösungen führen.

48 Allzu oft werden in letzter Zeit politische Erwartungen geweckt, die Politik gar  
49 nicht erfüllen kann. Wir wollen uns dem nicht anschließen, sondern Leid und  
50 Chaos einer Politik der Humanität, Ordnung und einem rechtsstaatlichen Umgang  
51 mit Fluchtmigration entgegensetzen, der verhindert, dass bereits marginalisierte  
52 Gruppen weiter benachteiligt und entrechtet werden. Das Asylrecht kann praktisch  
53 nicht einfach abgeschafft werden, ein Aufnahmestopp oder systematische  
54 Zurückweisungen sind weder rechtlich noch praktisch in einer Demokratie  
55 umsetzbar und schon deswegen nicht Ziel grüner Politik. Besonders aus deutscher  
56 Sicht ist eine Forderung nach der Abkehr vom individuellen Anspruch auf eine  
57 rechtsstaatliche Prüfung eines Schutzgesuches geschichtsvergessen.

58 Wir sind bereit, über die besten Lösungen zu diskutieren und stellen uns den  
59 schwierigen Fragen. Für Scheinlösungen stehen wir nicht zur Verfügung. Dabei  
60 sind manche Abwägungen nicht einfach zu entscheiden. Forderungen müssen stets  
61 rechtlich umsetzbar sein und tatsächliche Verbesserungen bringen. Wir stellen  
62 uns gegen reine Symbolpolitik und einen Kurs der Asylrechtsverschärfungen nur zu  
63 Lasten der schutzsuchenden Menschen, sondern treten für Humanität ein. In der  
64 Regierung haben wir dafür gekämpft, dass unser Einwanderungsland funktioniert:  
65 Mit der Reform des Staatsangehörigkeitsrechts, mit dem Chancenaufenthaltsrecht  
66 oder dem Fachkräfteeinwanderungsgesetz haben wir hier die Weichen gestellt. Auch  
67 mit dem Spurwechsel, der Ausweitung anwaltlichen Beistands in der Abschiebehaft  
68 oder bei der Finanzierung von Seenotrettung haben wir durch harte Kompromisse  
69 grüne Erfolge errungen, für die wir über Jahre hinweg gekämpft haben.

70 Bei unserem Eintritt in die Regierung haben wir Grundlagen der Visavergabe  
71 vorgefunden, die umständlich, langwierig und ineffizient waren. Das haben wir in  
72 der Regierung vom Kopf auf die Füße gestellt. Wir arbeiten mit Digitalisierung  
73 daran, Visaverfahren zu beschleunigen und Wartezeiten von teilweise weit über  
74 einem Jahr auf nahezu null zu setzen. Das ist uns beispielsweise in Indien  
75 bereits gelungen. Auf diesen Erfolgen wollen und können wir aufbauen und  
76 weiterhin für eine Migrationspolitik eintreten, die einem Einwanderungsland  
77 gerecht wird.

78 Doch in letzter Zeit befinden wir uns angesichts einer aufgeheizten  
79 gesellschaftlichen Debatte in der Defensive. Grüne Ideen zur Asyl- und  
80 Migrationspolitik sind an vielen Stellen noch nicht mehrheitsfähig.

81 Wir haben allen Grund selbstbewusst zu sein. Wir GRÜNE haben seit unserer  
82 Gründung für die Rechte von Geflüchteten und eine offene  
83 Einwanderungsgesellschaft gekämpft. Wir sind die Partei, die den Perspektiven  
84 von Geflüchteten und den Anliegen von Minderheiten unter den Einwander\*innen  
85 eine Stimme gegeben hat. Differenzierte, sachliche Antworten in der  
86 Migrationspolitik sind nicht immer populär, aber heute dringender notwendig denn  
87 je. Kompromisse müssen immer im Rahmen der Menschenrechte und der  
88 rechtsstaatlichen Grundsätze geschlossen werden.

89 Die aktuelle Stimmung und Probleme entstanden nicht durch eine grüne Asyl- und  
90 Migrationspolitik - im Gegenteil: Die Innenpolitik in Bund und Land verantworten  
91 bisher nur Minister\*innen aus anderen Parteien. Seit inzwischen vielen Jahren  
92 werden in Europa teils nach immer gleichen Mustern härtere und oft  
93 dysfunktionale Maßnahmen gefordert und beschlossen, Deals mit schwierigen  
94 Partnern geschlossen und in Abschottungspolitik investiert. Das wurde immer  
95 wieder mit dem Versprechen verbunden, dass es bald geordneter zugeht und  
96 Rechtspopulismus an Rückhalt verliert.

97 Für uns ist klar: Abschottung löst keine Probleme. Die Übernahme von  
98 rechtsextremen oder populistischen Positionen löst keine Probleme. Im Gegenteil:  
99 Gerade Rechtsextreme profitieren davon, wenn man sich ihrem Populismus in  
100 Wortwahl oder Vorschlägen annähert, statt die Herausforderungen gut zu  
101 vermitteln, Probleme zu lösen und Empathie zu erzeugen. Das haben auch die  
102 letzten Wahlen gezeigt. Unser Weg ist ein anderer.

103 Hoffnung geben uns neben den vielen engagierten Haupt- und Ehrenamtlichen auch,  
104 dass Anfang des Jahres so viele Menschen wie nie zuvor in Deutschland auf die  
105 Straße gegangen sind, um ein Zeichen für eine offene, vielfältige Gesellschaft  
106 und gegen Rechtsextremismus zu setzen. Wir wissen: Aufnahme und Teilhabe  
107 funktionieren, wenn alle an einem Strang ziehen und der politische Wille  
108 vorhanden ist. Deshalb begegnen wir den derzeitigen Herausforderungen mit  
109 konstruktiven und praxisnahen Vorschlägen. Dafür setzen wir uns jetzt und auch  
110 zukünftig mit allen uns zur Verfügung stehenden Kräften ein - gerade auch auf  
111 kommunaler Ebene. Vorurteile können auch über Sprache und Begriffe verstärkt  
112 werden. Wir benennen die Dinge klar und verständlich, ohne damit Menschen zu  
113 diskriminieren oder falsche Eindrücke zu verstärken.

114 Vulnerable Personengruppen, wie etwa Menschen mit Behinderungen, Minderjährige  
115 und LGBTIQ\* müssen besonders geschützt werden. Dazu gehört auch, dass z.B.  
116 Alleinerziehende, pflegende Angehörige und Menschen mit Behinderung endlich  
117 gleichberechtigten und unbürokratischen Zugang zum Erwerb der deutschen  
118 Staatsbürgerschaft erhalten.

119 Es ist Zeit für eine neue Asyl- und Migrationspolitik, eine die endlich  
120 funktioniert und Humanität und Ordnung verbindet. Eine, die sich Realitäten wie  
121 überforderten Kommunalverwaltungen stellt, die Menschenrechte als Vorteil  
122 begreift und die Würde der Menschen in und außerhalb Europas ins Zentrum stellt.

## 123 1. Säule: listen to the science

124 Zu oft wirkt Politik ratlos im Umgang mit Herausforderungen und versucht Symbole  
125 zu setzen. Eine ernsthafte Auseinandersetzung mit den diversen Problemen auf  
126 verschiedenen Ebenen wird so verhindert. Dabei gibt es in unserem Land so viel  
127 Expertise, auf die wir zurückgreifen könnten.

128 Wir wollen daher, dass am Kanzleramt, unter Einbeziehung aller relevanten  
129 Ressorts, ein Gremium mit Expert\*innen aus Wissenschaft, Forschung, der  
130 kommunalen Praxis und Betroffenen eingerichtet wird. Das Gremium soll  
131 fortlaufend und vorausschauend beraten. So zeigen wir Antworten und Lösungswege  
132 für politische Prozesse auf. Mögliche Fragestellungen könnten sein: Was brauchen  
133 Kommunen konkret? Wo und wie gelingt Integration am besten? Welche Möglichkeit  
134 gibt es, Fluchtursachen zu bekämpfen, damit weniger Menschen zu uns fliehen

135 müssen? Wie können wir sicherstellen, dass Menschen nicht mehr von  
136 Schleuser\*innen abhängig sind? Wie können wir die europäische Verteilung  
137 verbessern? Woran hakt es bei der Arbeitsaufnahme noch? Andere Fragen sollten  
138 ergänzt werden, alles kann auf den Tisch.

139 Aber Politik wird nicht besser, wenn man der Wissenschaft immer schlechter  
140 zuhört. Es gibt viele Lehrstühle, Gremien und Institute und Räte, aber sie  
141 sollten endlich von der Politik gehört werden - ebenso wie die praktischen  
142 Erfahrungen vor Ort. Die Vorschläge des Gremiums sollen im parlamentarischen  
143 Prozess beraten und diskutiert werden. Ob sie am Ende umgesetzt werden,  
144 entscheidet natürlich die Politik. Wir können und sollten unterschiedlicher  
145 Meinung zu politischen Forderungen sein - aber die Forderungen sollten endlich  
146 wieder evidenzbasiert sein.

147 Wir wollen einen Pakt für gesellschaftlichen Zusammenhalt schließen. Dieser Pakt  
148 soll dafür sorgen, dass unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen sich zuhören  
149 und verstehen können. Denn auch das ist die Grundlage für gesellschaftlichen  
150 Zusammenhalt. Außerdem müssen Gesetze auf ihre Folgen überprüft werden, damit  
151 sichergestellt ist, dass sie mit Grund- und Europarecht im Einklang stehen,  
152 nicht diskriminieren und die gewollten Ziele erreichen.

## 153 2. Säule: internationale Zusammenarbeit 154 vorantreiben

155 Wir wollen die komplexen Ursachen für Flucht und Migration in einem umfassenden  
156 Ansatz gemeinsam mit den Herkunfts- und Transitländern bearbeiten. Die  
157 wichtigsten Auslöser sind bewaffnete Konflikte und Verfolgung aus politischen,  
158 ethnischen oder religiösen Gründen. Eine Lehre aus den Jahren vor 2015 ist, dass  
159 Deutschland und die EU ihre internationale Verantwortung nicht nochmal  
160 verdrängen dürfen. Wir gehen gegen fehlende wirtschaftliche Perspektiven und  
161 unwürdige Arbeitsbedingungen vor, die ebenfalls Menschen zum Verlassen ihres  
162 Landes veranlassen. Deshalb haben wir uns erfolgreich für das deutsche und  
163 europäische Lieferkettengesetz eingesetzt, um Menschenrechts- und  
164 Nachhaltigkeitsstandards in unseren Lieferketten zu verankern. Hinzu kommen die  
165 sich verschärfende Klimakrise sowie strukturelle Ursachen, die in  
166 wirtschaftlichen und sozialen, aber auch politischen Unsicherheiten liegen.

167 Die Klimakrise ist an vielen Orten längst Realität. Trotz all unserer  
168 Anstrengungen wird diese Krise Menschen zwingen, ihre Heimat zu verlassen. Die  
169 EU sollte die betroffenen Staaten deshalb bei den notwendigen  
170 Anpassungsmaßnahmen unterstützen - gerade weil sie historisch eine besondere  
171 Verantwortung für klimaschädliche Treibhausemissionen tragen. Europa sollte  
172 zusammen mit anderen Industriestaaten vorangehen und über internationale  
173 Regulation im Rahmen des Völkerrechts zum Umgang mit klimabedingter Migration,  
174 Flucht und Vertreibung sowie zum Zugang zu internationalem Schutz beraten. Die  
175 internationale Entwicklungszusammenarbeit, die Klimafinanzierung, und den Fonds  
176 gegen Klimaschäden wollen wir stärken.

177 Wir wollen keine Welt, in der Menschen erst nach Europa fliehen müssen, um in  
178 Sicherheit zu sein und Hoffnung auf eine bessere Zukunft zu haben. Wir wollen  
179 vorher ansetzen. Deswegen treten wir dafür ein, Arbeitsmigration zu

180 vereinfachen, Migrationspartnerschaften auf Augenhöhe zu schließen,  
181 Fluchtursachen zu bekämpfen und Geflüchtete in ihren Heimatregionen besser zu  
182 unterstützen. In der EU-Entwicklungszusammenarbeit setzen wir uns dafür ein,  
183 dass Gelder der Förderung nachhaltiger Entwicklungsziele dienen. Die vorgesehene  
184 Begrenzung für Ausgaben im Bereich von Migration soll eingehalten und für  
185 sichere Zugangswege eingesetzt werden. Krisenprävention, humanitäre Hilfe und  
186 beispielsweise Wiederaufbau in Krisenregionen sind ein zentrales Element unserer  
187 Migrationspolitik. In den Maßnahmen und Abkommen muss zwischen Fluchtmigration  
188 und Arbeitsmigration unterschieden werden.

189 Deutschland und Europa sind auf Migration in den Arbeitsmarkt angewiesen. Ohne  
190 maßgebliche Migration würden unsere Sozialsysteme, die Renten, die  
191 Gesundheitsversorgung nicht zu erhalten sein. Freiheit, Demokratie und Wohlstand  
192 sind durch Abschottung in Gefahr. Gleichzeitig wollen wir Fluchtmigration besser  
193 ordnen und steuern, denn das Leid und Chaos durch lebensgefährliche Fluchtrouten  
194 ist nicht hinnehmbar. Wir wollen wissen, wer nach Europa kommt und wir wollen  
195 sichere Fluchtwege, damit niemand auf lebensgefährlichen Wegen nach Europa  
196 kommen muss, um Schutz zu finden.

197 Dazu setzen wir auch auf menschenrechtsorientierte und gerechte  
198 Migrationspartnerschaften. Mit Visaerleichterungen und  
199 Ausbildungspartnerschaften erhalten Partnerstaaten eine Aussicht auf sichere  
200 Migrationswege und garantieren im Gegenzug beispielsweise eine sichere Rückkehr  
201 ihrer Staatsangehörigen. Nur durch umfassende Abkommen kann die Akzeptanz für  
202 die Vereinbarungen, Rückführungen und geordnete und sichere Migration geschaffen  
203 werden. Sie dürfen nicht von finanzieller Unterstützung der  
204 Entwicklungszusammenarbeit abhängig gemacht werden. Internationale  
205 Zusammenarbeit, wirtschaftliche Vorteile oder Visaerleichterungen dürfen nicht  
206 einseitig migrationspolitischen Interessen untergeordnet werden. Mehr geregelte  
207 Migration ermöglicht weniger unregelmäßige Migration und die dadurch  
208 lebensgefährliche Flucht. Das ist nicht nur im Interesse der Betroffenen, die  
209 zumeist keine Alternative zu den aktuellen Fluchtrouten haben, sondern auch in  
210 unserem Interesse. Wir bauen auf mehr Transparenz der Abkommen für Parlamente  
211 und Öffentlichkeit sowie auf Beteiligung der Zivilgesellschaft.  
212 Migrationspartnerschaften sollen die zwischenstaatliche Mobilität stärken. Dabei  
213 ist uns wichtig, dass auch Frauen endlich gleichberechtigten Zugang zu Mobilität  
214 erhalten, denn aktuell sind sie oft benachteiligt. Der Abschluss von  
215 Migrationsabkommen mit Herkunfts- und Transitstaaten muss auf Augenhöhe  
216 erfolgen. Die Abkommen sollen der Bevölkerung Perspektiven geben und keine  
217 autokratischen Regime stärken.

218 Bei funktionierenden Abkommen wie der Westbalkanregelung haben wir uns  
219 erfolgreich für eine Verstärkung ausgesprochen, aber einige der aktuellen  
220 Vereinbarungen erreichen ihre Ziele nicht oder erzeugen neue Fluchtursachen und  
221 Leid. Sie schützen Menschenrechte nicht, umgehen parlamentarische Verfahren,  
222 schaffen Abhängigkeiten von Diktatoren und erzeugen regelmäßig neue  
223 Fluchtursachen. Wenn Geflüchtete von Behörden misshandelt, vergewaltigt oder in  
224 die Wüste getrieben werden, ist das schockierend und muss entschiedene  
225 politische und strafrechtliche Konsequenzen haben.

226 Deswegen setzen wir uns für Alternativen zu den bestehenden "Abkommen" mit  
227 Ländern wie Tunesien oder Libyen ein. Bei Migrationsabkommen dürfen die  
228 Menschenrechte, das Völkerrecht, die Rechtstaatlichkeit und die Würde von



229 Geflüchteten nicht auf dem Verhandlungstisch liegen. Das Ergebnis der  
230 zukünftigen Migrationspartnerschaften muss sein, dass sie die Lebenssituation  
231 vor Ort verbessern, sowie geordnete Wege in den Arbeitsmarkt und zur  
232 Bildungsmigration schaffen. Nur so werden wir die ungeordnete und oft  
233 lebensgefährliche Migration nach Europa wirksam und langfristig reduzieren  
234 können.

235 Es sollte beispielsweise eine nachhaltige Vereinbarung mit der Türkei geben. Das  
236 Ziel dieses Abkommens muss sein, die notwendige finanzielle und logistische  
237 Unterstützung für die Millionen syrischen und afghanischen Geflüchteten in der  
238 Türkei sicherzustellen und die unrechtmäßigen Abschiebungen in die  
239 Herkunftsländer zu unterbinden. Rechtsstaatlichkeit und die Achtung des  
240 Völkerrechts müssen dabei stets beachtet werden. Im Gegenzug könnte die  
241 geregelte humanitäre Aufnahme über Kontingente in Europa, eine Visa-  
242 Liberalisierung für Kurzzeitvisa und erleichterte Arbeitsmigration analog zur  
243 Westbalkanregelung sein - ohne die Türkei zum sicheren Herkunftsland oder  
244 sicherem Drittstaat zu erklären. Wenn türkische Staatsangehörige ohne Probleme  
245 im Schengenraum Urlaub machen oder einen Job suchen könnten, wäre der  
246 Freiheitsgewinn enorm. Gleichzeitig müsste sich die Türkei verpflichten,  
247 Bedingungen für die Visaliberalisierung zu akzeptieren. Dazu würden Fragen der  
248 Menschenrechtslage in der Türkei zählen, oder auch die sichere Rücknahme von  
249 türkischen Staatsangehörigen, die keinen Schutzstatus haben und nicht die  
250 Voraussetzungen für Arbeits- oder Bildungsmigration erfüllen. Dabei muss  
251 sichergestellt werden, dass der Zugang zu Schutz durch solche Abkommen für  
252 politisch Verfolgte und andere Schutzberechtigte einfacher und nicht schwerer  
253 werden soll.

254 Der Kriminalisierung der humanitären Hilfe für schutzsuchende Menschen an Land  
255 und der zivilen Seenotrettung stellt sich unsere Partei weiterhin geschlossen  
256 entgegen. Für diese Position wollen wir Rechtssicherheit schaffen. Deswegen  
257 setzen wir uns auf allen Ebenen dafür ein, dass ein eindeutiger  
258 Tatbestandsausschluss für alle Fälle humanitärer Unterstützung eingeführt wird,  
259 sodass humanitäre Hilfe und Flucht nicht kriminalisiert werden können.

### 260 3. Säule: Europäische Asylpolitik verbessern

261 Gemeinsam mit unseren europäischen Partnern wollen wir zufriedenstellende  
262 Antworten auf Flucht und Migration nach Europa finden. Unser Leitgedanke bleibt,  
263 dass im Mittelpunkt europäischer Politik der Mensch in seiner Würde und Freiheit  
264 stehen muss. Wir wollen, dass Menschenrechte überall und jederzeit eingehalten  
265 werden - sie sind unverhandelbar. Wir verteidigen das Grundrecht auf Asyl und  
266 unsere internationalen Verpflichtungen wie die Genfer Flüchtlingskonvention.

267 Wir setzen uns seit vielen Jahren für funktionierende und menschenwürdige EU-  
268 Asylpolitik ein, bei der alle EU-Staaten einen fairen Beitrag für einen  
269 solidarischen Umgang mit Fluchtmigration leisten müssen.

270 Unsere Haltung ist klar: Das Recht auf Einzelfallprüfung und das  
271 Nichtzurückweisungsgebot gelten immer und überall. Der Asylantrag von Menschen,  
272 die in der EU ankommen oder bereits hier sind, muss in der EU inhaltlich geprüft  
273 werden. Wir stellen uns der Auslagerung von Asylverfahren in Drittstaaten  
274 entgegen, denn immer wieder hat sich gezeigt, dass diese Initiativen am Ende

275 viel Steuergeld kosten, vor Gerichten scheitern und von tatsächlichen Lösungen  
276 ablenken. Erneute Haftlager wie Moria an den Grenzen, die die Würde und die  
277 Rechte von Schutzsuchenden verletzen, müssen verhindert werden. Kinder müssen  
278 kindgerecht untergebracht und versorgt werden. Haft ist mit dem Kindeswohl  
279 grundsätzlich nicht vereinbar.

280 Pushbacks verstoßen gegen europäisches und internationales Recht und müssen  
281 politisch und rechtlich scharf bekämpft werden. Solche Straftaten müssen  
282 Konsequenzen haben, womöglich auch vor deutschen Gerichten. Wer vor dem  
283 Kriegsdienst flieht, beispielsweise um nicht für Putins völkerrechtswidrigen  
284 Angriffskrieg zu kämpfen, sollte entsprechend der EuGH-Rechtsprechung Schutz in  
285 Europa finden.

286 Uns eint der Wille, uns weiterhin mit aller Kraft für eine Verbesserung der  
287 Situation für Schutzsuchende und eine bessere Organisation von Migration  
288 einzusetzen. Wir wollen alles dafür tun, dass die neue EU-Asylreform nicht nur  
289 Fluchtmigration besser organisiert, sondern auch die Situation von Menschen auf  
290 der Flucht nach Europa nicht verschlechtert, sondern verbessert wird.

291 Mit dieser klaren Haltung und klaren Kriterien werden wir die beschlossenen  
292 Rechtsakte der EU-Asylreform, wie jedes Recht, umsetzen.

293 Wir wollen, dass die Überwachung der Einhaltung der Grundrechte in der  
294 Bundesrepublik Deutschland den Leitlinien der Agentur für Grundrechte der  
295 Europäischen Union (FRA) entsprechend gesetzlich geregelt wird. Der unabhängigen  
296 Nationalen Menschenrechtsinstitution Deutschlands müssen in diesem Zusammenhang  
297 dauerhaft zusätzliche Mittel zur Verfügung gestellt werden.

298 Einzelne Mitgliedsstaaten versuchen bereits, sich durch nationale Alleingänge  
299 aus dem europäischen Konsens zu verabschieden oder das Asylrecht auszulagern.  
300 Wir kämpfen politisch für Verbesserungen und gegen eine Erosion des EU-Rechts.  
301 Leid und Chaos setzen wir Humanität, Ordnung und einen rechtsstaatlichen Umgang  
302 mit Fluchtmigration entgegen. Wir wollen eine solidarische und faire Verteilung  
303 von Schutzsuchenden in Europa.

304 Die Aufnahmebedingungen müssen europaweit auf ein menschenwürdiges Niveau  
305 angehoben werden, um Menschen nicht durch Armut, Obdachlosigkeit oder  
306 Diskriminierung zur Sekundärmigration zu zwingen. Die besonderen Bedürfnisse  
307 vulnerabler Gruppen wie beispielsweise Kinder, queerer Menschen oder Menschen  
308 mit Behinderung müssen im Aufnahme- und Asylverfahren berücksichtigt werden. Bei  
309 der Registrierung ist sicherzustellen, dass die entscheidende Bewertung der  
310 Vulnerabilität von geschultem Fachpersonal durchgeführt wird.

311 Schon jetzt sollte von den zuständigen Mitgliedstaaten eine systematische und  
312 rechtsstaatliche Registrierung der Schutzsuchenden eingefordert werden und  
313 Schutzsuchende nicht unter unzumutbaren Bedingungen oder unverhältnismäßigen  
314 Inhaftierungen in Grenzlagern festgehalten werden. Außerdem dürfen Menschen  
315 nicht inhaftiert werden, nur weil sie Asyl beantragen. Das GEAS-Anpassungsgesetz  
316 muss so ausgestaltet werden, dass jede Form der Inhaftierung von Kindern  
317 ausgeschlossen wird. Kinder sollen grundsätzlich immer außerhalb geschlossener  
318 Einrichtungen und unter Respekt der UN-Kinderrechtskonvention untergebracht  
319 werden. Dabei sind für uns die Forderungen der Kinderrechtsorganisationen  
320 zentral.

321 Im Gegenzug zur Registrierung sollte den Außengrenzstaaten Unterstützung bei der  
322 Aufnahme von Schutzsuchenden angeboten werden. Nur so werden wir dauerhaft eine  
323 bessere Verteilung in Europa und rechtsstaatlich kontrollierte Außengrenzen  
324 sicherstellen können. Deshalb sollte Deutschland gemeinsam mit anderen Staaten  
325 eine relevante Zusage zur Aufnahme schon im nächsten Jahr machen. Eine  
326 Aufnahmezusage kann beispielsweise daran gekoppelt werden, ob weiterhin  
327 unregistrierte Personen an der deutschen Grenze ankommen, die schon in anderen  
328 EU-Staaten waren. Für jede unregistrierte Person an der Binnengrenze könnte das  
329 Kontingent reduziert werden, um die Anreize zur Registrierung hoch zu halten. So  
330 könnte schon im nächsten Jahr für eine bessere Verteilung gesorgt und das Chaos  
331 an den Außengrenzen beendet werden. Hierfür ist keine weitere Änderung der  
332 Rechtslage notwendig.

333 Bei der Umsetzung der GEAS-Reform werden wir uns mit all unseren Möglichkeiten  
334 dafür einsetzen, dass Integration gefördert, rechtsstaatliche Verfahren  
335 möglichst umfassend gewährleistet und keine zusätzlichen, unnötigen  
336 Einschränkungen des Asylrechts stattfinden. Dazu zählt auch, dass die Einstufung  
337 von sicheren Herkunftsländern und sicheren Drittstaaten weiterhin nur  
338 parlamentarisch nach klaren grundrechts- und menschenrechtsorientierten  
339 Kriterien getroffen werden darf.

340 Die Menschenrechtsslage an den Grenzen und bei den Asylverfahren muss engmaschig  
341 überwacht werden, besonders um vulnerable Gruppen zu schützen. Wir wollen  
342 sicherstellen, dass Schutzsuchende nicht unter unzumutbaren und  
343 menschenunwürdigen Bedingungen in Lagern festgehalten werden.

344 Wir verteidigen unsere Demokratie und den Rechtsstaat gegen hybride Angriffe -  
345 dazu zählt auch die Verteidigung des individuellen Rechts auf Asyl. Putins  
346 Russland und Lukaschenkos Belarus missbrauchen das Leid von Geflüchteten für  
347 geopolitische Interessen. Wir werden alle rechtsstaatlichen und politischen  
348 Möglichkeiten ausschöpfen, um die Instrumentalisierung von Schutzsuchenden  
349 insbesondere durch Staaten wie Russland und Belarus zu verhindern. Die  
350 Entrechtung von Menschen, die durch autoritäre Staaten instrumentalisiert  
351 werden, lehnen wir ab. Auch an der belarussischen Grenze verstoßen Pushbacks und  
352 die entwürdigende Behandlung von Geflüchteten gegen europäisches und  
353 internationales Recht. Wir werden auch die guten Beziehungen zu unseren  
354 europäischen Partnern nutzen, um Instrumentalisierung und Pushbacks  
355 entgegenzuwirken.

356 Grenzkontrollen an den Außengrenzen sind eine EU-Gemeinschaftsaufgabe, die  
357 zunehmend von europäischen Beamt\*innen übernommen werden sollte. Deswegen wollen  
358 wir Frontex rechtsstaatlich weiterentwickeln. Dazu gehört, dass Frontex sich  
359 nicht an menschenrechtswidrigen Einsätzen beteiligen darf und solche Einsätze  
360 konsequent und zeitnah beenden muss, so wie es in der Frontex-Verordnung  
361 vorgesehen ist. Gleichzeitig bedarf es einer engmaschigen parlamentarischen  
362 Kontrolle von Frontex-Einsätzen. Es muss einfacher werden, Frontex und nationale  
363 Behörden für Rechtsverstöße zur Rechenschaft zu ziehen. Opfer solcher  
364 Rechtsverstöße, insbesondere an den Außengrenzen, brauchen juristische  
365 Unterstützung. Statt auf Abschottung und Frontex-unterstützte Pullbacks im  
366 Mittelmeer wie durch die libysche Küstenwache, setzen wir auf eine staatlich  
367 koordinierte EU-Seenotrettung und die Unterstützung von zivilen  
368 Seenotrettungsorganisationen.

## 369 4. Säule: Asylrecht verteidigen

370 Für uns steht fest, dass wir das Asylrecht als große Errungenschaft feiern und  
371 als historische Verantwortung verteidigen. Zu den grünen Grundsätzen gehört  
372 jedoch auch, dass nach einem erfolgreichen Asylantrag die großen  
373 Herausforderungen in unserem Einwanderungsland noch bevorstehen. Es reicht  
374 nicht, Menschen Schutz zu bieten, sie sollen auch Teil der Gesellschaft werden  
375 und werden können.

376 Um das Grundrecht auf Asyl zu schützen und die gesellschaftliche Akzeptanz zu  
377 stärken, müssen Aufnahme von Schutzbedürftigen, Steuerung und Ordnung von  
378 Migration, wirksame Integration sowie sichere Rückkehr bei abgelehnten  
379 Aslygesuchen zusammengedacht und durchgesetzt werden. Wir wollen Kapazitäten  
380 aufbauen, die soziale Infrastruktur stärken und tragfähige Strukturen schaffen.  
381 Wir treten dafür ein, dass die Möglichkeiten vor Ort überall wieder der  
382 Herausforderung entsprechen. Ziel ist es, dass diese Menschen in ihren  
383 Heimatländern eine sichere Perspektive haben und nicht auf der Suche nach einem  
384 besseren Leben ihr Land verlassen müssen. Eine Obergrenze ist weder machbar noch  
385 rechtens oder human.

386 Statt Länder politisch als sichere Dritt- oder Herkunftsstaaten einzustufen,  
387 braucht es rechtssichere, schnelle und faire Verfahren, also unvoreingenommene  
388 Asylverfahren und den Zugang zu einer unabhängigen Beratung während des gesamten  
389 Verfahrens. Staaten, in denen marginalisierte Gruppen wie queere Menschen  
390 systematisch verfolgt werden, sind nicht sicher. Die Situation in eingestuft  
391 Ländern muss fortlaufend beobachtet und Änderungen berücksichtigt werden.

392 Aus dem Genozid an den Jesid\*innen durch den sogenannten "Islamischen Staat"  
393 erwächst eine besondere Verantwortung. Abschiebungen von Jesid\*innen in den Irak  
394 stellen wir uns darum konsequent entgegen. Wir stehen solidarisch an der Seite  
395 aller Menschen, die weltweit für Demokratie und Menschenrechte kämpfen. Wir  
396 fordern die Innenministerkonferenz (IMK) auf, dass der Abschiebestopp nach Iran  
397 verlängert wird. Wir treten dafür ein, die Einschränkungen beim Familiennachzug  
398 wieder aufzuheben.

399 Als Ergänzung des Asylsystems unterstützen wir humanitäre Aufnahmeprogramme und  
400 Resettlement, wie mit dem Bundesaufnahmeprogramm Afghanistan. Für Ortskräfte und  
401 bedrohte Frauen- und Menschenrechtler\*innen, die aus Afghanistan, nach Pakistan,  
402 Iran oder in die Türkei geflohen sind, müssen humanitäre Visa unbürokratisch von  
403 den Botschaften erteilt werden. Programme wie diese wollen wir aus unserer  
404 humanitären Pflicht fort- und umsetzen. Wir wollen sichere Fluchtwege aus  
405 Krisenregionen - auch im Nahen Osten. Wir stehen weiterhin zum Kirchenasyl.

## 406 5. Säule: Integration in Deutschland ermöglichen

407 Damit die Geschichte unseres Einwanderungslandes erfolgreich fortgeschrieben  
408 wird, wollen wir politisch Verantwortung übernehmen. Gleichzeitig gewährt  
409 Deutschland Schutzbedürftigen Schutz. Einwanderung in den Arbeitsmarkt und die  
410 Aufnahme von Schutzbedürftigen sind grundsätzlich getrennt zu betrachten, denn  
411 sie folgen unterschiedlichen Logiken. Arbeitsmigration folgt der Nachfrage nach  
412 Arbeitskräften, die Aufnahme von Schutzsuchenden den humanitären  
413 Verpflichtungen.

414 Migration braucht die entsprechende dauerhafte Infrastruktur in den Kommunen und  
415 den Ländern. Dazu gehören ausreichend Plätze in den Erstaufnahmeeinrichtungen  
416 der Länder, in denen Geflüchtete möglichst nicht länger als drei Monate  
417 untergebracht sein sollen und dauerhaften Wohnraum in den Kommunen. Die  
418 dezentrale Unterbringung ist zu bevorzugen. Geflüchtete sollten Möglichkeiten  
419 nutzen dürfen, aus einer Unterkunft auszuziehen. Familienbezüge und individuelle  
420 Anknüpfungspunkte müssen berücksichtigt werden.

421 Wir treten für ein ausreichendes Angebot an ausfinanzierten Sprachkursen ein,  
422 die direkt nach der Ankunft zugänglich sind. Bei diesen muss sichergestellt  
423 sein, dass Barrieren für Teilhabe abgebaut werden, insbesondere für Frauen mit  
424 Kindern, die beim Spracherwerb statistisch deutlich benachteiligt sind.  
425 Der Zugang zum Bildungssystem und in die Arbeitswelt muss durch ausreichend  
426 Mittel und Personal sichergestellt sein. Bessere Integration wird nur gelingen,  
427 wenn Integrationsmaßnahmen auch besser finanziert sind. Die Unterstützung von  
428 Eltern und insbesondere Müttern bei der Kinderbetreuung ist zentral für  
429 gelingende Integration - beispielsweise bei Sprachkursen.

430 Der Umgang mit Migration und Integration ist eine Aufgabe, die dauerhafte  
431 Strukturen braucht. Dabei muss es auch um Resilienz gehen, denn es wird immer  
432 wieder Jahre geben, in denen mehr Menschen kommen und Jahre, in denen weniger  
433 Menschen kommen. Die Strukturen eines Einwanderungslandes müssen für diese  
434 Dynamiken gerüstet sein. Die Ampel-Regierung hatte sich vorgenommen, 400.000  
435 Wohnungen im Jahr zu bauen. Wir treten dafür ein, dass das auch endlich Praxis  
436 wird und damit auch der Mangel an bezahlbarem Wohnraum endlich angegangen wird.  
437 Die ausreichende Finanzierung von Zivilgesellschaft und staatlicher  
438 Infrastruktur wie Gerichten oder Behörden ist eine der Voraussetzungen für  
439 gelingende Integration. Eine stärkere und dauerhafte Finanzierung der  
440 Unterbringung und Versorgung in unseren Kommunen, die einen zentralen Teil der  
441 Integration leisten, sollte von Bund und Ländern durch einen verbindlichen  
442 gesetzlichen Rahmen geregelt sein.

443 Wir stehen für soziale Teilhabe. Damit alle Menschen am Leben in unserer  
444 Gesellschaft teilhaben und Integration gelingen kann, müssen hierfür auch die  
445 Voraussetzungen geschaffen werden. Politische Maßnahmen dürfen nicht darauf  
446 abzielen, das Leben von Geflüchteten zu erschweren, sondern die Integration zu  
447 vereinfachen. Maßnahmen wie eine Bezahlkarte, müssen so ausgestaltet werden,  
448 dass sie Bürokratie verringern und Integration ermöglicht - das haben wir in  
449 Hannover erfolgreich vorgemacht - ganz ohne unangemessene Bargeldobergrenze.

450 Auch das EU-Recht legt fest, dass eine Leistungskürzung bei Dublin-Fällen in  
451 Deutschland nur dann erfolgen darf, wenn es den betroffenen Personen tatsächlich  
452 und rechtlich möglich ist, in einen anderen zuständigen EU-Mitgliedstaat zu  
453 gelangen und dort auch faktisch Zugang zu Leistungen besteht. Es muss immer  
454 sichergestellt werden, dass keine Kürzung unter das Existenzminimum erfolgt.  
455 "Bett, Brot, Seife" ist für uns keine Leitlinie. Stattdessen wollen wir die  
456 Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts durchsetzen: Jeder Mensch hat ein  
457 Grundrecht auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums. Die  
458 Menschenwürde ist migrationspolitisch nicht zu relativieren.

459 Unser Ziel ist es, mehr Planbarkeit für die Kommunen zu schaffen. Wir setzen uns  
460 für rechtssichere, möglichst zügige und faire Verfahren ein, um damit Klarheit  
461 für Betroffene und Kommunen zu schaffen - unabhängig davon, aus welcher Region

462 die Antragstellenden kommen. In der Bundesregierung haben wir uns für eine  
463 bessere Arbeitsmarktintegration und langfristige Bleibeperspektiven für  
464 berufstätige Schutzsuchende eingesetzt: Wir haben die Möglichkeit eines  
465 Spurwechsels für Geduldete aus der Asyl- in die Erwerbsmigration geschaffen und  
466 mit dem Chancenaufenthaltsgesetz sowie dem Fachkräfteeinwanderungsgesetz einen  
467 Paradigmenwechsel eingeleitet. Wir haben die Beschäftigungsduldung deutlich  
468 erweitert, Arbeitsverbote gelockert und eine Genehmigungsfiktion bei  
469 Beschäftigungserlaubnissen auf den Weg gebracht, um die Verfahren stark zu  
470 beschleunigen. Damit sind wir bereits wichtige Schritte gegangen. Wir wollen,  
471 dass Arbeitsverbote abgeschafft werden. Wer arbeiten kann, soll arbeiten dürfen.  
472 Außerdem soll im Aufenthaltsrecht verankert werden, dass all jene, die hier  
473 arbeiten, eine Ausbildung machen oder studieren, eine langfristige  
474 Bleibeperspektive bekommen, statt abgeschoben zu werden. Damit schaffen wir  
475 Kapazitäten in den Ausländerbehörden, damit Rückführungen nicht die Falschen  
476 treffen. Es reicht nicht, Menschen Schutz zu bieten. Wir müssen Perspektiven und  
477 Teilhabe ermöglichen, damit Geflüchtete Teil der Gesellschaft werden und werden  
478 können - bis hin zur Staatsbürgerschaft. Die deutsche Staatsangehörigkeit darf  
479 nicht entzogen werden.

## 480 **6. Säule: Rechtsstaat durchsetzen, in allen** 481 **Bereichen**

482 Das Asylrecht, die Grund- und Menschenrechte zu verteidigen, bedeutet im Kern,  
483 geltendes Recht durchzusetzen und Menschen Zugang zu diesem Recht zu  
484 ermöglichen. Das gilt an den Außengrenzen, in anderen EU-Staaten, es gilt aber  
485 eben auch in Deutschland. Auf europäischer Ebene halten sich verschiedene EU-  
486 Mitgliedstaaten nicht an geltendes EU-Recht. Statt der vorgeschriebenen  
487 Durchführung rechtsstaatlicher Verfahren und rechtsstaatlicher Kontrolle der  
488 Außengrenzen werden tausendfach Pushbacks durchgeführt. Statt Asylsuchenden  
489 ordentliche Perspektiven zu bieten, sorgen unwürdige Bedingungen dafür, dass  
490 Menschen in Länder wie Deutschland, Frankreich oder Österreich weiterziehen  
491 müssen. Das darf nicht länger hingenommen werden. Die EU-Kommission unter Ursula  
492 von der Leyen ist hier seit Jahren untätig, obwohl sie als Hüterin der Verträge  
493 für die Durchsetzung des Rechts verantwortlich ist. Vertragsverletzungsverfahren  
494 zur Durchsetzung des Rechts werden allzu oft nicht angestoßen, obwohl  
495 Rechtsbrüche offensichtlich sind. Deswegen sollte bei fortlaufender Untätigkeit  
496 der EU-Kommission die Bundesregierung selbst ihre Möglichkeit nutzen,  
497 Vertragsverletzungsverfahren anzustoßen.  
498 Das würde dazu beitragen, dass Geflüchtete überall in Europa Perspektiven haben  
499 und sich die Verteilung verbessert.

500 Geltendes Recht umfasst aber eben auch, dass nicht jeder, der nach Deutschland  
501 kommt, bleiben kann. Wer nach individueller Prüfung auf asyl- und  
502 aufenthaltsrechtliche Voraussetzungen sowie nach Ausschöpfung aller Rechtsmittel  
503 kein Aufenthaltsrecht erhalten hat und bei dem keine Abschiebungshindernisse  
504 entgegenstehen, muss zügig wieder ausreisen. Hier stehen wir zum Vorrang der  
505 freiwilligen Ausreise. Die Rückkehrberatung sollte gestärkt und von pädagogisch  
506 geschultem Personal durchgeführt werden. Denn wer ohne eine Perspektive oder  
507 Idee der eigenen Zukunft anderswo abgeschoben wird, ist schneller wieder da, als  
508 viele denken. Kettenabschiebungen dürfen nicht dazu führen, dass Asylsuchende

509 ohne Prüfung ihres Schutzgesuches in Staaten außerhalb der EU abgeschoben  
510 werden.

511 Für uns ist klar, dass Menschen nicht in Staaten abgeschoben werden dürfen, bei  
512 denen menschenrechtliche oder völkerrechtliche Gründe entgegenstehen. Dabei muss  
513 sichergestellt sein, dass diese Staaten rechtsstaatliche Prinzipien im Umgang  
514 mit Geflüchteten respektieren. Abschiebungen in Kriegs- und Krisengebiete  
515 verbieten sich. Eine Rückführung darf nur stattfinden, wenn Widersprüche von  
516 Gerichten überprüft wurden. Damit sollen auch rechtswidrige Abschiebungen  
517 verhindert werden. Wir wollen Schutz vor Unrechtsregimen wie in Syrien oder den  
518 Taliban in Afghanistan bieten und sie nicht durch Rückführungsvereinbarungen  
519 politisch legitimieren.

520 Doch besonders bei Menschen, die schwere Straftaten begangen haben oder  
521 Gefährder\*innen sind, muss der Rechtsstaat durchgreifen. Ausreisepflichtige, die  
522 schwere Straftaten begangen haben, müssen nach Verbüßung ihrer Strafe prioritär  
523 zurückgeführt werden. Unser Rechtsstaat muss alle Möglichkeiten ausschöpfen, um  
524 zu verhindern, dass Menschen hier und anderswo gefährdet werden.

## Beschluss Grüne Strukturen auf dem Land stärken

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz  
Beschlussdatum: 16.11.2024  
Tagesordnungspunkt: VR Im V-Ranking priorisierte Anträge

### Antragstext

Bereits der Name unserer Partei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN steht für zwei wichtige Grundsätze: Eine starke Ausrichtung auf Bündnisarbeit und Solidarität sowie das Bekenntnis zu unserem geeinten Deutschland. Wir haben uns zur Aufgabe gemacht, trotz großer Unterschiede zwischen urbanen und ländlichen Räumen gleichwertige Lebensverhältnisse zu schaffen, oder wie es die Bundestagsfraktion formuliert: "Wir wollen die zunehmende Kluft zwischen Stadt und Land überwinden und die strukturellen Unterschiede zwischen den Regionen abbauen." Diesen Satz wollen wir mit Leben füllen.

Strukturell und konzeptionell verteilt sich unsere Partei heute sehr unterschiedlich. Sie hat teils sehr starke Regionen und Wahlergebnisse, viele Neueintritte in wirtschaftsstarken Regionen und großen Städten. Dem gegenüber stehen in den ländlichen Räumen oft ehrenamtliche Einzelkämpfer\*innen, die vermehrt Angriffen und Beleidigungen ausgesetzt sind. Es braucht daher auch mehr hauptamtliche Unterstützung und Strategien, um unsere Mitglieder zu stärken in ihrem Engagement für eine offene Demokratie. Besonders nach den letzten Kommunalwahlen und den Landtagswahlen in den neuen Bundesländern mit einem teils dramatischen Rückgang der bündnisgrünen Wahlergebnisse müssen wir uns als Gesamtpartei der Frage stellen, wie wir in den kommenden Jahren an einer Verbesserung unserer Präsenz und Wirkkraft überall im Land arbeiten.

Als solidarische und kämpferische Partei, die wir sind, müssen wir uns unterhaken und die Sichtbarkeit für GRÜN auch in ländlichen Räumen verbessern und gewährleisten. Die Modernisierung von Wirtschaft und Gesellschaft gelingt nur gemeinsam. Um unsere Zukunft erfolgreich zu gestalten, setzen wir uns dafür ein, dass ländliche und urbane Räume nicht als Gegensätze, sondern als gegenseitige Ergänzungen verstanden werden. Damit dieses Miteinander gelingt, bieten wir uns als der politische Partner für alle Menschen an – in Stadt und Land.

Gerade außerhalb von Wahlkämpfen bedeutet dies konkret:

1. die Lebenswirklichkeit ländlicher Regionen und ihre Unterschiede zu städtischen Regionen anerkennen und programmatisch berücksichtigen;
2. Kampagnen zielgruppenspezifisch auf diese Bedürfnisse ausrichten;
3. Orts- und Kreisverbände aus ländlichen Regionen organisatorisch, finanziell und personell gezielt stärken.

Zu 1: Die programmatischen Angebote bündnisgrüner Politik müssen ländliche Regionen in allen Politikfeldern stärker mitdenken. Dies gilt unter anderem für die Energie- und Wärmewende, für den Ausbau der (digitalen) Infrastruktur sowie für die Verkehrs- und Mobilitätspolitik. Das tun unsere kommunalen Fraktionen



38 überall im Land. Gerade in den ländlichen Räumen entscheidet sich, ob wir die  
39 Herausforderungen unserer Zeit meistern, den Zusammenhalt stärken und für alle  
40 Menschen gleichwertige Lebensverhältnisse schaffen. Um hier realistische  
41 Angebote für die hier lebende Bevölkerung zu machen, gilt es auch die  
42 Bedürfnisse und Rechte von Minderheiten zu berücksichtigen - denn beispielsweise  
43 leben auf dem Land 20% der Menschen mit einer Behinderung. Mit Blick auf den  
44 demografischen Wandel sind unter anderem notwendige Reformen der  
45 Krankenhauslandschaft und Projekte der medizinischen Versorgung dringend  
46 umzusetzen. Auf dem Land und besonders in Ostdeutschland leben jetzt schon  
47 proportional mehr Ältere. Auch für Menschen mit Behinderungen fehlt oftmals der  
48 Zugang zu Mobilität oder Gesundheitsversorgung. Diese Perspektiven wollen wir  
49 bei der Formulierung unserer programmatischen Ziele einbeziehen, indem wir die  
50 unterschiedlichen Bedarfe in Stadt und Land gleichberechtigt berücksichtigen.

51 Zu 2. Aktionen und Kampagnen müssen die ländlichen Regionen ganzjährig und auch  
52 außerhalb der Wahlkampfsaison im Blick haben und sich stärker an deren  
53 Bedürfnissen orientieren. Um den unterschiedlichen Bedarfen der vielfältigen  
54 Regionen gerecht zu werden, müssen wir die Strukturen unserer Partei nachhaltig  
55 stärken. Grundlage hierfür ist unser Selbstverständnis als Bündnispartei und  
56 eine Politik auf Augenhöhe, die auf Zuhören und einen offenen Dialog mit den  
57 Menschen setzt. Zugleich wollen wir viel selbstbewusster Erfolge und Chancen  
58 grüner Politik im ländlichen Raum kommunizieren, etwa bei der Energiewende,  
59 lokaler Wertschöpfung oder im Natur- und Artenschutz. Nur so können wir  
60 verstehen, welche Themen die Menschen bewegen und mit ihnen ins Gespräch kommen.  
61 Gesprächsangebote und der Aufbau von Netzwerken schaffen Vertrauen in unsere  
62 Arbeit vor Ort. Die Kampagnen müssen diese Ziele unterstützen. Gleichzeitig  
63 braucht es die Präsenz in der Fläche. Tagungen und Veranstaltungen der  
64 Bundespartei und der Landesverbände sollen verstärkt in ländlichen Räumen  
65 stattfinden bzw. in diese hineinwirken. Zudem sollen offizielle Termine von  
66 Amts- und Mandatsträger\*innen rechtzeitig an die Mitglieder vor Ort kommuniziert  
67 und nach Möglichkeit bei den Besuchen auch Veranstaltungen mit den Menschen vor  
68 Ort geplant werden.

69  
70 Den Mitgliedern, die hier unter teils prekären Bedingungen und in einem  
71 aufgeheizten Diskussionsklima für unsere Politik eintreten, müssen wir  
72 verlässlich und kräftig unter die Arme greifen und in eine gute und gleichmäßige  
73 Arbeit aller Parteiorgane investieren. Dafür braucht es einen neuen Aufbruch und  
74 das Bekenntnis der ganzen Partei, solidarisch nach innen zu unterstützen, um  
75 überall vor Ort solidarisch nach außen wirken zu können. Die Schulung von  
76 Mitgliedern im Umgang mit anti-grünen Narrativen, Hass und Gewalt wollen wir  
77 ausbauen.

78 Zu 3. Die Unterschiede zwischen städtischen und ländlichen Regionen zeigen sich  
79 auch in den organisatorischen, finanziellen und personellen Möglichkeiten der  
80 Orts- und Kreisverbände. Um die ländlichen Regionen in den Fokus bündnisgrüner  
81 Politik zu stellen, müssen die bündnisgrünen Strukturen in diesen Regionen  
82 deutlich gestärkt werden. Daher müssen wir in gemeinsamer Verantwortung im  
83 ganzen Bundesgebiet eine sichere Basis für unsere politische Arbeit vor Ort  
84 stellen. Grundlage einer wirksamen und nachhaltigen politischen Arbeit ist die  
85 Schaffung von mehr hauptamtlichen Stellen, die die Orts- und Kreisverbände,  
86 insbesondere die ohne Fraktionen, Geschäftsführung oder Mandatsträger\*innen,  
87 unterstützen oder direkt vor Ort angesiedelt werden könnten.

88

89 Hohe Kosten für Mobilität sowie fehlende Barrierefreiheit dürfen keine Hürde für  
90 die politische Teilhabe sein. Alle Interessierten sollen in unserer Partei  
91 wirksam werden können. Darüber hinaus wollen wir die politische Teilhabe von  
92 Menschen mit Vielfaltsmerkmalen auch in ländlichen Flächenkreisen weiter  
93 unterstützen. Zusätzlich braucht es konsequente Professionalisierung und die  
94 Übernahme von spezifischen Aufgaben durch die Landesverbände: Bei Buchhaltung,  
95 Webseite, Materialorganisation und -verbreitung usw., damit sich die  
96 Kreisgeschäftsstellen auf die Kommunikation mit den Wähler\*innen und den  
97 Mitgliedern konzentrieren können. Für eine gute Öffentlichkeits- und  
98 Medienarbeit, insbesondere Social Media, braucht es Unterstützung aus der  
99 Partei, um Reichweite und Wirkung zu stärken.

100 Zur Stärkung der bündnisgrünen Arbeit sollen daher:

101 a) Die Stärkung grüner Strukturen in ländlichen Räumen hat eine große Bedeutung  
102 für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Im Zuge der aktuellen Haushaltsplanung unterstützen  
103 der Bundesverband und die Landesverbände gemeinschaftlich die Einführung  
104 regionaler Wahlkampfmanager\*innen zur Stärkung der Wahlkampfaktivitäten der  
105 Kreisverbände in strukturschwachen Landesverbänden. Die Wahlkampfmanager\*innen  
106 sollen für die politische Arbeit der Kreisverbände zur Verfügung stehen. Dazu  
107 werden für 2024/25 400.000 € aus dem Solifonds verwendet.

108 Zudem unterstützt der Bundesverband den Wahlkampf vor Ort durch eine  
109 unkomplizierte Subventionierung für das Aufstellen von Werbegroßflächen im  
110 Bundestagswahlkampf mit bis zu 1 Million €. Bei dieser Subventionierung werden  
111 Kreisverbände in strukturschwachen Regionen gezielt dem Solidargedanken  
112 entsprechend stärker bezuschusst. Das verringert den finanziellen Druck auf  
113 diese Kreisverbände sofort und wirksam.

114 Um grüne Strukturen für die Zukunft zu sichern, weiterzuentwickeln und  
115 perspektivisch zu verbessern soll der Bundesverband Vereinbarungen mit den  
116 Landesverbänden mit strukturschwachen Kreisverbänden treffen. Der dafür zur  
117 Verfügung stehende Strukturfonds muss mit den dafür nötigen Mitteln ausgestattet  
118 sein. Der Bundesfinanzrat prüft, ob es die Haushaltslage erlaubt, im  
119 Wahlkampfbudget weitere Mittel für die Unterstützung strukturschwacher  
120 Kreisverbände bereit zu stellen. Kurzfristig sind mit den Landesverbänden  
121 Brandenburg und Thüringen Vereinbarungen zu treffen, welche über ein  
122 Sonderbudget zur Stabilisierung grüner Strukturen eine Unterstützung in Höhe von  
123 weiteren insgesamt 100.000 Euro festlegt.

124 Im Hinblick auf die kommenden Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern und  
125 Sachsen-Anhalt wird der Bundesverband gemeinsam mit den Landesverbänden eine  
126 Entwicklung und Stärkung der Kreisverbände unterstützen und dazu konkrete  
127 Vorschläge erarbeiten. Die gegenseitige Unterstützung stärkerer und schwächerer  
128 Kreisverbände unterstützt der Bundesverband durch organisatorische und  
129 konzeptionelle Maßnahmen. Diese Maßnahmen sollen ausgebaut und verstetigt  
130 werden.

131 b) Der Bundesfinanzrat wird gebeten, einen für den Bundeshaushalt 2027 wirksamen  
132 Vorschlag einer neuen solidarischen Finanzierung der Parteistrukturen von  
133 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu unterbreiten, um den Herausforderungen einer wachsenden  
134 Partei zu begegnen und um die Grundlagen für eine flächendeckende  
135 Professionalisierung zu schaffen. Dabei sollen die sehr unterschiedlichen

136 Strukturen und Ausgangsvoraussetzungen der Gliederungen besondere Beachtung  
137 finden. Dafür muss in einem ersten Schritt geklärt werden, welche Aufgaben die  
138 jeweiligen Gliederungen möglichst effizient übernehmen können. Im Anschluss wird  
139 ausgehend von diesen Aufgabenzuschnitten und Rahmenbedingungen ein  
140 Finanzierungsmodell erarbeitet. Die Aufgabenklärung soll dem Bundesvorstand und  
141 dem Parteirat Anfang 2026 vorgestellt werden.

## Beschluss Für mehr Gerechtigkeit und Effizienz: Erbschaftsteuer reformieren

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz  
Beschlussdatum: 16.11.2024  
Tagesordnungspunkt: VR Im V-Ranking priorisierte Anträge

### Antragstext

Die Erwerbsarbeit und die Konsumausgaben in Deutschland werden stark besteuert, während kaum Erbschaft- und Schenkungsteuer auf die riesigen privaten Vermögen in Deutschland entrichtet werden. Das effektive Steueraufkommen liegt nur bei 1 bis 3 Prozent der jährlich übertragenen 250 bis 400 Mrd. EUR. Unter anderem dadurch geht die Vermögensschere seit Jahrzehnten immer weiter auf, sodass Deutschland heute die ungleichste Vermögensverteilung in Europa aufweist. Wir sind zu einer "Erbengesellschaft" geworden, in der über 50 Prozent des Vermögens aus Erbe stammt.

Vermögen in Deutschland sind sehr ungleich verteilt: Die reichsten 1% in Deutschland haben insgesamt mehr Vermögen als 90% der restlichen Menschen in Deutschland. In fast keinem anderen Land der EU ist die Vermögenskonzentration so stark. Und obwohl die Erbschaftsteuer von den vorgesehenen Steuersätzen progressiv ist, das heißt, hohe Vermögen eigentlich mehr besteuern soll als mittlere: Sehr hohe Vermögen (bei über 26 Millionen) können durch Ausnahmen heute oft sogar komplett steuerfrei vererbt werden, während mittlere Erbschaften verhältnismäßig stärker belastet werden. Ebenfalls wichtig: Kleinere Erbschaften, und das sind die meisten, sind heute über Freibeträge von der Erbschaft- und Schenkungsteuer befreit - was wir befürworten und sogar stärken würden, sofern es gelingt, die Steuerlücken am ganz oberen Ende zu schließen. Die heutigen Ausnahmen für sehr große Erbschaften tragen zur Ungleichheit bei und untergraben das Prinzip der Chancengerechtigkeit.

Wir wollen mit einer grünen Erbschaft- und Schenkungsteuerreform die gravierenden Gerechtigkeitslücken im vorhandenen System schließen und so höhere Einnahmen erzielen. Hierbei soll die Besteuerung sehr großer Vermögen im Fokus liegen, sodass Vermögen zukünftig in relevantem Maße zur Staatsfinanzierung beitragen.

Wesentliche Eckpunkte der Reform sind:

- Gleicher großzügiger Lebensfreibetrag für alle: Die vielen unterschiedlichen Freibeträge sollen durch einen einheitlichen, erwerberbezogenen Lebensfreibetrag pro Person ersetzt werden. Die finale Festlegung des Freibetrags ist noch offen und wird zeitnah auf eine wissenschaftlich fundierte Basis gestellt. Eine Inflationskopplung des Betrags ist ebenfalls denkbar. Durch die Etablierung eines Lebensfreibetrags soll die Besteuerung nur die höchsten Erbschaften betreffen. Selbstgenutzter Wohnraum soll auch weiterhin geschützt sein.
- Steuersatz: Die gesetzlichen Steuersätze haben heute mit den effektiven Steuerbelastungen kaum noch etwas zu tun. Daher muss bei den Steuersätzen etwas geändert werden, damit diese Anwendung finden und funktionieren.

Oberhalb des Freibetrags könnte z.B. ein linearer Steuersatz von etwa 25 % für alle Vermögensgegenstände gleichermaßen gelten (Immobilien, Betriebsvermögen, Aktien, etc.). Hierdurch käme es zu einer indirekten Progression, d.h. je weniger eine Erbin oder ein Erbe den Freibetrag überschreitet, umso geringer ist auch der durchschnittliche Steuersatz. Die genaue Höhe des Steuersatzes soll dabei so gewählt werden, dass die Belastung für die Erwerber tragbar bleibt und die Steuer dennoch effektiv zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben beiträgt.

- Weniger Ausnahmen: Die vielen, teilweise zur kompletten Steuerbefreiung führenden Verschonungsregelungen und Ausnahmen sollen entfallen (außer § 13 ErbStG, der u.a. den Schutz von Familienheimen und von Zuwendungen für die Ausbildung regelt), insbesondere sollen die Regelungen zur Ausnahme von Betriebsvermögen von der Erbschaftsteuer abgeschafft werden. Die Besteuerung darf real nicht wie heute regressiv sein.
- Arbeitsplätze schützen: Die Herausforderungen bei der Vererbung von Betriebsvermögen sind uns bewusst. Um Unternehmen und Arbeitsplätze nicht durch Liquiditätsengpässe zu gefährden, sollen großzügige, langjährige Stundungsregelungsmöglichkeiten eingeführt werden, die Unternehmen die Rückzahlung der Steuer dann ermöglichen, wenn sie diese aus ihrer Liquidität heraus auch leisten können. Die Steuer kann unabhängig von der Art des übertragenen Vermögens längerfristig gestundet und während des Stundungszeitraumes in jährlichen Raten beglichen werden. Das schafft Steuergerechtigkeit, sichert zugleich Arbeitsplätze und lässt Raum für Investitionen.

Mit dieser Erbschaftsteuerreform leisten BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN einen wichtigen Beitrag für eine zukunfts- und leistungsfähige sowie gerechtere Gesellschaft. Dieses Konzept soll zudem im Bundestagswahlprogramm 2025 verankert werden.

Um noch offene Punkte und weitere Details dieser Erbschaftsteuerreform zu vertiefen, wird der Bundesvorstand in Zusammenarbeit mit der Bundesarbeitsgemeinschaft Wirtschaft und Finanzen und der Bundestagsfraktion beauftragt, zu einem wissenschaftsbasierten Fachgespräch einzuladen.

## Beschluss Schengen retten: Schlagbäume in Europa in die Geschichtsbücher verbannen

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz  
Beschlussdatum: 16.11.2024  
Tagesordnungspunkt: VR Im V-Ranking priorisierte Anträge

### Antragstext

- 1 Seit 16. September hat Bundesinnenministerin Nancy Faeser an allen  
2 bundesdeutschen Grenzen stationäre Grenzkontrollen veranlasst. Sie wurden mit  
3 den Terroranschlägen von Mannheim und Solingen und der Asylantragslage  
4 begründet. Bundeskanzler Olaf Scholz bezeichnete diese Maßnahme als "kleinen  
5 Baustein einer ganz großen Mauer". Ein vielsagender Satz, den er später  
6 zurücknahm.
- 7 Wir stehen zu der Verantwortung, sicherheitspolitische Antworten auf Bedrohungen  
8 wie islamistische Terroranschläge oder grenzüberschreitende Kriminalität zu  
9 finden. Die politischen Antworten müssen jedoch wirksam, angemessen und  
10 rechtskonform sein. Dazu zählen eine bessere Ausstattung von Sicherheitsbehörden  
11 und verstärkte grenzüberschreitende Zusammenarbeit ebenso, wie das Vorgehen  
12 gegen Radikalisierung - auch im Netz.
- 13 Durch die dauerhafte Wiedereinführung stationärer Grenzkontrollen aber droht  
14 nachhaltiger Schaden für die europäische Freizügigkeit. Deswegen setzen wir uns  
15 gegen diese Entwicklung ein. Stationäre Binnengrenzkontrollen dürfen kein  
16 Dauerzustand werden.
- 17 Das Streben nach einem geeinten Europa der Freizügigkeit und gelebten  
18 Nachbarschaft ist die Grundlage für Wohlstand und Frieden in unserem Land. Es  
19 ist das, wofür wir mit ganzer Kraft einstehen, denn es zählt zu den Grundfesten  
20 unserer bündnisgrünen Politik und Überzeugung. Gerade in Deutschland, im Herzen  
21 Europas, ist das Miteinander mit unseren Nachbarn Alltagsrealität der Menschen -  
22 besonders in den Grenzregionen. Der offene, europäische Binnenmarkt ist ein  
23 Grundpfeiler unserer Wirtschaft. Dass sich Menschen ganz selbstverständlich  
24 grenzübergreifend bewegen können, um zur Arbeit zu gehen, einzukaufen oder  
25 Freunde zu treffen, ist die Errungenschaft eines jahrzehntelangen europäischen  
26 Einigungsprozesses.
- 27 Wir wollen nicht dabei zuschauen, wenn Stück für Stück die Steine aus dem  
28 Fundament von Wohlstand und Freiheit gerissen werden.
- 29 Wir kritisieren, dass die Bundesinnenministerin ohne Absprache mit den EU-  
30 Partnern oder der EU Kommission zu solchen Maßnahmen gegriffen hat. Oft wird  
31 fälschlicherweise behauptet, dass durch stationäre Binnengrenzkontrollen die  
32 Asylantragstellung verhindert werden kann.
- 33 Fakt ist, dass Asylsuchende durch Grenzkontrollen gar nicht abgehalten werden  
34 und werden dürfen. An jeder Grenzkontrolle kann Asyl beantragt werden. Das ist  
35 eine völkerrechtliche Pflicht und gehört zu den Grundlagen eines Rechtsstaats  
36 und des Europarechts. Das Nichtzurückweisungsgebot gilt immer und überall und  
37 ist unverletzlich. Doch zu viele politische Akteure wecken falsche Erwartungen  
38 in der Bevölkerung, statt zu erklären und realistische Maßnahmen vorzuschlagen.

39 Gleichzeitig sind von solchen Grenzkontrollen besonders migrantisch gelesene  
40 Personen betroffen. Dabei ist Racial Profiling rechtswidrig und diskriminierend,  
41 weshalb wir uns dem entgegenstellen - an den Grenzen und im ganzen Land.  
42 Außerdem setzen wir uns politisch für Fortbildung und Maßnahmen wie Ticket-  
43 Systeme ein, um Gründe für Kontrollen nachvollziehen zu können.

44 Wir lehnen dauerhafte stationäre Grenzkontrollen an EU-Binnengrenzen ab. Sie  
45 schränken nicht nur die Freizügigkeit, sondern das Miteinander und den Alltag  
46 der Menschen in den Grenzregionen ein. Wir teilen die Sorge von Unternehmen um  
47 wirtschaftliche Nachteile und erhebliche Kosten durch Verzögerungen in der  
48 Lieferkette. Die Gewerkschaft der Polizei weist zurecht immer wieder darauf hin,  
49 dass die stationären Grenzkontrollen massiv zu Lasten der eingesetzten  
50 Beamt\*innen gehen und diese letztlich eine geringe Wirkung haben. Gleichzeitig  
51 fehlen die an den Grenzen eingesetzten Polizeibeamt\*innen an anderer Stelle, wie  
52 zum Beispiel an Bahnhöfen. Wenn Polizeibeamte in ineffektiven Maßnahmen gebunden  
53 sind, statt effektiv eingesetzt zu werden, verschlechtern stationäre  
54 Grenzkontrollen die Sicherheitslage in Deutschland.

55 Innereuropäische Grenzkontrollen sind nur in besonderen Ausnahmefällen  
56 europarechtskonform und aus gutem Grund immer zeitlich begrenzt. Dauerhafte,  
57 stationäre Grenzkontrollen bergen die Gefahr eines Dominoeffekts in Europa und  
58 damit einer Erosion des Schengenraums und des Europarechts. Stattdessen sollte  
59 auf alternative Maßnahmen wie mobile Kontrollen im Hinterland oder eine bessere  
60 grenzüberschreitende Zusammenarbeit, zum Beispiel über die gemeinsamen Zentren  
61 der Polizei in den Grenzregionen, gesetzt werden. Zeitlich begrenzte Kontrollen,  
62 zum Beispiel im Rahmen von Sportgroßereignissen, können zudem wirksam sein, etwa  
63 um Gewalttäter zu identifizieren.

64 Durch eine engere Zusammenarbeit von Polizei, Staatsanwaltschaften und  
65 Nachrichtendiensten wollen wir unter Wahrung des Trennungsgebots eine starke  
66 europäische Antwort auf die grenzüberschreitenden Bedrohungen durch Kriminalität  
67 und Terrorismus geben. Wir GRÜNE schlagen deshalb beispielsweise die Gründung  
68 einer Europäischen Nachrichtendienstagentur vor und die von uns seit Jahren  
69 geforderte europäische Gefährderdatei darf nicht weiter verzögert werden.

70 Sicherheitspolitische Maßnahmen müssen immer sorgfältig abgewogen werden.  
71 Menschen- und Bürgerrechten sind ein hohes Gut und müssen geschützt werden.  
72 Sicherheitspolitische Maßnahmen sollten möglichst auch präventiv wirken -  
73 Vorsorge ist besser als Nachsorge.

74 Ein gemeinsamer Raum der Freizügigkeit und ohne Binnengrenzen braucht  
75 kontrollierte Außengrenzen. Es wäre deswegen an der Zeit, endlich den Druck auf  
76 diejenigen Mitgliedstaaten zu erhöhen, die Geflüchtete nicht systematisch  
77 rechtsstaatlich kontrollieren. Es ist unerträglich, dass einige EU-Staaten  
78 inzwischen systematisch auf illegale Pushbacks und Gewalt setzen.  
79 Europarecht muss immer und überall gelten. Die zuständigen Mitgliedstaaten sind  
80 zu einer systematischen und rechtsstaatlichen Registrierung der Schutzsuchenden  
81 verpflichtet, die nach rechtsstaatlichen und menschenwürdigen Regeln zu  
82 garantieren sind. Eine Verteilung in Europa muss nach gerechten Kriterien  
83 erfüllt sein. Dass Zurückweisungen von Schutzsuchenden an der Grenze nun auch in  
84 Deutschland diskutiert werden, ist der völlig falsche Weg. Rechtsbrüche durch  
85 EU-Staaten führen eben nicht zu einem besser organisierten Asylsystem, sondern

86 zu Chaos und Leid. Es ist nicht hinnehmbar, dass an Europas Grenzen permanent  
87 europäische Werte und europäisches Recht verletzt werden.

88 Das wollen wir beenden. Vertragsverletzungsverfahren würden dazu beitragen,  
89 diesen Druck zu erhöhen und Rechtsbrüche der EU-Staaten zu sanktionieren.  
90 Europäische Zusammenarbeit bedeutet aber auch, dass eine solidarische  
91 innereuropäische Verteilung von Geflüchteten und Verantwortung sichergestellt  
92 wird. Deswegen ist es wichtig, dass auch die Bundesregierung sich an der  
93 solidarischen Verteilung beteiligt. Das Ziel muss eine gerechte Verteilung von  
94 Schutzsuchenden in Europa sein.

95 Es muss einfacher werden, nationale Behörden oder EU-Agenturen wie Frontex für  
96 Rechtsverstöße zur Rechenschaft zu ziehen, beispielsweise durch eine eigene  
97 Haftungsgrundlage. Opfer solcher Rechtsverstöße, insbesondere an den  
98 Außengrenzen, brauchen juristische Unterstützung.

99 Der Vorschlag von Friedrich Merz, Menschen aus Syrien und Afghanistan  
100 systematisch zurückzuweisen, ist europarechtswidrig. Statt echte Lösungen für  
101 die Herausforderungen bei der Aufnahme und Versorgung Asylsuchender zu suchen  
102 und diese umzusetzen, werden immer steilere Forderungen aufgestellt, die  
103 liberale Demokratien schnell gar nicht mehr erfüllen können. Damit treibt die  
104 Debatte Erwartungen voran, die nur die Feinde der Demokratie einlösen können.

105 Die Union gefährdet damit auch ihr eigenes europapolitisches Erbe. Wir GRÜNE  
106 machen dagegen Politik in Verantwortung für Europa!



## WO-AK-01 Wahlordnung für die Wahl zur Antragskommission

Gremium: Bundesvorstand  
Beschlussdatum: 30.09.2024  
Tagesordnungspunkt: T Formalia

### Antragstext

1. Die Mitglieder der Antragskommission werden nach § 14 Abs. 9 der Satzung von der Bundesversammlung gewählt. Die Antragskommission setzt sich aus der/dem politischen Geschäftsführer\*in, einem Mitglied des Parteirates und einem weiteren Mitglied des Bundesvorstandes sowie sieben durch die Bundesversammlung zu wählende Mitglieder zusammen. Für die Antragskommission gilt insgesamt die Mindestquotierung. Es werden vier Frauenplätze und drei offene Plätze gewählt.
2. Die Wahl der Antragskommission wird mittels einer elektronischen Kommunikation (Abstimmungssoftware) durchgeführt.
3. Die Wahl erfolgt in verbundener Einzelwahl.
4. Bewerbungen sollen bis zum Freitag, 1. November 2024, 11:59 Uhr über <https://antraege.gruene.de> eingereicht werden. Die Bewerbung bis zum Wahlgang bleibt ungeachtet dieser Frist möglich.
5. Alle Kandidat\*innen stellen sich nur einmal vor, und zwar vor der Wahl des Platzes, für den sie das erste Mal kandidieren. Die Kandidat\*innenvorstellung erfolgt in alphabetischer Reihenfolge der Nachnamen. Die Vorstellungszeit beträgt 3 Minuten. Es besteht keine Möglichkeit für Fragen. Danach beginnt der Wahlgang.
6. Soweit die Anzahl der Bewerberinnen der Anzahl der Frauenplätze entspricht, werden Frauen und offene Plätze in einem Wahlgang gewählt.
7. Die Delegierten haben in jedem Wahlgang jeweils so viele Stimmen, wie in diesem Wahlgang Antragskommissionsmitglieder zu wählen sind.
8. Gewählt ist jeweils im ersten und zweiten Wahlgang, wer mehr als 50 Prozent der abgegebenen gültigen Stimmen erhält. Erreichen mehr Kandidat\*innen in einem Wahlgang die erforderliche Mehrheit, als zu wählen sind, so sind nur die Kandidat\*innen mit den meisten Stimmen gewählt. Kandidat\*innen, die in einem Wahlgang weniger als 10 Prozent der abgegebenen gültigen Stimmen erhalten, scheiden für die folgenden Wahlgänge aus. Ab dem dritten Wahlgang reicht die relative Mehrheit. Es muss jedoch ein Mindestquorum von 25 Prozent der abgegebenen gültigen Stimmen erreicht werden.

## WO-BV-01 Wahlordnung für die Wahl zum Bundesvorstand

Gremium: Bundesvorstand  
Beschlussdatum: 02.10.2024  
Tagesordnungspunkt: T Formalia

### Antragstext

1. Die Mitglieder des Bundesvorstandes gem. § 17 Abs. 2 der Satzung werden in Einzelwahlverfahren gewählt. Reihenfolge: Vorsitzende, Vorsitzende\*r, Politische\*r  
Geschäftsführer\*in, Bundesschatzmeister\*in, zwei stellvertretende Vorsitzende.
2. Die Wahl zum Bundesvorstand wird mittels einer elektronischen Kommunikation (Abstimmungssoftware) durchgeführt.
3. Bewerbungen sollen bis zum Freitag, 1. November 2024, 11:59 Uhr über <https://antraege.gruene.de> eingereicht werden. Die Bewerbung bis zum Wahlgang bleibt ungeachtet dieser Frist möglich.
4. Alle Kandidat\*innen stellen sich nur einmal vor, und zwar vor der Wahl des Platzes, für den sie das erste Mal kandidieren. Die Kandidat\*innenvorstellung erfolgt auf den jeweilig zu vergebenden Plätzen in alphabetischer Reihenfolge der Nachnamen. Die Vorstellungszeit für Kandidaturen zum Bundesvorstand beträgt bis zu 10 Minuten.
5. Während der Vorstellung der Kandidat\*innen können Fragen unter Angabe von Name und KV an die kandidierenden Personen schriftlich beim Präsidium eingereicht werden. Die schriftliche Frage ist in eine der beiden bereitgestellten Urnen (Frauen / Offen) einzuwerfen. Zur Beantwortung der Fragen stehen den jeweiligen Kandidat\*innen bis zu 3 Minuten zur Verfügung. Das Präsidium verliert pro Kandidat\*in maximal 2 gezogene Fragen.
6. Danach beginnen die Wahlgänge. In den Vorstand ist gewählt, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhält. Bei einem erforderlichen zweiten Wahlgang ist gewählt, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhält. Kommt eine solche Entscheidung auch im 2. Wahlgang nicht zustande, findet im 3. Wahlgang eine Stichwahl zwischen den beiden Bestplatzierten des 2. Wahlgangs statt.
7. Im Anschluss an die Wahl des Bundesvorstandes wird die frauenpolitische Sprecherin, der/die vielfaltspolitische Sprecher\*in sowie der/die europäische und internationale Koordinator\*in aus den gewählten Mitgliedern des Bundesvorstandes gewählt. Sie werden in verbundener Einzelwahl mittels einer elektronischen Kommunikation (Abstimmungssoftware) gewählt.

## WO-RP-01 Wahlordnung für die Wahl der Rechnungsprüfungskommission

Gremium: Bundesvorstand  
Beschlussdatum: 30.09.2024  
Tagesordnungspunkt: T Formalia

### Antragstext

- 1 1. Die Rechnungsprüfungskommission besteht aus sechs Mitgliedern, § 21. Abs. 1  
2 der Satzung. Sie wird durch die Bundesversammlung gewählt. Es werden sechs  
3 Rechnungsprüfer\*innen gewählt dabei werden je drei Frauen- und drei offene  
4 Plätze gewählt.
- 5 2. Die Wahl der Rechnungsprüfungskommission wird mittels einer elektronischen  
6 Kommunikation (Abstimmungssoftware) durchgeführt.
- 7 3. Die Wahl erfolgt in verbundener Einzelwahl.
- 8 4. Bewerbungen sollen bis zum Freitag, 1. November 2024, 11:59 Uhr über  
9 <https://antraege.gruene.de> eingereicht werden. Die Bewerbung bis zum Wahlgang  
10 bleibt ungeachtet dieser Frist möglich.
- 11 5. Alle Kandidat\*innen stellen sich nur einmal vor. Die  
12 Kandidat\*innenvorstellung erfolgt in alphabetischer Reihenfolge der Nachnamen.  
13 Die Vorstellungszeit beträgt bis zu 3 Minuten. Es besteht keine Möglichkeit für  
14 Fragen. Danach beginnt der Wahlgang.
- 15 6. Soweit die Anzahl der Kandidatinnen der Anzahl der Frauenplätze entspricht,  
16 werden Frauen und offene Plätze in einem Wahlgang gewählt. Soweit die Anzahl der  
17 Kandidat\*innen der Anzahl der zu wählenden Rechnungsprüfer\*innen entsprechen,  
18 können die Rechnungsprüfer\*innen und stellvertretenden Rechnungsprüfer\*innen in  
19 einem Wahlgang gewählt werden.
- 20 7. Die Delegierten haben in jedem Wahlgang jeweils so viele Stimmen, wie in  
21 diesem Wahlgang Rechnungsprüfer\*innen zu wählen sind.
- 22 8. Gewählt ist jeweils im ersten und zweiten Wahlgang, wer mehr als 50 Prozent  
23 der abgegebenen gültigen Stimmen erhält. Erreichen mehr Kandidat\*innen in einem  
24 Wahlgang die erforderliche Mehrheit, als zu wählen sind, so sind nur die  
25 Kandidat\*innen mit den meisten Stimmen gewählt. Kandidat\*innen, die in einem  
26 Wahlgang weniger als 10 Prozent der abgegebenen gültigen Stimmen erhalten,  
27 scheiden für die folgenden Wahlgänge aus. Ab dem dritten Wahlgang reicht die  
28 relative Mehrheit. Es muss jedoch ein Mindestquorum von 25 Prozent der  
29 abgegebenen gültigen Stimmen erreicht werden.